

**Im Fokus der Öffentlichkeit –  
Eine vergleichende Analyse der Legitimationsstrategien ausgewählter  
Oligarchen in der Ukraine**

Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde  
durch den Promotionsausschuss Dr. phil.  
der Universität Bremen

vorgelegt von  
Steffen Halling

Erstgutachter: Prof. Dr. Heiko Pleines  
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Susanne Schattenberg  
Datum des Promotionskolloquiums: 20. Juni 2024



## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die mich bei der Erstellung dieser Dissertation unterstützt haben.

Während meiner Zeit als Stipendiat und Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik fand ich optimale Forschungsbedingungen vor. Der tägliche Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWP war stets inspirierend. Den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien möchte ich besonders danken. Stellvertretend seien hier Susan Stewart, Sabine Fischer, Polina Baigarova, Andrea Schmitz, Uwe Halbach, Franziska Smolnik, Margarete Klein und Astrid Sahm genannt. Auch Hans-Henning Schröder, Jonas Grätz und Sergey Medvedev waren wertvolle Begleiter dieser Arbeit, nicht nur während unserer Zusammenarbeit im Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus. Nicht zu vergessen sind natürlich Fabian Burkhardt, Janis Kluge, Eduard Klein, Sebastian Hoppe und André Härtel, die mich regelmäßig motiviert haben. Danke!

Besonders erinnern möchte ich an Iryna Solonenko. Ihr Wissen, ihre Energie und ihre Kollegialität waren eine große Bereicherung. Спочивай з миром!

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater und Erstgutachter Heiko Pleines. Er hat diese Arbeit von Anfang an mit wertvollen Anregungen und Hinweisen begleitet und stand mir auch nach Unterbrechungen stets mit Rat und Tat zur Seite. Die hervorragende wissenschaftliche Betreuung durch Heiko Pleines war ein besonderes Privileg. Danken möchte ich auch Susanne Schattenberg für ihre Bereitschaft, als Zweitgutachterin zur Verfügung zu stehen.

Ohne die Promotionsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung wäre die Erstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Mein Dank gilt auch der Dorothee Wilms-Stiftung, die mir ein Stipendium zur Fertigstellung der Dissertation gewährt hat.

Bedanken möchte ich mich vor allem auch bei meiner Familie – bei meinen Eltern für ihre Unterstützung; bei Olena, Emilija und Jaryna für ihre Geduld und die kostbare Zeit, die sie für diese Arbeit geopfert haben.

Die Ukraine wird für mich immer mehr als ein Forschungsobjekt sein; sie ist seit meinem Studium zu einer zweiten Heimat geworden. In ihrem Kampf um Freiheit und Demokratie verdienen dieses Land und seine tapferen Menschen unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>2. Analytischer Rahmen</b> .....	<b>15</b>
2.1. „Oligarchen“ – eine Begriffsdefinition .....	15
2.2. Oligarchen und das politische System.....	20
2.3. Legitimationsstrategien von Oligarchen .....	29
2.4. Forschungsfrage .....	35
<b>3. Forschungsstand: Ein kollektives Porträt der Oligarchen in der Ukraine</b> .....	<b>37</b>
3.1. Die ersten Profitquellen der Oligarchen .....	37
3.2. Ausgangsbedingungen der politischen Karriere der Oligarchen .....	41
3.3. Kučmas Elitenpolitik und die Konsolidierung der Oligarchen.....	44
3.4. Die Gründung von Parteien und der Einzug ins Parlament.....	48
3.4.1. Der Einfluss auf die Gesetzgebung und die Privatisierung der Großbetriebe .....	52
3.5. Mediale politische Einflussnahme.....	56
3.6. Die Oligarchen nach der Orangen Revolution .....	59
3.6.1. Diversifizierte und flexibilisierte politische Einflussnahme .....	63
3.6.2. Avantgardisten einer pro-europäischen Außenpolitik? .....	67
3.7. Die Oligarchen und die Präsidentschaft Janukovyčs (2010-2013).....	72
3.8. Die Oligarchen nach dem Euromajdan .....	75
3.9. Die Oligarchen und die Präsidentschaft Zelens'kyjs .....	79
3.10. Imagepflege: Von „Banditen“ zu „wohltätigen Nationalkapitalisten“ .....	82
<b>4. Untersuchungsdesign</b> .....	<b>89</b>
4.1. Fallauswahl .....	89
4.2. Methodisches Vorgehen.....	95
4.3. Datenerhebung und Datenanalyse .....	99
<b>5. Viktor Pinčuk (2004/2005)</b> .....	<b>105</b>
5.1. Pinčuks zentrales Imageproblem nach der Orangene Revolution .....	108
5.1.1. Pinčuks öffentliche Selbstdarstellung .....	116
5.1.2. Die Berichterstattung der Zeitung <i>Fakty i komentarii</i> .....	132
5.1.3. Pinčuks Wohltätigkeitsarbeit und Sponsoringaktivitäten.....	141
5.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Pinčuks nach der Orangen Revolution..	147
<b>6. Rinat Achmetov (2004/2005)</b> .....	<b>151</b>
6.1. Achmetovs zentrales Imageproblem nach der Orangen Revolution .....	154
6.1.1. Achmetovs öffentliche Selbstdarstellung.....	156
6.1.2. Die Berichterstattung der Zeitung <i>Segodnja</i> .....	163
6.1.3. Achmetovs Wohltätigkeitsarbeit und Sponsoringaktivitäten nach der Orangen Revolution .....	170
6.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Achmetovs nach der Orangen Revolution .....	175

<b>7. Rinat Achmetov (2013/2014)</b> .....	<b>177</b>
7.1. Achmetovs zentrales Imageproblem nach dem Euromajdan.....	179
7.1.1. Achmetovs öffentliche Selbstdarstellung.....	182
7.1.2. Die Berichterstattung der Zeitung <i>Segodnja</i> .....	192
7.1.3. Achmetovs Wohltätigkeitsarbeit und Sponsoringaktivitäten nach dem Euromajdan .....	199
7.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Achmetovs nach dem Euromajdan .....	204
<b>8. Ihor Kolomojs'kyj (2013/2014)</b> .....	<b>207</b>
8.1. Kolomojs'kyjs zentrales Imageproblem .....	212
8.1.1. Kolomojs'kyjs öffentliche Selbstdarstellung.....	214
8.1.2. Die Berichterstattung des Online-Mediums <i>Glavred</i> .....	223
8.1.3. Kolomojs'kyjs Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten.....	228
8.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Kolomojs'kyjs nach dem Euromajdan ..	233
<b>9. Resümee</b> .....	<b>236</b>
9.1. Die Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen im Vergleich .....	236
9.2. Erklärungsfaktoren für unterschiedliche Legitimationsstrategien.....	243
9.3. Bedeutung für das politische Regime.....	248
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>254</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>264</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>265</b>



# 1. Einleitung

Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und die damit einhergehende Genese des Kapitalismus im postsowjetischen Raum haben zweifelsfrei einen der weitreichendsten sozialen und politischen Prozesse des ausgehenden 20. Jahrhunderts dargestellt. Liberalisierung und Privatisierung wurden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Katalysatoren der Transformation gesehen. Der Übergang vom Plan zum Markt sollte die Grundlage für politische Pluralisierung und die Etablierung demokratisch verfasster politischer Systeme darstellen.<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang wurde die These aufgestellt, dass Privatisierungen und die Expansion des privaten Wirtschaftssektors zu einer Streuung ökonomischer und politischer Machtressourcen führen, indem Unternehmer an finanzieller Autonomie und Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Akteuren gewinnen.<sup>2</sup>

Im Gegensatz zu Lateinamerika, wo dem privaten Wirtschaftssektor eine proaktive Rolle bei der Transformation von autoritären zu demokratisch verfassten politischen Systemen zugewiesen werden konnte,<sup>3</sup> hat in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion die ökonomische Liberalisierung und ein kontinuierliches Wachstum des privaten Wirtschaftssektors nicht zu einer parallelen politischen Öffnung geführt. Entgegen intuitiver Schlussfolgerungen lässt sich vielmehr konstatieren, dass sich trotz der Schaffung von Privatkapital in der Region mehrheitlich autoritäre Regimespielarten etabliert haben. Wie sich die Vereinbarkeit privatwirtschaftlicher Strukturen und politischer Herrschaftsmonopole gestalten kann, wird in einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten mit Schlagworten wie „crony capitalism“, „economy of favors“, „state capture“ und „rent seeking“ gefasst.<sup>4</sup> Par excellence hat sich dieser Prozess in der Ukraine vollzogen, wo die Schaffung von Privatkapital Demokratie verhindert und Autokratie ermöglicht hat.<sup>5</sup> Stärker noch als in vielen anderen postsowjetischen Staaten haben sich dort mit den sogenannten „Oligarchen“ Akteure herausgebildet, bei denen es sich per Definition um Unternehmer handelt, die aufgrund ihres Vermögens besondere

---

<sup>1</sup> Vgl. Junisbai, Barbara (2012): Improbable but Potentially Pivotal Oppositions: Privatization, Capitalists, and Political Contestation in the Post-Soviet Autocracies, in: Perspectives on Politics, Vol. 10, Issue 4, 891–916, hier S. 891.

<sup>2</sup> Vgl. Radnitz, Scott (2010a): The Color of Money: Privatization, Economic Dispersion, and the Post Soviet “Revolutions”, in: Comparative Politics, Vol. 42, Issue 2, 127–146, hier S. 130.

<sup>3</sup> Vgl. Cardoso, Fernando H. (1986): Entrepreneurs and the Transition Process: The Brazilian Case, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Lorraine (eds.): Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 137–153.

<sup>4</sup> Siehe hierzu u.a.: Hellman, Joel S./Jones, Geraint/Kaufmann, Daniel (2003): Seize the State, Seize the Day: State Capture, Corruption, and Influence in Transition [World Bank Policy Research Paper 2444], Washington: The World Bank; sowie Ledeneva, Alena (1998): Russia's Economy of Favours: Blat, Networking and Informal Exchange, Cambridge: Cambridge University Press.

<sup>5</sup> Vgl. Eppinger, Monica (2015): Property and Political Community: Democracy, Oligarchy, and the Case of Ukraine, in: George Washington International Law Review, Vol. 47, Issue 4, 825–892.

volkswirtschaftliche Relevanz besitzen und in Symbiose mit der politischen Elite Einfluss auf die Politik nehmen.<sup>6</sup>

Die bis heute bestehende herausragende politische und ökonomische Rolle dieser Akteure in der Ukraine ist vor allem auf die Präsidentschaft Leonid Kučmas<sup>7</sup> (1994–2004) zurückzuführen. Einhergehend mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Macht- und Kontrollverlust Moskaus, in dessen Folge sich in der Ukraine weder ein revolutionärer Umbruch noch ein Elitenwechsel<sup>8</sup> vollzog, gelang es den Akteuren mit administrativer Unterstützung durch Handels- und Finanzgeschäfte in den frühen 1990er-Jahren zunächst ihr Startkapital zu erwirtschaften. Später erhielten sie privilegierten Zugang bei der Privatisierung staatlicher Großbetriebe und konnten so vertikal integrierte Unternehmensholdings auf- und somit gleichzeitig ihr Vermögen erheblich ausbauen.<sup>9</sup> Regional verankerte „Clans“<sup>10</sup> bzw. „Seilschaften“<sup>11</sup>, die sich aus Oligarchen, Politikern und Bürokraten zusammensetzen, bildeten unter Präsident Kučma dabei das Rückgrat eines zunehmend autoritär geführten Staates, in dem die Beziehungen der Akteure untereinander durch ein informelles Quidproquo reguliert wurden. Trotz zweier Regimewechsel im Zuge der sogenannten Orangen Revolution 2004/2005 und der sogenannten Revolution der Würde 2013/2014, die sich explizit gegen die Oligarchen richteten, stellen Oligarchen bis heute ein zentrales Charakteristikum des politischen Systems der Ukraine dar.

---

<sup>6</sup> Vgl. Kuszniur, Julia (2004): Russlands „Oligarchen“: Eine neue Basis in der Region, in: Russlandanalysen, Nr. 41, 15.10.2004, 2–9: <https://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen041.pdf> [15.01.2024]. Der Begriff „Oligarchen“ wurde zunächst vor allem im russischen Kontext verwendet. Eine Rekonstruktion des Terminus im öffentlichen Sprachgebrauch in Russland findet sich bei Schröder, Hans-Henning (1998): Jelzin und die „Oligarchen“. Über die Rolle von russischen Kapitalgruppen in der russischen Politik (1993 – Juli 1998), Berichte des BIOst, Nr. 40, S. 5. Einen theoretischen Rahmen, der es ermöglicht, die Akteure der „Oligarchen“ analytisch zu fassen, und auf den in dieser Arbeit Bezug genommen wird, liefert Winters, Jeffrey A. (2011): *Oligarchy*, Cambridge: Cambridge University Press. Siehe hierzu auch Kapitel 2.1. dieser Arbeit.

<sup>7</sup> Ukrainische und russische Bezeichnungen und Namen werden in dieser Arbeit wissenschaftlich transliteriert. Ausnahmen stellen Eigennamen dar, die von Vereinen, Organisationen oder Unternehmen neben der kyrillischen Form in lateinischer Transkription verwendet werden (z.B. „Victor Pinchuk Foundation“ anstatt „Viktor Pinčuk Foundation“ oder „PrivatBank“ anstatt „Pryvat Bank“), ebenso wie Umschriften aus der ukrainischen oder der russischen Sprache, die sich im deutschen Sprachgebrauch etabliert haben und dem Pressestandard entsprechen (z.B. „Jelzin“ anstatt „El'cin“, „Kyjiw“ anstatt „Kyjiv“, „Donezk“ anstatt „Donec'k“ und „Charkiw“ anstatt „Charkiv“). Zitate aus ukrainischen und russischen Publikationen werden vom Verfasser dieser Arbeit in die deutsche Sprache übersetzt.

<sup>8</sup> Vgl. Yekelchyuk, Serhy (2007): *Ukraine: Birth of a Modern Nation*, New York: Cambridge University Press, S. 193 sowie D'Andieri, Paul (2007): *Understanding Ukrainian Politics. Power, Politics, and Institutional Design*, New York: M.E. Sharpe, S. 74.

<sup>9</sup> Pleines, Heiko (2011): Die politische Rolle der Oligarchen, in: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): *Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko*, Frankfurt am Main: Peter Lang, 129–134, hier S. 131.

<sup>10</sup> Zimmer, Kerstin (2002): „Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“. Zur Rolle und Relevanz des „Donec'ker Clans“, in: Kowall, Tina/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): *Der politische Einfluss der Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen [Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 42]*, 22–48.

<sup>11</sup> Pleines, Heiko (2005): *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004*, Münster: LIT-Verlag.



Neben der Anwesenheit der Akteursgruppe der Oligarchen ist für den bisherigen ukrainischen Transformationsprozess ebenso charakteristisch, dass Reformen entweder ausgeblieben sind oder das von Hellman formulierte „partial reform equilibrium“<sup>12</sup> erfüllten und dementsprechend nur soweit zugelassen wurden, wie sie zur Rentenmaximierung der Eliten und Oligarchen beitrugen. Während die Transformationsgewinner sich sukzessive derart bereichern konnten, dass das Vermögen der fünfzig reichsten Personen des Landes im Jahr 2010 knapp der Hälfte des ukrainischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) entsprachen hatte<sup>13</sup>, stagnierte die Entwicklung des Landes, was zu starken sozio-ökonomischen Disparitäten geführt hat. Bis Ende der 1990er-Jahre verzeichnete die Ukraine einen Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung um knapp zwei Drittel. Laut dem Internationalen Währungsfonds galt die Ukraine mit einem kaufkraftbereinigten BIP von unter 3000 US-Dollar pro Kopf im Jahr 2018 erstmalig als das ärmste Land des europäischen Kontinents.<sup>14</sup> Nach Angaben der ukrainischen Wochenzeitschrift *Novoe Vremja* war das Vermögen der einhundert reichsten Personen der Ukraine zum Ende der 2010er Jahre indes zwölf Mal schneller gewachsen als das ukrainische BIP.<sup>15</sup>

Der gewichtigen politischen Rolle, die Oligarchen in der Ukraine bis heute spielen, kommt für die hier skizzierten politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen große Verantwortung zu. Unter Berücksichtigung ihrer Profitmaximierungsabsichten ist hierbei vor allem auf die formelle, informelle wie auch mediale Beeinflussung der Politik durch die Oligarchen zu verweisen. Der Fall der Ukraine zeigt aber auch, dass Oligarchen nicht nur Politik beeinflussen und Renten maximieren, sondern aufgrund ihres enormen Reichtums und ihrer politischen Einflussnahme auch unter Legitimationsdruck geraten können. Dieser in der Ukraine zu konstatierende Legitimationsdruck speist sich insbesondere aus einer in der Bevölkerung vorherrschenden spezifischen Ablehnung der Oligarchen als den zentralen Profiteuren der Privatisierung von Großbetrieben. Dass vor allem diese Art der Privatisierung, die ab dem Jahr 2000 erfolgte, in weiten Teilen der ukrainischen Bevölkerung als illegitim betrachtet wurde,

---

<sup>12</sup> Hellman, Joel S. (1998): *Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions*, in: *World Politics*, Vol. 50, Issue 2, 203–234.

<sup>13</sup> Vgl. Kyiv Post: „Rich Man in a Poor Country“, 17.12.2010: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/rich-man-in-a-poor-country-93082.html> [15.01.2024].

<sup>14</sup> Vgl. Atlantic Council: *What is wrong with the Ukrainian economy?*, 26.04.2019: <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/what-is-wrong-with-the-ukrainian-economy/> [15.01.2024] sowie Danzer, Alexander M./Weisshaar, Natalia (2010): *Armut in Rezession und Aufschwung*, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 78, 14.09.2010, 2–7: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen78.pdf> [15.01.2024].

<sup>15</sup> Vgl. *Novoe Vremja*: „Kto samyj bogatyj v Ukraine. Rejting TOP-100 Novogo Vremeni“ [Wer ist am reichsten in der Ukraine. Das Top-100 Rating von *Novoe Vremja*], 25.10.2018: <https://nv.ua/biz/publications/kto-samyj-bogatyj-v-ukraine-rejting-top-100-novogo-vremeni-2502640.html> [15.01.2024].

spiegelt sich sehr deutlich in entsprechenden Meinungsumfragen wider. So zeigt zum Beispiel eine globale Erhebung, die Ende 2009 im Auftrag der BBC in 27 Ländern durchgeführt wurde, dass eine Mehrheit von 55% der Ukrainerinnen und Ukrainer glaubte, dass der Kapitalismus in ihrem Land Fehler aufweise, die durch Regulierung und Reformen behoben werden könnten. Ferner waren 80% der Befragten der Auffassung, dass der Staat eine aktivere Rolle bei der gleichmäßigen Verteilung von Reichtum spielen sollte (siehe Tabelle 1).

**Tabelle 1: Bevölkerungseinstellungen in der Ukraine gegenüber der Sowjetunion, Kapitalismus und der Rolle des Staates (2009, in Prozent)<sup>16</sup>**

	Mainly a good thing	Mainly a bad thing	DK/NA
<b>Views on the Disintegration of the Soviet Union</b>	27	54	19
	<b>Fatally flawed and a different economic system is needed</b>	<b>Has Problems that can be addressed through regulation and reform</b>	<b>Works well and increased regulation will make it less efficient.</b>
<b>Views on Free Market Capitalism</b>	31	55	6
	<b>More active</b>	<b>Same role as at present</b>	<b>Less active role</b>
<b>How active a role government should play in distributing wealth more evenly nationwide?</b>	80	2	7
<b>How active a role government should play in regulating businesses?</b>	54	7	20
<b>How active a role government should play in owning or directly controlling major industries?</b>	75	4	8

Kritik an den ökonomischen Gegebenheiten stellt in Transformationsökonomien keine Seltenheit dar. Laut des von der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unter 28.000 Personen in 28 postkommunistischen Staaten durchgeführten „Life in Transition Survey“ forderten im Jahr 2006 mehr als 50% in jedem der untersuchten Staaten sowie etwa 80% der Befragten insgesamt eine Korrektur der Privatisierungsergebnisse in ihrem Land ein.<sup>17</sup> Unter allen hier untersuchten postsowjetischen Staaten wies die Ukraine jedoch einen der geringsten Zustimmungswerte dafür auf, dass privatisierte Unternehmen ohne jegliche Korrekturen im Besitz ihrer Eigentümer bleiben sollten (12,6%, siehe Tabelle 2).

<sup>16</sup> Eigene Darstellung nach: BBC World Service (2009): Wide Dissatisfaction with Capitalism - Twenty Years after Fall of Berlin Wall:

[https://worldpublicopinion.net/wp-content/uploads/2017/12/BBC\\_BerlinWall\\_Nov09\\_rpt.pdf](https://worldpublicopinion.net/wp-content/uploads/2017/12/BBC_BerlinWall_Nov09_rpt.pdf) [15.01.2024].

<sup>17</sup> Vgl. Denisova, Irina/Eller, Markus/Frye, Timothy, Zhuravskaya, Ekaterina (2012): Everyone hates privatization, but why? Survey evidence from 28 post-communist countries, in: Journal of Comparative Economics, Vol. 40, Issue 1, 44–61, hier S. 58.

Entsprechend hoch war in der Ukraine die Zustimmung dafür, dass Privatisierungskorrekturen durch zusätzliche finanzielle Belastungen der Eigentümer erfolgen (31,9%) oder dass privatisierte Unternehmen wieder in staatlichen Besitz (43%) zurückgeführt werden sollten.

**Tabelle 2: „In your opinion, what should be done with most privatized companies? They should be...” (2006, in Prozent)<sup>18</sup>**

	1) Left in the hands of current owners with no change	2) Left in the hands of current owners provided that they pay	3) Renationalized and kept in state hands	4) Renationalized and then re-privatized using a transparent process
Armenia	10.1	26.8	40.5	22.6
Azerbaijan	23.7	8.6	41.4	26.4
Belarus	46.7	25.8	20.4	7.1
Estonia	44.4	22.6	22.4	10.7
Georgia	23.3	14	30.9	31.9
Kazakhstan	12.5	26.7	47.5	13.4
Kyrgyzstan	27.4	17.7	43.8	11.2
Latvia	26.4	40.4	19.1	14.2
Lithuania	26.8	38.3	17.6	17.3
Moldova	17.9	32.7	34.8	14.6
Russia	18.5	31.5	36.7	13.3
Tajikistan	16	21.9	48.4	13.7
Turkmenistan	-	-	-	-
<b>Ukraine</b>	<b>12,6</b>	<b>31,9</b>	<b>43</b>	<b>12,5</b>
Uzbekistan	15,3	22,6	51.6	10,6

Privatbesitz, Marktwirtschaft und Kapitalismus wurden in der Ukraine jedoch nicht per se abgelehnt. So geht aus einer Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine aus dem Jahr 2007 hervor, dass eine Mehrheit von 74% die Meinung vertrat, der Staat solle Privatbesitz schützen und Unternehmertum fördern.<sup>19</sup> Ferner ging etwa der gleiche Anteil (73,5%) davon aus, dass ein transparentes und „zivilisiertes“ Unternehmertum zum Wohlergehen der Gesellschaft beitragen könnte.<sup>20</sup> Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (50,4%) vertrat gleichzeitig jedoch auch die These, dass die Kapitalakkumulation in den Händen von Unternehmern sowohl den Staat als auch die Bevölkerung arm gemacht habe.<sup>21</sup> Dass diese negativen Einstellungen vor allem gegenüber den Oligarchen als den zentralen Profiteuren der Privatisierung existierten, geht aus weiteren Untersuchungen hervor. Während der „Life in Transition Survey“ nämlich lediglich nach „most

<sup>18</sup> Eigene Darstellung nach Denisova et al. (2012): S. 47.

<sup>19</sup> International Center for Policy Studies – ICPS (2007): Livyj korol' – golyj, S.2: [https://icps.com.ua/pub/files/46/52/BusinessAndReforms\\_U.pdf](https://icps.com.ua/pub/files/46/52/BusinessAndReforms_U.pdf). [15.01.2024].

<sup>20</sup> ICPS (2007): S. 2.

<sup>21</sup> ICPS (2007): S. 2.

privatized companies“ fragt und somit unklar bleibt, welche Form von Unternehmen und Privatisierungen angesprochen werden, zeigt eine Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine auf, dass in der Ukraine insbesondere die Privatisierung von Großunternehmen mehrheitlich als negativ aufgefasst wurde (siehe Tabelle 3).

**Tabelle 3: Anteil der Bevölkerung mit negativen Einstellungen gegenüber Privatisierungen (1994-2005, in Prozent)<sup>22</sup>**

Type of enterprise	Year											
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Small	18.3	19.0	19.3	22.0	20.9	22.9	18.7	18.7	21.4	22.7	25.2	23.3
Big	38,4	45.8	45.5	49.0	54.0	51.4	51.8	55.1	51.8	51.8	56.1	60.9

Die zu konstatierende wachsende negative Einstellung gegenüber der Privatisierung von Großbetrieben korreliert dabei mit der ukrainischen Privatisierungshistorie und somit auch mit der Rolle und dem Aufstieg der Oligarchen, denen es vor allem in den Jahren 2000-2004 gelungen ist, ihre wichtigsten Privatisierungserfolge zu erzielen und gleichzeitig ihr Vermögen stark auszubauen.<sup>23</sup> Dass das in den zitierten Umfragen zum Ausdruck kommende Meinungsbild mit Kritik einhergeht, die sich explizit gegen die Oligarchen richtete, zeigte sich in dieser Zeit auch an anderer Stelle: So charakterisierten in einer repräsentativen Umfrage des ukrainischen Meinungsforschungsinstituts *Razumkov* aus dem Jahr 2003 80% der Befragten in der Ukraine das politische System des Landes als von Oligarchen abhängig, korrupt und gleichgültig gegenüber den Interessen der Bevölkerung.<sup>24</sup> Eine Revision zuvor erfolgter Privatisierungen von Großbetrieben, wie sie insbesondere von der Regierung nach der Orangen Revolution angekündigt wurde, befürworteten 2005 über 70% der Ukrainerinnen und

<sup>22</sup> Panina, Natalya (2005): *Ukrainian Society 1994–2005: Sociological Monitoring*, Kyiv: Sophia, S. 20.

<sup>23</sup> Vgl. Pleines, Heiko (2008a): *Manipulating Politics: Domestic Investors in Ukrainian Privatisation Auctions 2000–2004*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 60, Issue 7, 1177–1197.

<sup>24</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „O čem dumajut izbirateli i ne dumajut politiki v preddverii vyborov“ [Was die Wähler denken und was die Politiker im Vorfeld der Wahlen nicht denken], 16.01.2004: [https://zn.ua/politics\\_archive/o\\_chem\\_dumayut\\_izbirateli\\_i\\_ne\\_dumayut\\_politiki\\_v\\_preddverii\\_vyborov.html](https://zn.ua/politics_archive/o_chem_dumayut_izbirateli_i_ne_dumayut_politiki_v_preddverii_vyborov.html) [15.01.2024].

Ukrainer.<sup>25</sup> Unverändert negativ zeigten sich das Bild der Oligarchen in der Öffentlichkeit sowie die mehrheitliche Kritik an der Rechtmäßigkeit des sich in ihrem Besitz befindenden Eigentums auch gut zehn Jahre später. So sprachen sich im April 2014 44% laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Rating“ dafür aus, dass das Eigentum der Oligarchen nationalisiert werden müsse. Weitere 36% traten für eine objektive Untersuchung vergangener Privatisierungen und die Rückgabe von Eigentum an den Staat im Falle von Rechtsverletzungen ein.<sup>26</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kam Anfang 2015 eine Umfrage des *Kyiv International Institute of Sociology* (KISS): Hiernach gaben 26,3% der befragten Ukrainerinnen und Ukrainer an, dass das gesamte Vermögen der Oligarchen nationalisiert werden müsse, 28% sprachen sich indes dafür aus, dass die Oligarchen all jene Vermögenswerte dem Staat zurückgeben sollten, die sie auf illegale Weise erlangt hätten. 90% der Befragten zeigten sich derweil davon überzeugt, dass Oligarchen nach wie vor außerordentlich wichtige politische und ökonomische Akteure in der Ukraine darstellten.<sup>27</sup>

Es lässt sich für die Ukraine demnach festhalten, dass die in der Bevölkerung in der Vergangenheit festzustellende Unzufriedenheit mit der Privatisierung von Großbetrieben in einem engen Zusammenhang zu konkreten Privatisierungsergebnissen und damit vor allem auch der Rolle der Oligarchen sowie der Legitimität ihrer Eigentumsrechte stehen. Für Åslund ist ein sich in dieser Form auftuender Zusammenhang zwischen der Kritik an Privatisierungen auf der einen und der Rolle der Oligarchen auf der anderen Seite nachvollziehbar:

“People do not react against billions of dollars are spirited out of the state treasury, because they do not see them. The oligarchs are becoming subject to much greater public criticism, when they no longer steal but produce, because the public do see factories, and then they draw their own conclusions about personal wealth.”<sup>28</sup>

Die sich aus mangelnder Legitimität von Eigentumsrechten sowie Forderungen nach Privatisierungskorrekturen ableitenden Folgen für die Inhaber von Eigentumsrechten wurden in der Wissenschaft bisher primär unter ökonomischen Aspekten diskutiert. Hierbei steht die

---

<sup>25</sup> Vgl. Markus, Stansislav (2015): Property, Predation, and Protection. Piranha Capitalism in Russia and Ukraine, New York: Cambridge University Press, S. 162f.

<sup>26</sup> Vgl. Sociological Group „Rating“: The Political Mood: April 2014, , S. 25: [http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg\\_files/rg\\_political\\_ua\\_052014\\_press.pdf](http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_political_ua_052014_press.pdf) [15.01.2024].

<sup>27</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Každyj četvertyj ukrainec chočet ‚raskurkulit‘ oligarchov“ [Jeder vierte Ukrainer möchte die Oligarchen enteignen], 02.01.2015: [https://zn.ua/ECONOMICS/kazhdyj-chetvertyy-ukrainec-hochet-raskurkulit-oligarhov-162888\\_.html](https://zn.ua/ECONOMICS/kazhdyj-chetvertyy-ukrainec-hochet-raskurkulit-oligarhov-162888_.html) [15.01.2024].

<sup>28</sup> Åslund, Anders (2005a): Comparative Oligarchy: Russia, Ukraine and the United States, Warsaw: CASE – Center for Social and Economic Research, Studies & Analyses, No. 296, S. 6: [https://www.case-research.eu/files/?id\\_plik=4153](https://www.case-research.eu/files/?id_plik=4153) [15.01.2024].

Frage nach den Auswirkungen auf die Produktivität sowie die Effizienz der betroffenen Unternehmen im Vordergrund:

„The mere threat of privatization out of concerns for legitimacy is a critical issue for efficiency. If the public views current owners of privatized property as illegitimate, owners anticipate the possibility of expropriation ex post and refrain from making productive investments. This, in turn, further increases public support for expropriation.“<sup>29</sup>

Gleichzeitig weisen sowohl Sonin als auch Hellman darauf hin, dass eine drohende oder tatsächliche Um- und Neuverteilung von Privateigentum die Gefahr einer „permanent redistribution“ impliziert. Ein solcher Zyklus von Privatisierung und Reprivatisierung kann zur Folge haben, dass Eigentumsrechte insgesamt eine Schwächung erfahren, weil die betroffenen Akteure sich nicht um eine Stärkung ihrer Eigentumsrechte bemühen, sondern vielmehr versuchen, ihr Eigentum eigenständig zu verteidigen.<sup>30</sup> Dies ist vor allem in politischen Systemen der Fall, die von Korruption geprägt sind und wo alleine eine Neuverteilung von Privateigentum dementsprechend kaum zur Legitimitätssteigerung beiträgt. Gleichzeitig können vor allem hier politische Eliten die öffentliche Meinung für eine Korrektur von Privatisierungen instrumentalisieren, um entweder selbst zu profitieren oder ihnen nahestehende Akteure profitieren zu lassen.<sup>31</sup>

Was Oligarchen in der Ukraine als zentrale Profiteure der Privatisierung – und somit zugleich als Akteure, die einem deutlichen Legitimationsdruck ausgesetzt sind – tun, um dem Legitimationsdefizit ihrer Eigentumsrechte sowie ihrem damit einhergehenden negativen Bild in der Öffentlichkeit zu begegnen, fand in der Wissenschaft bisher kaum Beachtung.<sup>32</sup> Indem diese Arbeit danach fragt, welche Strategien Oligarchen in der Ukraine verfolgen, um die

---

<sup>29</sup> Denisova et al. (2012): S. 45. Vgl. hierzu auch: Stiglitz, Joseph/Hoff, Karla (2005): *The Creation of Rule and Law and the Legitimacy of Property Rights: The Political and Economic Consequences of a Corrupt Privatization*, NBER Working Paper No. 11772, Cambridge/Mass.: The National Bureau of Economic Research.

<sup>30</sup> Vgl. Sonin, Konstantin (2003): *Why the rich may favor poor property rights protection?*, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 31, Issue 4, 715–731 sowie Hellman, Joel S. (2002): *Russia's transition to market: a permanent redistribution?*, in: Kuchins, Andrew (ed.): *Russia After the Fall*, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace, 93–109.

<sup>31</sup> Vgl. Denisova et al. (2012): S. 45.

<sup>32</sup> Eine Ausnahme für den Fall Russlands ist: Frye, Timothy (2006): *Original Sin, Good Works, and Property Rights in Russia*, in: *World Politics*, Vol. 58, Issue 4, 479–504. Im ukrainischen Kontext hat sich Wellgraf mit Motiven der Oligarchen für Sponsoring im Bereich des Fußballs auseinandergesetzt: Wellgraf, Stefan (2006): *Die Millionengaben. Oligarchen und Fußball in der Ukraine*, in: *OSTEUROPA*, 56. Jg., Nr. 5, 39–58. Mit Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen befasst sich auch Söderbaum. Entsprechend der in dieser Arbeit verwendeten Definition beschränkt Söderbaum diese jedoch nicht nur auf Oligarchen, sondern betrachtet unter dem Gesichtspunkt von „elite giving“ u.a. auch Wohltätigkeitsaktivitäten beziehungsweise „giving initiatives“ von Politikern und vergleicht diese miteinander. Siehe: Söderbaum, Hanna (2018): *From Oligarch to Benefactor? Legitimation Strategies among Wealthy Elite in Post-Soviet Ukraine*, *Uppsala Studies in Economic History* 113 sowie Kapitel 3.10. dieser Arbeit.

Legitimität ihrer Eigentumsrechte zu erhöhen, soll die sich bietende Forschungslücke geschlossen werden. Der Ausgangspunkt der Betrachtung liegt dabei nicht wie gewöhnlich in der bereits hinreichend untersuchten Beeinflussung des politischen Regimes durch die Oligarchen. Vielmehr besteht die Grundlage der Untersuchung in der Beeinflussung der Handlungsstrategien der Oligarchen durch das politische Regime. Wie Pleines feststellt, muss das Verhältnis zwischen Oligarchen und dem politischen Regime nämlich als interdependent verstanden werden: „Oligarchs have an impact on the political regime, but the political regime also influences the roles and strategies of the oligarchs.“<sup>33</sup> Dementsprechend ist es nur durch diesen Perspektivwechsel möglich, die Handlungslogiken von Oligarchen in der Ukraine zu ergründen und besser zu verstehen, wie es Oligarchen in der Ukraine in der Vergangenheit gelungen ist, vor allem solche Regimewechsel, die sich explizit gegen sie gerichtet haben, stabil zu überstehen und ihr Vermögen sowie ihre herausragende Rolle in der Wirtschaft und der Politik der Ukraine aufrecht zu erhalten. Mit der sogenannten Orangen Revolution 2004/2005 sowie der sogenannten Revolution der Würde 2013/2014 stehen dabei zwei besonders relevante und zugleich prägnante Ereignisse der jüngsten ukrainischen Geschichte im Fokus. In beiden Fällen handelt es sich um abrupte Regimewechsel in Folge von Massenprotesten, die sich jeweils auch sehr deutlich gegen die Oligarchen richteten. Sowohl die Orange Revolution als auch die Revolution der Würde haben dabei eindringlich demonstriert, dass der öffentlichen Meinung in der Ukraine im politischen Wettbewerb eine zentrale Rolle zuzuschreiben ist und dass eine Missachtung der öffentlichen Meinung mit hohen Kosten für die politische Elite verbunden ist. Dass die Oligarchen die hier betrachteten Regimewechsel dennoch weitgehend unbeschadet überstanden haben, unterstreicht die besondere Relevanz der Forschungsfrage und der entsprechenden Untersuchung ihrer Legitimationsstrategien.

Die Struktur dieser Arbeit gliedert sich wie folgt: Zunächst wird der für die Untersuchung der Handlungslogiken der Oligarchen maßgebliche analytische Rahmen herausgearbeitet (Kapitel 2). Die hier verwendete Oligarchen-Definition grenzt sich von gängigen Eliten-Theorien ab, indem sie sich auf die materiellen Machtressourcen von Oligarchen sowie deren Vermögensverteidigung fokussiert. Anschließend wird mit Blick auf die Bedrohungen, denen das Vermögen der Oligarchen ausgesetzt sein kann, ein konzeptioneller Zusammenhang zwischen der Vermögensverteidigung als einem zentralen Handlungsmotiv von Oligarchen auf der einen sowie der Frage nach der Legitimation ihres Vermögens auf der anderen Seite hergestellt. Danach erfolgt die Entwicklung der diese Arbeit leitenden Forschungsfrage. Das

---

<sup>33</sup> Pleines, Heiko (2016): Oligarchs and Politics in Ukraine, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, Vol. 24, Issue 1, 105–127, hier S. 110.

empirische Übersichtskapitel (Kapitel 3) bietet im Anschluss neben einer Zusammenfassung des Forschungsstandes eine ausführliche Einführung in den Kontext der Untersuchung. Somit wird gewährleistet, dass auch Leserinnen und Leser, die mit der ukrainischen Politik und der Rolle der Oligarchen weniger vertraut sind, sich einen entsprechenden Überblick verschaffen können. In Kapitel 4 folgen die Vorstellung des Untersuchungsdesigns, das heißt die Begründung der Fallauswahl sowie Erläuterungen der zur Anwendung kommenden Methodik einer fallorientierten Fallstudie, der triangulativen Datengenerierung sowie die Beschreibung der konkreten Vorgehensweise zur Datenerhebung und Datenanalyse. Die Kapitel 5 bis 8 beinhalten schließlich die jeweiligen empirischen Fallstudien zu den Oligarchen Viktor Pinčuk, Rinat Achmetov und Ihor Kolomojs'kyj. Jede dieser Fallstudien besteht zunächst aus einem Porträt des jeweiligen Oligarchen sowie einer Deskription seines zentralen Imageproblems. Danach werden zur Identifikation der Legitimationsstrategien jedes Oligarchen seine Selbstdarstellung, die Berichterstattung eines Mediums, das unter der Kontrolle des jeweiligen Oligarchen steht, sowie entsprechende Sponsoring- und Wohltätigkeitsaktivitäten der Akteure analysiert. Im Resümee (Kapitel 9) werden die Legitimationsstrategien der hier untersuchten Oligarchen dann zusammengefasst und in vergleichender Perspektive gegenübergestellt. Im Anschluss folgt eine abschließende Diskussion über die Erklärungsfaktoren von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der jeweiligen Strategien sowie eine Auseinandersetzung damit, welche Erkenntnisse sich aus dieser Arbeit für den Charakter des politischen Regimes und der Rolle von Oligarchen in der Ukraine ableiten lassen.



## 2. Analytischer Rahmen

### 2.1. „Oligarchen“ – eine Begriffsdefinition

Der Begriff „Oligarch“ wird meist in Anlehnung an die „Oligarchie“ als entartete Form der Aristokratie in der antiken griechischen Verfassungslehre von Aristoteles verwendet. Gemeint ist in der Regel eine bestimmte Anzahl von Personen, die in einem Staat, aber auch in anderen Organisationsformen, Herrschaft ausüben. Herrschaft meint hier ganz generell „dauerhafte, institutionalisierte, durch Regeln eingegrenzte, wechselseitige Beziehungen zwischen dem Herrscher oder den Herrschenden und den Beherrschten.“<sup>34</sup> Herrschaft stellt einen Unterfall von Macht dar, die Weber als „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegenüber Widerstreben durchzusetzen“<sup>35</sup>, bezeichnet. Exemplarisch findet sich das auf die Herrschaft einer bestimmten Anzahl von Personen fokussierte Verständnis von „Oligarchen“ und „Oligarchie“ bei Schubert und Klein:

„(...) 1) [Oligarchie] bezeichnet a) eine (kleine) Gruppe von Personen oder Familien, die über einen Staat herrschen, bzw. b) das demokratisch bedenkliche Faktum, dass in manchen Staaten trotz demokratischer Verfassung politische Entscheidungen nur von einem kleinen Personenkreis getroffen werden. 2) Das ‚eherne Gesetz der [Oligarchie]‘ ist eine von R. Michels entdeckte politisch-soziologische Regel, nach der mit der Größe einer Organisation (Verband/Verbände, Partei) auch die Macht der Führungsgruppe zunimmt und diese sich zunehmend von der Organisationsbasis entfernt.“<sup>36</sup>

Der häufig vorgenommene Bezug auf die Arbeiten von Aristoteles sowie auf die von Michels entwickelte Theorie des „ehernen Gesetzes der Oligarchie“<sup>37</sup> führt dazu, dass der in herkömmlichen Begriffsdefinitionen erfolgende Fokus auf die Anzahl von Herrschenden aus theoretisch-konzeptioneller Perspektive jedoch unterschiedlichste Formen einer Minderheitenherrschaft umfassen kann. Dementsprechend stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit einer Abgrenzung zu Eliten-Theorien, wie sie am prominentesten von Mosca<sup>38</sup>

---

<sup>34</sup> Schmidt, Manfred (1995): Wörterbuch zur Politik, Stuttgart: Kröner, S. 399.

<sup>35</sup> Weber, Max (1921): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr Siebeck [5. Auflage von 1972], S. 28.

<sup>36</sup> Schubert, Klaus/Martina Klein (2020): Das Politiklexikon, Bonn: Dietz [7., aktual. u. erw. Aufl., Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung], einsehbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17953/oligarchie/> [15.01.2024].

<sup>37</sup> Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig: Klinkhardt.

<sup>38</sup> Vgl. Mosca, Gaetano (1939): The Ruling Class, New York and London: McGraw-Hill Book Company.

und Pareto<sup>39</sup> verfasst wurden. Exemplarisch zeigt sich diese Problematik aus konzeptioneller Sicht bei Samson:

„Oligarchies‘ may be formed based on many different kinds of constituent elements (wealth, bureaucracy, birth, religion, physical attributes, social connections, political views); they are almost never completely closed to ‘outsiders’ and must, of course, consider the views or ‘ideology’ of the body they seek to dominate. That is, no hypothetical ruling ‘elite’ can ever be separated from the social matrix that spawned and sustains it.“<sup>40</sup>

Die konzeptionelle Unordnung und fehlende Trennschärfe zwischen Oligarchen und „ruling elite“ wird unter anderem von Leach problematisiert („The Iron Law of *What Again?*“<sup>41</sup>). Auch Winters, der die Oligarchie als „most widely yet poorly theorized concepts in the social sciences“<sup>42</sup> bezeichnet, plädiert dafür, die theoretisch-konzeptionelle Herangehensweise analytisch eindeutig von bestehenden Eliten-Theorien zu separieren:

„The meaning of oligarchy is so incoherent that almost any political system or community that falls short of full and constant participation by its members arguably displays oligarchical tendencies. A Soviet-style *nomenklatura* is an oligarchy, but so is the executive committee of the local Parent-Teacher Association or an influential group of elders in a commune. Russian billionaires are oligarchs, but so are Cardinals in the Catholic Church.“<sup>43</sup>

Um das sich bietende konzeptionelle Problem aufzulösen, unternimmt Winters den Versuch, Ordnung auf Basis unterschiedlicher Machtressourcen zu schaffen und dabei eine Oligarchie-Theorie zu entwickeln, die auf einer Definition der Akteure mit Gültigkeit unabhängig von Raum und Zeit aufbaut. Als Ursprung für die sich bietende analytische Unschärfe betrachtet Winters dabei in theoriegeschichtlicher Hinsicht die Vernachlässigung der materiellen Machtressourcen („wealth“) von Oligarchen:

„Ordinarily, the term *elite* serves as an umbrella concept for all actors holding concentrated minority power at the top of a community or state. From this perspective,

---

<sup>39</sup> Vgl. Pareto, Vilfredo (1968): *The Rise and Fall of Elites. An Application of Theoretical Sociology*, New Brunswick, New Jersey: Transaction Publishers.

<sup>40</sup> Samsons, Loren J. (1998): *Mass, Elite, and Hoplite-Farmer in Greek History*, in: *Arion: A Journal of Humanities and the Classics*, Vol. 5, Issue 3, 99–123.

<sup>41</sup> Leach, Darcy K. (2005): *The Iron Law of What Again? Conceptualizing Oligarchy Across Organizational Forms*, in: *Sociological Theory*, Vol. 23, Issue 3, 312–337.

<sup>42</sup> Winters (2011): S. 1.

<sup>43</sup> Ebd. S. 2f.

oligarchs would simply be a special category of economic elites. Although it runs against the grain of ordinary usage and a mountain of scholarship in the social sciences to do so, that formulation is rejected here. Ever since the work of Pareto and Michels in particular, elite theorists have undermined the concept of oligarchy by obscuring the central role of material power in their studies (...) ‚[R]ule by a few‘ relies on a familiar typology reproduced endlessly (...) and derived loosely from Aristotle’s *Politics*. Along one axis is the number of actors who rule (the one, the few, or the many), and along the other is for whom each rules (in their own self-interest or in the common interest – meaning everyone’s interest rather than just that of the majority). (...) The boxes in the typology have generally been viewed as discrete forms of government, implying movement from one box to another – for instance, from monarchy to oligarchy to democracy (or the reverse). The problem with this widely used framework is that it is not even supported by Aristotle’s own arguments and logic. Indeed, he abandons the axes of the typology almost as soon as he mentions them. When discussing rule by the few or the many, Aristotle immediately shifts the emphasis away from the number of actors exerting influence over the system of government to what explain their numbers – their material position, the few rich and the many poor.“<sup>44</sup>

Sowohl Eliten als auch Oligarchen üben zwar Formen von Minderheitenherrschaft und Einfluss aus, allerdings unterscheiden sich die jeweiligen Ressourcen für die Ausübung von Einfluss und Herrschaft grundsätzlich. Winters’ Fokussierung auf die materiellen Ressourcen der Oligarchen folgt dabei einem theoretischen Bezugsrahmen, der sich in der sowohl von Marx als auch von Weber beeinflussten Machtressourcen-Theorie wiederfindet.<sup>45</sup> Aus dieser Perspektive verfügen alle Individuen in einem sozialen Gebilde über ein bestimmtes, wenn auch meistens sehr geringes Maß an Macht. Präsidenten, Anführer von Protestbewegungen, bewaffnete Warlords, aber auch Oligarchen sind diesem Ansatz zufolge einflussreicher und mächtiger als gewöhnliche Personen, weil die relative Akkumulation ihrer Machtressourcen besonders hoch ist. Winters unterscheidet in einem vereinfachten, heuristischen Modell hierbei grundsätzlich fünf Ressourcen, aus denen sich jeweils unterschiedliche Formen von Macht ableiten lassen: (1) Macht basierend auf politischen Rechten, (2) Macht basierend auf offiziellen Positionen, etwa in einer Regierungen oder anderen Organisationen, (3) Macht basierend auf Zwang, (4) Macht basierend auf Mobilisierungsfähigkeiten sowie (5) materielle

---

<sup>44</sup> Winters (2011): S. 8 und 27.

<sup>45</sup> Siehe hierzu: Korpi, Walter (1985): *Developments in the Theory of Power and Exchange*, in: *Sociological Theory*, Vol. 3, Issue 2, 31–45.

Macht. Die ersten vier Machtressourcen produzieren Eliten, sofern eine bestimmte Anzahl an Individuen konzentriert und exklusiv über diese Ressourcen verfügt. Einzig aus der exklusiven und im Verhältnis zu anderen Individuen übermäßigen Verfügung über materielle Macht resultieren hingegen Oligarchen.<sup>46</sup>

Von allen Ressourcen bezeichnet Winters – zumindest unter den Bedingungen einer liberalen Demokratie – politische Rechte (1) als die am weitesten verbreitete Ressource auf individueller Ebene. Sie beinhaltet gewöhnlich unter anderem das Wahlrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung oder auch die Möglichkeit, den gleichen Zugang zu Informationen wie andere Mitglieder der Gesellschaft zu haben. Im antiken Griechenland zum Beispiel genoss der Großteil der Bevölkerung (Frauen, Sklaven) hingegen keine Bürgerrechte und hatte dementsprechend weniger Macht- und Einflussmöglichkeiten als jene Personen (Männer), die Teilhabe an den Gerichtshöfen und Volksversammlungen hatten. Macht auf Grundlage der Ausübung offizieller Positionen (2) findet sich unter anderem in Regierungsämtern, bedeutenden kirchlichen und nicht-kirchlichen Organisationen, privaten oder öffentlichen Unternehmen etc. Hohe Positionen in diesen Organisationen zu bekleiden bringt für eine geringe Anzahl an Akteuren ein hohes Maß an Macht und Einfluss mit sich. Gleichsam bedeutet der Verlust der Position oder des Amtes einen entsprechenden Machtverlust.<sup>47</sup> Den Unterschied dieser Ressource zur Machtressource der Mobilisierungsfähigkeit (4) macht Winters an einem Beispiel aus dem Militärwesen deutlich: Aufgrund seiner offiziellen Position kann ein Ranghöchster an der Spitze einer Armee der gesamten Streitkraft Befehle erteilen. Mit dem Verlust der Position verliert die Person seine Befehlskraft. Gelingt es der Person indes auch nach Verlust der offiziellen Position Folgebereitschaft zu generieren, so liegt dies in der Regel an der Mobilisierungsfähigkeit eines charismatischen Warlords oder Rebellen.<sup>48</sup> Über die Ressource der Mobilisierungsfähigkeit zu verfügen bedeutet dementsprechend, die Möglichkeiten zu haben, andere Personen etwa aufgrund von Charisma, Status, Ideen oder auch Mut und Engagement zu aktivieren, zu führen, Netzwerke aufzubauen, Bewegungen zu gründen und dadurch letztlich auch Massen zu bedeutenden politischen und sozialen Kräften mobilisieren zu können. Macht aufbauend auf Zwang (3) lässt sich indes im modernen

---

<sup>46</sup> Vgl. Winters (2005): S. 12f.

<sup>47</sup> Die genannten Machtressourcen schließen sich gegenseitig nicht aus. Das heißt, ein Individuum kann über unterschiedliche Machtressourcen gleichzeitig verfügen. Der Verlust einer offiziellen Position führt vor allem in regelbasierten Staaten und Organisationen zu einem signifikanten Machtverlust. Der formale Machtverlust muss jedoch kein tatsächlicher Machtverlust sein, wenn die Machtressourcen miteinander vermischt sind und sich gegenseitig verstärken können. In altertümlichen, mittelalterlichen oder auch neuzeitlichen Dynastien beispielsweise ist die Macht derer, die offizielle Positionen innehaben, weit weniger (zeitlich) begrenzt als in modernen Staatswesen (liberalen, rechtstaatlichen Demokratien).

<sup>48</sup> Vgl. Winters (2011): S. 14.

Staatswesen im Sinne Webers im legitimen Gewaltmonopol des Staates und (im Gegensatz zu *failed states*) nicht auf individueller Ebene (*warlords*) verorten. Materielle Machtressourcen (5) stellen hingegen die Grundlage von Oligarchen dar. Stärker als die anderen Machtressourcen ist Reichtum, konzentriert und in übermäßigem Ausmaß im Besitz einer kleinen Akteursgruppe, vielseitig einsetzbar und genießt daher eine besondere politische Relevanz. Materielle Macht setzt im Unterscheid zur Machtressource der Mobilisierungsfähigkeit weder persönliches Engagement noch Überzeugungsfähigkeit voraus, um das Handeln anderer Personen zu aktivieren:

„Material power is unique in that it allows oligarchs to purchase the sustained engagement of others who require no personal commitment to the goals of the oligarchs they serve. Their only requirement is material compensation for their services. (...) This is a form and scale of political power that is unimaginable for all but a handful of actors in societies throughout history. Elites with high mobilizational power, for instance, need masses of people to build up via intensive social movements to actually agree with them before they will pour into the streets for direct political action. Oligarchs face no such constraints, and the crowds they can assemble are often underemployed and desperate for the compensation oligarchs offer.“<sup>49</sup>

Neben der Mobilisierungsfähigkeit auf Grundlage materieller Ressourcen<sup>50</sup> können Oligarchen vor allem dort, wo Rechtsgrundsätze nur schwach ausgebildet sind, ihren Reichtum nutzen, um etwa Gerichte zu bestechen, Sicherheitskräfte, auch Milizen und ganze Armeen zu finanzieren oder anderweitige Dienstleistungen und Einfluss zu erwerben. Nach Winters sind Oligarchen daher als Akteure zu definieren, die in massiver Konzentration über materielle Ressourcen (Reichtum) verfügen und diese kontrollieren. Der Oligarchen-Status wird jedoch nicht von einem festen Schwellenwert an Vermögen festgelegt, sondern ist vielmehr in Abhängigkeit vom spezifischen Kontext und sozialen Umständen abhängig. So unterscheidet sich beispielsweise das Vermögen eines russischen Oligarchen im 21. Jahrhundert von dem eines philippinischen Oligarchen im ausgehenden 20. Jahrhundert.<sup>51</sup> Drei Kriterien sind nach Winters Definition jedoch zentral: 1) Reichtum ist eine materielle Art von Macht, die sich von allen anderen Machtressourcen, die sich unter Kontrolle einer Minderheit befinden können, unterscheidet. Dementsprechend sind auch Oligarchen analytisch von Eliten zu unterscheiden.

---

<sup>49</sup> Winters (2011): S. 18f.

<sup>50</sup> Siehe hierzu auch: Radnitz, Scott (2010b): *Weapons of the Wealthy. Predatory Regimes and Elite-Led Protests in Central Asia*, New York: Cornell University Press. Radnitz verortet die „Waffen der Reichen“ zwar in den Händen von Eliten, nach Winters' Definition lassen sich diese jedoch als Oligarchen spezifizieren.

<sup>51</sup> Vgl. Winters (2011): S. 6.

2) Oligarchen sind immer Individuen, niemals Kooperationen oder andere Kollektivformen. Die Kontrolle über materielle Machtressourcen erfolgt zum Zweck des Eigennutzes. 3) Oligarchen nutzen ihr Vermögen, um dieses zu verteidigen und/oder auszubauen.<sup>52</sup>

## 2.2. Oligarchen und das politische System

Unter der Prämisse, dass das Vermögen von Oligarchen permanenten Ansprüchen anderer ausgesetzt ist, stellt Winters Konzept des „wealth defense“ ein Schlüsselkonzept zur Herleitung des zentralen Impetus des Handelns von Oligarchen dar:

„The claim of ‘all of this is mine’ will constantly be confronted with the response ‘says who?’ or ‘says what?’. The threats posed by such challenges increase as the scarcity of property increases, as the number of people making claims and counterclaims rises, and as the scale of property claimed by a few becomes increasingly unequal. Claims, counterclaims, exclusion, and inequality explain why property cannot be sustained without a means of enforcement. (...) This creates profound political challenges for the rich both as individuals and as a group. It is for this reason that wealth defense is the core political dynamic and objective for all oligarchs.“<sup>53</sup>

Während Oligarchen als Akteure einer festen Definition unterliegen, definiert sich die Oligarchie nach Winters indes vor allem dadurch, auf welche Art und Weise sie ihr Vermögen verteidigen und welchen konkreten Bedrohungen die Vermögen der Oligarchen und damit ihre Machtbasis ausgesetzt sind.<sup>54</sup> „Wealth defense“ kann dabei grundsätzlich zwei Formen annehmen. Zum einen ist dies „property defense“, das heißt Verteidigung des grundlegenden Vermögens und Eigentums. Zum anderen kann „wealth defense“ aber auch in der Sicherung und Verteidigung des laufenden Einkommens sowie des aus dem Vermögen generierten Profits bestehen („income defense“). Während „income defense“ erst unter den Bedingungen sicherer Eigentumsrechte Relevanz erlangt,<sup>55</sup> findet sich „wealth defense“ im Sinne von „property

---

<sup>52</sup> Vgl. Winters (2011): S. 6.

<sup>53</sup> Winters (2011): S. 20f.

<sup>54</sup> Winters bezeichnet dementsprechend eine Oligarchie als „politics of wealth defense by materially endowed actors“: „the most important source of oligarchic variation lies in the nature of the threats to wealth and property, and how the central problem of wealth defense is managed politically.“ (Winters 2011: S. 7.)

<sup>55</sup> Die Existenz von Oligarchen ist nicht an ein konkretes politisches System gebunden. So können Oligarchen auch in rechtsstaatlich verfassten Demokratien vorkommen: „Oligarchs do not disappear just because they do not govern personally or participate directly in the coercion that defends their fortunes. Instead, the political involvement of oligarchs becomes more indirect as it becomes less focused on property defense – this burden having been shifted to an impersonal bureaucratic state.“ (Winters 2011: S. 7). Nach Winters’ Verständnis gibt es beispielsweise auch in den Vereinigten Staaten Oligarchen. Da ihre Eigentumsrechte hier jedoch ausreichend durch den Staat geschützt sind, konzentriert sich ihr „wealth defense“ auf „income defense“. Dementsprechend erstreckt sich ihre politische Einflussnahme insbesondere auf Lobbyismus-Aktivitäten, um etwa steuerrechtliche Vorteile zu erlangen. Siehe hierzu auch Winters’ Ausführungen zur „Income Defense Industry“: Winters (2011):

defense“ überall dort wieder, wo Eigentum und Vermögen keinen ausreichenden Schutz erfahren. Maßgeblich sind dabei die gemeinschaftlichen und vom Staat geschützten Eigentumsrechte (*property rights*) auf der einen sowie die individuellen Eigentumsansprüche der Oligarchen (*property claims*) auf der anderen Seite. Je schwächer das Eigentum der Oligarchen institutionell geschützt ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich unmittelbar und direkt an der Verteidigung ihres Vermögens beteiligen und ihre Präsenz dabei sichtbar wird – beispielsweise durch die Übernahme von Regierungspositionen oder auch durch die Finanzierung privater bewaffneter Verbände. Keine Notwendigkeit der direkten politischen Betätigung zur Verteidigung ihres Vermögens besteht für die Akteure hingegen, wenn ihr Eigentum vom Staat durch starke Eigentumsrechte und Normen ausreichend geschützt ist.<sup>56</sup> Parallel zur Frage nach dem Schutz des Eigentums wird das Verhalten der Oligarchen ferner durch die einhergehenden Bedrohungen bestimmt, denen ihr Vermögen ausgesetzt ist. Die Anzahl der Bedrohungen steigt dabei nach Winters, je größer das von einem Oligarchen beanspruchte Vermögen ist. Das Vermögen der Oligarchen ist somit sowohl definitorische Grundlage und Machtressource als auch Bedrohungsursprung für die Akteure.<sup>57</sup>

In Abhängigkeit von der Art und Weise der Verteidigung und Durchsetzung von Eigentumsrechten und Eigentumsansprüchen lassen sich nach Winters insgesamt vier idealtypische Oligarchie-Formen bestimmen (siehe Abbildung 1). Jeder Typus lässt sich auf der Grundlage der Ausprägung folgender Aspekte charakterisieren: Zum einen handelt es sich hierbei um das Ausmaß, in dem Oligarchen direkt an der Durchsetzung (*coercion*) von Eigentumsrechten und Eigentumsansprüchen beteiligt sind. Ferner ist entscheidend, inwiefern Oligarchen Herrschaft ausüben und ob diese Herrschaftsausübung fragmentiert und personalistisch oder vielmehr kollektiv-institutionalisiert erfolgt. Einer mit Waffengewalt „kämpfenden“ (*warring*) Oligarchie mit direkter, fragmentierter Herrschaftsausübung der Oligarchen bei schwachen Eigentumsrechten und hohen Eigentumsansprüchen steht diametral eine „bürgerliche“ (*civil*) Oligarchie gegenüber. Diese Form der Oligarchie zeichnet sich durch starken Schutz der Eigentumsrechte auf der Grundlage von allgemeingültigen Gesetzen aus. Vermögensverteidigung findet hier dementsprechend nicht in Form von Eigentums- sondern von Einkommensverteidigung (*income defense*) statt. Eine „herrschende“ (*ruling*) Oligarchie liegt indes vor, wenn Oligarchen ein hohes Maß an Herrschaftsbeteiligung aufweisen, diese

---

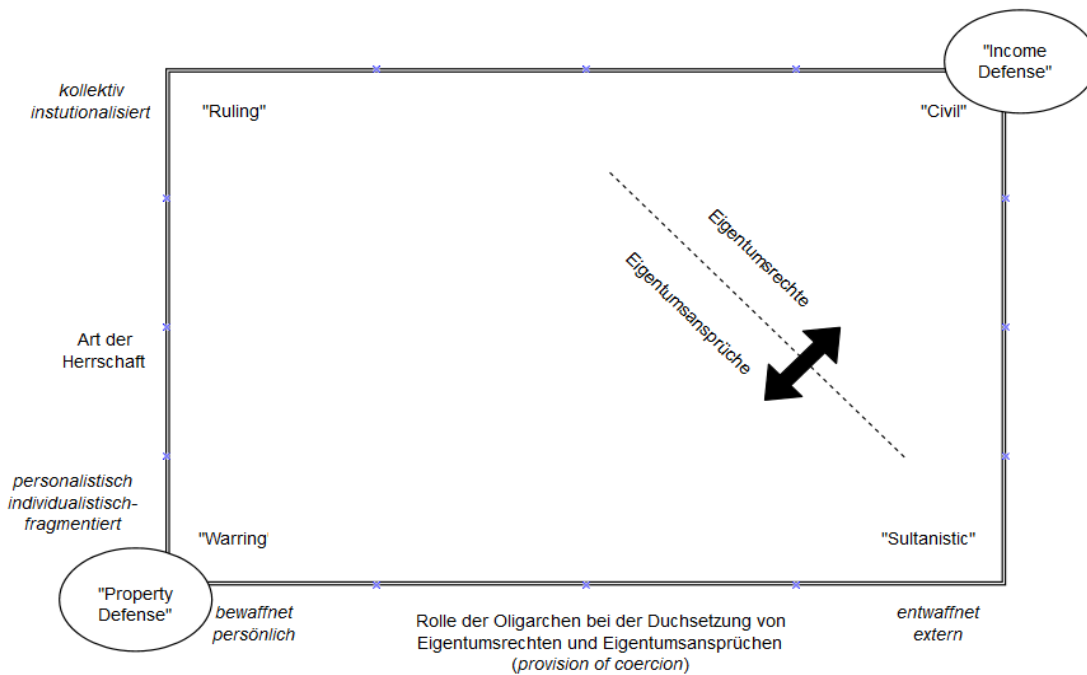
S. 222f. Die sich aus den spezifischen Gefahren sowie der Art der Verteidigung ableitende Oligarchie-Form bezeichnet Winters idealtypisch in diesem Fall als „civil oligarchy“ – im Unterschied zu „ruling (...)“, „warring (...)“ oder „sultanistic oligarchy“.

<sup>56</sup> Vgl. Winters (2011): S. 22.

<sup>57</sup> Vgl. ebd.

allerdings kollektiv und auf der Grundlage institutionalisierten Normen und Verhaltensregeln basiert. Schließlich bezeichnet Winters eine Oligarchie als „sultanistisch“ (*sultanistic*), wenn ein Monopol zur Durchsetzung von Eigentumsrechten und Eigentumsansprüchen besteht. Dieses Monopol stützt sich allerdings nicht auf rechtsstaatlichen Prinzipien, sondern vielmehr auf der dauerhaften individualistischen und personalistischen Herrschaft eines Einzelnen.

**Abbildung 1: Vermögensverteidigung und Oligarchie-Typen nach Winters<sup>58</sup>**



Welche konkreten Bedrohungen für das Vermögen der Oligarchen bestehen können, welche Verteidigungsmaßnahmen diese erfordern und wie sich Bedrohungen und Art der Verteidigung in Abhängigkeit zueinander verändern können, lässt sich exemplarisch am postsowjetischen Raum und hier besonders eindrucksvoll am Beispiel Russlands aufzeigen. Noch in der Sowjetunion war die massive Konzentration von Privatbesitz nicht möglich gewesen und es gab dementsprechend nur wenige Rechtsvorschriften, die den Schutz von Eigentumsrechten reglementierten.<sup>59</sup> Während die Sowjetunion daher von Eliten und nicht von Oligarchen dominiert wurde, ermöglichten frühe Privatisierungen Anfang der 1990er-Jahre einer Gruppe von Akteuren den Aufstieg zu Oligarchen. Die direkte Verteidigung ihres neu erlangten Eigentums war in den frühen 1990er-Jahren maßgebend. Zwang und physische Gewalt in

<sup>58</sup> Vereinfachte Darstellung nach Winters (2011): S. 34.

<sup>59</sup> Vgl. Åslund, Anders (2013): *How Capitalism Was Built. The Transformation of Central and Eastern Europe, Russia, and Central Asia*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 241.



organisierter Form stellten zentrale Merkmale des Staats- und Marktaufbaus in Russland dar.<sup>60</sup> Weil der Staat keinen ausreichenden Schutz der Eigentumsrechte bereitstellen konnte, investierten die Oligarchen in entsprechende Verteidigungsmaßnahmen:

„[N]ew big businesspeople, the oligarchs, thought the fees of the protection rackets were too high – originally 20 percent of turnover, falling over 10 percent of turnover over the years. Instead the oligarchs set up their own security forces. By the mid-1990s, 8 percent of the employees in a typical oligarchic corporation were occupied with security, both guards and counterintelligence, finding out what their enemies were doing. The top oligarchs hired deputy minister of interior to run their security and a deputy chairman of the KGB to manage their counterintelligence.“<sup>61</sup>

Mit der Zentralisierung der Macht unter der Administration des Präsidenten Vladimir Putin ab Anfang der 2000er Jahre und der einhergehenden Stärkung staatlicher Institutionen entstanden neue Bedrohungen für das Vermögen der Oligarchen. Ihre Verteidigungsmaßnahmen und damit auch ihre Rolle in der Politik veränderten sich dementsprechend. Bedrohungen gingen nun weniger von privaten Gewaltakteuren, sondern in erster Linie vom Staat selbst aus. Angriffe von staatlichen Akteuren auf Eigentumsrechte manifestierten sich in unterschiedlichen Formen, wobei insbesondere der Instrumentalisierung von formal-legalen Institutionen fortan eine zentrale Funktion zukam.<sup>62</sup> Wie Gans-Morse aufzeigt, gehörten die Beschlagnahme von Unternehmenseigentum, das von staatlichen Akteuren geförderte *corporate raiding*, Erpressung sowie Geldstrafen und Festnahmen zu den nun bedeutendsten Bedrohungen:

„Yet despite the risks these threats pose to Russian firms, they differ significantly from outright violence and coercion of the 1990s: The struggle over property rights has moved from the streets and into the courtrooms of the judiciary and offices of bureaucracy.“<sup>63</sup>

Im Unterschied zu „gewöhnlichen“ Unternehmern, deren Geschäfte zunehmend durch korrumpierte Beamte und Behörden auf unteren Ebenen behindert wurden,<sup>64</sup> waren die Oligarchen jetzt vor allem politisch motivierten Angriffen von der Elite ausgesetzt. Der Fall des russischen Oligarchen Michail Chodorkowskij, der Anfang der 1990er-Jahre durch Handel,

---

<sup>60</sup> Vgl. Volkov, Vadim (1999): Violent Entrepreneurship in Post-Communist Russia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 51, No. 5, 741–754.

<sup>61</sup> Åslund (2013): S. 286.

<sup>62</sup> Vgl. Harter, Stefanie/Grävningholt, Jörn/Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.) (2003): Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Rußland der Transformationsjahre 1992–2001, Bremen: Edition Temmen, S. 281f.

<sup>63</sup> Gans-Morse, Jordan (2012): Threats to Property Rights in Russia: From Private Coercion to State Aggression, in: Post-Soviet Affairs, Vol. 28, No. 3, 263–295, hier S. 265.

<sup>64</sup> Vgl. Gans-Morse (2012): S. 280ff.

Finanzgeschäfte sowie Privatisierungen im Rohstoffsektor im Rahmen des sogenannten „loans for shares“-Programms zur reichsten Person Russlands aufstieg, ist exemplarisch hierfür. Seine Verhaftung 2003, die auf den Vorwürfen Betrug und Steuerhinterziehung basierte, führte letztlich auch dazu, dass sein Erdölunternehmen *Yukos* 2006 bankrott erklärt wurde und die lukrativsten Unternehmensanteile in das staatliche Unternehmen *Rosneft* übergingen.<sup>65</sup> Insbesondere im gewinnbringenden und von den Oligarchen kontrollierten Rohstoffsektor verloren mehrere Akteure der Jelzin-Ära ihre Macht entweder an andere Oligarchen, die ein besonders loyales Verhältnis zur nun herrschenden Elite aufbauen konnten, oder direkt an Staatsunternehmen.<sup>66</sup> Exemplarisch zeigt sich die Umkehr der Machtverhältnisse hierbei in der Erdölförderung, wo der Anteil von Staatsunternehmen von 10% im Jahr 2000 auf 42% im Jahr 2008 einen deutlichen Anstieg erfuhr.<sup>67</sup> Aufgrund der zu identifizierenden Machtverschiebungen sowie der daraus für die Oligarchen und ihre Vermögensverteidigung resultierenden Herausforderungen lässt sich unter Berücksichtigung des analytischen Rahmens von Winters die Etablierung einer „Oligarchie“ konstatieren, die dem Idealtypus einer „sultanistischen“ Form nahe kommt und dementsprechend für die Oligarchen und die Verteidigung ihrer Vermögen spezifische Verhaltensweisen und Handlungserfordernisse mit sich bringt. Charakteristisch für diesen an die Arbeit von Chehabi und Linz<sup>68</sup> angelehnten Typus, den Winters in erster Linie in Indonesien unter der Herrschaft Suhartos identifiziert,<sup>69</sup> ist, dass die Oligarchen der herrschenden Elite weitgehend untergeordnet und von dieser kooptiert sind:

„Patron-client relations predominate with certain norms of behavior and obligation associated with them. However, the rule of law is either absent or operates as a

---

<sup>65</sup> Zur Chodorkovskij-Affäre siehe auch: Goldman, Marshall I. (2004): Putin and the Oligarchs, in: *Foreign Affairs*, Vol. 83, No. 6, 33–44 sowie Treisman, Daniel (2010): „Loans for Shares“ Revisited, in: *Post-Soviet Affairs*, Vol. 26., No. 3, 207–227.

<sup>66</sup> Weitere Oligarchen, die ihren Aufstieg mit dem Zerfall der Sowjetunion und insbesondere durch die Privatisierungen in der Jelzin-Ära erlebten und unter der Präsidentschaft Putins unter Druck gerieten und Teile ihrer Machtressourcen einbüßten, sind unter anderem Boris Berezovskij und Vladimir Gusinskij sowie Roman Abramovič und Michail Guceriev. Abramovič gelang es, sich durch den Verkauf seines Ölkonzerns *Sibneft* an das Staatsunternehmen *Gazprom* mit der herrschenden Elite weitgehend zu arrangieren. Guceriev, Mitte der 2000er Jahre einer der reichsten Russen, wurde indes der Steuerhinterziehung, des Betrugs sowie illegaler Geschäfte beschuldigt. Er flüchtete zeitweilig aus Russland und verlor sein Erdölunternehmen *RussNefi* an den damals aufstrebenden Oligarchen Oleg Deripaska, der ein sehr loyales Verhältnis zum Präsidenten haben soll. Siehe hierzu auch: Zakharovich, Yuri (2009): Mikhail Gutseryev and the Expediency of Russian Justice, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 6, Issue 206: <https://jamestown.org/program/mikhail-gutseryev-and-the-expediency-of-russian-justice/> [15.01.2024].

<sup>67</sup> Vgl. Rutland, Peter (2009): Putin and the Oligarchs, in: Wegren, Stephen K., Hersprin, Dale R. (eds.): *After Putin's Russia: Past Imperfect, Future Uncertain*, Lanham: Rowman & Littlefield, 159–182, hier S. 175.

<sup>68</sup> Vgl. Chehabi, Houchang E./Linz, Juan J. (1998): *Sultanistic Regimes*, Baltimore, London: The Hopkins University Press.

<sup>69</sup> Zur Rolle von Oligarchen in Indonesien siehe auch: Fukuoka, Yuki (2013): *Oligarchy and Democracy in Post-Suharto Indonesia*, in: *Political Studies Review*, Vol. 11, Issue 1, 52–64.

personalistic system of rule *by law*. Authority and violence are the exclusive or overwhelming preserve of the ruler, whose stability at the apex of the regime, and especially over the powerful oligarchs immediately below, depends vitally on providing property and income defense for oligarchs as a whole. Failure to do so or frontally threatening oligarchs are key catalysts for destabilization and overthrow. Sultanistic rulers either disarm oligarchs or effectively overwhelm their individual coercive capacities, usually by deploying state instruments of violence or blending these with the ruler's private means of coercion. Disarmed oligarchs defend their wealth by investing part of their material resources as payoffs to the ruler to deflect individualized predations. Property threats laterally from other oligarchs are managed strategically by the sultanistic ruler at the top. The ruler also defends oligarchic wealth and property against threats from the poor below.<sup>70</sup>

Der ukrainische Fall lässt sich im Unterschied zu Russland innerhalb der Typologie von Winters indes am ehesten einer „warring oligarchy“ zuordnen. Eine solche „warring oligarchy“ wird im Idealtypus – stets verstanden als Abstraktion komplexer realer Zusammenhänge – von Winters dabei folgendermaßen charakterisiert:

„Fragmentation among oligarchs is at its maximum. Alliances are unstable in a context of violent competition that shifts constantly. Any superior authority figure that emerges among oligarchs enjoys only temporary dominance. Conflict and threats are predominantly lateral between warring oligarchs and claims to enriching territory, resources, and subordinate populations are overlapping and contested. Rapid accumulation is mostly by conquest, although warring oligarchs also extract surpluses from primary producers. Coercive and material power resources are so intertwined for warring oligarchs as to be essentially coterminous. Coercive capacities exist for wealth defense and wealth is deployed to sustain coercive capacities.“<sup>71</sup>

Ebenso wie beim sultanistischen Typus findet auch bei einer „warring oligarchy“ die Vermögensverteidigung im Sinne von „property defense“ innerhalb eines personalistischen und individuell fragmentierten Herrschaftssystems statt. Allerdings unterscheiden sich die beiden Oligarchieformen insbesondere mit Blick auf die Stellung der miteinander konkurrierenden Oligarchen gegenüber einer übergeordneten beziehungsweise überlegenen Autorität. Ein auf der Herrschaft eines Einzelnen basierendes Monopol zur Durchsetzung von Eigentumsrechten und Eigentumsansprüchen besteht in einer „warring oligarchy“ im Unterschied zur

---

<sup>70</sup> Winters (2011): S. 35f.

<sup>71</sup> Ebd. S. 35.

sultanistischen Oligarchie nicht. Vielmehr sind die Oligarchen in höchstem Maße unmittelbar an der Durchsetzung ihrer Eigentumsrechte und ihrer Eigentumsansprüche beteiligt. Vereinfacht ausgedrückt besteht die in diesem Typus zum Ausdruck kommende Oligarchie in einem starken interoligarchischen Wettbewerb der Akteure bei gleichzeitiger Abwesenheit eines externen „Schiedsrichters“. Diese Oligarchieform trifft auf die Ukraine insofern zu, als dass Oligarchen in der Ukraine im Gegensatz zum russischen Fall und der von Winters dargelegten sultanistischen Ausprägung der Oligarchie bis heute eine wesentlich größere politische Einflussnahme und damit einhergehend bis heute auch eine zentrale politische Rolle zuzumessen ist. Dies kommt vor allem durch ihre informelle Einflussnahme auf interreligiöse Beziehungsebene in Form von informellen Netzwerken (oft auch als „Clans“ oder „Seilschaften“ bezeichnet), durch ihren formellen politischen Einfluss durch die Übernahme politischer Ämter sowie durch ihre Beeinflussung der medialen Berichterstattung zugunsten politischer Verbündeter zum Ausdruck.<sup>72</sup> Die politische Einflussnahme der Oligarchen auf diesen drei Wegen hat sich in der Vergangenheit als sehr stabil erwiesen. Neben der Konstanz der von den Oligarchen verfolgten Strategien zeigt sich in der Ukraine bis heute, dass die politische Einflussnahme der Oligarchen ein unverändert relevanter Faktor des politischen Regimes ist. Eine Unterordnung der Oligarchen unter eine herrschende politische Elite hat in der Ukraine nie dauerhaft stattgefunden. Vielmehr ist es den Oligarchen in der Ukraine bisher stets gelungen, sich Entmachtungsversuchen durch die jeweils herrschende politische Elite zu widersetzen.<sup>73</sup>

Der von Winters definierte Oligarchie-Typus einer „warring oligarchy“ ist schließlich auch anschlussfähig an politikwissenschaftliche Ansätze, die sich für das Verständnis des ukrainischen Falles als fruchtbar erwiesen haben. Mit Blick auf die politische Rolle der Oligarchen in der Ukraine und die von ihnen ausgehende Beeinflussung des politischen Regimes hat unter konzeptionellen Gesichtspunkten dabei vor allem der von Hellman verfolgte Ansatz Prominenz erlangt. Hellman geht davon aus, dass die frühen Gewinner der Transformation von der sowjetischen Plan- zur postsowjetischen Marktwirtschaft Reformen immer nur so weit zulassen, wie sie selbst davon profitieren, das heißt „rent seeking“ betreiben können:

---

<sup>72</sup> Vgl. hierzu u.a.: Kowall, Tina (2002): Eine Oligarchie unter Kuchma? Der Einfluss der Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Kowall, Tina/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen [Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42], 5–20; Puglisi, Rosaria (2003a): The Rise of the Ukrainian Oligarchs, in: Democratization, Vol. 10, Issue 3, 99–123 sowie Pleines (2005), (2010) und Pleines, Heiko (2016): Oligarchs and Politics in Ukraine, in: Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization, Vol. 24, Issue 1, 105–127.

<sup>73</sup> Eine ausführliche empirische Betrachtung der politischen Rolle der Oligarchen in der Ukraine wird in Kapitel 3 vorgenommen.

„[T]he winners from early stage of reform have incentives to block further advances in reform that would correct the very distortions on which their initial gains were based. In effect, they seek to prolong the period of partial reforms to preserve their initial flow of rents, though at considerable social cost.“<sup>74</sup>

Eng verbunden mit dieser These ist die Idee des „state capture“, was sich als einseitig, auf eigene Vorteile ausgerichtete, intransparente und rechtswidrige Beeinflussung der politischen „Spielregeln“ durch eine kleine Gruppe von Akteuren – in diesem Fall die von Hellman auch als Oligarchen bezeichneten Reformgewinner – umschreiben lässt. Eine solche Einflussnahme zur Rentenmaximierung ist dabei vor allem in politischen Regimen erfolgsversprechend, die anfällig für Korruption und Manipulationen politischer Entscheidungsprozesse sind:

„Accordingly, the attempts by the early winners to block reforms are most likely to be successful in a political regime prone to corruption and manipulations of political decision-making. Thus, the state capture approach claims that in hybrid or semi-authoritarian regimes, oligarchs use informal and illegal methods on a large scale to influence political decision-making processes in a way which secures their rent-seeking opportunities.“<sup>75</sup>

Ein solches hybrides Regime, in dem sich stärker noch die politische Rolle der Oligarchen und die Effekte ihrer politischen Einflussnahme betrachten lassen, haben Levitsky und Way mit dem Konzept des „competitive authoritarianism“ entwickelt. Ein kompetitiv-autoritäres Regime, wie es die Autoren für den Fall der Ukraine bis zum Regimewechsel im Zuge der Orangen Revolution 2005 konstatieren, zeichnet sich dadurch aus, dass formale demokratische Institutionen zwar als Mittel der Erlangung und Durchsetzung von Macht fungieren können, gleichzeitig jedoch grundlegende demokratische Regeln in dem Maße verletzt werden, dass von einem demokratischen Defekt gesprochen werden muss.<sup>76</sup> Kompetitiv-autoritäre Regime sind demnach weder vollständig demokratisch, noch ausnahmslos autoritär. Politische Akteure der Opposition können dementsprechend die machthabenden politischen Kräfte durch demokratische Institutionen ernsthaft herausfordern, allerdings findet der bestehende politische Wettbewerb unter ungleichen Voraussetzungen statt: „Competition is (...) real but unfair.“<sup>77</sup> Wie sich in der Ukraine besonders unter der Präsidentschaft Kučmas gezeigt hat, können

---

<sup>74</sup> Hellman (1998): S. 233.

<sup>75</sup> Pleines (2016): S. 107.

<sup>76</sup> Vgl. Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): *Competitive authoritarianism. Hybrid regimes after the cold war*, Cambridge: Cambridge University Press: 5. Zu hybriden Regimen siehe auch: Vgl. hierzu auch: Diamond, Larry Jay (2002): *Thinking About Hybrid Regimes*, in: *Journal of Democracy*, Vol. 13, Issue 2, 21–35.

<sup>77</sup> Ebd. S. 5.

Oligarchen in einem solchen Regime eine wichtige Machtstütze darstellen und in Form eines informellen Quidproquos durch ihre finanziellen Ressourcen im Austausch für eine Vorzugsbehandlung Einfluss auf die Politik nehmen. Dabei tragen sie parallel zu einer relativen Stabilität des hybriden Regimecharakters bei:

„[T]he oligarchs, when trying to preserve their rent-seeking opportunities, also promote informal political manipulations, thus undermining democratic consolidation. At the same time, they form rival centers of political power, thus also preventing authoritarian consolidation.“<sup>78</sup>

Das dennoch vorhandene Maß an politischem Wettbewerb bedeutet letztlich aber immer auch, dass sich Machtverhältnisse ändern können, ohne dass sich die Grundlegenden Funktionsweisen des politischen Systems transformieren.<sup>79</sup> Mit Blick auf Oligarchen in der Ukraine und die Verteidigung ihres Reichtums ist dabei neben der potentiellen Veränderung der politischen Machtverhältnisse insbesondere auch das gesamte institutionelle Setting zentral: So ist eine Gewaltenteilung de jure zwar festgeschrieben, allerdings unterliegen Judikative und Legislative einer starken Politisierung durch die Exekutive.<sup>80</sup> Formelle Institutionen erfahren damit eine eingeschränkte Wertigkeit. Gleichzeitig fungieren staatliche Institutionen und exzessive bürokratische Bestimmungen als Instrument zur Schwächung von Opponenten.<sup>81</sup> Vor allem auch Wirtschaftsakteure stehen dabei im Fokus, weil die von ihnen kontrollierten Ressourcen den Machthabern dienen können, um beispielsweise parteiorganisatorischen Defizite auszugleichen.<sup>82</sup> Weil ihr Eigentum letztlich aber nicht ausreichend durch den Staat geschützt ist, sondern vielmehr durch staatliche Akteure sowie Mitbewerber auch Bedrohungen erfahren kann, instabile und unregelmäßig wechselnde Machtverhältnisse zugleich die Funktionsfähigkeit und Dauerhaftigkeit von Machtarrangements zwischen der politischen Elite und den Oligarchen im Kern beeinflussen können, bewegen sich die Oligarchen zum Schutz ihres Eigentums und Vermögens daher auch in einem ständigen Spannungsfeld zwischen Kooptation und Abtrünnigkeit. Wie eine Untersuchung von Markus und Charnysh aufzeigt, haben sich dabei vor allem sogenannte indirekte Strategien als erfolgreich für ukrainische Oligarchen erwiesen. Im Gegensatz zur Ausübung von „direct power“, worunter die Autoren

---

<sup>78</sup> Pleines (2016): S. 108.

<sup>79</sup> Vgl. Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2002): Elections without Democracy. The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy, Issue 13, Vol. 2, 51–65.

<sup>80</sup> Vgl. ebd. S. 54–58.

<sup>81</sup> Vgl. Darden, Keith A. (2001): Blackmail as a tool of state domination: Ukraine under Kuchma, in: East European Constitutional Review, Vol. 10, Issue 2–3, 67–71.

<sup>82</sup> Vgl. hierzu auch: Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War, Cambridge: Cambridge University Press, S. 66.

die Übernahme eines Staatsamtes in der Exekutive oder der Legislative verstehen, bieten indirekte Strategien in Form von Parteienunterstützung und Medienbesitz den Oligarchen die Möglichkeit, flexibel zu agieren und somit schneller sich an ändernde Mehrheits- und Machtverhältnisse anzupassen:

„Modern Ukrainian history demonstrates rudely that oligarchs do not expire—Politicians do. Support of political parties and media ownership are velvet gloves on oligarchs’ iron fists: Compared with direct power, these strategies both mask and magnify the punch over time.“<sup>83</sup>

### 2.3. Legitimationsstrategien von Oligarchen

Winters’ Machtressourcenansatz hat machttheoretische sowie klassensoziologische Fundierung und ist sowohl von Marx als auch von Weber beeinflusst. Parallel zu der Annahme, dass die Kontrolle von materiellen Machtressourcen stets zum Zweck des Eigennutzes erfolgt, richtet Winters seinen Fokus dementsprechend nicht nur auf die zwischen gesellschaftlichen Akteuren herrschenden Kräfteverhältnisse und ihre unterschiedlichen Machtressourcen, sondern insbesondere auch auf die Konfliktfähigkeit, die innerhalb von Gesellschaften und zwischen gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen bestehen kann. Wie bereits ausgeführt, ist die grundlegende Annahme dabei, dass die Machtressourcen der Oligarchen – ihre Vermögen – stets gegenüber konkurrierenden Ansprüchen behauptet werden müssen. Dabei gilt: je größer das beanspruchte Vermögen, desto mehr Bedrohungen liegen vor.<sup>84</sup> Bedrohungen, gegen die sich die Verteidigung des eigenen Vermögens der Oligarchen richtet, können in Form von Gegenansprüchen (*counterclaims*) auf verschiedenen Ebenen bestehen und von unterschiedlichen Akteuren ausgehen. Winters unterscheidet hierbei zwischen der vertikalen und der horizontalen Ebene. Auf horizontaler Ebene richtet sich der Blick auf Versuche der Oligarchen selbst, ihre Machtressourcen auf Kosten anderer Oligarchen auszubauen. Auf vertikaler Ebene handelt es sich indes um Bedrohungen, die sowohl vom Staat als auch von der Gemeinschaft, das heißt jenen, die über keine nennenswerten materiellen Ressourcen verfügen, ausgehen können:

„Property defense refers to the effort by oligarchs or some external guarantor to ensure that their riches are not taken by those who covet them. ‘Taking’ can be vertical, as when the poor attack the rich from below and redistribute their property, or when the state or

---

<sup>83</sup> Markus, Stanislav/Charnysh, Volha (2017): The Flexible Few: Oligarchs and Wealth Defense in Developing Democracies, in: Comparative Political Studies, Vol. 50, Issue 12, 1632–1665, hier S. 1660.

<sup>84</sup> Vgl. Winters (2011): S. 22.

autocratic ruler seizes property from above. Taking can also be horizontal, as when one oligarch encroaches on the holdings of another.“<sup>85</sup>

Vor allem mit Blick auf die vertikale Ebene erweist sich Winters' theoretischer Rahmen mit der Berücksichtigung der aus Gegenansprüchen bestehenden Bedrohungen von „oben“ und von „unten“ auf Basis ungleicher Verteilungen materieller Ressourcen als anschlussfähig an einen breiter gefassten theoretischen Diskurs über die Rechtmäßigkeit sowie die aus der gemeinschaftlichen Akzeptanz- beziehungsweise Nichtakzeptanz des Vermögens der Oligarchen resultierenden Folgen. Schließlich werfen ungleiche Vermögensverteilungen allgemein und der Reichtum von Oligarchen, das heißt konzentriertes und sich in übermäßigem Besitz einer kleinen Gruppe von Akteuren befindendes Vermögen, sowie hieraus resultierende Macht im Speziellen, wie alle Herrschaftsbeziehungen zwangsläufig die Frage nach der Rechtmäßigkeit der bestehenden Eigentumsverhältnisse auf. Berle formuliert dies folgendermaßen:

„Macht ist eine Tatsache, aber es ist ebenfalls eine Tatsache, daß der menschliche Verstand nicht gänzlich oder dauernd daran gehindert werden kann, gewisse Fragen zu stellen. Warum soll gerade dieser Mann oder diese Gruppe die Macht besitzen – anstelle eines anderen Mannes oder einer anderen Gruppe, die vielleicht anziehender sind? Das menschliche Tier hat sich immer bemüht, seine eigenen Fragen zu beantworten: Die Macht liegt dort, weil der Machthabende durch irgendeine Prüfung oder Richtlinie dazu berechtigt ist. Das hat eine unvermeidliche Folgerung: Dem Inhaber von Macht kann diese entzogen werden, wenn es sich erweist, daß er keinen Anspruch und kein Recht darauf hat. Es gibt meines Wissens in der Geschichte kein Beispiel dafür, daß eine kleine oder größere Gruppe nicht irgendeine Theorie über das Recht auf Macht aufgestellt hätte.“<sup>86</sup>

Die hier bei Berle Erwähnung findende „Theorie über das Recht auf Macht“ impliziert das sich grundsätzlich bietende Problem der Rechtmäßigkeit und findet Anschluss in den Begriffen Legitimität und Legitimation. Legitimation und Legitimität umfassen ein Schlüsselkonzept der Politikwissenschaft und sind von zentraler Bedeutung im grundsätzlichen Diskurs über die Herkunft, Begründung sowie Ablösung politischer Sachverhalte. Nach Schmidt ist Legitimation ganz allgemein die Bezeichnung für „1) den Vorgang oder das Ergebnis der Begründung oder Rechtfertigung einer Handlung oder Rechtfertigung einer Handlung, eines

---

<sup>85</sup> Winters (2011): S. 23.

<sup>86</sup> Berle, Adolf A. (1967): Macht ohne Eigentum, Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain, S. 84.



Geschehnisses oder eines Zustandes, 2) die Beschaffung der Zustimmung Herrschaftsunterworfenen zu einem Herrscher oder einer Herrschaftsordnung, vor allem aufgrund von Überredung, Überzeugung, Vergünstigung oder Manipulation“ sowie für den „3) (...) Vorgang oder das Ergebnis der Anerkennung einer Herrschaft“.<sup>87</sup> Legitimität ist demgegenüber enger gefasst und meint ausschließlich bestimmte Zustände, wie „die Rechtmäßigkeit einer Herrschaftsordnung“ sowie „die faktische Anerkennung einer Herrschaftsordnung“<sup>88</sup> seitens der Herrschaftsunterworfenen. Legitimation lässt sich somit von Legitimität dadurch abgrenzen, dass Legitimation als Form des Prozesses des Legitimierens betrachtet wird, während der Begriff der Legitimität eher auf dessen Ergebnis abzielt. Eng verwoben mit dem Begriffspaar Legitimation/Legitimität ist der empirisch besser fassbare Begriff des Legitimitätsglaubens. In Anlehnung an Weber bezeichnet der Legitimationsglaube die „Anerkennung, das Einverständnis [und] das Gelten-Sollen einer Herrschaftsordnung“<sup>89</sup>. Legitimität und Legitimation stellen demnach kein normativ-statisches, sondern vielmehr ein empirisch-dynamisches Konzept dar. Insbesondere Lipset weist auf diesen Umstand hin, indem er Legitimität als die „Fähigkeit des Systems“ definiert, „die Überzeugung herzustellen und aufrechtzuerhalten, daß die existierenden politischen Institutionen, die für die Gesellschaft angemessensten sind“<sup>90</sup>. Der Legitimationsanspruch kann demzufolge versuchen, den Legitimationsglauben und somit auch die Legitimität als Ergebnis der Legitimation zu beeinflussen. Insbesondere in der empirischen Legitimationsforschung – im Unterschied zur normativen Legitimationsforschung – berührt das Wechselspiel zwischen Legitimationsanspruch, daraus abgeleiteten Legitimationsanstrengungen und Legitimationsglauben besonders die Analyse zwischen Herrschaft und Gesellschaft und lässt sich somit auch auf die Frage nach der Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der Macht der Oligarchen übertragen.

Als ein Schlüsselkonzept für die Machterhaltung sowie die relative Stabilität autoritärer politischer Systeme wurden Legitimation und Legitimität in der Vergangenheit verstärkt auch in den Fokus der Autokratieforschung gerückt.<sup>91</sup> Neben Repression und Kooptation wird Legitimation dabei als eine zentrale Stütze autoritärer Herrschaftssysteme betrachtet.<sup>92</sup> Insbesondere in solchen nicht-demokratischen Regimen, die teilweise auch als „soft

---

<sup>87</sup> Schmidt (1995): 555.

<sup>88</sup> Ebd. 555f.

<sup>89</sup> Nohlen, Dieter (2002): Kleines Lexikon der Politik, München: C.H. Beck, S. 276.

<sup>90</sup> Lipset, Seymour M. (1962): Soziologie der Demokratie, Neuwied: Luchterhand.

<sup>91</sup> Vgl. Beichelt, Timm (2014): Legitimier Autoritarismus? Politische Stabilität im postsowjetischen Raum, in: OSTEUROPA, 64. Jg., Nr. 8, 49–61.

<sup>92</sup> Vgl. Gerschewski, Johannes (2013): The three pillars of stability: legitimation, repression, and co-optation in autocratic regimes, in: Democratization, Vol. 20, Issue 1, 13–38.

authoritarian“ bezeichnet werden, weil sie im Gegensatz zu „harten“ autoritären Regimen weniger stark auf Zwang und Gewalt basieren, müssen autoritäre Herrscher über ein „toolkit“ verfügen und zum Machterhalt auf einen „core of supporters“ zurückgreifen können.<sup>93</sup> Dementsprechend plädiert vor allem Backes dafür, „den Komplex der Herrschaftslegitimation (die Legitimationsbemühungen politischer Führungsgruppen im Wechselspiel mit dem Legitimationsglauben der Beherrschten) in den Mittelpunkt [zu] stellen (...), um die Bedingungen der Stabilisierung/Konsolidierung nicht demokratischer Herrschaft in ihrer außerordentlichen Komplexität und Verwobenheit erfassen zu können.“<sup>94</sup>

Während sich die Literatur aus dem Bereich der Autokratieforschung in erster Linie auf die Reproduktion von Herrschaftsregimen sowie Legitimationsstrategien „des Regimes“ konzentriert, lässt sich mit Frye aber durchaus auch ein Zusammenhang zwischen der Vermögensverteidigung als dem zentralen Handlungsmotiv der Oligarchen auf der einen sowie der Legitimation ihres Vermögens auf der anderen Seite herstellen und somit auch die Legitimationsstrategien der Akteure und ihrer Eigentumsrechte in den Blick nehmen. Grundlegend hierfür ist eine Konzeption von Eigentumsrechten, die diese nicht etwa durch Gesetze als geschützt begreift, sondern vielmehr als Gegenstand kontinuierlicher politischer Auseinandersetzung interpretiert. Eigentumsrechte sind demnach primär nicht als statisch zu betrachten, sondern vielmehr vor dem Hintergrund eines kontinuierlichen politischen Wettbewerbs, in dem Eigentumsrechte definiert und redefiniert werden: „Far from being fixed in law, property rights are highly dependent on the political climate.“<sup>95</sup> Auch Markus hebt eine solche politische Dimension, die Eigentumsrechten innewohnt, hervor: „[P]roperty rights are inherently political: their design determines the distribution of wealth and power in a society.“<sup>96</sup> Vor allem dort, wo Eigentumsrechte aus umstrittenen Privatisierungen hervorgegangen sind, sieht Frye Gefahren für das Eigentum der Rechteinhaber auf vertikaler Ebene von „oben“: „The state, through its monopoly on the use of coercion, retains its ability to redraw property rights in a variety of ways, from expropriation and renationalization to changes in regulation and tax policy.“<sup>97</sup> Frye hebt dabei jedoch auch insbesondere die Verbindung nach „nach unten“ hervor, indem er ferner davon ausgeht, dass unter Bedingungen, in denen Eigentumsrechte von der

---

<sup>93</sup> Vgl. Schatz, Edward (2009): The Soft Authoritarian Tool Kit: Agenda Setting Power in Kazakhstan and Kyrgyzstan, in: Comparative Politics, Vol. 41, No. 2, 203–222, hier S. 206.

<sup>94</sup> Backes, Uwe (2013): Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimationsstrategien, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 157.

<sup>95</sup> Frye, Timothy (2006): Original Sin, Good Works, and Property Rights in Russia, in: World Politics, Vol. 58, Issue 4, 479–504, hier S. 488.

<sup>96</sup> Markus, Stanislav (2012): Secure Property as a Bottom-Up Process: Firms, Stakeholders, and Predators in Weak States, in: World Politics, Vol. 64, Issue 2, 242–277, hier S. 246.

<sup>97</sup> Frye (2006): S. 480.

Gemeinschaft als illegitim betrachtet werden, die Gefahr für die Rechteinhaber steigt, dass ihnen ihre Eigentumsrechte streitig gemacht werden können:

„The specter of reversing privatization may be heightened where the community views existing definitions of property rights as illegitimate. This underlying illegitimacy may allow political entrepreneurs to bolster their public standing by railing against the current distribution of property rights. (...) In contrast, such appeals are likely to fall on deaf ears if the community views property rights as broadly acceptable“.<sup>98</sup>

Die hier bei Frye Erwähnung findende Instrumentalisierung der öffentlichen Meinung zur Umverteilung bestehender Eigentumsverhältnisse kann politischen Eliten dazu dienen, um beispielsweise selbst zu profitieren oder Akteure aus dem eigenen Umfeld profitieren zu lassen.<sup>99</sup> Darüber hinaus kann nach Mau und Starodubrovskaya eine Umverteilung vor allem für post-revolutionäre Regierungen ein Schlüsselfaktor zur Lösung finanzieller und sozio-ökonomischer Probleme darstellen. Dementsprechend sehen sie die Umverteilung von Eigentum als besonderes charakteristisch für revolutionäre Machtwechsel.<sup>100</sup>

Frye betrachtet die Inhaber der Eigentumsrechte jedoch nicht als passive Akteure. Vielmehr schreibt er ihnen zu, dass sie die Legitimität ihrer Eigentumsrechte beeinflussen können: „This sense of agency is largely lacking in existing literature that typically depicts rightholders as passively responding to institutional constraints.“<sup>101</sup> Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Legitimität ihrer Eigentumsrechte sieht Frye dabei in zweierlei Hinsicht: Zum einen können die Profiteure von Privatisierungen Legitimationsanstrengungen in Form von „good works“ durch „good use“ erreichen:

„The good use view of good works argument suggests that the legitimacy of property rights depends on how the managers have used the resource granted to them by the state. If a manager has modernized and restructured the firm, then others may be willing to view the property rights as legitimate even if the assets were obtained by cutting legal corners. This argument is often made by Russian business elites who justify their wealth by their ability to promote jobs, investment, and growth. The good use argument generates its own justification for initial privatization outcomes.“<sup>102</sup>

---

<sup>98</sup> Frye (2006): S. 480.

<sup>99</sup> Vgl. Denisova et al. (2012): S. 45.

<sup>100</sup> Vgl. Mau, Vladimir/Starodubrovskaya, Irina (2001): *The Challenge of Revolution: Russia at the End of the 20 Century*, Oxford: Oxford University Press, S. 263.

<sup>101</sup> Frye (2006): S. 488.

<sup>102</sup> Ebd. S. 486.

Eine zweite Möglichkeit der Legitimationsbeschaffung sieht Frye in der Bereitstellung öffentlicher Güter: “The public goods version of the good works argument suggests that managers who provide public goods for the region may generate greater acceptance for their property rights.”<sup>103</sup> Diese öffentlichen Güter können eine ganze Reihe von Maßnahmen umfassen, darunter insbesondere die Finanzierung kultureller, religiöser oder sozialer Organisationen und Veranstaltungen. Da vor allem in der Sowjetunion Unternehmen in vielen Bereichen wichtige soziale Dienstleistungen bereitstellten, wie beispielsweise in der Kinderbetreuung und im Gesundheitswesen, findet vor allem diese Form der Legitimationsbeschaffung somit auch unter einem Rückgriff auf traditionelle Legitimationsmuster statt.

Rowlingson und Connor diskutieren die Legitimation von Reichtum/Vermögen unter sehr ähnlichen Gesichtspunkten wie Frye, betrachten diese aber unter dem Kriterium der „Verdienstlichkeit“ (deservingness). Dabei identifizieren sie drei Argumentationsstränge, auf deren Grundlage Reichtum im öffentlichen Diskurs als „verdient“ verteidigt werden kann:

„The set of arguments concerns the appropriateness of rewarding merit/hard work/effort/risk-taking etc. The second concerns more consequentialist/economic arguments about providing incentives for wealth creation. And the third considers the character and behaviour of the rich.“<sup>104</sup>

Der erste Argumentationsstrang hebt dabei hervor, dass die betroffenen Akteure für ihre Situation selbst verantwortlich seien, „by working hard and taking the opportunity to do well“<sup>105</sup>. Zweitens kann besonderer Reichtum als „verdient“ betrachtet werden, weil er einen Nutzen für die gesamte Gesellschaft bringe. Das Argument des Nutzens für die Gesellschaft wird dahingehend begründet, als dass Reichtum als „Belohnung“ für harte Arbeit einen Anreiz für alle Individuen impliziere und daher für die Gesellschaft von Vorteil sei. Der dritte Argumentationsstrang zielt schließlich auf den Charakter der Reichen ab und deckt sich mit Fries „public goods version of the good works argument“:

“The final set of arguments here draws on the notion that the rich may be considered (more) deserving if they behave responsibly and generously both in the spirit and in

---

<sup>103</sup> Frye (2006): S. 487.

<sup>104</sup> Rowlingson, Karen/Connor, Stuart (2011): The ‘Deserving’ Rich? Inequality, Morality and Social Policy, in: Journal of Social Policy, Vol. 40, Issue 3, 437–452, hier S. 437.

<sup>105</sup> Ebd. S. 440.

practice, perhaps ‘giving something back’, e.g. through philanthropy and charitable work.”<sup>106</sup>

#### **2.4. Forschungsfrage**

Wie bereits ausgeführt wurde, sind unterschiedliche Aspekte der Beeinflussung des politischen Regimes durch die Oligarchen sowohl konzeptionell als auch analytisch vergleichsweise umfangreich untersucht worden. Weniger ausführlich hat sich die Forschung indes mit den Auswirkungen des politischen Regimes sowie im Regime stattfindender politischer Dynamiken auf die Handlungsstrategien der Oligarchen auseinandergesetzt: „[P]aying attention to the effect of political regime dynamics on the oligarchs themselves [is] an aspect which has so far been rather neglected and limited to explaining survival.“<sup>107</sup>

In der Ukraine ließen sich in der Vergangenheit signifikante Regimeveränderungen beobachten. Diese Regimeveränderungen betrafen nicht nur das formale politische Regime beziehungsweise das politische System, sondern auch qualitative Aspekte des Regimes. Ferner gingen sie mit Machtverschiebungen zwischen miteinander rivalisierenden politischen Kräften einher. Dabei haben jene Regimeänderungen, die nach abrupten Regierungswechseln stattfanden und Demokratisierungsschübe mit sich brachten, die von Frye und Markus angeführte politische Dimension, die den Eigentumsrechten von Oligarchen innewohnt, besonders deutlich gemacht und gezeigt, dass das Eigentum der Oligarchen entgegen der „state-capture“-These nicht nur theoretischen, sondern auch tatsächlichen Bedrohungen ausgesetzt sein kann. Mit der sogenannten Orangen Revolution 2004/2005 sowie der Revolution der Würde 2013/2014 lassen sich zwei besonders prägnante Ereignisse der jüngsten ukrainischen Geschichte identifizieren. In beiden Fällen handelte es sich um abrupte Regimewechsel in Folge von Massenprotesten, die sich jeweils sehr deutlich gegen die Oligarchen richteten. Sowohl die Orange Revolution als auch die Revolution der Würde haben dabei eindringlich demonstriert, dass der öffentlichen Meinung in der Ukraine im politischen Wettbewerb eine zentrale Rolle zuzuschreiben ist und dass eine Missachtung der öffentlichen Meinung mit hohen Kosten für die politische Elite verbunden ist.

Die dieser Arbeit zugrundeliegende These geht davon aus, dass Angriffe auf das Eigentum der Oligarchen mit dem eingangs beschriebenen Legitimationsdefizit der Oligarchen korrelieren und insbesondere in Phasen, in denen ein hybrides politisches Regime abrupte Regierungswechsel erfährt, fehlende Legitimität das systemimmanente Risiko der Oligarchen erhöht, im Falle von

---

<sup>106</sup> Rowlingson/Connor (2011): S. 446.

<sup>107</sup> Pleines (2016): S. 110.

Konflikten mit der Regierung Enteignungen oder anderweitigen Restriktionen ausgesetzt zu werden. Auf einen derartigen Zusammenhang verweisen auch Markus und Charnysh: „[P]ublic legitimacy cannot be discounted entirely by the superwealthy. In Ukraine, large parts of the population support the nationalization of oligarchs’ assets, an issue that is regularly weaponized by populist leaders and rival oligarchs.“<sup>108</sup> Sowohl Markus als auch Frye betonen gleichzeitig jedoch auch, dass Oligarchen durchaus Möglichkeiten haben, strategisch auch auf Bedrohungen, die mit Legitimationsdefiziten einhergehen, zu reagieren und ihre Eigentumsrechte zu verteidigen: „What firms do matters for (...) PR [property rights] security.“<sup>109</sup> Was ukrainische Oligarchen konkret tun, um das zuvor beschriebene Legitimationsdefizit ihrer Eigentumsrechte zu minimieren, ist ein Aspekt der Eigentumsverteidigung von Oligarchen, mit dem sich die Wissenschaft bisher kaum auseinandergesetzt hat.<sup>110</sup> Diese Arbeit soll die bestehende Forschungslücke schließen und geht hierfür folgender mehrgliedriger Fragestellung nach: *Welche Strategien verfolgen Oligarchen in der Ukraine zur Legitimation ihres Eigentums und ihrer Eigentumsrechte? Gegenüber wem verfolgen sie diese Strategien? Wie lassen sich Strategieunterschiede erklären?*

Indem sich die Forschungsfrage nicht mit der Beeinflussung des politischen Regimes durch Oligarchen befasst, sondern anschaulich untersucht, wie Regimedynamiken die Handlungslogiken der Oligarchen beeinflussen, wird also ein Perspektivwechsel vorgenommen. Dieser Perspektivwechsel ist von besonderer wissenschaftlicher Relevanz, um besser verstehen zu können, warum Oligarchen in der Ukraine Regimewechsel, die sich explizit gegen sie richten, in der Vergangenheit so stabil überstehen konnten.

---

<sup>108</sup> Markus/Charnysh (2017): S. 1652.

<sup>109</sup> Markus (2012): S. 247.

<sup>110</sup> Eine ausführliche Einführung in den entsprechenden Forschungsstand erfolgt in Kapitel 3.10.

### **3. Forschungsstand: Ein kollektives Porträt der Oligarchen in der Ukraine**

Bevor das Design zur Untersuchung der Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen vorgestellt wird (Kapitel 4), gibt das vorliegende dritte Kapitel zunächst eine ausführliche Einführung in den empirischen Kontext zur politischen Rolle von Oligarchen in der Ukraine und eine Übersicht über den Forschungsstand. Ziel des Kapitels ist es, auch Leserinnen und Lesern, die mit der ukrainischen Politik und der Rolle der Oligarchen im politischen System der Ukraine weniger vertraut sind, einen entsprechenden Überblick zu bieten, der zum besseren Verständnis der nachfolgenden Fallstudie beiträgt. Der Aufbau des Kapitels ist chronologisch. Nach einer Beschreibung der Ausgangsbedingungen der wirtschaftlichen und politischen Karrieren ukrainischer Oligarchen ab dem Beginn der 1990er-Jahre folgt ein Überblick über die Elitenpolitik des zwischen 1999 und 2004 amtierenden ukrainischen Präsidenten Leonid Kučma, die in dieser Zeit erfolgte Konsolidierung der Oligarchen sowie ihre parteipolitische und mediale politische Einflussnahme. Anschließend wird dargestellt, welche Dynamiken sich mit Blick auf die politische Rolle der Oligarchen im Kontext der Orangen Revolution (2004/2005), der Präsidentschaft Janukovyčs (2010-2012) sowie der anschließenden Euromajdan-Protteste (ab 2013) identifizieren lassen. Das Kapitel schließt ab mit einem besonderen Augenmerk auf die erstmals nach der Orangen Revolution einsetzende Imagepflege der Oligarchen und fasst den für die Untersuchung der Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen relevanten Forschungsstand zusammen.

#### **3.1. Die ersten Profitquellen der Oligarchen**

Die Bedeutung, die Oligarchen in der ukrainischen Politik zukommt, zeigte sich erstmals offensichtlich im Laufe der zehnjährigen Amtszeit des zweiten ukrainischen Präsidenten Leonid Kučma. Um allerdings die Grundlagen des zur politischen Einflussnahme notwendigen finanziellen Reichtums der Oligarchen und auch die für die Ukraine charakteristische Nähe zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite zu ergründen, ist zunächst ein Rückblick auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und die anschließende staatliche Unabhängigkeit der Ukraine erforderlich. Wittkowsky verleiht dieser Zeit, die sich nahtlos an die Unabhängigkeit der Ukraine anschließt, die Überschrift „Fünf Jahre ohne Plan“<sup>111</sup> und verweist auf eine Phase des Übergangs, in der die Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der mit der am 24. August 1991 erklärten Unabhängigkeit einhergehenden Entscheidung der Transformation von einer zentral gesteuerten Planwirtschaft hin zu einer freien Marktwirtschaft stagnierte. In

---

<sup>111</sup> Wittkowsky, Andreas (1998): Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991–1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten, Hamburg: LIT-Verlag.

einem klassischen Fall des Dilemmas der Gleichzeitigkeit politischer, ökonomischer und territorialer Veränderungen, konzentrierte sich die Staatsführung unter dem ersten Präsidenten des Landes, Leonid Kravčuk, auf die Profilierung des neuen unabhängigen Staates und begegnete vor allem außenpolitischen Herausforderungen - neben der friedlichen „Scheidung“ von den ehemaligen Sowjetrepubliken gehörten hierzu Verhandlungen mit Russland über die Aufteilung der Schwarzmeerflotte und über Atomwaffen, Abschlüsse bilateraler Verträge mit anderen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Austritt aus der Rubelzone, die Einführung der ukrainischen Übergangswährung *Karbovanec'* sowie die Verwaltung der Konkursmasse der Sowjetunion.<sup>112</sup> Ein umfassender Elitenwechsel, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und umfangreiche wirtschaftspolitische Reformen blieben indes aus, sodass sämtliche Institutionen der früheren Ukrainischen Sowjetrepublik de facto fortexistierten. Ökonomisch verharnte das Land dabei in seinen planwirtschaftlichen Strukturen, fiel in eine tiefgreifende Wirtschaftskrise und prägte letzten Endes mehr und mehr das Bild des „kranken Mannes am Dnipro“. War die Ukraine zuvor ausgesprochen stark in die arbeitsteilige Planwirtschaft der Sowjetunion integriert, so erbe es vor allem eine schwerindustriell geprägte, energieintensive Wirtschaftsstruktur. Die ukrainische Industrie und der für das Land sehr bedeutende Agrarsektor erlebten dabei mit der Auflösung traditioneller Absatzmärkte einen massiven Produktionsrückgang. Mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung zwischen 1998 und 1999 um 60% entwickelte sich eines der größten und bevölkerungsreichsten Länder Europas in der Folgezeit zu einem der ärmsten Staaten des Kontinents.<sup>113</sup> Ungeachtet dessen setzt der Beginn der wirtschaftlichen Karrieren vieler Oligarchen bereits zu Beginn der 1990er-Jahre ein und ist dabei eng an die Anfänge des ukrainischen Unternehmertums gekoppelt. Pleines bezeichnet diese Zeit, die sich etwa bis zur Mitte der 1990er-Jahre und somit bis zu jenem Zeitpunkt erstreckte, als einer kleinen Elite der tatsächliche Aufstieg gelungen war, als Phase, in der die späteren Oligarchen ihr „Startkapital“<sup>114</sup> akkumulieren konnten. In vielen Fällen stellten sowohl der Macht- und Kontrollverlust der Zentralorgane, der Fortbestand planwirtschaftlicher Strukturen sowie der gleichzeitige zaghafte Beginn marktwirtschaftlicher Reformen den Nährboden der Finanzkraft jener Akteure dar, die ab Mitte/Ende der 1990er-Jahre als Oligarchen in Erscheinung traten. Auch wenn sich die lukrativen Geschäfte jener Zeit oft intransparent darstellten, so liefert die

---

<sup>112</sup> Vgl. Ott, Alexander (1999): *Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 19.

<sup>113</sup> Vgl. Danzer/Weisshaar (2010): S. 2.

<sup>114</sup> Pleines, Heiko (2005): *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004*, Münster: LIT-Verlag, S. 76.



Untersuchung der Grundlagen von Wirtschaftskarrieren und der sie begleitenden Rahmenbedingungen doch Hinweise und Erklärungen für die später zu beobachtende zunehmende Einflussnahme dieser Akteure auf die Politik.

Mit Blick auf den Beginn der wirtschaftlichen Karriere der Oligarchen werden in der Literatur eine Reihe von Kanälen identifiziert, durch die es gelang, in und auch gerade während der wirtschaftlichen Rezession finanziellen Reichtum anzuhäufen. Dabei lässt sich feststellen, dass die Grenzen der aufgezeigten Profitquellen des spätestens Anfang der 1990er-Jahre entstehenden ukrainischen Unternehmertums fließend verlaufen und häufig miteinander korrelierten. Einerseits handelte es sich hierbei um Handelsgeschäfte. Metalle etwa, oder auch Chemikalien, konnten zu einem staatlich regulierten Preis in der Ukraine erworben und auf dem Weltmarkt weiterverkauft werden. Als lukrativ erwies sich dieses Geschäft aufgrund der erheblichen Gewinnmargen, die der Weiterverkauf im Ausland erzielte. Da der staatlich regulierte Metallpreis in der Ukraine nur etwa 10% des Weltmarktpreises betrug, konnten durch internationalen Handel so Gewinnspannen von bis zu 900% erreicht werden.<sup>115</sup> Während die Lizenz- und Quotenvergabe sowohl für den Güterimport als auch für den Güterexport somit eine besondere Bedeutung erlangten, stellte der Handel mit ausländischen Produkten, in erster Linie mit russischem Erdgas, ein weiteres attraktives Geschäftsfeld dar. Begünstigt wurden Gasgeschäfte dadurch, dass die Ukraine bis 1992 zunächst mit beinahe kostenlosen Lieferungen aus Russland versorgt wurde. Dass Teile dieser Lieferungen mit erheblichen Gewinnen auf dem Weltmarkt weiterverkauft werden konnten,<sup>116</sup> unterstreicht eine Äußerung des sogenannten „Gas-Oligarchen“ Ihor Bakaj: „All really rich people in Ukraine have made their money on gas“<sup>117</sup>. Gasgeschäfte spielten nicht zuletzt auch deshalb eine zentrale Rolle in vielen Karrieren, da die Ukraine zur damaligen Zeit als einer der weltweit größten Erdgasimporteure galt sowie gleichzeitig wichtige Transitpipelines nach Westeuropa kontrollierte.<sup>118</sup> Selbst nach dem Austritt aus der Rubelzone und den fortan von Russland für Energielieferungen verlangten Weltmarktpreisen ließen sich dementsprechend mit dem Handel von Erdgas, entweder durch illegales Abzweigen aus dem Transitleitungssystem oder mittels staatlich subventionierter Währungskurse, „harte“ Devisen anhäufen.<sup>119</sup> Auch die Übertragung der Erdgasimporte vom

---

<sup>115</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 75.

<sup>116</sup> Vgl. Zimmer, Kerstin (2006a): Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion, Berlin/Münster: LIT-Verlag, S. 37.

<sup>117</sup> Åslund (2005a): [https://www.case-research.eu/files/?id\\_plik=4153](https://www.case-research.eu/files/?id_plik=4153) [15.01.2024].

<sup>118</sup> Mitte der 1990er-Jahre flossen 94% des für die mittel- und westeuropäischen Märkte bestimmten russischen Erdgases über ukrainisches Territorium. Im Zuge des so genannten „Gasstreits“ zwischen Russland und der Ukraine (2005/2006 und 2007/2008) wurde der Vorwurf der illegalen Gasentnahme mehrmals geäußert. Vgl. hierzu auch: Puglisi, Rosaria (2003b): Clashing Agendas? Economic Interests, Elite Coalitions and Prospects for Co-Operation between Russia and Ukraine, in: Europe-Asia Studies, Vol. 55, No. 6, 827–845, hier: S. 832.

<sup>119</sup> Vgl. Puglisi (2003a): S. 104.

Staat an private Unternehmen tat der Attraktivität des Handels mit Erdgas keinen Abbruch. Durch Monopolstellungen, die zunächst primär auf regionaler Ebene entstanden,<sup>120</sup> gelang es vor allem auch den privaten ukrainischen Gasimporteuren, stattliche Gewinne zu erzielen. Das aus dem Versorgungsmonopol resultierende Preisdiktat ermöglichte es zudem, erste Betriebe, die etwaige Schulden nicht zahlen konnten, in Konkursverfahren zu übernehmen und den Aufbau von Holdinggesellschaften, die zunächst noch unterschiedlichste Unternehmen zusammenfassten, voranzutreiben. Im weiteren Verlauf gelang es einigen dieser Holdinggesellschaften schließlich, Investitionsschwerpunkte zu entwickeln und sich vor allem auf Betriebe in gewinnbringenden Sektoren, wie beispielsweise die subventionierte Metallindustrie zu konzentrieren.<sup>121</sup> Der Aufbau der Kontrolle ganzer Produktionsketten durch die vertikale Integration einzelner aufeinander aufbauender Produktionssektoren sollte es dabei ermöglichen, Produktionskosten zu senken und Gewinne zu maximieren.<sup>122</sup> Da die Privatisierung der wichtigsten ukrainischen Großbetriebe jedoch erst ab dem Jahr 2000 erfolgte, mussten sich die Holdinggesellschaften hierbei zunächst auf kleine und mittlere Unternehmen beschränken. Dabei gelang es stellenweise auch, mittels der im Handel erzielten Gewinne Privatisierungsgutscheine zu erwerben, die im Zuge der Massenprivatisierung ab 1994 an die Bevölkerung ausgehändigt wurden.<sup>123</sup>

Neben derartigen Handelsgeschäften bildeten Finanzaktivitäten eine weitere Möglichkeit der individuellen Bereicherung. Kredite von staatlichen Banken, die mit lediglich zwei Promille des üblichen Satzes verzinst wurden, ermöglichten es neugegründeten privaten Bankhäusern, Kredite dieser Art zu einem normalen Zinssatz an Kunden weiterzugeben und somit die gesamten Zinseinnahmen einzubehalten.<sup>124</sup> Noch größere Gewinne ließen sich indes durch Wechselkurspekulationen erzielen. Hier boten die niedrigen nominalen Zinssätze der Zentralbank die Gelegenheit, Kredite zu negativen Realzinsen zu erhalten, indem das Geld zwischenzeitlich in ausländische Währungen angelegt und so vor der Geldentwertung der Hyperinflation<sup>125</sup> geschützt wurde.<sup>126</sup>

---

<sup>120</sup> Vgl. Åslund, Anders (2006): *The Ancien Régime: Kuchma and the Oligarchs*, in: Åslund, Anders/McFaul, Michael (Hrsg.): *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, Washington D.C.: Carnegie, 9–28, hier S. 11.

<sup>121</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 23 und S. 75.

<sup>122</sup> Vgl. Zimmer (2006a): S. 30.

<sup>123</sup> Vgl. Kyiv Post: „Privatization“, 10.12.2008:

<https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/privatization-31844.html> [15.01.2024].

<sup>124</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 75.

<sup>125</sup> In den Jahren 1991–1994 erlebte die Ukraine eine Inflation, die mit über 10.000% ihren Höhepunkt 1993 erreichte. Vgl. hierzu auch: Dabrowski, Marek (1994): *The Ukrainian way to hyperinflation*, in: *Communist Economies and Economic Transition*, Vol. 6, No. 2, 115–137.

<sup>126</sup> Vgl. Zimmer (2006a): S. 36.

Schließlich lassen sich im ukrainischen Fall auch kriminelle Handlungen annehmen, wie sie das von Volkov auf Russland bezogene Konzept des Gewaltunternehmertums berücksichtigt. Volkov definiert Gewaltunternehmertum als eine Reihe organisierter Handlungen und Strategien, die die Übertragung realer oder potentieller organisierter Gewalt in Geld oder nachhaltige Marktressourcen ermöglicht. Während Konsumgüter die Hauptressource für Handelsgeschäfte darstellen, stellt Gewalt und Gewaltandrohung die wichtigste Ressource des Gewaltunternehmertums dar. Das Gewaltunternehmertum zeichnet sich dabei besonders durch seine organisatorischen Fähigkeiten aus.<sup>127</sup> Ein in großen Teilen des postsowjetischen Raumes vertretenes Phänomen trat vor allem in Form von Schutzgelderpressungen auf. Kriminelle Handlungen dieser und ähnlicher Art, die im russischen Sprachgebrauch auch unter dem Begriff „*rèket*“<sup>128</sup> zusammengefasst werden, waren auf ihren untersten Ebenen insbesondere auf den mit Beginn der 1990er-Jahre im gesamten Land entstehenden Stadtmärkten zu beobachten. Da es gleichzeitig an einem staatlichen System mangelte, das das neu entstandene Privateigentum ausreichend hätte schützen können, entwickelte sich parallel der Verkauf entsprechender Schutzleistungen, die Händlern und Unternehmern gegen entsprechende Bezahlung „*kryšà*“ (ein Dach bzw. Schutz) bieten sollten.<sup>129</sup>

Während Schutzgelderpressungen im Einzelhandel gewissermaßen das untere Ende der Wirtschaftskriminalität darstellten, fand die Annahme der Kriminalisierung der ukrainischen Wirtschaft bis in die höchsten Ebenen, sowie Zimmers Verweis auf einen „quasi rechtsfreie[n] Raum“<sup>130</sup>, der sich mit dem Ende der Sowjetzeit herausbildete und die frühen Jahre der unabhängigen Ukraine prägte, nicht zuletzt auch Bestätigung in 116 Auftragsmorden an Politikern und Unternehmern, die das Innenministerium der Ukraine alleine im Jahr 1996 registrierte.<sup>131</sup>

### **3.2. Ausgangsbedingungen der politischen Karriere der Oligarchen**

Die bis hierher erfolgte Skizzierung der Bedingungen der wirtschaftlichen Karriere der Oligarchen und der Grundlagen ihrer Profitquellen birgt eine Reihe von Aspekten in sich, die

---

<sup>127</sup> Vgl. Volkov, Vadim (1999): Violent Entrepreneurship in Post-Communist Russia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 51, No. 5, 741–754.

<sup>128</sup> Der Begriff „*rèket*“ (russ. „*рèкет*“) bezeichnet in Anlehnung an den aus dem Englischen stammenden kriminologischen Terminus „*racket*“ bzw. „*racketeering*“ illegale Handlungen, die als Teil der organisierten Kriminalität aufzufassen sind. Zu diesen und anderen Formen organisierter Kriminalität in der Ukraine siehe auch: Finckenauer, James O./Schrock, Jennifer L. (Hrsg.) (2004): The prediction and control of organized crime: the experience of post-Soviet Ukraine, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers.

<sup>129</sup> Vgl. Volkov, Vadim (2005): Jenseits der Gerichte. Warum Gesetze nicht so funktionieren, wie sie sollen, in: OSTEUROPA, 55. Jg., Nr. 10, S. 74–83, hier S. 76.

<sup>130</sup> Zimmer (2006a): S. 77.

<sup>131</sup> Vgl. Ott, Alexander (1997): Wer hat die reale Macht in der Ukraine?, in: Berichte des BIOst, Nr. 31, S. 21.

die Grundlage der politischen Karriere der Oligarchen darstellen: Erstens wird mit Blick auf die Akkumulierung ihres Startkapitals deutlich, dass die Grundlage des Reichtums der Oligarchen sich vor allem auf Handels- und Finanzaktivitäten konzentrierte. So war es ihnen möglich, auch während der signifikanten wirtschaftlichen Rezession der 90er-Jahre Profite zu erwirtschaften.<sup>132</sup> Die Konzentration auf nicht-produktive Tätigkeiten kann dabei als Erklärung dienen, warum betroffene Unternehmer lange Zeit nicht öffentlich in Erscheinung traten und entsprechende Ratings auch keine Aussagen über ihr geschätztes Vermögen zu jener Zeit treffen. Im Gegensatz zu Oligarchen in Russland, die nach Jelzins Präsidialerlass bereits ab 1995 an Privatisierungsauktionen teilnehmen und über insbesondere im Zuge der sogenannten *loans-for-shares*-Privatisierungen Staatsbetriebe erwerben konnten, stellten Privatisierungen von Großbetrieben zunächst keine primäre Profitquelle des Reichtums ukrainischer Oligarchen dar. Auch wenn es einigen Akteuren bereits ab Mitte der 90er-Jahre gelang, in die wenigen profitablen Branchen des produzierenden Gewerbes einzusteigen (Maschinenbau, Nahrungsmittel- sowie Metallindustrie<sup>133</sup>), blieb ihnen der Zugang zu den wertvollsten Betrieben des Landes zunächst verwehrt. Dieser sich hieraus ergebende potentielle Mangel an Kapitalausstattung kann schließlich als Grund dafür herangezogen werden, warum Oligarchen in der Ukraine stark auf den im Folgenden einzugehenden Ausbau ihrer politischen Einflussmöglichkeiten angewiesen waren.

Zweitens erforderten die dargestellten Handels- und Finanzaktivitäten stets ein hohes Maß an administrativer Unterstützung, da sowohl die Berücksichtigung bei der Lizenz- und Quotenvergabe für den Im- und Export von Gütern und Energieträgern als auch die Vergabe günstiger Zentralbankkredite und ähnlicher Vorteile stets Kontakte zu entsprechenden Entscheidungsträgern voraussetzte. Dies zeigte sich besonders deutlich beim Handel mit Erdgas, dessen Import 1995 zwar vom Staat an private Unternehmen übertragen wurde, allerdings nach wie vor durch die Verteilung von Lizenzen und Importquoten sowie durch die Zuteilung von Kunden im Inland staatlich reguliert wurde. Schließlich lag es dabei auch in der Hand der staatlichen Administration, inwieweit sie inländischen Gashandelsfirmen Schutz vor ausländischen Zahlungsforderungen garantierten.<sup>134</sup> Sowohl Erfolg als auch Misserfolg standen somit in Abhängigkeit zu bestimmten politischen Verbündeten. Dementsprechend wird in

---

<sup>132</sup> Zwischen 1991 und 1994 verzeichnete die Ukraine einen Rückgang des BIP um durchschnittlich knapp 14% pro Jahr. Auch in den nachfolgenden Jahren ging das BIP stetig zurück. Ein positives Wirtschaftswachstum konnte erstmals im Jahr 2000 erreicht werden. Vgl. hierzu entsprechende Daten der Weltbank, einsehbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=UA> [15.01.2024].

<sup>133</sup> Vgl. Zimmer, Kerstin (2005a): Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebietes Donec'k, in: OSTEUROPA, 55. Jg., Nr. 1, 34–49, hier S. 34ff.

<sup>134</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 23.

diesem Zusammenhang häufig darauf verwiesen, dass Oligarchen in der Ukraine in ihrer Karriere stets im Rahmen regionaler „Clans“ beziehungsweise „Seilschaften“<sup>135</sup> agiert haben, die Akteure aus Wirtschaft und Politik vereinigen und auf Netzwerke zwischen lokalen beziehungsweise regionalen Ebenen und dem Zentrum zurückgreifen. Detailliert zeigt Zimmer Strukturen dieser Art für die industriell geprägte Region des Donbas auf, deren Prozess der Clanbildung aufgrund bestimmter besonders ausgeprägter Merkmale zwar gewissermaßen ein „Brennglas“ darstellt, jedoch „weitgehend mit dem gesamten nationalen Entwicklungspfad übereinstimmt“<sup>136</sup>. Ein regionaler Charakter, der die Oligarchen teilweise bis heute prägt, ist letztlich auch auf Gashandelsgeschäfte zurückzuführen, deren Profitabilität sich oftmals in regionalen Monopolstellungen ergründete.<sup>137</sup>

Auch wenn sich tatsächliche Beziehungsmuster aufgrund eines Mangels an Informationen und Transparenz häufig kaum umfassend nachweisen lassen, so haben dennoch mehrere Autoren darauf hingewiesen, dass sich Geschäfte dieser und ähnlicher Art in einer in Bezug auf die Ukraine häufig zitierten schattenwirtschaftlichen „Grauzone zwischen Plan und Markt“<sup>138</sup> abspielten und unter anderem politische Korruption als Form der illegalen Vereinnahmung erforderten.<sup>139</sup> Wittkowsky führt solche Beziehungen, in denen mit politischer Absicherung die private Aneignung staatlicher Ressourcen oder auch die Produktion für die Schattenwirtschaft betrieben wird, auf das von Waksberg beschriebene Phänomen der „sowjetischen Mafia“<sup>140</sup> zurück und betrachtet die Verschmelzung von illegalen Wirtschaftstätigkeiten und politischer Macht dabei als „Keimzelle“<sup>141</sup> der sogenannten Neuen Ökonomischen Elite. Dies bedeutete drittens, dass die Gewinne, die viele Unternehmer in jener Zeit erwirtschaften konnten, somit also nicht nur die Grundlage für den in der Folgezeit einsetzenden Ausbau der wirtschaftlichen

---

<sup>135</sup> Pleines formuliert Einwände gegen den Begriff des „Clans“ und spricht mit Verweis auf eine fehlende dauerhafte Geschlossenheit der regionalen Netzwerke aus Politik und Wirtschaft von „Seilschaften“, die weder die gesamte regionale Elite umfassen, noch über die Zeit stabil bleiben müssen. Vgl. Pleines (2005): S. 85.

<sup>136</sup> Zimmer (2006a): S. 75.

<sup>137</sup> Vgl. Åslund (2006): S. 11.

<sup>138</sup> Kowall, Tina (2002): Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluß von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Kowall, Tina/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 42), Bremen: Forschungsstelle Osteuropa, 5–20, hier S. 6.

<sup>139</sup> Aussagekräftige Daten zum Niveau der Korruption liegen mit dem Corruption Perceptions Index von Transparency International für die Ukraine erst ab 1998 vor. Hier erreichte die Korruptionswahrnehmung von Unternehmern und Geschäftsleuten in einer Skala von 0 (korrupt) bis 10 (korruptionsfrei) den Wert 2,8. Unter insgesamt 85 Staaten belegte die Ukraine dabei mit Platz 70 das untere Drittel des Rankings. Vgl. Transparency International: The Corruption Perceptions Index (1998): <https://www.transparency.org/en/cpi/1998> [15.01.2024]. Zur Korruption in den 1990er-Jahren vgl. auch: Wittkowsky (1998): S. 101ff. sowie Fuxman, Leonora (1997): Ethical Dilemmas of Doing Business in Post-Soviet Ukraine, in: Journal of Business Ethics, Vol. 16, No. 12/13, 1273–1282, hier S. 1274.

<sup>140</sup> Vgl. Waksberg, Arkadi (1992): Die sowjetische Mafia. Organisiertes Verbrechen in der Sowjetunion, München/Zürich: Piper.

<sup>141</sup> Wittkowsky (1998): S. 96.

und politischen Handlungs- und Einflussfähigkeit darstellten, sondern gleichzeitig auch dazu führten, dass sich jene Unternehmer aufgrund ihrer juristisch fragwürdigen Geschäftstätigkeiten stets als angreifbar erwiesen.<sup>142</sup> Dieses Restrisiko prägte das Handeln der Akteure vor allem in der nachfolgend betrachteten Phase, in der vor allem eine Strategie der Formalisierung des politischen Einflusses beobachtet werden konnte.

Schließlich kann die zum Ausdruck kommende gewachsene Kriminalisierung der ukrainischen Wirtschaft und Politik letztlich auch im Kontext unterschiedlicher Konfliktlinien und Machtkämpfe gesehen werden, die spätestens ab Mitte der 1990er zwischen den sich generierenden Interessenblöcken verstärkt vor allem auf dem ukrainischen Gasmarkt zu beobachten gewesen sind und als „Clan-Krieg“<sup>143</sup> insbesondere zwischen den industriell geprägten Regionen Donezk und Dnipropetrovs'k mehr und mehr als Bedrohung für die Stabilität des ukrainischen Staats gesehen wurden.

### **3.3. Kučmas Elitenpolitik und die Konsolidierung der Oligarchen**

Der tatsächliche Aufstieg der Oligarchen als das politische System prägenden Akteure setzte schließlich ab der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ein und korreliert mit der Präsidentschaft Leonid Kučmas. In dieser Phase gelang es einigen Akteuren nicht nur, ihre politischen Beziehungen zum Präsidenten und seiner Administration zu festigen, sondern auch ihren Einfluss auszubauen und selbst politisch aktiv zu werden, wobei sie gleichzeitig auch die Expansion ihrer Holdinggesellschaften vorantreiben konnten.

Die Amtsjahre Leonid Kučmas zeichneten sich durch eine zunehmend professionell kalkulierte Kaderpolitik aus, in der vor allem Treue und Loyalität die ausschlaggebenden Kriterien bei Ämterbesetzungen darstellten. Dabei wurden jene Personen besonders bevorzugt, zu denen der Präsident ein persönliches Bekanntschafts- oder Vertrauensverhältnis hatte.<sup>144</sup> Durch seine Kompetenzen, alle Minister<sup>145</sup>, die Vorsitzenden der staatlichen Regionalverwaltungen sowie die Leiter der Sicherheits-, Justiz- und Steuerbehörden ohne Kontrolle des Parlaments und ohne Rechenschaftspflicht zu ernennen, konnte er die maßgeblichen Entscheidungen über die

---

<sup>142</sup> Vgl. Pleines, Heiko (2010): Demokratisierung ohne Demokraten. Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: OSTEUROPA, 60 Jg., Nr. 2–4, 123–134, hier S. 125.

<sup>143</sup> Zimmer (2002): S. 27.

<sup>144</sup> Vgl. Helmerich, Martina (2003): Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure, Berlin: Duncker & Humblot, S. 192.

<sup>145</sup> Einzig der Ministerpräsident musste vom Parlament bestätigt werden. Vgl. hierzu: Bos, Ellen (2010a): Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas [3. aktual. u. erw. Aufl.], Wiesbaden: VS Verlag, 527–581, hier S. 534.

Besetzung jener Posten treffen, die Zugang zu Ressourcen boten.<sup>146</sup> Sein „Wohlwollen“<sup>147</sup>, das er durch das Fördern bestimmter Karrieren und das Verschaffen wirtschaftlicher Vorzüge demonstrierte, hing dabei von den Vorteilen ab, die die Kooperation mit einzelnen Oligarchen beziehungsweise deren Clans brachte. Kučmas Agieren gegenüber den Oligarchen stellte dabei auch eine Reaktion auf die bei seinem Amtsantritt vorherrschenden, von informellen Netzwerken geprägten Strukturen dar. Diese konnte er sich zunutze machen, um seinen Machtanspruch abzusichern.<sup>148</sup>

Mit der Ernennung Lazarenkos zum Premierminister gewann dabei zunächst die sog. *Komanda* (Mannschaft) aus Kučmas Heimatregion Dnipropetrovs'k an Einfluss, was sich im entsprechenden Aufstieg der Dnipropetrovs'ker Elite ausdrückte:

„From the President to the Prime Minister to the ministers who oversee national security, agriculture and industry, Ukraine is now run by former Soviet-era politicians from Dnepropetrovsk. At last count there were 204 appointees from the city, including 55 in top-ranking positions (...).“<sup>149</sup>

Durch Ämterrotationen bewies Kučma jedoch, dass er stets versuchte, sich nicht zu eng an bestimmte Personen oder Gruppen binden zu müssen. Letztlich sollte so verhindert werden, dass einzelne Personen oder Gruppierungen zu mächtig wurden und ein interner Konkurrent dem Präsidenten sein Amt hätte streitig machen können. Nach dieser Lesart erscheint die spätere Entlassung Lazarenkos konsequent, da dieser zuvor die Kompetenzen des Präsidenten in Frage stellte und eigene politische Ambitionen formulierte. Diese ließen auch Gerüchte aufkommen, dass Lazarenko selbst bei den Präsidentschaftswahlen 1999 als Konkurrent Kučmas antreten wollte.<sup>150</sup> Neuformierungen der Regierung sowie das permanente Auswechseln der Ministerpräsidenten, die eine durchschnittliche „Lebensdauer“ von zwei Jahren kennzeichnete, wurden zu einem unweigerlichen Charakteristikum der Präsidentschaft Kučmas. Während mit Viktor Juščenko dabei zeitweise auch ein Akteur das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, der gemeinhin als reformorientiert galt und keiner regionalen

---

<sup>146</sup> Vgl. Zimmer, Kerstin (2005b): Klientelismus im neopatrimonialen Staat. Regionale Machtsicherung in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 55. Jg., Nr. 10, 59–73, hier: S. 62.

<sup>147</sup> Ebd.

<sup>148</sup> Vgl. Kowall, Tina (2006): Leonid Kutschma und die Oligarchen: Vom Gewinnen und Verlieren der Macht, in: Bos, Ellen/Helmerich, Antje (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa, Münster: LIT-Verlag, 117–133, hier S. 131.

<sup>149</sup> The New York Times: „On Ukraine’s Capitalist Path, Clique Mans Roadblocks“, 18.10.1996: <https://www.nytimes.com/1996/10/18/world/on-ukraine-s-capitalist-path-clique-mans-roadblocks.html> [15.01.2024].

<sup>150</sup> Vgl. Helmerich (2003): S. 117 sowie: Handelsblatt: „Premier weist Verquickung mit Wirtschaft zurück. Lasarenko deutet einen Machtkampf in Kiew an“, 29.04.1997, S. 3.

Seilschaft zugeordnet wird,<sup>151</sup> dominierten das Geschehen zum Ende der zweiten Amtszeit Kučmas schließlich wiederum Regionaleliten aus der Region Donezk, nachdem mit Viktor Janukovyč 2002 ein ehemaliger Gouverneur der Region Ministerpräsident geworden war. Auch mit der Ernennung Janukovyčs, der später den „Segen“ Kučmas erhalten sollte bei den Präsidentschaftswahlen 2004 anzutreten, fand die Beobachtung eines parallel erfolgenden Aufstiegs der entsprechenden Regionalelite wiederum Bestätigung. Während nun auch drei Ministerien von Vertretern der Donezker Elite geleitet wurden,<sup>152</sup> holte Janukovyč außerdem etliche Berater aus seiner Heimatregion nach Kyjiw. Die Stärkung des Donbas zeigte sich unter anderem darin, dass der zeitlich neu eingesetzte Generalstaatsanwalt 17 leitende und etwa 2.000 weitere Beamte der ukrainischen Prokuratur entließ und sie durch Personen aus Donezk ersetzte.<sup>153</sup>

Einschlägige Analysen gehen davon aus, dass jene Politiker, die durch Kučmas Elitenpolitik der wechselseitigen Fokussierung auf die bestehende regionale Seilschaften beziehungsweise Clans Berücksichtigung finden konnten, ihre politischen Kompetenzen jeweils nutzten, um Unternehmer aus dem eigenen regionalen Umfeld zu fördern.<sup>154</sup> Dass Korruption dabei ein integrierendes Moment der Verquickung zwischen Politikern und Unternehmern darstellte, deuten empirische Untersuchungen an, die 1999 die Bedeutung von Korruption für Unternehmer in unterschiedlichen postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas und Zentralasiens erfassten. Dabei offenbarte sich, dass die Ukraine in sämtlichen untersuchten Kategorien höhere Werte als der Durchschnitt aufzeigte und sich somit in der „Spitzengruppe“ der untersuchten Länder bewegte. Besonders deutlich spiegelte sich die Rolle von Korruption mit Blick auf das Parlament, die nationale Exekutive, die Nationalbank sowie die Gerichte wider: Jeweils zwischen 30 und 40 Prozent der befragten Unternehmer gaben an, dass ihre Geschäftstätigkeiten in Bezug auf diese staatlichen Institutionen von Korruption betroffen gewesen sind.<sup>155</sup>

Neben den Clans beziehungsweise Seilschaften aus Donezk und Dnipropetrovs'k lassen sich mit dem sogenannten „Kyjiwer Clan“ insgesamt drei regional geprägte informelle Netzwerke identifizieren, denen es unter den Bedingungen der Elitenpolitik Kučmas gelang, sich als

---

<sup>151</sup> Vgl. Kuzio, Taras (2007): *Oligarchs, Tapes and Oranges: 'Kuchmagate' to the Orange Revolution*, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol. 23, No. 1, 30–56, hier S. 41.

<sup>152</sup> Unter Janukovyč fielen sowohl das Finanzministerium als auch das Landwirtschaftsministerium sowie das Ministerium für Energiefragen an Akteure aus Donec'k. Vgl. hierzu: Zimmer (2005a): S. 47.

<sup>153</sup> Vgl. Bojcun, Marko (2005): *Ukraine: Beyond postcommunism*, in: *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, Vol. 13, No. 1, 9–20, hier S. 12.

<sup>154</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 84ff., Kowall (2002): S. 9ff. sowie Puglisi (2003a): S. 111ff.

<sup>155</sup> Vgl. Hellman, Joel S./Jones, Geraint/Kaufmann, Daniel (2000): *“Seize the state, seize the day”. State Capture, Corruption and Influence in Transition* (World Bank Policy Research Paper 2444), Washington: The World Bank, S. 9.



einflussreiche Akteure auf der nationalen Ebene zu etablieren. Fast alle Oligarchen, die die 1990er-Jahre erfolgreich überstanden und ihre Holdinggruppen ausbauen konnten, begannen ihre Karriere in einer dieser drei Regionen und erhielten politische Unterstützung aus diesen Regionen.<sup>156</sup> Entsprechend der anfänglichen Fokussierung auf die Dnipropetrovs'ker Regionalelite gelang es Serhij Tihipko, der als Mitbegründer der *PrivatBank* als eine der ersten private Kommerzbanken gilt, recht früh einen direkten Draht zum Präsidenten und der Exekutive herzustellen. Über die damals zur *PrivatBank* gehörenden Zeitung *Kievskie Vedomosti* unterstützte er Kučmas Wahlkampf im Jahr 1994.<sup>157</sup> Nach Kučmas Wahlerfolg war er dann zunächst als dessen Berater in finanzpolitischen Fragen tätig, bevor er zum stellvertretenden Regierungschef sowie später zum Wirtschaftsminister ernannt wurde. Ab 2002 leitete Tihipko schließlich die Zentralbank.<sup>158</sup> Als ein zweiter Akteur etablierte sich Kučmas Schwiegersohn Viktor Pinčuk, der mit der von ihm 1990 gegründeten Firma *Interpipe* seit jeher vor allem in der Metall- und Röhrenproduktion tätig gewesen ist und seine Karriere ebenfalls in Dnipropetrovs'k begann. Auch Pinčuk war damals als offizieller Berater Kučmas tätig. Neben der *PrivatBank* und *Interpipe* als Vertreter Dnipropetrovs'ks etablierten sich aus Donezk mit der sogenannten *Industrial Union of Donbas (Industrial'nyj sojuz Donbassa, ISD)*, repräsentiert durch Serhij Taruta, sowie mit der Holding *System Capital Management (Sistem Kėpital Menedžment, SCM bzw. SKM)*, die die Unternehmensbeteiligungen von Rinat Achmetov zusammenfasst, zwei weitere Akteure. Ihr Einfluss auf die Politik machte sich vor allem in der zweiten Amtszeit Kučmas bemerkbar und ist an die Berufung Janukovyčs in das Amt des Regierungschefs gebunden. Die nicht formal registrierte Holding „*Dynamo Kyiv*“ stellte schließlich eine fünfte Akteursgruppe dar, die unter Kučma in Erscheinung trat. Ihr wurden Viktor Medvedčuk und Hryhorij Surkis zugeordnet. Medvedčuk übernahm 2002 die Leitung der Präsidualadministration und galt als der „politische Schutzpatron“<sup>159</sup> von Surkis. Medvedčuk sowie Surkis, der gleichzeitig als Präsident des Kyjiwer Fußballvereins *Dynamo* fungierte, gelang es über die Unternehmensgruppe *Slavutyč* unterschiedlichste Unternehmen sowohl im medialen Sektor als auch in der Energie- und Finanzwirtschaft zu kontrollieren.<sup>160</sup> Die meisten politisch einflussreichen Unternehmer, die unter Kučma mindestens zwei der einhundert größten ukrainischen Unternehmen kontrollierten, ließen sich diesen fünf Holdings

---

<sup>156</sup> Vgl. Pleines (2011): S. 135.

<sup>157</sup> Vgl. Tribuna: „Vsegda perspektivnyj Tigipko“ [Tihipko immer voller Perspektiven], 10.06.2004: <http://web.archive.org/web/20071028060454/http://tribuna.com.ua/articles/persons/136537.htm> [15.01.2024].

<sup>158</sup> Mit seinem Einstieg in die Politik übertrug Tihipko die *PrivatBank* an den heutigen Hauptanteilseigner Ihor Kolomojs'kyj. Nach seinem Ausscheiden aus der Nationalbank gründete Tihipko indes die Finanzgruppe *TAS*, die er bis heute besitzt. Vgl. Lenta.ru: „Tigipko Sergej“, 19.03.2012: <https://lenta.ru/lib/14159963/#27> [15.01.2024].

<sup>159</sup> Pleines (2005): S. 82.

<sup>160</sup> Vgl. Kowall (2002): S. 11f.

– „*Dynamo Kyiv*“, *ISD*, *Interpipe*, *PrivatBank* und *SKM* – zuordnen.<sup>161</sup> Mit Vadym Rabinovyč, Oleksandr Volkov und Ihor Bakaj erlangten unter Kučma darüber hinaus drei weitere Unternehmer Relevanz. Sowohl Volkov als auch Rabinovyč galten unter Kučma aufgrund ihrer Medienbeteiligungen als politisch einflussreich, allerdings wurden sie aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Wirtschaftskraft nicht einheitlich als „echte Oligarchen“ betrachtet, zumal beide nach Kučmas Wiederwahl an Einfluss verloren.<sup>162</sup> Bakaj, der bis 1997 das im Gashandel tätige Unternehmen *Interhaz* leitete und enge Beziehungen zu Volkov pflegte, arbeitete indes zunächst im Ministerium für Öl- und Gasindustrie, bevor er von Kučma 1998 an die Spitze des staatlichen Gashandelsunternehmens *Naftohaz Ukrainy* gesetzt wurde.<sup>163</sup>

### 3.4. Die Gründung von Parteien und der Einzug ins Parlament

Die Durchdringung des Parteiensystems durch die Oligarchen erfolgte mit der Gründung eigener sowie der „Übernahme“ bereits existierender Parteien. Während die Rolle von Parteien zur politischen Einflussnahme in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre noch marginal gewesen ist, gewannen Parteien nach der Verabschiedung des Wahlgesetzes von 1997 einen enormen Bedeutungszuwachs. Im Gegensatz zu vorherigen Parlamentswahlen, bei denen die Mitglieder des Parlaments ausschließlich über Direktmandate in den Wahlbezirken gewählt wurden, sah das Gesetz im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1998 vor, dass die Hälfte der Abgeordneten der *Verchovna Rada* über Parteilisten bestimmt werden sollte.<sup>164</sup> Dass die Oligarchen mit dem Versuch, ihre wirtschaftlichen Interessen politisch mittels Parteien zu untermauern, erfolgreich sein sollten, wurde durch zwei Faktoren begünstigt: Erstens zeichnete sich das ukrainische Parteiensystem durch eine mangelnde Konsolidierung sowie eine erhöhte Fragmentierung aus, was sich ab Mitte der 1990er-Jahre bereits in häufigen Parteineugründungen sowie gleichzeitigen Parteiauflösungen widerspiegelte. Zweitens stärkte das Wahlgesetz zwar unverkennbar die Bedeutung der Parteien, allerdings gelang es nicht, ein entsprechendes Parteiengesetz zu verabschieden. Da die Finanzierung der Parteien daher auch keine gesetzliche Regelung erfuhr, hatten finanzstarke Unternehmer potenziell leichtes Spiel bei ihrer „Eroberung“.<sup>165</sup>

Im Vorfeld der Parlamentswahlen 1998 sowie der Präsidentschaftswahl 1999 platzierten sich die Oligarchen um insgesamt vier Parteien. Mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei

---

<sup>161</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 81 und 190ff.

<sup>162</sup> Siehe hierzu S. 58 dieser Arbeit.

<sup>163</sup> Vgl. Kowall (2002): S. 12.

<sup>164</sup> Vgl. Zimmer (2005b): S. 71.

<sup>165</sup> Zu den Besonderheiten des ukrainischen Parteiensystems vgl. Ott, Alexander (2000a): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments, in: Berichte des BIOst, Nr. 10, S. 6ff.

der Ukraine (*Social-demokraticzna partija Ukrajiny (ob"jednana)* – SDPU(o)) sowie der Grünen Partei der Ukraine (*Partija zelenych Ukrajiny* – PZU) wurden zwei Parteien bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen inkorporiert. Während Rabinovyč die großzügige finanzielle Förderung der PZU übernahm und somit gleichzeitig ihre Personalpolitik bestimmte, gelang der Partei, die 1998 erstmals an Wahlen teilnahm, auf Anhieb der Sprung ins Parlament. Rabinovyč selbst ließ sich zwar nicht in die *Verchovna Rada* wählen, allerdings ermöglichten neue Wahlstrategien und PR-Technologien, dass sich die Partei innerhalb weniger Monate von einer unbedeutenden Gruppe zu einer etablierten Partei entwickeln konnte und letztlich über ihre Parteiliste zwölf Unternehmer in die *Verchovna Rada* entsandte.<sup>166</sup> Noch deutlicher gestaltete sich die Einflussnahme von Viktor Medvedčuk und Hryhorij Surkis auf die SDPU(o), die sie 1998 faktisch „übernommen“ hatten. Als „Oligarchen-Partei“ des sogenannten *Dynamo Kyiv*-Clans stellte sie zu diesem Zeitpunkt eine einmalige Erscheinung dar: „In keiner anderen Partei sind politische und geschäftliche Interessen so eng miteinander verflochten (...).“<sup>167</sup> Sowohl Surkis als auch Medvedčuk, der den Vorsitz der Partei übernahm, gelang 1998 über einen Listenplatz der SDPU(o) der Einzug ins Parlament. Viktor Pinčuk, der ebenfalls bereits 1998 ein Mandat in der *Verchovna Rada* gewann, sponserte indes die Gründung der ukrainischen Arbeiterpartei (*Trudova Ukrajina* – TU). Der Partei schlossen sich sowohl ihr späterer Parteivorsitzender Serhij Tihipko als auch Andrij Derkač und Ihor Šarov an. Während Šarov, der die geschlossene Aktiengesellschaft *Interhas* leitete, gleichzeitig als Vertreter des Präsidenten in der *Verchovna Rada* fungierte, war Derkač nicht nur erster Gehilfe des Premierministers, sondern gleichzeitig auch der Sohn des Geheimdienst-Chefs und persönlichen Freund Kučmas Leonid Derkač.<sup>168</sup> Volkov und Bakaj gelang es ebenso zunächst über ein Direktmandat einen Sitz im Parlament zu gewinnen, bevor sie mit der Demokratischen Union (*Demokratičnij sojuz* – DS) eine eigene Partei gründeten, die sie im Parteivorstand leiteten. Die Gründung der Partei der Regionen (*Partija rehioniv* – PR) als Interessenvertretung des sogenannten Donezker Clans um Rinat Achmetov erfolgte indes 2001, bevor ihr im Zuge der Parlamentswahlen 2002 der Einzug ins Parlament gelang.<sup>169</sup> Dass die „Oligarchen-Parteien“ allerdings kaum in Konkurrenz zueinander standen, verdeutlichte der für die Parlamentswahlen 2002 gegründete Wahlblock *Za jedyntu Ukrajinu* („Für eine geeinte Ukraine“), in dem sich die PR, Pinčuks TU sowie die von Volkov und Bakaj gegründete DS zusammenschlossen.

---

<sup>166</sup> Vgl. Kowall (2002): S. 16 sowie Ott (2000a): S. 22.

<sup>167</sup> Ott (2000a): S. 17.

<sup>168</sup> Vgl. ebd. S. 21.

<sup>169</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 89.

Als Instrument der legalen politischen Einflussnahme brachten Parteien sowie das Abgeordnetenmandat den Oligarchen letztlich mehrere Vorteile: Neben der Möglichkeit an Parlamentswahlen teilzunehmen und parlamentarisch auf den Gesetzgebungsprozess einzuwirken, ermöglichte es das Engagement in Parteien auch, dem Präsidenten Loyalität zu erweisen. Diese bestand in erster Linie darin, die parlamentarische Opposition aufzubrechen und eine präsidentennahe Mehrheit in Form der sogenannten „Partei der Macht“ als Symbiose zwischen Staatsbürokratie und Oligarchen zu etablieren.<sup>170</sup> Für den Präsidenten ergab sich hieraus die Möglichkeit, das Parlament als Akteur des formalen politischen Entscheidungsprozesses zu schwächen, indem die persönliche Nähe zwischen ihm und der parlamentarischen Mehrheit gewaltenteilende Elemente der ukrainischen Verfassung reduzieren konnte. Im Gegenzug eröffnete sich den Oligarchen neben der Ausübung von Regierungsämtern somit gleichzeitig eine weitere Möglichkeit der direkten politischen Einflussnahme.

Die durch die Verfassung gewährleistete parlamentarische Immunität, die Mitgliedern der *Verchovna Rada* nicht nur die Indemnität parlamentsbezogener Verhaltensweisen in Form von Äußerungen und Abstimmungen, sondern auch die Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung gewährleistet,<sup>171</sup> wird gemeinhin als ein weiterer Grund dafür angeführt, dass Oligarchen von jeher versuchten, ein Abgeordnetenmandat im ukrainischen Parlament zu erlangen. Die sich aus der Abgeordnetentätigkeit ergebende Möglichkeit, auf Grundlage der strafrechtlichen Immunität die Justiz zu unterlaufen, wird von Puglisi sogar als ein Hauptmotivationsgrund für die Kandidatur um ein Mandat in der *Verchovna Rada* und den 1998 zu beobachtenden Eintritt der Oligarchen in das Parlament gesehen.<sup>172</sup> Diese Einschätzung unterstrich der Kommentar eines damaligen Mitarbeiters der Präsidialadministration eindrucksvoll:

„Ein Grund dieses Prozesses ist, dass unser Unternehmertum, wenn nicht kriminell, so zumindest halbkriminell ist. Der Status des Abgeordneten gibt ihnen [den Unternehmern] die Gelegenheit, für den Zeitraum von etwa vier Jahren Fragen ihrer Geschäftsaktivitäten zu verdecken und Probleme zu lösen.“<sup>173</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl. Ott (2000a): S. 11.

<sup>171</sup> Die parlamentarische Immunität ist in Artikel 80 der Verfassung der Ukraine festgehalten. Vgl. hierzu: Constitution of Ukraine: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254%D0%BA/96-%D0%B2%D1%80#Text> [15.01.2024].

<sup>172</sup> Vgl. Puglisi (2003a): S. 110.

<sup>173</sup> Kompan'on: „Počemu predprinimateli idut v politiku?“ [Warum gehen Unternehmer in die Politik?], Nr. 49, 08.12.1998 [via Integrum].

Während das Ergebnis der Parlamentswahl von 1998 mehr als zwanzig Abgeordnete vor einer Anklage geschützt haben soll,<sup>174</sup> lässt sich unter Berücksichtigung des politischen Systems der Kučma-Ära die Immunität indes aber auch als eine Art der Absicherung gegen Korruptionsvorwürfe betrachten:

„The resulting political system in post-Soviet Ukraine has created, on the one hand, a fragmented legislature many of whose members use the immunity granted by virtue of their membership as a cover for brazenly illegal economic activity, and, on the other hand, a presidency with awesome powers of dismissal, intimidation, and persecution, creating a culture of political fear within the elite and of atomized passivity within the masses.“<sup>175</sup>

Vor allem Korruption stellte ein informelles Werkzeug der staatlichen Kontrolle dar, das den Machthabern zur eigenen Reproduktion dienen konnte. Dementsprechend wurde Korruption bewusst auch kaum unterbunden, da sie als Kontrollinstrument bei nicht loyalem Verhalten die Möglichkeit der Erpressung durch drohende Korruptionserhellung bot.<sup>176</sup>

Der ehemalige Parlamentsvorsitzende Ivan Pljušč verweist schließlich auch auf diesen Aspekt des Selbstschutzes vor politischer Willkür und staatlicher Erpressung: „Jeder Unternehmer sucht zum Schutz seiner Geschäfte ‚*kyša*‘. Nicht zuletzt auch politisch – um sich vor staatlichem ‚*reket*‘ zu schützen.“<sup>177</sup>

Insbesondere die präsidentielle Kontrolle der Generalstaatsanwaltschaft konnte unter Kučma als eine Art „*Soviet political police*“<sup>178</sup> betrachtet werden, die dem Präsidenten die Möglichkeit bot, Druck auf unliebsame Opponenten auszuüben. Aber auch die Leitung der Steuerbehörde als Bestandteil eines ausgedehnten Überwachungsapparates entwickelte sich aufgrund ihrer Effektivität im Vorgehen gegen Konkurrenten und Widersacher zusehends zu einem äußerst begehrenswerten Posten.<sup>179</sup>

Ein Resultat dieses vorherrschenden Klimas der Unsicherheit sowie der von Korruption und Illegalität geprägten politisch-unternehmerischen Beziehungen kam vor allem in den 1990er-Jahren in der Vermögenssicherungen durch Kapitalflucht zum Ausdruck. Schätzungen gehen davon aus, dass bis 1996 bereits 25 – 50 Mrd. US-Dollar aus der Ukraine ins Ausland

---

<sup>174</sup> Vgl. Shelley, Louise I. (1998): Organized Crime and Corruption in Ukraine: Impediments to the Development of a Free Market Economy, in: *Demokratizatsiya*, Vol. 6, No. 4, 648–663, hier S. 658.

<sup>175</sup> Prizel, Ilya (2002): Ukraine’s Hollow Decade, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 16, No. 2, 363–385, hier S. 375.

<sup>176</sup> Vgl. Darden (2001).

<sup>177</sup> *Kompan'on: Počemu predprinimateli idut v politiku?* [Warum gehen Unternehmer in die Politik?], Nr. 49, 08.12.1998.

<sup>178</sup> Prizel (2002): S. 375.

<sup>179</sup> Vgl. Zon, Hans van (2005): Political Culture and Neo-Patrimonialism Under Leonid Kuchma, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 52, No. 5, 12–22, hier S. 16.

transferiert wurden.<sup>180</sup> Neben der Sicherung des eigenen Vermögens stellte schließlich aber auch der persönliche mittel- oder auch langfristige Ausstieg in Form der Emigration ein Phänomen dar, das Rückschlüsse auf das „System Kučma“ zulässt. Ein bekanntes Beispiel für eine solche (un-)freiwillige „opt-out“-Strategie stellt der Fall um Rabinovyč zur Schau: Während dieser 1999 noch als einer der reichsten Ukrainer galt und sowohl medial als auch über die Partei PZU versuchte, politischen Einfluss zu nehmen, verließ er 1999 auf Druck des ukrainischen Geheimdienstes das Land und emigrierte nach Israel, nachdem er beschuldigt wurde, Verbindungen zum organisierten Verbrechen zu pflegen und der ukrainischen Volkswirtschaft einen nicht weiter konkretisierten Schaden zugefügt zu haben. Rabinovyč selbst, der 1995 bereits aus den USA unter dem Vorwurf des illegalen Waffenhandels und der Geldwäsche verbannt wurde, betonte derweil, dass er die Ukraine freiwillig verlassen habe.<sup>181</sup> Wenn auch in diesem Fall angenommen werden kann, dass die fehlende parlamentarische Immunität Rabinovyč letztlich zum Verhängnis wurde, so beweist der Fall von Pavlo Lazarenko jedoch, dass selbst ein Parlamentsmandat nicht zwangsläufig vor strafrechtlicher Verfolgung schützte, da die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität durch das Parlament unter bestimmten Voraussetzungen gegeben war. Lazarenko, der nach seiner Entlassung als Ministerpräsident mit seiner Partei *Hromada* („Gemeinschaft“) in Opposition zu Kučma trat und 1998 ins Parlament gewählt wurde, verließ jedoch zwei Tage vor dem Parlamentsvotum das Land und entzog sich somit dem nachfolgenden Strafverfahren in der Ukraine.<sup>182</sup>

### **3.4.1. Der Einfluss auf die Gesetzgebung und die Privatisierung der Großbetriebe**

Die Formalisierung des politischen Einflusses über die Mitgliedschaft in der *Verchovna Rada* brachte für die Oligarchen aber auch die Möglichkeit mit sich, über das Parlament als verfassungsmäßig einziges Organ der gesetzgebenden Gewalt unmittelbar auf die Legislative einzuwirken. Vor allem gesetzgeberische Entscheidungsprozesse mit direkten ökonomischen Auswirkungen gerieten dabei in den Fokus des Interesses der Oligarchen. Ihre parlamentarische Einflussnahme zeigte sich dabei in besonderer Deutlichkeit, als es den Fraktionen der SDPU(o), der TU sowie der DS Anfang 2000 gelang, ein Konglomerat aus elf Fraktionen und Abgeordnetengruppen anzuführen, das die Mehrheitsverhältnisse im Parlament auf den Kopf

---

<sup>180</sup> Vgl. Kravchuk, Robert S. (2005): Kuchma as Economic Reformer, in: Problems of Post-Communism, Vol. 52, No. 5, 48–58, hier S. 52.

<sup>181</sup> Vgl. Kyiv Post: „Rabinovich kicked out of Ukraine“, 01.07.1999: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/rabinovich-kicked-out-of-ukraine-484.html> [15.01.2024].

<sup>182</sup> Vgl. Kyiv Post: „Lazarenko in exile“, 18.02.1999: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/lazarenko-in-exile-226.html> [15.01.2024].

stellte. Diese propräsidentielle „samtene Revolution“<sup>183</sup>, die die Kommunistische Partei der Ukraine (*Komunistyčna partija Ukrajinjy* – KPU) als eigentlich stärkste parlamentarische Kraft faktisch entmachtete, wurde durch die schwach ausgebildeten Parteibindungen, eine mangelnde Fraktionsdisziplin sowie finanzielle Anreize, durch die Abgeordneten der Fraktionswechsel „erleichtert“ werden konnte, begünstigt. Eine dreimonatige Abgeordnetenwanderung zwischen den Fraktionen übertraf dabei „alles Dagewesene in der noch jungen Geschichte des ukrainischen Parlamentarismus (...).“<sup>184</sup>

Ihre parlamentarische Einflussnahme ermöglichte es den Oligarchen letztlich, ein Privatisierungsgesetz verabschieden zu lassen, auf dessen Grundlage zwischen 2000 und 2004 jene „strategisch wichtigen“ Großbetriebe über Auktionen privatisiert werden konnten, deren Entstaatlichung zuvor noch mehrmals durch das Parlament blockiert worden war. Dass das Parlament unter der vorherigen Mehrheit „linker“ Fraktionen bis zu diesem Zeitpunkt die Privatisierung der großen Staatsbetriebe verhinderte, erklärt sich in erster Linie aus der Interessenlage der aufgrund ihrer Karriere in der Kommunistischen Partei oft auch als „Rote Direktoren“ bezeichneten Leiter jener Großbetriebe, die als Teil der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura in den ersten beiden Legislaturperioden der *Verchovna Rada* in vielen Fällen selbst ein Abgeordnetenmandat bekleiden oder zumindest von der das Parlament bis dato dominierenden Direktorenlobby vertreten werden konnten. Ihr Interesse, das sie gleichsam den Oligarchen in einem häufig als klassisches *Rent-Seeking* bezeichneten Verhalten zum Ausdruck brachten, zielte darauf ab, sich an staatlichen Ressourcen so weit wie möglich zu bereichern und den Verlust der eigenen Position gleichzeitig so lange wie möglich abzuwenden.<sup>185</sup> Die Leitung der staatlichen Betriebe erwies sich vor allem auch deshalb als profitabel, da es den Direktoren über mehrere Jahre gelungen war, Subventionszahlungen, die der Staat teilweise in beträchtlichem Umfang gezahlt hatte, zu unterschlagen beziehungsweise durch eigenen Handel mit staatlich subventionierten Gütern zu profitieren.<sup>186</sup> Da kompetitive Kapitalprivatisierungen über Auktionen für die Direktoren die Gefahr des Kontrollverlusts ihrer Betriebe mit sich brachten, ließ die parlamentarische Mehrheit lange Zeit lediglich Insider-Privatisierungen zu,

---

<sup>183</sup> Ott (2000a): S. 4.

<sup>184</sup> Ebd. S. 30.

<sup>185</sup> Vgl. Wittkowsky (1998): S. 73f.

<sup>186</sup> Direkte Subventionszahlungen stellten Anfang der 1990er-Jahre bis zu 11% des ukrainischen BIP dar. Ein großer Teil hiervon wurde an unprofitable Kohlebergwerke im Osten des Landes gezahlt, die sich seit Ende der 1980er Jahre durch ein hohes Protestpotential der Belegschaft auszeichneten. Eine herausragende Stellung der Betriebsdirektoren ergibt sich aus dem Verdacht, dass Streikbewegungen, die seit Ende der 1980er Jahre zunahmten, ein von den Direktoren gefördertes Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen waren und auf eine Erhöhung staatlicher Subventionszahlungen abzielten. Schließlich konnten einerseits die Bergleute davon überzeugt werden, dass zu geringe staatliche Leistungen der Grund für die sich verschärfende Kohlekrise seien. Der Regierung in Kyjiw konnte indes gleichzeitig suggeriert werden, dass eine Erhöhung der Subventionen die Proteste unterbinden könne. Vgl. Pleines (2005): S. 95ff.

bei denen die Betriebe an die Belegschaft entweder verpachtet oder verkauft wurden. In den meisten dieser Fälle blieb die faktische Kontrolle der Betriebe so auch weiterhin in den Händen der Direktoren.<sup>187</sup>

Für die Oligarchen stellte die Überwindung dieser parlamentarischen Opposition daher eine Voraussetzung dar, um eine rechtliche Regelung der Privatisierung zu erreichen, die ihnen einen möglichst unumstrittenen Zugang zu den „Filetstücken“<sup>188</sup> der ukrainischen Industrie gewährleisten konnte. Kapitalprivatisierungen, die den Oligarchen letztlich die Expansion ihrer Holdings ermöglichen sollte, wobei sie sich im Zuge der Privatisierungsauktionen vor allem auf Unternehmen aus dem Energiesektor sowie der Metallurgie konzentrierten,<sup>189</sup> stellten aber auch für Kučma eine politische Option dar, die einerseits dem stark strapazierten Staatshaushalt Entlastung bieten sollte. Auch wenn anhand der Betrachtung des Verkaufspreises im Verhältnis zum jeweiligen Jahresgewinn des Betriebes aufgezeigt werden konnte, dass eine Reihe der im Zeitraum 2000–2004 erfolgten Privatisierungen für den Investor auffallend günstig ausfiel und somit angenommen werden kann, dass Verkaufspreise zum Vorteil des Käufers manipuliert wurden, so brachten dennoch allein die 18 größten in dieser Zeit erfolgten Privatisierungen dem Staat Einnahmen in Höhe von mehr als 2 Mrd. US-Dollar, was etwa zwei Drittel der zwischen 1991 und 2004 durch Privatisierungen erzielten Gesamteinnahmen entsprach<sup>190</sup> und somit die Bedeutung der in dieser Zeit privatisierten Unternehmen unterstreicht. Die Privatisierungen dienten der ukrainischen Regierung gleichzeitig als „Reformschritte“, um weitere finanzielle Hilfestellungen durch den Internationalen Währungsfonds zu erhalten.<sup>191</sup>

Ihr „parlamentarisches Engagement“ lohnte sich für die Oligarchen also dahingehend, dass es ihnen gelang, durch die Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes die „Spielregeln“ der Auktionen festzulegen und sich als zentrale Akteure der Auktionen zu etablieren. Dementsprechend konnten sie Anteile an 22 der 100 größten ukrainischen Unternehmen erwerben, wobei sie in 15 Fällen Mehrheitseigner wurden.<sup>192</sup> Sowohl die Ausgestaltung des im Frühjahr 2000 verabschiedeten Privatisierungsgesetzes als auch die administrative

---

<sup>187</sup> Vgl. Halushka, Andrii (2003): The Economy at the Beginning of the New Millennium, in: Besters-Dilger, Juliane (Hrsg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 123–162, hier S. 143.

<sup>188</sup> Ott, Alexander (2000b): Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft?, in: Berichte des BIOst, Nr. 17, S. 26.

<sup>189</sup> Vgl. Pleines (2008a): S. 1180.

<sup>190</sup> Vgl. ebd. S. 1177 und S. 1192ff.

<sup>191</sup> Vgl. International Monetary Fund: Ukraine: Memorandum of Economic Policies. For July 1, 1998–June 30, 2001, 11.08.1998: <https://www.imf.org/external/np/loi/081198.htm> [15.01.2024].

<sup>192</sup> Vgl. Pleines, Heiko (2006): Privatisierungsauktionen zwischen Manipulation, Skandalen und Renationalisierung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 08, 23.05.2006, 2–6: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/8/UkraineAnalysen8.pdf> [15.01.2024], hier S. 2.



Organisation der Privatisierungsauktionen, die unter die Kontrolle des dem Präsidenten direkt unterstehenden Fonds für Staatsvermögen fiel,<sup>193</sup> lieferte Hinweise darauf, dass die Holdinggesellschaften der Oligarchen starke Begünstigung erfuhren: „Strategische Investoren“ wurden bevorzugt, sofern sie mindestens drei Jahre auf dem ukrainischen Markt tätig gewesen waren und vorherige Erfahrungen in der jeweiligen Branche aufweisen konnten.<sup>194</sup> Eine mögliche Bevorzugung von Insidern ergab sich derweil dadurch, dass teilweise private Firmen zu Verwaltern des Staatsanteils der zu privatisierenden Unternehmen ernannt werden konnten, wodurch sie bei anschließenden Auktionen auf Informationsvorsprünge zurückgreifen konnten.<sup>195</sup> Ferner erlaubte ein späteres Regierungsdekret dem Fonds für Staatsvermögen bei unzureichender Anzahl an Auktionsteilnehmern das Mindestgebot um bis zu 30% zu senken, was dazu beitrug, dass Staatsbetriebe deutlich unter Wert verkauft werden konnten.<sup>196</sup> Als beispielhaft gilt unter anderem die Privatisierung des Eisenerzwerkes *Pivdennyj*, das im September 2002 zu einem Preis verkauft wurde, der kaum mehr als den zweifachen Jahresgewinn des Unternehmens darstellte. Bei zwei weiteren großen Eisenerzwerken, *Central'nyj* und *Pivničnyj*, belief sich der Verkaufspreis jeweils lediglich auf den knapp doppelten Jahresgewinn.<sup>197</sup> Sowohl die Eisenerzwerke *Central'nyj* und *Pivničnyj* konnten von Achmetovs SKM ersteigert werden. Das Eisenerzwerk *Pivdennyj* sicherte sich die zur ISD gehörende *Ukrainian Metallurgy Company*, nachdem zuvor sechs weitere Bieter nicht zur Auktion zugelassen worden waren. Mit besonderer Deutlichkeit offenbarte sich die systematische Bevorzugung der Oligarchen indes im Fall des Stahlwerkes *Kryvorižstal'*, dessen Versteigerungsauktion aufgrund der offensichtlichen Manipulation von Beobachtern als „rigged so blatantly as to be a joke“<sup>198</sup> beschrieben wurde. Das Stahlwerk, das zum damaligen Zeitpunkt mit einem Anteil von etwa 20% der gesamten ukrainischen Stahlproduktion als landesweit größtes seiner Art galt, war besonders auch für ausländische Bieter attraktiv. Dementsprechend zeigten diese auch ihre Bereitschaft, einen Preis zu zahlen, der das

---

<sup>193</sup> Die unklare Kompetenzverteilung bei der Kontrolle des Fonds für Staatsvermögen stellte zunächst Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Parlament und Präsident dar. Nachdem der Fonds zunächst unter Kontrolle beider Institutionen gestellt wurde, fiel er nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs 1998 unter alleinige Kontrolle des Präsidenten. Vgl. Wise, Charles R./Brown, Trevor L. (1998): The separation of powers in Ukraine, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 32, No. 1, 23–44, hier S. 40 sowie Pleines (2008a): S. 1188.

<sup>194</sup> Vgl. Franzen, Wolfgang/Haarland, Hans Peter/Nissen, Hans-Joachim (Hrsg.) (2005): *Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003*, Frankfurt/M.: Campus Verlag, S. 79.

<sup>195</sup> Vgl. van Zon (2005): S. 14.

<sup>196</sup> Vgl. Pleines (2006): S. 4.

<sup>197</sup> Vgl. ebd.

<sup>198</sup> The Economist: „Steel crazy. Ukraine gives foreigners the finger“, 27.05.2004: <https://www.economist.com/business/2004/05/27/steel-crazy> [15.01.2024].

festgelegte Mindestgebot um 20% übertroffen hätte.<sup>199</sup> Stattdessen gelang es jedoch Achmetovs SKM sich 56% an *Kryvorizstal'* zu sichern, während Kučmas Schwiegersohn Pinčuk 44% ersteigern konnte. Die Gesamtsumme der Versteigerung belief sich auf etwa drei Jahresgewinne des Stahlwerks und war somit ausgesprochen günstig.<sup>200</sup> Gleichzeitig wurden vor allem ausländische zahlungsfähige Bieter durch die Teilnahmebedingungen sowie die vergleichsweise kurze Vorlaufzeit von der Auktion ausgeschlossen.<sup>201</sup> Auf diese und ähnliche Weise gelang es den Oligarchen und ihren formell registrierten Holdinggesellschaften nach Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes zwischen 2000 und 2004 insgesamt elf der 18 größten Privatisierungsauktionen zu gewinnen.<sup>202</sup>

### 3.5. Mediale politische Einflussnahme

Neben Vereinnahmungsstrategien über informelle (Korruptions-) Netzwerke sowie der Abgeordnetentätigkeit im Parlament stellte die Mobilisierung der öffentlichen Meinung schließlich eine dritte Säule dar, die sich während der Präsidentschaft Kučmas als Instrument der politischen Einflussnahme der Oligarchen herauskristallisierte. Dieses Einflussinstrumentarium umfasste primär Massenmedien und offenbarte sich insbesondere im Kontext von Wahlen.

Bereits bei den Parlamentswahlen 1998 hatte sich gezeigt, dass es den „Oligarchen-Parteien“ aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung nicht nur möglich gewesen ist, vergleichsweise professionelle Wahlwerbung zu machen, sondern auch gleichzeitig im staatlichen Rundfunk und Fernsehen mehr Sendezeiten als die übrigen Parteien zu erhalten. Neben der loyalen Haltung zum Präsidenten lag dies vor allem auch daran, dass Werbezeiten an die Parteien verkauft wurden, wodurch finanziell besser aufgestellte Parteien enorme Vorteile erzielen konnten.<sup>203</sup> Ab Mitte der 1990er-Jahre setzte gleichzeitig jedoch auch ein breit angelegtes privatwirtschaftliches Engagement in den Massenmedien ein. Der Einstieg ins Mediengeschäft verfolgte allerdings keine marktwirtschaftlichen Ziele, zumal sich eine gewinnbringende Gestaltung der Unternehmen – gemessen an den Gewinnen aus den übrigen Geschäftsfeldern der Oligarchen – in der Regel nicht lohnte. Dementsprechend sollte sich die ökonomische Effizienz der kommerziellen Medien weder am Verkauf der Werbezeiten noch an

---

<sup>199</sup> Vgl. ebd.

<sup>200</sup> Zu den Relationen zwischen den Auktionspreisen und dem potentiellen Wert der Unternehmen vgl. Pleines (2006): S. 7–10.

<sup>201</sup> Vgl. Kuzio, Taras (2004a): Oligarchs Privatize Ukraine Before Elections, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 1, No. 33: <https://jamestown.org/program/oligarchs-privatize-ukraine-before-elections/> [15.01.2024].

<sup>202</sup> Vgl. Pleines (2006): S. 7ff.

<sup>203</sup> Vgl. Ott (1999a): S. 9f.

Anzeigeschaltungen messen lassen.<sup>204</sup> Dass die Nachfrage nicht ausreichte, um Medienkonzerne rentabel zu betreiben und die meisten Medien sogar mit Verlusten arbeiten mussten, demonstrierte vielmehr, dass ihre Eigentümer ihre Vormachtstellungen in anderen Sektoren über ihren medialen Einfluss absichern wollten, indem sie positive Berichterstattungen in Bezug auf ihre eigenen Interessen sowie die Interessen der ihnen nahestehenden Politiker produzierten.

Besondere Deutlichkeit erfuhr die mediale Einflussnahme der Oligarchen im Wahlkampf der Präsidentschaftswahl 1999, als die von den Oligarchen kontrollierten Medien im Sinne einer für Kučma positiven Berichterstattung gesteuert werden konnten. Vor allem das Fernsehen, über das ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung seine Informationen bezog, spielte eine herausragende Rolle. Der Staatssender *UT-1*, der zwei Drittel seiner gesamten Berichterstattung Kučma widmete und dessen Konkurrenten gleichzeitig überwiegend negativ darstellte,<sup>205</sup> erhielt seine Programmzulieferungen von der Fernsehproduktionsgesellschaft *Era*, die Rabinovyč gehörte.<sup>206</sup> Auch der populäre Fernsehsender *I+I* betrieb Wahlkampf für Kučma. Zu diesem Zeitpunkt befand sich *I+I* ebenso wie der Fernsehkanal *ICTV* im Einflussbereich Volkovs beziehungsweise Bakajts. Volkov wiederum, der Kučma bereits im Wahlkampf 1994 unterstützte, fungierte zudem als sein zentraler PR-Berater.<sup>207</sup> Während Medvedčuk als Leiter der Präsidentschaftsadministration mit sogenannten *Temnyky*<sup>208</sup> tägliche Instruktionen über die gewünschte Berichterstattung an die Redaktionen der „unabhängigen“ Zeitungen schickte,<sup>209</sup> fand Kučma auch Unterstützung durch den TV-Sender *Inter*, der Surkis zugerechnet wurde.<sup>210</sup> Der Einflussbereich des „Kyjiwer Clans“ um Surkis erstreckte sich dabei neben einzelner Printmedien schließlich auch auf „seinen“ Fußballverein *Dynamo Kyiv*, der ebenso für Kučma

---

<sup>204</sup> Vgl. Sverdel, Marina (2008): Medienoligarchen. Chancen und Grenzen für die Pressefreiheit in der Ukraine – eine Fallstudie, Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 93.

<sup>205</sup> Vgl. Radio Free Europe/Radio Liberty: Poland, Belarus & Ukraine Report, Vol. 1, No. 25, 23.11.1999: <https://www.rferl.org/a/1344225.html> [15.01.2024].

<sup>206</sup> Vgl. Kyiv Post: „Business elite eye media property“, 16.06.2000: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/business-elite-eye-media-property-2899.html> [15.01.2024].

<sup>207</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 80.

<sup>208</sup> *Temnyky*, abgeleitet vom Wort „*tema*“ (russ./ukr. für „Thema“), sind direkte Weisungen von staatlichen Behörden, die an Journalisten und Medien herausgegeben werden, mit dem Ziel, die Redaktionspolitik der Medienanstalt zu ändern und so die Sichtweise des Medienpublikums auf bestimmte gesellschaftliche Ereignisse zu beeinflussen. In der Ukraine kamen *Temnyky* vor allem während der Kučma-Ära zum Einsatz. Siehe hierzu auch: Ukrajins'ka Pravda: „Original'ni temniki na ‚Ukrajins'kij Pravdi“ [Originale *Temnyky* in der „Ukrajins'ka Pravda“], 07.03.2007: <https://www.pravda.com.ua/articles/2007/03/7/3215614/> [15.01.2024].

<sup>209</sup> Vgl. D'Anieri, Paul (2005): The last hurrah: The 2004 Ukrainian presidential elections and the limits of machine politics, in: Communist and Post-Communist Studies, Vol. 38, No. 2, 231–249, hier S. 236. Vgl. hierzu auch: Somfalvy, Esther/Pleines, Heiko (2021): The Agency of Journalists in Competitive Authoritarian Regimes: The Case of Ukraine During Yanukovich's Presidency, in: Media and Communication, Vol. 9, Issue 4, 82–92, hier S. 83.

<sup>210</sup> Vgl. Ott (2000a): S. 12f.

in die Bresche springen sollte. Dass die Mannschaft des populären Fußballclubs geschlossen Kučma wählen würde, wurde wiederum über das Staatsfernsehen im Rahmen einer Fußballspielübertragung verkündet.<sup>211</sup> Kučmas Schwiegersohn Pinčuk sorgte indes über die auflagenstarke Boulevardzeitung *Fakty i komentarii* für eine präsidentenfreundliche Darstellung.<sup>212</sup> Letztlich konnte so sichergestellt werden, dass der überwiegende Großteil der medialen Berichterstattung den Präsidenten in ein gutes Licht rückte und seine Wiederwahl entsprechend begünstigte.

Dass der Einfluss auf die Medien für die Oligarchen letztlich ein Mittel darstellte, um ihren politischen Einfluss zu untermauern, allerdings keine Garantie dafür bot im „System-Kučma“ dauerhaft bestehen zu können, zeigte sich an den „Medienoligarchen“ Rabinovyč und Volkov, die nach den Präsidentschaftswahlen 1999 erheblich an Einfluss einbüßten. Sowohl Rabinovyč als auch Volkov gerieten nach der Wiederwahl Kučmas zunehmend unter politischen Druck und verließen beide zeitweise das Land.<sup>213</sup> Da Rabinovyč kurze Zeit später schließlich die Kontrolle über den Fernsehsender *I+I* – zu diesem Zeitpunkt einer der Marktführer unter den landesweiten Fernsehstationen – verlor, kann seine „Verbannung“ im Zusammenhang mit einem im Vorfeld der Parlamentswahlen 2002 entfachten Konflikt um weiteren medialen Einfluss liegen.<sup>214</sup> Ohne den Einfluss Rabinovyčs scheiterte schließlich auch die von ihm geförderte PZU beim Versuch, 2002 erneut in das Parlament einzuziehen. Auch Volkovs Ausscheiden kann im Zusammenhang mit seinem Kontrollverlust über den Sender *ICTV* gesehen werden. *ICTV* fiel unter die Kontrolle von Pinčuk und unterstützte die von ihm gesponserte Arbeiterpartei im Parlamentswahlkampf 2002.<sup>215</sup>

Die unter Kučma mit Unterstützung der Oligarchen faktisch erreichte Gleichschaltung der Medien, deren Kontrolle entweder direkt beim Präsidenten oder in den Händen der ihm loyalen Oligarchen lag, spiegelte sich auch mit Blick auf die Situation der Pressefreiheit des Landes wider. Neben rechtlichen und politischen Gesichtspunkten finden ökonomische Aspekte und Monopolstellungen Berücksichtigung in den Ranglisten von *Reporter ohne Grenzen*, die die Ukraine in ihren seit 2002 geführten weltweiten Rankings in der Kučma-Ära stets auf Plätzen

---

<sup>211</sup> Vgl. Handelsblatt: „Auch Dynamo Kiew wählt Leonid Kutschma“, 29.10.1999, S. 8.

<sup>212</sup> Vgl. D’Anieri (2005): S. 237.

<sup>213</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 80f.

<sup>214</sup> Vgl. Kyiv Post: „Ukrainian media wars heating up“, 07.09.2000:

<https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/ukrainian-media-wars-heating-up-4493.html>  
[15.01.2024].

<sup>215</sup> Vgl. Kyiv Post: „Corrupt state of Ukrainian TV rooted in politics“, 29.03.2001:

<https://archive.kyivpost.com/article/opinion/op-ed/corrupt-state-of-ukrainian-tv-rooted-in-politics-8117.html>  
[15.01.2024].

des unteren Viertels führte.<sup>216</sup> Dass das Kučma-Regime 1999 vom US-Komitee zum Schutz der Journalisten in die Liste der „zehn schlimmsten Feinde der Pressefreiheit“ aufgenommen wurde, in der es zum damaligen Zeitpunkt hinter Kuba, Jugoslawien, China und Ägypten auf Platz sechs rangierte,<sup>217</sup> ist in erster Linie mit Tod mehrerer Journalisten zu erklären, die zwischen 1996 und 2001 mutmaßlich auf Anordnung der Machthaber ermordet wurden. Simon stellt auch hier einen Rückbezug zu den Oligarchen her, da das informelle Arrangement zwischen dem Präsidenten und dem „Big Business“ seine volle Funktionsfähigkeit „nur unter der Voraussetzung der Geheimhaltung“<sup>218</sup> erreichen konnte. So ist es nicht verwunderlich, dass Repressionen gegen Journalisten, die sich in ihrer Berichterstattung kritisch gegenüber dem Regime äußerten, einen weiteren Baustein des Kučma-Regimes darstellten.

### 3.6. Die Oligarchen nach der Orangen Revolution

Trotz der durch die Orange Revolution zum Ausdruck gekommenen Forderung nach einer Entmachtung der Oligarchen schien sich recht schnell das zu bestätigen, was Analysten in der Ukraine bereits ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl 2004 prognostiziert hatten: Mit Blick auf mögliche Veränderungen im Falle eines Wahlsieges Juščenkos konstatierte man, dass sich der Einfluss der Oligarchen in der Ukraine voraussichtlich kaum minimieren ließe. Im Gegensatz zu Russland, wo es nach einem Machtwechsel mit Hilfe des staatlichen Sicherheitsapparates gelungen war, den sich unter Präsident Jelzin gewachsenen Einfluss der Oligarchen zurückzudrängen und die künftigen „Spielregeln“ zu diktieren, wurde in der Ukraine ein Szenario dieser Art bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahl als unwahrscheinlich angesehen. Während russische Oligarchen seit jeher in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den *Siloviki* gestanden hätten, sei es ukrainischen Oligarchen durch ihren vergleichsweise frühen Eintritt in die Politik gelungen, die Machtstrukturen des Landes weitestgehend selbst zu kontrollieren. Aufgrund ihrer unter Kučma erwachsenen strukturellen Machtposition sei die Frage nach der zukünftigen politischen Führung des Landes daher im ukrainischen Fall deutlich

---

<sup>216</sup> Vgl. Ranglisten zur Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen; für das Jahr 2002:

<https://rsf.org/en/reporters-without-borders-publishes-first-worldwide-press-freedom-index-october-2002>

[15.01.2024]; für das Jahr 2003:

[https://web.archive.org/web/20120207171525/http://en.rsf.org/spip.php?page=classement&id\\_rubrique=551](https://web.archive.org/web/20120207171525/http://en.rsf.org/spip.php?page=classement&id_rubrique=551)

[15.01.2024]; für das Jahr 2004:

[https://web.archive.org/web/20120207171520/http://en.rsf.org/spip.php?page=classement&id\\_rubrique=550](https://web.archive.org/web/20120207171520/http://en.rsf.org/spip.php?page=classement&id_rubrique=550)

[15.01.2024].

<sup>217</sup> Vgl. Committee to Protect Journalists: Enemies of the Press: The 10 Worst Offenders of 1999, 03.05.1999:

[http://web.archive.org/web/20011115031047/http://cpj.org/enemies/enemies\\_99.html](http://web.archive.org/web/20011115031047/http://cpj.org/enemies/enemies_99.html) [15.01.2024].

<sup>218</sup> Simon, Gerhard (2011): Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie, in: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko, Frankfurt am Main: Peter Lang, 13–33, hier S. 14.

weniger relevant als sie sich in Russland erwiesen hatte.<sup>219</sup> Tatsächlich bewies sich in der Folgezeit, dass die „Revolution“ zumindest mit Blick auf das angekündigte umfassende Vorgehen gegen die Oligarchen wenig revolutionär blieb. Die Wiederholung der Privatisierung des Stahlwerkes *Kryvorizstal'*, das bei einer erneuten Auktion im Oktober 2005 unter Zulassung ausländischer Bieter schließlich zum sechsfachen Preis der ursprünglichen Privatisierungsauktion an ein deutsch-indisches Konsortium verkauft werden konnte,<sup>220</sup> sowie die Annullierung der Privatisierung des Eisenerzwerkes *Nikopol'skyj zavod ferosplaviv* stellten Ausnahmen dar.

Die Gründe dafür, dass die im Zuge der „Orangen Revolution“ anfänglich geäußerten Reprivatisierungspläne nicht umgesetzt wurden und somit zwangsläufig auch die finanzielle Entmachtung der Oligarchen ausblieb, sind vielschichtig. Einerseits hatte sich bereits sehr früh ein Machtkampf zwischen Juščenko und Tymošenko abgezeichnet, der die „Revolutions-Koalition“ nach weniger als einem Jahr zerbrechen ließ. Neben Unstimmigkeiten hinsichtlich der Zuteilung von Kompetenzen zwischen dem Präsidenten und der Ministerpräsidentin deuteten sich dabei auch immer deutlichere wirtschaftspolitische Diskrepanzen an. Während Tymošenko nicht nur umfangreiche Überprüfungen der Privatisierungen einforderte, sondern auch Renationalisierungen in Erwägung zog, standen gleichzeitig zunehmende Vorwürfe des Amtsmissbrauchs und der Korruption gegen sie im Raum.<sup>221</sup> Konkret wurde ihr dabei unter anderem vorgeworfen, dass sie Reprivatisierungen nutzen wollte, um Akteure aus ihrem persönlichen Umfeld zu bevorzugen.

Der Fortbestand klientelistischer Beziehungsmuster zwischen Wirtschaft und Politik deutete sich allerdings nicht nur in Tymošenkos, sondern auch in Juščenkos Lager an. Nicht zu Unrecht spottete man in der Ukraine resigniert, dass der „*Kučmizm*“, also das die Präsidentschaft Kučmas begleitende Regime, durch den „*Kumizm*“<sup>222</sup> Juščenkos abgelöst wurde: Die Unternehmer Petro Porošenko und David Žvanija etwa, beide Taufpaten seiner Kinder, beförderte Juščenko an die Spitze des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates

---

<sup>219</sup> Vgl. „Pri kakich uslovijach sila davlenija na izvestnyh biznesmenov v Ukraine budet vozrastat?“ [Unter welchen Umständen wird der Druck der Macht auf die bekannten Unternehmer in der Ukraine steigen?], in: *Kompan'on*, Nr. 45, 10.11.2003 [via Integrum]. Zu Oligarchen in Russland unter Präsident Putin vgl. auch: Schneider, Eberhard (2004): *Putin und die Oligarchen*, in: SWP-Studie 36, September 2004, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

<sup>220</sup> Vgl. Welt.de: „Mittal kauft ukrainisches Stahlwerk“, 25.10.2005: <https://www.welt.de/print-welt/article173085/Mittal-kauft-ukrainisches-Stahlwerk.html> [15.01.2024].

<sup>221</sup> Vgl. Kyiv Post: „President slams Tymoshenko; seeks delay of constitutional reforms“, 14.09.2005: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/president-slams-tymoshenko-seeks-delay-of-constitu-23181.html> [15.01.2024].

<sup>222</sup> „Kum“ bezeichnet auf Ukrainisch und Russisch den Taufpaten und verweist auf enge private Beziehungen.



beziehungsweise in die Leitung des Ministeriums für Ausnahmesituationen.<sup>223</sup> Vor allem Porošenko, der nicht nur Juščenkos Wahlkampf finanziell unterstützt hatte, sondern durch den Fernsehsender *5. Kanal* auch medial einen bedeutenden Beitrag zur Orangen Revolution leisten konnte, nutzte die unklar definierten Kompetenzen des Sicherheitsrates, um die Politik Tymošenkos zu unterwandern und eine Art „Gegenregierung“ zu etablieren. Auch ihm wurde wiederum vorgeworfen, etwaige Reprivatisierungen nutzen zu wollen, um eigene Geschäftspartner und -freunde zu bevorzugen.<sup>224</sup>

Dass Korruption als zentrales Bindeglied politisch-unternehmerischer Beziehungen die Ukraine auch nach der „Orangen Revolution“ schließlich prägen sollte, deuteten nicht nur gegenseitige Anschuldigungen, sondern auch empirische Untersuchungen an. Unter Politikern, Staatsanwälten, Richtern und Unternehmern im Jahr 2008 durchgeführte Befragungen lieferten schließlich ein ernüchterndes Ergebnis: Während die Mehrheit der Befragten angab, dass die Oligarchen die Politik des Landes nach wie vor bestimmten, wurde Korruption als das häufigste Instrument der Einflussnahme identifiziert.<sup>225</sup>

Neben innenpolitisch-strukturellen Ursachen zeichneten sich allerdings auch wirtschaftspolitische Gründe ab, die das angekündigte staatliche Eingreifen in die Wirtschaft in Form einer Umsetzung der umfassenden Reprivatisierungspläne erschwerten und somit gleichzeitig die nationalökonomische Relevanz, über die die Oligarchen und ihre Unternehmen mittlerweile verfügten, demonstrierten. Während die Ukraine 2004 noch ein Wirtschaftswachstum von 12% verzeichnen konnte, zeichnete sich in den ersten Monaten nach der Orangen Revolution eine signifikante Wachstumsverlangsamung ab. Der Konjunkturrückgang wurde unter anderem auf eine durch die Reprivatisierungspläne entstandene Unsicherheit und entsprechende Investitionsrückgänge im In- und Ausland zurückgeführt.<sup>226</sup> In der internationalen Presse wurden dabei mit Blick auf die Reprivatisierungspläne der ukrainischen Regierung Parallelen zu Russland, der Verhaftung Chodorkovskijs und der Zerschlagung des *Yukos*-Konzerns gezogen: „If Ukraine wants to attract foreign capital and claim its spot in the Western club of free market democracies,

---

<sup>223</sup> Vgl. Podrobnosti.ua: „Svita korolja. Čast' 1: Kumov'ja-soratkni prezidenta“ [Die Entourage des Königs. Teil 1: Die Kumpane und Partner des Präsidenten], 07.07.2005: <https://podrobnosti.ua/225274-svita-korolja-chast-1-kumovja-soratkni-prezidenta.html> [15.01.2024].

<sup>224</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Juschtschenkos Doppelschlag“, 08.09.2005: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-juschtschenkos-doppelschlag-1258339.html> [15.01.2024].

<sup>225</sup> Vgl. Pleines (2011): S. 141. Zur Korruption vor und nach der „Orangen Revolution“ vgl. auch: Grødeland, Åse Berit (2009): Cultural Constants, Corruption and the Orange Revolution, in: Besters-Dilger (Hrsg.): Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution, Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, 79–101.

<sup>226</sup> Vgl. Åslund, Anders: Betraying a Revolution, in: The Washington Post, 18.05.2005: <https://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/05/17/AR2005051701326.html> [15.01.2024].

President Viktor Yushchenko and his government would be wise to steer clear of the Russian model.“<sup>227</sup>

Weniger als ein Jahr nach seinem Amtsantritt erklärte Juščenko durch die Unterzeichnung eines Memorandums mit der von seinem einstigen Rivalen Janukovyč geführten parlamentarischen Opposition so dann auch, dass die Reprivatisierung des Stahlwerkes *Kryvorizstal'* die einzige und letzte ihrer Art gewesen war. Gleichzeitig einigte man sich darauf, die strafrechtliche Aufarbeitung der Wahlfälschungen vom 21. November 2004 zu beenden.<sup>228</sup> Während die Hoffnung der Anhänger der „Orangen Revolution“, dass die „Banditen ins Gefängnis“ kommen, damit endgültig zerschlagen wurde, zeichnete sich somit letztlich ab, dass der friedliche Umsturz nicht nur die alten politischen Machthaber um Ex-Präsident Kučma, sondern auch die Oligarchen weitestgehend unangetastet ließ.

Da die Unternehmensgruppen der Oligarchen so auch über das Jahr 2005 hinaus intakt blieben, konnten sie in Folge eines mehrere Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs ihre Vermögen sogar deutlich steigern:<sup>229</sup> Während das Wirtschaftsmagazin *Forbes* 2004 noch keinen Ukrainer in seiner *World's Billionaires List* aufführte, waren 2006 die ersten drei Oligarchen vertreten. Ein Jahr später wurde die Liste um vier weitere Ukrainer ergänzt.<sup>230</sup> Erst die Finanz- und Wirtschaftskrise, die insbesondere den exportorientierten Sektoren zusetzte, konnte den wirtschaftlichen Aufstieg der Oligarchen vorerst beenden.<sup>231</sup> Schließlich blieben auch alle größeren privaten Medienbeteiligungen unter der Kontrolle der Oligarchen, sodass in der Folgezeit mehr als zwei Drittel der ukrainischen Fernsehzuschauer nach wie vor Nachrichtensendungen konsumierten, die direkt mit oligarchischen Interessen verbunden gewesen sind.<sup>232</sup>

---

<sup>227</sup> Wall Street Journal: „Owner Beware“, 30.06.2005: <https://www.wsj.com/articles/SB112008439871673382> [15.01.2024].

<sup>228</sup> Vgl. Korrespondent.net: „Kučma odobryaet memorandum Juščenko-Janukoviča i naznačenie Echanurova“ [Kučma begrüßt das Memorandum zwischen Juščenko und Janukovyč sowie die Ernennung Echanurovs], 29.09.2005: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/132027-kuchma-odobryaet-memorandum-yushchenko-janukovycha-i-naznachenie-echanurova> [15.01.2024].

<sup>229</sup> Vgl. Pleines (2010): S. 132.

<sup>230</sup> 2006 waren dies Rinat Achmetov mit einem geschätzten Vermögen von 1,7 Mrd. US-Dollar und Viktor Pinčuk und Serhij Taruta mit jeweils 1,2 Mrd. US-Dollar. Vgl. *Forbes: The World's Billionaires 2006*: [https://stats.areppim.com/listes/list\\_billionairesx06xwor.htm](https://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx06xwor.htm) [15.01.2024]. 2007 kamen Hennadij Boholjubov (1,2 Mrd. US-Dollar), Vitalij Hajduk (2 Mrd. US-Dollar), Ihor Kolomojs'kyj (1,2 Mrd. US-Dollar) und Kostjantyn Ževaho (1 Mrd. US-Dollar) hinzu. Vgl. *Forbes: The World's Billionaires 2007*: [https://stats.areppim.com/listes/list\\_billionairesx07xwor.htm](https://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx07xwor.htm) [15.01.2024].

<sup>231</sup> Vgl. Åslund, Anders (2010): Am Abgrund. Die ukrainische Wirtschaft in der Finanzkrise, in: *OSTEUROPA*, 60. Jg., Nr. 2–4, 195–209.

<sup>232</sup> Vgl. Pleines, Heiko (2008b): Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 40, 27.05.2008, 2–5: <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/40/die-macht-der-oligarchen-grossunternehmer-in-der-ukrainischen-politik/> [15.01.2024], hier S. 3.



### 3.6.1. Diversifizierte und flexibilisierte politische Einflussnahme

Auch wenn sehr früh deutlich wurde, dass sich „Umfang und Mittel des politischen Engagements der Oligarchen (...) durch die Orange Revolution nicht wesentlich verändert“<sup>233</sup> hatten, so hatten das Ende der Präsidentschaft Kučmas sowie die sich schlagartig veränderten politischen Rahmenbedingungen dennoch Auswirkungen auf die zukünftige Rolle der Oligarchen im politischen System der Ukraine. Eine Konsequenz bestand darin, dass die Oligarchen, die sich unter Kučma eine sichere Position aufgebaut hatten, sich nun in einem konfrontativen Umfeld wiederfanden und um ihre Eigentumsrechte fürchten mussten: „The oligarchs feared that the 2004 presidential elections would be a watershed and the regime change that followed would signify a potential ‘end of history’ of their power and property“<sup>234</sup>. Eine weitere, langfristige Folge der Ergebnisse rund um die Präsidentschaftswahlen 2004 bestand darin, dass das Ausscheiden Kučmas die Gesamtkonstellation der Oligarchen veränderte. Einhergehend mit der Verfassungsänderung ist es dabei zu einer Pluralisierung der politischen Lager gekommen, die für die Oligarchen eine Diversifizierung ihrer politischen Einflussnahme erforderlich machte.

Bereits vor der Präsidentschaftswahl hatte sich abgezeichnet, dass die von den Oligarchen unter Kučma betriebene Konzentration ihrer Einflussnahme auf einen einzigen Akteur nicht vollkommen frei von Risiken geblieben war. Kučmas Ukraine war keine Dynastie und seine Macht war weder durch eine Partei noch durch eine anderweitige Organisation institutionalisiert, sodass sie folglich auch nicht ohne Reibungsverluste auf einen Nachfolger hätte übertragen werden können. Dementsprechend hatte sich bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 abgezeichnet, dass das bevorstehende Ausscheiden des Präsidenten das Fundament der gegenseitigen Abhängigkeit zwangsläufig ins Wanken bringen musste. Ein erster Hinweis, der in diese Richtung deutete, zeigte sich darin, dass dem Präsidenten, nachdem deutlich geworden war, dass er um keine dritte Amtszeit kandidieren konnte, die bislang durch die Oligarchen organisierte Unterstützung im Parlament abhanden geriet und letztlich auch das Fraktionsbündnis „Für eine einige Ukraine“ zerbrach. Das Ergebnis dieses Prozesses, in dem ein Teil der Oligarchen Kučma erstmals offensichtlich die Unterstützung versagte, kam vor allem darin zu Ausdruck, dass eine von Kučma angestrebte Verfassungsreform, die bereits vor der „Orangen Revolution“ die Ukraine in ein parlamentarisch-präsidentielles Regierungssystem umwandeln sollte, in der *Verchovna Rada*

---

<sup>233</sup> Pleines (2010): S. 132.

<sup>234</sup> Puglisi, Rosaria (2008): A window to the world? Oligarchs and foreign policy in Ukraine, in: Fischer, Sabine (Hrsg.): Ukraine: Quo Vadis? (Chaillot Paper, No. 108), Paris: European Union Institute for Security Studies, 55–85, hier S. 56.

keine Mehrheit finden sollte.<sup>235</sup> Bereits hier zeigte sich also, dass das informelle Quidproquo zwischen den Oligarchen und Kučma ein Ende genommen hatte. Dass sich schließlich auch nicht alle Oligarchen im nachfolgenden Wahlkampf auf die Seite des Protegé Kučmas schlugen, kann schließlich auch als Ausdruck dafür gewertet werden, dass sich nicht alle Oligarchen gleichermaßen mit einer Präsidentschaft Janukovyčs arrangieren wollten. Zumindest ein Teil hatte zwangsläufig die Befürchtung, dass sich unter Janukovyč eine „Integration der Ukraine in den Donbas“<sup>236</sup> vollziehen könnte, die vorherige „Spielregeln“ plötzlich für ungültig erklären könnte.

Dementsprechend produzierte das Ende der Präsidentschaft Kučmas in seiner Funktion als zentrale Integrationsfigur und gleichzeitiger Interessensmediator der Oligarchen sowie die parallel zur „Orangen Revolution“ erfolgte Verfassungsreform – die eine Fokussierung auf das Amt des Präsidenten ohnehin obsolet machen sollte – ein relativ unübersichtliches Szenario. Während sich zuvor zeitweise alle Oligarchen auf Kučma konzentrierten, hatten sie sich nun zwangsläufig auf verschiedene Lager verteilt: Jene Oligarchen, die besonders enge Verbindungen zu Kučma aufwiesen, zogen sich teilweise offiziell aus der Politik zurück, während sich die Unterstützer des vorerst gescheiterten Janukovyčs in der Partei der Regionen trafen. Dieser gelang es aus den Parlamentswahlen 2006 schließlich als stärkste Partei hervorzugehen und bis zu den Parlamentsneuwahlen 2007 mit Janukovyč vorübergehend den Regierungschef zu stellen. Gleichzeitig gelang es einigen neuen Akteuren, die sich während der „Orangen Revolution“ auf die Seite der Opposition geschlagen hatten, unter der neuen Führung politische Ämter zu besetzen und somit an Einfluss zu gewinnen.<sup>237</sup> Hierbei handelte es sich in erster Linie um sogenannte „minigarchs“<sup>238</sup> oder „second-tier oligarchs“<sup>239</sup>, die unter der neuen politischen Führung nun zu Oligarchen aufsteigen konnten. Letzten Endes konnten sich nach der „Orangen Revolution“ aber auch Formen des politischen Opportunismus beobachten lassen. Diese drückten sich darin aus, dass manche Oligarchen im Verlauf der Präsidentschaft Juščenkos die Seiten wechselten und sich mit vorherigen Widersachern arrangierten.<sup>240</sup>

---

<sup>235</sup> Kučma zielte mit dieser Verfassungsreform offenbar darauf ab, sich nach dem Ende seiner Präsidentschaft den dann gestärkten Posten des Ministerpräsidenten zu sichern. Vgl. hierzu auch: Kowall (2006): S. 130.

<sup>236</sup> Zimmer (2005a): S. 48.

<sup>237</sup> Vgl. Kuzio, Taras (2008): Oligarchs Wield Power in Ukrainian Politics, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 5, No. 125: <https://jamestown.org/program/oligarchs-wield-power-in-ukrainian-politics/> [15.01.2024].

<sup>238</sup> Karatnycky, Adrian (2005): Ukraine's Orange Revolution, in: Foreign Affairs, Vol. 84, No. 2, 35–52, hier S. 37.

<sup>239</sup> Dubrovskiy, Vladimir (2023): The Main Driving Forces of De-Patronalization in Ukraine: The Role of Ukrainian Business, in: Madlovics, Bálint/Magyar, Bálint (eds.): Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion. The Russia-Ukraine War, Volume One, Budapest: Central European University Press, 221–262, hier S. 230.

<sup>240</sup> Vgl. Bos, Ellen (2010b): Stabile Instabilität, dynamische Blockade, in: OSTEUROPA, 60. Jg., Nr. 2–4, 77–88, hier S. 85.

Während sich somit – durch neu auftretende Akteure einerseits und die Verteilung der etablierten Oligarchen auf verschiedene politische Lager andererseits – die ukrainische „Oligarchie“ in ihrer Gesamtheit verändert hatte, drückte sich die entstandene „Pluralisierung der Interessenvertretung“<sup>241</sup> letztlich auch darin aus, dass etwaige regionale Konkurrenzverhältnisse, die durch Kučmas Elitenpolitik lange Zeit ausgeklammert werden konnten, nun wieder an Gewicht gewonnen hatten. Hinweise hierauf gab beispielsweise die Ernennung Vitalij Hajduks zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates unter Juščenko.<sup>242</sup> Während sich Achmetov so nun auf die Partei der Regionen konzentrierte, zählte sich Hajduk, der neben Serhij Taruta die Donezker Unternehmensholding ISD managte und unter Kučma noch als Energieminister und stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Janukovyčs fungierte, nach der „Orangen Revolution“ nun zum Unterstützerkreis Juščenkos. Ein ähnliches regionales Konkurrenzverhältnis deutete sich schließlich auch unter den Oligarchen aus Dnipropetrovs'k an.<sup>243</sup>

Neben der durch die Orientierung auf verschiedene politische Lager erfolgten Pluralisierung eröffnete sich den Oligarchen jetzt gleichzeitig aber auch die Möglichkeit, ihre Einflussnahme zu diversifizieren. Verglichen mit der Kučma-Ära hatten sich die Zugangspunkte zur Politik durch die Verfassungsreform vervielfacht. Dabei konnte vor allem das Parlament in seiner nun verfassungsmäßig gestärkten Position einen zentralen Bestandteil der Einflussnahme der Oligarchen einnehmen.<sup>244</sup> Während der Einzug der Oligarchen in die *Verchovna Rada* unter Kučma neben den auch nach der „Orangen Revolution“ relevanten Aspekten der strafrechtlichen Immunität insbesondere dem Zweck diente, die Opposition zu brechen und eine propräsidentielle Mehrheit aufzubauen, so mussten sie sich auch hier nun zwangsläufig auf verschiedene, konkurrierende politische Lager orientieren.<sup>245</sup>

Die Möglichkeit ihrer Einflussnahme auf die Legislative wurde durch die mit der Parlamentswahl 2006 in Kraft getretene Änderung des Wahlsystems deutlich begünstigt. Während die Parlamentswahl 2002 noch auf einem gemischten Wahlsystem basierte, bot die Reform des Wahlrechts zu einem reinen Verhältniswahlrecht nun nämlich die Chance, die landesweiten Parteilisten mit Vertrauten aus dem eigenen Umfeld zu besetzen. Wolowski

---

<sup>241</sup> Pleines (2010): S. 132.

<sup>242</sup> Vgl. Varfolomejev, Oleg (2006): Yushchenko Picks Donetsk Man For Security Chief, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 3, No. 192: <https://jamestown.org/program/yushchenko-picks-donetsk-man-for-security-chief/> [15.01.2024].

<sup>243</sup> Siehe hierzu das Fallbeispiel Viktor Pinčuk in Kapitel 5 dieser Arbeit.

<sup>244</sup> Vgl. Puglisi (2008): S. 63.

<sup>245</sup> Vgl. Pleines (2011): S. 139 sowie Matuszak, Sławomir (2012): The Oligarchic Democracy. The Influence of Business Groups on Ukrainian Politics, OSW-Studies 42, Warsaw: OSW-Center for Eastern Studies, 20–33: [https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace\\_42\\_en\\_0.pdf](https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_42_en_0.pdf) [15.01.2024].

bescheinigt Stellvertretern dieser Art letztlich eine besondere Loyalität, da sie sich weniger dem Elektorat, sondern vielmehr ihren „Förderern“ verpflichtet fühlen.<sup>246</sup> Tür und Tor zur Positionierung dieser sogenannten „Stellvertreter“ auf den Kandidatenlisten waren den Oligarchen vor allem auch deshalb geöffnet, da die Parteien sich auch nach der „Orangen Revolution“ als wenig konsolidiert erwiesen: „Die Parteiführungen stellen die Kandidatenlisten bei den Parlamentswahlen auf; sie bestimmen damit im wesentlichen über die Zusammensetzung des Parlaments. Die Kandidatenkür von unten, der Basis spielt eine ganz untergeordnete Rolle.“<sup>247</sup>

Neben der Möglichkeit, den eignen politischen Einfluss aus dem Fokus der Öffentlichkeit zu ziehen, brachte die Positionierung von derartigen Stellvertretern letztlich auch die Möglichkeit mit sich, Einfluss auf unterschiedliche Fraktionen zu verteilen. Dadurch, dass auf den Stimmzetteln, die den Wählern ausgehändigt wurden, nur die Namen der ersten fünf Kandidaten der jeweiligen Parteiliste aufgeführt wurden, wurde die Einflussnahme auf unterschiedliche Fraktionen erleichtert.<sup>248</sup> Die Einführung des Verhältniswahlrechts kann so schließlich auch als Erklärung für die von Pleines gemachte Beobachtung dienen, dass es nach der Orangen Revolution zu keinen erkaufte Abgeordnetenübertritten mehr kam und gleichzeitig die Anzahl der Oligarchen, die ein Abgeordnetenmandat inne hatten, trotz des allgemeinen Bedeutungszuwachses des Parlaments mit den Wahlen 2006 sowie der Neuwahl 2007 abgenommen hatte.<sup>249</sup> Unabhängig vom Wahlsystem lässt sich mit Markus und Charnysh noch ein weiterer Aspekt hervorheben, der als Erklärung dient, warum die Anzahl von Oligarchen in der Ukraine, die nach der Orangen Revolution ein Abgeordnetenmandat bekleideten, abgenommen hat: Die Autoren zeigen in ihrer Analyse auf, dass sogenannte indirekte Strategien, das heißt die Unterstützung (mehrerer) politischer Parteien sowie die politische Einflussnahme über Massenmedien, für die Verteidigung des Vermögens der Oligarchen erfolgsversprechender sind als die Übernahme eines politischen Amtes in der Legislative oder auch der Exekutive (sogenannte direkte Strategien). Als Erklärung hierfür führen Markus und Charnysh an, dass diese indirekten Strategien im Gegensatz zu direkten Strategien für Oligarchen eine höheres Maß an politischer Flexibilität mit sich bringen und den

---

<sup>246</sup> Vgl. Wolowski, Pawel (2008): Ukrainian Politics after the Orange Revolution – How far from democratic consolidation?, in: Fischer (Hrsg.): 25–53, hier S. 41.

<sup>247</sup> Simon, Gerhard (2007): Die Erosion des Postkommunismus. Politische Kultur in der Ukraine im Wandel, in: OSTEUROPA, 57. Jg., Nr. 10, 29–42, hier S. 35.

<sup>248</sup> Vgl. Wolowski (2008): S. 41.

<sup>249</sup> Vgl. Pleines (2011): S. 139.

Oligarchen somit vor allem in Phasen, die von politischer Instabilität geprägt sind und in denen mehrere politische Machtzentren existieren, eine schnellere Reaktion ermöglichen.<sup>250</sup>

### 3.6.2. Avantgardisten einer pro-europäischen Außenpolitik?

Nach der „Orangen Revolution“ zeichnete sich ab, dass in einem politischen und gesellschaftlichen Umfeld, das mehrheitlich eine pro-europäische Wahl getroffen hatte, sich die Integration der Ukraine in die EU nun auch unter den Oligarchen zur „common currency“<sup>251</sup> etablieren konnte. Dabei hegten einige Oligarchen sogar den Anspruch, sich als Vorreiter der „europäischen Zukunft“ der Ukraine zu präsentieren. Während die unter Kučma fehlende außenpolitische Konsensbildung letzten Endes immer auch auf die „Herrschaft der Oligarchen“<sup>252</sup> zurückgeführt wurde, schien es nun, dass sich die Interessen der Oligarchen mit den nationalen Interessen überschneiden: „[P]aradoxically and for the first time since independence, the selfish, individual interests of some business representatives came to overlap with the interests of Ukraine in general (...).“<sup>253</sup> Vor allem die mit einer stärkeren Orientierung auf die EU ausgedrückte tendenzielle Abkehr von Russland – schließlich wurde die außenpolitische „Wahl“ der Ukraine immer auch unter Aspekten zweier sich in Konkurrenz zueinanderstehender Integrationsmodelle betrachtet – stellte allerdings keine wirkliche Neuerung der außenwirtschaftspolitischen Interessenlage der Oligarchen dar. Vielmehr setzte sich ein Trend fort, der sich bereits zuvor abgezeichnet hatte.

Vor dem Hintergrund der unternehmerischen Karriere der Oligarchen lässt sich dabei zunächst festhalten, dass die meisten Oligarchen ihre unternehmerische Tätigkeit in Sektoren aufbauten, die seit jeher in einem engen Verhältnis zur russischen Öl- und Gasproduktion gestanden haben. Dabei waren sie stets entweder direkt von Russland abhängig oder zumindest auf eine enge Kooperation angewiesen. Wie Ott allerdings bemerkt, brachte ihre im Vergleich zu russischen Oligarchen schwache Kapitalausstattung stets auch das Risiko mit sich, von den „mächtigeren Kontrahenten (...) geschluckt zu werden“<sup>254</sup>. Gerade weil die Ukraine zu Russland ähnliche Handelsstrukturen und Industriepotentiale aufwies, war es im Sinne des eigenen Machterhalts für sie daher auch notwendig, die Durchdringung des ukrainischen Marktes durch russisches Kapital soweit wie möglich zu verhindern und die eigenen Geschäftsbereiche zu verteidigen.

---

<sup>250</sup> Vgl. Markus/Charnysh (2017).

<sup>251</sup> Puglisi (2008): S. 55.

<sup>252</sup> Haran', Oleksij (1999): Innenpolitische Faktoren der ukrainischen Außenpolitik, in: Berichte des BIOst, Nr. 39, S. 8.

<sup>253</sup> Puglisi (2008): S. 66.

<sup>254</sup> Ott, Alexander (2003): Die ukrainische Politik gegenüber Rußland, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Rußland und der postsowjetische Raum, Baden-Baden: Nomos, 223–239, hier S. 226.

Bukkvoll sieht hierin letztlich auch den Grund dafür, dass die Oligarchen an einer ökonomischen Integration mit Russland in Form einer Zoll- oder Wirtschaftsunion kein Interesse hatten: „(...) there is a limit, based of self-interest, to how far the oligarch groups are willing to integrate politically and economically with Russia“<sup>255</sup>. Die in Jalta 2003 getroffene Einigung auf die Errichtung des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes betrachtet Bukkvoll dementsprechend auch nicht als Versuch vermeintlich „pro-russischer“ Oligarchen, sich ökonomisch über die mögliche Schaffung einer Freihandelszone hinaus in den GUS-Raum integrieren zu wollen. Während Russlands Präsident Putin dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum das Ziel attestierte, „ähnliches Niveau der Integration wie in der Europäischen Union zu erreichen“<sup>256</sup>, sah er in Kučmas Vorstoß von Jalta vielmehr einen kalkulierten Schachzug des Präsidenten, der darauf abzielte, mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2004 sich selbst – oder seinem Nachfolger – sowohl ein pro-russisches Wählerklientel als auch die Unterstützung Russlands zuzusichern.<sup>257</sup> Die Tatsache, dass ernsthafte Versuche zur Implementierung des Abkommens schließlich ausblieben, unterstrich diese These. Mit Blick auf die Interessenlage der Oligarchen bestätigte sich vielmehr das, was in der ukrainischen Zeitung *Zerkalo Nedeli* zu diesem Zeitpunkt bereits angemerkt wurde:

„Unternehmer, die in international konkurrenzfähigen Produktionssektoren tätig sind, haben die Unterzeichnung des Abkommens zum Gemeinsamen Wirtschaftsraum (...) als Fehler erachtet, weil sie wissen, dass der europäische Markt zehn Mal größer ist als der russische. (...) Sie wissen, dass sich ihnen im europäischen Markt wesentlich mehr Möglichkeiten bieten, vorausgesetzt die Ukraine kann die Geschäftsregeln und Werte, wie sie in Europa schon lange Anwendung finden, erfüllen.“<sup>258</sup>

Neben der Feststellung, dass es sich also bei Kučmas Vorstoß zur Schaffung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit Kasachstan, Belarus und Russland um keine von den Oligarchen realistisch unterstützte Option handelte, verweist Langbein schließlich darauf, dass

---

<sup>255</sup> Bukkvoll, Tor (2004): Private Interests, Public Policy. Ukraine and the Common Economic Space Agreement, in: Problems of Post-Communism, Vol. 51, No. 5, 11–22, hier S. 11.

<sup>256</sup> Zitiert nach: Handelsblatt: „Auch wir wollen gut leben‘. GUS-Staaten gründen gemeinsamen Wirtschaftsraum“, 19.09.2003: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/auch-wir-wollen-gut-leben-gus-staaten-gruenden-gemeinsamen-wirtschaftsraum/2273974.html> [15.01.2024].

<sup>257</sup> Vgl. Bukkvoll (2004): S. 19. Tatsächlich sollen russische Berater im Vorfeld der Wahlen an der Formulierung der bereits 1999 zum Einsatz gekommenen „Temnyky“ [siehe Fn. 208] beteiligt gewesen sein. Gleichzeitig wurde davon ausgegangen, dass etwa die Hälfte der Wahlkampfkosten Janukovyčs von russischen Unternehmern gezahlt worden ist. Vgl. Bos, Ellen (2006): Leonid Kutschma: „Spieler“ mit demokratischen Institutionen, in: Bos, Ellen/Helmerich, Antje (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Demokratie, Staatspräsidenten als Kapitane des Systemwechsels in Osteuropa, Münster: LIT-Verlag, 79–116, hier S. 109; sowie Kuzio, Taras (2004b): Russians Run Censorship of Ukrainian Media, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 1, No. 35: <https://jamestown.org/program/russians-run-censorship-of-ukrainian-media/> [15.01.2024].

<sup>258</sup> Zerkalo Nedeli: „Sovestit’ pravjaščuju elitu – bespolezno“ [Der führenden Elite ein schlechtes Gewissen zu machen ist sinnlos], 14.11.2003: [https://zn.ua/internal/sovestit\\_pravyaschuyu\\_elitu\\_bespolezno.html](https://zn.ua/internal/sovestit_pravyaschuyu_elitu_bespolezno.html) [15.01.2024].

bereits unter Kučma – trotz der konstatierten allgemeinen Reformmüdigkeit – legislative Reformunternehmungen in Bereichen der Regulierung technischer Standards, des Transportwesens sowie des Wettbewerbs erfolgten, die zu einer ersten Annäherung der ukrainischen Gesetzgebung an den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU geführt hatten.<sup>259</sup> Sie geht davon aus, dass diese frühen Reformen ausschlaggebend dafür gewesen sind, dass die Ukraine die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU früher als Staaten wie Georgien oder der Republik Moldau beginnen konnte.

Unter Berücksichtigung des unter Kučma als stark einzuschätzenden Einflusses der Oligarchen in der Innen-, aber auch der Außenpolitik<sup>260</sup>, deutete also vieles darauf hin, dass die Oligarchen einerseits kein Interesse an einer umfassenden wirtschaftlichen Integration im GUS-Raum zeigten, andererseits allerdings sehr wohl bereits vor der „Orangen Revolution“ Expansionspotentiale im europäischen Markt ins Auge gefasst hatten. Dieses ökonomische Interesse der Oligarchen erwuchs vor allem aus ihren Privatisierungserfolgen, die ihnen den Zugang zu vor allem exportorientierten Großunternehmen der ukrainischen Industrie sicherte. Eine neue Entwicklungsphase der Oligarchen setzte dementsprechend bereits mit der Jahrtausendwende ein, da sie nun damit beginnen konnten, neue Absatz- und Investitionsmärkte zu erschließen, was ihre Holdings in der Folgezeit schließlich zu den produktivsten Akteuren der ukrainischen Volkswirtschaft machen sollte.<sup>261</sup> Dass dabei vor allem die Wirtschaftskraft der EU an Attraktivität gewinnen konnte und in den Fokus der Oligarchen rückte, sollte sich sowohl durch steigende Auslandsinvestitionen der Oligarchen in die EU als auch durch die Intensivierung des Handels zwischen der EU und der Ukraine widerspiegeln. Dies scheint insbesondere auf die exportorientierte Stahl- und Eisenbranche zuzutreffen, da ein zwischen 1997 und 2007 erfolgter knapp fünfzigprozentiger Zuwachs ukrainischer Exporte in die EU vor allem auf diesen Sektor zurückzuführen war.<sup>262</sup>

---

<sup>259</sup> Vgl. Langbein, Julia (2008): FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume, in: Ukraine-Analysen, Nr. 44, 23.09.2008, 7–11: <https://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen44.pdf> [15.01.2024]. hier S. 7f.

<sup>260</sup> Auch wenn die verfassungsmäßige Bestimmung der außenpolitischen Prinzipien institutionell in der Verantwortung des Parlaments lag, während die Umsetzung der Außenpolitik im Kompetenzbereich der Regierung beziehungsweise des Außenministeriums angesiedelt war, fiel die Gestaltung der Außenpolitik dennoch faktisch in die Hand des Präsidenten. Dies erklärt sich vor allem auch damit, dass der Präsident entsprechend der Verfassung von 1996 den Außenminister direkt und ohne Zustimmung des Parlaments bestimmen konnte. Aufgrund des Arrangements zwischen dem Präsidenten und den Oligarchen wurde die Außenpolitik der Ukraine daher immer auch als ein zwangsläufiger Ausdruck der Interessen der Oligarchen betrachtet. Vgl. hierzu auch: Ott (2003): S. 225.

<sup>261</sup> Vgl. Pleines (2010): S. 125 sowie Gorodnichenko, Yuriy/Grygorenko, Yegor (2008): Are Oligarchs Productive? Theory and Evidence, in: Journal of Comparative Economics, Vol. 36, No. 1, 17–42.

<sup>262</sup> 1997 gingen 20% der ukrainischen Exporte in die EU. Diese stiegen bis zum Eintritt der Wirtschaftskrise auf 29,9% an. Vgl. hierzu: Langbein, Julia (2010): A la carte. Ukrainische Positionen zum Freihandel mit der EU, in: OSTEUROPA, 60. Jg., Nr. 2–4, 359–371, hier S. 364.

Durch die Orange Revolution und die eindeutige Positionierung der politischen Führung schien das Interesse der Oligarchen an einer zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft im Allgemeinen und die EU im Speziellen dennoch eine neue Dynamik zu erhalten. Der europäische Markt erwies sich einerseits deutlich näher als zuvor, zumal sich ihre Wirtschaftsinteressen nun auch als kompatibel mit den Zielen der „Orangen Revolution“ erwiesen. Neben ihrem ökonomischen Streben nach neuen Absatzmärkten kann gleichzeitig allerdings auch davon ausgegangen werden, dass die Oligarchen die EU als eine neue Form der „*kryša*“, das heißt des Schutzes ihrer Eigentumsrechte aufgefasst haben. Ihre „pro-europäische“ Orientierung erfolgte nach Puglisi in gewisser Weise also instinktiv.<sup>263</sup> Der Interpretation Puglisis folgend, bot ihnen die EU-Perspektive hierbei ein besonderes Gelegenheitsfenster, um ihre Eigentumsrechte zu schützen.

Der Aspekt des Schutzes ihrer Eigentumsrechte ist erneut in einem engen Zusammenhang zur weitestgehend einheitlichen Vorgeschichte der Oligarchen zu betrachten: Bei ihrem Aufbau bedeutender Unternehmensbeteiligungen und der Expansion in lukrative Geschäftsfelder im Laufe der 90er-Jahre sowie durch die Privatisierung der Großbetriebe ab 2000 profitierten die Oligarchen über Jahre hinweg von fehlender Rechtssicherheit, intransparenten Privatisierungsprozessen und zumindest fragwürdigen Geschäftspraktiken. Das *quid pro quo* mit der politischen Führung wägte sie dabei lange Zeit in einer relativ stabilen Sicherheit. Die Reprivatisierungsandrohungen der neuen politischen Führung sowie die im Vergleich zur Kučma-Ära sehr viel weniger eindeutigen und auch instabilen politischen Verhältnisse erforderte jedoch nun eine Absicherung ihres Eigentums. Da schließlich die staatlichen „Sahnestücke“ der ukrainischen Industrie bereits weitestgehend privatisiert waren, konnte das Streben nach marktwirtschaftlichen Institutionen nun einen weiteren, willkommenen Schritt in Richtung ihrer eigenen Konsolidierung darstellen.<sup>264</sup>

Weil die Oligarchen nun nicht nur in scharfe zivilgesellschaftliche Kritik im Inland geraten waren, sondern aufgrund der medial weltweit beachteten „Orangen Revolution“ sowie der sich abzeichnenden pro-europäischen Orientierung des Landes nun auch verstärkt unter internationaler Beachtung standen, zeigten sich Beobachter davon überzeugt, dass ihre Imagearbeit neben den dargestellten innenpolitischen Aspekten auch den Zweck erfüllen sollte,

---

<sup>263</sup> Vgl. Puglisi (2008): S. 80.

<sup>264</sup> Vgl. Puglisi (2008): S. 66 sowie Melnykovska, Inna/Schweickert, Rainer (2009): Wirtschaftsinteressen und institutioneller Wandel in der Ukraine - vernachlässigtes Potential der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU, in: Ukraine-Analysen, Nr. 54, S. 9-12, hier S. 10.



ihren sozio-kulturellen Integrationswillen in die Weltgemeinschaft zu unterstreichen.<sup>265</sup> So kann schließlich auch erklärt werden, dass etwa Aspekte der *Corporate Social Responsibility* in Form eines freiwilligen Beitrags der Wirtschaft zur nachhaltigen Entwicklung nach der Orangen Revolution in der Ukraine an Bedeutung gewinnen konnten und sich einige oligarchisch kontrollierte Unternehmen nun beispielsweise auch der Beteiligung am UN Global Compact anschlossen und damit zumindest auf freiwilliger Basis gegenüber den Vereinten Nationen die Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte, zur Einhaltung internationaler Arbeitsnormen, zum Umweltschutz sowie zur Korruptionsbekämpfung eingingen.<sup>266</sup>

Trotz des generellen Eindrucks einer sich somit abzeichnenden Reformbereitschaft der Oligarchen muss jedoch auch auf Kosten einer Integration in die EU beziehungsweise des Zugangs zum EU-Binnenmarkt für die Oligarchen in der Ukraine verwiesen werden. Diese Kosten gehen vor allem mit der Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen, dem Aufbau institutioneller Konvergenz, der Abschaffung tarifärer Handelshemmnisse sowie dem Aufbau von Transparenz einher. So wie sich bereits Unterschiede in der Umsetzung von Standards der Unternehmensführung aufgezeigt hatten,<sup>267</sup> so musste letztlich daher auch davon ausgegangen werden, dass sich die Positionen der Oligarchen sowohl im Hinblick auf den 2008 erfolgten WTO-Betritt als auch in Bezug auf eine EU-Integrationsperspektive nicht vereinheitlichen ließen, sondern vielmehr in enger Abhängigkeit zu ihren jeweiligen Geschäftsfeldern betrachtet werden mussten. Oligarchen, deren Kerngeschäfte in profitablen exportorientierten Sektoren wie beispielsweise der Metallurgie oder der chemischen Industrie angesiedelt sind, schienen in der Vergangenheit ein größeres Interesse gehabt zu haben, ihre Unternehmen tatsächlich zu modernisieren, um internationale Konkurrenzfähigkeit zu erlangen und gleichzeitig eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft zu erreichen.<sup>268</sup> Branchen, die indes von staatlichen Subventionen profitieren oder sich als anfällig gegen ausländische Konkurrenz erweisen (beispielsweise die Automobilindustrie, der Agrar-, Finanz- und Energiesektor sowie Teile des Maschinenbaus) zeigten indes bisher weniger Interesse an einer ökonomischen Liberalisierung des Landes sowie der Übernahme entsprechender internationaler und europäischer

---

<sup>265</sup> Vgl. Bezpalko, O.V./Halustjan, Ju.M./Hulevs'ka-Černyš, A.V. et al. (2008): *Blahodijni instytuciji Ukrajinny: sučasnyj stan ta perspektyvy rozvytku* [Wohltätige Institutionen in der Ukraine: Aktueller Stand und Entwicklungsperspektiven], Kyiv: Knyha pljus, S. 85.

<sup>266</sup> Vgl. United Nations Global Compact: *Ukraine Launches the Global Compact*, 25.04.2006: [http://web.archive.org/web/20070609070101/http://www.unglobalcompact.org/NewsAndEvents/news\\_archives/2006\\_04\\_25.html](http://web.archive.org/web/20070609070101/http://www.unglobalcompact.org/NewsAndEvents/news_archives/2006_04_25.html) [15.01.2024].

<sup>267</sup> Vgl. Kyiv Post: „Corporate governance slowly improves while oligarch-owned companies lag“, 03.11.2011: <https://archive.kyivpost.com/article/content/business/corporate-governance-slowly-improves-while-oligarc-116264.html> [15.01.2024].

<sup>268</sup> Vgl. die Fallbeispiele Pinčuk (Kapitel 5) und Achmetov (Kapitel 6).

Standards.<sup>269</sup> Auch wenn die Oligarchen in der Vergangenheit ihre Expansion auf EU-Märkte forciert haben, so trifft auf die Akteursgruppe ebenso zu, dass ihre Geschäftsmodelle in erster Linie auf kompetitiven Vorteilen im ukrainischen Heimatmarkt und einer entsprechenden Vorzugsbehandlung durch die Politik basieren. Sie waren deshalb in der Vergangenheit stets darum bemüht, Konkurrenz aus dem Weg zu gehen beziehungsweise zu verhindern.<sup>270</sup>

### 3.7. Die Oligarchen und die Präsidentschaft Janukovyčs (2010-2013)

Auf die Phase nach der Orangen Revolution, in der die Oligarchen unterschiedliche politische Lager unterstützten, folgte mit der Präsidentschaftswahl 2010, die der zuvor noch erfolglose Viktor Janukovyč gewinnen konnte, schließlich eine Periode, in der die Oligarchen sich erneut mit einem starken machtpolitischen Zentrum an der Spitze des Staates konfrontiert sahen. Janukovyč gelang es schnell, sich durch fragwürdige Methoden eine Mehrheit im Parlament zu organisieren,<sup>271</sup> die Judikative unter seine Kontrolle zu bringen und schließlich per Gerichtsbeschluss die Verfassungsänderung aus dem Jahr 2004 rückgängig zu machen. Durch die somit erfolgte Rückkehr zur Verfassung von 1996 wurden die Befugnisse des Präsidenten alsdann erheblich gestärkt, während zugleich die Vollmachten des Parlaments im Regierungssystem deutlich geschwächt wurden. Die „Integration der Ukraine in den Donbas“ unter Janukovyč, wie sie bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2004 thematisiert wurde,<sup>272</sup> nahm nun konkrete Züge an: Allein im ersten Jahr seiner Präsidentschaft sollen mehr als 300 Richter durch dem Präsidenten loyale Kollegen ersetzt worden sein, die aus Janukovyčs Heimatregion Donezk stammten.<sup>273</sup> Darüber hinaus zeigte sich sehr schnell, dass auch der Druck auf die Medien zunahm. Vor allem regierungskritische Medien, ebenso wie Nichtregierungsorganisationen, sahen sich fortan einem erheblichen politischen Druck ausgesetzt.<sup>274</sup>

---

<sup>269</sup> Widerstand gegen eine Wirtschaftsliberalisierung soll u.a. Porošenko geleistet haben. Er war seit 2009 nicht nur Außenminister, sondern gleichzeitig auch Besitzer des Automobilkonzerns *Bohdan*. Vgl. hierzu auch: Langbein (2010): S. 366.

<sup>270</sup> Zur Internationalisierung der Geschäftstätigkeiten ukrainischer Oligarchen siehe: Pleines, Heiko (2017): The International Links of Ukrainian Oligarchs. Business Expansion and Transnational Offshore Networks, in: Beichelt, Timm/Worschech, Susann (eds.): *Transnational Ukraine? Networks and Ties that Influence(d) Contemporary Ukraine*, Stuttgart: ibidem-Verlag, 161–177.

<sup>271</sup> Janukovyč bildete eine Regierungskoalition, der sich entgegen der Verfassung nicht nur Fraktionen, sondern auch einzelne Abgeordnete anschlossen. Dies wurde vom Verfassungsgericht gebilligt, wenngleich Anschuldigungen laut wurden, dass Richter massiv unter Druck gesetzt worden seien. Vgl. hierzu: Stewart, Susan (2010): *Überraschungen in der Ukraine. Die Demokratie auf dem Rückzug, Russland auf dem Vormarsch*, SWP-Aktuell 73, Oktober 2010, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

<sup>272</sup> Siehe hierzu S. 64 dieser Arbeit.

<sup>273</sup> Vgl. Solonenko, Iryna (2014): *Interessengeflecht und Machtstrategien. Die Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine*, in: *OSTEUROPA*, 64. Jg., Nr. 5–6, 197–215, hier S. 199.

<sup>274</sup> Vgl. Stewart (2010).

Auch wenn sich enge Parallelen zur Kučma-Phase herstellen lassen, gab es vor allem mit Blick auf die machtpolitische Stellung der Oligarchen zugleich auch bedeutende Unterschiede zwischen den Präsidentschaften Kučmas und Janukovyčs: Unter Kučma hatten sich noch mehrere informelle Netzwerke zwischen Politikern und Oligarchen mehr oder weniger gleichmäßig um das Amt des Präsidenten gruppiert. Nach der Orangen Revolution bildeten sich dann mehrere politische Machtzentren heraus, an denen sich diese Netzwerke beziehungsweise Seilschaften orientieren mussten. Die verschiedenen politischen Machtzentren umfassten sowohl das Amt von Präsident Jušenko als auch das Ministerpräsidentenamt Tymošenko sowie die Partei der Regionen (PR) um Janukovyč, der es in Folge der Parlamentswahl 2006 gelungen war, zweitweise die Regierung zu führen. Mit Janukovyčs Wahlerfolg 2010 und der Rückkehr zu einem semi-präsidentiellen Regierungssystem war es Janukovyč und der PR nun in kürzester Zeit gelungen, die politische Macht zu monopolisieren.<sup>275</sup> Darüber hinaus betraten nun mit der sogenannten „Familie“ des Präsidenten Akteure aus dem engsten Umfeld Janukovyčs die Bühne, wodurch die etablierten Oligarchen sich dem Emporkommen neuer „Mitspieler“ ausgesetzt sahen. Der „Familie“, die sich um Janukovyčs ältesten Sohn gruppierte, gelang es, in rasantem Tempo Vermögen anzuhäufen. Vor allem das öffentliche Beschaffungswesen, unter anderem auch im Zuge der Investitionen für die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2012,<sup>276</sup> kristallisierte sich dabei als ein zentraler Bereich heraus, in dem das nahe Umfeld des Präsidenten enorme Profite machen konnte.<sup>277</sup> Bekanntestes Beispiel ist Serhij Kurčenko, ein Freund von Janukovyčs ältestem Sohn Oleksandr, der im Alter von 27 quasi über Nacht zum Oligarchen aufstieg. Als neuer „Gas-König“ titulierte, erwarb Kurčenko unter anderem eine der landesweit größten Erdölraffinerien und begann damit, ein eigenes Medienimperium aufzubauen. Gleichzeitig unterstrich er seine Ambitionen, zukünftiger Patron seiner Heimatregion Charkiw zu werden, indem er von Oleksandr Jaroslavs'kyj, der bis dahin als „König“ der Region galt, den erfolgreichen städtischen Fußballverein *FK Metalist* „übernahm“.<sup>278</sup> Wie Pleines anmerkt, handelte es sich bei der „Familie“ allerdings nicht um ein klassisches oligarchisches Patronage-Netzwerk, in dem wirtschaftliche Vorteile für politische Unterstützung gewährt wurden, sondern vielmehr um ein

---

<sup>275</sup> Vgl. Olszański, Tadeusz (2010): The Party of Regions monopolises power in Ukraine, OSW Commentary 40, September 2010: <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2010-09-29/party-regions-monopolises-power-ukraine> [15.01.2024].

<sup>276</sup> Vgl. Halling, Steffen/Stewart, Susan (2012): Ukrainisches Eigentor vor der EM. Demaskierung des Regimes statt Imagegewinn, SWP-Aktuell 29, Mai 2012, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

<sup>277</sup> Vgl. Stewart, Susan (2013). Public Procurement Reform in Ukraine: The Implications of Neopatrimonialism for External Actors, in: *Demokratizatsiya* Vol. 21, Issue 2, 197–214.

<sup>278</sup> Jaroslavs'kyj gab später an, dass er gezwungen worden sei, *Metalist* an Kurčenko zu verkaufen. Vgl. LB.ua: „Jaroslavs'kyj: mene zmusyly prodaty ‚Metalist‘“ [Jaroslavs'kyj: Ich wurde gezwungen, Metalist zu verkaufen], 04.02.2015: [https://lb.ua/sport/2015/02/04/294398\\_yaroslavskiy\\_vinudili\\_prodat.html](https://lb.ua/sport/2015/02/04/294398_yaroslavskiy_vinudili_prodat.html) [15.01.2024].

Beispiel von Nepotismus, das heißt der Vorteilsbeschaffung durch und für Familienmitglieder beziehungsweise enge Freunde des Präsidenten.<sup>279</sup> Nichtsdestotrotz lässt vor allem das Beispiel Kurčenkos vermuten, dass die Förderung von Akteuren, die rasch auch an politischem und medialem Einfluss gewannen, für Janukovyč die Grundlage dafür schaffen sollte, seine für das Jahr 2015 anvisierte Wiederwahl weitgehend unabhängig von den etablierten Oligarchen zu erreichen.<sup>280</sup>

Matuszak geht davon aus, dass die Oligarchen zunächst erwartet hatten, dass Janukovyč, ähnlich wie Juščenko, ein eher schwacher Präsident werden würde.<sup>281</sup> Eine Machtmonopolisierung sei für die Oligarchen indes stärker bei einem Wahlerfolg Tymošenkos zu befürchten gewesen, die die Stichwahl gegen Janukovyč 2010 nur knapp verloren hatte. Dies kann erklären, warum Janukovyčs Wahlkampf durch die Oligarchen mehr Unterstützung erfuhr als die Kandidatur Tymošenkos. Gleichwohl zeigte sich in den von den Oligarchen kontrollierten Medien aber auch, dass die Oligarchen versuchten, sich nach beiden Seiten abzusichern und dementsprechend auch Tymošenko unterstützten.<sup>282</sup> Wie Janukovyčs schneller Machtausbau jedoch zeigte, ging die Kalkulation eines „schwachen Präsidenten“ nicht auf. Vielmehr war von den Oligarchen unter Janukovyč nun besondere Loyalität oder zumindest ein Arrangement mit dem Präsidenten gefordert. Eine Abkehr von Janukovyč, die zum Beispiel in der Berichterstattung im von den Oligarchen kontrollierten Fernsehen zum Ausdruck kam und Janukovyč sowie der ihn umgebenden Machtgruppe um die Partei der Regionen gefährlich werden konnten, wurde prompt sanktioniert. So sah sich der Oligarch und damalige Miteigentümer des einflussreichen TV-Senders *Inter* Valerij Choroškovs'kyj gezwungen, die Ukraine zu verlassen, nachdem der Sender vor den Parlamentswahlen 2012 der Opposition eine Agitationsplattform bot. Neuer Anteilseigner von *Inter* wurde daraufhin der Leiter von Janukovyčs Präsidialadministration Serhij L'ovočkin, der den Sender fortan zusammen mit dem Oligarchen Dmytro Firtaš kontrollierte.

Firtaš konnte sich zuvor zwar mit Juščenko arrangieren. Durch den unter Ministerpräsidentin Tymošenko zwischen Russland und der Ukraine 2009 unterzeichneten Gasliefervertrag verlor das von ihm kontrollierte Unternehmen *RosUkrEnergo* jedoch seine Funktion als Gaszwischenhändler. Unter Janukovyč erwies sich Firtaš dann wiederum als besonderer Nutznießer. Dies zeigte sich daran, dass es ihm ab 2011 wieder gestattet wurde, Erdgas direkt

---

<sup>279</sup> Vgl. Pleines (2016): S. 118.

<sup>280</sup> Vgl. Leshchenko, Sergii: „In Ukraine, it grows on trees...“, 20.08.2013: <https://www.opendemocracy.net/en/odr/in-ukraine-it-grows-on-trees/> [15.01.2024].

<sup>281</sup> Vgl. Matuszak (2012): S. 34.

<sup>282</sup> Vgl. Matuszak (2012): S. 34.

aus Russland einzuführen. Der zweite Akteur, der neben der „Familie“ deutliche Gewinne unter Janukovyč machen konnte, war Rinat Achmetov, der weiterhin als graue Eminenz der Partei der Regionen fungierte. Er profitierte vor allem unter der von Janukovyč wiederaufgenommenen Privatisierung von Großbetrieben, die nach der Orangen Revolution unter Präsident Juščenko zunächst gestoppt worden war.<sup>283</sup>

Gemessen an ihrer geschätzten Vermögensentwicklung gelang es auch den übrigen Oligarchen größtenteils, sich mit Janukovyč zu arrangieren und ihre profitablen Geschäfte fortzuführen. Nach Angaben des Magazins Forbes wuchsen die Vermögen der Oligarchen unter Janukovyč, nachdem sie zuvor bedingt durch die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 massiv an Vermögen eingebüßt hatten.<sup>284</sup> Oligarchen, die wie Ihor Kolomojs'kyj oder Viktor Pinčuk der Partei der Regionen weder durch direkte Zugehörigkeit noch durch besondere Unterstützung zugerechnet werden konnten, verhielten sich zwar weitgehend unauffällig und distanziert gegenüber Janukovyč, allerdings waren sie nicht illoyal, was sich wiederum in der entsprechenden Berichterstattung der von ihnen kontrollierten Fernsehsender widerspiegelte.<sup>285</sup> Insbesondere die von Kolomojs'kyj kontrollierten *PrivatBank* konnte als damals größtes privates Geldinstitut des Landes weiter wachsen und Gewinne verzeichnen.<sup>286</sup> Veröffentlichungen nach dem Sturz Janukovyčs zeigten außerdem, dass Pinčuk Mitglied eines exklusiven Jagdclubs von Janukovyč war, was trotz des von Pinčuk seit der Orangen Revolution stets beteuerten Rückzugs aus der Politik auf enge informelle Beziehungen zwischen ihm und dem Präsidenten schließen ließ.<sup>287</sup>

### **3.8. Die Oligarchen nach dem Euromajdan**

Der Sturz Janukovyčs in Folge der Euromajdan-Proteste und die anschließende Präsidentschaft Porošenkos brachten dann erneut deutliche Veränderungen der Positionen der Oligarchen im ukrainischen Machtgefüge mit sich. Im Gegensatz zu Porošenko, der als einziger Oligarch die Majdan-Proteste 2013/2014 offen unterstützte, verhielten sich meisten Oligarchen auch noch während der Gewalteskalation auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kyjiw Janukovyč gegenüber weitgehend loyal, zumindest aber stellten sie dessen Machtanspruch nicht offen in Frage. Dies spiegelte sich am Abstimmungsverhalten der von Oligarchen beeinflussten Fraktionen und Abgeordnetengruppen im Parlament wider.<sup>288</sup> Allerdings zeigte sich mit Blick auf die mediale Berichterstattung auch, dass einige Fernsehsender, die im Besitz von Oligarchen sind

---

<sup>283</sup> Siehe hierzu auch die Fallstudie zu Achmetov in Kapitel 7 dieser Arbeit.

<sup>284</sup> Vgl. Solonenko (2014): S. 200; Pleines (2016): S. 113.

<sup>285</sup> Vgl. Solonenko (2014): S. 200.

<sup>286</sup> Vgl. Matuszak (2012): S. 105.

<sup>287</sup> Vgl. *Ukrajins'ka Pravda*: „28 druzej prezidenta“ [28 Freunde des Präsidenten], 25.04.2014: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2014/04/25/7023620/> [15.01.2024].

<sup>288</sup> Vgl. Solonenko (2014): S. 198.

beziehungsweise waren, im Laufe der Proteste insgesamt neutral und zum Teil sogar positiv über den Euromajdan berichteten und die jeweiligen Eigentümer sich somit zumindest indirekt von Janukovyč distanzieren.<sup>289</sup>

Der Machtwechsel in Kyjiw durch die Flucht Janukovyčs im Februar 2014 und den Zerfall der Partei der Regionen brachten vor allem für die „Familie“ Janukovyčs, aber auch für jene Oligarchen, die in enger Beziehung zu Janukovyč und der Partei der Regionen standen, Machtverluste mit sich. Besonders deutlich zeigte sich dies im Fall von Kurčenko, der wie Janukovyč im Zuge der Majdan-Proteste die Ukraine Richtung Russland verließ. Gegen ihn wurden in der Ukraine nach dem Euromajdan strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet und seine Holdinggesellschaft auf Anordnung eines ukrainischen Gerichts konfisziert.<sup>290</sup> Die Unternehmensanteile der übrigen Oligarchen blieben indes intakt, auch wenn ihre Vermögen in Folge der politischen und wirtschaftlichen Krise im Land, die sich mit dem Beginn des Krieges im Donbas ab dem Frühjahr 2014 verschärfte, schrumpften. Auf der von Russland annektierten Krim sowie in den Teilen des Donbas, über die die ukrainische Regierung ihre Kontrolle verlor, waren mehrere Oligarchen nun zudem der Gefahr ausgesetzt, enteignet zu werden.

Zugleich mussten sich die Oligarchen nach dem Euromajdan an neuen politischen Machtzentren orientieren. Ähnlich wie in Folge der Orangen Revolution brachte der Euromajdan, der in der Ukraine später auch als „Revolution der Würde“ bezeichnet wurde, eine Verfassungsänderung mit sich. Durch die Rückkehr zur Verfassung von 2004 setzte erneut eine Parlamentarisierung des ukrainischen Regierungssystems ein. Forderungen der Euromajdan-Protestbewegung nach einer Wahlrechtsreform hin zu Parlamentswahlen auf der Grundlage einer reinen Verhältniswahl mit sogenannten offenen, regionalen Parteilisten blieben jedoch unerfüllt. Während man sich in der Ukraine bis heute verspricht, dass eine Änderung des Wahlsystems durch die Abschaffung von Direktmandaten und vor allem auch die „Öffnung“ von Parteilisten die Einflussmöglichkeiten der Oligarchen auf Wahlen des Parlaments

---

<sup>289</sup> Die Berichterstattung der mehrheitlich von den Oligarchen kontrollierten Medien während der Euromajdan-Proteste lässt sich damit erklären, dass die Oligarchen sich zunächst weder auf die Seite der Regierung noch auf die Seite der Opposition stellten. Vgl. hierzu: Somfalvy/Pleines (2021): S. 88f. Für eine ausführliche Analyse der medialen Berichterstattung während der Majdan-Proteste siehe: Szostek, Joanna (2014): The Media Battles of Ukraine's EuroMaidan, in: Digital Icons: Studies in Russian, Eurasien and Central European New Media, No. 11 (2014), 1–19.

<sup>290</sup> Vgl. LB.ua: „Sud areštuvav majno VETEK i FK „Metalist““ [Gericht beschlagnahmt Eigentum von VETEK und „FC Metalist“], 14.08.2014: [https://lb.ua/economics/2014/08/14/276169\\_sud\\_arestoval\\_imushchestvo\\_vetek.html](https://lb.ua/economics/2014/08/14/276169_sud_arestoval_imushchestvo_vetek.html) [15.01.2024]; LB.ua: „GPU vvažae SEPEK zločinnim ugrupovannjam“ [Generalstaatsanwaltschaft betrachtet SEPEK als kriminelle Vereinigung], 19.08.2014: [https://lb.ua/economics/2014/08/19/276656\\_gpu\\_schitaet\\_vetek\\_prestupnoy.html](https://lb.ua/economics/2014/08/19/276656_gpu_schitaet_vetek_prestupnoy.html) [15.01.2024].



reduzieren könne,<sup>291</sup> gelang es den Oligarchen auch im Zuge der vorgezogenen Neuwahlen 2014 ihre Stellvertreter in die Verchovna Rada wählen zu lassen. Allerdings verteilte sich die Einflussnahme der Oligarchen nun wieder auf verschiedene Lager: Teile des Netzwerkes der Partei der Regionen fanden sich fortan im Oppositionsblock (*Oposyziynyj blok*), der faktischen Nachfolgepartei der Partei der Regionen, wieder. Verglichen mit der Partei der Regionen, die aus der Parlamentswahl 2012 als stärkste Kraft hervorgegangen war, musste der Oppositionsblock bei der vorgezogenen Parlamentswahl 2014 herbe Verluste verbuchen. Der entsprechende Einflussverlust Achmetovs machte sich umgehend im Energiesektor bemerkbar. Als das Netzwerk der Partei der Regionen unter Janukovyč noch eine herausragende Machtfülle verbuchen konnte, war das von Achmetov kontrollierte Energieunternehmen *DTEK* zum größten privaten Stromerzeuger des Landes aufgestiegen. Nun erlitt Achmetov jedoch Einbußen, weil die Regierung eine Senkung der vom Staat gezahlten Tarife für Elektroenergie beschloss.<sup>292</sup> Ein Einflussverlust machte sich auch bei Dmytro Firtaš bemerkbar, der auf Ersuchen eines US-amerikanischen Gerichts unter Korruptionsverdacht in Wien festgenommen wurde. Offenbar geschützt durch informelle Absprachen mit Porošenko<sup>293</sup> spielte zwar auch er weiterhin eine Rolle in der ukrainischen Politik und Wirtschaft. Allerdings kündigte die Regierung von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk Pachtverträge über zwei Titaneisenkombinate und konfiszierte 500 Millionen Kubikmeter Erdgas seiner Holdinggesellschaft *Ostchem*.<sup>294</sup>

Andere Oligarchen gewannen indes deutlich an Einfluss. Das trifft vor allem auf Porošenko<sup>295</sup> zu, dessen Vermögen nach seiner Wahl zum Präsidenten im Gegensatz zu anderen Oligarchen wachsen konnte<sup>296</sup> und der mit dem Aufbau einer eigenen Partei, dem sogenannten *Block Petro*

---

<sup>291</sup> Vgl. Halling, Steffen/Tkachenko, Serhiy (2017): Electoral Reform in Ukraine – Challenges and Prospects, European Platform for Democratic Elections, June 2017: <https://t1p.de/05w83> [15.01.2024].

<sup>292</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Operacija ‚deoligarchizacija‘. Kak Porošenko vypolnil samoe gromkoe obeščanie 2015 goda“ [Operation „Deoligarchisierung“. Wie Porošenko das lauteste Versprechen des Jahres 2015 erfüllte], 24.12.2015: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2015/12/24/7093584/> [15.01.2024].

<sup>293</sup> Firtaš soll die Partei *UDAR* des früheren Profi-Boxers Vitalij Kličko gesponsert haben. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2014 sollen Kličko, Firtaš und Porošenko sich darauf geeinigt haben, dass Kličko nicht um das Präsidentenamt kandidiert und im Gegenzug Unterstützung von Porošenko bei seiner Bewerbung um das Amt des Bürgermeisters von Kyjiw erhält. Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Porošenko – Kličko. Venskij al'jans pod patronatom Firtaša“ [Porošenko – Kličko. Wiener Allianz unter der Schirmherrschaft von Firtaša], 02.04.2014: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2014/04/2/7021142/> [15.01.2024].

<sup>294</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: Operacija „deoligarchizacija“. Kak Porošenko vypolnil samoe gromkoe obeščanie 2015 goda [Operation „Deoligarchisierung“. Wie Porošenko das lauteste Versprechen des Jahres 2015 erfüllte], 24.12.2015: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2015/12/24/7093584/> [15.01.2024].

<sup>295</sup> Pleines bezeichnet Porošenko in seiner Rolle als Präsident als vollwertigen Politiker, nicht als Oligarchen. Im Gegensatz zu vorherigen politischen Ämtern Porošenkos, die sich eindeutig seinen wirtschaftlichen Interessen unterordnen ließen, lag sein Hauptaugenmerk während seiner Präsidentschaft auf dem Politischen. Vgl. Pleines (2016): S. 114–115.

<sup>296</sup> Zu den Vermögensentwicklungen der Oligarchen zwischen 2014 und 2016 vgl. Ukraine-Analysen, Nr. 169, 25.05.2016: <https://laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen169.pdf>, S. 21.

*Porošenko* ein eigenes Machtzentrum aufgebaut hatte. Zugleich wurden Vorwürfe gegen den Präsidenten laut, dass Vertraute und Mitglieder der Seilschaft Porošenkos vor allem im Energiesektor die Kontrolle über Staatsunternehmen übernommen hätten und Profite auf der Grundlage illegaler Geschäfte machen würden.<sup>297</sup> Einen sichtbaren Machtgewinn verzeichnete nach dem Euromajdan zunächst auch Ihor Kolomojs'kyj, der im März 2014 zum Gouverneur seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k ernannt wurde. Nach der Eskalation eines Konfliktes um Kolomojs'kyjs Beteiligungen an dem staatlichen Öl- und Gasunternehmen *Ukrnafta* und an dem Pipelinekonzern *Ukrtransnafta* wurde er 2015 jedoch aus seinem Amt entlassen. Kolomojs'kyj, der sich nachfolgend bis zum Ende der Präsidentschaft Porošenkos die meiste Zeit im Ausland aufhielt, versuchte nun vor allem über den Aufbau einer eigenen politischen Kraft, der sogenannten Ukrainischen Vereinigung der Patrioten (*Ukrajins'ke ob'jednannja patriotiv* – UKROP), seinen politischen Einfluss geltend zu machen. Durch die Verstaatlichung der *PrivatBank* im Dezember 2016 verlor Kolomojs'kyj jedoch das Herzstück seines Firmenimperiums. Auf der größten Bank des Landes waren zum Zeitpunkt ihrer Verstaatlichung 36% der privaten ukrainischen Spareinlagen von über 20 Millionen Kunden deponiert.<sup>298</sup> Die Bank wurde daher auch als „*too big to fail*“<sup>299</sup>-Bank bezeichnet, als sie einen Rekapitalisierungsplan der staatlichen Finanzaufsicht in Folge eines Stresstests nicht erfüllen konnte. Nach Angaben der Ukrainischen Nationalbank soll Kolomojs'kyj durch Scheingeschäfte und Insider-Kredite an ihm nahestehende Gesellschaften zuvor über 5 Mrd. US-Dollar aus der Bank geschafft haben.<sup>300</sup>

Dass die Machtverhältnisse nach dem Euromajdan wieder weitaus fragiler als während er Präsidentschaft Janukovyčs waren und sich in ähnlicher Form wie nach der Orangen Revolution im Regierungssystem nun wieder mehrere Angriffspunkte für den politischen Einfluss der Oligarchen herausgebildet hatten, zeigte sich besonders deutlich im Zuge des Regierungswechsels im Frühjahr 2016. Zwar bedeutete die Absetzung der Regierung Jazenjuk und der Amtsantritt einer neuen, von Porošenkos langjährigem Weggefährten Volodymyr Hrojsman geführten Regierung, einerseits für Porošenko einen Machtausbau. Gleichzeitig war die Bildung einer Regierungsmehrheit im Parlament nun aber auch wieder stärker von Abgeordneten abhängig, die insbesondere dem Einflussbereich Achmetovs zugerechnet

---

<sup>297</sup> Vgl. Halling, Steffen/Stewart, Susan (2016): Die „Deoligarchisierung“ in der Ukraine. Vielversprechende Visionen, trübe Realitäten, SWP-Aktuell 69, November 2016, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

<sup>298</sup> Vgl. Voxukraine.org: „A Super State Bank: PrivatBank Has Been Nationalised. What Comes Next?“, 29.12.2016: <https://voxukraine.org/en/super-state-bank/> [15.01.2024].

<sup>299</sup> Neue Züricher Zeitung: „Kiews grosse Säuberungsaktion“, 19.12.2016:

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/verstaatlichung-der-einflussreichen-privat-bank-kiews-grosse-saeuberungsaktion-ld.135710> [15.01.2024].

<sup>300</sup> Vgl. ebd.



wurden.<sup>301</sup> Durch Tarifierpassungen im Bereich des staatlichen Einkaufs von Kohle und Elektroenergie fanden Achmetovs Interessen nachfolgend wieder eine deutlich stärkere Berücksichtigung.<sup>302</sup>

### 3.9. Die Oligarchen und die Präsidentschaft Zelens'kyjs

Wie vorherige Machtwechsel hat sich auch die Wahl von Volodymyr Zelens'kyj zum Präsidenten der Ukraine auf das Machtgefüge der Oligarchen ausgewirkt. Zelens'kyj war bei seiner Wahl ein Newcomer, der vor seiner Präsidentschaftskandidatur nicht in der Politik Karriere gemacht hatte, sondern als Schauspieler, Comedian und Unternehmer in der Unterhaltungsindustrie.<sup>303</sup> Ihm gelang es, sich gegen Amtsinhaber Porošenko mit einem sehr deutlichen Vorsprung in einer Stichwahl im April 2019 durchzusetzen. Anders als vorherige Machtwechsel in der Ukraine ging die Wahl Zelens'kyjs nicht mit einer Verfassungsänderung einher. Durch die vorgezogene Parlamentswahl im Juli des gleichen Jahres, die abermals nach einem gemischten Wahlsystem erfolgte, gelang es der von Zelens'kyj neu gegründeten Partei Diener des Volkes (*Sluha Narodu* – SN)<sup>304</sup> allerdings, erstmalig in der Geschichte der Ukraine eine absolute Mehrheit zu erlangen. Für den Präsidenten und seine Partei hat sich daraus die Möglichkeit ergeben, die Regierung und weitere bedeutende Amtsträger, wie den Generalstaatsanwalt und den Chef des Inlandsgeheimdienstes, im Alleingang bestimmen zu können und auch bei der Verabschiedung von Gesetzen auf keinen Koalitionspartner angewiesen zu sein.<sup>305</sup>

Trotz der Machtfülle Zelens'kyjs hatte sich die Rolle der Oligarchen in der ukrainischen Politik zunächst kaum verändert. Vielmehr ließen sich erneut Verschiebungen innerhalb des informellen Machtgefüges feststellen, die mit Auswirkungen auf die Einflussmöglichkeiten einzelner Oligarchen und ihrer Netzwerke einhergingen. Während Porošenos Seilschaft in Folge der Präsidentschafts- und Parlamentswahl deutlich an Bedeutung verlor, gewann mit der Wahl Zelens'kyjs zunächst insbesondere Kolomojs'kyj an Einfluss. Bereits vor Beginn seiner

---

<sup>301</sup> Vgl. Halling/Stewart (2016), S. 4f.

<sup>302</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Zaplati Achmetovu i druz'jam prezidenta, Ili formula s dochodom v 24 milliarda“ [Bezahle Achmetov und die Freunde des Präsidenten, oder eine Formel mit 24 Milliarden an Einnahmen] 28.04.2016: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2016/04/28/7107016/> [15.01.2024].

<sup>303</sup> Vor seiner Wahl zum Präsidenten spielte Zelens'kyj in der aus drei Staffeln bestehenden Fernsehserie *Sluha Narodu* („Diener des Volkes“) einen unbescholtenen Lehrer, der sich über die Korruptionsmachenschaften in der Ukraine echauffert und daraufhin überraschend zum Präsidenten gewählt wird. Die Serie ist im Internet abrufbar unter: <https://1plus1.video/sluga-naroda/>.

<sup>304</sup> Die Partei trägt den gleichen Namen wie die Fernsehserie, die Zelens'kyj zu großer Popularität verholfen hat. Auch Zelens'kyjs Wahlkampagne griff den Slogan „Diener des Volkes“ immer wieder auf.

<sup>305</sup> Vgl. Halling, Steffen: „Alle Macht dem Präsidenten: Was nun in der Ukraine?“, SWP „Kurz gesagt“, 29.07.2019: <https://www.swp-berlin.org/publikation/alle-macht-dem-praesidenten-was-nun-in-der-ukraine> [15.01.2024].

politischen Karriere pflegte Zelens'kyj als Unternehmer Geschäftsbeziehungen zu Kolomojs'kyj, der seinem Fernsehsender *1+1* Zelens'kyj große Popularität bescherte. Ukrainische Journalisten fanden zudem heraus, dass Zelens'kyj Kolomojs'kyj vor und während seiner Kandidatur regelmäßig im Ausland traf.<sup>306</sup> Ob Zelens'kyj und dessen Partei Diener des Volkes (*Sluha Narodu* – SN) von Beginn an ein politisches Projekt Kolomojs'kyjs gewesen sind, war vor allem zum Beginn der Präsidentschaft Zelens'kyjs Gegenstand von Spekulationen. Allerdings zeigte sich, dass sich neben Personen aus Kolomojs'kyjs Unternehmensstrukturen auch Teile der von ihm nach seinem Zerwürfnis mit Porošenko aufgebauten Partei UKROP in Zelens'kyjs Partei SN wiederfanden. Sie kandidierten für die im Eilverfahren aufgebaute neue Präsidentenpartei vor allem in jenen Regionen erfolgreich um ein Mandat im Parlament, wo Kolomojs'kyjs Partei UKROP zuvor im Zuge von Kommunalwahlen deutlich an Einfluss gewonnen hatte, bei der Parlamentswahl 2019 plötzlich jedoch keine Rolle mehr spielte.<sup>307</sup> Insgesamt wurden nach der Parlamentswahl 2019 etwa 20 Abgeordnete der *Sluha Narodu*-Fraktion sowie etwa 10 bis 20 weitere Abgeordnete dem Einflussbereich Kolomojs'kyjs zugerechnet.<sup>308</sup> Einen weiteren Hinweis auf einen Einflussgewinn Kolomojs'kyjs, der Zelens'kyjs Präsidentschaftskandidatur von Beginn an offen unterstützt hatte und unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl aus dem „Exil“ in die Ukraine zurückgekehrt war, stellte die Ernennung von Andrij Bohdan zum Leiter des Präsidentenbüros Zelens'kyjs dar. Bohdan hatte zuvor Kolomojs'kyj als Anwalt im Rechtsstreit um die *PrivatBank* vertreten und als Kolomojs'kyjs Berater in der Regionalverwaltung von Dnipropetrovs'k fungiert. Die Entlassung Bohdans Anfang des Jahres 2020 und die Verabschiedung eines Gesetzes, das verhindern sollte, dass verstaatlichte Banken per Gerichtsbeschluss an ihre vorherigen Eigentümer zurückgegeben werden müssen, waren dann wiederum deutliche Indizien dafür, dass Zelens'kyj sich recht schnell darum bemühte, Unabhängigkeit von Kolomojs'kyj zu demonstrieren. Das Gesetz, das vor allem darauf abzielte, eine Rücknahme der Verstaatlichung der *PrivatBank* zugunsten Kolomojs'kyjs zu verhindern, war zuvor vom Internationalen Währungsfonds als Bedingung für die Auszahlungen weiterer Kredite formuliert worden.<sup>309</sup> Parallel zu Zelens'kyjs Bemühungen um Emanzipation von Kolomojs'kyj ließen sich zugleich

---

<sup>306</sup> Vgl. Kyiv Post: „Investigative report: Zelenskiy traveled 13 times to Geneva and Tel-Aviv where oligarch Kolomoisky resides“, 12.04.2019: <https://www.kyivpost.com/post/6912> [15.01.2024].

<sup>307</sup> Vgl. *Ukrains'ka Pravda*: „Pod flagami ‚Slugi naroda‘ v Radu koe-gde prošli ‚ukropovcy‘“ [Unter den Flaggen der ‚Diener des Volkes‘ sind an einigen Orten ‚Ukropovcy‘ in die Rada eingezogen], 24.07.2019: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2019/07/24/7221796/> [15.01.2024].

<sup>308</sup> Vgl. LB.ua: *Zolota akciya Ihorja Kolomojs'koho* [Die goldene Aktie von Ihor Kolomojs'kyj], 20.09.2019: [https://lb.ua/news/2019/09/20/437875\\_zolotaya\\_aksiya\\_igorja\\_kolomoyskogo.html](https://lb.ua/news/2019/09/20/437875_zolotaya_aksiya_igorja_kolomoyskogo.html) [15.01.2024].

<sup>309</sup> Dieses vom IWF unterstützte Gesetz ist in der Ukraine auch als „Anti-Kolomojs'kyj-Gesetz“ bekannt geworden. Siehe hierzu auch: *hromadske.ua*: „What Ukraine’s ‚Anti-Kolomoisky‘ Law Is and What It Does“, 14.05.2020: <https://en.hromadske.ua/posts/what-the-anti-kolomoisky-law-changes-and-whether-its-necessary> [15.01.2024].

verstärkte Bemühungen des Präsidenten beobachten, die auf Achmetovs Unterstützung abzielten.<sup>310</sup> Zwar verfügte Zelens'kyjs Partei SN seit der Parlamentswahl 2019 numerisch über eine absolute Mehrheit in der Verchovna Rada, was ihm somit theoretisch von Beginn an eine außerordentliche Machtfülle bot. Aufgrund von mitunter sehr unterschiedlich gelagerten Interessen innerhalb der Fraktion zeigte sich im ersten Jahr seiner Präsidentschaft jedoch, dass ihm ohne die Kooperation mit den Oligarchen Mehrheiten im Parlament nicht garantiert waren.<sup>311</sup> Unverändert blieb zunächst auch die von den Oligarchen kontrollierte Medienlandschaft.

Auf die Oligarchen war Zelens'kyj auch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie angewiesen. Hier suchte Zelens'kyj die Zusammenarbeit mit ihnen, um sich deren finanzielle und logistische Unterstützung bei der Bekämpfung der Ausbreitung des Virus zuzusichern.<sup>312</sup> 2021, im Zuge gewachsener Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit,<sup>313</sup> ließ er dann aber schließlich den Kampf gegen die Oligarchen und einen neuen Prozess der „Deoligarchisierung“ zur obersten Priorität erklären.<sup>314</sup> Hierzu verabschiedete das Parlament ein sogenanntes „Anti-Oligarchen-Gesetz“, das im Mai 2022 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz sieht vor, dass Personen unter Berücksichtigung ihres Vermögens, ihres politischen und medialen Einflusses und ihrer wirtschaftlichen Stellung in einem „Oligarchen-Register“ aufgenommen werden können. Die dort aufgelisteten Oligarchen müssen unter anderem ihre Vermögenswerte offenlegen, dürfen keine Parteien unterstützen und sollen von zukünftigen Privatisierungen ausgeschlossen werden.<sup>315</sup> Untermuert wurde das Gesetz durch einen 20-Punkte-Plan zur Eindämmung des Einflusses der Oligarchen.<sup>316</sup> Eine erste Wirkung wurde dem Gesetz attestiert, nachdem einige Oligarchen auf dessen Verabschiedung und Inkrafttreten reagierten: Bereits

---

<sup>310</sup> Vgl. Leshchenko, Sergii: „West needs to help Ukraine tame Akhmetov“, in: Kyiv Post, 17.07.2020: <https://archive.kyivpost.com/article/opinion/op-ed/sergii-leshchenko-west-needs-to-help-ukraine-tame-akhmetov.html> [15.01.2024].

<sup>311</sup> Vgl. Klein, Eduard (2020): Wie sich das Reformfenster in der Ukraine langsam schließt, in: Ukraine-Analysen, Nr. 232, 26.03.2020, 15: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/232/UkraineAnalysen232.pdf> [15.01.2024] sowie Minakow, Michajlo (2020): Die Rolle der Oligarchen bleibt unverändert, in: Ukraine-Analysen, Nr. 232, 26.03.2020, 16: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/232/UkraineAnalysen232.pdf> [15.01.2024].

<sup>312</sup> Siehe S. 85 dieser Arbeit.

<sup>313</sup> Vgl. Minakov, Mikhail (2023): War, De-oligarchization, and the Possibility of Anti-Patronal Transformation in Ukraine, in: Madlovics, Bálint/Magyar, Bálint (eds.): Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion. The Russia-Ukraine War, Volume One, Budapest: Central European University Press, 141–165, hier S. 148.

<sup>314</sup> Vgl. Yermak, Andriy: De-oligarchization of Ukraine is President Zelenskyy's top priority, 21.11.2021: <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/de-oligarchization-of-ukraine-is-president-zelenskyy-s-top-priority/> [25.01.2024].

<sup>315</sup> Vgl. Minakov (2023): S. 148f.

<sup>316</sup> Minakov weist darauf hin, dass die von Zelens'kyj geplante „Deoligarchisierung“ an der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung vorbei ausgelegt sei, indem etwa Sendelizenzen der Oligarchen ohne Gerichtsbeschlüsse entzogen werden könnten. Vor allem der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine habe grundsätzliche Entscheidungsfunktionen übernommen, die für dieses Organ qua Verfassung nicht vorgesehen sind. Vgl. ebd. S. 148–152.

kurz nach der Unterzeichnung des Gesetzes verkaufte Porošenko seine Fernsehsender an Personen aus seinem Umfeld. Der pro-russische Oligarch Vadym Novyns'kyj legte 2022 sein Mandat als Parlamentsabgeordneter nieder. Achmetov gab im Sommer 2022 die Sende- und Printlizenzen für seine Mediengruppe zugunsten des Staates ab, um nach eigenen Aussagen zu verhindern, in das Oligarchen-Register aufgenommen zu werden („I have never been and am not going to be an oligarch“<sup>317</sup>). Kolomojs'kyj blieb zwar im Besitz seiner Medienunternehmen, übertrug aber die Verwaltung der Unternehmensrechte im Herbst 2023 an die Mitarbeiter der 1+1-Mediengruppe.<sup>318</sup> Auch um im In- und Ausland den Eindruck einer Abhängigkeit von Kolomojs'kyj endgültig zu widerlegen, wurde dem Oligarchen zuvor per Präsidentendekret die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen.<sup>319</sup> Im September 2023 wurde Kolomojs'kyj, der 2021 bereits von den USA unter Sanktionen gestellt wurde,<sup>320</sup> dann aufgrund eines Betrug- und Geldwäscheverdachts in Untersuchungshaft genommen.<sup>321</sup>

### **3.10. Imagepflege: Von „Banditen“ zu „wohltätigen Nationalkapitalisten“**

Die Wege der politischen Einflussnahme von Oligarchen in der Ukraine haben sich in den vergangenen Jahren als sehr stabil erwiesen. Wie zuvor dargestellt, lassen sich jedoch deutliche Strategieanpassungen beobachten, die es den Oligarchen in der Vergangenheit ermöglicht haben, ihren politischen Einfluss zu diversifizieren und zu flexibilisieren. Eine Strategieanpassung dieser Art besteht darin, dass die formale Übernahme politischer Ämter durch Oligarchen, insbesondere die Ausübung eines Abgeordnetenmandats, seit dem Ende der Präsidentschaft Kučmas abgenommen hat.<sup>322</sup> Ein weiterer Trend, der sich seit der Orangen Revolution beobachten ließ, ist, dass Oligarchen, die die Öffentlichkeit lange Zeit strikt gemieden hatten, vermehrt damit begannen, Versuche zu unternehmen, um sich von ihrem negativ besetzten Öffentlichkeitsbild loszusagen, das heißt, sich von dem Image krimineller

---

<sup>317</sup> System Capital Management: „The Statement of Rinat Akhmetov regarding Media Group Ukraine“, 11.07.2022: <https://www.scm.com.ua/en/news/zayava-rinata-ahmetova-shchodo-aktiviv-media-grupa-ukrajina> [25.01.2024].

<sup>318</sup> Vgl. *Ekonomična pravda*: „Kolomojskij peredal upravlenie korporativnymi pravami 1+1 media kolektivu gruppy“ [Kolomojs'kyj hat die Verwaltung der Unternehmensrechte von 1+1 Media an die Mitarbeiter der Gruppe übertragen], 26.10.2023: <https://www.epravda.com.ua/rus/news/2023/10/26/705894/> [25.01.2024].

<sup>319</sup> In der Ukraine versuchte vor allem Porošenko von dem Vorwurf, Zelens'kyj sei eine „Marionette Kolomojs'kyj“, zu profitieren. Vgl. hierzu auch: Dubrovskyj (2023): S. 235.

<sup>320</sup> Vgl. U.S. Department of State: „Public Designation of Oligarch and Former Ukrainian Public Official Ihor Kolomoysky Due to Involvement in Significant Corruption“, 05.03.2021: <https://www.state.gov/public-designation-of-oligarch-and-former-ukrainian-public-official-ihor-kolomoysky-due-to-involvement-in-significant-corruption/> [25.01.2024].

<sup>321</sup> Vgl. *The Kyiv Independent*: „Oligarch Kolomoisky is behind bars. How did he get there and can he find a way out?“, 06.09.2023: <https://kyivindependent.com/oligarch-kolomoisky-is-behind-bars-how-he-got-there-and-can-he-find-a-way-out/> [25.01.2024].

<sup>322</sup> Vgl. Pleines (2016): S. 120–123.

Gewaltunternehmer zu distanzieren und zugleich gesellschaftliches Engagement sowie vermeintlich patriotisches und verantwortungsbewusstes Handeln zu demonstrieren.

Als eine neue Handlungsstrategie kam die Öffentlichkeits- beziehungsweise Imagearbeit der Oligarchen vor allem darin zum Ausdruck, dass mehrere Oligarchen seit der Orangen Revolution damit begannen, Wohltätigkeitsprojekte zu initiieren. Einige Oligarchen gründeten hierzu private Stiftungen, die ihre Mäzene nicht nur als ordentliche Geschäftsmänner präsentieren, sondern auch als philanthropische Wohltäter, deren Existenz für die sozioökonomische Entwicklung der Ukraine praktisch unverzichtbar sei.<sup>323</sup> Privatwirtschaftliches soziales Engagement war in der Ukraine zwar teilweise auch bereits vor der Orangen Revolution zu beobachten, allerdings stiegen die Ausgaben der Oligarchen im Wohltätigkeitssektor nach der Orangen Revolution signifikant. Exemplarisch zeigte sich dies an Pinčuks *Victor Pinchuk Foundation*, deren Jahresbudget von 2,3 Millionen US-Dollar im Jahr 2006 auf über 25 Millionen US-Dollar im Jahr 2008 anstieg.<sup>324</sup>

Das „Engagement“ der Oligarchen in Form von Wohltätigkeitsinitiativen lässt sich als Reaktion der Oligarchen auf die gegenüber ihnen gewachsene Kritik interpretieren. Inwiefern es nach der Orangen Revolution, die sich explizit gegen die Oligarchen richtete, zugleich auch einen informellen Kompromiss zwischen den Oligarchen und dem damaligen Präsident Juščenko gab, ist spekulativ, jedoch nicht aus der Luft gegriffen: Zumindest hat sich insbesondere nach der Orangen Revolution der Eindruck verfestigt, dass das Wohltätigkeitsengagement der Oligarchen ihre damalige Amnestierung begünstigen beziehungsweise ein Stück weit legitimieren sollte. Für eine Interpretation, die die indirekte Verpflichtung der Oligarchen zu verantwortungsbewusstem Handeln als eine einvernehmliche Form der symbolischen Kompensation für in der Vergangenheit begangene Rechtsbrüche wertet, spricht vor allem die Tatsache, dass sich Juščenko bereits wenige Monate nach seinem Amtsantritt nicht von den Oligarchen distanzierte, sondern offensichtlich deren Nähe und Unterstützung suchte. Schon bei einem ersten öffentlich inszenierten Treffen zwischen Juščenko und den Oligarchen im Oktober 2005 – nur wenige Tage nach der Unterzeichnung des Memorandums zwischen Juščenko und Janukovyč<sup>325</sup> – appellierte der Präsident an die Ehre der Oligarchen als verantwortungsbewusste Geschäftsmänner und forderte sie auf, sich aus der Schattenwirtschaft zu begeben, Steuern zu zahlen und ihrer nationalen Verantwortung nachzukommen. Für

---

<sup>323</sup> Vgl. Bezpalko/Halustjan/Hulevs'ka-Černyš et al. (2008): S. 81.

<sup>324</sup> Vgl. Victor Pinchuk Foundation: Annual Report 2006-2007: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/aaa/VPF\\_2006-07\\_eng.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/aaa/VPF_2006-07_eng.pdf) [15.01.2024], S. 57 sowie Victor Pinchuk Foundation: Annual Report 2008: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/fe5/VPF\\_2008\\_eng.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/fe5/VPF_2008_eng.pdf) [15.01.2024], S. 1.

<sup>325</sup> Siehe S. 62 dieser Arbeit.

Beobachter brachte der Ausgang des damaligen Treffens den Beleg dafür, dass die Oligarchen von nun an nicht mehr um ihr Eigentum fürchten mussten.<sup>326</sup> Während Juščenkos Zustimmungswerte kontinuierlich abnahmen und die Bevölkerung sich enttäuscht darüber zeigte, dass vorherige Wahlversprechen hinsichtlich einer Durchtrennung der von den Oligarchen geförderten und personifizierten Symbiose zwischen Wirtschaft und Politik sowie der Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch die Annullierung bestimmter zuvor erfolgter Privatisierungen nicht eingelöst wurden,<sup>327</sup> traf sich der Präsident zum Ende des darauffolgenden Jahres schließlich erneut mit den Oligarchen. Wenige Tage später rief er dann per Dekret das staatliche Wohltätigkeitsprojekt „Wärme ein Kind mit Liebe“ ins Leben - ein Projekt, das er gegenüber den Oligarchen mit folgenden Worten kommentierte: „Ich bin überzeugt davon, dass dieses Projekt eine Verpflichtung darstellt, in der man seine Sittlichkeit und Seligkeit demonstrieren kann“<sup>328</sup>. Zur Implementierung gründete er einen eigenen Nationalrat, der unter der Kontrolle des Präsidenten als beratendes Organ des Projektes fungieren sollte.<sup>329</sup> Die Oligarchen erklärten sich bereit, die Realisierung des Projekts auf regionaler Ebene zu gewährleisten.<sup>330</sup> Ziel dieser öffentlich-privaten Partnerschaft war es, sogenannte sozial schwache kinderreiche Familien sowie behinderte und verwaiste Kinder und Waisen zu unterstützen, was in ukrainischen Medien durchaus positive Reaktionen auslöste: „We will remain suspicious still for a long time about the big money of those who organised financial pyramids in the early 1990s (...) [took advantage of] an unprecedented wave

---

<sup>326</sup> Vgl. Kommersant: „Viktor Juščenko ravnopriblizil oligarchov“ [Viktor Juščenko hat die Oligarchen in seine Nähe gebracht], 15.10.2005: <https://www.kommersant.ru/doc/618066> [15.01.2024].

<sup>327</sup> Laut einer repräsentativen Umfrage des Razumkov Zentrums betrug die Zustimmungswerte des Präsidenten im August 2005 30%, während lediglich 34% der Befragten davon überzeugt waren, dass die Orange Revolution eine Trennung zwischen Unternehmertum und Politik hervorgebracht hatte. 71% der Befragten forderten indes die Verstaatlichung zuvor privatisierter Unternehmen. Vgl. Zerkalo Nedeli: „Posle prazdnika: uvedomlenie o sostojanii raschetov po kreditu“ [Nach dem Fest: Statusmeldung über Darlehensauszahlungen], 26.08.2005: [https://zn.ua/politics\\_archive/posle\\_prazdnika\\_uvedomlenie\\_o\\_sostoyanii\\_raschetov\\_po\\_kreditu.html](https://zn.ua/politics_archive/posle_prazdnika_uvedomlenie_o_sostoyanii_raschetov_po_kreditu.html) [15.01.2024].

<sup>328</sup> Unian: „Juščenko prigrilasil na lanč Pinčuka i Achmetova (fotoreportaž)“ [Juščenko hat Pinčuk und Achmetov zum Mittagessen eingeladen (Fotoreportage)], 12.12.2007: <https://www.unian.net/society/83071-yuschenko-prigrilasil-na-lanch-pinchuka-i-ahmetova-fotoreportaj.html> [15.01.2024].

<sup>329</sup> Vgl. Offizieller Internetauftritt des Präsidenten der Ukraine Viktor Juščenko: Proekt „Zihrij ljubov’ju dytynu“ [Projekt „Wärme ein Kind mit Liebe“], 11.12.2007: <http://web.archive.org/web/20080314005735/http://www.president.gov.ua/content/zld.html> [15.01.2024].

<sup>330</sup> Eine Liste der an der Präsidenteninitiative beteiligten Unternehmer (und Oligarchen) wurde ebenfalls vom Präsidialamt veröffentlicht. Siehe hierzu ebd.: Spysok ukrajins'kych pidpryjemciv, zakriplenych za rehionamy Ukrainy v ramkach realizaciji spil'noho proektu vlady i biznesu „Zihrij ljubov’ju dytynu“, započatkovanoho Prezydentom Ukrainy V. Juščenkom [Liste der ukrainischen Unternehmer, die im Rahmen des vom ukrainischen Präsidenten V. Juščenko ins Leben gerufenen gemeinsamen Regierungs- und Businessprojekts „Wärme ein Kind mit Liebe“ den Regionen der Ukraine zugeteilt wurden]: <http://web.archive.org/web/20080413073059/http://www.president.gov.ua/content/donators.html> [15.01.2024].



of shadow privatisations at the beginning of the 2000s. But when with their money, these people help children's lives, everything else becomes secondary importance“<sup>331</sup>.

Während der von Juščenko initiierte Nationalrat nur wenige Wochen nach der Wahl Janukovyčs per Erlass des Präsidenten wieder aufgelöst wurde<sup>332</sup>, war es einigen Oligarchen in der Zwischenzeit gelungen, eigene Wohltätigkeitsstiftungen aufzubauen, zu professionalisieren und sich zudem als Mäzene in der Kunst, der Kultur, im Bereich der Bildung sowie im Sport zu etablieren. Zudem haben sich ukrainische Oligarchen in der Vergangenheit insbesondere bei einschneidenden Krisen öffentlich hervorgetan. Neben dem Krieg im Donbas war dies zuletzt unter anderem auch im Zuge der COVID-19-Pandemie der Fall, als Präsident Zelens'kyj im März 2019 mehrere Oligarchen in seinem Amtssitz empfing, um sich deren finanzielle und logistische Unterstützung bei der Bekämpfung der Ausbreitung des Virus zuzusichern.<sup>333</sup> Einzelnen Oligarchen wurden dabei in Abhängigkeit von ihren Unternehmensstandorten verschiedene Regionen des Landes zugeteilt, um dort den lokalen Behörden im Kampf gegen COVID-19 behilflich zu sein.<sup>334</sup> Rinat Achmetov gab diesbezüglich an, dass er und seine Stiftung eng mit dem ukrainischen Gesundheitsministerium zusammenarbeiten würden, etwa um Ärzte mit notwendiger Schutzausrüstung auszustatten.<sup>335</sup> Kritische Beobachter hatten die Kooperation zwischen den staatlichen Behörden und den Oligarchen als Maßnahme eigenordnet, die seitens der Oligarchen darauf abziele, ihren Einfluss auf die Administration von Präsident Zelens'kyj zu sichern.<sup>336</sup>

Wie bereits im analytischen Rahmen in Kapitel 2.3. dargestellt wurde, wird die Distanzierung von einem negativ besetzten Oligarchen-Bild und die damit einhergehende gezielte Beeinflussung der öffentlichen Meinung in dieser Arbeit als ein Versuch der Oligarchen aufgefasst, Legitimation zu gewinnen, politische Angriffsfläche zu reduzieren und somit das Risiko zu verringern, Strafverfahren oder gar Enteignungen ausgesetzt zu werden. Dieser Argumentation liegt die Annahme zugrunde, dass die Eigentumsrechte ukrainischer

---

<sup>331</sup> Zitiert nach Puglisi (2008): S. 70.

<sup>332</sup> Vgl. Ukaz Prezidenta Ukrajinu: Pro likvidaciju Nacional'noi rady z pytan' blahodijnyctva „Zigrij ljubov'ju dytynu“ [Präsident der Ukraine: Zur Auflösung des Nationalrates für Fragen der Wohltätigkeit: „Wärme ein Kind mit Liebe“], Ukaz 483/2010, 02.04.2010: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/483/2010#Text> [15.01.2024].

<sup>333</sup> Vgl. hierzu auch: Minakov (2023): S. 146.

<sup>334</sup> Vgl. liga.net: „Koronavirus. Kak posle vstreči s Zelenskim raspredelili oligarchov po Ukraine“ [Coronavirus. Wie die Oligarchen nach dem Treffen mit Zelenskij in der Ukraine verteilt wurden], 23.03.2020: <https://news.liga.net/politics/news/koronavirus-kak-posle-vstrechi-s-zelenskim-raspredelili-oligarhov-po-ukraine> [15.01.2024].

<sup>335</sup> Vgl. Shakhtar.com: „To combine efforts“, 17.03.2020: [https://shakhtar.com/en/news/2020/march/17\\_news/17\\_rla/](https://shakhtar.com/en/news/2020/march/17_news/17_rla/) [15.01.2024].

<sup>336</sup> Vgl. Deutsche Welle: Kommentarij: Zelenskij zraja podelilsja vlast'ju s oligarchami iz-za koronavirusa [Zelenskij hat die Macht mit den Oligarchen wegen des Coronavirus vergeblich geteilt], 27.03.2020: <https://p.dw.com/p/3a7sG> [15.01.2024].

Oligarchen, die aufgrund der Art und Weise ihrer Erlangung sowie der mangelnden Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine ohnehin als fragil anzusehen sind, einer größeren Gefahr ausgesetzt sind, wenn sie in der Bevölkerung als illegitim betrachtet werden.<sup>337</sup> So können insbesondere Widersacher und Konkurrenten aus der Politik das als illegitim betrachtete Vermögen der Oligarchen nicht nur politisch instrumentalisieren, sondern auch selbst öffentlich unter Druck geraten, um die Macht der Oligarchen begrenzen. Der bestehende Legitimationsdruck, dem Oligarchen in der Ukraine ausgesetzt sein können, wurde bereits von Markus/Charnysh aufgegriffen und unter dem Aspekt der sogenannten *deniability* diskutiert. Unter *deniability* verstehen die Autoren die Möglichkeit, etwaige öffentliche Vorwürfe glaubhaft zum Zweck der Eigentumsverteidigung abstreiten zu können: „Deniability is crucial in semi-democratic systems, where public legitimacy cannot be discounted entirely by the super-wealthy (...) When invisibility is not an option, as is the case for the wealthiest members of a high-stakes unconsolidated democracy, deniability is the next best thing.“<sup>338</sup> Allerdings umfasst der Blick auf *deniability* ausschließlich jene Handlungen, die Oligarchen in der Ukraine zum Schutz ihres Eigentums unterlassen – zum Beispiel für eine Partei ein Abgeordnetenmandat zu bekleiden oder ein politisches Amt in der Exekutive zu übernehmen.<sup>339</sup> Was Oligarchen jedoch unternehmen, um *deniability* auch mit Glaubhaftigkeit zu unterfüttern beziehungsweise um *aktiv* die Legitimation ihrer Eigentumsrechte zu erhöhen, lassen Markus/Charnysh unberücksichtigt.

Wissenschaftliche Beachtung haben Strategien ukrainischer Oligarchen, die auf die Schaffung von Legitimation abzielen, indes bei Söderbaum gefunden. In ihrer kumulativen Studie<sup>340</sup>, die sich entsprechend der in dieser Arbeit verwendeten Definition nicht nur auf Oligarchen beschränken, sondern unter dem Gesichtspunkt von „elite giving“<sup>341</sup> auch Wohltätigkeitsaktivitäten beziehungsweise „giving initiatives“<sup>342</sup> von Politikern betrachtet und miteinander vergleicht, geht Söderbaum unter anderem dem Selbstverständnis der Wohltätigkeitsstiftungen und insbesondere dem darin zum Ausdruck kommenden Verhältnis zwischen den Stiftungen und dem Staat nach.<sup>343</sup> Söderbaum unterstreicht in ihrer Analyse, dass Oligarchen durch die von ihnen finanzierte Wohltätigkeitsarbeit primär die Legitimation ihres

---

<sup>337</sup> Siehe Kapitel 2.3. dieser Arbeit.

<sup>338</sup> Markus/Charnysh (2017): 1652–1653.

<sup>339</sup> Vgl. Markus/Charnysh (2017): S. 1652.

<sup>340</sup> Vgl. Söderbaum, Hanna (2018a): From Oligarch to Benefactor? Legitimation Strategies among Wealthy Elite in Post-Soviet Ukraine, *Uppsala Studies in Economic History* 113, S. 15.

<sup>341</sup> Söderbaum, Hanna (2018b): Elite Giving in Ukraine: State Relations and Legitimacy, in: *Ukraina Moderna*, No. 25, 163–193, hier S. 163f.

<sup>342</sup> Ebd. S. 164.

<sup>343</sup> Söderbaum, Hanna (2019a): The Business-*superman*: Oligarchs Justifying Giving in Post-Soviet Ukraine, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook*, Vol. 60, No. 2, 377–408.



Vermögens sowie die Distanzierung von einem negativ besetzten öffentlichen Oligarchen-Image beabsichtigen. Ukrainische Politikerinnen und Politiker zielen nach Söderbaum durch eigene Wohltätigkeitsprojekte demgegenüber stärker auf die Legitimation zukünftiger politischer Machtpositionen ab.<sup>344</sup> Anhand von Interviews mit Repräsentanten verschiedener Wohltätigkeitsstiftungen zeigt Söderbaum zudem auf, dass alle von ihr betrachteten Stiftungen für sich in Anspruch nehmen, die soziale Wohlfahrt zu fördern und staatliche Defizite zu kompensieren. Anders als im Fall von Politikerinnen und Politikern erfolgt die von Oligarchen getätigte Bereitstellung öffentlicher Güter Söderbaum zufolge dabei jedoch nicht, um sich vom Staat abzugrenzen. Vielmehr proklamieren Vertreterinnen und Vertreter der Stiftungen von Oligarchen für sich, dass ihre Wohltätigkeitsarbeit der Unterstützung des Staates diene und als Teil einer „Public Charitable Partnership“<sup>345</sup> verstanden werden müsse. Durch einen Vergleich der Berichterstattungen unabhängiger und von Oligarchen kontrollierten ukrainischen Medien zeigt Söderbaum zudem auf, dass Oligarchen ihre Medien gezielt nutzen, um ihre Wohltätigkeitsarbeit zu begleiten und das eigene Öffentlichkeitsbild zu steuern.<sup>346</sup> Wohltätigkeitsstiftungen ukrainischer Oligarchen sind Söderbaum zufolge dabei als Teil von „image-making“ zu verstehen, während die im Besitz von Oligarchen befindlichen Medien als ein Instrument der „image control“<sup>347</sup> zu betrachten sind. Mit einer Fallstudie zu den Aktivitäten der Wohltätigkeitsstiftungen von Pinčuk und Achmetov *während* der sogenannten Euromajdan-Proteste 2013/2014 belegt Söderbaum zudem, dass sich Oligarchen in der Ukraine stark an der öffentlichen Meinung orientieren und dass sich mit Blick auf die *Rinat Akhmetov Foundation* und die *Victor Pinchuk Foundation* eine starke Abhängigkeit der Stiftungen von ihren namensgebenden Oligarchen identifizieren lässt. Diese Abhängigkeit besteht nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten, sondern auch bezogen auf die Aktivitäten der Stiftungen.<sup>348</sup> Söderbaum bietet in ihrer Studie durch Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern ukrainischer Nichtregierungsorganisationen schließlich auch einen Hinweis darauf, inwiefern die von ukrainischen Oligarchen betriebene Wohltätigkeitsarbeit tatsächlich zu einer Verbesserung des Öffentlichkeitsbildes der Oligarchen beiträgt. Unter den von ihr untersuchten Akteuren der organisierten ukrainischen Zivilgesellschaft funktioniert das von den Oligarchen betriebene „green-washing“ nicht.<sup>349</sup>

---

<sup>344</sup> Vgl. Söderbaum (2018b): S. 187.

<sup>345</sup> Ebd. S. 174.

<sup>346</sup> Vgl. Söderbaum (2018a): 62–64.

<sup>347</sup> Söderbaum, Hanna (2019b): Shouldn't, Wouldn't, Couldn't? Analyzing the Involvement of Oligarchs' Philanthropy Foundations in the Ukrainian Protests of 2013-14, in: *East/West: Journal of Ukrainian Studies*, Vol. 6, No. 2, 113–140, hier S. 135.

<sup>348</sup> Vgl. ebd.

<sup>349</sup> Vgl. Söderbaum (2019b): S. 134.

Söderbaums kumulative Studie stellt eine valide Analyse verschiedener Aspekte der Wohltätigkeitsaktivitäten ukrainischer Oligarchen dar. Auch Söderbaum legt ihren Ausführungen die Arbeit Winters' zugrunde und betrachtet Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen als einen Aspekt von Eigentumsverteidigung.<sup>350</sup> Trotz der sich bietenden Gemeinsamkeiten ist der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit jedoch ein anderer: Im Gegensatz zu Söderbaum vergleicht diese Arbeit nicht die Legitimationsstrategien unterschiedlicher Eliten-Akteure im politischen System der Ukraine miteinander, sondern konzentriert sich auf die Analyse der Legitimationsstrategien verschiedener ukrainischer Oligarchen. Erkenntnisse darüber, wie Veränderungen des politischen Regimes die Handlungsstrategien der Oligarchen beeinflussen, stehen im Fokus der Arbeit. Die zu untersuchenden Legitimationsstrategien werden als Erklärungsansätze dafür herangezogen, warum Oligarchen vergangene Regimewechsel, die sich explizit gegen sie richteten, weitgehend stabil überstehen konnten. Wie im folgenden Kapitel detailliert ausgeführt wird, findet diese Analyse anhand von vier Fällen statt. Jeder dieser Fälle betrachtet das Handeln eines Oligarchen, der nach demokratischen Regierungswechseln im Konflikt mit einer neuen Regierung steht und einem erhöhten Legitimationsdruck ausgesetzt ist. Dabei werden nicht nur Wohltätigkeitsaktivitäten der Oligarchen betrachtet, sondern auch ihre öffentliche Selbstdarstellung sowie die Berichterstattung von Medien, die sich im Besitz des jeweiligen Oligarchen befinden.

---

<sup>350</sup> Vgl. Söderbaum (2018a): S. 17–20, S. 68.

## 4. Untersuchungsdesign

### 4.1. Fallauswahl

Um Legitimationsstrategien von Oligarchen in der Ukraine zu untersuchen und somit gleichzeitig zu analysieren, wie Veränderungen des politischen Regimes, in diesem Falle Regimedynamiken, die mit Demokratisierungsversuchen einhergehen, Einfluss auf die Handlungsstrategien der Oligarchen nehmen, wird ein Untersuchungszeitraum betrachtet, in dem das politische Regime der Ukraine Demokratisierungsversuchen ausgesetzt gewesen ist und sich ein erhöhter Legitimationsdruck gegenüber den Oligarchen beobachten ließ. Dies war sowohl nach der Orangen Revolution (2004/2005) als auch nach der sogenannten Revolution der Würde (2013/2014) der Fall. Diese besonders prägnanten Ereignisse der jüngsten Geschichte, die jeweils auch mit einer stärkeren Anbindung an den Westen und insbesondere die Europäische Union einhergehen, stellen für sich betrachtet insofern eine qualitative Änderung des politischen Regimes dar, als dass jeweils ein stärker autoritäres Regime durch ein demokratischeres abgelöst wurde. Im Falle der Orangen Revolution kommt dies unter anderem darin zum Ausdruck, dass die Ukraine im weltweiten Vergleichsrating der Organisation Freedom House nach dem Regierungswechsel 2005 sowie Verfassungsänderungen, die die Vollmachten des Präsidenten schwächten und die des Parlaments stärkten, 2006 erstmalig als „free“ eingestuft wurde.<sup>351</sup> Ähnlich wie nach der autoritär geprägten Phase unter der Präsidentschaft Kučmas (1994-2004) hat auch nach dem Sturz Janukovyčs in Folge der Majdan-Proteste eine stärker demokratische Phase in der ukrainischen Politik eingesetzt, die mit den gleichen Verfassungsänderungen wie nach der Orangen Revolution sowie mit freien und fairen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 einhergegangen ist. Der Status einer „Revolution“ ist letztlich zwar sowohl im Falle der Orangen Revolution als auch mit Blick auf die Majdan-Proteste aus ontologischen Gesichtspunkten streitbar, zumal langfristige und nachhaltige Folgen der jeweiligen Regierungswechsel entweder ausgeblieben sind oder sich gegenwärtig noch nicht abschließend bewerten lassen. Letztlich spiegelt sich die Frage nach der Nachhaltigkeit der beiden politischen Umbrüche aber auch darin unausweichlich wider, dass die Oligarchen insgesamt betrachtet ihre politische Rolle aufrechterhalten konnten. Unbestritten ist dennoch, dass die den Regierungswechseln jeweils vorangegangenen Massenproteste gezeigt haben, dass auch in nicht-demokratischen Regimen der öffentlichen

---

<sup>351</sup> Vgl. Piano, Aili/Puddington, Arch/Rosenberg Mark Y. (eds.) (2006): Freedom in the World 2006. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties, New York: Freedom House, S. 747: [https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/Freedom\\_in\\_the\\_World\\_2006\\_complete\\_book.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/Freedom_in_the_World_2006_complete_book.pdf) [15.01.2024].

Meinung eine zentrale Rolle im politischen Wettbewerb zuzuschreiben ist<sup>352</sup> und eine Missachtung der öffentlichen Meinung für die entsprechenden Amtsinhaber, in diesem Falle die Regierung Kučmas sowie die Janukovyčs, hohe politische Kosten mit sich brachte. Da ein derartiger Zusammenhang zwischen politischer Verantwortung und öffentlicher Meinung auch und vor allem in demokratischeren Regimen angenommen werden kann, erlangt die Betrachtung der Sicherheit der Eigentumsrechte von Oligarchen auf der Grundlage von Legitimationsaspekten hier eine dementsprechend größere Bedeutung: „Firm’s legitimacy, as such, cannot improve PR [property rights] security, unless one assumes considerable governmental accountability to the public.“<sup>353</sup>

Neben den Änderungen des politischen Regimes sind die Orange Revolution sowie die Majdan-Proteste mit Blick auf die Handlungsstrategien der Oligarchen zweitens auch deshalb bedeutend, da in beiden Fällen eine Regierung durch die konkurrierende Opposition gestürzt worden ist. Während die Oligarchen zuvor das jeweilige Regierungslager unterstützt hatten und sich sowohl während der Präsidentschaft Kučmas als auch während der Janukovyčs um ein politisches Machtzentrum gruppierten, das den Oligarchen im Austausch für politische Unterstützung wirtschaftliche Vorteile bereithielt, gingen beide Regierungswechsel mit Konflikten zwischen den Oligarchen und der jeweils neu gewählten Regierung einher. Diese Konflikte können sich daraus ergeben, dass der selektiven Gewährleistung von wirtschaftlichen Profiten unter der einen Regierung eine mögliche Veränderung der „Spielregeln“ unter der jeweils neuen Regierung gegenübersteht: „With new political rulers in charge, the rules of the political game might also change, which would lead to an adjustment of the oligarchs’ political strategies.“<sup>354</sup> Nach der Orangen Revolution sowie nach der Revolution der Würde zeigten sich Konflikte dieser Art darin, dass vor allem jene Oligarchen, die zuvor besonders enge Beziehungen zum Machtzentrum pflegten, sich zumindest zeitweise in Opposition zur neuen Regierung wiederfanden, während die jeweiligen „post-revolutionären“ Regierungen ihrerseits eine Entmachtung der Oligarchen propagierten und dabei der öffentlichen Erwartungshaltung im Umgang mit den Oligarchen entsprachen. So sollte nach der Orangen Revolution die Beschränkung der Macht der Oligarchen durch eine Revision vorangegangener Privatisierungsauktionen und Reprivatisierungen erfolgen. Hierfür sollten jene ehemaligen Staatsunternehmen, deren Privatisierung nach Rechtsbrüchen erfolgte, zunächst nationalisiert und schließlich in einer transparenten Form erneut privatisiert werden. Der Plan der Regierung

---

<sup>352</sup> Vgl. hierzu auch Hale, Henry (2015): *Patronal Politics. Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 180.

<sup>353</sup> Markus (2012): S. 247.

<sup>354</sup> Pleines (2016): S. 110.

stieß in der Bevölkerung auf große Zustimmung<sup>355</sup> und erwies sich dementsprechend als sehr problematisch für die Oligarchen.<sup>356</sup> Auch nach dem Sturz Janukovyčs wurde die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Oligarchen proklamiert. Die sogenannte „Deoligarchizacija“ entwickelte sich dabei zu einem Schlagwort des politischen Reformdiskurses in der post-Majdan-Ukraine. Besonders ausdrücklich hob Präsident Porošenko die Deoligarchisierung in seiner alljährlichen Ansprache vor dem Parlament 2015 hervor. Einen historischen Vergleich zu den USA der 1930er Jahre bemühend, kündigte er dabei an, dass die Regierung so entschlossen gegen die Oligarchen vorgehen würde, wie einst Theodore Roosevelt bei der Durchsetzung des US-amerikanischen Wettbewerbsrechts. Hierfür seien nach Porošenko die Zerschlagung bestehender Monopole, die Stärkung der staatlichen Kontrolle im Rohstoffsektor sowie der Übergang zu einer aus dem Staatshaushalt erfolgenden Parteienfinanzierung notwendig.<sup>357</sup> Auch diese Deoligarchisierung fand großen Zuspruch in der Bevölkerung.<sup>358</sup>

Vor dem dargestellten Hintergrund lassen sich vier Fälle identifizieren, in denen Oligarchen nach der Orangen Revolution 2005, nach dem Sturz Janukovyčs 2014 oder in beiden Fällen im Zuge von Konflikten mit der Regierung konkreten Bedrohungen von Enteignung oder anderweitigen Restriktionen ihrer Machtposition ausgesetzt gewesen sind und somit dem hier relevanten Auswahlkriterium entsprechen, mit einem erhöhten Legitimationsdruck konfrontiert gewesen zu sein:

*Fall 1: Viktor Pinčuk (2004/2005)*

Viktor Pinčuk gilt als einer der reichsten Oligarchen in der Ukraine.<sup>359</sup> Als Schwiegersohn Kučmas und Vertreter des einflussreichen Netzwerkes aus Dnipropetrovs'k wurde er vor der Orangen Revolution dem engsten Kreis des Präsidenten zugerechnet und galt als besonderer Profiteur des Systems. Sein bedeutender Einfluss in die Politik kam unter anderem darin zum Ausdruck, dass er durch die von ihm gegründete ukrainische Arbeiterpartei TU Kučmas Wiederwahl im Jahr 2000 unterstützte und auch maßgeblich dazu beitrug, eine propräsidentielle Mehrheit im Parlament zu etablieren.<sup>360</sup> Pinčuks Engagement als Vertrauter und Unterstützer

---

<sup>355</sup> Vgl. Markus (2015): S. 162-163.

<sup>356</sup> Vgl. hierzu auch Frye (2006): S. 480.

<sup>357</sup> Vgl. Ščorične Poslannja Prezidenta Ukrajiny do Verchovnoji Rady Ukrajiny „Pro vnutrišnje ta zovnišnje stanovyšče Ukrajiny v 2015 roci“ [Jährliche Ansprache des Präsidenten der Ukraine vor der Verchovna Rada der Ukraine „Zur inneren und äußeren Lage der Ukraine im Jahr 2015“], 04.06.2015: <http://web.archive.org/web/20161113045042/http://www.president.gov.ua/news/shorichne-poslannya-prezidenta-ukrajini-do-verhovnoyi-radi-u-35412> [15.01.2024].

<sup>358</sup> Siehe hierzu die eingangs zitierten Umfragen (S. 7ff.) dieser Arbeit.

<sup>359</sup> Vgl. hierzu auch Tabelle 5 und Tabelle 6 im Anhang.

<sup>360</sup> Vgl. Ott (2000a).

des Präsidenten, das neben seiner formellen und informellen Einflussnahme unter anderem auch über die sich in seinem Besitz befindende auflagenstarke Boulevardzeitung *Fakty i komentarii* sowie den Fernsehsender *ICTV* zum Ausdruck kam, zahlte sich aus: Als „strategischer Investor“ konnte er sich über das 1990 gegründete Unternehmen *Interpipe* im Zuge der ab 2000 eingesetzten Privatisierungsauktionen von Großbetrieben wirtschaftlich bedeutende Unternehmensbeteiligungen sichern und seine herausragende Position in der Metallindustrie festigen. Durch das Ende der Präsidentschaft Kučmas und den Machtwechsel nach der Orangen Revolution verloren das Dnipropetrovs'ker Netzwerk und Pinčuk sehr deutlich an politischem Einfluss. Pinčuk erwies sich dementsprechend als „prime candidate for being un-dressed“<sup>361</sup> im Zuge der von der orangen Koalition um Präsident Juščenko und Ministerpräsidentin Tymošenko versprochenen Revision der zuvor stattgefundenen Privatisierungsauktionen. Tatsächlich wurden zwei Privatisierungen, an denen Pinčuk beteiligt war, durch einen Gerichtsbeschluss annulliert. Dies betraf zum einen das landesweit größte Stahlwerk *Kryvorizstal'*, das Ende des Jahres 2005 nach einer erneuten Privatisierung schließlich an ein ausländisches Konsortium verkauft werden konnte. Auch das Eisenlegierungswerk *Nikopol'skyj zavod ferosplaviv* (NZF), bei dessen Privatisierung sich Pinčuks *Interpipe*-Holding 2003 einen Anteil von 50 Prozent plus eine Aktie sichern konnte, wurde 2006 an den Staat zurückgegeben. In diesem Fall sprach sich später allerdings das Parlament gegen eine erneute Privatisierung aus.<sup>362</sup>

#### *Fall 2: Rinat Achmetov (2004/2005)*

Rinat Achmetov gilt bis heute als reichster Oligarch in der Ukraine.<sup>363</sup> Ihm ist es gelungen, in teils blutigen Konkurrenzkämpfen in den 90er-Jahren zum Kopf des sogenannten Donezker Clans emporzusteigen. Auch Achmetov verfügte über starken Einfluss auf nationaler Ebene, insbesondere nachdem Janukovyč, zuvor Gouverneur der Oblast' Donezk, 2002 von Kučma zum Ministerpräsidenten berufen wurde. Achmetovs Einfluss zeigte sich unter anderem in den bedeutenden Privatisierungserfolgen seiner Holding SKM während der Amtszeit von Premierminister Janukovyč und dem damit verbundenen Aufstieg der Donezker Regionalelite.<sup>364</sup> Dass Achmetov Janukovyčs Präsidentschaftswahlkampf 2004 sowohl

---

<sup>361</sup> Zitiert nach Markus (2015): S. 186.

<sup>362</sup> Vgl. hierzu auch: Ahejeva, K. M./Paschaver, O. J./Verchovodova, L.T (2006): *Pryvatyzacija ta reprivatyzacija v Ukrajinі pislja „pomarančevoji“ revoljuciji* [Privatisierung und Reprivatisierung nach der „Orangen“ Revolution], Kyiv: Milenium, S. 52.

<sup>363</sup> Vgl. Forbes Ukraine: „20 najbahatšych ukrajinciv 2022“ [Die 20 reichsten Ukrainer 2022], 27.12.2022: <https://forbes.ua/ratings/20-naybagatshikh-ukraintsiv-2022-27122022-10750> [15.01.2024] sowie Tabelle 5 und Tabelle 6 im Anhang dieser Arbeit.

<sup>364</sup> Vgl. Pleines (2006): S. 7ff.

finanziell als auch medial, unter anderem durch den von ihm kontrollierten Fernsehsender *Ukraina* unterstützte,<sup>365</sup> folgte offensichtlich der Handlungslogik, dass sein Einfluss unter der Präsidentschaft Janukovyčs gestärkt werden sollte. Nach der Orangen Revolution und der vorläufigen Niederlage Janukovyčs sah sich Achmetov dementsprechend veränderten Rahmenbedingungen und deutlichen Konfrontationen seitens der neuen Regierung ausgesetzt. Diese bestanden unter anderem auch darin, dass die Staatsanwaltschaft ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen Achmetov einleitete.<sup>366</sup> Ferner begann die Steuerbehörde mit einer Prüfung der Unternehmen Achmetovs und blockierte zeitweise ein Unternehmenskonto des Oligarchen.<sup>367</sup> Den größten Schlag erfuhr Achmetov, der nach der Orangen Revolution die Ukraine vorübergehend verließ, allerdings durch die Annullierung und anschließende Reprivatisierung des Stahlwerks *Kryvorizstal'*, das Achmetovs Holding SKM anteilig mit Pinčuks *Interpipe*-Holding vor der Orangen Revolution erstanden hatte.

### *Fall 3: Rinat Achmetov (2013/2014)*

Über die Partei der Regionen war Achmetovs Netzwerk auch nach der Orangen Revolution stets auf nationaler politischer Ebene vertreten. Sein Einfluss vergrößerte sich wieder, nachdem die Partei der Regionen die Parlamentswahlen 2006 gewonnen und zeitweise mit Janukovyč erneut den Ministerpräsidenten gestellt hatte. Dementsprechend erwies sich Achmetov auch als großer Nutznießer, als Janukovyč 2010 schließlich zum Präsidenten gewählt wurde.<sup>368</sup> Nach dem Sturz Janukovyčs und dem Zerfall der Partei der Regionen verlor Achmetov 2014 allerdings zentrale Hebel seiner politischen Einflussnahme. Während sich die „Deoligarchisierung“ der post-Majdan-Regierung auch gegen Achmetovs starke Position in der ukrainischen Elektrizitätswirtschaft richtete, sah sich der Oligarch vor allem nach dem Beginn des Krieges in den Oblasten Donezk und Luhansk und dem damit verbundenen Verlust des Zugangs zu den von separatistischen Kräften kontrollierten Gebieten weiteren Bedrohungen seines Eigentums ausgesetzt.

---

<sup>365</sup> Vgl. Åslund, Anders (2005b): The Economic Policy of Ukraine after the Orange Revolution, in: Eurasian Geography and Economics, Vol. 46, No. 5, 327–353, hier S 336 sowie Prytula, Olena (2006): The Ukrainian Media Rebellion, in: Åslund, Anders/McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, Washington D.C.: Carnegie, 103-124, hier 118.

<sup>366</sup> Vgl. Korrespondent.net: „MVD: ‚Bocman‘ obvinjaet Achmetova v popytke ubijstva” [Inneministerium: „Bocman“ beschuldigt Achmetov des versuchten Morden], 11.08.2005: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/128066-mvd-bocman-obvinyact-ahmetova-v-popytke-ubijstva> [15.01.2024].

<sup>367</sup> Vgl. Obozrevatel: „Nalogovaja arestovala ščeta kompanii Rinata Achmetova za otkaz ot proverki“ [Die Steuerbehörden haben die Konten des Unternehmens von Rinat Achmetov wegen Verweigerung einer Prüfung gesperrt], 12.07.2005 <https://www.obozrevatel.com/news/2005/7/12/26052.htm> [15.01.2024].

<sup>368</sup> Vgl. Solonenko (2014): S. 203.

#### *Fall 4: Ihor Kolomojs'kyj (2013/2014)*

Ihor Kolomojs'kyj gehörte ebenfalls lange Zeit zu den vermögendsten und prominentesten Oligarchen der Ukraine.<sup>369</sup> Die Anfang der 90er-Jahre gegründete und später von Kolomojs'kyj und dessen Geschäftspartner Henadij Boholjubov übernommene *PrivatBank* – lange Zeit das größte private Geldinstitut des Landes – ist namensgebend für eine Unternehmensgruppe mit Portfolios im Bankensektor, der Metallverarbeitung, dem Energiesektor sowie der chemischen Industrie. Ferner ist Kolomojs'kyj ebenfalls Besitzer mehrerer bedeutender Massenmedien (Print, Rundfunk, online). Als Teil des informellen Netzwerkes aus Dnipropetrovs'k profitierte auch Kolomojs'kyjs *Privat*-Gruppe vom Aufstieg der Regionalelite unter Kučma. Im Gegensatz zu Pinčuk und Achmetov gelang es ihm jedoch, die Orange Revolution unbeschadet zu überstehen. Dies spricht dafür, dass es ihm bereits früher gelungen war, seinen politischen Einfluss zu diversifizieren und zum orangen Lager überzulaufen. Er selbst gab an, dass er die Orange Revolution finanziell unterstützt habe.<sup>370</sup> Auch in der Folgezeit schaffte es Kolomojs'kyj, sich mit den unterschiedlichen politischen Machthabern zu arrangieren. Nach dem Sturz Janukovyčs gelang es ihm schließlich sogar, deutlich an politischem Einfluss zu gewinnen und als Gouverneur der Oblast' Dnipropetrovs'k einen wichtigen politischen Posten zu erlangen. Im Jahr 2015 eskalierte allerdings ein Konflikt um Kolomojs'kyjs Beteiligungen am staatlichen Ölförderunternehmen *Ukrnafta*. Gängige Praxis war es zuvor gewesen, dass Kolomojs'kyj mit einer Sperrminorität Aktionärsversammlungen des Unternehmens blockieren konnte. Relevante Entscheidungen wie auch die Ausschüttung von Dividenden an den Staat mussten dementsprechend mit ihm ausgehandelt werden. Kurz nachdem das Parlament durch eine entsprechende Gesetzesänderung beschlossen hatte, dieser Praxis ein Ende zu setzen, wurde Kolomojs'kyjs Einfluss auch im staatlichen Ölförderunternehmen *Ukrtransnafta* zurückgedrängt, indem die Absetzung des Unternehmenschefs erfolgte, der lange Zeit dafür gesorgt hatte, dass Kolomojs'kyjs Unternehmen mit lukrativen Aufträgen versorgt wurden. Nachdem Kolomojs'kyj mit dem Versuch scheiterte, eine Gruppe bewaffneter Männer seinem Einflussverlust im Unternehmen entgegen zu stellen, musste er schließlich seinen Gouverneursposten räumen.<sup>371</sup>

---

<sup>369</sup> Vgl. Tabelle 5 und Tabelle 6 im Anhang dieser Arbeit.

<sup>370</sup> Vgl. *Ukrains'ka Pravda* „Ihor Kolomojs'kyj: Jakščo prezidentom stane Tymošenko, ja sebe baču v emihraciji...“ [Ihor Kolomojs'kyj: „Wenn Timoschenko Präsidentin wird, sehe ich mich im Exil...“], 08.03.2008: <https://www.pravda.com.ua/articles/2008/03/28/3404080/> [15.01.2024].

<sup>371</sup> Vgl. *Financial Times*: „Ukraine: An oligarch brought to heel“, 25.03.2015: <https://www.ft.com/content/b0b04474-d232-11e4-a225-00144feab7de#slide0> [15.01.2024].



## 4.2. Methodisches Vorgehen

Die methodische Vorgehensweise dieser Arbeit bedient sich der Methode der Fallstudie und trägt dabei dem explorativen Charakter des Forschungsvorhabens Rechnung. Die Methode der Fallstudie eignet sich nach Yin besonders, um komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge und Phänomene zu erforschen. Die Methode ist dabei anderen empirischen Forschungsmethoden vor allem dann vorzuziehen, wenn ein Forschungsgegenstand bearbeitet wird, der sich einerseits durch seine Gegenwartsnähe auszeichnet und andererseits – im Gegensatz etwa zu einem sozialen Experiment – durch den Wissenschaftler weder „kontrolliert“ noch beeinflusst werden kann.<sup>372</sup> Entgegen früherer methodischer Paradigmen ist die Fallstudie hierbei jedoch nicht als eine wissenschaftliche Vorstufe anderer Forschungsmethoden zu verstehen. Sie fungiert auch nicht als deren explorative Grundlage. Es handelt sich vielmehr um eine vollwertige, eigenständige Forschungsmethode, deren Anspruch es ist, ein Phänomen in seiner Komplexität zu erfassen. Dementsprechend lässt sich die Fallstudie als eine empirische Untersuchungsform verstehen, die sich mit dem zu untersuchenden Phänomen umfassend und in seinem realitätsnahen Kontext auseinandersetzt. Da sich das zu untersuchende Phänomen und dessen Kontext jedoch häufig nicht eindeutig voneinander trennen lassen, sieht sich die Fallstudie der Herausforderung ausgesetzt, nach Möglichkeit sowohl interne als auch externe Bedingungen zu erfassen.<sup>373</sup> Die Methode stellt somit in erster Linie eine Herangehensweise dar, die sowohl Komplexität erfasst als auch verstehende Forschung ermöglicht.

Unter erkenntnistheoretischen Gesichtspunkten lassen sich theoriegeleitete und fallorientierte Fallstudien unterscheiden. Theoriegeleitete Fallstudien stellen theoretische Annahmen und Konzepte in den Fokus der Untersuchung: „A case study is theory centered when it contributes to the advancement of general theory“.<sup>374</sup> Dabei steht dementsprechend die Verifizierung beziehungsweise die Falsifizierung von Theorien und aus ihnen generierten Hypothesen im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Im Hinblick auf Aspekte des Theorieaufbaus, des Theorietestes sowie der Theoriemodifizierung eignen sich theoriegeleitete Fallstudien nach Gerring dabei insbesondere für explorative Forschungen, die zu dem Ziel erfolgen, neue Konzeptualisierungen zu entwickeln: „Case studies enjoy a natural advantage of an exploratory nature (...) [T]he looseness of case study research is a boon to new conceptualizations just as

---

<sup>372</sup> Vgl. Yin, Robert K. (2014): Case Study Research. Design and Methods, Los Angeles u.a.: SAGE, S. 15–17.

<sup>373</sup> Vgl. Yin (2014): S. 16–17.

<sup>374</sup> Rohlfing, Ingo (2012): Case Studies and Casual Inference. An Integrative Framework, Basingstoke u.a.: Palgrave Macmillan, S. 1.

it is a bane to falsification.”<sup>375</sup> Diesen Formen der theoriegeleiteten Fallstudie steht eine *fallorientierte Auslegung* gegenüber, die in der vorliegenden Arbeit zur Anwendung kommt. Im Unterschied zur theoriegeleiteten Fallstudie trägt hierbei das Erkenntnisinteresse in erster Linie hermeneutischen Charakter und folgt einem interpretativ-qualitativen Ansatz. Dieser unterscheidet sich von positivistischen Forschungsansätzen insofern, als dass weder vorab formulierte Hypothesen oder Theorien getestet, noch statistische Generalisierungen oder lineare und universell gültige Kausalitäten aufgestellt werden. Theoretische Konzepte bieten als Bestandteil des analytischen Rahmens lediglich eine generelle Richtschnur und haben dementsprechend einen instrumentalen Charakter:

„In case-centered case studies (...) theory is instrumental for the formulation of a comprehensive explanation of a single case. Two related features of case-centered case studies are, first, that insights derived from the case study are not taken for the advancement of general theory and, second, that the explanation formulated for the case at hand is not generalized to other cases.”<sup>376</sup>

Die fallorientierte Fallstudie erfolgt dementsprechend in erster Linie zu dem Zweck, zum besseren Verstehen des betrachteten Falls beizutragen. Gleichzeitig kann die fallorientierte Fallstudie aber auch zu Generalisierungen auf analytischer Ebene beitragen. Mit Blick auf die hier zu bearbeitende Forschungsfrage und das in ihr zum Ausdruck kommende Forschungsinteresse soll die vorliegende Fallstudie primär Erkenntnis darüber schaffen, welche Legitimationsstrategien Oligarchen in jenen Phasen verfolgen, in denen das politische Regime Demokratisierungsschübe erlebt und die Oligarchen einem erhöhten Legitimationsdruck ausgesetzt sind. Wie bereits vorangehend dargestellt, eignet sich der ukrainische Fall aufgrund der besonderen Relevanz von Oligarchen einerseits sowie mehrfacher Regimeveränderungen andererseits hierzu in besonderer Weise. Neben dem Erkenntnisgewinn über den spezifischen Fall soll durch den Vergleich unterschiedlicher Fallbeispiele darüber hinaus insofern ein analytischer Mehrwert geschaffen werden, als dass es ebenso Ziel dieser Arbeit ist, unterschiedliche Legitimationsstrategien der Oligarchen herauszuarbeiten.

Sowohl die explorative Auslegung der Fallstudie als auch die Spezifika des ukrainischen Falles erfordern es, für die Bearbeitung der Fallstudie auf die Strategie der Triangulation zurückzugreifen. Die Triangulation ermöglicht es vor allem, eine umfassende Bearbeitung der Fallstudie zu gewährleisten, die dem in der Fragestellung zum Ausdruck kommenden

---

<sup>375</sup> Gerring, John (2004): What Is a Case Study and What Is It Good for?, in: American Political Science Review, Vol. 98, No. 2, 341–354, hier S. 349f.

<sup>376</sup> Rohlfig, Ingo (2012): S. 2.

Erkenntnisinteresse entspricht und gleichzeitig Forschungsergebnisse erzielt, die möglichst valide und reliabel sind. Triangulation bezeichnet nach Denzin dabei zunächst ganz allgemein „the combination of methodologies in the study of the same phenomena“<sup>377</sup>. Auch Mayring versteht die Triangulation in ähnlicher Weise:

„Triangulation meint immer, dass man versucht, für die Fragestellung unterschiedliche Lösungswege zu finden und die Ergebnisse zu vergleichen. Ziel der Triangulation ist dabei nie, eine völlige Übereinstimmung zu erreichen (...). Aber die Ergebnisse der verschiedenen Perspektiven können verglichen werden, können Stärken und Schwächen der jeweiligen Analysewege aufzeigen und schließlich zu einem kaleidoskopartigen Bild zusammengesetzt werden.“<sup>378</sup>

Während sich in Anlehnung an die von Denzin entwickelte Konzeption, die in Form einer Triangulations-Typologie bereits Anfang der 1980er Jahre starke Beachtung in der qualitativen Forschung gefunden hatte, zwar verschiedene Triangulationsformen unterscheiden lassen,<sup>379</sup> bezieht sich die Triangulation in der vorliegenden Arbeit mit der Verwendung von unterschiedlichen Methoden auf ihre populärste Form. Dabei muss die Methoden-Triangulation nach Junk allerdings vom Methodenparallelismus abgegrenzt werden. Während der Methodenparallelismus einer horizontalen Logik folgt und versucht, durch die Verwendung unterschiedlicher Methoden unterschiedliche Erklärungsfaktoren zu identifizieren und letztlich durch ein „Gegeneinander-Ausspielen“<sup>380</sup> von Methoden die Validierung der Forschungsergebnisse in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rückt, meint Triangulation vielmehr, dass unterschiedliche Methoden in einer vertikalen Logik miteinander kombiniert werden und zu einer methodischen Aggregation führen.<sup>381</sup> Bei der Triangulation von Methoden geht es dabei allerdings nicht um eine „naiv-pragmatische Kombination“ von Methoden, sondern vielmehr um einen „methodenkritischen Auswahlprozess für die verwendeten Methoden und eine kontinuierliche Überprüfung von methodischen Entscheidungen und ihrer

---

<sup>377</sup> Denzin, Norman (1970): *The Research Act*, Chicago: Aldine, S. 297.

<sup>378</sup> Mayring, Phillip (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung*, Weinheim: Beltz, S. 147f.

<sup>379</sup> Nach Denzin lässt sich zwischen der Theorietriangulation, das heißt der Anwendung unterschiedlicher theoretischer Perspektiven auf ein Phänomen, der Forscher- bzw. Investigator-Triangulation, verstanden als die Durchführung der Datenanalyse durch unterschiedliche Forscher bzw. Beobachter und Interviewer, sowie der Daten- und der Methodentriangulation unterscheiden. Während die Datentriangulation auf die Einbeziehung unterschiedlicher Datenquellen (bspw. unterschieden nach Raum, Zeit und Personen, d.h. z.B. die Untersuchung eines Phänomens zu verschiedenen Zeitpunkten, an verschiedenen Orten und Personen) abzielt, steht bei der Triangulation von Methoden die Verwendung unterschiedlicher Methoden, etwa zur Hervorbringung von Daten, im Fokus. Vgl. hierzu auch: Flick, Uwe (2011): *Triangulation. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 12ff.

<sup>380</sup> Flick (2011): S. 16.

<sup>381</sup> Vgl. Junk, Julian (2011): *Method Parallelization and Method Triangulation: Method Combinations in the Analysis of Humanitarian Interventions*, in: *German Policy Studies*, Vol. 7, No. 3, 83–116, hier S. 83.

Angemessenheit (...).<sup>382</sup> Ziel und Zweck des Vorgehens ist dabei immer, dass durch die Triangulation ein prinzipieller Erkenntniszuwachs ermöglicht wird, also Erkenntnisse auf unterschiedlichen Ebenen gewonnen werden, die weiter reichen, als mit einem Zugang möglich wäre.<sup>383</sup>

Die Methoden-Triangulation kann sowohl die Triangulation zur Datengenerierung als auch die Triangulation der Datenanalyse umfassen.<sup>384</sup> Methoden der Datengenerierung meinen all jene Techniken, die es ermöglichen, Datenquellen zu erschließen sowie die aus diesen Quellen gewonnen Rohdaten in analysierfähige Daten zu transformieren. Bei der Daten-Analyse-Triangulation steht hingegen die systematische Kombination von Techniken im Mittelpunkt, die die erhobenen Daten einer Analyse unterziehen und die Formulierung analytischer Rückschlüsse ermöglichen.<sup>385</sup> In beiden Fällen steht bei der Triangulation dabei die Erhöhung der Qualität der Messergebnisse im Vordergrund:

„Triangulation is thus used to increase the quality of measurement and the validity and reliability of the research. The central challenge is the choice of strategy to aggregate the data (...). When it comes to data generation methods, the aggregation challenge refers to minimizing measurement errors by drawing on different sources of evidence (interviews and document analysis, for instance) and to make their scales congruent. Triangulation thus has to beware of measurement biases and is aimed at increasing measurement validity (...). When it comes to data analysis methods (...), the challenge is similar but rather focused on whether different data analysis methods relate truly to the same or to complementary casual links.“<sup>386</sup>

Mit Blick auf die vorliegende Fallstudie und die unterschiedlichen Teilaspekte der Forschungsfrage erscheint hierbei die Triangulation zur Hervorbringung unterschiedlicher und möglichst umfassender Daten besonders sinnvoll zu sein. Die Notwendigkeit der Erschließung unterschiedlicher Quellen trägt dabei insbesondere dem explorativen Charakter der Fallstudie sowie dem interpretativ-qualitativen Ansatz Rechnung. Gleichzeitig ist diese Notwendigkeit auch dem Umstand geschuldet, dass Untersuchungen über Oligarchen in der Regel mit besonderen empirischen Herausforderungen einhergehen. Hierzu gehört beispielsweise, dass

---

<sup>382</sup> Flick (2011): S. 16.

<sup>383</sup> Vgl. ebd.: S. 12.

<sup>384</sup> Vgl. Junk (2011) sowie Flick (2011).

<sup>385</sup> Vgl. Junk (2011): S. 86f.

<sup>386</sup> Ebd. S. 98f.

das Handeln von Oligarchen stets ein hohes Maß an Intransparenz aufweist und direkte Befragungen in Form von Eliteninterviews nicht möglich sind.

### 4.3. Datenerhebung und Datenanalyse

#### *Elemente der Legitimationsstrategien*

Das bei der Datenerhebung zu Anwendung kommende triangulative Vorgehen konzentriert sich auf drei zentrale Elemente, die als maßgeblicher Bestandteil der Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen identifiziert werden können (siehe Tabelle 4). Neben der (1) *Selbstdarstellung der Oligarchen* handelt es sich hierbei um (2) *die mediale Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Oligarchen* sowie (3) *das Sponsoring beziehungsweise Wohltätigkeits- und Stiftungsarbeit von Oligarchen*. Jedes dieser Elemente erfordert die Anwendung jeweils eigener und teil mehrstufiger Datenerhebungsverfahren. Dabei lässt sich für jedes Element zunächst eine eigene Relevanzbeschreibung vornehmen, die sowohl auf allgemeine Annahmen als auch auf empirische Vor-Studien zurückgreift:

#### *(1) Selbstdarstellung*

Bei der Betrachtung der Selbstdarstellung von Oligarchen als Legitimationsstrategieelement wird zunächst generell davon ausgegangen, dass jene Akteure, deren Existenz als Oligarchen öffentlich bekannt ist und die ferner in Demokratisierungsphasen einem erhöhten Legitimationsdruck ausgesetzt sind, prinzipiell darum bemüht sind, ein positives Bild in der Öffentlichkeit zu erzielen. Hinter dieser Annahme über ein positives Öffentlichkeitsbild steht die Ausgangsthese dieser Arbeit, dass sich die Gefahr der Oligarchen, von Enteignungen betroffen zu sein, erhöht, wenn ihre Eigentumsrechte in der Gesellschaft als illegitim betrachtet werden.<sup>387</sup> Dementsprechend fokussiert sich die Untersuchung des Strategieelementes der Selbstdarstellung darauf, wie sich Oligarchen selbst darstellen und öffentlich auf einen erhöhten Legitimationsdruck reagieren. Die Selbstdarstellung der Oligarchen lässt sich dabei als eine *indirekte Strategie* betrachten, die Oligarchen zur Verteidigung ihres Eigentums verfolgen. Im Unterschied zu *direkten Strategien*, wie der Ausführung politischer Ämter im Parlament oder der Exekutive, identifizieren Charnysh und Markus etwa die im Hintergrund erfolgende Unterstützung von Parteien als eine klassische Form einer indirekten Strategie. Diese ermöglicht es den Oligarchen, flexibel und in Abhängigkeit von Entwicklungen des politischen Umfelds zu agieren. Die einhergehende Anpassungsfähigkeit der Oligarchen, die beispielsweise darin zu Ausdruck kommen kann, gegebenenfalls eine andere politische Partei

---

<sup>387</sup> Siehe Kapitel 2.4. dieser Arbeit.

zu unterstützen, ist im Falle von direkten Strategien in dieser Form nicht gegeben. Als ein zentrales Element der indirekten Strategien sehen die Autoren die mit dieser Art von Strategien einhergehende „deniability“, also die Möglichkeit, sich glaubhaft abgrenzen und etwaige öffentliche Vorwürfe glaubhaft abstreiten zu können: „Deniability is crucial in semidemocratic systems, where public legitimacy cannot be discounted entirely by the superwealthy.“<sup>388</sup> Bei der Selbstdarstellung handelt es sich zweifelsfrei zwar gerade nicht um eine Strategie, die im Hintergrund stattfindet. Dennoch kann sie genau dieser Logik folgen, etwa wenn das Strategieelement einen offensiven Umgang mit öffentlichen Vorwürfen beinhaltet: „When invisibility is not an option, as is the case for the wealthiest members of a high-stakes unconsolidated democracy, deniability is the next best thing.“<sup>389</sup>

Die Untersuchung des Strategieelements der Selbstdarstellung muss sich dementsprechend auf alle zugänglichen öffentlichen Äußerungen, die ein Oligarch im Untersuchungszeitraum getätigt hat, erstrecken. Mögliche Quellen hierfür sind Interviews, die der jeweilige Oligarch in unterschiedlichen Medien gegeben hat, Statements der Oligarchen in sozialen Medien sowie Portraits der Akteure, die auf den Internetseiten der Unternehmen und Stiftungen der Oligarchen veröffentlicht worden sind. Die hierbei primär zur Anwendung kommende Datenerhebungstechnik stellt dementsprechend die Dokumentenanalyse dar. Der Inhalt der dabei gewonnenen Daten wird mittels eines induktiven Kodierungsverfahrens<sup>390</sup> analysiert.

## *(2) Mediale Beeinflussung der öffentlichen Meinung*

Als ein zweites potenzielles Legitimationsstrategieelement lässt sich die mediale Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Oligarchen identifizieren. Massenmedien stellen ein klassisches Instrument der politischen Einflussnahme ukrainischer Oligarchen dar:

„A feature specific to Ukraine is that private media are, as a rule, owned by industrial-financial magnates, commonly referred to as oligarchs, whose main business interests are outside the media sector (...). Media assets serve their owners as a means of accumulating political influence, which they can convert into opportunities to develop or support their main business.“<sup>391</sup>

Das privatwirtschaftliche Engagement der Oligarchen setzte bereits Mitte der 1990er-Jahre ein und korreliert mit dem Aufstieg der Oligarchen unter der Präsidentschaft Kučmas. Bereits

---

<sup>388</sup> Charnysh/Markus (2017): S. 1652.

<sup>389</sup> Charnysh/Markus (2017): S. 1653.

<sup>390</sup> Vgl. Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim: Beltz.

<sup>391</sup> Ryabinska, Natalya (2014): Media Capture in Post-Communist Ukraine. Actors, Methods, and Conditions, in: Problems of Post-Communism, Vol. 61, No. 2, 46–60, hier S. 49.

damals machte sich deutlich, dass die Oligarchen mit dem Besitz von Massemedien in der Regel keine marktwirtschaftlichen Ziele verfolgten. Eine gewinnbringende Gestaltung der in die Holdinggesellschaften der Oligarchen integrierten Medienunternehmen spielt – vor allem auch gemessen an den Profiten aus den übrigen Geschäftsfeldern – dementsprechend in der Kalkulation ukrainischer Oligarchen traditionell keine Rolle.<sup>392</sup> Dass die Kontrolle von Massenmedien vielmehr zu dem Zweck erfolgt, politischen Einfluss zu nehmen, zeigte sich erstmalig besonders deutlich im Zuge des Wahlkampfes der Präsidentschaftswahlen 1999. Damals konnten die von den Oligarchen kontrollierten Medien im Sinne einer für Kučma, der dann auch die Wahlen gewinnen konnte, positiven Berichterstattung gesteuert werden.<sup>393</sup> Weil die Funktion der Medien als Instrument der politischen Einflussnahme der Oligarchen dominiert, bezeichnet Ryabinska die Medien in der Ukraine deshalb auch als „captured institution“<sup>394</sup>. Einhergehend mit politischen Veränderungen ließen sich dennoch auch hier in der Vergangenheit bestimmte Dynamiken beobachten:

„A specific feature of media capture in Ukraine is that the owners of media, as a rule, obtain most of their income from other industries. Their profits and opportunities to extend their business empires depend significantly on political decisions. Because the state has means of adversely affecting both the key businesses and the media of big business people, Ukrainian media owners would rather cooperate with the state than challenge it. As a result, media owners and top managers try to restrict media criticism of top officials through in-house censorship, the replacement of journalists and/or editors with each new political constellation, or even the elimination of television programs or press outlets not deemed sufficiently loyal to the authorities. Since Ukrainian politics is rather unstable, however, owners may also use their private media in the political struggle—especially in moments of political crisis, when the state is divided against itself and rival power groups compete with one another for political and financial resources. In these situations, media owners may back one political group or another. Major nationwide television channels in particular, however, also often exhibit partisan polyvalence: a shift of loyalties depending on economic support as well as general power shifts within the political establishment.“<sup>395</sup>

---

<sup>392</sup> Vgl. Sverdel (2008): S. 93.

<sup>393</sup> Vgl. Radio Free Europe/Radio Liberty: Poland, Belarus & Ukraine Report. “How Media Worked For Kuchma”, Vol. 1, No. 25, 23.11.1999: <https://www.rferl.org/a/1344225.html> [15.01.2024].

<sup>394</sup> Ryabinska (2014): S. 56.

<sup>395</sup> Ryabinska (2014): S. 57.

Unter Berücksichtigung der generellen Relevanz, die den Massenmedien als Instrument der politischen Einflussnahme der Oligarchen zukommt, ist anzunehmen, dass jene Medien, die sich unter der Kontrolle der Oligarchen befinden, von den Oligarchen auch gezielt dazu genutzt werden, um – ähnlich wie im Falle der Selbstdarstellung – sich gegen Legitimationsdruck zu wehren. Dementsprechend gilt es im Hinblick auf die Forschungsfrage zu untersuchen, wie Medien der Oligarchen durch ihre Berichterstattung über die in den Fallbeispielen behandelten Konflikte als Element einer Legitimationsstrategie fungieren.<sup>396</sup> Dabei ist insbesondere danach zu fragen, welche Argumentationsmuster und Narrative hier verwendet werden, um die Legitimation des jeweiligen Oligarchen zu stärken. Hierfür wird für das jeweilige Fallbeispiel die Berichterstattung in einem Print- oder Onlinemedium untersucht, das sich eindeutig dem jeweils behandelten Oligarchen zuordnen lässt.<sup>397</sup> Vor allem Printmedien sind zwar aufgrund ihrer niedrigen Auflage in der Ukraine weniger relevant als das Fernsehen.<sup>398</sup> Dennoch eignen sie sich zur Untersuchung der medialen Legitimationsstrategien von Oligarchen in besonderer Weise. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass sich die hier zur Anwendung kommenden Strategien unabhängig von dem jeweiligen Medium verhalten und somit eine Strategie, die sich im Print- oder auch im Onlinebereich widerspiegelt, als repräsentativ für den entsprechenden Oligarchen betrachtet werden kann. Zudem bringt die Untersuchung von Print- und Onlinemedien den Vorteil mit sich, dass sich diese Medien durch ihre digitalen sowie analogen Archivierungsmöglichkeiten umfassender als das Fernsehen analysieren lassen. Auch hier erfolgt die Inhaltsanalyse der gewonnenen Daten durch ein induktives Kodierungsverfahren.

### (3) *Sponsoring und Wohltätigkeitsarbeit*

Sponsoring und Wohltätigkeitsarbeit stellen das dritte zu untersuchende Legitimationsstrategieelement der Oligarchen dar. Insbesondere nach der Orangen Revolution hat sich gezeigt, dass Oligarchen in der Ukraine „öffentliches Engagement“ in Form von Sponsoring- und Wohltätigkeitsarbeit betreiben. Neben der Förderung von professionellen Sportvereinen (v.a. im Fußball) handelt es sich hierbei meist um Stiftungen, die im Namen der Oligarchen hauptsächlich in den Bereichen Bildung, Kunst, Kultur, Politik, Religion,

---

<sup>396</sup> Mit Blick auf die in dieser Arbeit untersuchten Oligarchen handelt es sich dabei um folgende Print- und Onlinemedien: *Segodnja* (Achmetov), *Fakty i komentarii* (Pinčuk) sowie *Glavred* (Kolomojs'kyj).

<sup>397</sup> Im Falle von Intransparenz lassen sich die Eigentümerstrukturen ukrainischer Medienunternehmen auf der Grundlage investigativ-journalistischer Berichterstattungen, wie sie bspw. im „Media Ownership Monitor Ukraine“ (<https://ukraine.mom-rsf.org> [15.01.2024]) der Organisationen „Institute of Mass Information“ und „Reporters Without Borders“ vorliegt, identifizieren.

<sup>398</sup> Ryabinska, Natalya (2011): The Media Market and Media Ownership in Post-Communist Ukraine. Impact on Media Independence and Pluralism, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 58, No. 6, 3-20, hier S. 5.



Gesundheit sowie der medizinischen und humanitären Versorgung tätig sind.<sup>399</sup> Dies trifft in besonderer Weise auf die in den Fallbeispielen behandelten Akteure zu: Viktor Pinčuk (*Fall 1*) gründete 2006 die „Viktor Pinchuk Foundation“, die eine Reihe an sozialen, kulturellen und politischen Projekten betreibt. Rinat Achmetov (*Fall 2 und 3*) gründete 2005 die „Rinat Achmetov Stiftung für die Entwicklung der Ukraine“. Die Stiftung hat zunächst den Fokus ihrer Arbeit auf die Bereiche Gesundheit und Soziales gelegt. Nach dem Beginn des Krieges im Donbas nahm sich die Stiftung dann vor allem der Bekämpfung der humanitären Folgen des Krieges an. Achmetov fungiert darüber hinaus seit 1996 als Mäzen des Donezker Profifußballvereins *Shakhtar*. Ihor Kolomojs'kyj (*Fall 4*) hat in der Vergangenheit zwar keine eigene Stiftung betrieben, allerdings trat er unter anderem als Förderer der jüdischen Gemeinde in der Ukraine und des Fußballklubs „Dnipro“ in Erscheinung. Ferner begann Kolomojs'kyj nach dem Ausbruch des Krieges im Donbas damit, ein Freiwilligenbataillon sowie zeitweise Gehaltszahlungen an öffentliche Bedienstete zu finanzieren.<sup>400</sup>

Tätigkeiten dieser Art lassen sich prinzipiell sowohl nach Frye („good works“) als auch nach Rowlingson und Connor („deservingness“) als mögliche Quellen der Legitimationsbeschaffung betrachten.<sup>401</sup> Ebenso lässt sich Markus These, dass auch Oligarchen horizontale „Allianzen“ aufbauen können, die ihre Eigentumsrechte stärken, im Kontext der Legitimationsbeschaffung betrachten:

„Firms can resist PR [property rights] threats through alliances with stakeholders who can impose costs on potential trespassers on behalf of the firm. Often extending beyond a firm’s boundaries, such alliances engage diverse groups, pool resources, and effectively outscore the task of PR enforcement to third parties. To secure their PR, majority owners can build alliances with the following stakeholders: neighboring communities, labor, and foreign actors, such as investors, media, NGOs, and governments. (...) Stakeholder alliances can emerge for a variety of economic, political, or social reasons: (...) Labor and the adjacent communities may protect the firm owner’s PR if the material benefits the company has provided to its employees and the region would cease after expropriation. Such benefits are anchored through corporate social responsibility,

---

<sup>399</sup> Siehe hierzu auch Tabelle 8 im Anhang dieser Arbeit.

<sup>400</sup> Vgl. zu den Sponsoring- und Wohltätigkeitsaktivitäten ukrainischer Oligarchen auch: Halling, Steffen (2013): Zwischen Kalkül, Klientelismus und „Leidenschaft“: Ukrainische Oligarchen als Wohltäter und Mäzene, in: Ukraine-Analysen, Nr. 115, 23.04.2013, 9–13: <https://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen115.pdf> [15.01.2024] sowie Halling, Steffen (2015): Pazifismus, Patriotismus und Reformismus: Öffentlichkeitsstrategien der Oligarchen nach dem Maidan, in: Ukraine-Analysen, Nr. 154, 24.06.2015, 14–19: <https://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen154.pdf> [15.01.2024].

<sup>401</sup> Siehe hierzu Kapitel 2.4. dieser Arbeit.

including the financing of regional development and charity projects, environmental initiatives, and firm-sponsored insurance and benefit packages for labor.”<sup>402</sup>

Um dieses Strategieelement näher zu bestimmen, stellen sich im Kontext des Forschungsvorhabens hierbei vor allem zwei Fragen: Welche Zielgruppen lassen sich den Sponsoring- und Wohltätigkeitsaktivitäten der Oligarchen zuschreiben und inwiefern lassen sich Besonderheiten beziehungsweise Veränderungen in diesem Bereich während des jeweiligen Konfliktes/im Zuge des konkreten Enteignungsrisikos identifizieren? Zur Untersuchung dieses Strategieelements wird dementsprechend zunächst eine Systematisierung der Sponsoring- und Wohltätigkeitsaktivitäten der Oligarchen vorgenommen, die unter Betrachtung der Richtung der Investitionen der Akteure erfolgt. Investitionen im Bereich des Sponsorings oder der Wohltätigkeit können beispielsweise einen regionalen, nationalen oder auch internationalen Schwerpunkt aufweisen, ferner lassen sie sich nach Sektoren unterscheiden. In einem zweiten Schritt geht es dann darum, nach Parallelen zwischen dem in den Fallbeispielen behandelten konkreten Enteignungsrisikos und dem jeweiligen Akteursverhalten herauszuarbeiten. Die notwendige Datenerhebung hierzu erfolgt durch Dokumentenanalyse medialer Sachinformationen sowie auf der Grundlage von öffentlich bereitgestellten Informationen der jeweiligen Institutionen (Stiftungen, Vereine).

**Tabelle 4: Übersicht der Legitimationsstrategieelemente und der Datenerhebung/- Analyse**

<b>Strategieelement</b>	<b>Datenerhebung</b>	<b>Datenanalyse</b>
<b>Selbstdarstellung</b> <i>Wie stellen Oligarchen sich selbst dar? Wie reagieren sie auf Konflikte mit der jeweils neuen Regierung und dem erhöhten Legitimationsdruck?</i>	Dokumentenanalyse (alle öffentlichen Äußerungen der Oligarchen im Untersuchungszeitraum - Interviews, Portraits)	Inhaltsanalyse/induktive Codierung ( <i>Identifizierung von spezifischen Argumentationsmustern und Narrativen, die auf Legitimation abzielen</i> )
<b>Beeinflussung der medialen Berichterstattung</b> <i>Wie berichten Medien der jeweiligen Oligarchen über die in den Fallbeispielen behandelten Konflikte?</i>	Dokumentenanalyse eines Print- bzw. Onlinemediums, das im Besitz des jeweils in den Fallbeispielen behandelten Oligarchen ist	Inhaltsanalyse/induktive Codierung ( <i>Identifizierung von spezifischen Argumentationsmustern &amp; Narrativen, die auf Legitimation abzielen</i> )
<b>Wohltätigkeit und Sponsoring</b> <i>Welche Art von Wohltätigkeit/Sponsoring betreiben die Oligarchen? Welche Zielgruppen lassen sich diesen Aktivitäten zuschreiben bzw. mit wem werden ggf. Allianzen geschlossen? Lassen sich Besonderheiten/Veränderungen in diesem Bereich während des jeweiligen Konfliktes bzw. des konkreten Enteignungsrisikos identifizieren?</i>	Dokumentenanalyse der medialen Berichterstattung (Sachinformationen)	Inhalts- und Prozessanalyse

<sup>402</sup> Markus (2012): S. 249.

## 5. Viktor Pinčuk (2004/2005)

Viktor Pinčuk wuchs in Dnipropetrovs'k<sup>403</sup> auf, wo er 1983 am Institut für Metallverarbeitung ein Ingenieursstudium absolvierte. Nach seinem Studium arbeitete Pinčuk zunächst am Wissenschaftsinstitut für Röhrenherstellung in Dnipropetrovs'k<sup>404</sup>, bevor er 1987 mit einer Arbeit zu Technologien in der Röhrenproduktion promoviert wurde.<sup>405</sup> Kurze Zeit später gründete Pinčuk das Unternehmen *Interpipe*, das sich zunächst darauf spezialisierte, metallurgischen Betrieben im Zuge der Perestroika „innovative Entwicklungen im Bereich der Technologien zur Röhrenherstellung“<sup>406</sup> zu verkaufen. Gleichzeitig stieg Pinčuk nach eigenen Angaben in erste Handels- und Bartergeschäfte ein.<sup>407</sup> Hierzu gehörte auch der Handel mit Erdgas aus Russland und Zentralasien, den Pinčuk bis 1995 in dem Unternehmen *Sodružestvo* zusammen mit der ebenfalls aus Dnipropetrovs'k stammenden Julja Tymošenko betrieb.<sup>408</sup> In dieser Zeit gelang es Pinčuk, sich Geschäftsanteile an Röhrenproduktionsfabriken zu sichern. Bis heute liegen die zentralen Geschäftstätigkeiten der Holding *Interpipe* im Bereich der Metallindustrie und insbesondere in der Röhrenproduktion. Darüber hinaus gehören zum Portfolio der Holding unter anderem auch Beteiligungen im Finanz-, Versicherungs- und Medienwesen. 2007 ließ Pinčuk *Interpipe* umstrukturieren und gründete die in Großbritannien registrierte Unternehmensgruppe *EastOne Group*, in der er seine Unternehmensbeteiligungen bündelte.<sup>409</sup>

Ab der zweiten Hälfte der 90er-Jahre und somit parallel zu seinem wirtschaftlichen Aufstieg setzte auch Pinčuks politische Aktivität ein. Bei den Parlamentswahlen 1998 gelang es ihm, ein Direktmandat in seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k zu gewinnen und in die Verchovna Rada einzuziehen. Dort wurde er Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftspolitik, Eigentum und

---

<sup>403</sup> 2016 wurde die Stadt in Dnipro umbenannt.

<sup>404</sup> Vsesojuznyj naučno-issledovatel'skij i konstruktorsko-technologičeskij institut trubnoj promyšlennosti

<sup>405</sup> Vgl. Lb.ua: „Pinčuk Viktor Michajlovič“: [https://lb.ua/file/person/1430\\_pinchuk\\_viktor\\_mihaylovich.html](https://lb.ua/file/person/1430_pinchuk_viktor_mihaylovich.html) [15.01.2024].

<sup>406</sup> Victor Pinchuk Foundation: Biografija Viktora Pinčuka [Biographie von Viktor Pinčuk]: [https://pinchukfund.org/ua/about\\_pinchuk/biography/?clear\\_cache=Y](https://pinchukfund.org/ua/about_pinchuk/biography/?clear_cache=Y) [15.01.2024].

<sup>407</sup> Vgl. Vedomosti: „INTERV'JU: Viktor Pinčuk, osnovatel' gruppy ‚Interpajp‘“ [INTERVIEW: Viktor Pinčuk, Gründer der Gruppe „Interpipe“], 15.09.2005: <https://www.vedomosti.ru/newspaper/articles/2005/09/15/intervyu-viktor-pinchuk-osnovatel-gruppy-interpajp> [15.01.2024].

<sup>408</sup> Vgl. Wilson, Andrew (2005): *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven, London: Yale University Press, S. 19. Aus dem Unternehmen *Sodružestvo* ging später die Holding *United Energy Systems of Ukraine* (UESU) hervor, nachdem sich Pinčuk 1995 aus unbekanntem Gründen aus dem gemeinsamen Geschäft mit Tymošenko zurückgezogen hatte. Bis zur Entlassung des zwischen 1996–1997 amtierenden Premierministers Pavlo Lazarenko, einem Förderer der Holding Tymošenkos, war UESU einer der größten Händler von Erdgas in der Ukraine.

<sup>409</sup> Vgl. EastOne: <http://web.archive.org/web/20190410050215/http://eastonegroup.com/eng/History.php> [15.01.2024].

Investitionen.<sup>410</sup> Gleichzeitig schloss er sich der Abgeordnetengruppe *Trudova Ukrajina* an, die in kurzer Zeit eine Reihe von Parlamentariern anderer Fraktionen für sich gewinnen konnte. Diese Abgeordnetengruppe bildete die Grundlage für die Gründung der ukrainischen Arbeiterpartei (TU). Mit der von Pinčuk unterstützten Gründung der Partei wurde die Abgeordnetengruppe in eine Fraktion umgewandelt.<sup>411</sup> Obwohl die Partei nicht an den Parlamentswahlen 1998 teilgenommen hatte, war sie somit faktisch dennoch ab 1999 im Parlament vertreten. Zusammen mit drei weiteren Parteien, der Grünen Partei der Ukraine (*Partija zelenych Ukrajiny* – PZU), der Demokratischen Union (*Demokratičnij sojuz* – DS) sowie der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (*Social-demokratyčna partija Ukrajiny (obljednana)*) – SDPU(o)), gehörte TU zu jener Gruppe von Parteien, die von Unternehmern aus unterschiedlichen Seilschaften dominiert wurde und sich durch besondere Nähe zum Präsidenten auszeichnete. Pinčuk war somit maßgeblich an der „Samtenen Revolution“<sup>412</sup> beteiligt, bei der es den Fraktionen SDPU(o), der TU sowie der DS Anfang des Jahres 2000 gelang, ein Konglomerat aus insgesamt elf Fraktionen und Abgeordnetengruppen anzuführen, das die Mehrheitsverhältnisse in der Verchovna Rada umkehrte und eine den Präsidenten unterstützende Mehrheit organisierte. Pinčuk gehörte somit gleichzeitig auch zu jenen Akteuren, die 1999 den Wahlkampf Kučmas unterstützten und dessen Wiederwahl sicherten.

Bei der Unterstützung Kučmas kam vor allem auch Pinčuks Medienbeteiligung zum Tragen. Pinčuk kontrollierte zum damaligen Zeitpunkt den *11. Fernsehkanal*, einen lokalen Fernsehsender aus seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k, sowie die auflagenstarke Tageszeitung *Fakty i komentarii*.<sup>413</sup> Kurze Zeit später, im Jahr 2002, übernahm Pinčuk zudem die Kontrolle über den gesamtukrainischen Fernsehsender *ICTV*.<sup>414</sup> In der Berichterstattung von *ICTV* spiegelte sich die Loyalität Pinčuks gegenüber Kučma im Zusammenhang mit der Ermordung des Journalisten Georgij Gongadze besonders eindrucksvoll wider. Gongadze, der

---

<sup>410</sup> Vgl. Verkhovna Rada of Ukraine – Official Web Portal:

[http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan\\_gs09/d\\_ank\\_arh?kod=318103](http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/d_ank_arh?kod=318103) [15.01.2024].

<sup>411</sup> Vgl. hierzu auch: Ott, Alexander (2000a): S. 22f. u. S. 32f.

<sup>412</sup> Ebd. S. 4.

<sup>413</sup> Vgl. Ott (2000b): S. 12f.

<sup>414</sup> Vgl. Kyiv Post: „Corrupt state of Ukrainian TV rooted in politics“, 29.03.2001:

<https://archive.kyivpost.com/article/opinion/op-ed/corrupt-state-of-ukrainian-tv-rooted-in-politics-8117.html>

[15.01.2024]. Der Fernsehkanal *ICTV* wurde bis dahin von Oleksandr Volkov kontrolliert. Volkov fungierte zuvor als PR-Berater Kučmas und leitete Kučmas Wahlkampagne im Präsidentschaftswahlkampf 1999. Nach Kučmas Wiederwahl verlor er jedoch an Einfluss (vgl. hierzu Pleines (2005): S. 80f.). Pinčuk übernahm 2004 zudem die Kontrolle über den Fernsehkanal *STB*. 2009 fasste Pinčuk sämtliche Fernsehkanäle, die er kontrolliert, in der Mediengruppe *StarLightMedia* zusammen. Siehe hierzu: Detector Media: „Teleholding Pinčuka nazivatimet'sja StarLightMedia“ [Pinčuks TV-Holding soll StarLightMedia genannt werden], 11.11.2009: <https://detector.media/withoutsection/article/49163/2009-11-11-telekholdyng-pinchuka-nazyvatymetsya-starlightmedia-logo/> [15.01.2024].

über Korruption in Kučmas nächster Umgebung berichtet hatte, wurde im September 2000 entführt und kurze Zeit später enthauptet aufgefunden. Als später Tonbandaufnahmen an die Öffentlichkeit gelangten, die belegen sollten, dass Kučma persönlich den Mord an Gongadze in Auftrag gab, kam es zu einer Protestbewegung, die unter der Losung „Ukraine ohne Kučma“ demonstrierte und den Rücktritt des Präsidenten forderte. Im Zuge der als „Kučma-Gate-Affäre“ bekannt gewordenen Anschuldigungen zeichnete sich die Berichterstattung von *ICTV* in der Folgezeit vor allem dadurch aus, dass sie den Präsidenten verteidigte und immer wieder scharf die Authentizität der Tonbandaufnahmen in Frage stellte.<sup>415</sup> Die Medienkampagne von *ICTV* zur Verteidigung Kučmas setzte sich auch noch Jahre später fort, als die Staatsanwaltschaft den Fall im Jahr 2011 kurzzeitig wieder aufrollte.<sup>416</sup>

Im Jahr 2000 wurde Pinčuk, der 2002 die Tochter Kučmas, Olena Frančuk<sup>417</sup>, heiratete, offizieller Berater des Präsidenten. Bei den Parlamentswahlen 2002 schloss sich Pinčuk dem Wahlblock *Za jedyntu Ukrajinu* („Für eine geeinte Ukraine“) an, dessen Wahlkampf größtenteils von Pinčuk beziehungsweise der TU organisiert wurde.<sup>418</sup> Dem Wahlblock gelang es nach der Wahl 2002, auch aufgrund späterer Übertritte von Abgeordneten anderer Fraktionen, wieder eine pro-präsidentielle Mehrheit zu bilden. Pinčuk selbst zog bei diesen Wahlen erneut als Direktkandidat aus Dnipropetrovs'k ins Parlament ein.<sup>419</sup>

Sein Vermögen sowie seine herausragende Position in der Metallindustrie konnte Pinčuk während der Präsidentschaft Kučmas sowohl durch die positive wirtschaftliche Entwicklung, die die Ukraine zwischen den Jahren 2000 und 2004 erlebte, als auch durch zwei bedeutende Privatisierungserfolge deutlich ausbauen. Hierbei handelte es sich um ein Aktienkontrollpaket von 50% plus eine Aktie des Eisenlegierungswerks *Nikopol'skyj zavod ferosplaviv* (NZF), das Pinčuks *Interpipe*-Gruppe im Jahr 2003 vom Staat erwerben konnte. Als der größte Produzent von Ferromangan in der Ukraine stellte das Hüttenwerk einen wichtigen Bestandteil der vertikalen Integration der Stahlröhrenproduktion dar, auf die sich Pinčuks *Interpipe* konzentriert hatte. Die zweite bedeutende Privatisierung für Pinčuk stellte der Verkauf des Stahl- und Walzwerks *Kryvorižstal'* dar. Den ebenfalls 2003 zum Verkauf gebotenen 93%-igen Anteil des Werks in der Stadt Kryvyj Rih sicherte sich Pinčuk in einem gemeinsamen Bieterkonsortium (*Investicionno-metallurhičeskij Sojuz – IMS*) mit Rinat Achmetovs Holding

---

<sup>415</sup> Vgl. Koshiw, Jaroslav (2003): *Beheaded. The killing of a journalist*, Reading: Artemia, S. 148.

<sup>416</sup> Vgl. Kyiv Post: „Victor Pinchuk: Friend or foe of Ukraine?“, Kyiv Post, 14.10.2016: <https://www.kyivpost.com/amp/post/7810> [15.01.2024].

<sup>417</sup> Olena Frančuk nahm im Jahr 2010 den Nachnamen ihres Ehemanns Pinčuk an.

<sup>418</sup> Vgl. Pleines (2005): S. 89.

<sup>419</sup> Vgl. Verkhovna Rada of Ukraine – Official Web Portal: <http://itd.rada.gov.ua/mps/info/expage/2283/5> [15.01.2024].

SKM. Im Jahr 2005 wurden Pinčuks Vermögenswerte auf über eine Milliarde US-Dollar geschätzt.<sup>420</sup>

Ab Mitte des Jahres 2004, als sich das unweigerliche Ausscheiden Kučmas andeutet, begann Pinčuk schließlich damit, sich schrittweise aus der Politik zurückzuziehen.<sup>421</sup> Mit dem Ende der zweiten Amtsperiode Kučmas ging auch ein genereller Einflussverlust des Dnipropetrovs'ker Netzwerkes auf Kosten eines Einflussgewinns der Donezker Seilschaft um den damaligen Ministerpräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Janukovyč einher. Zwar distanzierte sich Pinčuk von einer Unterstützung Janukovyčs durch eine neutrale Berichterstattung des TV-Senders *ICTV* auf dem Höhepunkt der Orangen Revolution.<sup>422</sup> Als zentraler Profiteur der Präsidentschaft Kučmas erwies sich Pinčuk nach dem Machtgewinn der Opposition dennoch als „prime candidate for being un-dressed“<sup>423</sup>, um die von Präsident Juščenko und Ministerpräsidentin Tymošenko im Wahlkampf versprochene „Entmachtung der Oligarchen“ durch eine Revision der zuvor unter Kučma erfolgten Privatisierungen einzuleiten. Im Zentrum des Konflikts, in dem sich Pinčuk mit der neu gewählten Führung des Landes nach der Orangen Revolution befand, stand dabei die Privatisierung des landesweit größten Stahlwerkes *Kryvorižstal'*, das wenige Monate vor dem Ausscheiden Kučmas in einer Aufsehen erregenden Privatisierungsauktion unter die Kontrolle von Pinčuk und Achmetov fiel.

### **5.1. Pinčuks zentrales Imageproblem nach der Orangene Revolution**

Bereits vor der Orangen Revolution war die Privatisierung von Großbetrieben Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidentenlager und der Opposition. Letztere sah die Privatisierungsauktionen sowohl als „Ausdruck der Korruptionsnetzwerke zwischen Politik und Oligarchen“ als auch als „Ausverkauf staatlichen Vermögens“<sup>424</sup>. Insbesondere die Privatisierungsauktion von *Kryvorižstal'* erregte große Beachtung, weil sich mit Pinčuk und Achmetov der Schwiegersohn des Präsidenten auf der einen und der zentrale Förderer des späteren Präsidentschaftskandidaten und damaligen Ministerpräsidenten (Janukovyč) auf der anderen Seite zwei Akteure ein Filetstück der ukrainischen Industrie sichern konnten, die über beste Beziehungen zur Regierung und der Präsidentschaftsverwaltung verfügten. Viktor Juščenko, der später die Stichwahl um das Präsidentenamt gegen Janukovyč bestritt, äußerte bereits in seinem Wahlprogramm das Versprechen, dass die Ukraine mit ihm als Präsidenten innerhalb

---

<sup>420</sup> Vgl. *Ukrajins'ka Pravda*: „Smutnye vremena Achmetova i Pinčuka“ [Unruhige Zeiten für Achmetov und Pinčuk], 21.04.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2005/04/21/4387610/> [15.01.2024].

<sup>421</sup> Vgl. Bos (2006): S. 108.

<sup>422</sup> Vgl. Prytula (2006): S. 119.

<sup>423</sup> Zitiert nach Markus (2015): S. 186.

<sup>424</sup> Pleines (2006): S. 5.



eines Jahres „ein ganz anderes Land“ sein werde, „das sich um seine Menschen kümmert und nicht um seine Oligarchen“<sup>425</sup>. Eine zu jener Zeit populäre Losung, die Juščenko im Wahlkampf immer wieder wiederholte, lautete dementsprechend „Banditen ins Gefängnis!“ und richtete sich gegen all jene „Diebe, die sich staatliche Mittel in millionenfacher Höhe auf Kosten der Rentner, Invaliden, der Ärzte und Lehrer angeeignet hatten“<sup>426</sup>. Nach der Orangen Revolution, die Juščenko als Sieger der Präsidentenwahl sowie Julija Tymošenko als Ministerpräsidentin hervorbrachte, spiegelte sich das konfrontative Klima gegenüber den Oligarchen im Allgemeinen und Pinčuk im Speziellen in den Reprivatisierungsplänen der neunten politischen Führung wider. Während Juščenko die Reprivatisierung<sup>427</sup> von 30 Großunternehmen<sup>428</sup> in Erwägung zog, kündigte Tymošenko an, dass das Ziel der Regierung darin bestünde, mehr als 3.000 in der Vergangenheit abgewickelte Privatisierungen zu überprüfen und gegebenenfalls annullieren zu lassen.<sup>429</sup> Reprivatisierungspläne stießen dabei in der Bevölkerung auf breite Unterstützung. Umfragen zufolge sprachen sich über 70% für eine Überprüfung der Privatisierungen aus.<sup>430</sup> Fast ebenso viele Ukrainer waren gleichzeitig der Auffassung, dass die Privatisierung strategisch wichtiger Großunternehmen, darunter *Kryvorіžstal'*, in der Vergangenheit nicht gerecht verlief (67%) und dass diese Unternehmen zurück ins Staatseigentum überführt werden müssten (40%) beziehungsweise eine erneute Privatisierungsauktion durchzuführen sei (22%).<sup>431</sup>

---

<sup>425</sup> Zitiert nach: Wachsmuth, Ralf/Fiebrig, Sebastian (2004): Das Duell Janukowitsch gegen Juschtschenko. Aktuelle Umfragewerte und Wahlprogramme, in: Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 18.08.2004: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/das-duell-janukowitsch-gegen-juschtschenko> [15.01.2024].

<sup>426</sup> Zerkalo Nedeli: „Banditam - tjur'my!“ [Banditen ins Gefängnis!], 14.01.2005: [https://zn.ua/politics\\_archive/banditam\\_tyurmy.html](https://zn.ua/politics_archive/banditam_tyurmy.html) [15.01.2024].

<sup>427</sup> In der Ukraine, wie in anderen Staaten des postsowjetischen Raums, bezeichnet der Begriff „Reprivatisierung“ gewöhnlich die erneute Privatisierung von Betrieben nach deren Rückführung ins Staatseigentum. Grundlage der Rückführung ins Staatseigentum stellen vor allem vorangegangene Privatisierungsfehler dar. Die Reprivatisierung unterscheidet sich somit vom deutschen Verständnis. Hier bezeichnet Reprivatisierung die erneute Überführung von Betrieben ins Privateigentum nach der Rückverstaatlichung und bezieht sich insbesondere auf die Restitution kommunistischen Unrechts, das heißt auf Ausgleichszahlungen an die ehemaligen Eigentümer, die durch Enteignung der damaligen DDR-Regierung Vermögen verloren haben. Vgl. hierzu: Engelking, Olga (2013): Die Revision der Privatisierung in der Ukraine und der Russischen Föderation, Berlin: Pro Universitate Verlag im Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 73f.

<sup>428</sup> Vgl. Korrespondent: „Ukraina poka ne uznaet ‚černyj spisok‘ reprivatizacii“ [Ukraine erkennt „schwarze Liste“ der Reprivatisierung noch nicht an], 31.05.2005: <https://korrespondent.net/business/122727-ukraina-poka-ne-uznaet-černyj-spisok-reprivatizacii> [15.01.2024].

<sup>429</sup> Vgl. Grani.ru: „Timošenko obeščae reprivatizirovat' 3000 ob'ektov“ [Tymošenko verspricht 3000 Objekte zu reprivatisieren], 16.02.2005: <https://graniru.org/Politics/World/Europe/Ukraine/m.84725.html> [15.01.2024].

<sup>430</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Bol'sinstvo ukraincev podderživajut ideju peresmotra itogov privatizacii“ [Die Mehrheit der Ukrainer begrüßt die Idee der Prüfung der Privatisierungsergebnisse], 14.05.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2005/05/14/4388268/> [15.01.2024].

<sup>431</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Ukraincy choťjat vernut' ‚Krivorožstal'‘ gosudarstvu“ [Die Ukrainer wollen „Krivorožstal“ verstaatlicht sehen], 05.07.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2005/07/5/4389884/> [15.01.2024].

*Kryvorižstal'* blieb letzten Endes der einzige Fall, in dem der neuen Regierung die Annullierung der vorangegangenen Privatisierung sowie die erfolgreiche Wiederholung der Privatisierungsauktion gelang. Im Fall des Eisenerzwerkes NZF wurde das 2003 an Pinčuk verkaufte Aktienkontrollpaket an den Staat zurückgegeben. Neben Zerwürfnissen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Juščenko und Tymošenko<sup>432</sup> sah sich die orangene Regierungskoalition – trotz der breiten öffentlichen Unterstützung, vorangegangene Privatisierungen auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls erneute Privatisierungsauktionen durchzuführen – in ihren angekündigten Plänen mit zwei zentralen Problemen konfrontiert. Zum einen waren Gesetzesverstöße, die eine Annullierung der Privatisierungsauktionen begründen könnten, oft kaum zu belegen, „da die Regeln für die Auktionen bewusst legale Manipulationsmöglichkeiten und Schlupflöcher“<sup>433</sup> geschaffen hatten. Zum anderen erlebte die Ukraine in den ersten Monaten nach der Orangen Revolution eine signifikante Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums, was von Beobachtern auf eine durch die Reprivatisierungspläne entstandene Unsicherheit und entsprechende Investitionsrückgänge zurückgeführt wurde.<sup>434</sup> Negative wirtschaftliche Auswirkungen der auch als „vengeful pursuit of the oligarchs“<sup>435</sup> bezeichneten Reprivatisierungspläne wurden dabei mit Bezug auf die Zerschlagung des russischen *Jukos*-Konzerns auch in internationalen Presseberichten, wie etwa dem *Wall Street Journal*, aufgegriffen: „If Ukraine wants to attract foreign capital and claim its spot in the Western club of free market democracies, President Viktor Yushchenko and his government would be wise to steer clear of the Russian model“<sup>436</sup>. Die Grundlage der umstrittenen Unternehmensprivatisierung bildete das im Jahr 2000 vom Fonds für Staatsvermögen (*Fond deržavnoho majna Ukrajiny*) in Abstimmung mit dem Ministerkabinett der Ukraine erarbeitete Privatisierungsprogramm. Dieses

---

<sup>432</sup> Vgl. Kyiv Post: „President slams Tymoshenko; seeks delay of constitutional reforms“, 14.09.2005: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/president-slams-tymoshenko-seeks-delay-of-constitu-23181.html> [15.01.2024] sowie Schuller, Konrad: „Juschtschenkos Doppelschlag“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.2005: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-juschtschenkos-doppelschlag-1258339.html> [15.01.2024]. Wenige Wochen nach der Entlassung Tymošenkos unterzeichnete Juščenko ein Memorandum mit der von Janukovyč geführten Opposition und erklärte sich damit u.a. dazu bereit, sowohl die strafrechtliche Aufarbeitung der Wahlfälschungen vom 21. November 2004 als auch weitere Privatisierungsrevisionen zu beenden. Siehe hierzu: Korrespondent: „Juščenko dogovorilsja s Janukovičem“ [Juščenko hat sich mit Janukovyč geeinigt], 22.09.2005: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/131449-yushchenko-dogovorilsya-s-janukovichem-obnovleno> [15.01.2024].

<sup>433</sup> Pleines (2006): S. 5.

<sup>434</sup> Vgl. Åslund, Anders: *Betraying a Revolution*, in: *The Washington Post*, 18.05.2005: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/05/17/AR2005051701326.html>.

<sup>435</sup> Åslund (2005b): S. 339.

<sup>436</sup> *Wall Street Journal*: „Owner Beware“, 30.06.2005: <https://www.wsj.com/articles/SB112008439871673382> [15.01.2024].



Privatisierungsprogramm wurde vom Parlament im Mai 2000 beschlossen<sup>437</sup>, nachdem es Kučma gelungen war, mit Unterstützung der Oligarchen erstmalig eine pro-präsidentielle Mehrheit im Parlament zu etablieren.<sup>438</sup> Das Privatisierungsprogramm, das Ziele, Prioritäten und Bedingungen der Privatisierung definieren sollte, sah eine Beschleunigung des Privatisierungsprozesses durch Auktionen vor. Ursprünglich war für dieses Privatisierungsprogramm nur eine Laufzeit von zwei Jahren (2000–2002) vorgesehen. Da die Verabschiedung von Nachfolgeprogrammen im Parlament jedoch scheiterte, blieb das Privatisierungsprogramm von 2000 bis zum Ende 2004 – und somit bis zum Ende der zweiten Amtszeit Kučmas – die Grundlage der Privatisierungen.<sup>439</sup> Das erklärte Ziel der geplanten Kapitalprivatisierungen bestand sowohl in der Generierung von Einnahmen für den Staatshaushalt als auch in der Gewinnung strategischer Investoren für Staatsbetriebe.<sup>440</sup>

Für jene Unternehmen, denen eine strategische Bedeutung für die Wirtschaft und die Sicherheit des Landes beigemessen wurde, waren entsprechend des Privatisierungsprogramms qualifizierte Privatisierungsbedingungen vorgesehen. Diese qualifizierten Privatisierungsbedingungen forderten unter anderem, dass Käufer von Aktienkontrollpaketen strategisch wichtiger Unternehmen industrielle Investoren sein mussten. Als industrielle Investoren galten dabei jene Investoren, die ein Interesse belegen konnten, das zu privatisierende Unternehmen „auf dem der Produktion entsprechenden Markt zu erhalten“<sup>441</sup>. Hierzu musste ein Investor „mindestens drei Jahre lang selbst Produkte hergestellt oder Dienstleistungen bzw. Arbeiten erbracht haben, die mit den Produkten, Dienstleistungen oder Arbeiten des zu privatisierenden Unternehmens identisch sind“ oder „seit mindestens einem Jahr ein Unternehmen beherrsch[en], das die obigen Voraussetzungen erfüllt.“<sup>442</sup> Neben diesen qualifizierten Privatisierungsbedingungen, die für jede Privatisierungsaktion entsprechend individualisiert wurden, konnte der Fonds für Staatsvermögen darüber hinaus zusätzliche Privatisierungsbedingungen festlegen, die die bereits formulierten qualifizierten Bedingungen zur Teilnahme an einer Privatisierungsauktion ergänzten und somit auch das Teilnehmerfeld einer Privatisierungsauktion weiter restringierten. Dabei wurde beispielsweise der relevante Markt, auf dem ein potenzieller Käufer des entsprechenden Aktienkontrollpakets bestimmte Tätigkeiten nachweisen musste, häufig als der ukrainische Markt definiert. Ausländische

---

<sup>437</sup> Vgl. Zakon Ukrainu - Pro Deržavnu prohramu pryvatyzaciji Privatisierungsprogramm [Gesetz der Ukraine – Über das staatliche Privatisierungsprogramm], No. 1723-III, 18. Mai 2000: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1723-14#Text> [15.01.2024]. Vgl. hierzu auch: Engelking (2013): S. 20.

<sup>438</sup> Siehe hierzu Kapitel 3.3. dieser Arbeit.

<sup>439</sup> Vgl. Pleines (2008a): S. 1189f.

<sup>440</sup> Vgl. ebd. S. 1189.

<sup>441</sup> Engelking (2013): S. 87.

<sup>442</sup> Ebd.

Bieter, die entsprechende Investitionen und Arbeitserfahrungen auf dem ukrainischen Markt nicht vorweisen konnten, wurden dementsprechend ausgeschlossen, während ukrainische Holdings, als die einzigen Akteure mit der notwendigen Finanzkraft zur Teilnahme an den Auktionen, bevorteilt wurden.<sup>443</sup>

Neben der Diskriminierung ausländischer Investoren durch die Ausgestaltung der Privatisierungsbedingungen wies der Privatisierungsprozess eine Reihe von Möglichkeiten der Manipulation durch die zuständigen Organe der staatlichen Exekutive auf. Hierzu gehörte, dass die Kommission der jeweiligen Privatisierungsauktion keine Begründung über den endgültigen Bieterzuschlag zu geben hatte und somit faktisch keine Rechenschaftspflicht besaß. Ferner wurden Privatisierungsauktionen häufig derart kurzfristig angesetzt, dass nur Insider die Möglichkeit hatten, ein entsprechendes Angebot auszuarbeiten und fristgerecht einzureichen: "The period from publication of the call for bids up to the deadline for submission of offers amounted in extreme cases to only one month, which was too little time to appraise the value of the enterprise on offer, to develop an investment plan and to form a consortium for the submission of a bid."<sup>444</sup> Ein Informationsvorsprung für Insider wurde auch dadurch erreicht, dass Vertreter ukrainischer Holdings vor Durchführung der Privatisierungsauktion zu Verwaltern der Staatsanteile ernannt werden konnten oder sich gar über Kreditvergabe an Staatsunternehmen als Gläubiger ein Mitspracherecht beim Unternehmensverkauf zusichern konnten. Durch Diskriminierung ausländischer Investoren, Informationsvorsprünge für Insider sowie eine intransparente Verfahrensgestaltung konnten die Privatisierungsauktionen durch die vom Präsidentenlager kontrollierte Exekutive somit auf bestimmte ukrainische Investoren zugeschnitten werden. Durch den geschaffenen Mangel an Wettbewerb gelang es dabei schließlich auch, die Kaufpreise der entsprechenden Unternehmensanteile nach unten zu drücken und letzten Endes die Kontrolle von Staatsunternehmen, gemessen an ihrem Jahresgewinn, zu äußerst günstigen Preisen zu verkaufen.<sup>445</sup>

Nach der Orangen Revolution kam es zwischen der neu gewählten Regierung und Viktor Pinčuk zu zwei zentralen Eigentumskonflikten. Der erste Konflikt betraf das Stahlwerk *Kryvorižstal'*. *Kryvorižstal'* gilt als das größte Stahl- und Walzwerk in der Ukraine und stellt nach wie vor eines der wichtigsten metallurgischen Unternehmen des Landes dar. Die ursprüngliche Privatisierung des in der Stadt Kryvyj Rih (Oblast' Dnipropetrovs'k) ansässigen Unternehmens erfolgte im Juni 2004. Zu diesem Zeitpunkt machte *Kryvorižstal'* einen Anteil

---

<sup>443</sup> Vgl. Pleines (2008a): S. 1190.

<sup>444</sup> Ebd. S. 1191.

<sup>445</sup> Vgl. ebd. S. 1192.

von etwa 20% der gesamten ukrainischen Stahlproduktion aus, die ihrerseits etwa 30% des ukrainischen Staatshaushaltes erwirtschaftete. *Kryvorižstal'* galt dabei als eines der wenigen rentablen Staatsunternehmen.<sup>446</sup> Aufgrund der strategischen Bedeutung, die dem Unternehmen *Kryvorižstal'* für die nationale Sicherheit der Ukraine beigemessen wurde,<sup>447</sup> legte der Fonds für Staatsvermögen entsprechende qualifizierte Privatisierungsbedingungen fest, die die Voraussetzung für Teilnahme an der Privatisierungsauktion darstellten. Diese Bedingungen sahen vor, dass ein potentieller Investor eine mehrjährig gewinnbringende Produktionen in der Branche von *Kryvorižstal'* aufweisen musste.<sup>448</sup> Durch die zusätzliche Bestimmung, dass ein möglicher Käufer von *Kryvorižstal'* zudem in den vorangegangenen drei Jahren mindestens eine Million Tonnen Koks sowie zwei Millionen Tonnen Walzstahl in der Ukraine produziert haben musste, war für ausländische Investoren, die zuvor ein Interesse am Kauf von *Kryvorižstal'* zum Ausdruck gebracht hatten, eine erfolgreiche Teilnahme an der Privatisierungsauktion aussichtslos. Hierzu gehörten unter anderem das russische Unternehmen *Severstal'*, das zusammen mit dem Unternehmen *Arcelor* ein Konsortium bildete, sowie das indische Unternehmen *TATA Steel* und ein internationales Konsortium der *LNМ Group* und *US Steel*.<sup>449</sup>

Dass es schließlich dem ukrainischen Konsortium *Investicionno-metallurģičeskij Sojuz* (IMS) gelang, den bei der Privatisierungsauktion zum Verkauf gebotenen 93%-igen Anteil von *Kryvorižstal'* zu kaufen, war dementsprechend nicht überraschend. Das Konsortium IMS, das sich zu 56,25% aus Achmetovs SKM und zu 43,75% aus Pinčuks *Interpipe* zusammensetzte, zahlte hierfür umgerechnet knapp 800 Mio. US-Dollar. Ausländische Investoren sollen indes bereit gewesen sein, bis zu 1,2 Mrd. US-Dollar für das Unternehmen zu zahlen.<sup>450</sup> Der Summe der Versteigerung entsprach in etwa drei Nettojahresgewinnen des Unternehmens und war somit ausgesprochen günstig.<sup>451</sup> Aufgrund des günstigen Verkaufspreises sowie des

---

<sup>446</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Aukcion po prodazhe kompanii ‚Krivorožstal‘ – eto takoe mošenničestvo, kotoroe uže pochože na šutku“ [Die Auktion für den Verkauf von ‚Krivorožstal‘ ist ein solcher Betrug, dass sie bereits wie ein Witz aussieht], 11.06.2004:

[https://zn.ua/internal/auksion\\_po\\_prodazhe\\_kompanii\\_krivorozhstal\\_eto\\_takoe\\_moshennichestvo\\_kotoroe\\_uz\\_he\\_pohozhe\\_na\\_shutku.html](https://zn.ua/internal/auksion_po_prodazhe_kompanii_krivorozhstal_eto_takoe_moshennichestvo_kotoroe_uz_he_pohozhe_na_shutku.html) [15.01.2024].

<sup>447</sup> Vgl. Den': „Michail Čečetov: ‚Krivorožstal‘ budet prodana...dorogo“ [Michail Čečetov: ‚Krivorožstal‘ wird verkauft...teuer], 09.06.2004: <https://day.kyiv.ua/ru/article/panorama-dnya/mikhail-chechetov-krivorozhstal-budet-prodana-dorogo> [15.01.2024].

<sup>448</sup> Vgl. Pleines (2006): S. 4.

<sup>449</sup> Vgl. Vedomosti: „Severstal“ delit riski“ [‚Severstal‘ teilt Risiken], 11.05.2004: <https://www.vedomosti.ru/newspaper/articles/2004/05/11/severstal-delit-riski> [15.01.2024] sowie Den': „Michail Čečetov: ‚Krivorožstal‘ budet prodana...dorogo“ [Michail Čečetov: ‚Krivorožstal‘ wird verkauft...teuer], 09.06.2004: <https://day.kyiv.ua/ru/article/panorama-dnya/mikhail-chechetov-krivorozhstal-budet-prodana-dorogo> [15.01.2024].

<sup>450</sup> Vgl. Pleines (2008a): S. 1183.

<sup>451</sup> Vgl. ebd.: S. 1193.

offensichtlichen Zuschneidens der Privatisierungsbedingungen auf das Konsortium von Pinčuk und Achmetov bezeichnete die Zeitschrift *Economist* die Privatisierung von *Kryvorižstal'* als „rigged so blatantly as to be a joke“<sup>452</sup>. Der einzige neben IMS zugelassene Mitbewerber, die zur Unternehmensholding *Industrial'nyj Sojuz Donbassa* gehörende *Investicijonaja Gruppya* (IG), ging nach dem Verkauf von *Kryvorižstal'* gerichtlich gegen den Ausgang der Privatisierung vor. Eine entsprechende Klage der IG gegen die Privatisierungsbehörden, die sich unter anderem auf die Veröffentlichungsfrist der Ausschreibung sowie die Wirksamkeit der qualifizierten Privatisierungsbedingungen bezog, wurde jedoch sowohl vom zuständigen Kyjiwer Wirtschaftsgericht als auch dem Obersten Wirtschaftsgericht der Ukraine abgewiesen.<sup>453</sup>

Nur wenige Tage nach dem Amtsantritt von Präsident Juščenko und Ministerpräsidentin Tymošenko in Folge der Orangen Revolution beantragte die Generalstaatsanwaltschaft (GPU) beim Obersten Gericht die Annullierung der zuvor im Oktober 2004 getroffene Gerichtsentscheidung über die Rechtmäßigkeit der Privatisierung des Stahlwerkes *Kryvorižstal'*. Diesem Antrag folgte das Oberste Gericht der Ukraine und erklärte im März 2005 die Unrechtmäßigkeit der Privatisierung. Kurze Zeit später erklärte dann das Wirtschaftsgericht Kyjiw die Privatisierungsakte und den Kauf von *Kryvorižstal'* für nichtig und ordnete die Rückgabe der zuvor veräußerten Unternehmensaktien in das Staatsvermögen an. Seine Entscheidung begründete das Gericht unter anderem damit, dass die notwendige Frist der Ausschreibung nicht eingehalten wurde und dass die Zusätze der qualifizierten Privatisierungsbedingungen aufgrund der Diskriminierung nicht-ukrainischer Investoren unwirksam gewesen seien. Das Konsortium IMS musste daraufhin die Unternehmensaktien gegen Erstattung des Kaufpreises an den Fonds für Staatsvermögen zurückgeben.<sup>454</sup> Im Oktober 2005 kam es schließlich zur erneuten Privatisierung von *Kryvorižstal'*, zu der dieses Mal auch ausländische Bieter zugelassen wurden. Die Auktion, die landesweit im Fernsehen übertragen wurde, gewann das Unternehmen *Mittal Steel Germany*. Der Verkaufspreis von 4,8 Mrd. US-Dollar war dabei sechs Mal höher als der ursprüngliche Erlös aus dem Verkauf von *Kryvorižstal'* an die Unternehmen Pinčuks und Achmetovs. Zudem wurden dem Käufer umfangreiche soziale und Investitionsverpflichtungen auferlegt. Das Konsortium IMS hatte zuvor erfolglos gegen die Annullierung der Privatisierung vor mehreren ukrainischen Gerichten geklagt. Ferner reichte es gegen die Ukraine Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof

---

<sup>452</sup> The Economist: „Steel crazy. Ukraine gives foreigners the finger“, 27.05.2004: <https://www.economist.com/business/2004/05/27/steel-crazy> [15.01.2024].

<sup>453</sup> Vgl. Engelking (2013): S. 89.

<sup>454</sup> Für eine juristische Bewertung des Verfahrens siehe ebd.: S. 90ff.

für Menschenrechte ein. In dieser Beschwerde fügte das Konsortium von Pinčuk und Achmetov an, dass die Annullierung der Unternehmensprivatisierung von *Kryvorižstal'* aus politischen Gründen erfolgt sei, weil Achmetov und Pinčuk zuvor die Präsidentschaftskandidatur Janukovyčs unterstützt hätten.<sup>455</sup>

Der zweite zentrale Konflikt zwischen der Regierung und Pinčuk entwickelte sich nach der Orangen Revolution um Pinčuks Beteiligungen am Eisenlegierungswerks *Nikopol'skyj zavod ferosplaviv* (NZF). 2003 war es dem Konsortium *Pridneprov'e*, an dem Pinčuks Interpipe Holding zu einhundert Prozent beteiligt war, gelungen, sich im Zuge von zwei Privatisierungsauktionen ein Aktienkontrollpaket über 50% plus eine Aktie des in der Stadt Nikopol' (Oblast' Dnipropetrovs'k) ansässigen Eisenlegierungswerks für einen Kaufpreis von ca. 77,5 Mio. US-Dollar zu sichern. Weitere 23% des Unternehmens kaufte *Pridneprov'e* 23% später auf dem Aktienmarkt hinzu.<sup>456</sup> Ähnlich wie im Fall der ursprünglichen Privatisierung von *Kryvorižstal'* waren auch bei der Privatisierung von NZF qualifizierte Bedingungen vorgesehen, die bestimmte Investoren von einer Teilnahme an den Privatisierungsauktionen ausschloss. Maßgeblich war hierbei die Einschränkung, dass an der Privatisierungsauktion nur ein Investor teilnehmen konnte, der „Erfahrung in der Verwaltung eines Kontrollpakets von Aktien (als Eigentümer oder Bevollmächtigter) eines Aluminiumwerkes nachweisen konnte, das (...) NZF ähnlich war.“<sup>457</sup> Das Konsortium *Pridneprov'e*, das zuvor bereits das staatliche Aktienpaket von NZF verwaltet hatte, war somit letztlich der einzige Bieter, der zur Teilnahme an der Privatisierungsauktion zugelassen wurde. Zu den Investoren, die nicht zugelassen wurden, gehörte die *Privat*-Gruppe von Ihor Kolomojs'kyj.

Wie im Fall von *Kryvorižstal'* bewirkte die neue Regierung nach ihrem Amtsantritt eine rechtliche Untersuchung der Privatisierungsauktion, woraufhin die Generalstaatsanwaltschaft im April 2005 einen Antrag an das Oberste Gericht der Ukraine stellte und forderte, die Veräußerung des Aktienkontrollpakets an *Pridneprov'e* für rechtswidrig zu erklären.<sup>458</sup> Kurze Zeit später, am 25. Juli 2005, ordnete das Kyjiwer Wirtschaftsgericht an, die an *Pridneprov'e* veräußerten Anteile von NZF im Umfang von 25% zu beschlagnahmen und ins Staatsvermögen zu überführen. Während des anschließenden Berufungsverfahrens soll Pinčuk versucht haben,

---

<sup>455</sup> Vgl. European Court of Human Rights, Application no. 10640/05 by Industrial Financial Consortium “Investment Metallurgical Union” against Ukraine lodged on 22 March 2005, 08.12.2008: <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22:%5B%22001-120705%22%5D%7D> [15.01.2024].

<sup>456</sup> Vgl. Kommersant: „Beskontrol'nyj paket“ [Paket ohne Kontrolle], 29.08.2005: <https://www.kommersant.ru/doc/604363> [15.01.2024].

<sup>457</sup> Engelking (2013): 101.

<sup>458</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „U Pinčuka zabyrajut' šče odyň zavod, za jakyj vin do vho borovsja iz Pryvatom“ [Ein weiteres Werk, um das Pintschuk lange Zeit mit Pryvat gekämpft hat, wird ihm weggenommen], 21.04.2005: <https://www.pravda.com.ua/news/2005/04/21/3009073/> [15.01.2024].

einer Rückverstaatlichung seiner Unternehmensanteile zuvorzukommen und seine Aktien an die russische Unternehmensholdings *Renova* (Viktor Veksel'berg) sowie die *Evrax*-Gruppe (Aleksandr Abramov) für 400 Mio. US-Dollar zu verkaufen. Am 26. August 2005 wurde das Gerichtsurteil vom Obersten Wirtschaftsgericht der Ukraine bestätigt und die qualifizierten Privatisierungsbedingungen für unwirksam erklärt. Wenige Tage nach dieser Gerichtsentscheidung kam es in der Stadt Nikopol zu Protesten der Belegschaft von NZF, die sich gegen den Versuch der Regierung richteten, ein neues Management in dem Unternehmen einzusetzen.<sup>459</sup> Der Vorwurf gegenüber der Regierung um Ministerpräsidentin Tymošenko lautete dabei, dass sie Interessen der *Privat*-Gruppe Kolomojs'kyjs lobbyiere und Kolomojs'kyj dabei unterstütze, durch eine anvisierte erneute Privatisierung die Kontrolle über NZF zu übernehmen. Unmittelbar nach diesen Protesten entließ Präsident Juščenko die Regierung Tymošenkos unter dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs. Juščenko verwies dabei explizit auf Konflikt um das Hüttenwerk in Nikopol und bekräftigte die Vorwürfe, dass Tymošenko die Interessen der *Privat*-Gruppe vertreten habe.<sup>460</sup> Im Zuge nachfolgender langjähriger Rechtsstreitigkeiten erließ das ukrainische Parlament 2006 schließlich ein Moratorium über eine erneute Privatisierung von NZF.<sup>461</sup>

### 5.1.1. Pinčuks öffentliche Selbstdarstellung

Pinčuk hat vom Beginn der Orangen Revolution bis zum Ende des Jahres 2005, das heißt, in der Phase, in der er erhöhtem Legitimationsdruck ausgesetzt gewesen ist, mehrere öffentliche Interviews gegeben, anhand derer sich seine öffentliche Selbstdarstellung analysieren lässt. Es handelt sich dabei um insgesamt fünf Interviews mit Pinčuk, die von ukrainischen Medien veröffentlicht wurden, sowie um ein weiteres Interview, das in der russischen Tageszeitung *Vedomosti* erschien. Ferner verfasste Pinčuk in dem hier betrachteten Zeitraum einen Namensbeitrag, den die ukrainische Wochenzeitschrift *Dzerkalo Tynžial/Zerkalo Nedeli* veröffentlichte. Drei der insgesamt sechs Interviews erschienen zwischen Dezember 2004 und Februar 2005 und somit kurze Zeit vor oder kurze Zeit nach dem Regierungswechsel in Folge der Orangen Revolution. Die übrigen drei Interviews sowie der Namensbeitrag erschienen

---

<sup>459</sup> Vgl. Radio Free Europe/Radio Liberty: „Kuchma Son-In-Law Protests Ukrainian Government Moves“, 01.09.2005: <https://www.rferl.org/a/1061105.html> [15.01.2024] sowie Kyiv Post: „Supporters of Ukrainian Steel Plant's Ex-Owners Hold Protest Rally“, 02.09.2005: <https://archive.kyivpost.com/article/content/business/supporters-of-ukrainian-steel-plants-ex-owners-hold-23132.html> [15.01.2024].

<sup>460</sup> Vgl. Kyiv Post: „President slams Tymoshenko; seeks delay of constitutional reforms“, 14.09.2005: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/president-slams-tymoshenko-seeks-delay-of-constitu-23181.html> [15.01.2024].

<sup>461</sup> Vgl. Kommersant: „Kak borolis' za Nikopol'skij zavod ferrosplavov“ [Wie sie für das Ferrolegierungswerk Nikopol' gekämpft haben], Kommersant, 17.08.2011: <https://www.kommersant.ru/doc/1753239> [15.01.2024].



zwischen September 2005 und Dezember 2005 und somit wiederum kurze Zeit vor oder kurze Zeit nach den Entscheidungen bezüglich der Eigentumskonflikte um das Stahlwerk *Kryvorižstal'* und das Eisenlegierungswerk NZF.

### Übersicht zu Interviews und Namensbeiträgen von Viktor Pinčuk

	Art der Veröffentlichung	Titel/Überschrift der Veröffentlichung	Datum der Veröffentlichung	Medium
1	Interview	„Viktor Pinčuk: ‚Wir sollen nicht ‚orange‘ oder ‚weiß-blau‘ sein, wir sollen gelb-blau sein, in den Farben der ukrainischen Nationalflagge“ <sup>462</sup>	07.12.2004	<i>Fakty i komentarii</i>
2	Interview	„Volksabgeordneter Viktor Pinčuk: ‚Wir haben mit Steven Spielberg vereinbart, einen Dokumentarfilm über die Ukraine zu machen. Über die Tragödie von Babyn Jar...“ <sup>463</sup>	14.01.2005	<i>Fakty i komentarii</i>
3	Interview	„Bürger Milliardär“ <sup>464</sup>	12.02.2005	<i>Korrespondent</i>
4	Interview <i>(Auszüge des Interviews der Zeitschrift Korrespondent vom 12.02.2005)</i>	„Viktor Pinčuk: Für Rinat Achmetov und mich ist es sehr wichtig, in der Ukraine und auf der Welt eine Reputation als ehrliche Geschäftsmänner und Patrioten zu haben“ <sup>465</sup>	16.02.2005	<i>Fakty i komentarii</i>
5	Interview	„Interview: Viktor Pinčuk, Gründer der Gruppe ‚Interpajp“ <sup>466</sup>	15.09.2005	<i>Vedomosti</i>
6	Interview	„(...) Pinčuk: Ich möchte ungern noch einmal Abgeordneter sein“ <sup>467</sup>	15.10.2005	<i>Ukrajins'ka Pravda</i>

<sup>462</sup> Fakty i komentarii: „Viktor Pinčuk: ‚My ne dolžny byt‘ ‚oranževymi‘ ili ‚belo-golubymi‘, my dolžny byt‘ želto-blakitnymi – po cvetu nacional'nogo ukrainskogo flaga!“ [Wir sollten nicht ‚orange‘ oder ‚weiß-blau‘ sein, wir sollten gelb-blau sein – in den Farben der ukrainischen Nationalflagge!], 07.12.2004: <https://fakty.ua/ru/print/61777> [15.01.2024].

<sup>463</sup> Fakty i komentarii: „Narodnyj deputat Viktor Pinčuk: ‚My dogovorilis‘ so Stivenom Spielbergom sdelat' dokumental'nyj fil'm ob Ukrainie. O tragedii v Bab'em Jar...“ [Volksabgeordneter Viktor Pinčuk: ‚Wir haben mit Steven Spielberg vereinbart, einen Dokumentarfilm über die Ukraine zu machen. Über die Tragödie von Babyn Jar“], 14.01.2005: <https://fakty.ua/ru/print/61110> [15.01.2024].

<sup>464</sup> Korrespondent: „Graždanin milliarder“ [Bürger Milliardär], 12.02.2005: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/867/korr5\\_11-02-2005.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/867/korr5_11-02-2005.pdf) [15.01.2024].

<sup>465</sup> Fakty i komentarii: „Viktor Pinčuk: ‚Dlja nas s Rinatom Achmetovym očen' važna reputacija čestnyh biznesmenov i patriotov Ukrainy v mire i strane“ [Viktor Pinčuk: ‚Für Rinat Achmetov und mich ist es sehr wichtig, in der Ukraine und auf der Welt eine Reputation als ehrliche Geschäftsmänner und Patrioten zu haben“], 16.02.2005: <https://fakty.ua/ru/print/53268> [15.01.2024].

<sup>466</sup> Vedomosti: „Interv'ju: Viktor Pinčuk, osnovatel' grupy ‚Interpajp“ [Interview: Viktor Pinčuk, Gründer der Gruppe ‚Interpajp“], 15.09.2005: <https://www.vedomosti.ru/newspaper/articles/2005/09/15/intervyu-viktor-pinchuk-osnovatel-gruppy-interpajp> [15.01.2024].

<sup>467</sup> Ukrajins'ka Pravda: „(...) Pinčuk: Mne by ne chotelos' vnov' idti v deputaty“ [Pinčuk: Ich möchte ungern noch einmal Abgeordneter sein], 15.10.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2005/10/15/4392947/> [15.01.2024].

7	Interview	„Viktor Pinčuk: ‚Ich habe alle zwei Tage als Nachtwächter in einer Fabrik gearbeitet‘“ <sup>468</sup>	14.12.2005	<i>Fakty i komentarii</i>
8	Namensbeitrag	„Kapital“ <sup>469</sup>	16.12.2005	<i>Zerkalo Nedeli</i>

Anhand dieser Dokumente lassen sich die folgenden zentralen Elemente der Selbstdarstellung Pinčuks identifizieren:

- **Abgrenzung von der Elite und Elitenkritik**

Das erste Element der Selbstdarstellung Pinčuks besteht darin, dass er eine allgemeine Kritik an der ukrainischen Elite vornahm und sich somit implizit wie auch explizit von der Elite abgrenzte. Im Unterschied zu einer spezifischen Elitenkritik richtete sich diese Elitenkritik nicht gegen konkrete Personen aus der Elite. Gleichzeitig erstreckte sich diese Form der von Pinčuk gehäuften Kritik an der ukrainischen Elite jedoch keineswegs über den gesamten hier betrachteten Zeitraum, sondern erfolgte vor allem zum Beginn der Orangen Revolution. Sie kommt dementsprechend signifikant in einem Interview zum Ausdruck, das in der von Pinčuk kontrollierten Zeitung *Fakty i komentarii* mit der Überschrift „Viktor Pinčuk: ‚Wir sollen nicht ‚orange‘ oder ‚weiß-blau‘ sein, wir sollen gelb-blau sein, in den Farben der ukrainischen Nationalflagge!“<sup>470</sup> am 07. Dezember 2004 veröffentlicht wurde. Wenige Tage vor der Veröffentlichung dieses Interviews hatte das Oberste Gericht der Ukraine die Stichwahl um das Präsidentenamt, aus der am 21. November 2004 Viktor Janukovyč als der erklärte Sieger hervorging, für ungültig erklärt. Dieser Gerichtsentscheidung war eine Klage über Wahlfälschungen des Oppositionskandidaten Viktor Juščenko sowie eine Mobilisierung zu Massendemonstrationen in der Hauptstadt Kyjiw durch die Opposition vorausgegangen. Das Interview fiel somit in eine Phase, die von starken Spannungen zwischen zwei miteinander konkurrierenden politischen Lagern geprägt gewesen ist. Diese Phase markierte gleichzeitig den Beginn der Orangen Revolution, deren Ausgang zu diesem Zeitpunkt allerdings noch ungewiss gewesen ist.

Seine Kritik an der politischen Elite knüpfte Pinčuk dabei an allgemeine Solidaritätsbekundungen gegenüber den Demonstranten, die er auf dem Kyjiwer Unabhängigkeitsplatz besucht habe und deren Parolen für den Kampf gegen die Korruption und

<sup>468</sup> Fakty i komentarii: „Viktor Pinčuk: ‚Nočnym storožem na zavode ja rabotal čerez každye dva dnja...‘“ [Viktor Pinčuk: „Ich habe alle zwei Tage als Nachtwächter in einer Fabrik gearbeitet...“], 14.12.2005: <https://fakty.ua/ru/print/60416> [15.01.2024]

<sup>469</sup> Zerkalo Nedeli: „Kapital“ [Kapital], 16.12.2005: [https://zn.ua/politics\\_archive/kapital.html](https://zn.ua/politics_archive/kapital.html) [15.01.2024].

<sup>470</sup> Fakty i komentarii, 07.12.2004 [Fn. 462].



einer demokratischen Transformation Pinčuk als „prinzipiell richtig“ bezeichnet.<sup>471</sup> Die Beschreibung des persönlichen Besuchs des Protestlagers auf dem Majdan diente jedoch nicht nur dazu, Solidarität gegenüber den Demonstranten auszudrücken, sondern vor allem dazu, sich von anderen Politikern abzugrenzen und ihnen einen Mangel an Volksnähe vorzuwerfen:

„[W]enn Politiker der einen und der anderen Seite sich öfters auf dem Majdan aufhalten würden, sich mit den Menschen unterhalten würden, dann würden sie besser verstehen, was derzeit los ist.“<sup>472</sup>

Pinčuk warf der Elite zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht nur mangelnde Volksnähe vor, sondern gleichzeitig auch, dass sie die Demonstranten für den eigenen Machtgewinn instrumentalisieren:

„Ich möchte niemanden beleidigen. Aber genau diese Menschen spielen manchmal in den Händen von bestimmten Leuten die Rolle einer unkontrollierbaren Masse. Genau an diesen Menschen werden prinzipiell richtige Parolen, wie der Kampf gegen Korruption, die demokratische Transformation und so weiter, ausgefeilt. (...) Ich habe die Augen dieser Kerle auf den Kyjiwer Straßen gesehen, wie sie heilig an das glauben, was man ihnen erzählt. ...Aber dann kommen Leute, die die Staatsmacht bekämpfen wollen. Sie sind nicht weniger korrupt als Diejenigen, die sie zu Fall bringen möchten. Und das ist dann nicht mehr ein Kampf für Demokratie, sondern ein Kampf um die Macht, mit all seinen Ressourcen (...).“<sup>473</sup>

Machtbestreben einer grundsätzlich korrupten Elite attestierte Pinčuk jedoch nicht nur der Opposition, sondern auch dem Lager Janukovyčs. Während die Opposition allerdings mit der Mobilisierung der Massen den effektiven Einsatz „altbekannter Technologien“ betreibt, zeichne sich das Lager Janukovyčs durch Unvermögen aus, da dieses die „Technologie“ der Massenmobilisierung nicht beherrsche:

„Sie [die Opposition] hat erfolgreich eine altbekannte Technologie zur Anwendung gebracht. Das Team Janukovyčs erwies sich dazu nicht im Stande. Das heißt jedoch nicht, dass sie sich anders verhalten hätte, wenn sie diese Technologie gekannt hätte.“<sup>474</sup>

Dass er seine Kritik gleichsam an das Oppositionslager um den Präsidentschaftskandidaten Juščenko und das Janukovyč-Lager richtete, unterstrich Pinčuk schließlich auch dadurch, dass er davon ausging, dass beide Seiten Wahlfälschungen betrieben hätten:

„Ich bin zum Beispiel davon überzeugt, dass es Verstöße von beiden Seiten gegeben hat. Wohlgermerkt wahrscheinlich sowohl im ersten als auch im zweiten Wahlgang. Das muss man einräumen.“<sup>475</sup>

Einzig die politische Führung um Präsident Kučma nahm Pinčuk von seiner Kritik gegenüber der politischen Elite explizit aus, da diese durch den Gewaltverzicht gegenüber den Demonstranten ihre demokratische Verfasstheit unter Beweis gestellt habe:

---

<sup>471</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 07.12.2004 [Fn. 462].

<sup>472</sup> Ebd.

<sup>473</sup> Ebd.

<sup>474</sup> Ebd.

<sup>475</sup> Ebd.

„Die Staatsmacht hat in dieser Zeit demonstriert (ungeachtet der Grundlage, die ihr die Verfassung gibt!), dass unsere Staatsmacht demokratisch ist, dass sie nicht vorhat, Gewalt gegen das protestierende Volk anzuwenden. Selbst dann, wenn das Ministerkabinett oder die Präsidentschaftsadministration blockiert wird...“<sup>476</sup>

Neben der Abgrenzung von der politischen Elite distanzierte sich Pinčuk auch von der *Wirtschaftselite*. Diese Distanzierung kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass er angab, für Janukovyč gestimmt zu haben und ankündigte, dies auch bei der Wiederholung der Stichwahl um das Präsidentenamt zu tun. Viele andere Parlamentsabgeordnete hätten sich indes auf das Wahlgeheimnis berufen und öffentlich nicht derartig Position bezogen:

„Ich habe für Janukovyč gestimmt. Und für ihn werde ich auch am 26. Dezember stimmen... Aber wissen Sie, warum einige Politiker so pfiffig antworten [nicht sagen, für wen sie gestimmt haben]? Im Parlament gibt es sehr viele Geschäftsmänner. Ein Politiker muss nicht nur riskieren, er ist dazu sogar verpflichtet. Und er riskiert, wenn es die Situation erfordert. Aber ein Geschäftsmann kann und soll sein Geschäft nicht riskieren. Er muss entweder so ‚windschnittig‘ sein, dass er den Einen und den Anderen unterstützt, oder neutral sein. Ein Politiker hat dazu kein Recht. Ein echter Politiker muss immer bereit sein, in die Opposition zu gehen. Wenn allerdings in unserem Parlament eine ganze Reihe von Politiker-Geschäftsmännern (oder vielmehr Geschäftsmänner-Politikern) existiert, verkrüppelt das gesamte System. In so einer Situation muss sich der Mensch in einen fortwährenden Widerspruch mit sich selbst begeben (das trifft übrigens auch auf mich zu, auch wenn ich schon vor langer Zeit gesagt habe, dass ich mich prinzipiell für das Business entscheiden möchte). Sie müssen immer wieder entscheiden, wo sie stehen: auf der Seite der Staatsmacht oder auf der Seite der Opposition. Aber wie kann ein Geschäftsmann in Opposition zur Regierung stehen? Das ist absurd! Ein Geschäftsmann kann in der Politik niemals in Opposition zur Regierung stehen. A priori.“<sup>477</sup>

Die geäußerte Unterstützung Janukovyčs brachte Pinčuk dabei insofern in Einklang mit der von ihm geäußerten Kritik an der politischen Elite, als dass er ebenso ankündigte, seine Wahlentscheidung davon abhängig zu machen, wie Janukovyč seinen Wahlkampf führen werde:

„(...) [I]ch bin keine politische Prostituierte. (...) [W]ir alle müssen im Stande sein, würdig zu gewinnen, aber auch würdig zu verlieren. Aber ich werde Janukovyč nur unter einer Voraussetzung unterstützen – wenn er eine aktive, ehrliche und transparente Wahlkampagne führen wird.“<sup>478</sup>

- **Spezifische Elitenkritik und Abgrenzung von konkreten Akteuren**

Neben der allgemeinen Kritik an der ukrainischen Elite besteht das zweite Element der Selbstdarstellung Pinčuks in der spezifischen Kritik an konkreten Akteuren der ukrainischen Elite und einer dementsprechend implizit erfolgten Abgrenzung von diesen Personen. Hierbei handelt es um Kritik, die Pinčuk an Julija Tymošenko äußerte. Tymošenko wurde kurz nach

---

<sup>476</sup> Fakty i komentarii, 07.12.2004 [Fn. 462].

<sup>477</sup> Ebd.

<sup>478</sup> Ebd.

der Orangen Revolution von Präsident Juščenko zur Ministerpräsidentin ernannt. Vor der Orangen Revolution agierte sie als treibende Kraft der Opposition gegen die Regierung Kučmas und erregte nach ihrem Antritt als Ministerpräsidentin vor allem durch ihre umfassenden Reprivatisierungspläne Aufsehen. Auch im Fall der von Pinčuk geäußerten spezifischen Kritik an Tymošenko erfolgte diese jedoch nicht über den gesamten hier betrachteten Zeitraum, sondern erst unmittelbar vor ihrer Entlassung als Ministerpräsidentin im September 2005. In einem Interview mit Pinčuk, das einen Tag vor der Entlassung Tymošenkos von der russischen Tageszeitung *Vedomosti* veröffentlicht wurde, bezichtigte er Tymošenko anhand mehrerer Beispiele der Korruption und des Nepotismus. Tymošenko habe beispielsweise zwischen 15 und 30 Millionen US-Dollar während der Orangen Revolution von Boris Berezovskij<sup>479</sup> und dessen Geschäftspartner Dmitrij Bosov erhalten und daher in ihrer Amtszeit als Regierungschefin in deren Schuld gestanden.

„Übrigens, es liegen Informationen vor, dass Bosov und Berezovskij Tymošenko zwischen 15 und 30 Mio. US-Dollar während der Orangen Revolution gezahlt haben („Das stimmt nicht. Ich habe Julija Tymošenko kein Geld gegeben“ – erklärte Boris Beresovskij „Vedomosti“ – „Vedomosti“). Also, ich denke, eines der Handlungsmotive Tymošenkos lag darin, dass sie eingegangene Verpflichtungen erfüllen musste.“<sup>480</sup>

Ferner sei Tymošenkos Reprivatisierungspolitik – insbesondere mit Blick auf das Eisenlegierungswerk NZF – darauf ausgerichtet gewesen, die *Privat*-Gruppe von Ihor Kolomojs'kyj profitieren zu lassen:

„Jedem wurden die korrupten Machenschaften der Beamten offenbart. Das Handeln der ehemaligen Premierministerin war komischerweise nicht darauf ausgerichtet, das Unternehmen [NZF] ins Staatseigentum zurückzuführen, sondern es faktisch unter die Kontrolle der Privat-Gruppe zu bringen. Es ist nicht klar, ob das Unternehmen danach überhaupt ukrainisch geblieben wäre.“<sup>481</sup>

Gleichzeitig habe Tymošenkos Reprivatisierungspolitik aber auch dazu gedient, ihr eigenes politisches Unvermögen zu kaschieren. Die von Tymošenko betriebene Reprivatisierungspolitik bezeichnete Pinčuk demnach als reinen Populismus und warf ihr vor, dass sie eine Wirtschaftskrise zu verantworten habe.

„Die Situation in der Wirtschaft ist katastrophal und vor allem künstlich erzeugt – durch ungebildete, unbegabte, mitunter verbrecherische Handlungen des Kabinetts und ihrer Leiterin. Die Ausarbeitung von schwarzen Listen der Reprivatisierung, jedes Mal neue, hat totale Ungewissheit geschaffen. (...) Durch und durch künstlich. Im Ergebnis haben wir erstmals seit

---

<sup>479</sup> Boris Berezovskij war ein russischer Oligarch, der während der Privatisierungen der 1990er-Jahre im Zuge der Reformpolitik Jelzins zu Reichtum gelangte und insbesondere über starken Einfluss auf Russlands Massenmedien verfügte. Nach dem Amtsantritt Putins im Jahr 2000 trat Berezovskij die Flucht ins Exil nach Großbritannien an, wo er 2013 tot in seinem Haus aufgefunden wurde.

<sup>480</sup> *Vedomosti*: 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>481</sup> Ebd.

fünf Jahren kein Wachstum, sondern einen Rückgang der Industrieproduktion. Die Investitionsvolumina schrumpfen. Das Geld verlässt das Land. Ohne wirtschaftliche Erfolge stürzte sich die Regierung Tymošenko auf das Spektakel. Denn ihre wichtigste Waffe ist der Populismus. Wohlgemerkt ein extrem linker. Dem Volk Brot geben konnte sie nicht, denn dafür hätte man die Voraussetzungen schaffen müssen, dass die Leute ein gewisses Wohlstandsniveau erreicht hätten. Das heißt, es war ein Schauspiel notwendig. Großen Unternehmern ihr Business wegzunehmen war genau dieses Schauspiel. Irgendwie musste man doch das persönliche Rating der Premierministerin verbessern.“<sup>482</sup>

Tymošenko sei jedoch nicht nur für die stagnierende ukrainische Wirtschaft verantwortlich, sondern auch für eine Verschlechterung der Außenbeziehungen der Ukraine:

„Jeder Monat, den Tymošenko das Amt Ministerpräsidentenamt bekleidet hat, hat unserem Land jene Anstrengungen gekostet, die hineingesteckt worden waren, um zivilisierte und partnerschaftliche Beziehungen zu Russland aufzubauen. Auch zum Westen übrigen.“<sup>483</sup>

- **Selbst-Viktimisierung**

Ein weiteres Element der Selbstdarstellung Pinčuks besteht darin, dass er sich als Opfer des ukrainischen politischen Systems darstellt. Diese Form der Selbst-Viktimisierung ist eng gekoppelt an die von Pinčuk geäußerte Elitenkritik. Es lässt sich dementsprechend auch hier zwischen einer allgemeinen, weitgehend unspezifischen, sowie einer konkreten, das heißt auf das Verhalten bestimmter Personen ausgelegten Selbst-Viktimisierung unterscheiden. Auf der allgemeinen Ebene besteht die Selbst-Viktimisierung darin, dass Pinčuk einen systemischen Zwang angab, politisch Einfluss zu nehmen. Diese politische Einflussnahme erfolgte nicht, um den eigenen Profit zu maximieren, sondern vielmehr, um die eigene unternehmerische Existenz zu sichern:

„Man muss dieses System durchbrechen. Aber ich möchte betonen: die Verantwortung für die Schaffung von Bedingungen für Unternehmer, die es nicht mehr erforderlich machen, in die Politik zu gehen, sich nicht zu schützen und dadurch nicht zu versuchen, für sich selbst vorteilhafte Entscheidungen durch das Parlament zu erreichen, liegt bei der Regierung. (...) Die Unternehmer sind dazu seit langem bereit. Aber die Regierung muss sagen: wir garantieren dir transparente Gesetze, dass es Angriffe der Steuerbehörde nicht geben wird, dass es Angriffe durch die Miliz nicht geben wird, dass es Angriffe durch den Brandschutz nicht geben wird, und dass die Gouverneure von dir nichts fordern werden. Du musst nicht Schutz im Regionalparlament, im Stadtrat oder in der Verchovna Rada suchen. Du, kümmere dich bitte um deine Geschäfte, und ich, die Staatsmacht, schütze deine Interessen.“<sup>484</sup>

Um zu unterstreichen, dass die politische Betätigung durch die Bekleidung eines Abgeordnetenmandats gezwungenermaßen erfolgte, wiederholte Pinčuk an mehreren Stellen,

---

<sup>482</sup> Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>483</sup> Ebd.

<sup>484</sup> Korrespondent, 12.02.2005 [Fn. 464].

dass er eine zukünftige Kandidatur um einen Sitz im Parlament nur dann in Betracht gezogen habe, wenn der Staat dies erforderlich machte:

„Das Unternehmertum soll sich um das Unternehmertum kümmern, wohingegen die Staatsmacht sich mit der Politik beschäftigen soll. Die Staatsmacht soll dabei die Entwicklung des ukrainischen Unternehmertums ermöglichen, auch im Ausland...Das heißt, ich plane nicht erneut ins Parlament einzuziehen. Aber nur unter einer Bedingung: wenn die neue Regierung das Großunternehmertum nicht bedrängt, wenn es nicht notwendig sein wird, dort (im Parlament – Red.) Zuflucht zu suchen.“<sup>485</sup>

Pinčuk betrachtete sich dabei ferner als Pionier, der nicht nur die Schädlichkeit einer Symbiose zwischen Politik und Unternehmertum erkannt habe, sondern auch eine strikte Trennung dieser zwei Bereiche einfordere:

„Ein Oligarch ist ein Mensch, der in sich Unternehmertum und Politik verbindet und seinen politischen Einfluss für Erfolge im Geschäft nutzt. Ich schäme mich nicht zu sagen, dass ich als erster – vielleicht auch als einer der ersten – im Land gefordert habe: Politik und Unternehmertum müssen getrennt sein. Es ist ein riesiges Problem für das Land, wenn im Parlament mehr als einhundert reine Unternehmer vertreten sind. Und man kann in ein und demselben Kopf beim Abstimmen nicht unterscheiden, ob man für sein eigenes, unternehmerisches Interesse oder im Interesse des Landes votiert.“<sup>486</sup>

Auf der spezifischen Ebene drückt sich Pinčuks Selbst-Viktimisierung dadurch aus, dass er sich vor allem als Opfer der Politik Tymošenkos betrachtete, die er – entsprechend zu der an ihr geäußerten Kritik – als populistisch und korrupt bezeichnete. Dementsprechend habe im Falle des Konflikts um *Kryvorižstal'* erstens der Umstand, dass die Privatisierung des Stahlwerkes kurz vor den Präsidentschaftswahlen erfolgt sei, von Anfang an eine zentrale Rolle zum Nachteil Pinčuks gespielt.

„Im Fall von ‚Kryvorižstal‘ hat die Nähe zu den Wahlen die entscheidende Rolle gespielt. Natürlich war es sehr nützlich im Zuge der politischen Kampagne die These ‚Sie haben das Volk bestohlen!‘ zu verwenden. Es kann jedoch gut sein, dass, wenn ‚Kryvorižstal‘ 2003 privatisiert worden wäre und 2004 dafür zum Beispiel ‚Ukrtelekom‘, heute vor den Gerichten ganz andere Leute Recht bekommen hätten.“<sup>487</sup>

Zweitens sei Pinčuk insbesondere deshalb Opfer der Politik Tymošenkos geworden, weil sie sich an ihm dafür rächen wollte, dass sie im Jahr 2001 mehrere Wochen in Untersuchungshaft verbracht habe. Zuvor seien Tymošenko und Pinčuk Geschäftspartner gewesen, allerdings habe er sich bereits Mitte der 90er-Jahre aus dem gemeinsamen Unternehmen *Sodružestvo* zurückgezogen. Pinčuk sei damals nicht bereit gewesen, die korrupten Machenschaften von

---

<sup>485</sup> Fakty i komentarii, 14.01.2005 [Fn. 463].

<sup>486</sup> Korrespondent, 12.02.2005 [Fn. 464].

<sup>487</sup> Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

Pavlo Lazarenko, dem damaligen Gouverneur der Oblast' Dnipropetrovs'k und Vertrauten Tymošenkos, zu unterstützen:

„Damals konnte praktisch kein Dnipropetrovs'ker Unternehmer arbeiten ohne gewissermaßen in den persönlichen Fonds des Chefs der Region abzudrücken. Ich habe mich recht bald geweigert nach den Regeln von Lazarenko zu spielen. Ich denke, ich war der erste Unternehmer im Land, der offen in Opposition zu ihm getreten ist. (...) Der wichtigste Grund dafür, dass Julija Vladimirovna [Tymošenko] versucht hat, mit mir persönliche Rechnungen zu begleichen, liegt aber noch nicht allzu lange zurück. Im Jahr 2001 hat sie während der Ermittlungen zu Unregelmäßigkeiten bei ‚JeES Ukraine‘ [United Energy Systems of Ukraine – Vereinigte Energiesysteme der Ukraine] mehrere Wochen in Untersuchungshaft verbracht. Sie sieht dafür die direkte Schuld bei meinem Schwiegervater und hat sich offenbar eingeredet, dass ich damit etwas zu tun hatte. Sie weiß zwar genau, dass ich diese Handlungen damals nicht richtig fand. Ich hatte sogar ernsthaft versucht, ihr zu helfen, weil ich immer der Meinung gewesen bin, dass Wirtschaftsverbrechen zunächst vollständig bewiesen werden müssen. Von einem Gericht.“<sup>488</sup>

Über seine Rolle als Opfer einer populistischen und korrupten Politik Tymošenkos hinaus sei Pinčuk letztlich also auch Leittragender seines verwandtschaftlichen Verhältnisses zu Kučma. Die Parallele, dass er entgegen der allgemeinen Annahme nicht davon profitiert habe, der Schwiegersohn Kučmas zu sein, sondern aus seinen engen Beziehungen zum ehemaligen Präsidenten sich vielmehr negative Effekte ableiten ließen, zog Pinčuk explizit auch an anderer Stelle:

„Dass es in unserem Land eine politische Funktion ist, der Schwiegersohn des Präsidenten zu sein, habe ich zu spät begriffen. Wahrscheinlich wäre es aus Gesichtspunkten der politischen Korrektheit besser, wenn der Schwiegersohn des Staatsoberhauptes ein Lehrer, ein Arzt, ein Journalist oder was auch immer wäre, bloß kein Unternehmer.“<sup>489</sup>

- **Bildung und Fleiß – die Grundlagen eines erfolgreichen Unternehmers**

Pinčuk vertrat nicht nur den Standpunkt, dass das angeheiratete Verwandtschaftsverhältnis zu Kučma sich mitunter negativ für ihn ausgewirkt hätte, sondern wies zugleich auch jegliche Vorwürfe von sich, dass er jemals in seiner Karriere von persönlichen Beziehungen profitiert habe. Dies habe insbesondere auch seinen eigenen familiären Hintergrund betroffen, den er keineswegs als privilegiert, sondern als einfach bis arm und zugleich als von Diskriminierung betroffen charakterisierte.<sup>490</sup> Sein Vater hätte beispielsweise als Jude keine Chance gehabt, ohne Beziehungen („bez blata!“<sup>491</sup>) auf egal welche Hochschule in der Hauptstadt zu gelangen, obwohl er einen hervorragenden Schulabschluss vorweisen konnte. Auch Pinčuk selbst sei später der Weg zu einem Medizinstudium, das er ursprünglich angestrebt hätte, verschlossen

---

<sup>488</sup> Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>489</sup> Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>490</sup> Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>491</sup> Ebd.

geblieben, obwohl auch er beste schulische Leistungen vorweisen konnte.<sup>492</sup> Das einzige Kapital indes, auf das Pinčuk seit Beginn seiner Karriere zurückgreifen konnte, seien sein Wissen und sein Ehrgeiz gewesen.

„Ein anderes Kapital habe ich nicht gehabt! Genau das war mein Startkapital! Und diese Gerüchte über ‚Beziehungen‘, aufgrund von verwandtschaftlichen Verhältnissen usw. – das ist für mich absoluter Quatsch! Ich bin eigenständig Millionär geworden, dann Multimillionär...Nur durch meine professionelle Tätigkeit.“<sup>493</sup>

Ferner hätte sich Pinčuk sein Studium zunächst als Nachtwächter in einer Fabrik, später in einer Baubrigade und als Arbeiter in einer metallverarbeitenden Fabrik finanziert und somit das einfache, physisch anstrengende Arbeiterleben kennen gelernt.<sup>494</sup> Dass Pinčuk später Fabriken gekauft habe, in denen er zuvor selbst gearbeitet hatte, sah er dabei nicht einem Zufall geschuldet, sondern in einer von ihm bewusst getroffenen Entscheidung begründet:

„Nein, das war nicht zufällig. Für mich war das interessant. An erster Stelle, weil ich in diesen Fabriken gearbeitet habe. Das war mein Spezialgebiet. In gewisser Hinsicht war ich sehr konservativ. Wenn ich das Herstellen von Röhren gelernt hatte, dann wollte ich auch mein Geld mit dem Herstellen von Röhren verdienen!“<sup>495</sup>

Die Identifizierung mit der Fabrikarbeit und einen Karrierebeginn auf der Grundlage ehrlicher Arbeit unterstrich Pinčuk schließlich auch dadurch, dass es ihm zunächst nie darum gegangen sei, Geschäftsmann zu werden und einer kommerziellen Tätigkeit nachzugehen. Vielmehr betonte er, dass er aus Leidenschaft Ingenieur geworden sei, vor allem auch, weil er eine familiär-traditionelle Bindung zum Ingenieurswesen sowie insbesondere zur Metallindustrie habe:

„Sehr lange Zeit wollte ich nicht, ich habe mich innerlich geweigert, irgendeiner kommerziellen Tätigkeit nachzugehen. Immerhin stamme ich aus einer Ingenieursfamilie und ich hatte Ahnung vom Ingenieurswesen, von der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Entwicklungen in metallurgischen Fabriken...Aber man hat mich ständig bedrängt: ‚Auf, lass uns endlich etwas Handel betreiben.‘ Mir hat das nicht gefallen, ich wollte das eigentlich nicht...Mir ging das ein bisschen gegen den Strich. Ich habe irgendeinen inneren Konflikt verspürt.“<sup>496</sup>

Dass Pinčuk letztlich dennoch ein eigenes Unternehmen gründete, erklärte er damit, dass er bereits sehr früh die Erfahrung haben musste, dass die Leitung eines staatlichen Forschungsinstituts, an dem Pinčuk arbeitete, Geld für sich eingestrichen hätte, das durch den Verkauf der von Pinčuk in seiner Promotionsarbeit entwickelten Produktionstechniken verdient worden sei. Pinčuk bezeichnete dies als „Lehrstunde“, dank derer er schließlich Privatunternehmer geworden sei und verstanden habe, dass man mit dem Staat geschäftlich

---

<sup>492</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>493</sup> Ebd.

<sup>494</sup> Vgl. ebd.

<sup>495</sup> Ebd.

<sup>496</sup> Ebd.

nichts zu tun haben sollte. Schließlich sei es ihm gelungen, auf der Grundlage seines Marktverständnisses und seiner technischen Kompetenzen durch die Implementierung technischer Innovationen innerhalb eines Jahres seine erste Million verdient zu haben.<sup>497</sup>

- **Garant von Staatlichkeit und Prosperität**

Pinčuk, der sich selbst auch als *Vertreter des nationalen Großkapitals* („krupnogo nacional'nogo kapitala“<sup>498</sup>) bezeichnete, betrachtete seine eigene Rolle als maßgeblich dafür, dass es der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion besser als anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ergangen sei und sie sich zu einem vollwertigen Staat entwickeln konnte, der weder von Krieg noch von Separatismus heimgesucht worden sei.<sup>499</sup>

„Wenn es sofort nach Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine nicht eine starke, junge und ambitionierte wirtschaftliche Kraft gegeben hätte, die sich selbst mit den Interessen der Ukraine verbunden sah, dann hätte eine alternative Geschichte unseres Landes auch nach dem zentralasiatischen oder dem neokolonialen afrikanischen Muster verlaufen können. Wir die Unternehmer (später hat man manche davon Oligarchen genannt), hatten sofort verstanden, welchen riesigen Wert die Unabhängigkeit bereithält.“<sup>500</sup>

Er selbst und auch andere Unternehmer hätten dabei in den frühen Jahren der ukrainischen Unabhängigkeit den Platz eingenommen, den der Staat nicht mehr füllen konnte. Nur dadurch sei es möglich gewesen, eine Wirtschaft am Leben zu halten, die durch ihre Abhängigkeit vom Staatsplan kurz vor ihrem endgültigen Kollaps gestanden habe. Zunächst seien es hier die Bartergeschäfte Anfang der 1990er-Jahre gewesen, die die Ukraine aus dem „Chaos“ und „Staub der ersten postsowjetischen Jahre“ befreit hätten, gleichwohl aber auch den Startpunkt des unternehmerischen wie auch finanziellen Aufstiegs Pinčuks darstellten.

„Auf einmal machte man mir in einer Fabrik einen Vorschlag: ‚Hör zu, hilf uns Rohstoffe zu besorgen. Wir brauchen Roheisen und aufgerolltes Metall...‘ Geld brauchten sie nicht. Ihre Produkte – Röhren! – wollten sie mir nur für Rohstoffe verkaufen, die für die Produktion genau dieser Röhren notwendig sind. (...) Dann bin ich zu einem metallurgischen Kombinat gegangen und habe vorgeschlagen: ‚Verkaufen Sie mir Roheisen‘. Dort bekam ich die Antwort: ‚Weißt du, wir können dir Roheisen verkaufen, aber leider haben wir kein Koks‘. (...) Auf unserer lokalen Ebene sind wir an die Stelle des Staatsplans getreten. Wir begannen zusammenzuleben, was kaputtgegangen war. Anders hätte die Wirtschaft zu dieser Zeit nicht funktionieren können. Sie war auseinandergebrochen! (...) Im Ergebnis des ersten Geschäftszyklus blieben mir als eine Art Gewinn mehrere tausend Tonnen an Röhren! Es war Ende Dezember und wir hatten diese mehreren tausend Tonnen eingelagert. Und als wir Anfang Januar (...) aufgewacht sind, hatte man die Preise bereits ‚laufen gelassen‘ und es gab eine irrsinnige Devaluation. Aber zum Glück hatten wir diese Röhren nicht für Geld verkauft, denn sonst wären mir nur wertlose Papiere

---

<sup>497</sup> Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>498</sup> Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>499</sup> Vgl. ebd.

<sup>500</sup> Ebd.



geblieben. (...) Und als wir die Röhren dann bereits zu neuen Preisen verkauften, erhielten wir einen echten, einen realen Gewinn...“<sup>501</sup>

Pinčuk und andere Unternehmer hätten ihre Erfahrungen aus dieser Zeit zugleich nutzen können, um Mitte der 90er-Jahre ins Parlament einzuziehen und dort die Verabschiedung von Gesetzen auf den Weg zu bringen, die dem Wohle der ukrainischen Wirtschaft gedient hätten:

„Wir wussten besser als die Politiker, welche Gesetze zum Wohle der Wirtschaft notwendig waren, und genau aus diesem Grund sind wir Mitte der 1990er-Jahre in die Verkhovna Rada gegangen. Und nur wegen uns hat das Parlament die am Anfang unumgänglichen Wirtschaftsgesetze erlassen.“<sup>502</sup>

Durchweg betonte Pinčuk mit Blick auf seine ersten Handelsgeschäfte wie auch in Bezug auf seine spätere Rolle als Großunternehmer dabei, dass sich der persönliche wirtschaftliche Erfolg eines „Nationalkapitalisten“ und eine prosperierende Wirtschaft, in der neue Arbeitsplätze entstanden und stabile Löhne gezahlt werden konnten, nicht ausschließen würden, sondern miteinander verbunden seien. Arbeit und Kapital seien eine untrennbare Einheit und dementsprechend hätten Eigentümer und Arbeitnehmer das gemeinsame Interesse an einem effektiven Unternehmen:

„In diesem Fall haben die Arbeiter einen stabilen Lohn und Gewissheit über den morgigen Tag und der Eigentümer hat seinen Gewinn und die gleiche Gewissheit, die es ihm erlaubt, weiterhin zu investieren, die Investitionen auszubauen, Arbeitsplätze zu schaffen, die soziale Infrastruktur zu optimieren – ja, und am Ende den Leuten mehr zu bezahlen. (...) Wir, die Nationalkapitalisten, haben den effektivsten Bestandteil der ukrainischen Wirtschaft geschaffen, indem wir ihn aus der minderwertigen und einseitigen sowjetischen Volkswirtschaft in eine sich dynamisch entwickelnde, perspektivreiche und für Investoren attraktive Ökonomie umgewandelt haben. (...) Seitdem ich im Besitz meiner Fabriken bin, habe ich in sie hunderte Millionen Dollar investiert. Das Volumen der Produktion ist um das Zweifache gestiegen, die Löhne um mehr als Dreifache. Diese Dynamik ist keine Ausnahme, sondern vielmehr die Regel der administrativen und produktiven Effektivität des Nationalkapitals. (...) Soll man uns heute ruhig beleidigend als ‚Oligarchen‘ bezeichnen. Viel wichtiger ist, wie man uns in etwa zwanzig Jahren in den Geschichtsbüchern der Ukraine darstellen wird.“<sup>503</sup>

Produktions- und Lohnsteigerungen konkretisierte Pinčuk dabei am Beispiel des Eisenlegierungswerks NZF, wo er, einhergehend mit einer Verdoppelung der Jahresproduktion, die durchschnittlichen Löhne der Belegschaft von 100 US-Dollar auf über 300 US-Dollar erhöht habe.<sup>504</sup>

---

<sup>501</sup> Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>502</sup> Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>503</sup> Ebd.

<sup>504</sup> Vgl. Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

- **Privatisierungsergebnisse rechtmäßig und gerechtfertigt**

Vor dem Hintergrund des von Pinčuk erörterten unternehmerischen Karrierebeginns wehrte er sich schließlich auch gegen den Vorwurf, dass das ukrainische „Unternehmertum“ im Zuge von Privatisierungen hinter verschlossenen Türen („dlja svoich“) entstanden sei. Vielmehr hätten – wie zuvor dargestellt – die „Nationalkapitalisten“ bereits lange vor den bedeutenden Privatisierungen eine wichtige Rolle in der ukrainischen Wirtschaft gespielt und seien vor allem auch in Krisenzeiten stets zum Wohle des ukrainischen Staates und seiner wirtschaftlichen Entwicklung zur Stelle gewesen.<sup>505</sup> Gleichzeitig seien Privatisierungsauktionen, die die von Pinčuk bezeichneten „Nationalkapitalisten“ gewonnen hätten, im Einklang mit der Gesetzgebung erfolgt. Auch seien jene Preise, die bezahlt worden seien, gerechtfertigt gewesen, zumal die meisten Privatisierungen in einer „depressiven Wirtschaftsperiode“<sup>506</sup> stattgefunden hätten und fast alle Unternehmen unrentabel gewesen seien.

„In den ersten Jahren musste man ausschließlich investieren bevor sie [die Unternehmen] einen Gewinn abwarfen. Und im Grunde genommen hat die Wirtschaft des Landes erst in dem Moment funktioniert, als sie [die Unternehmen] einen Gewinn abgeworfen haben. Und gemäß der Verbesserung des Wirtschaftsklimas hat sich dann auch die Größenordnung der Preise von wirtschaftlichem Eigentum kardinal verändert. Dass diese Unternehmen heute einen hohen Wert haben (...), ist das Resultat der konsequenten Arbeit des nationalen Unternehmertums, die die Wirtschaft saniert und zu einer Steigerung der Investitionsattraktivität geführt hat. Es ist daher mindestens fehlerhaft, die Frage nach Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der durchgeführten Privatisierungen auf der Grundlage der heutigen Preisstandards für Eigentum zu beurteilen.“<sup>507</sup>

Die traf in der Darstellung Pinčuks auch auf das Stahlwerk *Kryvorižstal'* zu. Zum einen habe Pinčuk für *Kryvorižstal'* einen Preis gezahlt, der doppelt so hoch wie der aller anderen metallurgischen Kombinate zusammengenommen gewesen sei.<sup>508</sup> Zum anderen vertrat Pinčuk die Auffassung, dass die Privatisierungsauktion aus juristischen Gesichtspunkten korrekt verlaufen sei.<sup>509</sup> Entsprechend der von Pinčuk geäußerten Elitenkritik sowie der Opferrolle, in der er sich wähnte, würden gegenteilige Gerichtsurteile lediglich die fehlende Unabhängigkeit der Justiz sowie den Rachefeldzug, den Tymošenko gegen ihn persönlich führte, bestätigen.<sup>510</sup> Ferner sei die Entscheidung, ausländische Bieter durch qualifizierte Privatisierungsbedingungen von der Privatisierungsauktion auszuschließen, im Falle von *Kryvorižstal'* richtig gewesen, da sie den strategischen Interessen der Ukraine entsprochen habe:

---

<sup>505</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>506</sup> Ebd.

<sup>507</sup> Ebd.

<sup>508</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.01.2005 [Fn. 463]; Korrespondent, 12.02.2005 [Fn. 464]; Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>509</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>510</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

„(...) [D]er Staat verfolgte eine absolut nachvollziehbare Strategie in Bezug auf die Privatisierung. In der Welt gab es eine Reihe von Beispielen, dass Ausländer von der Teilnahme an der Privatisierung strategischer Aktiva ausgeschlossen wurden. Ich bin der Auffassung, dass (...) die Bedingungen (...) vollends gerechtfertigt waren. ‚Kryvorižstal‘ musste unbedingt unter der Teilnahme ukrainischer Investoren privatisiert werden. Auf der Welt gibt es nur wenige Player mit einem Produktionsumfang von 50 bis 100 Mio. Tonnen Stahl pro Jahr. Und nur mit ‚Kryvorižstal‘ unter ukrainischer Kontrolle hat unser Land die Chance, in diesen Klub aufzusteigen.“<sup>511</sup>

Dementsprechend bezeichnete er den späteren Verkauf von *Kryvorižstal'* an einen ausländischen Investor als einen strategischen Fehler:

„Wir haben die Chance verpasst. Und dann sagt man mir: ‚Wir müssen doch unsere Investitionspolitik demonstrieren. Wir müssen zeigen, dass unser Investitionsklima gut ist.‘ Dann verkauft ‚Ukrtelekom‘. Wir haben nämlich keine Chance, eine globale Telekommunikationsgruppe zu errichten. Diesen Platz haben bereits Andere eingenommen. Und wenn es darum geht, Geld zu bekommen, dann platziert bitte ein Aktienpaket von Kryvorižstal' bei ausländischen Banken. So hättet ihr auch mehrere Milliarden Dollar bekommen.“<sup>512</sup>

Dass es ihm primär darum gegangen sei, dass ein Unternehmen wie *Kryvorižstal'* in ukrainischen Händen bleiben müsse, unterstrich er auch mit der Beteuerung, dass er bereit gewesen sei, auf eine Rückerstattung des ursprünglichen Kaufpreises zu verzichten, wenn das Unternehmen nicht an ausländische Investoren verkauft worden wäre.<sup>513</sup>

- **Soziales Verantwortungsbewusstsein**

Ein weiteres Element der Selbstdarstellung Pinčuks besteht in seiner Betonung, dass er als Großunternehmer ein besonderes persönliches Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesellschaft habe. Dieses Verantwortungsbewusstsein unterstrich Pinčuk nicht nur dadurch, dass er etwa die Bekämpfung von Korruption, Gesetzestreue und Rechtsstaatlichkeit einforderte, sondern zugleich hervorhob, dass seine Angestellten neben den landesweit höchsten Löhnen ihrer Branche auch auf eines der besten Sozialpakete im Land zurückgreifen könnten.<sup>514</sup> Zudem unterstrich er immer wieder, dass er es als seine Pflicht betrachte, einen Teil der sozialen Aufgaben des Staates zu übernehmen:

„Wie sollte es auch anders sein? Wer außer uns braucht unsere Alten und unsere Kinder? Die jungen Leute brauchen effektivere Bildungsprogramme und den Alten muss man einfach helfen, mit Brot, mit Medikamenten, mit ständiger Aufmerksamkeit, mit allem, was man hat.“<sup>515</sup>

Einen zusätzlichen Fehler, der mit dem Verkauf ukrainischer Unternehmen an ausländische Investoren einhergegangen sei, sah Pinčuk dementsprechend darin begründet, dass ukrainische

---

<sup>511</sup> Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>512</sup> Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>513</sup> Vgl. ebd.

<sup>514</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>515</sup> Ebd.

Unternehmer eine höhere soziale Verantwortung gegenüber ihrem eigenen Land hätten und zugleich auch stärker vom Staat in Verantwortung genommen werden könnten.<sup>516</sup> Von einem ausländischen Investor wäre dies hingegen nicht zu erwarten:

„Das, was für den Staat eine verfassungsrechtliche Verpflichtung ist, ist für uns eine menschliche und bürgerliche Pflicht. Darauf zu warten, dass ein Museum für unsere Kunst oder Schulen für unsere Kinder von Indern eröffnet werden, ist ein Witz. Ich sag das in einem übertragenden Sinne und meine damit nicht Herrn Lakshmi Mittal, zu dem ich ein sehr freundschaftliches Verhältnis pflege. Allerdings vermute ich, dass er mit unseren Museen und Schulen nichts zu tun hat (und auch nichts zu tun haben muss).“<sup>517</sup>

Zwar hätten ukrainische Großunternehmer bereits eine ganze Reihe von sozialen Aufgaben erfüllt, allerdings appellierte er an sich und andere Großunternehmer, Anstrengungen gemeinsam zu erhöhen, da der Effekt gemeinsamer Anstrengungen größer sei als jeweils eigenständiges Handeln.<sup>518</sup> Für sich persönlich verwies Pinčuk dabei auf die Bereiche Kultur, Bildung und Gesundheit, in denen er sich bereits engagiere und auch in Zukunft stärker engagieren wolle. Konkrete Angaben zu seinem Engagement machte er dabei insbesondere im Bereich Kultur, wo er Präsident Juščenko dabei unterstützt habe, die Hetman-Residenz in der Stadt Baturyn zu renovieren.<sup>519</sup> Ferner plane er die Errichtung eines Museums für zeitgenössische Kunst in Kyjiw, das er Anfang 2006 eröffnen wollte.<sup>520</sup> Hierfür sei es ihm bereits gelungen, „seltene Kunstwerke der berühmtesten [ukrainischen] Künstler“<sup>521</sup> aus dem Ausland zurückzuholen. Außerdem habe er die Entstehung eines Dokumentarfilms über den Holocaust in der Ukraine und die Tragödie von Babyn Jar finanziert, der von Steven Spielberg und dessen *Shoah Foundation* produziert werde.<sup>522</sup> Zudem gab Pinčuk an, dass er sich vorstellen könnte, einen weiteren Film über ein tragisches Ereignis des ukrainischen Volkes drehen zu lassen, beispielsweise über den Holodomor oder den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl.<sup>523</sup> Schließlich plane Pinčuk auch, ab dem Jahr 2006 mehrere hundert Stipendien an Studenten ukrainischer Hochschulen zu vergeben und auch Studienaufenthalte in Oxford und den USA zu finanzieren.<sup>524</sup>

---

<sup>516</sup> Vgl. Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>517</sup> Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>518</sup> Vgl. ebd.

<sup>519</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda, 15.10.2005 [Fn. 467].

<sup>520</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.12.2005 [468].

<sup>521</sup> Korrespondent, 12.02.2005 [Fn. 464] sowie Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>522</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.01.2005 [Fn. 463].

<sup>523</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>524</sup> Vgl. ebd.

- **Schuldbekennnis**

Auch das Eingeständnis, nicht frei von Fehlverhalten zu sein, lässt sich als ein weiteres Element der Selbstdarstellung Pinčuks identifizieren. Nach der Reprivatisierung des Stahlwerks *Kryvorižstal'* bezeichnete Pinčuk es beispielsweise als Fehler, dass er an der Privatisierungsauktion teilgenommen hatte. Zwar rückte er dabei nicht von der Position ab, dass die Privatisierung im Einklang des Gesetzes erfolgt sei. Allerdings habe er nach der erneuten Privatisierung von *Kryvorižstal'* eingesehen, dass er als Schwiegersohn des amtierenden Präsidenten aus politischen Gründen freiwillig auf eine Teilnahme an der Privatisierungsauktion verzichten hätte sollen.<sup>525</sup> Generell und unabhängig vom Fall *Kryvorižstal'* betonte Pinčuk jedoch auch im Sinne der oben dargestellten Selbst-Viktimisierung, dass Fehlverhalten im politischen System der Ukraine alternativlos sei und man trotz der Verdienste, die er sich und anderen Unternehmern zuschreibt, nicht davon augehen dürfe, dass keine Fehler gemacht worden seien:

„Ich bin aufrichtig stolz auf die Ehre, die der ‚alten Garde‘ zuzumessen ist – der allerersten Welle des ukrainischen Unternehmertums. Aber glauben Sie nicht jenen von uns, die behaupten, dass sie diesen ganzen Weg der Pioniere sündenfrei gegangen wären.“<sup>526</sup>

Alternativlos seien Fehler aber unter anderem deshalb gewesen, weil beispielsweise Steuern gezahlt werden mussten, als es noch keine entsprechende, an die „neuen Realitäten“ angepasste Steuergesetzgebung gegeben hätte. Auch seien die ersten Offshore-Konten im Ausland zu einer Zeit entstanden, in der es ukrainische Banken gar nicht möglich gewesen sei, entsprechende Einlagen ordnungsgemäß zu verwalten und zu betreuen:

„Wir haben dem Staat viel abgeknapp (einem Staat, der damals aber auch nicht in der Lage war, etwas einzufordern), allerdings nicht aus der Gier, nichts teilen zu wollen, sondern aus der Angst, alles zu verlieren.“<sup>527</sup>

Auch wenn Pinčuk sich und andere Großunternehmer in einer besonderen Verantwortung sah, so relativierte er eigene Fehler letztlich auch dadurch, dass von allen Kapitaleignern in der Ukraine Fehler begangen worden seien. Dies sei letztlich auch der Grund gewesen, warum er sich für eine generelle Amnestie ausgesprochen habe.<sup>528</sup> Ferner erklärte er für seinen persönlichen Fall, dass er bereit sei, Kompensationen zu zahlen. Allerdings hätte der Staat beziehungsweise Präsident Juščenko bereits direkt nach seinem Amtsantritt auf ihn mit konkreten Forderungen, beispielsweise nachträglichen Zahlungen oder der Abgabe von Unternehmensanteilen an den Staat, zukommen müssen. Im Fall von *Kryvorižstal'* sei dies zum

---

<sup>525</sup> Vgl. Fakty i komentarii, 14.12.2005 [Fn. 468].

<sup>526</sup> Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>527</sup> Ebd.

<sup>528</sup> Vgl. ebd.

Nachteil der Ukraine nicht geschehen.<sup>529</sup> Für die Zukunft sprach er sich dennoch für eine Kompromisslösung aus:

„Ich kann vorschlagen, dass das ukrainische Unternehmertum des gesellschaftlichen Konsenses halber bereit sein wird, guten Willen an den Tag zu legen, um eine friedliche Übereinkunft zu erlangen. Konkret können das Nachzahlungen sein. Aber unter den Bedingungen unserer Verbindlichkeit müssen Nachzahlungen äußerst zielgerichtet in den sozialen Bereich adressiert werden. Ob diese in einen sozialen Fonds eingezahlt werden oder ob die Eigentümer die Verpflichtung auf sich nehmen, irgendein großes soziales Programm zu unterstützen, ist nicht so wichtig. Wichtig ist, dass die Gesellschaft letztendlich spürt, dass privatisiertes Eigentum nicht nur von der Gesellschaft gestohlen wurde, sondern auch jedem einzelnen Vorteile bringt. Und das wird eine echte friedliche Übereinkunft zwischen dem Unternehmertum und der Gesellschaft darstellen.“<sup>530</sup>

### 5.1.2. Die Berichterstattung der Zeitung *Fakty i komentarii*

Signifikant an der Berichterstattung der Tageszeitung *Fakty i komentarii*<sup>531</sup> über Pinčuk sowie den Konflikt zwischen Pinčuk und der politischen Führung nach der Orangen Revolution ist zunächst, dass all jene Artikel, in denen Pinčuk abseits der Fälle um *Kryvorizstal'* und NZF Erwähnung fand, nahezu ausschließlich über Tätigkeiten von Pinčuk als Kunst- und Kulturmäzen oder über Pinčuks internationales Engagement berichteten.<sup>532</sup> Pinčuk wurde dabei – wie auch in der übrigen Berichterstattung von *Fakty i komentarii* – in der Regel als „Parlamentsabgeordneter“ („narodnyj deputat“) bezeichnet, häufig aber auch als „bekannter ukrainischer Unternehmer“ oder „Industrieller“ („izvestnyj ukrainskij promyšlennik“ bzw. „izvestnyj ukrainskij biznesmen“) sowie als „bekannter ukrainischer Mäzen“ („izvestnyj ukrainskij mezenat“) oder auch einfach als „Mäzen“ („mezenat“). In keinem einzigen Zeitungsartikel wurde indes der Terminus „Oligarch“ in einem direkten Zusammenhang mit Pinčuk verwendet. Auch andere kritisch oder gar negativ konnotierte Zuschreibungen gegenüber Pinčuk lassen sich nicht identifizieren. Mit Blick auf die angesprochenen Tätigkeiten als Kunst- und Kulturmäzen erfährt der Leser dabei beispielsweise, dass 2003 auf Initiative Pinčuks die Stiftung „Zeitgenössische Kunst in der Ukraine“ gegründet worden sei. Neben zwei

---

<sup>529</sup> Vgl. Vedomosti, 15.09.2005 [Fn. 466].

<sup>530</sup> Zerkalo Nedeli, 16.12.2005 [Fn. 469].

<sup>531</sup> Die Analyse der Berichterstattung der russischsprachigen Zeitung *Fakty i komentarii* umfasst insgesamt 106 Zeitungsartikel, die im Jahr 2005 erschienen sind und eines oder mehrere der folgenden Stichwörter enthalten: „Pinčuk“; „Kryvorozstal“; „Nikopols'skij Zavod Ferrosplavov“. Das Archiv von *Fakty i komentarii* frei zugänglich unter <https://fakty.ua/ru/archive> [15.01.2024] abrufbar.

<sup>532</sup> Wenige Ausnahmen stellen wertneutrale und auf Sachinformationen bezogene Zeitungsartikel dar, die beispielsweise das Erscheinen von Interviews mit Pinčuk ankündigen oder darüber berichten, dass Pinčuk, zusammen mit anderen Ukrainern, laut des polnischen Nachrichtenmagazins *Wprost* zu den reichsten Personen Mittel- und Osteuropas gehörten. Siehe bspw.: *Fakty i komentarii*: „Novičkami rejtinga samych bogatych ljudej central'noj i vostočnoj evropy stali ukrainskie millionery Petr Porošenko i Fedor Špig“ [Die ukrainischen Millionäre Petr Porošenko und Fedor Špig sind neu in die Rangliste der reichsten Menschen in Mittel- und Osteuropas aufgenommen worden], 08.09.2005: <http://fakty.ua/print/53799> [15.01.2024].

Kunstaussstellungen, die die Stiftung bereits organisiert habe und nach Meinung von *Fakty i komentarii* ein voller Erfolg gewesen seien,<sup>533</sup> habe die Stiftung ferner 2004 eine Ausschreibung des ukrainischen Kulturministeriums gewonnen. Hierbei sei ein Investor für die Errichtung eines Museums im Gebäudekomplex *Arsenal* in Kyjiw gesucht worden. Pinčuk habe sich bereit erklärt, zwischen 20 und 40 Mio. US-Dollar in dieses Projekt zu investieren.<sup>534</sup> Neben des Aufbaus eines Museums sei es dabei auch um die Restaurierung eines einzigartigen Gebäudes gegangen, das einst der Herstellung, Reparatur und Lagerung von Waffen diene, sich mehr als 200 Jahre nach seiner Errichtung jedoch in einem „ruinösen Zustand – ohne Strom- und Wasserversorgung und buchstäblich zugeschüttet mit Müll“<sup>535</sup> befunden habe. Betont wurde hierbei, dass Pinčuks Investition nicht auf eine Privatisierung des Gebäudes abzielte. Vielmehr sei es eine „gängige europäische Praxis“<sup>536</sup>, dass Museen von privaten Stiftungen und dem Staat gemeinsam errichtet würden. Noch subtiler wurde der Bezug zwischen der „Europäisierung“ der Ukraine und Pinčuks Kunst- und Kulturrengagements im gleichen Zusammenhang an anderer Stelle hergestellt. So schrieb die Zeitung mit Blick auf eine von Pinčuk initiierte Kunstaussstellung:

„Die Eröffnung der Ausstellung ist für den 14. Mai geplant – dem Europatag. Bis dahin werden die unwirtlichen Räume der zweiten Etage des ‚Arsenals‘ in Ordnung gebracht. Auch Gäste der Hauptstadt, die zum ‚Eurovision-2005‘ kommen, werden sich die Ausstellung angucken können. Wenn das kein Argument dafür ist, dass die Ukraine nicht nur territorial, sondern auch kulturell nah an Europa ist. Ähnliche Zentren für zeitgenössische Kunst gibt es in vielen europäischen Hauptstädten.“<sup>537</sup>

Pinčuk, der eine Leidenschaft für Kunst habe, sei darüber hinaus in diesem Metier überaus erfolgreich, was sich auch dadurch zeigte, dass einige Werke bereits um ein Hundertfaches im Wert gestiegen seien, seit sie sich in Pinčuks privater Kunstsammlung befänden.<sup>538</sup> Ein insgesamt durchweg positiver Tenor der Berichterstattung über Pinčuks Rolle als Kunst- und Kulturmäzen wurde schließlich auch durch den Verweis auf vermeintliche

---

<sup>533</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Narodnyj deputat ukrainy Viktor Pinčuk: Ukrainskij muzej sovremennogo iskusstva — samyj apolitičnyj proekt, kakoj tol’ko možno sebe predstavit“ [Der Abgeordnete Viktor Pinčuk: „Das ukrainische Museum für zeitgenössische Kunst ist das unpolitischste Projekt, das man sich vorstellen kann“], 05.03.2005: <https://fakty.ua/ru/print/55412> [15.01.2024].

<sup>534</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Direktor blagotvoritel’nogo fonda Viktora Pinčuka Dmitrij Logvin: ‚Vystavka v «Arsenale» sostoitsja nesmotrja ni na čto“ [Der Direktor der Wohltätigkeitsstiftung von Viktor Pinčuk Dmitrij Logvin: „Die Ausstellung im ‚Arsenal‘ findet auf jeden Fall statt] 05.04.2005: <https://fakty.ua/ru/print/56178> [15.01.2024].

<sup>535</sup> *Fakty i komentarii*, 05.03.2005 [Fn. 533].

<sup>536</sup> Ebd.

<sup>537</sup> *Fakty i komentarii*, 05.04.2005 [Fn. 534].

<sup>538</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Nestor Šufrič: ‚Risovat’ ljublju s detstva, daže dva goda chodil v izobrazitel’nyj kružok vo dvorec pionerov“ [Nestor Šufrič: „Ich zeichne seit meiner Kindheit gerne, war sogar zwei Jahre lang im Kunstklub im Palast der Pioniere“], 18.11.2005: <https://fakty.ua/ru/print/59739> [15.01.2024].

Nebensächlichkeiten, wie etwa seinen Kleidungsstil, erzeugt. So schrieb die Zeitung über die Eröffnung einer Kunstausstellung:

„Als mit leichter Verspätung Viktor Pinčuk zur Eröffnung erschien, wurde es merklich lebendig (...). Apropos: unter den in teuren und straffen schwarzgrauen Anzügen gekleideten Gästen sah Pinčuk mit seinem stilvollen blau karierten Sakko, das er über einem blauen Polohemd trug, am demokratischsten aus.“<sup>539</sup>

Über das Bild eines engagierten Kunstliebhabers hinaus, dessen Engagement dem kulturellen Erbe der Ukraine zugutekomme und den Ambitionen eines europäischen Landes entspreche, war die Berichterstattung von *Fakty i komentarii* auch mit Blick auf Pinčuks außenpolitisches Handeln durchweg positiv gehalten. Insbesondere wurde dabei hervorgehoben, dass Pinčuk die Integration der Ukraine in die Europäische Union und in die Weltwirtschaft gefördert habe. So berichtete die Zeitung beispielsweise über hochrangigen Besuch des Weltwirtschaftsgipfels in Davos und verwies darauf, dass mit Pinčuks *Interpipe* erstmals auch ein ukrainisches Unternehmen auf dem Gipfel vertreten gewesen sei. Pinčuk wurde dabei mit den Worten zitiert, dass es ihm darum ginge, die Entwicklung der Ukraine im Ausland unter weltweit bekannten Führungspersonlichkeiten zu fördern.<sup>540</sup> Auch die Arbeit der Organisation „Yalta European Strategy“, deren Gründung 2004 auf Initiative Pinčuks erfolgt sei, wurde in der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* ausdrücklich gewürdigt:

„Ihre [die Organisation „Yalta European Strategy“] Präsentation fand im Juli des vergangenen Jahres in Jalta statt und ist auf breite öffentliche Resonanz gestoßen. Vor allem dank der ehrgeizigen Ziele, die die Organisatoren sich gesetzt haben: die Ukraine dabei zu unterstützen, ihre Zukunft aufzubauen und ihre Beziehungen mit der Weltgemeinschaft zu entwerfen. Zu diesem Zweck schafft die Organisation Möglichkeiten des offenen Meinungsaustauschs und bietet, basierend auf dem Wissen und den Analysen einflussreicher Kreise aus Wirtschaft und Politik, die Möglichkeit, in nicht-traditioneller Weise die Dinge zu betrachten und konkrete Entscheidungen zu treffen für einen konstruktiven Dialog zwischen der Ukraine und Europa.“<sup>541</sup>

Der Großteil der Berichterstattung von *Fakty i komentarii*, die in einem Bezug zu Pinčuk steht, konzentrierte sich jedoch auf die Konflikte um *Kryvorіžstal'* und NZF und die damit einhergehende Reprivatisierungspolitik nach der Orangen Revolution. Dabei zeigt sich, dass die Berichterstattung der Zeitung in Form von unterschiedlichen Textsorten, insbesondere über Berichte, Meinungsbeiträge und Interviews, die Reprivatisierungspolitik der Regierung deutlich kritisierte und mehrere Argumentationsmuster nutzte, die auch in Pinčuks

---

<sup>539</sup> Ebd.

<sup>540</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „V švejcarskom Davose Viktor Juščenko popytaetsja privleč' investorov v Ukrainu“ [In Davos, Schweiz, wird Viktor Juščenko versuchen, Investoren in die Ukraine zu locken], 29.01.2005: <https://fakty.ua/ru/print/61542> [15.01.2024].

<sup>541</sup> *Fakty i komentarii*: „Jaltinskaja evropejskaja strategija‘ namerena vyrabotat' konkretnye šagi dlja sodejstvija integracii strany v ES“ [Die „europäische Strategie von Jalta“ zielt darauf ab, konkrete Schritte zu entwickeln, um die Integration des Landes in die EU zu fördern], 09.02.2005: <https://fakty.ua/ru/print/53045> [15.01.2024].



Selbstdarstellung zum Tragen gekommen sind. Die zentralen Positionen dieser Argumentationsmuster lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Reprivatisierungen sind politische Entscheidungen und reiner Populismus**

In der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* wurde vor allem die Reprivatisierung von *Kryvorizstal'* als eine rein politische und zudem populistische Entscheidung dargestellt, die jeglicher rechtsstaatlicher Grundlage entbehrt habe. So schrieb die Zeitung im Februar 2005, kurz nachdem die Generalsstaatsanwaltschaft beim Obersten Gericht die Annullierung der ursprünglichen Privatisierung des Stahlwerks beantragt hatte:

„Die politische Entscheidung, Kryvorizstal' den neuen Machthabern zurückzugeben, ist längst getroffen. Die Suche nach einer gesetzlichen Grundlage hierfür ist eine rein technische Angelegenheit. (...) Kryvorizstal' ist dabei ins Visier gerückt, weil das derzeitige Ministerkabinett glaubt, dass der Staat für dieses Unternehmen etwa das Doppelte von dem bekommen kann, was er ursprünglich bekam. Von einem ausländischen Investor, nicht von einem einheimischen. Aber für die gegenwärtige Regierung, die versprochen hat, den Wohlstand der Bürger maximal zu verbessern, finanziert aus dem Budget, zählt jede Kopeke. Und offensichtlich ist es nicht wichtig, auf welchem Weg sie sie bekommt.“<sup>542</sup>.

Unterstützt wurde diese Sichtweise dabei durch mehrere Expertenmeinungen, die die Zeitung ausgiebig zitierte. Neben einem Interview mit Leonid Kučma, der bestätigte, dass sich die Eigentümer von *Kryvorizstal'* stets korrekt verhalten, Steuern ins Budget eingezahlt und auch sämtliche ihrer Investitionsverpflichtungen erfüllt hätten,<sup>543</sup> handelte es sich hierbei vor allem um Serhij Vlasenko, der als Anwalt das Konsortium IMS vor Gericht vertrat und immer wieder in der Zeitung zu Wort kam. Die Gerichte bezeichnete er als „durch politische Losungen missbraucht“<sup>544</sup>. Der Vorwurf des Populismus richtete sich dabei vor allem gegen die Regierung Tymošenkos und erfuhr auch Zuspruch von Boris Nemcov, der als Berater von Präsident Juščenko mit den Worten zitiert wurde, dass die Regierung *Kryvorizstal'* deshalb reprivatisieren wollte, „weil es dem Volk gefällt und die Regierung vor den Parlamentswahlen ‚Punkte

---

<sup>542</sup> Fakty i komentarii: „Kabinet Ministrov pod rukovodstvom Julii Timošenko načal svoju rabotu s peresmotra uslovij privatizacii ‚Krivorožstali‘ i l'got êks-prezidentu Leonidu Kučme“ [Das Ministerkabinett unter der Leitung von Julia Timošenko begann seine Arbeit mit der Überarbeitung der Bedingungen für die Privatisierung von ‚Krivorožstal‘ und den Zuwendungen an den ehemaligen Präsidenten Leonid Kučma], 08.02.2005: <https://fakty.ua/ru/print/53005> [15.01.2024].

<sup>543</sup> Fakty i komentarii: „Leonid Kučma: ‚Nikakie garantii mne ne nužny. Ja čuvstvuju svoju pravotu‘“ [Leonid Kučma: ‚Ich brauche keine Garantien. Ich fühle mich im Recht.‘], 18.03.2005: <https://fakty.ua/ru/print/55667> [15.01.2024].

<sup>544</sup> Fakty i komentarii: „Teper' každyj želajuščij možet potrebovat' v sude peresmotra rešenija o rastorženii braka svoich sosedej?“ [Kann jetzt jeder eine gerichtliche Überprüfung des Scheidungsurteils seines Nachbarn beantragen?], 23.02.2005: <https://fakty.ua/ru/print/53455> [15.01.2024].

sammeln‘ muss.<sup>545</sup> Positionen, die andere Sichtweisen vertreten, eine juristische Überprüfung der ursprünglichen Privatisierungen begrüßen oder gar Reprivatisierungen einfordern, kamen dabei in der Berichterstattung sowohl mit Blick auf *Kryvorižstal'* als auch NZF nicht vor.

- **Reprivatisierungen schaden der ukrainischen Wirtschaft**

Das zweite Argumentationsmuster der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* bestand darin, dass die Reprivatisierungspolitik der Regierung als schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine dargestellt wurde. Negative Effekte für die ukrainische Wirtschaft wurden dabei auf zwei Ebenen identifiziert: Zum einen habe die Reprivatisierungspolitik der Regierung allgemein sehr schlechte Auswirkungen auf das Investitionsklima des Landes, weil sie Unsicherheit und sogar Panik produziert habe. Dies habe sowohl Aktionäre betroffen, die sich überlegen mussten, ihre Anteile schnellstmöglich zu verkaufen, als auch Investoren, die unter diesen Voraussetzungen einen Bogen um die Ukraine gemacht hätten.<sup>546</sup> Eine Konsequenz davon sei, dass die Ukraine in jedem Fall ärmer werde.<sup>547</sup> Zum anderen betonte die Berichterstattung von *Fakty i komentarii* konkrete negative Konsequenzen bezüglich einer möglichen Reprivatisierung von *Kryvorižstal'* und NZF. Im Falle von *Kryvorižstal'* würden sich negative Folgen vor allem dann ergeben, wenn die ursprünglichen qualifizierten Privatisierungsbedingungen in Zukunft nicht mehr berücksichtigt werden sollten. Diese hätten, wie ein leitender Ingenieur von *Kryvorižstal'* bestätigte, bisher nämlich eine äußerst hohe Produktivität garantiert, indem sie dem wirtschaftlichen Konzept eines Stahlkombinats entsprochen hätten. Ein solches Konzept bestehe darin, Kooperationsvorteile inmitten eines einzigartigen Standortes zu nutzen. Dieser ermöglicht den kostengünstigen Transport von Rohstoffen direkt von der Lagerstätte in die Produktion sowie den Transport von Kohle aus dem nahen Donezbecken mit firmeneigenen Zügen und die gleichzeitige Lieferung von Eisenerz aus dem Krivbas in den Donbas. Profitieren würden hiervon jeweils die Arbeiter, sowohl im Kohlebergbau als auch in den Hüttenwerken.<sup>548</sup> Die Regierung beginge daher einen

---

<sup>545</sup> *Fakty i komentarii*: „Spiker Vladimir Litvin: ‚Vse eti razgovory o privatizacii, nacionalizacii, reprivatizacii — razvesisty razgovory, a rezul'tata ne budet‘“ [Parlamentssprecher Volodymyr Lytvyn: „Das ganze Gerede über Privatisierung, Verstaatlichung, Re-Privatisierung ist nur Gerede, aber es wird kein Ergebnis geben“], 26.05.2005: <https://fakty.ua/ru/print/57447> [15.01.2024].

<sup>546</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Kogda gosudarstvo prodaet, a potom otmenjaet rezul'taty privatizacii — eto naichudšaja situacija dlja gosudarstva i naichudšee, čto provociruet paniku“ [Wenn der Staat verkauft und dann die Ergebnisse der Privatisierung rückgängig macht, ist das die schlimmste Situation für den Staat und das Schlimmste, was eine Panik auslösen kann], 18.02.2005: <https://fakty.ua/ru/print/53330> [15.01.2024].

<sup>547</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Sovetnik Prezidenta Ukrainy Boris Nemcov: ‚Den'gi ljubjat tišinu i pokoj, a kogda postojanno čto-to otbirajut, to den'gi ubegajut‘“ [Boris Nemcov, Berater des ukrainischen Präsidenten: „Geld mag Ruhe und Frieden, und wenn einem ständig etwas weggenommen wird, läuft das Geld davon“], 23.02.2005: <https://fakty.ua/ru/print/53446> [15.01.2024].

<sup>548</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „‚Kryvorožstal'‘: yslovie odno — otsutstvie uslovij“ [‚Kryvorožstal'‘: Es gibt eine Bedingung — keine Bedingungen], 17.06.2005: <https://fakty.ua/ru/print/58078> [15.01.2024].

großen Fehler, wenn sie nun versuche, für *Kryvorizstal'* ohne die entsprechenden qualifizierte Privatisierungsbedingungen und nur unter Berücksichtigung des Kaufpreises einen neuen Investor zu finden:

„(...) [E]in Metallurgie-Kombinat ist nun mal kein getragener Pelzmantel. Von seiner zukünftigen Funktionsweise hängt die Zukunft von 60.000 Betriebsangehörigen, dutzenden Betrieben, die mit der Produktion verbunden sind, sowie die Wirtschaft einer Region und des gesamten Landes ab. Hat die Regierung überhaupt irgendeinen Plan von der Zukunft des Kombinats, welches sie so schnell verkaufen will? Sicherlich nicht. Höchstwahrscheinlich gibt es nur den Wunsch, des blitzartigen und nicht durchdachten Wiederverkaufs. Unsere Politiker sollten jedoch trotz des Wahlkampffiebers und des Versuchs, so viel Macht wie möglich zu erlangen, nicht vergessen, dass sie früher oder später wieder verschwinden. Aber die Ukraine und ihre Industrie, die sich über Generationen entwickelt hat, werden bleiben.“<sup>549</sup>

Ein ähnlich negatives Szenario entwickelte die Zeitung auch mit Blick auf eine mögliche Reprivatisierung von NZF. Das ursprüngliche Privatisierungsvorgehen sei auch in diesem Fall richtig gewesen, da es hier vor allem darum gegangen sei, eine Monopolisierung des ukrainischen Eisenerzmarktes zu verhindern, indem man unterschiedliche ukrainische Businessgruppen gleichzeitig gestärkt habe.<sup>550</sup> Anders als bei *Kryvorizstal'* ginge eine Bedrohung für die ukrainische Wirtschaft hier nun allerdings nicht von ausländischen Investoren aus, sondern vielmehr dadurch, dass die Regierung offensichtlich plane, NZF unter die Kontrolle der Privat-Gruppe zu bringen. Die Regierung missachte dabei bewusst Expertenmeinungen, da es ihr nur um die Bevorzugung eigener alliierter Geschäftsgruppen ginge – zum Leidwesen des Landes:

„Unzählige Experten, potentielle Investoren und Vertreter der Staatsgewalt sprechen heute oft über den Rückgang der Anziehungskraft für Investoren. Aber wie können Investoren auch in einem Land Interesse haben, wo faktisch auf Bestellung privater Strukturen die Regierung das einheimische Großunternehmertum niedermetzelt?“<sup>551</sup>

- **Reprivatisierungen stellen eine Gefahr für bestehende Sozialleistungen dar**

Positive Aspekte, die den ursprünglichen Privatisierungen und damit einhergehend den bisherigen Eigentümern zuzuschreiben seien, wurden in der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* insbesondere im Hinblick auf Sozialleistungen hervorgehoben. Die Bedeutung dieser Sozialleistungen zu ignorieren und ursprüngliche Privatisierungen allein auf der Grundlage der aus einer Privatisierung hervorgegangenen Einnahmen für die Staatskasse zu beurteilen, sei dementsprechend irreführend und verschleierte, dass das als populistische

---

<sup>549</sup> Ebd.

<sup>550</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Narodnyj deputat Vladimir Bojko: „Ne daj bog, čtoby nikopol'skij ferrosplavnyj popal v ruki Privata““ [Abgeordneter Volodymyr Boyko: „Gott bewahre, dass das Eisenerzwerk Nikopol' in die Hände von Privat fällt“], 23.08.2005: <https://fakty.ua/ru/print/55053> [15.01.2024].

<sup>551</sup> *Fakty i komentarii*: „Skol'ko stoit sponsorstvo reprivatizacii“ [Wie viel kostet es, eine Reprivatisierung zu sponsern?], 23.08.2005: <https://fakty.ua/ru/print/55071> [15.01.2024].

beschriebene Vorgehen der Regierung in Wirklichkeit schädlich sei und den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufe. Die Zeitung betonte in ihrer Berichterstattung dabei, dass vor allem in der Bergbau- und Metallverarbeitungsbranche der Erhalt von „Sozialpaketen“ eine Bedingung der ursprünglichen Privatisierungen gewesen sei. Somit sei dafür gesorgt worden, dass Sozialleistungen einer „effektiven Unternehmensführung“ nicht zum Opfer gefallen seien.<sup>552</sup> Aus diesem Grund habe sich auch die Gewerkschaft der Hüttenwerker und Bergarbeiter der Ukraine an Präsident Juščenko gewandt und ihm gegenüber deutlich gemacht, dass eine Überprüfung der Privatisierungen von Betrieben wie *Kryvorižstal'* und NZF für die nachhaltige Entwicklung, erreichte Übereinkommen und die soziale Stabilität im Bergbau- und Hüttenkomplex eine verheerende Gefahr darstellen würde. In einer von *Fakty i komentarii* zitierten Erklärung der Gewerkschaft hieß es dementsprechend:

„Die Absicht der Behörden, die Ergebnisse der Privatisierung einer Reihe von strategischen Objekten zu überprüfen und der Druck, den Massenmedien auf einzelne Unternehmen aus dem Bergbau- und Hüttenkomplex ausüben, bringt nichts als wirtschaftliche Verluste und soziale Erschütterungen.“<sup>553</sup>

Die Sichtweise, dass Reprivatisierungen insbesondere im Hinblick auf die soziale Sicherung der Beschäftigten sehr negative Auswirkungen haben könnten, wurde von *Fakty i komentarii* ausdrücklich mit Blick auf *Kryvorižstal'* und NZF geteilt. Illustrieren lässt sich dies zum Beispiel anhand eines Kommentars von *Fakty i komentarii*, der sich auf eine Äußerung der Vorsitzenden des Fonds für Staatsvermögen bezog, dass vor einer erneuten Privatisierung von *Kryvorižstal'* geprüft werden müsse, ob Objekte der sozialen Infrastruktur („obekty social'noj sfery“) ins Kommunaleigentum der Stadt Kryvyj Rih übertragen werden müssten:

„(...) [W]enn die soziale Infrastruktur von ‚Kryvorižstal‘ vom Betrieb getrennt wird, was sollen dann die Arbeitskräfte machen? Es ist nämlich so, dass ‚Kryvorižstal‘ seine eigene soziale Infrastruktur aufgebaut hat. Und nun sollen die Arbeiter und andere Angehörige des Betriebs alle sozialen Fragen mit den Behörden der Stadt Kryvyj Rih selbst lösen? Was das in der Praxis bedeutet, braucht man nicht zu erklären. Die gesamte soziale Last von ‚Kryvorižstal‘ wird dann auf den Schultern von Kryvyj Rih liegen. Und es ist alles andere als klar, wie die Hauptstadt des Kryvbas das bewältigen soll. Und wie reagieren darauf die Bewohner der Stadt, die keine Arbeiter von ‚Kryvorižstal‘ sind? Um diese Fragen scheint sich der Fonds für Staatsvermögen allem Anschein nach nicht sonderlich zu kümmern.“<sup>554</sup>

---

<sup>552</sup> Vgl. *Fakty i komentarii*: „Stokrat svjaščen sojuz uglja i stali“ [Die Einheit von Kohle und Stahl ist heilig], 25.05.2005: <https://fakty.ua/ru/print/57419> [15.01.2024].

<sup>553</sup> Ebd.

<sup>554</sup> *Fakty i komentarii*: „Krivorožstal' pereprodadut, a social'nuju infrastrukturu kombinata peredadut Krivomu Rogu?“ [Krivorožstal' wird weiterverkauft, und die soziale Infrastruktur des Werks wird an die Stadt Krivoy Rog weitergegeben?], 22.06.2005: <https://fakty.ua/ru/print/58162> [15.01.2024].

Auch mit Bezug auf NZF wurde in der Zeitung deutlich in Frage gestellt, ob im Falle einer Reprivatisierung soziale Garantien der Arbeiter sowie die soziale Infrastruktur der Stadt Nikopol aufrechterhalten blieben:

„Neue Investoren bringen immer Fragen mit sich, die mit der Versorgung der Arbeiter mit Sozialgarantien, mit der Infrastruktur einer Stadt sowie sozialen Objekten zusammenhängen, die vom bisherigen Eigentümer unterstützt werden. Mit Blick auf das Niveau der Sozialgarantien ist NZF ein Champion: die Löhne, die im Unternehmen gezahlt werden, sind die dritthöchsten in der gesamten Metallurgie-Branche, jungen Familien werden Kredite für ein Eigenheim bereitgestellt und junge Mütter erhalten einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 5.000 UAH. Kann das Niveau der derzeitigen Sozialgarantien von NZF erhalten bleiben (...)?“<sup>555</sup>

- **Ausländische Investoren sind gefährlich**

Der durchweg positiven Rolle, die der bisherigen Unternehmensführung von *Kryvorižstal'* und NZF zugeschrieben wurde, stand die Rolle ausländischer Investoren in der Berichterstattung gegenüber. Diese wurden nicht nur negativ, sondern in mehrfacher Hinsicht auch als Gefahr für die ukrainische Metallindustrie dargestellt. Eine dieser Gefahren bestehe nach *Fakty i komentarii* darin, dass vor allem jene ausländischen Investoren, die eine Privatisierungsauktion dadurch gewinnen würden, dass sie den höchsten Preis zahlen, kein Interesse an der Entwicklung der ukrainischen Hüttenindustrie hätten. Dies sei auch ein Grund, warum Privatisierungen, zu denen bestimmte Investoren nicht zugelassen würden, richtig seien. In der Regel handele es sich bei diesen Investoren, die die Möglichkeit hätten, eine Auktion über den Kaufpreis zu entscheiden, nämlich um große, global agierende Kooperationen. Diese besäßen bereits eigene metallurgische Betriebe und seien daher lediglich an Rohstoffen interessiert:

„Die Entwicklung der metallverarbeitenden Industrie in der Ukraine ist für sie schlicht und ergreifend unvorteilhaft. Wozu sollten sie Konkurrenten stärken?! Die Übernahme von Bergbauunternehmen durch einen solchen Investor wird sich unheilvoll auf die Arbeit der heimischen Hüttenwerker auswirken, die Gefahr laufen, ohne Rohstoffe dazustehen.“<sup>556</sup>

Ausländische Investoren hätten ferner auch häufig kein Interesse an der Entwicklung einzelner Betriebe, da es ihnen in erster Linie um den Profit ginge, während die Regierung und auch regionale Behörden keinerlei Einflussmöglichkeiten hätten. Ein markantes Beispiel hierfür sei *Mittal Steel*, das in Polen bereits 70% der Hüttenindustrie und 50% der Koksproduktion

---

<sup>555</sup> *Fakty i komentarii*: „Pojavlenie na ukraïnskom rynku krupnych rossijskich investorov vynudit otečestvennyj biznes vkladivat' den'gi v proizvodstvo, a ne vyvoziť za rubež“ [Das Auftauchen großer russischer Investoren auf dem ukrainischen Markt wird die einheimischen Unternehmen dazu zwingen, Geld in die Produktion zu investieren, anstatt es ins Ausland zu exportieren], 12.07.2005: <https://fakty.ua/ru/print/58663> [15.01.2024].

<sup>556</sup> *Fakty i komentarii*: „Inostrannye investory ne vseгда zainteresovany v razvitii predprijatija, začastuju oni stremjatsja prosto vykačivat' pribyli“ [Ausländische Investoren sind nicht immer an der Entwicklung eines Unternehmens interessiert, sondern oft nur an der Abschöpfung von Gewinnen], 22.04.2005: <https://fakty.ua/ru/print/56698> [15.01.2024].

kontrolliere. *Mittal Steel* komme dort jedoch weder seinen Investitionsverpflichtungen nach, noch erfülle es vorgesehene Sozialleistungen. Zudem würde der Konzern in Tochterunternehmen massenweise Personal entlassen. Die betroffene Gewerkschaft habe *Mittal Steel* zudem vorgeworfen, dass es Reparaturarbeiten zum Leidwesen der Arbeitssicherheit verschleppen würde.<sup>557</sup> Letztlich würde die Unternehmenspolitik von *Mittal Steel* in vielen Regionen, wo der Konzern investiert habe, zu sozialer und wirtschaftlicher Destabilisierung beitragen – in Kasachstan plane man 50.000 Menschen zu entlassen, in Rumänien 18.000, in Polen 15.000 und in Tschechien 12.000:

„Berücksichtigt man das kürzliche Treffen zwischen dem Vorsitzenden von ‚Mittal Steel‘ Lakshim Mittal und der Premierministerin Julia Tymošenko, so erscheint die Zukunft der ukrainischen Bergbau- und Hüttenindustrie immer düsterer.“<sup>558</sup>

Das politische Klima in der Ukraine, das durch die Reprivatisierungspolitik der Regierung Investitionen sehr unsicher mache, würde die problematische Rolle ausländischer Investoren verstärken. Denn schließlich würde jeder Investor, der Geld in der Ukraine investiere, zunächst darauf achten, dass er zur Not sein investiertes Geld wiederbekomme. Erst danach – wenn überhaupt – würde ein solcher Investor daran denken, etwaige Investitionsverpflichtungen zu erfüllen. Weil es sehr unwahrscheinlich sei, dass unter solchen Voraussetzungen Modernisierungen und Reparaturen stattfinden könnten, würden jeder Betrieb am Ende lediglich Verschleiß erleiden und an Wert verlieren.<sup>559</sup> Die vielfältigen Gefahren, die von ausländischen Investoren ausgingen, seien letztlich auch der Grund gewesen, warum Präsident Kučma sich kategorisch dagegen ausgesprochen hatte, dass *Kryvorižstal'* an einen solchen Investor verkauft würde:

„Wenn dieser Unternehmens-Komplex [Kryvorižstal'] in die Hände von Ausländern fällt, dann sind die nächsten Schritte vorherzusehen: den gesamten sozialen Bereich wird man von sich stoßen. (...) Kryvorižstal' – das ist ein Komplex, der in sich beinahe geschlossen funktionieren kann, unabhängig von äußeren Bedingungen. Es hat sein eigenes Eisenerz, seine eigene Kokskohle. Und der Gewinn soll im eigenen Land bleiben. Der Konzern hat seine Steuern immer korrekt ins Budget gezahlt. Und seine Eigentümer haben alle ihre Investitionsverpflichtungen erfüllt. Nun ja, der einzige Vorwurf, den man ihnen machen kann, ist, dass einer von ihnen ein Verwandter des ehemaligen Präsidenten ist.“<sup>560</sup>

---

<sup>557</sup> Vgl. Fakty i komentarii: „Inostrannye investory ne vseгда zainteresovany v razvitii predprijatija, začastuju oni stremjatsja prosto vykačivat' pribyli“ [Ausländische Investoren sind nicht immer an der Entwicklung eines Unternehmens interessiert, sondern oft nur an der Abschöpfung von Gewinnen], 22.04.2005: <https://fakty.ua/ru/print/56698> [15.01.2024].

<sup>558</sup> Ebd.

<sup>559</sup> Vgl. ebd.

<sup>560</sup> Fakty i komentarii: „Leonid Kučma: ‚Nikakie garantii mne ne nužny. Ja čuvstvuju svoju pravotu‘“ [Leonid Kučma: „Ich brauche keine Garantien. Ich fühle, dass ich im Recht bin“], 18.03.2005: <https://fakty.ua/ru/print/55667> [15.01.2024].



### 5.1.3. Pinčuks Wohltätigkeitsarbeit und Sponsoringaktivitäten

Pinčuk ist im hier betrachteten Zeitraum in mehreren Bereichen als Wohltäter beziehungsweise Philanthrop, als Kunst- und Kulturmäzen sowie als Sponsor international ausgerichteter Foren öffentlich in Erscheinung getreten. Abgesehen von einem singulären Ereignis (der Finanzierung des Rücktransports eines US-amerikanischen Schriftstellers, der während des Besuchs eines Literaturfestivals in Kyjiw 2005 erkrankte<sup>561</sup>) lassen sich im ersten Jahr nach der Orangen Revolution dabei zwei Arten von Projekten unterscheiden, in denen Pinčuk als Financier fungierte. Auf der einen Seite handelte es sich hierbei um die Finanzierung von Wohltätigkeits- und Kulturgeschichtsprojekten, die auf die Initiative Juščenkos zurückzuführen sind. Auf der anderen Seite standen Projekte, die Pinčuk bereits vor der Orangen Revolution begonnen hatte und/oder Projekte, die später unter dem Dach der 2006 gegründeten *Victor Pinchuk Foundation*<sup>562</sup> fortgeführt wurden.

Zu letzteren Projekten zählte erstens Pinčuks Finanzierung eines von der *Shoah Foundation der University of Southern California* produzierten Dokumentarfilms („Spell Your Name“<sup>563</sup>) über den Holocaust in der Ukraine. Der Film, dessen Produktion mit einem Budget von 1 Mio. US-Dollar im Jahr 2005 begann<sup>564</sup>, zeigt Interviews mit Überlebenden des Holocaust sowie mit Menschen, die Juden vor der Naziverfolgung in der Ukraine retteten. Diese Interviews wurden

---

<sup>561</sup> Robert Sheckley, ein Science-Fiction-Schriftsteller aus den USA, erkrankte während seines Besuchs eines Literaturfestivals in Kyjiw im Frühjahr 2005 schwer. Weil er für die Kosten seiner Behandlung in einer Kyjiwer Privatklinik sowie eines Krankentransports in seine Heimat nicht selbst aufgekommen konnte, starteten Angehörige eine Spendenaktion. Letztlich übernahm Pinčuk Sheckleys Behandlungskosten sowie die Kosten eines entsprechenden Krankentransports in die USA. Siehe hierzu: *Ukrajins'ka Pravda*: „U amerikanskogo fantastičeskogo Šekli net deneg na lečenie v Ukrainie“ [US-Schriftsteller Sheckley hat kein Geld für Behandlung in der Ukraine], 17.05.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2005/05/17/4388375/> [15.01.2024] sowie *Ukrajins'ka Pravda*: „Pinčuk rešil ostaťsja neuznannym, no ego vydali“ [Pinčuk beschloss, unerkannt zu bleiben, aber er wurde geoutet], 24.05.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2005/05/24/4388585/> [15.01.2024].

<sup>562</sup> Die *Victor Pinchuk Foundation* wurde nach eigenen Angaben als „international, private and non-partisan philanthropic foundation“ von Pinčuk im Jahr 2006 gegründet, um unterschiedliche philanthropischen Tätigkeiten, die Pinčuk Mitte der 1990er-Jahre in seiner Heimatstadt Dnipropetrowsk begonnen und peu à peu auf die gesamte Ukraine ausgeweitet habe, zusammenzuführen (Vgl. *Victor Pinchuk Foundation*: [https://pinchukfund.org/en/about\\_fund/activity/](https://pinchukfund.org/en/about_fund/activity/) [15.01.2024]). In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens belief sich das Gesamtbudget der Stiftung auf über 126 Mio. US-Dollar (Vgl. *Victor Pinchuk Foundation* (o.J.): *Ten Years of Transforming Ukraine. 2006-2015*, Kyiv: Victor Pinchuk Foundation, S. 75: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/032/VPF\\_2015.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/032/VPF_2015.pdf) [15.01.2024]). Ihren Tätigkeitsbereich unterteilt die Stiftung dabei in die Bereiche „Mensch“, „Gesellschaft“ und „Welt“. Zum Bereich „Mensch“ werden Wohltätigkeitsprojekte der Gesundheitsfürsorge sowie Projekte der Bildungsförderung, Kunst- und Kulturförderung gezählt. Unter dem Bereich „Gesellschaft“ fasst die Stiftung sowohl kommunale Gemeinwesenarbeit als auch die Zusammenarbeit mit anderen ukrainischen sowie internationalen Wohltätigkeitsinitiativen (u.a. *Tony Blair Faith Foundation*, *Clinton Global Initiative*) zusammen. Der Bereich „Welt“ umfasst internationale Projekte wie das Forum *Yalta European Strategy*, das *Ukrainian Lunch* auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos sowie Kooperationen mit internationalen Think Tanks (u.a. *Brookings Institution*, *Peres Center for Peace*, *Peterson Institute for Internationale Economics*).

<sup>563</sup> Siehe hierzu auch den offiziellen Internetauftritt des Films: <http://web.archive.org/web/20110930122715/http://spellyourname.org/eng/main.php> [15.01.2024].

<sup>564</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Pervyj prišel...Itogi vizita“ [Der Erste kam...Ergebnisse des Besuchs], 20.10.2006: [https://zn.ua/CULTURE/pervyy\\_prishel\\_itogi\\_vizita.html](https://zn.ua/CULTURE/pervyy_prishel_itogi_vizita.html) [15.01.2024].

zwischen 1994 und 1998 aufgenommen und befanden sich seither im Archiv der *Shoah Foundation*.<sup>565</sup> Die Premiere des Filmes, an der neben dem Hollywood-Regisseur Steven Spielberg, dem Gründer der *Shoah Foundation* und Co-Produzenten von „Spell Your Name“, dutzende Vertreter der ukrainischen Elite beiwohnten,<sup>566</sup> erfolgte im Oktober 2006 in Kyjiw. Danach folgten Präsentationen des Filmes sowohl in mehreren ukrainischen Städten als auch auf ausländischen Filmfestivals.<sup>567</sup> Spielberg, der wie Pinčuk ukrainisch-jüdische Vorfahren hat und zur Premiere von „Spell Your Name“ erstmals die Ukraine besuchte, bezeichnete den Film als einen „der besten, der persönlichsten Holocaust-Dokumentarfilme“<sup>568</sup>, die er kenne. Aufbauend auf dem Film ließ die *Victor Pinchuk Foundation* zusammen mit der *Shoah Foundation* später zudem Lehrmaterialien entwickeln, um den Einsatz des Filmes an ukrainischen Schulen zu ermöglichen und somit Toleranz und den Respekt der Menschenrechte „by encouraging students to think critically about complex aspects of social life, and promoting respect for one’s own history as well as those of other people’s“<sup>569</sup> zu fördern. Nach Angaben der *Victor Pinchuk Foundation* wurden hierfür finanzielle Mittel in Höhe von knapp 350.000 US-Dollar (2006: 151.181 US-Dollar; 2007: 196.778 US-Dollar) bereitgestellt.<sup>570</sup>

Als Kunst- und Kulturmäzen trat Pinčuk im Zuge der Orangen Revolution zweitens mit Plänen zur Eröffnung eines Museums für zeitgenössische Kunst, insbesondere im Zusammenhang mit der Restaurierung des einstigen Kyjiwer Waffenarsenals, in Erscheinung. Hierbei handelt es sich um eine ehemalige Produktions- und Reparaturstätte für Waffen aus dem 18. Jahrhundert, in der nach dem Zweiten Weltkrieg optische Geräte, Militär- und Raumfahrttechnik hergestellt wurden.<sup>571</sup> Erste Pläne darüber, die knapp 60.000 Quadratmeter umfassende Anlage als Standort für ein Museum zu nutzen, wurden von der Regierung unter Ministerpräsident

---

<sup>565</sup> Vgl. The Ukrainian Weekly: „Film Review: „Spell Your Name” is powerful , visually beautiful, but unfocused“, No. 44, Vol. 74, 29.10.2006:

<http://web.archive.org/web/20200315032839/http://www.ukrweekly.com/old/archive/2006/440608.shtml> [15.01.2024].

<sup>566</sup> Vgl. Ukrajins’ka Pravda: „,Nazovi svoe imja’: žena prezidenta ne sderživala slez“ [„Spell Your Name“: Die Frau des Präsidenten konnte ihre Tränen nicht zurückhalten], 19.10.2006: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2006/10/19/4407120/> [15.01.2024].

<sup>567</sup> Siehe hierzu: <http://web.archive.org/web/20111011004901/http://spellyourname.org/eng/distribution.php> [15.01.2024].

<sup>568</sup> Die Welt: „Steven Spielbergs Rückkehr in ein gottloses Land“, 18.12.2006: <https://www.welt.de/print-welt/article703320/Steven-Spielbergs-Rueckkehr-in-ein-gottloses-Land.html> [15.01.2024].

<sup>569</sup> USC Shoah Foundation – The Institute for Visual History and Education: „Spell Your Name, Produced by Steven Spielberg and Victor Pinchuk, to Begin Theatrical Release in Kyiv“, 07.02.2007: <https://sfi.usc.edu/news/2007/02/spell-your-name-produced-steven-spielberg-and-victor-pinchuk-begin-theatrical-release> [15.01.2024].

<sup>570</sup> Vgl. Victor Pinchuk Foundation (o.J.): Annual Report 2006-2007, Kyiv: Victor Pinchuk Foundation, S. 55: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/ea/VPF\\_2006-07\\_eng.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/ea/VPF_2006-07_eng.pdf) [15.01.2024].

<sup>571</sup> Vgl. Mystetskyi Arsenal: <https://artarsenal.in.ua/en/history> [15.01.2024].



Juščenko bereits im Jahr 2000 vorgestellt.<sup>572</sup> Erwähnung fand die Errichtung eines Museums- und Kulturkomplexes unter dem Namen *Mystetskyi Arsenal* im selben Jahr auch in einem Präsidialerlass Kučmas.<sup>573</sup> Konkretisierungen erfuhr das Vorhaben jedoch erst einige Jahre später, nachdem die Anlage 2004 vom Verteidigungsministerium an das Kulturministerium übertragen worden war. Fortan war es Pinčuk gestattet, auf dem Gelände erste Kunstausstellungen zu organisieren.<sup>574</sup> Zugleich veröffentlichte Pinčuk Pläne, ein Museum für zeitgenössische Kunst in dem ehemaligen Waffenarsenal entstehen lassen zu wollen und erklärte sich bereit, hierfür über die eigens gegründete Stiftung „Zeitgenössische Kunst in der Ukraine“ Investitionen in Höhe von 20 Mio. US-Dollar aufzubringen. Später geäußerte Anschuldigungen, dass die Errichtung eines Museums für Pinčuk nur ein Vorwand darstellen würde, um das übrige Grundstück abseits des bestehenden historischen Gebäudes kommerziell zu nutzen<sup>575</sup>, wies Pinčuk stets von sich.<sup>576</sup> Nach der Orangen Revolution kollidierten Pinčuks Vorstellungen jedoch mit den Plänen Juščenkos. Juščenko wollte das Gelände nicht für ein Museum, das sich primär zeitgenössischer Kunst widmet, nutzen. Seine Vision sah vielmehr ein staatliches Museum vor, in dem in Anlehnung an die Ermitage in Sankt Petersburg Ausstellungsstücke ukrainischer Kulturgeschichte präsentiert werden sollten.<sup>577</sup> Pinčuks Museum für zeitgenössische Kunst realisierte sich schließlich an anderer Stelle im Zentrum Kyjiws als privates Museum. Dieses gewährt seit seiner Eröffnung im Jahr 2006 unter dem Namen *PinchukArtCentre* seinen Besuchern kostenfreien Eintritt.<sup>578</sup>

Trotz der Errichtung eines eigenen Museums beteiligte sich Pinčuk finanziell zusammen mit weiteren Oligarchen, darunter die *Privat*-Gruppe von Ihor Kolomojs'kyj sowie Hryhorij Surkis, dennoch auch an den Plänen Juščenkos zur Restaurierung des ehemaligen Kyjiwer Waffenarsenals und einer entsprechenden Nutzung des Areals als Kunst- und

---

<sup>572</sup> Vgl. Kyiv Post: „Two museum visions, but only one arsenal space“, 03.03.2005:

<https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/two-museum-visions-but-only-one-arsenal-space-22406.html> [15.01.2024].

<sup>573</sup> Vgl. Ukaz Prezydenta Ukrainy: Pro zachody ščodo vidznačennja vstupu Ukrainy u tretje tysjačolittja [Erlass des Präsidenten der Ukraine: Über Maßnahmen zur Feier des Eintritts der Ukraine in das dritte Jahrtausend], No. 1343/2000, 15.12.2000: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1343/2000#Text> [15.01.2024].

<sup>574</sup> Vgl. Fakty i komentarii: „Byvšij arsenal stanet muzeem sovremennogo iskusstva“ [Das ehemalige Arsenal wird zu einem Museum für zeitgenössische Kunst], 05.10.2004: <https://fakty.ua/ru/print/64053> [15.01.2024].

<sup>575</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Mistec'kij Arsenal': proekt biznesa ili prezidenta?“ [„Mistec'kij Arsenal“: ein Projekt der Wirtschaft oder des Präsidenten?], 18.04.2008:

[https://zn.ua/CULTURE/mistetskiy\\_arsenal\\_proekt\\_biznesa\\_ili\\_prezidenta.html](https://zn.ua/CULTURE/mistetskiy_arsenal_proekt_biznesa_ili_prezidenta.html) [15.01.2024].

<sup>576</sup> Vgl. Ukrainjs'ka Pravda: „U Pinčuka est' milliardy griven na gordost' Ukrainy“ [Pinčuk hat Milliarden von Griwna für den Stolz der Ukraine], 21.06.2008: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2008/06/21/4443466/> [15.01.2024].

<sup>577</sup> Vgl. Kyiv Post: „Two museum visions, but only one arsenal space“, 03.03.2005:

<https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/two-museum-visions-but-only-one-arsenal-space-22406.html> [15.01.2024].

<sup>578</sup> Vgl. PinchukArtCentre: [https://pinchukartcentre.org/en/about\\_us/history](https://pinchukartcentre.org/en/about_us/history) [15.01.2024].

Kulturkomplex.<sup>579</sup> Zu einer vergleichbaren „öffentlich-privaten Partnerschaft“ zwischen Juščenko, Pinčuk und anderen Oligarchen kam es auch bei der Restaurierung der historischen Hetman-Residenz in der nordukrainischen Kleinstadt Baturyn.<sup>580</sup> Beiden Projekte lassen sich auf ein öffentlich inszeniertes Treffen zwischen Juščenko, Pinčuk und anderen Oligarchen im Oktober 2005 zurückführen, bei dem Juščenko an die Ehre „verantwortungsbewusster Geschäftsmänner“ appellierte und diese aufforderte, sich aus der Schattenwirtschaft zu begeben, Steuern zu zahlen und ihrer nationalen Verantwortung nachzukommen.<sup>581</sup> Wenige Tage zuvor hatte Juščenko ein Memorandum mit der von seinem einstigen Rivalen Janukovyč geführten Opposition unterzeichnet und sich damit faktisch unter anderem bereit erklärt, auf zukünftige Privatisierungsrevisionen zu verzichten.<sup>582</sup> In welchem finanziellen Umfang sich Pinčuk und andere Oligarchen an diesen beiden Projekten beteiligten, ist jedoch nicht bekannt. In der ukrainischen Presse dokumentiert ist lediglich, dass Juščenko Pinčuk und die anderen involvierten Oligarchen zu mehreren Treffen geladen hatte, um entsprechende „Spenden“ zu sammeln. Dabei wurde Juščenko gegenüber den Oligarchen mit den Worten zitiert, dass die Gesellschaft „eine bürgerliche Position ukrainischer Mäzene immer hoch einschätzen wird“<sup>583</sup>. Neben diesen zwei Projekten des Präsidenten, an denen Pinčuk als Financier mitwirkte, kam es später, Ende 2007, auf Initiative Juščenkos schließlich noch zu einem dritten Projekt. Dieses wurde per Präsidialdekret unter dem Titel „Wärme ein Kind mit Liebe“<sup>584</sup> als staatliche Wohltätigkeitsinitiative ins Leben gerufen, um sogenannte Mehrkindfamilien sowie Waisenkinder zu unterstützen. Das Projekt wurde von Juščenko damals mit den folgenden Worten kommentiert: „Ich bin überzeugt davon, dass dieses Projekt eine Verpflichtung darstellt, in der man seine Sittlichkeit und Seligkeit demonstrieren kann“<sup>585</sup>. Zur Implementierung gründete er einen eigenen Nationalrat, der unter der Kontrolle des Präsidenten

---

<sup>579</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Arsenal Juščenka zarjadžatymut' Pinčuk, Surkis i Pryvat“ [Pinčuk, Surkis und Pryvat sollen Juščenkos Arsenal auffüllen], 22.02.2006: <https://www.pravda.com.ua/articles/2006/02/22/3068784/> [15.01.2024].

<sup>580</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Kto otvetit za Baturin?“ [Wer wird sich für Baturin verantworten?], 03.12.2007: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2007/12/3/4428567/> [15.01.2024].

<sup>581</sup> Vgl. Kommersant: „Viktor Juščenko ravnopriblizil oligarchov“ [Viktor Juščenko hat sich die Oligarchen in seine Nähe gebracht], 15.10.2005: <https://www.kommersant.ru/doc/618066> [15.01.2024].

<sup>582</sup> Vgl. Korrespondent: „Juščenko dogovorilsja s Janukovičem“ [Juščenko hat eine Einigung mit Janukovyč erzielt], 22.09.2005: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/131449-yushchenko-dogovorilsya-s-yanukovichem-obnovleno> [15.01.2024].

<sup>583</sup> Ukrajins'ka Pravda: „Arsenal Juščenka zarjadžatymut' Pinčuk, Surkis i Pryvat“ [Pinčuk, Surkis und Pryvat sollen Juščenkos Arsenal auffüllen], 22.02.2006: <https://www.pravda.com.ua/articles/2006/02/22/3068784/> [15.01.2024].

<sup>584</sup> Ukaz Prezydenta Ukrainy: Pro Nacional'nu radu z pytan' blahodijnyctva „Zihrij ljubov'ju dytynu“ [Dekret des Präsidenten der Ukraine: Über den Nationalen Rat für Wohltätigkeit „Wärme ein Kind mit Liebe“], No. 1238/2007, 19.12.2007: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/en/1238/2007#Text> [15.01.2024].

<sup>585</sup> Unian: „Juščenko priglasil na lanč Pinčuka i Achmetova (fotoreportaž)“ [Juščenko hat Pinčuk und Achmetov zum Mittagessen eingeladen (Fotoreportage)], 12.12.2007: <https://www.unian.net/society/83071-yuschenko-priglasil-na-lanch-pinchuka-i-ahmetova-fotoreportaj.html> [15.01.2024].

als beratendes Organ des Projektes fungieren sollte.<sup>586</sup> Sämtliche in der Ukraine bekannten Oligarchen erklärten sich hierbei bereit, die Realisierung des Projekts auf regionaler Ebene zu gewährleisten.<sup>587</sup> In Pinčuks Verantwortungsbereich fielen zwei Regionen: In der westukrainischen Region L'viv sollte Pinčuk etwa 1,1 Mio. UAH bereitstellen, in seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k knapp 500.000 UAH.<sup>588</sup>

Der dritte Bereich, in dem Pinčuk nach der Orangen Revolution als Sponsor öffentlich sichtbar in Erscheinung trat, waren vor allem Veranstaltungen und Konferenzen im internationalen Format. Hierzu gehört zum einen das sogenannte *Ukrainian Lunch*, das Pinčuk erstmalig im Januar 2005 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in schweizerischen Davos finanzierte und seither nach eigenen Angaben jährlich das Ziel verfolge, „[to] host a private meeting on current trends in Ukraine in order to promote the country among top international leaders and engage in a dialogue with the international community.“<sup>589</sup> Zum anderen handelt es sich um die sogenannte *Yalta European Strategy* (YES). Die Organisation YES wurde bereits im Jahr 2004 gegründet, als Pinčuk mehrere ausländische Politiker, darunter den ehemaligen kanadischen Premierminister Jean Chrétien sowie den damaligen Abgeordneten der französischen Nationalversammlung Dominique Strauss-Kahn, zu einem Treffen auf die Halbinsel Krim nach Jalta einlud, um nach eigenen Angaben einen Beitritt der Ukraine in die Europäische Union zu fördern.<sup>590</sup> Die zweite Konferenz der später in die Arbeit der *Victor Pinchuk Foundation*

---

<sup>586</sup> Vgl. Ukaz Prezidenta Ukrajiny: Pro sklad Nacional'noji rady z pytan' blahodijnyctva „Zihrij ljubov'ju dytnu“ [Dekret des Präsidenten der Ukraine: Über die Zusammensetzung des Nationalen Rates für Wohltätigkeit „Wärme ein Kind mit Liebe“], No. 61/2008, 29.01.2008: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/en/61/2008#Text> [15.01.2024].

<sup>587</sup> Vgl. Offizielles Internetportal des Präsidenten der Ukraine Viktor Juščenko (o.J.): „Spysok ukrajins'kych pidpryjemciv, zakriplenych za rehionamy Ukrajiny v ramkach realizaciji spil'noho proektu vlady i biznesu „Zihrij ljubov'ju dytnu“, započatkovano Prezydentom Ukrajiny V. Juščenkom i sprjamovano na pidtrymku bahatoditnych simej, v jakych vychovujet'sja 10 i bil'se ditej“ [Liste der ukrainischen Unternehmer, die im Rahmen des vom ukrainischen Präsidenten Viktor Juščenko ins Leben gerufenen gemeinsamen Regierungs- und Wirtschaftsprojekts „Wärme ein Kind mit Liebe“ zur Unterstützung kinderreicher Familien mit 10 oder mehr Kindern in die Regionen der Ukraine entsandt wurden]: <http://web.archive.org/web/20080413073059/http://www.president.gov.ua:80/content/donators.html> [15.01.2024].

<sup>588</sup> Vgl. Zaxid.net: „Fond Pinčuka vydilyv ponad 1 mln hrn dev"jat'om bahatoditnym sim"jam L'vivščyny na nove žytlo“ [Die Pinčuk-Stiftung hat neun kinderreichen Familien in der Region L'viv mehr als 1 Million UAH für neue Wohnungen zur Verfügung gestellt], 29.05.2008: [https://zaxid.net/fond\\_pinchuka\\_vidilyv\\_ponad\\_1 mln\\_grn\\_devrzuoyatom\\_bagatoditnim\\_simrzuoyam\\_lvivsh\\_hini\\_na\\_nove\\_zhitlo\\_n1054541](https://zaxid.net/fond_pinchuka_vidilyv_ponad_1 mln_grn_devrzuoyatom_bagatoditnim_simrzuoyam_lvivsh_hini_na_nove_zhitlo_n1054541) [15.01.2024].

<sup>589</sup> Victor Pinchuk Foundation: „Davos Ukrainian Breakfast“: <https://pinchukfund.org/en/projects/20/> [15.01.2024].

<sup>590</sup> Vgl. Yalta European Strategy: „YES History“: <https://www.yes-ukraine.org/en/about/yes-history> [15.01.2024].

eingegliederten Organisation YES<sup>591</sup> fand dann im Jahr 2005 unter dem Titel „U in the EU: next steps for Ukraine“<sup>592</sup> unter der Teilnahme dutzender hochrangiger ukrainischer und internationaler Politiker und Wirtschaftsvertreter statt.<sup>593</sup> Neben der Abhaltung der YES-Konferenz gab die Organisation in dieser Zeit auch mehrere Umfragen in EU-Mitgliedstaaten in Auftrag<sup>594</sup> und versuchte für ein proaktivere Haltung der EU gegenüber der Ukraine zu werben.<sup>595</sup> Über die bereits 2004 ins Leben gerufenen Organisation YES hinaus lassen sich noch weitere Unternehmungen Pinčuks identifizieren, die deutlich machen, dass Pinčuk bereits wenige Monate vor der Orangen Revolution vor allem auch darum bemüht gewesen war, in internationale Elitennetzwerke integriert zu werden. Hierzu gehörte beispielsweise eine Kooperation mit dem US-amerikanischen Investor und als Philanthropen bekannten George Soros zum Aufbau eines Rechtshilfeprojekts in der Ukraine, über das erstmalig im März 2004 berichtet wurde.<sup>596</sup> Ferner lud Pinčuk etwa zur gleichen Zeit eine Delegation des US-amerikanischen Think Tanks *Council on Foreign Relations* in die Ukraine ein und ließ sich in den Bei- und Aufsichtsrat der renommierten *International Crisis Group* wählen.<sup>597</sup>

---

<sup>591</sup> Seit der Annexion der Krim durch die Russländische Föderation im Frühjahr 2014 finden die YES-Jahrestreffen in Kyjiw in dem 2010 fertiggestellten Kunst- und Kulturkomplex *Mystetskyi Arsenal* statt. Dem Vorstand von YES gehörten zuletzt der ehemalige polnische Präsident Aleksandr Kwasniewski, der frühere schwedische Außenminister Carl Bildt, die frühere Präsidentin Estlands Kersti Kaljulaid, der Vize-Präsident der *Havas Group* Stephane Fouks, der frühere deutsche Diplomat und ehemalige Leiter der *Münchener Sicherheitskonferenz* Wolfgang Ischinger, der ehemalige Generalsekretär der NATO und frühere Premierminister Dänemarks Anders Fogh Rasmussen sowie Viktor Pinčuk an. Vgl. <https://yes-ukraine.org/en/about/yes-board> [15.01.2024].

<sup>592</sup> Yalta European Strategy: „YES History“: <https://www.yes-ukraine.org/en/about/yes-history> [15.01.2024].

<sup>593</sup> Vgl. Yalta European Strategy: 2nd Yalta Annual Meeting. List of participants: <https://www.yes-ukraine.org/en/Yalta-annual-meeting/2005/perelik-uchasnikiv> [15.01.2024].

<sup>594</sup> Eine dieser Umfragen hatte YES in den damals sechs bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien und Großbritannien) in Auftrag gegeben. Diese fragte die Einwohner der genannten Staaten danach, ob sie einen EU-Betritt der Ukraine, der Türkei, Marokkos oder Russlands befürworten würden. Die höchste Zustimmungsrate in der Umfrage erhielt dabei die Ukraine. 55% der Befragten sprachen sich für einen Beitritt des Landes in die EU aus. Siehe hierzu: The Guardian: „Voters ‚prefer‘ Ukraine to Turkey“, 24.03.2005: <https://www.theguardian.com/world/2005/mar/24/eu.ukraine> [15.01.2024].

<sup>595</sup> Vgl. The Guardian: „The long and winding road west“, 10.11.2005: <https://www.theguardian.com/world/2005/nov/10/worlddispatch.ukraine> [15.01.2024].

<sup>596</sup> Vgl. *Ukrajins'ka Pravda*: „Soros nazval Pinčuka ‚partnerom i filantropom““ [Soros nennt Pinčuk einen „Partner und Philanthropen“], 31.03.2004: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2004/03/31/4377951/> [15.01.2024].

<sup>597</sup> Vgl. *Ukrajins'ka Pravda*: „Viktor Pinčuk: pobeg ot titula ‚oligarch““ [Viktor Pinčuk: Flucht vor dem Titel „Oligarch“], 06.04.2004: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2004/04/6/4378035/> [15.01.2024].

## 5.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Pinčuks nach der Orangen Revolution

Die hier vorgenommenen Betrachtungen der Selbstdarstellung, der Beeinflussung der medialen Berichterstattung sowie der Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten Pinčuks ermöglichen es, zu identifizieren, wie Pinčuk nach der Orangen Revolution im Zuge von Konflikten mit der politischen Führung um das Stahlwerk *Kryvorižstal'* und das Eisenerzwerk NZF versucht hat, seine Eigentumsrechte zu legitimieren.

Mit Blick auf Pinčuks Selbstdarstellung lässt sich dabei zunächst festhalten, dass diese sich aus unterschiedlichen inhaltlichen Elementen zusammensetzt, die ein weitgehend kohärentes Narrativ ergeben. Dieses Narrativ beinhaltet erstens, dass der nach eigener Darstellung aus nicht privilegierten Familienverhältnissen stammende Pinčuk über ehrliche Arbeit, Bildung sowie Risikobereitschaft zu Reichtum gelangt sei. Zweitens habe Pinčuk, der sich als Pionier des ukrainischen Unternehmertums präsentiert, seine Kenntnisse früh in die Politik eingebracht und dadurch zum Wohle der Entwicklung der Ukraine beigetragen. Später sei seine politische Einflussnahme, die zu keinem Zeitpunkt seiner persönlichen Profitmaximierung gedient habe, jedoch erfolgt, um seine eigene unternehmerische Existenz vor Bedrohungen zu schützen, die von korrupten Politikern und Beamten ausgegangen seien. Pinčuk betrachtete sich dabei als Opfer des politischen Systems und rechtfertigt vor diesem Hintergrund etwaiges Fehlverhalten, wobei er dieses meist nur sehr abstrakt und nicht auf sich allein bezogen darstellte. Diese Opferrolle unterstrich Pinčuk auch dadurch, dass er ankündigte, in Zukunft – sofern die Politik dies zulasse – am liebsten auf ein politisches Mandat verzichten zu wollen, um sich vollständig auf sein Unternehmertum konzentrieren zu können.

Seiner allgemeinen Abgrenzung von der Elite stellte Pinčuk eine persönliche patriotische Haltung gegenüber. Immer wieder zum Vorschein kam dabei die Kernbotschaft, dass er ein verantwortungsbewusster Unternehmer sei, der sowohl mit Blick auf die von ihm geführten Unternehmen als auch auf das Land insgesamt eine positive Rolle spiele. Neben der Herausstellung der positiven Aspekte seiner Unternehmensführung sowie dem Verweis auf die Gesetzeskonformität der von ihm gewonnen Privatisierungsauktionen warb Pinčuk um die Akzeptanz seiner Eigentumsrechte vor allem auch mit einer quasi-traditionellen Rechtfertigung, die sich aus der von ihm beanspruchten Rolle als „Nationalkapitalist“ der ersten Stunde ableiten lasse. Hierzu gehörte auch, dass Pinčuk die strategischen Interessen der Ukraine hervorhob und immer wieder darauf verwies, dass die oberste Priorität darin bestehen müsse, dass ein Unternehmen wie *Kryvorižstal'* unter ukrainischer Kontrolle bleibe.

Pinčuks Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten spiegelten die Elemente seiner Selbstdarstellung wider und trugen somit zur Kohärenz seiner Legitimationsstrategie bei. Dies trifft auch auf die Berichterstattung der Zeitung *Fakty i komentarii* zu, in der Pinčuks Selbstdarstellung bestätigt wurde und Ergänzungen erfuhr. Auch hier bestand die Kernbotschaft darin, dass Pinčuk ein überaus verantwortungsbewusster Unternehmer sei. Zudem seien vorangegangene Privatisierungen, die aufgrund guter und sozialverträglicher Unternehmensführung ohnehin gerechtfertigt seien, rechtmäßig verlaufen. Bei Betrachtung der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* zeigt sich allerdings, dass die Zeitung dem Charakter einer Boulevardzeitung entsprechend deutlich offensiver vorging, als Pinčuk in seiner Selbstdarstellung. Dies betrifft sowohl die Hervorhebung von positiven Aspekten des Handelns Pinčuks als auch die formulierte Kritik an der politischen Führung des Landes. Während Pinčuk sich im innenpolitischen Kontext der Ukraine adaptiv verhielt und beispielsweise Tymošenko namentlich und ausdrücklich erst unmittelbar vor ihrer Entlassung kritisierte, ansonsten jedoch eher abstrakte Kritik an der politischen Elite insgesamt äußerte, wurde die Regierung in der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* von Beginn ihrer Reprivatisierungspolitik scharf angegangen. Auch zeigt sich, dass in der Zeitung sehr umfassend über Pinčuks Rolle als Mäzen berichtet wurde, während Pinčuk diesbezüglich eher Understatement an den Tag legte und hauptsächlich allgemein über verantwortungsbewusstes Handeln und Pflichten eines Unternehmers sprach.

Vor allem zeigt sich bei der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* aber, dass die Rechtfertigung der aus der Kučma-Ära hervorgegangenen Eigentumsverhältnisse auf der Grundlage von Negativszenarien erfolgte, die mit Blick auf mögliche Reprivatisierungen formuliert wurden. Dies erfolgte insbesondere über die Hervorhebung von vermeintlich negativen Konsequenzen für die ukrainische Wirtschaft und bestehender Sozialleistungen. Ausländische Investoren, die Reprivatisierungen für sich entscheiden könnten, wurden dabei eindeutig als Gefahr für die Beschäftigten in den betroffenen Betrieben und auch für die Bevölkerung der Ukraine insgesamt dargestellt. Die Betonung von Risiken und Gefahren, die Reprivatisierungen (insbesondere an ausländische Investoren) mit sich bringen, wurde dabei der positiven Rolle, die Pinčuk zugeschrieben wurde, gegenübergestellt. Pinčuks Selbstdarstellung konzentrierte sich indes stärker Chancen, die damit einhergingen, wenn ein Unternehmen wie *Kryvorižstal'* unter ukrainischer (d.h. seiner) Kontrolle bliebe.

In beiden Fällen lässt sich somit schließlich aber auch festhalten, dass die Rolle, die ausländischen Akteuren zugeschrieben wurde, im Widerspruch zu Pinčuks global ausgerichteten Aktivitäten zur Integration der Ukraine in die EU und die Weltwirtschaft stehen.

Eine eher eklektische und widersprüchliche Zuschreibung der Bedeutung internationaler Akteure lässt sich auch innerhalb der Berichterstattung von *Fakty i komentarii* und der Selbstdarstellung Pinčuks identifizieren. Einerseits wurden ausländische Investoren zwar vor allem mit negativen Assoziationen verknüpft. Andererseits dienten sie argumentativ aber auch dazu, die Reprivatisierungspolitik der Regierung zu diskreditieren, da Reprivatisierungen negative Auswirkungen für das Investitionsklima in der Ukraine hätten und ausländische Investoren abschreckten.

Die Betrachtung der Selbstdarstellung Pinčuks, die Berichterstattung der von ihm kontrollierten Zeitung *Fakty i komentarii* sowie seiner Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten ermöglichen es schließlich auch, die Adressaten zu identifizieren, an die sich seine Legitimationsbemühungen richten. Hierbei ist zunächst festzuhalten, dass abgesehen von einem Interview in der russischen Tageszeitung *Vedomosti* im Jahr 2005 keine Interviews mit oder Namensbeiträge von Pinčuk in internationalen Medien veröffentlicht wurden. Dass Pinčuk nach der Orangen Revolution indes mehrere umfassende Interviews mit heimischen Medien geführt hat, während öffentliche Äußerungen von ihm zuvor selten gewesen sind, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass seine Kommunikationsstrategie vor allem an das heimische Publikum und eine breite Öffentlichkeit in der Ukraine gerichtet gewesen ist. Diese Strategie wurde dabei von der Berichterstattung der landesweit erscheinenden Zeitung *Fakty i komentarii* unterstützt. Gleichzeitig lassen sich Pinčuks Bemühungen um Kompromisslösungen, wie er sie nach der Reprivatisierung von *Kryvorizstal'* formulierte, sowie die explizit geäußerte Ankündigungen, in Zukunft noch stärker einer sozialen Verantwortung als Groß- bzw. „Nationalkapitalist“ nachzukommen, dahingehend interpretieren, dass diese auch an die politische Elite adressiert waren und hierbei vor allem dazu dienten, Präsident Juščenko Argumentationsstränge an die Hand zu geben, die das von Juščenko erklärte Ende der Reprivatisierungspolitik nach der Entlassung Tymošenkos und der Unterzeichnung eines entsprechenden Memorandums mit der von Janukovyč geführten Opposition rechtfertigten.<sup>598</sup> Mit dieser Lesart, die auf eine Abmachung zwischen Pinčuk und Juščenko hindeutet, korrespondierte schließlich die von Pinčuk betriebene Wohltätigkeits- und Mäzenatentätigkeit, insbesondere seine finanzielle Beteiligung an der späteren Wohltätigkeitsinitiative Juščenkos sowie an den von Juščenko betriebenen Projekten zum Erhalt des kulturellen Erbes der Ukraine.

Mit Blick auf Pinčuks globale und vor allem auch proeuropäische Positionierung lassen sich schließlich zwei weitere Gruppen identifizieren, die Pinčuk zu adressieren versuchte. Hierbei handelt es sich zum einen um jene Teile der ukrainischen Gesellschaft, die eine westlich

---

<sup>598</sup> S. o., S. 62 und S. 110.

orientierte Außenpolitik der Ukraine befürworten. Zum anderen richten sich insbesondere Projekte wie die *Yalta European Strategy* und das von Pinčuk initiierte *Ukrainian Lunch* in Davos eindeutig auch an internationale Akteure und zielten hier früh auf die Integration in internationale Elitennetzwerke ab, mit der Pinčuk aktiv bereits vor der Orangen Revolution und dem absehbaren Ende der Präsidentschaft Kučmas begonnen hatte.



## 6. Rinat Achmetov (2004/2005)

Rinat Achmetov wurde 1966 als Sohn einer tatarischen Bergarbeiterfamilie geboren. Mit einem auf etwa 16 Milliarden US-Dollar geschätzten Vermögen wurde Achmetov 2012 von der Zeitschrift Forbes zu den vierzig reichsten Personen der Welt gezählt.<sup>599</sup> Als vermögendste Person der Ukraine gilt er bis heute. Über Achmetovs Werdegang, insbesondere über seine Tätigkeiten in den 1990er-Jahren, ist nicht viel bekannt. In der ukrainischen Presse wird angenommen, dass Achmetov, der oft auch als „chozjain“ (russ.: „Hausherr“ bzw. „Chef“) des Donbas bezeichnet wird, seine Karriere im kriminellen Milieu begonnen hat und nach und nach zum Kopf des „Donezker Clans“ aufgestiegen ist. Als wahrscheinlich gilt dabei, dass Achmetov und Personen seiner unmittelbaren Umgebung zunächst als sogenannte Gewaltunternehmer tätig waren und erst später auch zu legalen Geschäftstätigkeiten übergegangen sind.<sup>600</sup> Mit dem Begriff des Gewaltunternehmertums („violent entrepreneurship“<sup>601</sup>) sind in Anlehnung an Volkov eine Reihe organisierter Handlungen und Strategien zu verstehen, deren wichtigste Ressource die Androhung oder Ausübung von Gewalt darstellt. Hierbei handelt es sich um ein Phänomen, das in weiten Teilen des postsowjetischen Raumes ab Ende der 1980er-Jahre und somit im Zuge der Entstehung erster unternehmerischer Tätigkeiten insbesondere in Form organisierter Schutzgelderpressungen auftrat, die im russischen Sprachgebrauch häufig auch unter dem Begriff „*rèket*“<sup>602</sup> zusammengefasst werden. Parallel entwickelte sich der Verkauf entsprechender Schutzleistungen, die vor allem Händlern und Unternehmern gegen Bezahlung „*kryša*“ (russ.: Dach bzw. Schutz) bieten sollten, um somit das neu entstandene Privateigentum zu sichern.<sup>603</sup> Als Achmetovs „Mentor“ in dieser Zeit wird immer wieder Achat Brahin aufgeführt. Brahin trat zu Beginn der 1990er-Jahre unter dem Spitznamen „Alik Grek“ in der Region um Donezk als einflussreiche sogenannte „kriminelle Autorität“ in Erscheinung. Als Brahin 1995 bei einem Bombenattentat in einem Donezker Fußballstadion ums Leben kam, übernahm Achmetov die von Brahin betriebene Handelsfirma *Ljuks* und beerbte ihn zudem als Präsident des Donezker Profifußballklubs *Shakhtar*, seine lange Zeit wichtigste formale

---

<sup>599</sup> Vgl. Forbes: The World's Billionaires 2012:

[https://stats.areppim.com/listes/list\\_billionairesx12xnat.htm#ukraine](https://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx12xnat.htm#ukraine) [15.01.2024].

<sup>600</sup> Vgl. hierzu auch Zimmer (2006a): S. 95.

<sup>601</sup> Volkov, Vadim (1999): Violent Entrepreneurship in Post-Communist Russia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 51, No. 5, 741–754.

<sup>602</sup> Der Begriff „*rèket*“ (russ. „*рэкет*“) bezeichnet in Anlehnung an den aus dem Englischen stammenden kriminologischen Terminus „*racket*“ bzw. „*racketeering*“ illegale Handlungen, die als Teil der organisierten Kriminalität aufzufassen sind. Zu diesen und anderen Formen organisierter Kriminalität in der Ukraine siehe auch: Finckenaue, James O./Schrock, Jennifer L. (Hrsg.) (2004): The prediction and control of organized crime: the experience of post-Soviet Ukraine, New Brunswick, New Jersey: Transaction Publishers.

<sup>603</sup> Vgl. Volkov, Vadim (2005): Jenseits der Gerichte. Warum Gesetze nicht so funktionieren, wie sie sollen, in: OSTEUROPA, 55. Jg., Nr. 10, 74–83, hier S. 76.

Position. Vieles spricht dafür, dass Achmetov ein nach dem Tod von Brahin entstandenes „Autoritäts- und Machtvakuum in der Region“<sup>604</sup> nutzen konnte und sich als eine Art *Primus inter Pares* in regionalen, oft blutigen Konkurrenzkämpfen der 90er-Jahre durchgesetzt hat. Auftragsmorde, deren Anzahl das ukrainische Innenministerium allein im Jahr 1996 mit 116 bezifferte,<sup>605</sup> gehörten in der Ukraine zu dieser Zeit gewissermaßen zur Tagesordnung und prägten das Bild eines „quasi rechtsfreie[n] Raum[s]“<sup>606</sup>.

Unklarheit über Achmetovs genaue Geschäftstätigkeiten herrschte zunächst auch in den darauffolgenden Jahren. Als er in einem Interview im Jahr 2000 nach seinen Unternehmensbeteiligungen gefragt wurde, sagte er lediglich: „Das ist ein Geschäftsgeheimnis. Vielleicht sage ich es Ihnen in ein paar Jahren...Aber Sie können mir glauben, dass dort, wo ich Aktionär bin, das Geschäft eine Zukunft hat.“<sup>607</sup> Zu diesem Zeitpunkt war nur bekannt, dass Achmetov Mehrheitsaktionär der 1995 gegründeten Donezker Stadtbank (*Doneckij Gorodskoj Bank*, abgekürzt *Dongorbank*) war. Sein Einstieg ins Bankengeschäft Mitte der 1990er-Jahre soll Achmetov zum einen dabei geholfen haben, seine früheren – mutmaßlich illegalen – Geschäftstätigkeiten zu legalisieren, und zum anderen, erste Unternehmen der Region, die Darlehen der Bank nicht zurückzahlen konnten, unter seine Kontrollen zu bringen.<sup>608</sup> Zudem sind Beobachter davon ausgegangen, dass Achmetov starken Einfluss auf die zu dieser Zeit ebenso entstandene ISD hatte. Die ISD gilt als erste relevante Donezker finanzindustrielle Gruppe. Nach ihrer Gründung 1995 entwickelte sie sich schnell zum wichtigsten Gasverteiler der Region, brachte regionale Betriebe unter ihre Kontrolle und beherrschte letztlich einen geschlossenen Produktionszyklus entlang der Produktionskette Kohle-Koks-Metall. Achmetov selbst leugnete stets, einflussreich in der ISD gewesen zu sein.<sup>609</sup> Erst im Jahr 2003 wurde schließlich öffentlich, dass Achmetov Eigentümer der im Jahr 2000 in Donezk gegründeten Unternehmensholding SKM ist.<sup>610</sup> Ukrainische Beobachter gehen davon aus, dass Achmetov seine Vermögenswerte beziehungsweise von ihm informell kontrollierte Aktien aus ISD herauslöste und in die neu geschaffene Holding transferierte. Mehrere Beispiele, die davon

---

<sup>604</sup> Zimmer (2006a): S. 97.

<sup>605</sup> Vgl. Ott, Alexander (1997): Wer hat die reale Macht in der Ukraine?, in: Berichte des BIOst, Nr. 31, S. 21.

<sup>606</sup> Zimmer (2006a): S. 77.

<sup>607</sup> Zerkalo Nedeli: „Rinat Achmetov – Pervoe lico FK ‚Šachtër‘. I ne tol’ko...“ [Rinat Achmetov – Das erste Gesicht vom FK „Shakhtar“. Und nicht nur das...], 21.01.2000: [https://zn.ua/economics\\_of\\_regions/rinat\\_ahmetov\\_pervoe\\_litso\\_fk\\_shahter\\_i\\_ne\\_tolko.html](https://zn.ua/economics_of_regions/rinat_ahmetov_pervoe_litso_fk_shahter_i_ne_tolko.html) [15.01.2024].

<sup>608</sup> Vgl. lenta.ru: „Achmetov, Rinat“: <https://lenta.ru/lib/14160080/full.htm#114> [15.01.2024].

<sup>609</sup> Zu ISD vgl. auch Zimmer (2006a): S. 97ff.

<sup>610</sup> Bis 2009 gehörten 90% der Aktien von SKM Rinat Achmetov und 10% der Aktien Achmetovs Ehefrau Lilija Achmetova. Seit 2009 ist Rinat Achmetov alleiniger Eigentümer der Holding. Siehe hierzu auch: tsn.ua: „Achmetov uvolil iz svoej kompanii mat' i ženu“ [Achmetov hat seine Mutter und seine Frau aus seinem Unternehmen entlassen], 20.04.2017: <https://ru.tsn.ua/ukrayina/ahmetov-uvolil-iz-svoey-kompanii-mat-i-zhenu-845545.html> [15.01.2024].

zeugen, wie zunächst von der ISD kontrollierte Unternehmensanteile oft schleichend von SKM übernommen wurden, darunter unter anderem das in Mariupol ansässige Stahlwalzwerk *Azovstal'*, bestätigen diese These.<sup>611</sup> Im Laufe der Jahre hat sich die Holding SKM zu einem Firmengeflecht mit mehr als einhundert Unternehmen und über 300.000 Beschäftigten entwickelt. Hierzu gehört unter anderem die vertikal integrierte *Metinvest*-Gruppe, eines der landesweit größten Unternehmen im Bereich des Bergbaus und der Metallindustrie. Ebenso Teil der Holding ist das Energieunternehmen *DTEK*, das in der Kohleförderung, der Stromerzeugung sowie dem Stromtransport aktiv ist und die größte Energieholding des Landes darstellt.<sup>612</sup> Darüber hinaus umfasst Achmetovs SKM Unternehmen aus den Bereichen Finanzen, Telekommunikation, Handel, Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, Transportwesen und bis zuletzt Medien.<sup>613</sup> Bis 2022 gehörten zu dem zuletzt genannten Bereich neben der landesweit in russischer Sprache erschienenen Tageszeitung *Segodnja*<sup>614</sup> weitere Regionalzeitungen wie *Donetskiye Novosti* und *Verchorny Donetsk*, mehrere Online-Nachrichtenportale, der Fernsehkanal *Teleradiokompanija Ukrajina* (TRK Ukrajina) und weitere Spartensender.

Achmetov soll seit jeher gute Kontakte zu Viktor Janukovyč gepflegt haben, der von Kučma 1997 zum Gouverneur der Oblast' Donezk ernannt wurde. Im Gegensatz zu einer Reihe von Oligarchen, die unter Kučma in Erscheinung getreten sind, bekleidete Achmetov vor der Orangen Revolution selbst kein politisches Amt und trat auch sonst öffentlich kaum in Erscheinung. Umso mehr scheint es ihm in jener Zeit gelungen zu sein, seine informellen Einflusskanäle, die mit der 2002 erfolgten Ernennung Janukovyčs zum Ministerpräsidenten der Ukraine bis ins Zentrum nach Kyjiw gesichert waren, zu nutzen. Dass Achmetov dies gelang, zeigte sich nicht zuletzt darin, dass bedeutende Privatisierungserfolge Achmetovs während der Präsidentschaft Kučmas mit der Amtszeit von Ministerpräsident Janukovyč (2002-2005) korrelierten.<sup>615</sup> Es ist dementsprechend naheliegend, dass Achmetov Janukovyč im Präsidentschaftswahlkampf 2004 unterstützte. Schließlich kann davon ausgegangen werden, dass ein Wahlerfolg Janukovyčs die Position Achmetovs zu jener Zeit weiter gestärkt hätte. Über den Umfang einer finanziellen Unterstützung des Wahlkampfes gibt es jedoch keine gesicherten Erkenntnisse. Während Achmetov selbst stets bestritten hat, den Wahlkampf Janukovyčs (mit)finanziert zu haben, gibt es Berichte darüber, dass Achmetov etwa die Hälfte

---

<sup>611</sup> Vgl. Zimmer (2006a): S. 100ff.

<sup>612</sup> Siehe hierzu auch: The Ukrainian Week: „Colossi With Feet of Clay“, 22.02.2013: <https://ukrainianweek.com/colossi-with-feet-of-clay/> [15.01.2024].

<sup>613</sup> System Capital Management: <https://www.scm.com.ua/en/about> [15.01.2024].

<sup>614</sup> 2010 betrug die Auflage der Zeitung etwa eine Million. Vgl. Ryabinska (2011).

<sup>615</sup> Vgl. Pleines (2006): S. 7ff.

der geschätzt 600 Mio. Dollar teuren Wahlkampagne Janukovyčs als Präsidentschaftskandidat der Partei der Regionen getragen habe.<sup>616</sup> Ferner zeigte sich, dass der von Achmetov kontrollierte Fernsehsender *Ukrajina* Janukovyč im Vorfeld der Wahlen deutlich in den Fokus seiner Berichterstattung rückte. Prytula zufolge widmete der Fernsehsender Janukovyč 19-mal mehr Sendezeit als seinem Konkurrenten Juščenko.<sup>617</sup>

### **6.1. Achmetovs zentrales Imageproblem nach der Orangen Revolution**

Im Zuge der Orangen Revolution und der Wahlniederlage Janukovyčs sah sich Achmetov schließlich ähnlichen Problemen wie Viktor Pinčuk ausgesetzt. Sein zentrales Imageproblem bestand dabei erstens darin, dass sich auch Achmetov als zentraler Profiteur des politischen Systems unter der Präsidentschaft Kučmas erwiesen hatte. Dies galt insbesondere für jene Zeit, in der Janukovyč als Ministerpräsident amtierte und zeigte sich nicht zuletzt in der Privatisierung des Stahlwerkes *Kryvorižstal'*, das Achmetov 2003 in dem gemeinsamen Bieterkonsortium IMS mit Pinčuk ersteigern konnte. Die zur damaligen Zeit äußerst populäre politische Losung „Banditen ins Gefängnis!“ („Banditam - tjur'my!“), die Präsidentschaftskandidat Juščenko quasi wie ein Mantra auf jeder Wahlkampfveranstaltung wiederholt hatte, richtete sich dementsprechend vor allem gegen Akteure wie Achmetov. Er wurde folglich auch zu jenen „Dieben“ gezählt „die sich staatliche Mittel in millionenfacher Höhe auf Kosten der Rentner, der Invaliden, der Ärzte und der Lehrer angeeignet hatten.“<sup>618</sup> Zweitens galt Achmetov als Weggefährte und Förderer Janukovyčs und somit gleichzeitig auch als Teil jener Donezker Seilschaft, die den Versuch unternommen hatte, die Präsidentschaftswahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren. Nach der Orangen Revolution befand sich Achmetov dementsprechend auf der Seite derjenigen Akteure, die auf einen anderen Ausgang der Präsidentschaftswahlen hingearbeitet hatten. Gegenüber diesem sogenannten „Donezker Clan“ im Allgemeinen und Achmetov im Speziellen zeichnete sich unter der neuen politischen Führung schließlich ein überaus konfrontatives Klima ab, das in gleich mehreren Ereignissen zum Ausdruck kam: Achmetov befand sich nach der Orangen Revolution nicht nur im Konflikt mit der neu gewählten Regierung wegen der Privatisierung von *Kryvorižstal'*, sondern war, anders als Pinčuk, auch strafrechtlichen Untersuchungen ausgesetzt. Ein Ermittlungsverfahren, das das ukrainische Innenministerium im Sommer 2005 unter der Leitung des wenige Wochen zuvor ernannten Innenministers Jurij Lucenko gegen

---

<sup>616</sup> Vgl. Åslund (2005b): S. 336.

<sup>617</sup> Vgl. Prytula (2006): S. 118.

<sup>618</sup> Zerkalo Nedeli: „Banditam — tjur'my!“ [Banditen ins Gefängnis!], 14.01.2005: [https://zn.ua/politics\\_archive/banditam\\_tyurmy.html](https://zn.ua/politics_archive/banditam_tyurmy.html) [15.01.2024]

Achmetov einleitete, hatte offiziell dabei allerdings nichts mit den Ereignissen rund um die Präsidentschaftswahlen von 2004 oder etwaiger Manipulationen vorangegangener Privatisierungsauktionen zu tun, sondern reichte siebzehn Jahre zurück und verdächtige Achmetov des versuchten Mordes an Sergej Černyšev (Spitzname „Bocman“), der als sogenannte „kriminelle Autorität“ im Jahr 1988 in Donezk angeschossen wurde.<sup>619</sup> Die von Achmetov engagierte US-amerikanische Anwaltskanzlei *Akin Gump Strauss Hauer & Feld LLP* bezeichnete die zu jener Zeit gegen Achmetov geführten Ermittlungen als einen Racheakt, den die Regierung aufgrund der von Achmetov und Pinčuk eingereichten Beschwerde über die Annullierung der Privatisierung von *Kryvorizstal'* vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht hatte.<sup>620</sup> Nur wenige Tage zuvor wurde mit Borys Kolesnikov ein enger Vertrauter Achmetovs verhaftet. Kolesnikov fungierte damals als Vorsitzender des Regionalparlaments der Oblast' Donezk (Donec'ka oblasna rada), war zugleich Vorsitzender der Partei der Regionen in der Oblast' Donezk und Vize-Präsident des *FC Shakhtar Donetsk*. Kolesnikov hatte zuvor, nachdem sich in der Ukraine Protest gegen die Ergebnisse der ursprünglichen Präsidentschaftsstichwahl im November 2004 formierte, die „Föderalisierung“ der Ukraine eingefordert und hierzu für den Fall einer Niederlage Janukovyčs im Zuge des von ihm mitinitiierten „Severodonezker Kongresses“ am 28. November 2004 mit der Gründung einer „Südukrainischen Autonomen Republik“ gedroht. Offiziell wurde Kolesnikov jedoch im Zusammenhang mit der Übernahme des Donezker Einkaufszentrums *Belyj lebed'* („Weißer Schwan“) wegen des Verdachts auf Erpressung, Amtsmissbrauch, Betrug und Verschwörung zu einem Mordkomplott festgenommen.<sup>621</sup>

Einer weiteren Konfrontation sah sich Achmetov nach der Orangen Revolution schließlich dadurch ausgesetzt, dass die Steuerbehörde damit begann, Teile seiner Geschäfte zu prüfen, und Sicherheitsorgane Geschäftsräume sowie die Residenz Achmetovs – das sogenannte „Hotel Lux“ – durchsuchten. Zeitweise wurde in diesem Zusammenhang auch ein Unternehmenskonto Achmetovs blockiert.<sup>622</sup> Dass sich Achmetov während der genannten Ereignisse im Ausland

---

<sup>619</sup> Korrespondent.net: „MVD: ‚Bocman‘ obvinjaet Achmetova v popytke ubijstva“ [Inneministerium: „Bocman“ beschuldigt Achmetov des versuchten Morden], 11.08.2005: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/128066-mvd-bocman-obvinyat-ahmetova-v-popytke-ubijstva> [15.01.2024].

<sup>620</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Na Achmetova možet ne chvatit' dokazatel'stv. No est' ešče para epizodov“ [Möglicherweise gibt es nicht genügend Beweise gegen Achmetov. Aber es gibt ein paar andere Episoden], 22.07.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2005/07/22/4390460/> [15.01.2024].

<sup>621</sup> Vgl. Korrespondent.net: „Ėks-glava ‚Belogo lebedja‘ zajavil, čto otdal Kolesnikovu akcii pod ugrozj smerti“ [Der Ex-Chef vom „Weißen Schwan“ sagte, er habe Kolesnikov unter Todesdrohungen Aktien abgegeben], 12.04.2005: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/119101-eks-glava-belogo-lebedya-zayavil-čto-otdal-kolesnikovu-akcii-pod-ugrozj-smerti> [15.01.2024].

<sup>622</sup> Vgl. Segodnja: V rezidencii Achmetova obysk s BTRami [Durchsuchung der Residenz von Achmetov mit gepanzerten Fahrzeugen], 17.08.2005: <https://www.segodnja.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570720058b3e0.html> [15.01.2024].

aufgehalten haben soll – zunächst einige Wochen in Moskau<sup>623</sup>, später längere Zeit in Monaco – bewerteten Beobachter, die bereits Parallelen zum Fall Chodorkovskijs in Russland gezogen hatten, als Flucht.<sup>624</sup>

### 6.1.1. Achmetovs öffentliche Selbstdarstellung

Aus der hier betrachteten Zeit liegen insgesamt vierzehn öffentliche Stellungnahmen Achmetovs vor, anhand derer sich Achmetovs öffentlich-mediale Selbstdarstellung in Reaktion auf den in dieser Phase ihm gegenüber bestandenen Legitimationsdruck analysieren lässt. Teilweise handelt es sich hierbei um ausführlichere Interviews mit Achmetov, teilweise aber auch lediglich um kürzere Kommentare des Oligarchen. Mit Ausnahme von zwei Interviews, die Achmetov im Januar und im August 2005 der internationalen englischsprachigen Tageszeitung *The Wall Street Journal* gab (aus diesen Interviews wurde in der Berichterstattung der Zeitung jedoch nur auszugsweise zitiert), wurden sämtliche Statements von und Interviews mit Achmetov in ukrainischen Medien veröffentlicht. Hierbei handelt es sich größtenteils um solche Medien, die zum damaligen Zeitpunkt zu Achmetovs Holding SKM gehörten.<sup>625</sup> Die Veröffentlichungen erstreckten sich über das gesamte Jahr 2005 und umfassen somit auch jenen Zeitraum, in dem sich Achmetov nach der Orangen Revolution im Ausland aufgehalten haben soll.

#### Übersicht zu Interviews und Pressestatements von Rinat Achmetov (von der Orangen Revolution bis Ende 2005)

	Art der Veröffentlichung	Titel/Überschrift der Veröffentlichung [Bemerkung]	Datum der Veröffentlichung	Medium
1	Interview	<i>TV-Interview</i> <sup>626</sup>	24.12.2004	<i>TRK Ukrajina</i>
2	Interview [nur auszugsweise im Rahmen einer Reportage veröffentlicht]	„A Ukrainian Magnate Tries to Mend Fences“ <sup>627</sup>	14.01.2005	<i>The Wall Street Journal</i>

<sup>623</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „SKM: otkrytie kompanii, sčitajuščej sebja patriotom“ [SKM: Gründung eines Unternehmens, das sich als Patriot versteht], 06.05.2005: [https://zn.ua/ECONOMICS/skm\\_otkrytie\\_kompanii\\_schitayuschey\\_sebya\\_patriotom.html](https://zn.ua/ECONOMICS/skm_otkrytie_kompanii_schitayuschey_sebya_patriotom.html) [15.01.2024].

<sup>624</sup> Vgl. Kyiv Post: „Akhmetov on the lam“, 17.08.2005: <https://archive.kyivpost.com/article/opinion/editorial/akhmetov-on-the-lam-23068.html> [15.01.2024] sowie Ukrajins'ka Pravda: „Smutnye vremena Achmetova i Pinčuka“ [Unruhige Zeiten für Achmetov und Pinčuk], 21.04.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2005/04/21/4387610/> [15.01.2024].

<sup>625</sup> Nicht zu SKM gehörten der Fernsehsender *ICTV*, dessen Eigentümer Viktor Pinčuk ist, sowie die als unabhängig geltende Onlinezeitung Ukrajins'ka Pravda. Die Zeitung *Salon Dona i Basa* existierte bis 2011 und war Bestandteil vom SKM.

<sup>626</sup> TRK Ukrajina: „Doneck: Rinat Achmetov ne isključaet vozmožnosti pojti v politiku“ [Donezk: Rinat Achmetov schließt die Möglichkeit nicht aus, in die Politik zu gehen], 24.12.2004 [TV-Interview-Transkript abgerufen via Integrum].

<sup>627</sup> The Wall Street Journal: „A Ukrainian Magnate Tries to Mend Fences“, 14.01.2005: <https://www.wsj.com/articles/SB110565762565625779> [15.01.2024].



3	Interview	„Rinat Achmetov hat sich erholt und die Situation um die Aktien von ‚Dynamo‘ kommentiert“ <sup>628</sup>	25.02.2005	<i>Salon Dona i Basa</i>
4	Interview	„Regen und Hoffnungstropfen“ <sup>629</sup>	18.03.2005	<i>Segodnja</i>
5	Interview	<i>TV-Interview</i> <sup>630</sup>	30.04.2005	<i>TRK Ukrajina</i>
6	Interview	<i>TV-Interview</i> <sup>631</sup>	17.05.2005	<i>ICTV</i>
7	Interview [nur auszugsweise im Rahmen einer Reportage veröffentlicht]	„Ukrainian Tycoon Defends His Privatization Legacy“ <sup>632</sup>	09.08.2005	<i>The Wall Street Journal</i>
8	Interview	„Zuerst werde ich gucken, was sie für einen Aufguss haben“ <sup>633</sup>	15.08.2005	<i>Segodnja</i>
9	Interview	Rinat Achmetov: „Leben werde ich in Donezk“ <sup>634</sup>	24.08.2005	<i>FK „Shakhtar“ Donetsk</i>
10	Interview	„Achmetov: Ich mag es mehr, Tee zu Hause zu trinken (...)“ <sup>635</sup>	15.10.2005	<i>Ukrajins'ka Pravda</i>
11	Interview	<i>TV-Interview</i> <sup>636</sup>	17.10.2005	<i>TRK Ukrajina</i>
12	Interview	„Heute sollte Herr Lučesku glücklich sein“ <sup>637</sup>	04.11.2005	<i>FK „Shakhtar“ Donetsk</i>

<sup>628</sup> Salon Dona in Basa: Rinat Achmetov pošel na popravku i prokomentiroval situaciju s akcijami „Dinamo“ [Rinat Achmetov hat sich erholt und die Situation um die Aktien von „Dynamo“ kommentiert], 25.02.2005 [via Integrum].

<sup>629</sup> Segodnja: „Dožd i kapli nadeždy“ [Regen und Hoffnungstropfen], 18.03.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fc700579962.html> [15.01.2024].

<sup>630</sup> TRK Ukrajina: „R.Achmetov ne nameren pokidat' Ukrainu i planiruet i dal'she razvivat' svoj biznes“ [R. Achmetov plant nicht die Ukraine zu verlassen, sondern sein Business weiter auszubauen], 30.04.2005 [TV-Interview-Transkript abgerufen via Integrum].

<sup>631</sup> ICTV: „Rinat Achmetov: „Ja v Ukraini zavždy vidčuvav sebe, vidčuvaju, i budu vidčuvaty v bezpeci““ [Rinat Achmetov: „Ich habe mich in der Ukraine immer sicher gefühlt, ich fühle mich sicher und ich werde mich immer sicher fühlen“, 17.05.2005, TV-Interview-Transkript abrufbar unter: <https://www.ua-football.com/ukrainian/high/1116395441-rinat-ahmetov-ya-v-ukrayini-zavzhdi-vidchuvav-sebe-vidchuvayu-i-budu-vidchuvati-v-bezpeci.html> [15.01.2024].

<sup>632</sup> The Wall Street Journal: Ukrainian Tycoon Defends His Privatization Legacy, 09.08.2005: <https://www.wsj.com/articles/SB112353690884507958> [15.01.2024].

<sup>633</sup> Segodnja: „Snačala posmotrju, kakaja u nich zavarka“ [Zuerst werde ich gucken, was sie für einen Aufguss haben], 15.08.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c225705d005c5d11.html> [15.01.2024].

<sup>634</sup> FK „Shakhtar“ Donetsk: Rinat Achmetov: „Žit' ja budu v Donecke“ [Leben werde ich in Donezk], 24.08.2005, online abrufbar unter <https://web.archive.org/web/20051102120911/http://zadonbass.org:80/first/message.html?id=19944> [15.01.2024].

<sup>635</sup> Ukrajins'ka Pravda: Achmetov: „Achmetov: Ja bol'she ljublju čaj pit' doma (...)“ [Achmetov: Ich mag es mehr, Tee zu Hause zu trinken (...)], 15.10.2005: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2005/10/15/4392947/> [15.01.2024].

<sup>636</sup> TRK Ukrajina: „Achmetov: Biznesu ne nužny privilegii. Nam nužny četkie i ravnye pravila“ [Achmetov: Das Business braucht keine Privilegien. Wir brauchen klare und gleiche Regeln], 17.10.2005 [TV-Interview-Transkript abgerufen via Integrum].

<sup>637</sup> FK „Shakhtar“ Donetsk: Rinat Achmetov: „Segodnja gospoža Lučesku dolžna byt' sčastliva“ [Heute sollte Herr Lučesku glücklich sein], 04.11.2005, online abrufbar unter: <https://sport.ua/news/10188-rinat-ahmetov-segodnya-gospoža-luchesku-dolzhna-byt-schastliva> [15.01.2024].

13	Interview	„Lučesku wird bei ‚Shakhtar‘ seinen Vertrag erfüllen“ <sup>638</sup>	01.12.2005	<i>FK „Shakhtar“ Donetsk</i>
14	Interview	„Tolik ist erbarmungslos zu sich selbst. Aber er ist auch erbarmungslos zu anderen“ <sup>639</sup>	02.12.2005	<i>Segodnja</i>

Anhand der vorliegenden Dokumente lassen sich drei zentrale Elemente der Selbstdarstellung Achmetovs identifizieren:

- **Leidenschaftlicher Fußballmäzen und erfolgreicher Unternehmer**

Zunächst ist festzuhalten, dass Achmetovs öffentliche Stellungnahmen zumeist einen weitgehend apolitischen Charakter aufwiesen und somit kaum aktuelle politische Entwicklungen, wie etwa die mit der Orangen Revolution aufgetretene Reprivatisierungsthematik allgemein oder konkret die Reprivatisierung von *Kryvorižstal'*, behandelten. Stattdessen erfolgten die meisten öffentlichen Stellungnahmen Achmetovs im Kontext seiner Tätigkeit als Präsident des *FC Shakhtar Donetsk*. In diesen Interviews und Statements Achmetovs ging es dabei zumeist um Leistungen der Fußballmannschaft in nationalen und internationalen Wettbewerben, um Personalentscheidungen innerhalb des Fußballklubs sowie Entwicklungen im ukrainischen Fußball insgesamt. Das öffentliche Bild, das die mediale Selbstdarstellung Achmetovs hier prägte, war dabei zum einen das eines leidenschaftlichen Fußballfans, der sich ein Leben ohne diesen Sport nicht vorstellen könne, der jedes Spiel seiner Mannschaft verfolge, ein freundschaftliches Verhältnis zu den Spielern des Klubs pflege und sich regelmäßig nicht nur mit dem Trainer des Teams, sondern nach Möglichkeit auch mit den Fans des Vereins austausche, um zum sportlichen Erfolg von *Shakhtar* beizutragen:

„Fußball ist der Monopolist meines Herzens. Wenn man aus meinem Herzen den Fußball ausschneidet, dann ist das das gleiche, als wenn man mir ohne Narkose das Herz entnehmen würde. Ich kann nicht ohne Fußball! (...) Fußball ist Liebe und Liebe ist auch Schmerz! Wenn wir verlieren, sind wir die unglücklichsten Menschen der Welt, wenn wir gewinnen, die glücklichsten. Wir freuen uns, wir teilen unsere Eindrücke miteinander. Man kann sich gegen diese Emotionen nicht abhärten. Ich lebe Fußball und erhalte davon Freude. Wenn es Investoren gibt, die Mittel in den Fußball hineinstecken wollen, sich aber fragen: wofür? Dann antworte ich:

<sup>638</sup> FK „Shakhtar“ Donetsk: Rinat Achmetov: „Lučesku budet rabotat' v ‚Šachtere‘ do konca kontrakta“ [Lučesku wird bei ‚Shakhtar‘ seinen Vertrag erfüllen], 01.12.2005, online abrufbar unter <https://sport.ua/news/10501-rinat-ahmetov-luchesku-budet-rabotat-v-shahtere-do-kontsa-kontrakta> [15.01.2024].

<sup>639</sup> Segodnja: „Tolik bespoščaden k sebe. No on bespoščaden i k drugim“ [Tolik ist erbarmungslos zu sich selbst. Aber er ist auch erbarmungslos zu anderen], 02.12.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570ca00582336.html> [15.01.2024].



Zusammen mit diesem Spiel erhalten sie einen Geschmack für's Leben, sie verspüren, was es bedeutet, glücklich zu sein. Man kann zwar Geld verlieren, aber man wird glücklich.“<sup>640</sup>

Im Mittelpunkt seiner Anstrengungen, die in Zukunft noch mehr Investitionen in den Klub mit sich bringen würden<sup>641</sup>, haben dabei letztlich immer die Fans von *Shakhtar* gestanden:

„Unser Kollektiv arbeitet für die Fans und das ist das Wichtige. Wenn sie kommen, um unsere Mannschaft zu sehen, dann ist das Glück. Wenn das Stadion hingegen leer ist, dann ist es letztlich auch egal, ob wir gewonnen oder verloren haben. Fußball ist eine farbenfrohe Show und hier sollte es keine Nebensächlichkeiten geben. Es zählt alles.“<sup>642</sup>

Achmetov gab diesbezüglich aber durchaus zu verstehen, dass er im Gegenzug für seine Investitionen in den heimischen Klub auch Dankbarkeit erwartet habe. So sei es ganz normal, dass „die Fans mit der Zeit ihren Dank aussprechen würden, wenn in einer Region Geschäftsleute wohnen, die Geld geben.“<sup>643</sup> Eine solche Verknüpfung zwischen den Investitionen auf der einen und dem Dank der Fans auf der anderen Seite machte er dabei auch mit Blick auf seine Konkurrenten geltend. So kommentierte er Gerüchte, dass die Brüder Hryhorij und Ihor Surkis den Fußballklub *Dynamo Kyiv* verkaufen könnten, folgendermaßen:

„Wahrscheinlich hat in all den Jahren niemand mehr Ärger mit Hryhorij und Ihor Surkis gehabt als ich. Aber wenn diese Personen sich zurückziehen, dann ist das ein großer Verlust für den ukrainischen Fußball. Diese Leute haben viel in den Fußball investiert. Und insbesondere ihr Herz. Die Fans von ‚Dynamo‘ sollten ihnen dafür dankbar sein. Man kann sie nur für eines schelten: sie haben ihre Mannschaft sehr geliebt und dadurch die Fans von ‚Shakhtar‘ ‚drangsaliert‘.“<sup>644</sup>

Neben seiner selbst zugeschriebenen Fußballleidenschaft vermittelte Achmetov anhand des Fußballs und seiner Funktion als Präsident und Mäzen von *Shakhtar* zweitens aber auch das Bild eines risikobereiten und erfolgreichen Geschäftsmanns, der sich durch Zielstrebigkeit ausgezeichnet und es verstanden habe, sich gegen Widerstände durchzusetzen:

„Das Wichtigste ist der effektive Einsatz der Mittel. Das ist die Erfolgsformel – sowohl im Fußball als auch im Business. Wichtig ist, genau zu verstehen, wo man den Dollar hineinsteckt. Und was die Erfahrung betrifft, so habe ich Erfahrungen durch meine Zielsetzungen gesammelt. Ich erinnere mich, wie ich zu Beginn meiner Präsidentschaft [von *Shakhtar*] angekündigt hatte, alles Mögliche zu unternehmen, damit „Shakhtar“ ukrainischer Meister wird. Alle Journalisten haben damals gelacht. Ich habe damals nicht verstanden, warum sie gelacht haben. Ich erinnere mich, dass ich sogar beleidigt gewesen bin. Dann, nach einigen Jahren, haben alle verstanden, dass „Shakhtar“ Meisterschaftsambitionen hat. Und so ist es immer. Ich habe auch mal gesagt, dass es unsere Aufgabe ist, den Europapokal zu gewinnen. (...) Man darf keine Angst haben, über seine Ziele zu sprechen.“<sup>645</sup>

---

<sup>640</sup> ICTV, 17.05.2005 [Fn. 631].

<sup>641</sup> Vgl. *Ukrajins'ka Pravda*, 15.10.2005 [Fn. 635].

<sup>642</sup> ICTV, 17.05.2005 [Fn. 631].

<sup>643</sup> Ebd.

<sup>644</sup> *Salon Dona i Basa*, 25.02.2005 [Fn. 628].

<sup>645</sup> ICTV, 17.05.2005 [Fn. 631].

Dieses Bild korreliert schließlich auch mit der Darstellung seines unternehmerischen Aufstiegs. So gab Achmetov in einem Interview an, dass sein Reichtum vor allem in seiner Risikobereitschaft in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begründet gewesen sei. Mitte der 1990er-Jahre habe er die *Dongorbank* ins Leben gerufen und mithilfe eines überschaubaren anfänglichen Gewinns der Bank Unternehmen gekauft, die zu Zeiten von wirtschaftlicher Krise und hoher Inflation nicht profitabel gewesen seien:

„We bought the Yenakayevo metallurgical factory for \$6 million (...) It was in a horrible state with an external debt of \$300 million. The factory produced one million tons of steel per year and should have died. (...) Now there is no debt. We've invested \$450 million in the workplace. It produces 2.5 million tons of steel per year and will soon produce 4 million tons.“<sup>646</sup>

Seine Ankündigung, selbst in wirtschaftlich und politisch turbulenten Zeiten nach der Orangen Revolution weiterhin auch in den *FC Shakhtar Donetsk* investieren zu wollen, um damit zum Wohle der Gesellschaft beizutragen, fügte sich in dieses Bild:

„Ich denke, es ist derzeit in der Ukraine nicht möglich, einen Fußballklub profitabel zu machen. Aber wir müssen dort hinkommen und ich denke, dass das mit der Zeit auch klappt. Irgendwann habe ich dazu Folgendes gesagt: Wie viel ist der Fußballklub „Shakhtar“ in der Ukraine wert? Ich sage es Ihnen: Nichts! (...) Warum? Nehmen Sie den Klub und Sie werden verstehen, dass man jedes Jahr mehr Geld dorthin investieren muss. Wie viel kostet so ein Klub in England? Ich kann Ihnen sagen, dass die Iren ‚Manchester United‘ nicht für eineinhalb Milliarden Dollar verkaufen wollten. Ich habe aber keine Möglichkeit, meinen Klub auf die Schultern zu packen und nach Britannien zu bringen, damit er eine Milliarde wert wäre. Man muss vielmehr aus der Ukraine ein Großbritannien machen und Geld investieren, damit das Lebensniveau steigt. Und dann wird sich auch unser Fußball auf eine neue Ebene begeben.“<sup>647</sup>

- **Politische Neutralität**

In der Selbstdarstellung Achmetovs lässt sich zweitens erkennen, dass der Oligarch darum bemüht war, politischen Themen aus dem Weg zu gehen und stattdessen lieber „mehr über Fußball“<sup>648</sup> reden würde. In den wenigen öffentlichen Äußerungen, in denen Achmetov allerdings doch politische Positionen bezog, zeigte sich, dass er in der Öffentlichkeit versuchte, politischen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Dies drückte sich beispielsweise darin aus, dass Achmetov bestehende politische Polarisierungen negativ bewertete und vorgab, für einen „Wettbewerb der Ideen“ einzutreten:

„Meiner Meinung nach ist es sehr schlecht, dass das Land nach geografischen Prinzipien eingeteilt wird. Richtig wäre es, nach ideologischen Ansichten zu teilen. (...) Nicht die Regionen sollten sich streiten, sondern es sollte einen Kampf der Ideen geben, eine gesunde Konkurrenz.“<sup>649</sup>

---

<sup>646</sup> The Wall Street Journal, 14.01.2005 [Fn. 627].

<sup>647</sup> ICTV, 17.05.2005 [Fn. 631].

<sup>648</sup> TRK Ukrajina, 30.04.2005 [Fn. 630].

<sup>649</sup> TRK Ukrajina, 24.12.2004 [Fn. 626].

Achmetov ging Konflikten in der Öffentlichkeit aber auch beispielsweise dadurch aus dem Weg, dass er versuchte, bestimmte Ereignisse, die nach der Orangen Revolution in einem politischen Deutungsrahmen betrachtet wurden, zu entpolitisieren. So beteuerte Achmetov zum Beispiel mehrfach, dass seine Auslandsaufenthalte nach der Orangen Revolution keine „Flucht“ dargestellt und auch sonst in keinerlei Zusammenhang mit politischen Entwicklungen in der Ukraine gestanden hätten. Seine Ausreise aus der Ukraine im April 2005 hätte dementsprechend auch nichts mit der Verhaftung von Kolesnikov zu tun gehabt. Zudem hätte er keinen Grund gehabt, sich in der Ukraine nicht sicher zu fühlen:

„Ich habe mich in der Ukraine immer in Sicherheit gefühlt. Ich fühle mich in Sicherheit und werde mich auch weiterhin in Sicherheit fühlen. Was meine kürzliche Dienstreise betrifft, so habe ich schon gesagt, dass ich offenbar nicht für länger das Land verlassen darf. Sofort entstehen irgendwelche Gerüchte. Das war eine ganz normale Geschäftsreise.“<sup>650</sup>

Auch später, als Achmetov im Zuge von Ermittlungen gegen ihn abermals die Ukraine verlassen hatte, wies er im Rahmen eines Fußballspiels von *Shakhtar* in Mailand Gerüchte darüber von sich, dass er nicht in die Ukraine reisen könne:

„Ich mache Urlaub und ich arbeite. Ich freue mich, dass ich hier bin [in Mailand]. Es ist erfreulich, Sie alle zu sehen, ich bin froh, dass ich meine Fußballspieler sehen konnte. Ich wiederhole noch einmal, dass wir die ambitioniertesten Ziele haben. In Kürze werden wir alle Gerüchte wegblasen. (...) Ich kann jeder Zeit zurückkehren. Es gibt keine Beschränkungen für mich.“<sup>651</sup>

Dass Achmetov es vermied, in der Öffentlichkeit einen Zusammenhang zwischen seiner Abwesenheit in der Ukraine und seiner politischen und unternehmerischen Tätigkeiten herzustellen, ist an sich zwar nicht ungewöhnlich. Dass es Achmetov dabei jedoch vor allem aber auch darum ging, Konflikte mit der neuen politischen Führung öffentlich zu beschwichtigen, um somit letztlich auch seine Angriffsfläche in der Öffentlichkeit zu reduzieren, zeigte sich besonders deutlich an der Causa Kolesnikov. In einem der wenigen Interviews, die Einblicke in Achmetovs öffentliche politische Positionierung bieten, äußerte er sich hierzu folgendermaßen:

„Wissen Sie, ich befinde mich in einer sehr misslichen Lage. Mein enger Freund wurde verhaftet. (...) Wenn Sie von mir wissen möchten, ob Boris Viktorovič [Kolesnikov] schuldig ist oder nicht, dann muss ich natürlich sagen, dass ich weder das Gericht noch die Ermittlungsbehörde bin. Aber ich kann mit einhundertprozentigem Verantwortungsbewusstsein sagen, dass das eine ordentliche Übernahme gewesen ist [gemeint ist die Übernahme des Donezker Einkaufszentrums *Belyj lebed*].“<sup>652</sup>

---

<sup>650</sup> ICTV, 17.05.2005 [Fn. 631].

<sup>651</sup> FK „Shakhtar“ Donetsk, 24.08.2005 [Fn. 634]

<sup>652</sup> TRK Ukrajina, 30.04.2005 [Fn. 630].

Achmetov zeigte sich dementsprechend zwar überzeugt, dass Kolesnikov unschuldig gewesen sei und positionierte sich loyal gegenüber seinem Vertrauten. Allerdings vermied er es gleichzeitig, politische Motive als Grund der Verhaftung seines Vertrauten anzuführen, sondern betonte im Gegenteil, dass er Vertrauen in die Ermittlungsbehörden hätte:

„Ich würde mich jetzt nicht ins Äußerste hineinstürzen. Ich denke aber, dass einigen früheren Aktionären das Wort Reprivatisierung schlicht gefallen hat. Was meine ich damit? Nehmen wir an, Sie hätten sich vor fünf Jahren entschieden, eine Wohnung zu kaufen. Sie hätten nach Marktpreisen einen Dollar bezahlt. Dann vergingen einige Jahre. Der Preis Ihrer Wohnung wäre auf dem Markt gestiegen. Heute wäre der Preis fünf Dollar. Was macht der Verkäufer? Er geht zur Miliz und schreibt eine Anzeige, dass auf ihn acht Anschläge verübt worden seien, von denen allerdings niemand etwas weiß, einschließlich der leiblichen Tochter und dem Schwiegersohn, und dass Sie ihn gezwungen hätten, die Wohnung zu überschreiben. Was würde das für Sie bedeuten? Abgesehen davon, dass man Ihnen ihre Wohnung wegnimmt, würde man Sie dazu noch ins Gefängnis stecken...genau in dieser Situation befindet sich Boris Viktorovič. Ich zähle sehr stark auf die Gerechtigkeit und die Professionalität der Ermittlungsbehörden.“<sup>653</sup>

Eine ähnliche Art der „Konfliktregulierung“ in der Öffentlichkeit zeigte Achmetov auch im Verhältnis zu Julja Tymošenko. In einem Interview für den von ihm kontrollierten Fernsehsender *Ukrajina*, das zwei Tage vor der Wiederholung der Stichwahl um das Präsidentenamt und damit in einer politisch äußerst aufgeheizten Zeit ausgestrahlt wurde, sah sich Achmetov mit der Behauptung konfrontiert, Tymošenko habe gesagt, man solle die Regionen Luhansk und Donezk mit Stacheldraht umzäunen und ihn, Achmetov, dazu verdonnern, künftig Treppenaufgänge zu fegen. Auf diese angeblichen Äußerungen Tymošenkos reagierte Achmetov jedoch nicht konfliktverschärfend, sondern deeskalierend:

„Wissen Sie, ich habe großen Respekt vor jeder Profession. Aber wenn das wirklich an meine Adresse gesagt wurde, dann verstehe ich das so, dass man mich schlicht beleidigen, erniedrigen und verletzen möchte. Man mag mir vielleicht mein Leben wegnehmen können, aber nicht meinen Stolz und meine Würde. Das ist das Erste. Zweitens: Wenn Sie von mir hören wollten, ob ich daran glaube oder nicht, dass Frau Tymošenko solche Wörter gesagt hat, dann würde ich folgendermaßen antworten: Julja Vladimirovna kann man mögen oder auch nicht, man kann sie achten oder nicht achten, man kann ihre Ansichten teilen oder auch nicht. Aber man sollte nicht meinen, dass sie eine dumme Frau ist. Deshalb glaube ich, dass das Gerüchte sind. Solche Wörter könnte eigentlich nur ein Mensch aussprechen, der beschränkt ist.“<sup>654</sup>

- **Patron des Donbas**

Wie oben dargestellt, versuchte Achmetov in der Öffentlichkeit politischen Konflikten in erster Linie aus dem Weg zu gehen beziehungsweise neutrale und damit wenig angreifbare Positionen einzunehmen. Neben seiner Selbstdarstellung als erfolgreicher Unternehmer und Fußballmäzen inszenierte er sich öffentlich aber auch als Patron des Donbas und betonte eine besondere

---

<sup>653</sup> TRK Ukrajina, 30.04.2005 [Fn. 630].

<sup>654</sup> TRK Ukrajina, 24.12.2004 [Fn. 626].

Verbundenheit und Verantwortung gegenüber seiner Heimatregion. So zeigte sich Achmetov zwar sicher, dass der Donbas „leben, arbeiten und prosperieren“<sup>655</sup> werde, egal unter welchem Präsidenten. Auch seien Befürchtungen, dass die Niederlage Janukovyčs negative Auswirkungen auf den Donbas haben könnte, unbegründet:

„Ich denke, dass die Phrase ‚den Donbass hat noch niemand in die Knie gezwungen und auch niemand wird ihn in die Knie zwingen‘ hier deplatziert ist. Ich glaube, dass jeder neugewählte Präsident nicht daran denken kann, wie er sein Volk in die Knie zwingt. Er hat viel wichtigere Aufgaben zu bewältigen. Er muss darüber nachdenken, wie er das Volk ans Steuer eines eigenen Autos setzt. Und wünschenswert wäre es auch, wenn man wählen könnte, ob man das eine oder das andere Auto kaufen möchte.“<sup>656</sup>

Gleichzeitig präsentierte sich Achmetov aber auch als jemand, der sich zur Not zum Wohle des Donbas als aufopferungsvoller Lokalpatriot in die Politik begeben würde. Vor allem dann, wenn sich wider Erwarten politische Kräfte in der Ukraine durchsetzen sollten, die den Donbas unterdrücken wollten, würde er sich dem auf demokratische Weise entgegenstellen:

„Wissen Sie, ich habe immer gesagt, dass ich mich mit Fußball und dem Business beschäftigen werde. Aber wenn das tatsächlich passiert, was ich nicht glaube, dann werde ich mit dem Business aufhören und in die Politik gehen, wo ich dann in der Opposition alles Mögliche unternehmen werde, damit der Donbass nicht in die Knie gezwungen wird.“<sup>657</sup>

### **6.1.2. Die Berichterstattung der Zeitung *Segodnja***

Ähnlich wie in der Selbstdarstellung Achmetovs zeigte sich auch in der Berichterstattung der Tageszeitung *Segodnja*<sup>658</sup>, die im Untersuchungszeitraum zu Achmetovs Unternehmensholding gehörte und landesweit erschien, dass die Mehrheit der Zeitungsartikel im hier vorliegenden Erhebungszeitraum Bezug auf Achmetov im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Präsident des *FC Shakhtar Donetsk* nahm. Des Weiteren, wenn auch seltener, wurde Achmetov als Eigentümer des Unternehmens SKM oder aber auch einfach als „bekannter Unternehmer“ („izvestnyj biznesmen“) beziehungsweise „ukrainischer Großunternehmer“ („krupnejšij ukraïnskij predprinimatel“) und als einer der „reichsten Personen der Ukraine“ („odin iz bogatejšich ljudej Ukrainy“) bezeichnet. Vor allem jene Artikel, die Achmetov direkt betrafen, zeichneten sich dabei durch eine weitestgehend deskriptiv-neutrale Berichterstattung aus. Das heißt, dass sich in der Berichterstattung der Zeitung weder explizit negative noch übermäßig

---

<sup>655</sup> TRK Ukrajina, 24.12.2004 [Fn. 626].

<sup>656</sup> Ebd.

<sup>657</sup> Ebd.

<sup>658</sup> Die Analyse der Berichterstattung der russischsprachigen Zeitung *Segodnja* umfasst insgesamt 143 Zeitungsartikel, die im Jahr 2005 erschienen und das Stichwort „Achmetov“ und/oder „Krivorožstal“ beinhalten. Der Zugriff auf diese Artikel erfolgte über das Printarchiv der Zeitung, das für die Jahre 1998-2006 online frei über <https://www.segodnya.ua/oldarchive.html> [15.01.2024] zugänglich ist.

positive Berichte über Achmetov identifizieren lassen. Diese deskriptiv-neutrale Berichterstattung lässt sich anhand einiger Beispiele illustrieren: So berichtete die Zeitung beispielsweise im März 2005 darüber, dass Achmetov als einer von insgesamt drei Ukrainern 2005 vom amerikanischen Magazin Forbes in die Liste der weltweiten Milliardäre aufgenommen wurde:

„Der reichste unserer Landsleute ist nach Angaben des Journals der 38-jährige Rinat Achmetov – Präsident des Fußballklubs „Shakhtar“, Donezker Großunternehmer (er ist Teilhaber an Unternehmen wie ‚Krivorožstal‘, ‚Azovstal‘, der Bierbrauerei ‚Sarmat‘). Sein Vermögen wird mit 2,4 Mrd. US-Dollar beziffert. Er nimmt den 258. Platz im Forbes-Rating ein.“<sup>659</sup>

Ähnlich deskriptive Meldungen finden sich aber auch im Kontext des zeitweiligen Auslandsaufenthalts Achmetovs:

„In der ukrainischen Presse und im Internet wird den zweiten Tag über das vermeintliche Verschwinden des größten Unternehmers des Landes und Präsidenten des FC ‚Shakhtar‘ Rinat Achmetov berichtet. Hierbei wird die Ausreise Achmetovs aus der Ukraine oft in einen Zusammenhang mit dem Fall Boris Kolesnikovs gebracht. Angeblich drohte Rinat Leonidovič [Achmetov] und dessen Partnern auch die Gefahr eines Arrests oder zumindest einer besonderen Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden. Es wird behauptet, dass er sich entweder in Russland oder in Spanien aufhält.“<sup>660</sup>

Wenige Wochen später berichtete die Zeitung dann über Achmetovs Rückkehr in die Ukraine. Auch hier zeigte sich, dass sich die Zeitung mit einer eigenen Bewertung der Ereignisse zurückhielt:

„Der Präsident von ‚System Capital Management‘ und des Fußballklubs ‚Shakhtar‘ Rinat Achmetov, der letzte Woche noch ‚verschwunden‘ gewesen ist, ist von einer Dienstreise in die Ukraine zurückgekehrt und hat in einer Livesendung von TRK ‚Ukrajina‘ ein Interview gegeben: ‚Offenbar darf ich nicht für längere Zeit wegfahren – sofort entstehen Gerüchte, dass ich aus dem Land davongelaufen wäre‘ erklärte der Unternehmer und bestätigte, dass er nicht vorhabe, das heimische Donezk zu verlassen.“<sup>661</sup>

Distanziert und wertneutral war die Berichterstattung von *Segodnja* schließlich auch, als im November 2005 bekannt wurde, dass Achmetov beabsichtigte, auf einem Listenplatz der Partei der Regionen um ein Mandat im ukrainischen Parlament zu kandidieren:

„Die Plätze sechs bis zehn [der Parteiliste] führt die Fraktionschefin der ‚Regionen der Ukraine‘ Raisa Bogatyreva an, an siebter Stelle steht Rinat Achmetov, Präsident des Fußballklubs ‚Shakhtar‘ und eine der reichsten Personen der Ukraine. Es folgen: Viktor Tichonov, Vorsitzender des Lugansker Regionalrats, und an Nummer neun der Abgeordnete Efim Zvjagil'skij. An zehnter

---

<sup>659</sup> Segodnja: „V spiske milliarderov Forbes troe ukraincev“ [Drei Ukrainer befinden sich auf der Forbes-Milliardärsliste] 12.03.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fc3002d1b13.html> [15.01.2024].

<sup>660</sup> Segodnja: „Gde sečas Rinat Achmetov?“ [Wo ist derzeit Rinat Achmetov?], 22.04.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fea0051605f.html> [15.01.2024].

<sup>661</sup> Segodnja: „Achmetov vstupilsja za Kolesnikova“ [Achmetov setzt sich für Kolesnikov ein], 04.05.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fff0049c50b.html> [15.01.2024].

Position steht Boris Kolesnikov, Vorsitzender des Donezker Regionalrats und bekannt durch sein ‚Einsitzen‘ im Untersuchungsgefängnis unter der neuen Staatsführung.“<sup>662</sup>

Neben der überwiegend deskriptiv-neutralen Berichterstattung lassen sich partiell aber auch Artikel finden, in der sich eine wohlwollende beziehungsweise positive Berichterstattung erkennen lässt. Dies erfolgte sowohl in Form von Zeitungsartikeln, die sich durch eine stärkere Meinungsprägung auszeichneten, als auch durch Recherchen der Zeitung selbst oder Stellungnahmen von Vertrauten Achmetovs. So wurde beispielsweise im Zusammenhang mit den gegenüber Achmetov erhobenen Anschuldigungen, dass er verantwortlich für einen Mordanschlag Ende der 1980er-Jahre in Donezk sei, nicht nur Achmetovs Anwalt zitiert<sup>663</sup>, sondern auch das vermeintliche Opfer, Sergej Černyšev („Bocman“), nach eigenen Angaben von Journalisten der Zeitung ausfindig gemacht. Černyšev, der somit erstmalig in der Angelegenheit öffentlich zu Wort kam, entlastete sodann Achmetov, indem er angab, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine Achmetov für etwas verantwortlich machen wolle, womit dieser nichts zu tun habe:

„Auf mich hat jemand geschossen, der den Spitznamen ‚Mulla‘ trägt. Achmetov hat damit nichts zu tun. Ich verehere Achmetov.“<sup>664</sup>

In einer ähnlich überschwänglichen Form wie Černyšev äußerte sich schließlich auch Kolesnikov über Achmetov, als er in einem Interview von *Segodnja* gefragt wurde, ob seine Verhaftung dazu gedient haben sollte, Druck auf Achmetov im Zuge der Reprivatisierungspolitik auszuüben:

„Rinat Achmetov ist mein enger Freund. Er ist eine heldenmütige und ordentliche Person. Ich glaube nicht, dass man ihn auf diese Art unter Druck setzen könnte (...).“<sup>665</sup>

Die Zeitung erwähnte ferner im Zusammenhang mit den Anschuldigungen im Fall „Bocman“, dass Achmetov viele Konkurrenten habe, die ein Interesse daran hätten, Achmetov und dessen Verhältnis zu Präsident Juščenko zu schädigen:

„Hier muss erwähnt werden, dass Viktor Juščenko plant, morgen Donezk zu besuchen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass während seines Besuches auch die Frage nach den Beziehungen (die in letzter Zeit alles andere als einfach gewesen sind) zwischen der neuen ukrainischen Staatsführung und den ukrainischen Großunternehmen, zu denen auch Achmetov gehört, aufkommt. Der Präsident hatte sich übrigens vor ein paar Monaten bereits mit ihnen getroffen. Damals fand den Worten Juščenkos zufolge ein ‚äußerst konstruktiver Dialog über die

---

<sup>662</sup> Segodnja: „Juščenko stavit na Kličko i Echanurova, a Janukovič – na Karpačevu i Achmetova [Juščenko setzt auf Kličko und Echanurov, Janukovyč auf Karapačeva und Achmetov], 02.12.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570ca00582282.html> [15.01.2024].

<sup>663</sup> Vgl. Segodnja: „Kto takoj Rinat Achmetov?“ [Wer ist dieser Rinat Achmetov?], 22.07.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570450051dbab.html> [15.01.2024].

<sup>664</sup> Segodnja: „V menja streljal čelovek po prozvišču ‚Mulla‘. Achmetov zdes' ni pri čem“ [Auf mich hat eine Person geschosse, die „Mulla“ genannt wird. Achmetov hat damit nichts zu tun], 22.07.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570450051d9ec.html> [15.01.2024].

<sup>665</sup> Segodnja, 08.08.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2257056004fd557.html>.

gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Staat und den Unternehmern‘ statt. Gleichzeitig hat Rinat Achmetov nicht wenige Konkurrenten in Form von Vertretern ukrainischer und russischer finanzindustrieller Gruppen sowie deren Schirmherren im Umfeld der höchsten Staatsbeamten und der Leitung der Rechtsschutzorgane. Diese haben sicherlich kein Interesse an der Fortführung eines ‚konstruktiven Dialogs‘ zwischen Juščenko und Achmetov. Und das bedeutet, dass es höchste Zeit ist, letzteren ins Innenministerium zu laden. Tja, ‚schauen Sie her, Herr Präsident – wir haben da etwas gegen ihn in der Hand‘.<sup>666</sup>

Dass sich Achmetov im September 2005 letztlich dennoch mit Innenminister Lucenko getroffen habe, obwohl Achmetov offensichtlich nichts mit dem Attentat auf „Bocman“ zu tun habe und er zudem auch nie eine ordentliche Vorladung erhalten habe, bewertete die Zeitung als eine „Geste des guten Willens Rinat Achmetovs“, die dem Innenminister geholfen habe, „sich aus einer misslichen Situation zu befreien“<sup>667</sup>, in die er sich durch falsche Anschuldigungen gegen Achmetov gebracht habe.

Neben der insgesamt überwiegend deskriptiv-neutralen sowie einer stellenweise wohlwollenden Berichterstattung über Achmetov lässt sich gleichzeitig durchaus aber auch Kritik gegenüber Achmetov identifizieren, die sowohl implizit als auch explizit zum Ausdruck kam. So berichtete *Segodnja* beispielsweise ausführlich darüber, dass Anatolij Timoščuk, damaliger Kapitän von *Shakhtar*, angekündigt habe, rechtliche Schritte gegen das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* einzuleiten, weil dieses fälschlicherweise geschrieben habe, dass Achmetov nach einem verlorenen Europapokalspiel von *Shakhtar* in einem Wutausbruch mit einem Baseball-Schläger die Autos der Donezker Spieler zertrümmert habe.<sup>668</sup> Dabei merkte *Segodnja* an, dass der Kapitän von *Shakhtar* „den größten Teil des Artikels, der den gegenseitigen Beziehungen zwischen der gegenwärtigen Staatsführung und dem Großunternehmertum gewidmet ist, unkommentiert lässt.“<sup>669</sup> Da es nicht ungewöhnlich erscheint, dass ein Fußballspieler sich zu den angeblich zertrümmerten Autos seiner Teamkollegen äußerte, nicht jedoch zu den politischen Beziehungen des Klubeigentümers, ist es umso überraschender, dass die Zeitung auf diesen Umstand hinwies. Kritisch gegenüber Achmetov liest sich auch der Beitrag eines Redakteurs von *Segodnja*, der Achmetovs Kandidatur um ein Abgeordnetenmandat in der Verchovna Rada kommentierte:

„Rinat Achmetov, von dem man früher nie irgendeine politische Äußerung erwarten durfte, geht in die große Politik – als Nummer sieben in der Liste der Partei der Regionen. Warum tut er das?

---

<sup>666</sup> Segodnja: „Rinata Achmetova priglasili v ugrozysk“ [Rinat Achmetov wurde zum Sicherheitsdienst eingeladen], 14.07.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c225703d005036ad.html> [15.01.2024].

<sup>667</sup> Segodnja: „Achmetov taki otvedal čaja u Jurija Lucenko“ [Achmetov hat Tee mit Jurij Lucenko getrunken], 28.09.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570890051216f.html> [15.01.2024].

<sup>668</sup> Vgl. Segodnja: „Achmetov bitami mašiny futbolistov ‚Šachtëra‘ ne bil“ [Achmetov hat die Autos von ‚Shakhtar“-Spielern nicht mit Schlägern demoliert], 30.07.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c225704d004fdd09.html> [15.01.2024].

<sup>669</sup> Ebd.



Das Gemunkel prophezeit ihm das Schicksal Silvio Berlusconis, dem Leiter des italienischen Ministerkabinetts. Und tatsächlich, zwischen ihnen gibt es viele Gemeinsamkeiten – beide sind Milliardäre und Besitzer von Fußballklubs. Der Unterschied liegt lediglich darin, dass Achmetov nicht Premierminister ist. Bisher? Und was ist nach den Wahlen, natürlich nur wenn die Partei der Regionen gewinnt? Es kann alles passieren. Ich würde jedoch das Problem woanders sehen: Es ist eine Sache, ein erfolgreicher Unternehmer zu sein. Politiker zu sein, ist hingegen etwas anderes. Ein Politiker muss einen harten politisch-ideologischen Kern haben. Hat er einen solchen? Fragen wir mal. Also, Ihre Haltung, Rinat Leonidovič [Achmetov], zum Status der russischen Sprache oder zum Beitritt der Ukraine in die NATO und die EU? Wie wollen Sie die Beziehungen zu den Oligarchen so gestalten, dass das Land ganz bleibt und jeder ‚kleine Ukrainer‘ in seinen Einkommen die Gewinnsteigerungen des Großunternehmertums verspürt? Wenn Achmetov bereit ist, auf diese Fragen Antworten zu geben, dann hat Gott persönlich ihm dem Weg Berlusconis geebnet.“<sup>670</sup>

Mit einem ebenfalls kritischen Beiklang kommentierte *Segodnja* im Kontext der im Jahr 2006 anstehenden Parlamentswahlen schließlich auch die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission, Einkommenserklärungen von Kandidaten in Zukunft nicht mehr veröffentlichen zu wollen:

„Tatsächlich wird sich die Hoffnung, dass das Land endlich erfährt, wie viel Rinat Achmetov, Petr Porošenko, Sofija Rotaru, Ruslana, Vitalij Kličko und andere berühmte Persönlichkeiten, die in den Kandidatenlisten der Parteien auftauchen, verdienen, wohl nicht erfüllen.“<sup>671</sup>

In sich kohärenter als die allgemeine Berichterstattung über Achmetov zeigte sich die Berichterstattung der Zeitung bezüglich der Reprivatisierungspolitik der Regierung sowie des Konfliktes um das Stahlwerk *Kryvorižstal'*. Achmetov selbst wurde im Zusammenhang mit der Reprivatisierungspolitik, der Annullierung der Privatisierung von *Kryvorižstal'* sowie der anschließenden Reprivatisierung des Stahlwerks allerdings nicht erwähnt. Insgesamt zeigt sich, dass die Reprivatisierungspolitik der Regierung Tymošenko vorwiegend negativ betrachtet wurde. Die Argumente, die sich dabei im Laufe der Berichterstattung immer wieder identifizieren lassen, bestanden hauptsächlich darin, dass die von der neuen Regierung betriebene Reprivatisierungspolitik sowie die Reprivatisierung des Stahlwerkes *Kryvorižstal'* im Speziellen aus populistischen Gründen erfolgten, schlecht für die Wirtschaft der Ukraine und das Investitionsklima seien, zu weiteren innenpolitischen Konflikten führten und juristische Willkür zum Ausdruck brächten. So kommentierte die Zeitung beispielsweise kurz nachdem die Generalstaatsanwaltschaft beim Obersten Gericht beantragt hatte, die zuvor im Oktober

---

<sup>670</sup> Segodnja: „Razobr polětov“ [Pilotenverteilung], 03.12.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570cd002f78f6.html> [15.01.2024].

<sup>671</sup> Segodnja: „CIK ne obdaroduet dannye o dochodach buduščich deputatov“ [Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht keine Angaben zu den Einkommen der künftigen Abgeordneten], 23.12.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570df005ccd8f.html> [15.01.2024].

2004 getroffene Gerichtsentscheidung bezüglich der Rechtmäßigkeit der Privatisierung des Stahlwerkes *Kryvorižstal'* zu annullieren:

„Die Art und Weise, wie unser Unternehmertum seinen Reichtum vermehrt hat, löst sehr böse Gefühle bei der einfachen Bevölkerung aus. Und man kann sie ganz einfach davon überzeugen, dass es sich lohnt, den ‚Geschäftsmännern‘ die unrechtmäßig ‚an sich gerissenen‘ [prichvatizirovannye] Fabriken wegzunehmen – und wie das Leben im Land sofort glücklich und gerecht wird. Aber ist es auch so? (...) Der Staat sagt vehement, dass er die Privatisierungsergebnisse überprüfen wird. Warum? Es gibt mehrere Gründe. Erstens besteht der Wunsch, Geld für die Erhöhung der Sozialleistungen herzuzaubern (was am Vorabend der Parlamentswahlen sehr nötig ist), indem er die Unternehmen noch einmal und teurer privatisiert. Auf wessen Rechnung die Erhöhung der Ausschüttungen nach Beendigung der ‚Reprivatisierung‘ gehen wird, ist allerdings unklar.“<sup>672</sup>

Die Sichtweise, dass Reprivatisierungen aus politischen Gründen erfolgten und der Regierung in erste Linie dazu dienten, ihre eigenen Zustimmungswerte zu steigern, wurde immer wieder angeführt und von unterschiedlichen Akteuren, vor allem Abgeordneten der Opposition in der Verchovna Rada bestätigt:

„Unterdessen sind viele Abgeordnete, die ‚Segodnja‘ befragt hat, der Meinung, dass diese Gelder für Sozialausgaben benutzt werden, um die Umfragewerte der Staatsmacht im Vorfeld der Parlamentswahlen zu verbessern. ‚Die Summe [der Erlös aus der erneuten Privatisierung von knapp 4,8 Mrd. US-Dollar] ist zweifellos beeindruckend. Ich habe nur Angst, dass der Großteil dieser Gelder benutzt wird, um die diesjährigen Löcher im Budget zu stopfen, und der Rest zum Verteilen von Süßgebäck im Vorfeld der Wahlen‘, findet Vitalij Chomutynnik (‚Regionen der Ukraine‘).“<sup>673</sup>

Neben wahlkampfaktischen Gründen führte *Segodnja* weitere Motive an, die den Reprivatisierungsbestrebungen der Regierung zugrunde gelegen hätten. Hierzu zählte zum einen, dass die „neue Staatsmacht kein Vertrauen in das Großunternehmertum hat, das den vorherigen Regierenden nahesteht und deshalb den Wunsch hegt, seine wirtschaftliche und politische Position zu schwächen.“ Ferner habe aber auch der „Westen“ „bereits seit sehr langer Zeit angemerkt, dass die Existenz großer finanzindustrieller Gruppen mit heimischen Eigentümern in der Ukraine aus dem Blickwinkel der europäischen Integration schlecht sei. Angeblich sollte die beherrschende Rolle in der Wirtschaft nicht das Nationalkapital einnehmen, sondern transnationale Kooperationen, wie es beispielsweise bereits in Osteuropa der Fall gewesen sei.“<sup>674</sup>

---

<sup>672</sup> Segodnja: „Reprivatizacija: Vsë ili ničego“ [Reprivatisierung: Alles oder nichts], 28.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fb5005814c1.html> [15.01.2024].

<sup>673</sup> Segodnja: „24,2 mlrd. – Prodano!“ [24,2 Mrd. – Verkauft!], 25.10.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c22570a40052801b.html> [15.01.2024].

<sup>674</sup> Segodnja: „Reprivatizacija: Vsë ili ničego“ [Reprivatisierung: Alles oder nichts], 28.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fb5005814c1.html> [15.01.2024].

Unabhängig von den Motiven der neuen Regierung habe der Fall um *Kryvorizstal'* letztlich auch gezeigt, so der Tenor der Berichterstattung von *Segodnja*, dass Reprivatisierungen willkürlich erfolgten und rechtlich auf tönernen Füßen stünden. So finden sich in der Berichterstattung mehrere Bestätigungen dafür, dass die ursprüngliche Reprivatisierung des Stahlwerkes juristisch einwandfrei verlaufen sei und Annullierungen zuvor erfolgter Privatisierungen beziehungsweise Nationalisierungen dementsprechend keine juristische Berechtigung hätten.<sup>675</sup> Eine größere Aufmerksamkeit als der juristischen Bewertung von Privatisierungen und Reprivatisierungen widmete die Zeitung jedoch den negativen Folgen, die sich für die Ukraine aus dieser von der neuen Regierung betriebenen Politik ergeben hätten: Allen voran verwies die Zeitung hierbei darauf, dass Reprivatisierungen schlecht für das Investitionsklima in der Ukraine seien und sich auch negativ auf die Produktivität der ukrainischen Wirtschaft, den öffentlichen Haushalt und die einfache Bevölkerung auswirken würden. Dabei zitierte die Zeitung immer wieder Expertenmeinungen. So äußerte sich beispielsweise neben Boris Nemcov, der im Zusammenhang von Reprivatisierungen von einem „schleichenden Nationalismus“<sup>676</sup> sprach, der Investoren verschreckt habe, auch Viktor Medvečuk als ehemaliger Leiter der Präsidentschaftsadministration Leonid Kučmas besorgt über die von der Regierung angekündigte Reprivatisierungspolitik:

„Wenn die Reprivatisierung an dem Beispiel von ‚Kryvorizstal‘ oder irgendwelcher anderen Unternehmen erfolgt, dann wird es offensichtlich, dass mit der Marktwirtschaft in der Ukraine nicht alles in Ordnung ist. Das wird ein Signal an die Investoren sein. Sollte man dann wirklich Geld in der Ukraine investieren?“<sup>677</sup>

Zitiert wurden auch zwei ukrainische Wirtschaftswissenschaftler, die sich negativ zur Privatisierungspolitik der Regierung äußerten: Nach Meinung von Oleksandr Paschaver klinge die Ankündigung Tymošenkos darüber, mehr als dreitausend Privatisierungen überprüfen zu wollen, wie die Losung „wir geben alles in den Staatsbesitz zurück und beleben die

---

<sup>675</sup> Vgl. *Segodnja*: „Kak bylo pri Kučme teper' ne budet“ [Wie es unter Kučma war, wird es jetzt nicht mehr sein], 25.01.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256f9300575c04.html> [15.01.2024]; *Segodnja*: „Čego ždat' ot novogo kabmina“ [Was von dem neuen Ministerkabinett zu erwarten ist], 07.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fa00056e1d0.html> [15.01.2024]; *Segodnja*: „Sud sčel privatizaciju ‚Krivorožstali‘ nezakonnoj“ [Gericht erklärt Privatisierung von Krivorožstal' für rechtswidrig], 18.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fab00585847.html> [15.01.2024]; *Segodnja*: „Reprivatizacija: Vsě ili ničego“ [Reprivatisierung: Alles oder nichts], 28.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fb5005814c1.html> [15.01.2024]; *Segodnja*: „Každyj iz nas stanet bednee“ [Jeder von uns wird ärmer], 28.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fb5005814a0.html> [15.01.2024].

<sup>676</sup> *Segodnja*: „Sud sčel privatizaciju ‚Krivorožstali‘ nezakonnoj“ [Gericht erklärt Privatisierung von Krivorožstal' für rechtswidrig], 18.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fab00585847.html> [15.01.2024].

<sup>677</sup> *Segodnja*: „Kto-to chočet zabrat' ‚Dinamo‘? Pust' poprobuet!“ [Jemand will „Dynamo“ wegnehmen? Soll er es doch versuchen!] 15.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fa800581a06.html> [15.01.2024].

Sowjetunion neu“<sup>678</sup>. Valerij Geec, zitiert als Direktor des Instituts für ökonomische Prognostizierung an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, ging derweil in einem Interview unter dem Titel „Jeder von uns wird ärmer“ von weitreichenden Folgen aus und stellte in Frage, dass im Zuge von Reprivatisierungen tatsächlich höhere Einnahmen für den Staat erzielt werden könnten:

„Massenreprivatisierungen sind durchweg schlecht in allen Beziehungen. Weil sie die Überprüfung aller Privatisierungsprozesse erfordern, wird Unsicherheit bei allen Eigentümern erzeugt. Das führt zu einem Rückgang der Produktivität und der Investitionsaktivitäten der Unternehmenseigentümer. Außerdem findet eine derartige Reprivatisierung in einem engen Zeitfenster statt. Das bedeutet, dass ein Überangebot bei sinkender Nachfrage entsteht. Anstelle der erwarteten Wertsteigerungen im Zuge eines Wiederverkaufs können auch Wertverluste die Folge sein.“<sup>679</sup>

Eine Alternative zu Reprivatisierungen, die auch das Entstehen neuer innenpolitischer Konflikte verhindern könnte, sollte nach Meinung der Zeitung indes in einer „Amnestie auf Bewährung“ bestehen:

„Die neue Regierung könnte sagen: Mir ist egal, wie ihr wie viel Eigentum erhalten habt, aber jetzt halten wir uns alle an das Gesetz und an Regeln, die für alle gültig sind – eine freie Konkurrenz ohne irgendwelche Unterstützungen und Vergünstigungen von der Regierung. Die, die sich an die Gesetze halten, fassen wir nicht an. Die, die sich nicht an die Gesetze halten, werden eingebuchtet.“<sup>680</sup>

### **6.1.3. Achmetovs Wohltätigkeitsarbeit und Sponsoringaktivitäten nach der Orangen Revolution**

Wie bereits die Analyse der Selbstdarstellung und der Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* zeigte, war Achmetovs öffentliches Auftreten stark von seiner Rolle als Präsident und Mäzen des Fußballklubs *Shakhtar* geprägt. Achmetov wurde 1996 Präsident und gleichzeitig der de-facto Hauptsponsor von *Shakhtar*, nachdem kurze Zeit zuvor Achat Brahin, der vorherige Präsident des Klubs und „angebliche[r] Donezker Verbrecher-Boss“<sup>681</sup>, bei einem Attentat ums Leben gekommen war. Bis zum Bekanntwerden seiner Eigentümerschaft der Unternehmensholding SKM stellte das Präsidentenamt bei *Shakhtar* die einzige und zugleich wichtigste formale Position Achmetovs dar. Der Klub, der bereits in den 1980er-Jahren mehrfach im Finale um den sowjetischen Fußballpokal stand, feierte seine größten sportlichen

---

<sup>678</sup> Segodnja: „Sud sčel privatizaciju ‚Krivorožstali‘ nezakonnoj“ [Gericht erklärt Privatisierung von Krivorožstal' für rechtswidrig], 18.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fab00585847.html> [15.01.2024].

<sup>679</sup> Segodnja: „Každyj iz nas stanet bednee“ [Jeder von uns wird ärmer], 28.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fb5005814a0.html> [15.01.2024].

<sup>680</sup> Segodnja: „Reprivatizacija: Vsë ili ničego“ [Reprivatisierung: Alles oder nichts], 28.02.2005: <https://www.segodnya.ua/oldarchive/c2256713004f33f5c2256fb5005814c1.html> [15.01.2024].

<sup>681</sup> Zimmer, Kerstin (2006b): Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt, Ukraine-Analysen, Nr. 3, 14.03.2006, 11–14: <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/3/eine-region-und-ihre-partei-die-partei-der-regionen-als-donezker-elitenprojekt/> [15.01.2024].

Erfolge ab dem Jahr 2002. Zu diesem Zeitpunkt wurde *Shakhtar* erstmals nationaler Fußballmeister der Ukraine. Seither gilt der Klub neben dem Erzrivalen Dynamo aus Kyjiw als erfolgreichster Fußballverein der Ukraine. Zu einem europäischen Spitzenklub, der seinen bislang größten Erfolg der Vereinsgeschichte mit dem Gewinn des UEFA-Pokals 2009 feierte, avancierte *Shakhtar* unter der Führung Achmetovs seit der Jahrtausendwende vor allem durch die Verpflichtung renommierter ausländischer Trainer und junger, zumeist aus Südamerika stammender Fußballtalente. Durch die Finanzierung von Achmetov war *Shakhtar* in der Vergangenheit aber nicht nur in der Lage, die entsprechenden Spieler- und Trainergehälter sowie Ablösesummen zu zahlen. Der Klub investierte unter Achmetov auch umfassend in seine eigene Infrastruktur. Bereits 1999 ließ Achmetov eines der modernsten Trainings- und Nachwuchszentren Europas errichten und renovierte das in den 1950er-Jahren erbaute Donezker Olympiastadion von Grund auf. Im August 2004 kündigte Achmetov schließlich die Errichtung eines neuen Fußballstadions an. Diese etwa 400 Mio. US-Dollar teure sogenannte „Donbas-Arena“ wurde als reines Fußballstadion mit einem Fassungsvermögen von über 50.000 Zuschauern symbolträchtig am 29. August 2009 – dem „Tag der Bergarbeiter“ – am Rande des Stadtzentrums von Donezk eröffnet und gilt seither als ein Wahrzeichen der Stadt. Die Pläne zum Bau des Stadions, das nach dem sogenannten „Stadioninfrastruktur-Reglement“ des europäischen Fußballverbandes UEFA mit einem Fünf-Sterne-Zertifikat ausgezeichnet wurde und sich somit zu einem der modernsten Stadien Europas zählen durfte, bezeichnete der Verein als „grandiose Idee“ und als einen „lang gehegten Traum des Klubpräsidenten Rinat Achmetov“<sup>682</sup>.

Aus finanziellen Gesichtspunkten ist *Shakhtar* – der Fußballklub ist eine Aktiengesellschaft, an der SKM mit 99% beteiligt ist – für Achmetov offenbar aber ein Verlustgeschäft. Zwar ist unklar, wie viel Geld Achmetov seit 1996 in *Shakhtar* investiert hat. Schätzungen gehen davon aus, dass der Oligarch seit Übernahme des Klubs alleine bis 2011 den Verein mit über einer Milliarde US-Dollar gefördert hat.<sup>683</sup> Neben den erwähnten Infrastrukturmaßnahmen schlug hierbei vor allem der laufende Spielbetrieb zu Buche: In der Spielzeit 2004/2005 zum Beispiel soll das Budget von *Shakhtar* knapp 85 Millionen US-Dollar betragen haben, wobei die Ausgaben des Vereins die Einnahmen im gleichen Zeitraum um etwa ein Fünffaches

---

<sup>682</sup> FC Shakhtar: Annual report (season 2008/09), Donetsk: FC Shakhtar Press Office, S. 90. <https://shakhtar.com/en/club/annual-report/~~/media/2ac8731d0d634e6e99f0a829fc4109b2.ashx> [15.01.2024].

<sup>683</sup> Vgl. Veth, Manuel (2016): Selling the People's Game. Football's transition from Communism to Capitalism in the Soviet Union and its Successor States, S. 161: [https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/files/61101227/2016\\_Veth\\_Manuel\\_1142220\\_thesis.pdf](https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/files/61101227/2016_Veth_Manuel_1142220_thesis.pdf) [15.01.2024].

überstiegen.<sup>684</sup> In einer ähnlichen Höhe hat sich das Budget von *Shakhtar* auch in den folgenden Jahren bewegt.<sup>685</sup> Dennoch scheint es, dass Achmetov in der Vergangenheit einen Nutzen aus seiner exponierten Rolle als Fußballmäzen ziehen konnte. Zum einen eignet sich, wie Wellgraf argumentiert, die massenwirksam inszenierte Unterstützung für einen „Verein“ aufgrund der starken emotionalen Komponente des Fußballs als symbolisches Kapital und als Möglichkeit, um die Verbundenheit zwischen dem Mäzen und der Anhängerschaft des Klubs sowie der vom Bergbau geprägten Region insgesamt zu beweisen.<sup>686</sup> Erfolgreiche Auftritte von *Shakhtar* in ukrainischen Wettbewerben, insbesondere vis-à-vis dem Hauptstadtrivalen *Dynamo*, ebenso wie Erfolge auf internationaler Bühne, sind dabei nicht nur für den Klub in sportlicher Hinsicht, sondern letztlich auch für die gesamte Region und ihre Bewohner prestigeträchtig.

Darüber hinaus hat *Shakhtar* lange Zeit auch als primäres Vehikel für verschiedene Wohltätigkeitsaktivitäten Achmetovs fungiert. Diese Wohltätigkeitsaktivitäten müssen neben Achmetovs Präsidentschaft von *Shakhtar* als zweite Form seiner Öffentlichkeitsarbeit betrachtet werden. Hierbei lassen sich bis einschließlich 2005 zunächst jedoch nur zwei Aktivitäten identifizieren, die regelmäßig in der Stadt Donezk sowie in angrenzenden Ortschaften der Region stattgefunden haben: Hierzu zählte zum einen die Aktion „Ot ‚Šachtëra‘ s ljubov’ju“ („Von ‚Shakhtar‘ mit Liebe“), bei der Fußballspieler des Vereins zusammen mit Achmetov anlässlich des am 14. Februar begangenen Valentinstags mehrere Schulen in Donezk besuchten sowie sämtliche Schüler, Lehrer und Angestellte aller Donezker Schulen – Presseberichten zufolge mehr als eine halbe Millionen Personen insgesamt – mit Süßigkeiten beschenkten.<sup>687</sup> Eine zweite Aktivität aus dieser Zeit stellte die Wohltätigkeitsaktion „Šachtër – detjam!“ („Shakhtar – für die Kinder!“) dar, die über mehrere Jahre am 19. Dezember – nach julianischem Kalender der Tag des Heiligen Nikolaus – durchgeführt wurde. Zusammen mit dem Komponisten Igor' Krutoj, unter anderem Komponist der früheren Vereinshymne von *Shakhtar*, besuchte Achmetov hierbei Kinderheime, Kinderkrankenhäuser und Kinderinternate in der Region Donezk, um dort Sach- und Geldspenden zu verteilen.

Eine Ausweitung der Wohltätigkeitsaktivitäten Achmetovs setzte schließlich durch die Gründung der sogenannten *Foundation for Development of Ukraine* (Blahodijnyj Fond „Rozvytok Ukraïny“) ein. Diese Stiftung wurde zunächst als Unternehmensstiftung der

---

<sup>684</sup> Vgl. Korrespondent: „Šachtër udvaivaet ustavnyj fond“ [Shakhtar verdoppelt sein genehmigtes Kapital], 14.12.2006: <https://korrespondent.net/sport/173346-shakter-udvaivaet-ustavnyj-fond> [15.01.2024].

<sup>685</sup> Vgl. Veth (2016): 161.

<sup>686</sup> Vgl. Wellgraf, Stefan (2006): Die Millionengaben. Oligarchen und Fußball in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 56. Jg., Nr. 5, 39–58.

<sup>687</sup> Vgl. Ostro.org: „Achmetov slomal nogu“ [Achmetov hat sich das Bein gebrochen], 11.02.2005: <https://www.ostro.org/general/society/news/9508/> [25.01.2024].



Holding SKM gegründet. In ihrem Selbstverständnis betrachtete sich die Stiftung als „instrument of the SCM Group to contribute to the development of Ukraine, encourage rapid development of the country as one of the most promising European economies, and support Ukraine in its attempt to provide citizens with good living standards.“<sup>688</sup> Der Zweck der Stiftung sei es dabei, „to improve the effectiveness of SCM’s social investment. It is determined to eliminate the roots of social problems through in-depth activities and shift from number of separate charitable and sponsorship activities to a comprehensive social responsibility strategy of SCM Group and its shareholders.“<sup>689</sup> Offiziell wurde die Stiftung am 15. Juli 2005 gegründet. Erste konkrete Details zur Arbeit der Stiftung wurden jedoch erst im Mai 2006 präsentiert. Demnach wollte die Stiftung jährlich bis zu 10 Mio. US-Dollar aufbringen, um Projekte in drei Schwerpunkten zu realisieren. Hierbei handelte es sich um die Programmbereiche „Bildung“, „Gesundheit der Nation“ und „kulturelles Erbe“.<sup>690</sup> Abgesehen von Spenden, die die Stiftung Opfern und deren Angehörigen nach einer Explosion in der Kohlegrube *Suchodil's'ka-Schidna* (Region Luhansk) im August 2006 in Höhe von 1,35 Mio. UAH zukommen ließ,<sup>691</sup> sowie einer Fortsetzung der an Kindereinrichtungen getätigten Spenden zu Nikolaus in der Region Donezk, lassen sich operative Tätigkeiten der Stiftung in den genannten Schwerpunkten erst ab den Jahren 2006/2007 identifizieren. Hierbei handelte es sich um ein Projekt zur Bekämpfung von Tuberkulose in der Oblast' Donezk, das zunächst auf vier Jahre angelegt gewesen ist und nach Angaben der Stiftung bis 2011 die Tuberkulose-Erkrankungsrate im Vergleich zum Jahr 2006 um 26,5% und die Anzahl an Todesfällen in Folge einer Tuberkuloseerkrankung um 42% verringert habe.<sup>692</sup> Im Bereich „kulturelles Erbe“ finanzierte die Stiftung zwischen 2006 und 2009 außerdem die Renovierung des Hauses des Metropoliten in der Sophienkathedrale in Kyjiw im Umfang von 38 Mio. UAH sowie zwischen 2008 und 2010 Restaurierungsarbeiten in Höhe von 5 Mio. UAH im Museum für Volksarchitektur und Brauchtum *Pyrohovo* in Kyjiw.<sup>693</sup> Im Bereich „Bildung“ fungierte die Stiftung ab 2007 zudem als Partner der Universität *Kyjiwer Mohyla-Akademie*, wo sie unter anderem einen Studienkurs für jährlich 25

---

<sup>688</sup> Foundation for Development of Ukraine:

<https://web.archive.org/web/20070821014653/http://www.fdu.org.ua/eng/about/> [25.01.2024].

<sup>689</sup> Foundation for Development of Ukraine:

<https://web.archive.org/web/20070821014653/http://www.fdu.org.ua/eng/about/> [25.01.2024].

<sup>690</sup> Ostro.org: „Achmetov obeščæet otдавat' na social'nye proekty do 10 mln. dollarov ežegodno“ [Achmetov wird voraussichtlich bis zu 10 Millionen Dollar pro Jahr für soziale Projekte ausgeben], 17.05.2006: <http://www.ostro.org/general/society/news/23815/> [25.01.2024].

<sup>691</sup> Vgl. Fond Rinata Achmetova:

<http://web.archive.org/web/20180325220411/https://fund.fdu.org.ua/help/emergency> [25.01.2024]

<sup>692</sup> Vgl. Fond Rinata Achmetova:

[http://web.archive.org/web/20160210092307/https://fund.fdu.org.ua/health/stop\\_tb\\_donetsk](http://web.archive.org/web/20160210092307/https://fund.fdu.org.ua/health/stop_tb_donetsk) [25.01.2024].

<sup>693</sup> Vgl. Fond Rinata Achmetova: <https://akhmetovfoundation.org/ru/project/proekt-dynamichnyy-muzej#i3> [25.01.2024].

Journalistinnen und Journalisten zum Thema „Digitale Zukunft des Journalismus“ finanziert hat.<sup>694</sup>

2008 wurde die *Foundation for Development of Ukraine* schließlich in die *Rinat Akhmetov Foundation for Development of Ukraine* (Blahodijnyj Fond Rinata Achmetova „Rozvytok Ukraïny“) umbenannt und damit einhergehend fortan als „persönliche“ Stiftung Rinat Achmetovs deklariert. Achmetov selbst bezeichnete dies in der „Philosophie“ der Stiftung als die dritte Etappe seiner langjährigen Wohltätigkeitsarbeit: Während er anfangs, in der „ersten Phase“, noch der Devise „charity has a quiet voice“ gefolgt sei und dementsprechend „geräuschlos“ Wohltätigkeitsarbeit verrichtet habe, habe er aufgrund der Erkenntnis, dass die Ukraine eine Vielzahl systemischer Probleme habe, verstanden, dass man offen über diese Probleme sprechen müsse und damit begonnen, „systematische Probleme“ mit einem „systematischen Ansatz“ zu bekämpfen. In dieser zweiten Phase, der Phase der „corporate social responsibility“, sei die Unternehmensstiftung von SKM gegründet worden. Danach folgte schließlich die dritte Entwicklungsstufe seiner Wohltätigkeitsarbeit: „My third stage of charity started in 2008: the stage of personal responsibility. Why did I come to this decision? Because I know that I will always do charity work.“<sup>695</sup> Der Fokus der Arbeit der Stiftung von Achmetov, der 2010 von einem „Expertengremium“ zum ukrainischen „Wohltäter des Jahrzehnts“<sup>696</sup> gewählt wurde, wurde in den folgenden Jahren jedoch weitestgehend beibehalten, wobei bestehende Projekte teilweise ausgeweitet und ergänzt wurden. So finanzierte die Stiftung beispielsweise zwischen 2011 und 2012 die Bekämpfung von Tuberkulose nicht mehr ausschließlich in der Region Donezk, sondern mit einem Budget von insgesamt über 29 Mio. US-Dollar in der gesamten Ukraine.<sup>697</sup> Auch ein Projekt zur Behandlung und Vorsorge von Krebs, das die Stiftung 2012 initiiert hatte, konzentrierte sich neben der Region Donezk und der Hauptstadt Kyjiw auch auf acht westukrainische Regionen.<sup>698</sup> Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legte die Stiftung in den folgenden Jahren jedoch auch weiterhin auf die Region Donezk.

---

<sup>694</sup> Vgl. Fond Rinata Achmetova:

<https://web.archive.org/web/20200224160803/https://fund.fdu.org.ua/education/dfj> [25.01.2024].

<sup>695</sup> Rinat Akhmetov Foundation (2018):

<http://web.archive.org/web/20180328083228/https://fund.fdu.org.ua/en/founder/philosophy> [25.01.2024].

<sup>696</sup> Unian, 21.05.2010: „Achmetova priznali blagotvoritelem desjatiletija“ [Achmetov wurde zum Wohltäter des Jahrzehnts ausgezeichnet]: <https://www.unian.net/politics/360274-ahmetova-priznali-blagotvoritelem-desyatiletija.html> [25.01.2024].

<sup>697</sup> Vgl. Fond Rinata Achmetova:

[http://web.archive.org/web/20180304001902/https://fund.fdu.org.ua/health/stop\\_tb\\_ukraine](http://web.archive.org/web/20180304001902/https://fund.fdu.org.ua/health/stop_tb_ukraine) [25.01.2024].

<sup>698</sup> Vgl. Fond Rinata Achmetova:

[https://web.archive.org/web/20180309190901/https://fund.fdu.org.ua/health/cancer\\_is\\_curable](https://web.archive.org/web/20180309190901/https://fund.fdu.org.ua/health/cancer_is_curable) [25.01.2024].



## 6.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Achmetovs nach der Orangen Revolution

Rinat Achmetov sah sich im Zuge der Orangen Revolution einem Imageproblem ausgesetzt, das sich im Kern aus zwei Komponenten zusammengesetzt hat: Zum einen galt Achmetov, ähnlich wie Pinčuk, als Inbegriff eines raffgierigen Oligarchen, der sein Vermögen einer kriminellen Vergangenheit, intransparenten Privatisierungsauktionen sowie der unlauteren Einflussnahme auf die Politik zu verdanken habe. Anders als im Falle Pinčuks kam bei Achmetov nach der Orangen Revolution hinzu, dass er als wichtigster Unterstützer Janukovyčs galt und somit zwangsläufig auch als Teil jener Donezker Elite, der Wahlfälschungen vorgeworfen wurden.

Anhand der vorgenommenen Betrachtungen der öffentlichen Selbstdarstellung Achmetovs, der medialen Berichterstattung der von ihm kontrollierten Zeitung *Segodnja* sowie seiner Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten lässt sich identifizieren, wie Achmetov nach der Orangen Revolution seinem zentralen Imageproblem in der Öffentlichkeit begegnet ist. Bei der Analyse seiner öffentlichen Selbstdarstellung und der medialen Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* zeigt sich dabei zunächst, dass Achmetov nach der Orangen Revolution erstens darum bemüht gewesen ist, bestehende politische Konflikte in der Öffentlichkeit möglichst nicht zu thematisieren. Das bedeutet auch, dass Achmetov sich – im Unterschied zu Pinčuk – nicht als politisches Opfer inszeniert hat und sich dementsprechend auch keiner Diskussion um seine eigene politische Einflussnahme gestellt hat.

Zweitens zeigt sich, dass sowohl in der Selbstdarstellung Achmetovs als auch in der Berichterstattung von *Segodnja* kaum Versuche erkennbar wurden, die Eigentumsrechte, die Achmetov im Zuge umstrittener Privatisierungsverfahren vor der Orangen Revolution erlangt hatte, zu legitimieren. So äußerte sich Achmetov weder zur Annullierung der Privatisierung von *Kryvorizstal'* noch zur erneuten Privatisierung des Stahlwerks oder Privatisierungen und Reprivatisierungen generell. Die Berichterstattung von *Segodnja* war zwar weitgehend kritisch gegenüber der Reprivatisierungspolitik der Regierung und nannte mehrere Gründe, die aus Sicht der Zeitung gegen Reprivatisierungen sprachen (Reprivatisierungen seien vor allem ein politisches Instrument, das die neue Regierung im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 ausnutzen wolle; Reprivatisierungen seien willkürlich; Reprivatisierungen schaden dem Investitionsklima). Dennoch berichtete *Segodnja* über dieses Thema weitgehend abstrakt und losgelöst von Achmetov und den gegenüber ihm erhobenen Anschuldigungen. Dies war zwar durchaus kohärent im Hinblick auf das zuvor erwähnte Bemühen Achmetovs, politischen Konflikten in der Öffentlichkeit aus dem Weg zu gehen. Gleichzeitig hatte dies aber auch zur

Folge, dass weder Achmetov selbst noch *Segodnja* Gründe benannten, die die Eigentümerschaft Achmetovs rechtfertigten. Abgesehen von vagen Aussagen Achmetovs über seinen unternehmerischen Erfolg sowie ebenso unbestimmten Aussagen über zukünftige Investitionsabsichten in der Ukraine, erfolgte dementsprechend auch beispielsweise keine Herausstellung besonders positiver „Leistungen“ des bisherigen Eigentümers von *Kryvorizstal*. Ausgehend von den zwei genannten zentralen Aspekten seines Imageproblems nach der Orangen Revolution bedeutet dies zusammengefasst, dass Achmetov sowohl mit Blick auf seine Rolle in den vorangegangenen, umstrittenen Privatisierungsauktionen als auch mit Blick auf seine Funktion als Unterstützer Janukovyčs eine weitgehend passive, das heißt hier vor allem abwartende Strategie verfolgte.

Aktiver stellte sich im Beobachtungszeitraum indes Achmetovs Funktion als Mäzen des Fußballklubs *Shakhtar* sowie seine zunächst ausschließlich in der Region Donezk getätigten Wohltätigkeitsaktivitäten dar. Hier hat sich zum einen deutlich gezeigt, dass der Adressatenkreis der Legitimationsstrategie Achmetovs in erster Linie die Bevölkerung der Region Donezk umfasste und Achmetov dementsprechend vor allem hier um Sympathien und Anerkennung warb. Zum anderen wurde in diesem Zusammenhang jedoch auch deutlich, dass Achmetovs Rolle als Wohltäter und Mäzen in der Region nicht primär als Reaktion auf die Ereignisse der Orangen Revolution und sein in diesem Kontext aufgetretenes Imageproblem zu betrachten ist. Insbesondere sein Auftreten als Mäzen von *Shakhtar*, das bereits nach dem Tod Brahins und dem damit verbundenen Machtgewinn Achmetovs einsetzte, ist vielmehr im Kontext regionaler klientelistischer Herrschaftsausübung und Herrschaftssicherung zu interpretieren. Dies bedeutet, dass Achmetov zunächst vor allem dort um Legitimität warb, wo er maßgeblichen Einfluss auf Politik und Wirtschaft ausübte, ohne jedoch über eine entsprechende demokratische Legitimation zu verfügen. Gleichzeitig zeigt der spätere Auf- und Ausbau seiner karitativen Aktivitäten im Rahmen einer eigenen Wohltätigkeitsstiftung aber auch, dass Achmetov in den Jahren nach der Orangen Revolution den Adressatenkreis seiner Image- und Legitimationsarbeit erweiterte und fortan eine Präsenz der von ihm finanzierten Programme und Aktionen auch in anderen Landesteilen der Ukraine anstrebte.

## 7. Rinat Achmetov (2013/2014)

Nach der Orangen Revolution hatten sich in der Ukraine zunächst Spekulationen darüber verdichtet, dass Achmetov zum Zwecke eines Arrangements mit dem sogenannten orangen Lager um Präsident Juščenko und Ministerpräsidentin Tymošenko seine Unterstützung der Partei der Regionen einstellen wollte, da er kein Interesse am Aufbau einer politischen Oppositionskraft unter der Führung des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Janukovyč habe.<sup>699</sup> Diese Spekulationen sollten sich jedoch nicht bestätigen, denn auch nach der Orangen Revolution fungierte Achmetov weiterhin als graue Eminenz der Partei der Regionen, für die er bei der Parlamentswahl 2006 nun sogar erfolgreich um einen Sitz in der Verchovna Rada kandidierte und seinen politischen Einfluss folglich formalisierte. Das Abgeordnetenmandat behielt Achmetov auch nach der vorgezogenen Parlamentswahl 2007. Erst bei der Parlamentswahl 2012 verzichtete er auf eine weitere Kandidatur. Formal war Achmetov im Parlament Mitglied des Ausschusses für wirtschaftspolitische Fragen. An der Arbeit des Parlaments nahm er selbst jedoch nicht teil. Stattdessen verfügte Achmetov auch als Abgeordneter weiterhin über eine Reihe von engen Vertrauten, darunter Manager aus seinen Unternehmen sowie einer seiner persönlichen Chauffeure, die ebenfalls für die Partei der Regionen im Parlament vertreten waren und dort als Achmetovs Stellvertreter fungierten.<sup>700</sup> Mit der Entlassung von Ministerpräsidentin Tymošenko im Herbst 2005 und Juščenkos Bereitschaft, mit dem sogenannten Großunternehmertum zu kooperieren, hatte sich zwar recht bald nach der Orangen Revolution angedeutet, dass der Druck gegenüber Achmetov abnehmen würde. Dennoch ist es naheliegend, dass der Gang ins Parlament für Achmetov vor allem deshalb erfolgte, um sich durch die Immunität eines Abgeordneten gegen Strafverfolgungen, wie sie sich im Zuge der Orangen Revolution angedeutet hatten, abzusichern.

Trotz seines formalen Engagements für die Partei der Regionen gab es nichtsdestotrotz Hinweise darauf, dass sich Achmetov gleichzeitig auch um eine Annäherung an Präsident Juščenko bemühte – insbesondere, nachdem Julija Tymošenko nach der vorgezogenen Parlamentswahl 2007 ins Ministerpräsidentenamt zurückkehrte war. Hierfür sprach vor allem, dass Juščenko Ende 2007 Rajisa Bohatyr'ova – eine enge Vertraute Achmetovs – zur Sekretärin des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates ernannte. Weil die Führung der Partei der Regionen um Viktor Janukovyč Bohatyr'ova zuvor ausdrücklich aufgefordert hatte, das Amt in den Diensten des Präsidenten nicht anzunehmen, kam es erneut auch zu Spekulationen, dass

---

<sup>699</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Doneck v epochu frakcionnoj razdroblennosti“ [Donezk in der Ära der Fraktionszersplitterung], 22.04.2005:

[https://zn.ua/ARCHIVE/donetsk\\_v\\_epohu\\_fraktsionnoy\\_razdroblennosti.html](https://zn.ua/ARCHIVE/donetsk_v_epohu_fraktsionnoy_razdroblennosti.html) [25.01.2024].

<sup>700</sup> Vgl. Pleines (2011): S. 139.

Achmetov beabsichtigt habe, eine eigene politische Partei zu etablieren.<sup>701</sup> Auch diese Spekulationen sollten sich jedoch nicht bestätigen. Achmetov blieb Mitglied der Partei der Regionen und unterstützte die erneute Präsidentschaftskandidatur Janukovyčs, der sich 2010 schließlich in einer Stichwahl gegen Tymošenko durchsetzen konnte. Achmetov soll Janukovyč hierzu auch die Dienste des US-amerikanischen Lobbyisten und Politikberaters Paul Manafort gesichert haben. Manafort soll von Achmetov nach der Orangen Revolution als Imageberater engagiert worden sein.<sup>702</sup>

Neben der sogenannten „Familie“ des Präsidenten, die sich um Oleksandr, den älteren Sohn Janukovyčs, gruppierte, sowie der *Group DF* des Oligarchen Dmytro Firtaš, profitierte insbesondere Achmetov von der nachfolgenden Präsidentschaft Janukovyčs. Dies kam vor allem im Kontext der Anfang der 2000er-Jahre begonnenen Privatisierung von Großunternehmen zum Ausdruck. Die Privatisierung solcher Großunternehmen war nach der Orangen Revolution zunächst gestoppt worden, wurde nun nach dem Amtsantritt Janukovyčs dann aber wieder fortgesetzt. Hierbei zeigte sich, dass in sieben von insgesamt 23 Fällen, in denen Unternehmensanteile mit einem Geschäftswert von über 100 Mio. US-Dollar privatisiert wurden, Unternehmen von Achmetov den Zuschlag erhielten.<sup>703</sup>

**Achmetovs Unternehmensprivatisierungen mit einem Geschäftswert von über 100 Mio. US-Dollar (Feb. 2010 – März 2013)<sup>704</sup>**

Datum	Firmenname	Aktienpaket	Geschäftswert (Mio. US-Dollar)	Käufer
Juli 2010	<i>MMK Illič</i>	75%	806	<i>Metinvest</i>
September 2010	<i>Zachidenerho</i>	25%	116	<i>DTEK</i>
Januar 2012	<i>Zachidenerho</i>	45%	237	<i>DTEK</i>
März 2012	<i>Dniproenerho</i>	25%	147	<i>DTEK</i>
Mai 2012	<i>IG/Zaporižstal'</i>	50% + 1	416	<i>Metinvest</i>
Oktober 2012	<i>Lemtrans</i>	80%	480	<i>SKM</i>
März 2013	<i>Naftohazvydobuvannja</i>	25%	125	<i>DTEK</i>

<sup>701</sup> Vgl. Kommersant: „Ot vlasti prideržavšij. Viktor Janukovič ne puskaet Raisu Bogatyrëvu v sovbez Ukrainy“ [Von der Macht fernhaltend. Viktor Janukovyč lässt Rajisa Bohatyr'ova nicht in den Verteidigungsrat der Ukraine], 26.12.2007: <http://www.kommersant.ru/doc/839991> [25.01.2024].

<sup>702</sup> Vgl. The New York Times: How Paul Manafort Wielded Power in Ukraine Before Advising Donald Trump, 31.07.2016: <https://www.nytimes.com/2016/08/01/us/paul-manafort-ukraine-donald-trump.html> [25.01.2024].

<sup>703</sup> Vgl. Korrespondent: „Strana na troich. Dmitrij Firtaš, Rinat Achmetov i Aleksandr Janukovič bystro rasširjajut svoi vladenija v Ukraine“ [Ein Land für drei. Dmytro Firtaš, Rinat Achmetov und Oleksandr Janukovyč bauen ihre Beteiligungen in der Ukraine rasch aus], 03.06.2013: <https://korrespondent.net/business/companies/1565424-korrespondent-strana-na-troih-dmitrij-firtash-rinat-ahmetov-i-aleksandr-yanukovich-bystro-rasshiryayut> [25.01.2024].

<sup>704</sup> Eigene Zusammenstellung, basierend auf Korrespondent, 03.06.2013 [Fn. 703] und Malygina, Katerina (2013): Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012, in: Ukraine-Analysen, Nr. 112, 12.02.2013, 2–6: <https://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen112.pdf> [25.01.2024].

Achmetov, dessen Vermögen in den Jahren 2010 bis 2013 vom Magazin *Forbes* konstant auf etwa 16 Mrd. US-Dollar geschätzt wurde<sup>705</sup>, wurde vor allem bei der Umstrukturierung des ukrainischen Energiesektors und der damit einhergehenden Privatisierung der ukrainischen Elektrizitäts- und Wärmewirtschaft begünstigt. Hier gelang es ihm, seine Unternehmensanteile an vier von insgesamt sechs Wärmekraftwerksbetreibern so zu erhöhen, dass diese fortan mehrheitlich durch Achmetovs Energieunternehmen *DTEK* kontrolliert wurden (*Schidenerho*, *Dniproenerho*, *Kyivenerho*, *Zachidenerho*). Auch in der Stromerzeugung konnte die Unternehmenstochter seiner SKM-Holding durch Privatisierungen ihre Marktanteile fortan ausbauen und sich Aktienpakete sichern, die die regionalen Stromversorger *Doneckoblenerho*, *Dniprooblenerho* und *Krymenerho* unter die Kontrolle von Achmetov brachten und zugleich die vertikale Integration des Unternehmens beförderten. Somit standen nicht nur große Teile der ukrainischen Kohleproduktion, sondern auch der Stromerzeugung und -belieferung der Endverbraucher unter Kontrolle Achmetovs. Durch die Festsetzung qualifizierter Privatisierungsbedingungen, wie etwa der Auflage, dass 70 Prozent der zur Stromerzeugung verwendenden Kohle aus ukrainischer Produktion stammen mussten, wurden Mitbewerber in mehreren Privatisierungsverfahren ausgeschlossen.<sup>706</sup> Auch wurden die entsprechenden Unternehmensanteile zu Preisen verkauft, die 50 Prozent unterhalb ihres eigentlichen Marktwerts gelegen haben sollen.<sup>707</sup>

### **7.1. Achmetovs zentrales Imageproblem nach dem Euromajdan**

Öffentlich massiv in Kritik geriet Achmetov schließlich sowohl im Zuge der Euromajdan-Proteste, die im November 2013 in Kyjiw ausbrachen und im Februar 2014 zum Sturz Janukovyčs führten, als auch im Kontext des anschließenden Beginns des Krieges im Donbas ab April 2014. Sein zu dieser Zeit zentrales Imageproblem bestand darin, dass er im Zuge der Euromajdan-Proteste als wichtiger (informeller) Bestandteil jener politischen Führungselite betrachtet wurde, die sich nicht nur schwerwiegenden Korruptionsanschuldigungen ausgesetzt sah, sondern vor allem auch für Repressionen gegen Demonstranten des Euromajdans sowie die spätere gewaltsame Eskalation der Proteste mit dutzenden Todesopfern verantwortlich

---

<sup>705</sup> Vgl: Für das Jahr 2011: Forbes Ukraine: „100 bogatejšich – 2011“ [Die 100 Reichsten – 2011], 04.04.2011: <http://web.archive.org/web/20161111184826/http://forbes.net.ua/magazine/forbes/1336042-100-bogatejših-2011> [25.01.2024]; für das Jahr 2012: Forbes Ukraine: „100 bogatejšich – 2012“ [Die 100 Reichsten – 2012], 02.04.2012: <https://web.archive.org/web/20161208132311/http://forbes.net.ua/magazine/forbes/1336274-100-bogatejših-2012> [25.01.2024]; für das Jahr 2013: Forbes Ukraine: „100 bogatejšich – 2013“ [Die 100 Reichsten – 2013], 25.04.2013: <https://web.archive.org/web/20160712093009/http://forbes.net.ua/business/1351729-100-bogatejših-2013> [25.01.2024].

<sup>706</sup> Vgl. BBC Ukraine: „Zapadenergo“ praktičeski prodan kompanii DTEK, 13.02.2012: [https://www.bbc.com/ukrainian/ukraine\\_in\\_russian/2012/02/111125\\_zakhidenergo\\_sold\\_rus\\_ag](https://www.bbc.com/ukrainian/ukraine_in_russian/2012/02/111125_zakhidenergo_sold_rus_ag).

<sup>707</sup> Vgl. Malygina (2013).

gemacht wurde. Als einflussreicher Oligarch, der über Jahre hinweg enge Beziehungen zu Janukovyč pflegte und stets als dessen wichtigster Unterstützer galt, wurde Achmetov von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition immer wieder explizit als derjenige Akteur identifiziert, in dessen Händen es gelegen habe, auf Präsident Janukovyč einzuwirken. Bei Protestaktionen, zu denen es nicht nur in der Ukraine selbst, sondern beispielsweise auch in London kam, wo Achmetov Presseberichten zufolge im Jahr 2011 eine mehr als 135 Millionen britische Pfund teure Wohnung gekauft haben soll,<sup>708</sup> forderten Demonstrierende von Achmetov dementsprechend ein, Janukovyč zu disziplinieren.<sup>709</sup> Die politische Rolle, die Achmetov im Kontext der staatlichen Repressionen gegen Demonstranten des Euromajdans zu jener Zeit zugeschrieben wurde, spiegelte sich schließlich auch darin wider, dass er ins Visier ausländischer Regierungen geriet und immer wieder als mögliches Ziel personenbezogener Sanktionen gehandelt wurde. Medienberichten zufolge soll die US-amerikanische Diplomatin Victoria Nuland, zum damaligen Zeitpunkt für das US-Außenministerium unter anderem zuständig für die Ukraine, Achmetov persönliche Sanktionen angedroht haben, sollte die Regierung abermals versuchen, den Unabhängigkeitsplatz in Kyjiw gewaltsam zu räumen.<sup>710</sup>

Während die Kritik an Achmetov im Zuge der Euromajdan-Proteste vor allem darin bestand, dass er Position beziehen und auf Janukovyč einwirken sollte, sah er sich im Zuge des von Russland gesteuerten Separatismus, der sich ab dem Frühjahr 2014 vor allem in den ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk ausbreitete, noch weitaus schwerwiegenderen Anschuldigungen ausgesetzt. Weil Achmetov nach dem Sturz Janukovyčs und dem Auseinanderbrechen der Partei der Regionen zentrale Hebel seiner politischen Einflussnahme verloren hatte, stand er nun im Verdacht, separatistische Kräfte in „seinem“ Donbas zugelassen oder gar unterstützt zu haben, um die aus dem Euromajdan hervorgegangene neue politische Führung in Kyjiw unter Druck setzen zu können. Letztlich, so der Vorwurf, sei es Achmetov vor allem darum gegangen, seine wirtschaftlichen Vorteile auch unter der neuen politischen Situation bewahren zu können und entsprechende Sicherheiten für sich und seine Eigentumsrechte auszuhandeln. Gestützt wurden diese öffentlichen Anschuldigungen durch mehrere Indizien: So soll beispielsweise Andrij Šyšač'kyj, zum damaligen Zeitpunkt

---

<sup>708</sup> Vgl. The Guardian: „Rinat Akhmetov pays record £136.4m for apartment at One Hyde Park“, 19.04.2011: <https://www.theguardian.com/uk/2011/apr/19/rinat-akhmetov-one-hyde-park> [25.01.2024].

<sup>709</sup> Vgl. Financial Times: „Ukraine’s richest oligarch Rinat Akhmetov weighs in to crisis“, 13.12.2013: <https://www.ft.com/content/1cdfdb4e-63e1-11e3-98e2-00144feabdc0> [25.01.2024].

<sup>710</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Achmetov perervav movčannja – pislja zustriči z Nuland“ [Achmetov bricht sein Schweigen nach dem Treffen mit Nuland], 13.12.2013: <https://blogs.pravda.com.ua/authors/leschenko/52aad6189a2bc/> [25.01.2024].

Gouverneur der Oblast' Donezk und ein enger Vertrauter Achmetovs<sup>711</sup>, bereits Anfang März 2014, das heißt wenige Tage nach der Flucht Janukovyčs, mehrere Bürgermeister in der Region angewiesen haben, sogenannte „Selbstverteidigungseinheiten“ zum Schutz vor „ukrainischen Nationalisten“ zu gründen.<sup>712</sup> Pavel Gubarev<sup>713</sup>, ein „pro-russischer Aktivist“, der sich nach der Erstürmung des Gebäudes der Regionalverwaltung der Region Donezk zum „Volksgouverneur“ ernennen ließ, behauptete später, dass etwa zwei Drittel der sogenannten „Aufständischen“ von Achmetov bezahlt worden seien.<sup>714</sup> Ferner soll Achmetov persönlich jenen sogenannten „Anti-Majdan-Aktivisten“, die ab April 2014 das Gebäude der Donezker Regionalverwaltung besetzt hielten, Schutz vor einer Erstürmung des Gebäudes durch lokale Sicherheitskräfte zugesichert haben.<sup>715</sup> Spätere führende Separatisten, wie zum Beispiel Alexander Zacharčenko (ukr.: Oleksandr Zacharčenko), sollen zudem zuvor für Unternehmen tätig gewesen sein, die in enger Verbindung zu Achmetov standen.<sup>716</sup> Dass Zacharčenko, der zuvor die Donezker Filiale der pro-russischen Organisation „Oplot“<sup>717</sup> leitete, später zum Oberhaupt der selbst ernannten „Donezker Volksrepublik“ ernannt wurde, soll Spekulationen

---

<sup>711</sup> Šyšac'kyj war unter anderem zwischen 2003 und 2007 Generaldirektor einer Röhrenfabrik in Charcyz'k, die seit 2003 zu Achmetovs Unternehmensgruppe *Metinvest* gehört. Siehe hierzu auch: LB.ua: „Šyšac'kyj Andrij Volodymyrovych“: [https://lb.ua/file/person/3092\\_shishatskiy\\_andrey\\_vladimirovich.html](https://lb.ua/file/person/3092_shishatskiy_andrey_vladimirovich.html) [25.01.2024].

<sup>712</sup> Vgl. Kyiv Post: „Rinat Akhmetov: Too Big to Tame“, 20.10.2016: <https://archive.kyivpost.com/ukraine-politics/rain-shine-guys-always-got-shiny-dime.html> [25.01.2024].

<sup>713</sup> Sogenannte pro-russische Separatisten der „Volkswehr Donbass“ erstürmten am 01. März 2014 das Gebäude der Donezker Regionalverwaltung, hissten die russische Flagge und ernannten Pavel Gubarev (ukr.: Pavlo Hubarjev) zum „Volksgouverneur“. Wenige Tage später wurde Gubarev von ukrainischen Sicherheitskräften verhaftet und nach Kyjiw in Untersuchungshaft gebracht. Im Zuge eines Gefangenenaustauschs im Mai 2014 wurde Gubarev freigelassen. Nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft äußerte er sich in einem Interview mit der russischen Tageszeitung *Rossijskaja Gazeta* über die Rolle Achmetovs. Vgl. *Rossijskaja Gazeta*: „Gubarev: Nam nužna bjužetnaja avtonomija i svoja gumanitarnaja politika“ [Gubarev: Wir brauchen Haushaltsautonomie und eine eigene humanitäre Politik], 11.05.2014: <https://rg.ru/2014/05/12/gubarev.html> [25.01.2024].

<sup>714</sup> Vgl. LB.ua: „Hubarjev: Achmetov utrymuvav dvi tretyny separatystiv“ [Gubarev: Achmetov kontrollierte zwei Drittel der Separatisten], 12.05.2014: [https://lb.ua/news/2014/05/12/266111\\_gubarev\\_ahmetov\\_soderzhal\\_dve\\_treti.html](https://lb.ua/news/2014/05/12/266111_gubarev_ahmetov_soderzhal_dve_treti.html) [25.01.2024]

<sup>715</sup> Im April 2014 wurde ein Video veröffentlicht (abrufbar unter: <https://youtu.be/UfYNR0NubZg> [25.01.2024], auf dem zu hören sein soll, wie Achmetov mehreren (unbekannten) Personen zusichert, dass er dafür sorgen werde, dass das von ihnen besetzt gehaltene Gebäude der Donezker Regionaladministration nicht durch Sicherheitskräfte gestürmt würde.

<sup>716</sup> Vgl. *The Insider*: „Svjazi DNR: ten' ,chozjaev Donbassa“ [DNR-Beziehungen: Der Schatten des „Hausherren des Donbas“], 12.09.2014: <http://www.theinsider.ua/business/5412a6d620c10/> [25.01.2024].

<sup>717</sup> Bei „Oplot“ handelt es sich um eine pro-russische Organisation, die 2010 im Umfeld von ehemaligen Mitarbeitern des ukrainischen Innenministeriums in Charkiw gegründet wurde (Vgl. Mitrokhin, Nikolay (2014): *Transnationale Provokationen. Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine*, in: *OSTEUROPA*, 64. Jg., Nr. 5–6, 157–174.). Zacharčenko leitete die Donezker Filiale der Organisation ab Dezember 2013. Vgl. *tvrain.ru*: „Glava ‚Oplota‘ rasskazal o lobbirovanii kandidatury Zacharčenko na post glavy ‚DNR‘“ [Der Chef von „Oplot“ berichtet über die Lobbyarbeit für die Kandidatur von Zakharčenko für den Posten des Chefs dee „DNR“], 03.11.2014: [https://tvrain.ru/news/glava\\_oplota\\_rasskazal\\_o\\_lobbirovanii\\_kandidatury\\_zaharchenko\\_na\\_post\\_glavy\\_dnr-377583/](https://tvrain.ru/news/glava_oplota_rasskazal_o_lobbirovanii_kandidatury_zaharchenko_na_post_glavy_dnr-377583/) [25.01.2024].



zufolge schließlich auch der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass sich Achmetov für die Ernennung Zacharčenkos bei den zuständigen Kuratoren in Moskau eingesetzt haben soll.<sup>718</sup>

### 7.1.1. Achmetovs öffentliche Selbstdarstellung

Für den hier betrachteten Zeitraum, in dem sich Achmetov in besonderer Weise einem Legitimationsdefizit ausgesetzt sah, liegen insgesamt 21 Dokumente vor, anhand derer sich die öffentliche Selbstdarstellung Achmetovs hinsichtlich der zwei zuvor skizzierten zentralen Aspekte seines Imageproblems analysieren lässt. Primär handelt es sich bei diesen Dokumenten um Pressemitteilungen, die von Achmetovs Unternehmensholding SKM explizit als persönliche Statements Achmetovs veröffentlicht wurden. Teilweise wurden diese Statements auch in Form von Video-Botschaften über unterschiedliche Fernseh- und Internetkanäle verbreitet. Neben diesen Statements handelt es sich bei den hier betrachteten Dokumenten außerdem um mehrere Interviews, die Achmetov im Untersuchungszeitraum gegeben hat.

#### Übersicht zu Interviews und öffentlichen Statements von Rinat Achmetov (2013/2014)

	Art der Veröffentlichung	Titel/Überschrift der Veröffentlichung [Bemerkung]	Datum der Veröffentlichung	Medium
1	Pressemitteilung	„Achmetov hat die Regierung, die Opposition und den Euromajdan aufgefordert, sich an den Verhandlungstisch zu setzen“ <sup>719</sup>	13.12.2013	<i>SKM/Novosti Donbassa</i>
2	Spontane Begegnung mit Euromajdan-Aktivisten in Donezk	[Video veröffentlicht von <i>Novosti Donbassa</i> ] <sup>720</sup>	31.12.2013	[ <i>Novosti Donbassa</i> ]
3	Pressemitteilung	Statement von Rinat Achmetov <sup>721</sup>	25.01.2014	<i>SKM</i>
4	Pressemitteilung	Statement von Rinat Achmetov <sup>722</sup>	18.02.2014	<i>TK Donbass</i>
5	Pressemitteilung	Statement von Rinat Achmetov <sup>723</sup>	02.03.2014	<i>SKM</i>
6	Pressemitteilung	Statement von Rinat Achmetov <sup>724</sup>	14.03.2014	<i>SKM</i>

<sup>718</sup> Vgl. Novaja Gazeta: „Upravljaemaja vesna“ [Verwalteter Frühling], 08.12.2014: <https://www.novayagazeta.ru/articles/2014/12/08/62240-upravlyaemaya-vesna> [25.01.2024].

<sup>719</sup> Novosti Donbassa: „Achmetov prizval vlast', oppoziciju i Evromajdan sest' za stol peregovorov“ [Achmetov hat die Regierung, die Opposition und den Euromaidan aufgefordert, sich an den Verhandlungstisch zu setzen], 13.12.2013: <https://novosti.dn.ua/ru/news/198208-akhmetov-pryzval-vlast-oppozycyvu-y-evromaydan-sest-za-stol-peregovorov> [25.01.2024].

<sup>720</sup> Video abrufbar unter: Novosti Donbassa: „Achmetov priechal k mitingujuščim pod ego domom aktivistam“ [Achmetov besucht Aktivisten, die sich vor seinem Haus versammeln], 31.12.2013: <https://novosti.dn.ua/ru/news/199132-akhmetov-pryekhal-k-mytynguyushhym-pod-ego-domom-aktivvystam-vydeo> [25.01.2024].

<sup>721</sup> System Capital Management: „Rinat Akhmetov's SCM Statement“, 25.01.2014: <https://www.scm.com.cy/news/rinat-akhmetov-s-scm-statement> [25.01.2024].

<sup>722</sup> Telekanal Donbass: Zajavlenie press-služby prezidenta kompanii „SKM“ Rinata Achmetova, 18.02.2014: <https://www.youtube.com/watch?v=TQAJzy7CsTE> [25.01.2024].

<sup>723</sup> System Capital Management: „Rinat Achmetov Statement“, 02.03.2014: <https://www.scm.com.cy/news/rinat-akhmetov-statement> [25.01.2024].

<sup>724</sup> System Capital Management: „Rinat Achmetov Statement“, 14.03.2014: <https://www.scm.com.cy/news/rinat-akhmetov-statement-2014-03-14> [25.01.2024].



7	Interview	„Achmetov gibt bekannt, wann er das letzte Mal mit Janukovyč gesprochen hat“ <sup>725</sup>	17.03.2014	<i>Segodnja</i>
8	Pressemitteilung	„Rinat Akhmetov speaks at the meeting of Ukraine PM Arseniy Yatsenyuk with public and business leaders of Donetsk Oblast“ <sup>726</sup>	11.04.2014	<i>SKM</i>
9	Pressemitteilung	„Statement von Rinat Achmetov zur Situation im Donbass“ <sup>727</sup>	14.04.2014	<i>SKM</i>
10	Interview	„Rinat Achmetov: ‚Ich werde kein Business verkaufen‘“ <sup>728</sup>	30.04.2014	<i>LB.ua</i>
11	Pressemitteilung	[gesendet im Fernsehkanal <i>TRK Ukrajina</i> ] <sup>729</sup>	12.05.2014	<i>TRK Ukrajina</i>
12	Video-Botschaft	„Rinat Achmetov: Glücklich kann der Donbass nur in einer geeinten Ukraine sein“ <sup>730</sup>	14.05.2014	<i>SKM</i>
13	Pressemitteilung/ Video-Botschaft	„Dringende Erklärung von Rinat Achmetovs im Zusammenhang mit der Situation im Donbass“ <sup>731</sup>	19.05.2014	<i>SKM/TK Donbass</i>
14	Pressemitteilung	„Rinat Achmetov: Die Stimme des Donbass wird noch stärker erklingen“ <sup>732</sup>	21.05.2014	<i>SKM</i>
15	Pressemitteilung	„Rinat Achmetov äußerte sich vor einem Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine zu einer friedlichen Regelung der Situation im Donbass“ <sup>733</sup>	19.06.2014	<i>SKM</i>

<sup>725</sup> Segodnja: „Achmetov rasskazal, kogda v poslednij raz govoril s Janukovičem“ [Achmetov gibt bekannt, wann er das letzte Mal mit Janukovyč gesprochen hat], 17.03.2014: <https://www.segodnya.ua/politics/ahmetov-rasskazal-kogda-v-poslednij-raz-govoril-s-janukovichem-503358.html> [25.01.2024].

<sup>726</sup> System Capital Management: „Rinat Akhmetov speaks at the meeting of Ukraine PM Arseniy Yatsenyuk with public and business leaders of Donetsk Oblast“, 11.04.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/rinat-akhmetov-speaks-at-the-meeting-of-ukraine-pm-arseniy-yatsenyuk-with-public-and-business-leaders-of-donetsk-oblast> [25.01.2024].

<sup>727</sup> System Capital Management: „Zajavlenie Rinata Achmetova o situacii v Donbasse“ [Statement von Rinat Achmetov zur Situation im Donbass], 14.04.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/rinat-akhmetov-statement-about-the-situation-in-donbass> [25.01.2024].

<sup>728</sup> LB.ua: „Rinat Achmetov: ‚Ja ne prodaju biznes‘“ [Rinat Achmetov: Ich werde kein Business verkaufen], 30.04.2014: [https://lb.ua/news/2014/04/30/264875\\_rinat\\_ahmetov\\_prodayu\\_biznes.html](https://lb.ua/news/2014/04/30/264875_rinat_ahmetov_prodayu_biznes.html) [25.01.2024].

<sup>729</sup> Video abrufbar unter: <https://www.segodnya.ua/media/video/rukovodstvo-dnr-otricaet-chto-poluchalo-finansirovanie-ot-biznesmenov-regiona-519847.html> [25.01.2024].

<sup>730</sup> System Capital Management: Rinat Achmetov: „Rinat Achmetov: Ščastlivym Donbass možet byt' tol'ko v edinoj Ukraine“ [Rinat Achmetov: Glücklich kann der Donbass nur in einer geeinten Ukraine sein], 14.05.2014: <https://www.youtube.com/watch?v=cHhsTbX6e7w> [25.01.2024].

<sup>731</sup> System Capital Management: „Ėkstrennoe zajavlenie Rinata Achmetova v svjazi s situaciej na Donbasse“ [Dringende Erklärung von Rinat Achmetov im Zusammenhang mit der Situation im Donbass], 19.05.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/emergency-statement-of-rinat-akhmetov-on-the-situation-in-donbass> [25.01.2024]; Video abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=OoKEjA-uLPY> [25.01.2024].

<sup>732</sup> System Capital Management: „Rinat Achmetov: Golos Donbassa budet zvučat' ešče sil'nee“ [Rinat Achmetov: Die Stimme des Donbass wird noch stärker erklingen], 21.05.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/rinat-akhmetov-the-voice-of-donbass-will-sound-stronger> [25.01.2024].

<sup>733</sup> System Capital Management: „Rinat Achmetov dal komentarij pered vstrečej u Prezidenta Ukrainy po mirnomu uregulirovaniju situacii na Donbasse“ [Rinat Achmetov äußerte sich vor einem Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine zu einer friedlichen Regelung der Situation im Donbass], 19.06.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/rinat-akhmetov-gives-a-comment-before-the-meeting-with-the-president-of-ukraine-on-peaceful-resolution-of-the-situation-in-donbass> [25.01.2024].

16	Interview	„Rinat Achmetov: Der größte Weise ist der, der Frieden gibt“ <sup>734</sup>	27.06.2014	<i>TK Donbass</i>
17	Interview	„Rinat Achmetov: ‚Shakhtar‘ war, ist und wird sein“ <sup>735</sup>	28.06.2014	<i>Segodnja</i>
18	Interview	„Rinat Achmetov: Donezk darf nicht bombardiert werden. Der Donbass darf nicht bombardiert werden“ <sup>736</sup>	06.07.2014	<i>SKM/ TRK Ukrajina</i>
19	Pressemitteilung	„Erklärung Rinat Achmetovs im Zusammenhang mit den Tragödien im Luhansker Oblast“ <sup>737</sup>	11.07.2014	<i>SKM</i>
20	Interview	„Achmetov ist für den Frieden bereit, die ‚Donbass-Arena‘ abreißen zu lassen“ <sup>738</sup>	25.08.2014	<i>Segodnja</i>
21	Pressemitteilung	„Erklärung Rinat Achmetovs im Zusammenhang mit der Tragödie in der Siedlung Severnyj, Donezk“ <sup>739</sup>	05.11.2014	<i>Segodnja</i>

- **Öffentliche Zurückhaltung und politische Neutralität während der Euromajdan-Proteste**

Bei der Betrachtung der vorliegenden Dokumente zeigt sich zunächst, dass Achmetov es während der Euromajdan-Proteste weitgehend vermied, eindeutige politische Positionen zu beziehen. Stattdessen zeichnete sich seine Selbstdarstellung während der Euromajdan-Proteste in erster Linie durch öffentliche Zurückhaltung aus. Dies kam auch dadurch zum Ausdruck, dass Achmetov zwischen dem Beginn der Euromajdan-Proteste im November 2013 und ihrem Ende im Februar 2014 lediglich vier öffentliche Statements abgegeben hat. Neben einer Pressemitteilung, die Achmetovs Unternehmensholding SKM Mitte Dezember 2013 im Namen des Oligarchen veröffentlichte, handelt es sich hierbei um eine Video-Aufzeichnung, die am 31. Dezember 2013 entstanden ist und vom Donezker Internetmedium *Novosti Donbassa* veröffentlicht wurde. Die Aufzeichnung dokumentiert, wie Achmetov zwar spontan, aber

<sup>734</sup> Telekanal Donbass: „Rinat Achmetov: Kto dast mir, tot samyj bol’šoj mudrec“ [Rinat Achmetov: Der größte Weise ist der, der Frieden gibt], 27.06.2014: <https://youtu.be/UkV8PDzloKI?si=rGo63VHscst3TyXC> [25.01.2024].

<sup>735</sup> Segodnja: Rinat Achmetov: „Rinat Achmetov: ‚Šachtër‘ byl, est’ i budet“ [Rinat Achmetov: „Shakhtar“ war, ist und wird sein], 28.06.2014: [https://uafootball.segodnya.ua/chua\\_news/rinat-ahmetov-shahter-byl-est-i-budet-532484.html](https://uafootball.segodnya.ua/chua_news/rinat-ahmetov-shahter-byl-est-i-budet-532484.html) [25.01.2024].

<sup>736</sup> System Capital Management: „Rinat Achmetov: Doneck bombit’ nel’zja. Donbass bombit’ nel’zja“ [Rinat Achmetov: Donezk darf nicht bombardiert werden. Der Donbass darf nicht bombardiert werden], 07.07.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/rinat-akhmetov-donetsk-must-not-be-bombed-donbass-must-not-be-bombed> [25.01.2024]; Video abrufbar unter: [https://www.youtube.com/watch?v=-J\\_uGfIz2-U](https://www.youtube.com/watch?v=-J_uGfIz2-U) [25.01.2024].

<sup>737</sup> System Capital Management: „Zajavlenie Rinata Achmetova v svjazi s tragedijami v Luganskoj oblasti“ [Erklärung Rinat Achmetovs im Zusammenhang mit den Tragödien in der Luhansker Oblast], 11.07.2014: <https://www.scm.com.cy/ru/news/statement-of-rinat-akhmetov-in-connection-with-the-tragic-deaths-in-lugansk-oblast> [25.01.2024].

<sup>738</sup> Segodnja: „Achmetov gotov, čtoby raznesli ‚Donbass Arenu‘, no nastupil mir“ [Achmetov ist für den Frieden bereit, die ‚Donbass-Arena‘ abreißen zu lassen], 25.08.2014: [https://uafootball.segodnya.ua/chua\\_news/ahmetov-gotov-čtoby-raznesli-donbass-arenu-no-nastupil-mir-546948.html](https://uafootball.segodnya.ua/chua_news/ahmetov-gotov-čtoby-raznesli-donbass-arenu-no-nastupil-mir-546948.html) [25.01.2024].

<sup>739</sup> Segodnja: „Zajavlenie Rinata Achmetova v svjazi s tragediej v poselke Severnyj g. Donecka“ [Erklärung Rinat Achmetovs im Zusammenhang mit der Tragödie in der Siedlung Severnyj, Donezk], 05.11.2014: <https://www.segodnya.ua/regions/donetsk/zayavlenie-rinata-ahmetova-v-svjazi-s-tragediej-v-poselke-severnyj-g-donecka-566895.html> [25.01.2024].

durchaus intendiert, eine Gruppe von Euromajdan-Aktivisten aufsuchte, die vor seinem Wohnhaus in Donezk demonstrierten und dort unter anderem ein Plakat mit der Aufschrift „Das Blut des Majdans [klebt] auf dem Gewissen von Rinat“<sup>740</sup> hochhielten. Die dritte öffentlich dokumentierte Äußerung Achmetovs während der Euromajdan-Proteste erfolgte Ende Januar 2014 in Form einer von der Unternehmensholding SKM in Achmetovs Namen herausgegebenen Pressemitteilung. Das vierte und zugleich letzte Mal äußerte sich Achmetov öffentlich im Kontext der Euromajdan-Proteste am 18. Februar 2014, als es in Kyjiw zum Beginn der größten, über mehrere Tage anhaltenden Gewalteskalation zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten kam.

Mit Blick auf den Inhalt der öffentlichen Aussagen Achmetovs im Kontext der Euromajdan-Proteste lässt sich festhalten, dass Achmetov in seinen Äußerungen darum bemüht gewesen ist, sich im Zuge des politischen Konflikts zwischen der von ihm unterstützten politischen Führung um Präsident Janukovyč und der protestierenden Opposition als möglichst neutraler Akteur zu positionieren. Zwar bezeichnete Achmetov im Dezember 2013 die Tatsache, dass „friedliche Menschen an friedlichen Protesten teilnehmen“ als Beleg dafür, dass die Ukraine „ein freies und demokratisches Land“<sup>741</sup> sei. Achmetov vermied es dabei jedoch, eindeutige politische Positionen zu beziehen. Stattdessen äußerte er sich auch auf Nachfrage nur sehr allgemein zu seiner Haltung gegenüber den Protesten:

„Wenn ihr wollt, dass die Ukraine stark ist, bin ich auf eurer Seite. Wenn ihr wollt, dass die Ukraine unabhängig ist, bin ich auf eurer Seite. Wenn ihr wollt, dass die Ukraine geeint ist, bin ich auf eurer Seite. (...) Wenn ihr wollt, dass jeder Mensch eine würdige Arbeit, eine würdige Bezahlung und ein würdiges Leben hat, bin ich auf eurer Seite. Aber auf der Grundlage von Lügen lässt sich all das nicht aufbauen. Wenn ihr mit der Wahrheit kommt, bin ich auf eurer Seite. Wenn ihr mit Lügen kommt, bin ich nicht auf eurer Seite.“<sup>742</sup>

Später, im Januar 2014, erklärte Achmetov zwar in einer Pressemitteilung, dass die „Bürgerunruhen“, die die Ukraine in den Wochen zuvor erfasst hätten, das Erfordernis mit sich bringen würden, „Position zu beziehen“<sup>743</sup>. Diese „Position“ bestand jedoch nicht darin, dass Achmetov sich von der politischen Führung um Janukovyč oder der Opposition distanzierte oder sich explizit auf die eine oder die andere Seite stellte. Stattdessen forderte er einen generellen Gewaltverzicht, sprach den Angehörigen von Opfern der Auseinandersetzungen im Kontext der Euromajdan-Proteste Mitgefühl aus und rief dazu auf, die politische Krise friedlich unter Berücksichtigung der Interessen des gesamten Landes zu lösen:

---

<sup>740</sup> Vgl. Novosti Donbassa, 31.12.2013 [Fn. 720].

<sup>741</sup> Vgl. Novosti Donbassa, 13.12.2013 [Fn. 719].

<sup>742</sup> Novosti Donbassa, 31.12.2013 [Fn. 720].

<sup>743</sup> SKM, 25.01.2014 [Fn. 721].

„Die politische Krise kann nur durch friedliches Handeln gelöst werden. Jede Anwendung von Gewalt und der Gebrauch von Waffen ist inakzeptabel. In einem solchen Szenario wird es in der Ukraine keine Gewinner geben, nur Opfer und Verlierer. Und am wichtigsten: Die Anwendung von Gewalt wird nicht dabei helfen, einen Ausweg zu finden. Die einzige Lösung ist, von gewaltsamen Auseinandersetzungen auf der Straße und Versuchen, diese im Zaum zu halten, wegzukommen und zu konstruktiven Verhandlungen und Ergebnissen zu gelangen. Die Teilnehmer dieser Verhandlungen müssen die Interessen des ganzen Landes vertreten. Des ganzen Landes! Und sie müssen bereit sein, miteinander zu kooperieren und miteinander Kompromisse zu finden. Für die Zukunft der gesamten Ukraine und jedes Ukrainers.“<sup>744</sup>

In einer ähnlichen Art und Weise wiederholte Achmetov seinen Aufruf zum Gewaltverzicht schließlich auch am 18. Februar, wenige Tage vor der Flucht Janukovyčs aus Kyjiw:

„Friedliche Menschen dürfen auf keinen Fall leiden. Das muss sowohl für die Regierung als auch für die Opposition und alle Sicherheitskräfte die wichtigste Aufgabe sein. Menschliche Opfer auf Seiten der Demonstranten und auf Seiten der Sicherheitskräfte im Zuge von Zusammenstößen auf der Straße sind ein nicht zulässiger Preis für politische Fehler.“<sup>745</sup>

Ob Achmetov sich durch die Hervorhebung „politischer Fehler“ als Ursache für die Gewalteskalation von der Regierung um Präsident Janukovyč zu distanzieren versuchte, bleibt unklar, da Achmetov keine weitere Konkretisierung vornahm. Eine explizite Distanzierung Achmetovs von Janukovyč erfolgte erst einen Monat später vor, als er bereits nach dem Regierungswechsel in einem Interview angab, dass er Janukovyč das letzte Mal am 22. Februar in Donezk gesehen habe und ihn damals in Anbetracht der „Situation im Land, wie sie sich ergeben hatte“ überzeugt habe, zurückzutreten.<sup>746</sup> Auch diese erst nachträglich erfolgte Abkehr von Janukovyč unterstreicht letztlich, dass Achmetov im Kontext der Euromajdan-Proteste öffentlich in erster Linie darum bemüht gewesen ist, sich zu aktuellen politischen Entwicklungen zurückhaltend und weitgehend neutral zu äußern, sich gleichzeitig aber auch politisch möglichst opportun zu positionieren.

Sichtbare Veränderungen in der sich im Kontext der Euromajdan-Proteste durch Zurückhaltung auszeichnenden öffentlichen Kommunikationsstrategie Achmetovs lassen sich dann jedoch im Kontext des ab dem Frühjahr 2014 aufflammenden sogenannten Separatismus im Osten der Ukraine beobachten. Seine nun veränderte Kommunikationsstrategie kam erstens dadurch zum Ausdruck, dass Achmetov ab März 2014 regelmäßig öffentlich Stellung bezog – bis Ende 2014 insgesamt siebzehn Mal. Zweitens äußerte sich Achmetov nun nicht nur häufiger, sondern ging fortan auch wesentlich expliziter auf aktuelle Entwicklungen ein und formulierte zudem politische Positionen, die eindeutiger waren als zuvor und sich sowohl an die politische Führung in Kyjiw als auch die ukrainische Bevölkerung im Donbas richteten. Die in Achmetovs

---

<sup>744</sup> SKM, 25.01.2014 [Fn. 721].

<sup>745</sup> Telekanal Donbass, 18.02.2014 [Fn. 722].

<sup>746</sup> Segodnja, 17.03.2014 [Fn. 725].

öffentlichen Äußerungen zum Ausdruck gekommene Selbstdarstellung spiegelte sich dabei in folgenden Elementen wider:

- **Garant für wirtschaftliche Stabilität und Prosperität**

Das erste Element der öffentlichen Selbstdarstellung Achmetovs besteht darin, dass er sich als verantwortungsvoller Unternehmer und in dieser Rolle als Garant für Stabilität und Prosperität darstellte. Besonders deutlich wurde dies, als Achmetov sich erstmalig nach dem Sturz Janukovyčs am 02. März 2014 öffentlich äußerte. Die Stellungnahme Achmetovs erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Oligarchen Ihor Kolomojs'kyj und Serhij Taruta am selben Tag von Interimspräsident Turčinov zu Gouverneuren in den Regionen Dnipropetrovs'k und Donezk ernannt wurden, um die Lage in den beiden östlichen Regionen zu stabilisieren.<sup>747</sup> Einen Tag zuvor hatten Vertreter der sogenannten „Volkswehr Donbass“ das Gebäude der Donezker Regionalverwaltung erstürmt, die russische Flagge gehisst und Pawel Gubarev zum „Volksgouverneur“ ernannt.<sup>748</sup> Zu den Anschuldigungen, dass Achmetov seinen Einfluss in der Region nicht nutzen würde, um vor allem in seiner Heimatregion Donezk den pro-russische Kräften Widerstand zu leisten und Ereignisse wie die Erstürmung und Besetzung der Regionaladministration zu verhindern, äußerte er sich in seiner Stellungnahme zwar nicht ausdrücklich. Indem er sich jedoch als Vorreiter eines Unternehmertums stilisierte, das einen wichtigen Beitrag zur territorialen Integrität der Ukraine leiste, reagierte er zumindest implizit auf die gegenüber ihm erhobenen Anschuldigungen:

„Die Wirtschaft ist heute eine wahrhaftige politische Kraft. Unser Anliegen ist es, die Sicherheit der Menschen und ihrer Familien sowie die Stabilität der Unternehmen im Land zu gewährleisten. Wie werden 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche arbeiten, um das Funktionieren der ukrainischen Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Das ist unser größter Beitrag zur territorialen Integrität des Landes (...) Ich rufe die Unternehmerkreise in der Ukraine und die Geschäftspartner ukrainischer Firmen dazu auf, sich unseren Anstrengungen anzuschließen und zu einer friedlichen Lösung beizutragen, ganz egal, welche materiellen Ressourcen dies erfordert. (...) Ich erkläre in voller Verantwortung, dass die SKM-Gruppe, die heute 300.000 Menschen beschäftigt und die Ukraine von Westen nach Osten und von Norden nach Süden repräsentiert, alles Mögliche unternimmt, um die Einheit unseres Landes aufrecht zu erhalten.“<sup>749</sup>

---

<sup>747</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Kolomojskij i Taruta naznačeny gubernatorami“ [Kolomojs'kyj und Taruta zu Gouverneuren ernannt], 02.03.2014: <https://zn.ua/POLITICS/kolomojskiy-i-taruta-naznacheny-gubernatorami-vse-naznacheniya-v-oblastyah-140176.html> [25.01.2024].

<sup>748</sup> Wiederum wenige Tage zuvor hatten bewaffnete Personen, die sich als „Selbstverteidigungskräfte der russischsprachigen Bevölkerung der Krim“ bezeichneten, das Parlament sowie das Regierungsgebäude der Autonomen Republik Krim in Simferopol besetzt, während russische Spezialeinheiten parallel ukrainische Verwaltungs- und Militärstandorte sowie sämtliche Verkehrswege der Halbinsel blockierten.

<sup>749</sup> SKM, 02.03.2014 [Fn. 723].

Gerüchten, wonach er vorhabe, die Ukraine zu verlassen und seine Unternehmen zu verkaufen, widersprach Achmetov dementsprechend und unterstrich, dass er den Donbas als integralen Bestandteil der Ukraine betrachte:

„Ich verkaufe meine Geschäfte nicht und ich habe auch nicht vor, das Land zu verlassen. (...) Meine Position ist unverändert: Unser Land muss geeint sein. Und ich werde alles, was in meiner Kraft steht, unternehmen, damit der Donbass und die Ukraine vereint bleiben. Ich glaube an den Donbass und ich glaube an die Ukraine. Ich investiere und werde auch weiterhin in mein Land investieren.“<sup>750</sup>

- **Gegner des Separatismus**

Auch wenn sich Achmetov von Beginn an durch das Werben für eine „starke, unabhängige und ungeteilte Ukraine“<sup>751</sup> öffentlich zwar indirekt vom Separatismus distanzierte, hielt er sich mit direkten Positionierungen zunächst zurück. Dies zeigte sich besonders deutlich, als es am 13. März 2014 im Zentrum von Donezk zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen sogenannten pro-russischen und pro-ukrainischen Demonstranten kam und Dmytro Černjavs'kyj<sup>752</sup>, ein 22-jähriger pro-ukrainischer Demonstrant, getötet wurde:

„In unserer Stadt ist eine Tragödie geschehen – Menschen mit unterschiedlichen politischen Ansichten konnten ihre Aggressionen nicht im Zaum halten. Im Ergebnis wurden Dutzende verletzt und ein junger Mann [Dmytro Černjavs'kyj] ist ums Leben gekommen. Mein tief empfundenes Beileid seinen Verwandten und Freunden. Politik kann niemals eine Rechtfertigung für menschliche Opfer sein und was gestern geschehen ist, ist inakzeptabel.“<sup>753</sup>

Ab Mai 2014 positionierte sich Achmetov dann schließlich auch explizit gegen den Separatismus allgemein sowie gegen jene Akteure, die sich als Vertreter der „Donezker Volksrepublik“ („DNR“) ausgaben, im Speziellen. Sehr deutlich wurde dies zum ersten Mal, als Achmetov sich in einer Videobotschaft am 19. Mai 2014 anlässlich eines geplanten „Friedensmarsches“ in Mariupol äußerte und dabei mitteilte, dass er die Mitarbeiter seiner Unternehmen in der Stadt zunächst angewiesen habe, aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht an der Protestaktion teilzunehmen:

„Heute wollten die Einwohner Mariupols einen Friedensmarsch abhalten. Und wie man mir gesagt hat, wollten mehr als 50.000 Menschen daran teilnehmen. Allein in Mariupol! Im gesamten

---

<sup>750</sup> LB.ua, 30.04.2014 [Fn. 728].

<sup>751</sup> SKM, 14.04.2014 [Fn. 727].

<sup>752</sup> Dmytro Černjavs'kyj, damaliger Pressesprecher der Partei „Svoboda“ in der Oblast' Donezk, wurde Presse- und Augenzeugen berichten zufolge durch mehrere Messerstiche getötet, als er zusammen mit einer Gruppe pro-ukrainischer Demonstranten im Zentrum Donezk von pro-russischen Demonstranten eingekesselt und attackiert wurde. Černjavs'kyj wurde posthum von Präsident Petro Porošenko der Titel „Held der Ukraine“, die höchste Auszeichnung des ukrainischen Staates, verliehen. Er gilt als das erste Todesopfer des sogenannten Donbas-Konflikts. Zu den Ereignissen am 13. März 2014 in Donezk vgl.: Radio Svoboda: „Vsě bylo ne zřja: p'jat' rasskazov učastnikov krovavogo ukraïnskogo mitinga v Donecke“ [Nicht alles war umsonst: Fünf Berichte von Teilnehmern der blutigen ukrainischen Kundgebung in Donezk], 18.03.2018: <https://www.radiosvoboda.org/a/donbass-reali/29096906.html> [25.01.2024].

<sup>753</sup> SKM, 14.03.2014 [Fn. 724].

Donbass sind Millionen bereit, auf die Straße zu gehen! Warum? Weil die Leute es leid sind, in Angst zu leben. Weil sie den Terror leid sind. Weil sie es leid sind, auf die Straße zu gehen und in Kugelhagel zu geraten. (...) Heute Morgen hat man mir aber gesagt, dass in Mariupol Raketenwerfer aufgetaucht sind und dass man die friedliche Aktion über den Haufen schießen will! Ich habe mich daher sofort mit den Direktoren unserer Unternehmen in Kontakt gesetzt und aufgerufen, nicht am Friedensmarsch teilzunehmen. Weil das menschliche Leben den größten Wert hat. Und ich werde niemals zulassen, dass Blut vergossen wird. Ich habe dazu aufgerufen, die Aktion abubrechen.“<sup>754</sup>

Dass sich der neutral titulierte „Friedensmarsch“, als dessen Initiator Achmetov sich in seiner Ansprache deutlich zu verstehen gab, in erster Linie gegen die Vertreter der selbsternannten „Donezker Volksrepublik“ richtete, brachte Achmetov im weiteren Verlauf unmissverständlich zum Ausdruck:

„Ich will allen sagen – wir werden nicht aufhören. Uns kann man nicht einschüchtern! Uns kann niemand einschüchtern! Auch nicht die, die sich als gewisse Donezker Volksrepublik bezeichnen. Sagen Sie mir bitte, wer kennt im Donbass auch nur einen Vertreter dieser DNR? Was haben die für unsere Region geleistet, welche Arbeitsplätze haben sie geschaffen? Mit dem Maschinengewehr durch die Straßen der Städte des Donbass zu laufen, was ist das? Hält man so etwa die Rechte der Bevölkerung des Donbass gegenüber der Zentralregierung aufrecht? Marodieren in den Städten und friedliche Bürger berauben, was ist das? Etwa der Kampf um den Segen für unsere Region? Nein! Das ist ein Kampf gegen die Einwohner unserer Region! Das ist ein Kampf gegen den Donbass! Das ist Genozid am Donbass! (...) Und deshalb rufe ich alle Arbeitskollektive auf, sich morgen an ihrem Arbeitsplatz einem Warnprotest anzuschließen. Und dieser Protest beginnt morgen zur Mittagszeit mit dem Ertönen einer Sirene, die in allen Betrieben des Donbass zu hören sein wird. Für den Frieden! Gegen das Blutvergießen! Und bis es keinen Frieden gibt, werden jeden Tag um 12 Uhr im gesamten Donbass die Sirenen ertönen. Ich rufe auch alle Autofahrer dazu auf, alle Patrioten unserer Region, sich dieser Aktion anzuschließen.“<sup>755</sup>

Seine eindeutige Gegnerschaft zum Separatismus und insbesondere den separatistischen Rädelsführern folgte dabei einem Argumentationsmuster, das die selbsternannten Vertreter der „DNR“ vor allem aufgrund ihres fehlenden Beitrags zur wirtschaftlichen Prosperität des Donbas kritisierte:

„In den Städten herrscht Banditentum und es wird geplündert. Ist das etwa ein friedliches Leben? Ist das etwa eine starke Wirtschaft? Ist das etwa ehrenhafte Arbeit mit angemessener Bezahlung? Nein! Und genau deshalb wollten die Leute auf die Straße gehen. (...) Heute haben die Vertreter der sogenannten DNR die Eisenbahn besetzt. Sie haben damit nicht nur den Zugverkehr gestoppt, sie haben das Herz des Donbass lahmgelegt! Denn die Industrie des Donbass stirbt ohne die Eisenbahn. Und das heißt, der Donbass stirbt, unsere arbeitsreiche Region!“<sup>756</sup>

Letztlich warf Achmetov den sogenannten Vertretern der „DNR“ jedoch nicht nur vor, dass sie wirtschaftlichen Schaden in der Gegenwart verursachten, sondern auch, dass sie bereits in der Vergangenheit keinen positiven Beitrag zur Wirtschaft geleistet hätten. In der

---

<sup>754</sup> Telekanal Donbass, 19.05.2014 [Fn. 731].

<sup>755</sup> Ebd.

<sup>756</sup> Ebd.

Darstellung Achmetovs entzog ihnen dies nicht nur jedwede Herrschaftslegitimität, sondern diente Achmetov zugleich auch als ein wichtiges Abgrenzungsmerkmal zwischen ihm selbst und den selbsternannten Vertretern der „DNR“:

„Aber ich bin mir ganz sicher, dass man mit Maschinengewähren und Raketenwerfern die Bevölkerung nicht ernähren und niemals ein starkes Land mit einer starken Wirtschaft aufbauen kann, mit würdevoller Arbeit und würdevollen Gehältern. (...) Ich bin mir sicher, dass die DNR die Menschen belügt. Sie belügen die Leute im Donbass. Das sind Hundesöhne, die den gesamten Donbass als Geiseln genommen haben und ihn terrorisieren. Wer sind die? Was sind das für Leute? Woher kommen dieses ‚Geistesgrößen‘? Wer waren sie gestern? Sie haben keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Ich habe den Leuten im Donbass immer gedient und werde ihnen dienen. Die Leute des Donbass sind für immer in meinem Herzen! Aber dieses Häufchen an Hundesöhnen, die den Donbass terrorisieren... Ich bin mir sicher, dass man sie ganz bald verjagen wird. Wenn jemand meint, dass die uns zum Erfolg führen, dann ist das ein Fehler. Das ist ein großer Fehler. Sie bringen den Untergang, Elend, Hunger und Kälte. Mit ihren Handlungen schützen sie nicht den Donbass, sie vernichten den Donbass.“<sup>757</sup>

- **Lokalpatriot und Interessenvertreter des Donbas**

Aufbauend auf der Abgrenzung, die Achmetov zwischen sich und den Vertretern der „DNR“ vornahm, lässt sich schließlich das dritte zentrale Merkmal seiner Selbstdarstellung identifizieren. Dieses besteht darin, dass Achmetov sich als Lokalpatriot des Donbas und als diejenige Person darstellte, die den „Menschen im Donbass immer gedient“<sup>758</sup> habe, sie „für immer im Herzen“<sup>759</sup> tragen werde und schließlich auch bereit sei, sein persönliches Vermögen zu opfern, um einen Frieden im Donbas zu erreichen:

„Wenn man mich fragen würde, ob ich bereit bin, dass man unser Stadion in Stücke reißt, ob ich bereit bin, dass ich mein gesamtes Business verliere, dafür dass Frieden im Donbass einkehrt, dann würde ich keine Sekunde überlegen. Das allerwichtigste ist, den Krieg zu beenden, das Leben von Kindern, Frauen, Älteren und allen Bewohnern des Donbass zu retten. Unsere Region ist in großer Not, inmitten einer humanitären Katastrophe. Den Donbass zu retten, das ist die allergrößte Aufgabe.“<sup>760</sup>

Dabei nahm Achmetov für sich in Anspruch, die Interessen der Bewohner des Donbas zu vertreten und dafür einzutreten, dass die „Stimme des Donbass erhört“ und der „Donbass respektiert“ werde:

„Ich wurde in Donezk geboren und bin in Donezk aufgewachsen. Ich lebe hier, hier sind mein Haus, meine Mannschaft, meine Freunde, Verwandte und mir nahestehende Menschen. Und ich werde alles dafür tun, dass die Stimme des Donbass erhöht wird. Dass der Donbass respektiert wird. Und das wichtigste, dass der Donbass und die Ukraine für immer geeint sein werden.“<sup>761</sup>

---

<sup>757</sup> SKM, 21.05.2014 [Fn. 732].

<sup>758</sup> Ebd.

<sup>759</sup> Ebd.

<sup>760</sup> Segodnja, 25.08.2014 [Fn. 735].

<sup>761</sup> SKM, 14.04.2014 [Fn. 730].



Auch wenn sich Achmetov, wie zuvor dargestellt, von separatistischen Positionen distanzierte, diese als schädlich kritisierte und sich zudem vor allem in Gegnerschaft zu den Machthabenden der „DNR“ positionierte, so brachte er in diesem Zusammenhang zugleich dennoch mehrfach auch zum Ausdruck, dass es legitime Gründe gegeben habe, gegen die Regierung in Kyjiw zu protestieren:

„Was wollen die Leute? Die Leute wollen, dass die Stimme des Donbass gehört wird. Die Leute wollen würdevolle Arbeit und würdevolle Bezahlung. Mit einem Wort: die Leute wollen ein besseres Leben.“<sup>762</sup>

„Glücklich ist der Donbass dann, wenn die Menschen würdige Arbeit, würdige Gehälter und ein würdiges Leben haben. Glücklich ist der Donbass dann, wenn man uns achtet, unserer Denkmäler achtet und unser Recht in russischer Sprache zu sprechen, wenn man unserer Feste achtet, unsere Traditionen und unsere Ambitionen. Ich persönlich sehe einen glücklichen Donbass nur in einer geeinten Ukraine.“<sup>763</sup>

„Ich habe mich mit den Protestierenden getroffen und gesagt: wenn ihr für das Recht russisch zu sprechen demonstriert, dann bin ich auf eurer Seite. Wenn ihr für die Dezentralisierung der Macht demonstriert, dafür, dass die Macht aus Kiew in die Regionen übertragen wird, bin ich auf eurer Seite. Wenn ihr dafür demonstriert, dass der Donbass respektiert wird, dass der Donbass aufblüht, dass das Leben für die Menschen im Donbass besser wird, bin ich immer auf eurer Seite.“<sup>764</sup>

Letztlich gebe es nach Ansicht Achmetovs vier Szenarien für die Zukunft des Donbas: Das erste Szenario bestehe ihm zufolge darin, dass alles so bleibe wie es bisher gewesen sei:

„Die ganze Macht bleibt in Kiew und die Regionen verharren in ihrer Rückständigkeit. Dieser Weg hat ausgedient, er hat kein Recht auf Zukunft, davon bin ich fest überzeugt.“<sup>765</sup>

Das zweite, ebenso von Achmetov mit Blick auf die Zukunft des Donbas nicht wünschenswerte Szenario, bestehe in der Etablierung der „Donezker Volksrepublik“:

„Niemand auf der Welt wird sie anerkennen. Aber die Struktur unserer Wirtschaft setzt sich aus der Kohleindustrie, die Metallurgie, der Energiegewinnung, dem Maschinenbau, der chemischen Industrie und der Landwirtschaft zusammen. Wir werden enorme Sanktionen auferlegt bekommen, wir werden nichts verkaufen und nichts produzieren können. Und der Stillstand der Produktion bedeutet Arbeitslosigkeit und Armut.“<sup>766</sup>

Auch das von Achmetov umschriebene dritte Szenario, eine Angliederung an Russland, sei seiner Ansicht nach nicht erstrebenswert:

„Ich bin überzeugt, dass das weder Russland noch der Donbass braucht. Weder Russland noch der Donbass würde davon profitieren. Uns werden enorme Sanktionen auferlegt, und wir werden genauso wenig verkaufen und produzieren können. Das bedeutet wirtschaftlicher Niedergang, Arbeitslosigkeit und Armut.“<sup>767</sup>

---

<sup>762</sup> SKM, 11.04.2014 [Fn. 726].

<sup>763</sup> SKM, 06.07.2014 [Fn. 736].

<sup>764</sup> SKM, 11.04.2014 [Fn. 726].

<sup>765</sup> SKM, 14.05.2014 [Fn. 730].

<sup>766</sup> Ebd.

<sup>767</sup> Ebd.

Das einzige Szenario, das laut Achmetov erstrebenswert sei, bestehe in einer Verfassungsänderung, die als Ziel eine Dezentralisierung des Staatswesens habe:

„Aus meiner Sicht ist das der einzig richtige Weg: die Änderung der Verfassung und die Dezentralisierung der Macht. Das bedeutet, dass Macht aus Kiew an die Regionen abgetreten wird. Das bedeutet, dass die Macht nicht ernannt, sondern gewählt wird. Das bedeutet, dass die Region vor den Menschen Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft übernimmt.“<sup>768</sup>

Oberste Priorität müsse aber sein, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen – eine Botschaft, die er allgemeingültig formulierte und die sich dementsprechend sowohl an die ukrainische Regierung als auch die von Russland unterstützten Separatisten richtete:

„Vor wenigen Stunden sind an meinem Heimatort auf dem Gelände meiner früheren Schule Nr.63 Granaten eingeschlagen. Es haben sich in diesem Moment Kinder auf dem Fußballplatz aufgehalten. Zwei von ihnen sind gestorben, vier wurden schwer verletzt und in die Notaufnahme gebracht. Es haben Menschen Schaden genommen, die keinerlei Schuld haben – dieses Mal sogar Kinder! Zunächst möchte ich mein herzlichstes Mitgefühl den Angehörigen der getöteten Jungs aussprechen. Und ich möchte den Familien der Verletzten versichern, dass wir alles tun werden, damit ihre Kinder wieder gesund werden. Und ich möchte insbesondere sagen: Wir werden niemanden in Not zurücklassen! Mein humanitärer Stab leistet sämtliche notwendigen Hilfestellungen für die Leittragenden dieser Tragödie. Sagen Sie mir bitte, wie viele tote Kinder, wie viel verkrüppelte Menschen, wie viel Tränen braucht es noch, damit dieser Krieg endlich endet?! Ich wende mich an alle: Stellen Sie das Feuer ein! Hören Sie auf, friedliche Menschen zu töten!“<sup>769</sup>

### 7.1.2. Die Berichterstattung der Zeitung *Segodnja*

Die Berichterstattung über Achmetov in der zu Achmetovs Unternehmensholding gehörenden und landesweit erscheinenden Tageszeitung *Segodnja*<sup>770</sup> war im hier betrachteten Untersuchungszeitraum durchweg positiv. Dies drückt sich zunächst darin aus, dass die Berichterstattung von *Segodnja* auf jene öffentlichen Anschuldigungen, die sowohl im Kontext der Euromajdan-Proteste als auch im späteren Verlauf der Eskalation des Konfliktes im Donbas gegenüber Achmetov im Raum standen, in keiner Weise eingegangen ist, auch nicht deskriptiv-wertneutral. Auch generell fand Achmetov im direkten Kontext mit der Berichterstattung der Zeitung über die Euromajdan-Proteste kaum Erwähnung. Ausnahmen stellten lediglich zwei deskriptiv-neutral gehaltene Artikel der Zeitung dar, in denen Achmetovs öffentliche Forderungen nach konstruktiven Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung zur

---

<sup>768</sup> SKM, 14.05.2014 [Fn. 730].

<sup>769</sup> *Segodnja*, 05.11.2014 [Fn. 739].

<sup>770</sup> Die Analyse der Berichterstattung der russischsprachigen Tageszeitung *Segodnja* umfasst 244 Zeitungsartikel, die zwischen November 2013 und Dezember 2014 erschienen sind und das Stichwort „Achmetov“ beinhalten. Der Zugriff auf diese Artikel erfolgte über die Volltextdatenbank *Integrum*.

friedlichen Beilegung der politischen Krise zitiert wurden.<sup>771</sup> Stattdessen beschränkte sich die Berichterstattung, in der Achmetov während der Euromajdan-Protteste Erwähnung fand, vor allem darauf, philanthropische Aktivitäten des Oligarchen zu erwähnen. So schrieb die Zeitung beispielsweise im Dezember 2013 von der Produktion eines Musikvideos, das die populäre ukrainische Sängerin Ani Lorak Waisenkindern gewidmet habe. Der Leser erfuhr dabei nicht nur, dass Lorak sich seit mehreren Monaten für Achmetovs *Foundation for Development of Ukraine* in einem Projekt zur Unterstützung von Waisenkindern engagiert habe. Zudem gab der ebenso in das Projekt involvierte Komponist Igor' Krutoj im selben Artikel bekannt, dass die Idee zur Produktion des Musikvideos von Achmetov selbst stammte:

„Trotz seines finanziellen Aufstiegs (...) ist er [Achmetov] immer der Kerl geblieben, der auf Notlagen reagiert. Glauben Sie mir, das ist in unserer Zeit eine Seltenheit. (...) Unser Ziel ist es, Internate als solche abzuschaffen und für jedes Waisenkind eine Familie zu finden.“<sup>772</sup>

Darüber hinaus erwähnte *Segodnja* während der Euromajdan-Protteste Achmetov im Kontext weiterer Projekte, die er finanziell unterstützt habe. Hierzu gehörte eine Weihnachtsgeschenk-Aktion für Kinder, die Achmetovs Stiftung zusammen mit der Ukrainischen Post (*Ukrpošta*) durchführte<sup>773</sup>, sowie eine Theateraufführung von Wagners Oper „Der Fliegende Holländer“, die „unter dem Einsatz modernster 3D-Technologien (...) dank Rinat Achmetovs Unternehmen SKM“<sup>774</sup> ins Leben gerufen werden konnte. Lobende Worte an Achmetov veröffentlichte die Zeitung unter anderem auch im Zuge eines Interviews mit einem Kinder-Onkologen, der die Bemühungen der Stiftung Achmetovs bei der Diagnostik und Behandlung von Krebs hervorhob:

„Im Wesentlichen arbeiten wir mit der Stiftung ‚Zaporuka‘, ‚Krab‘ und der Rinat Achmetov Stiftung ‚Für die Entwicklung der Ukraine‘. (...) Die Stiftung von Rinat Achmetov hat das schwierigste und kostspieligste, zugleich jedoch auch das modernste und effektivste Feld übernommen – die Radiologie. Mit Hilfe der Stiftung wird ein neuer radiologischer Korpus gebaut, der mit der allerneuesten Technik ausgestattet sein wird. Ferner hat sich die Stiftung bereit erklärt, die Ausgaben für Untersuchungen zu übernehmen, die bei Patienten mit Neuroblastom anfallen. Das sind etwa 1000 US-Dollar pro Untersuchung. Mit den Geräten, die die Stiftung von Rinat Achmetov in den regionalen Onkologie-Zentren in Donezk, Černovec, Ivano-Frankovsk, Chmel'nickij, Rovno und Ternopol aufgestellt hat, konnten bereits mehr als 600 Kinder Diagnostiken und Behandlungen durchlaufen.“<sup>775</sup>

---

<sup>771</sup> Vgl. *Segodnja*: „Evropejskaja i Majdan: vstreča dvux ‚beregov““ [Europa und Maidan: Treffen zweier „Ufer“], 14.12.2013, Nr. 279 sowie *Segodnja*: „Rada: poslednij šans dlja kompromissa“ [Rada: letzte Chance für einen Kompromiss], 27.01.2014, Nr. 18.

<sup>772</sup> *Segodnja*: „Dva Igorja i Lorak“ [Zwei Igors und Lorak], 07.12.2013, Nr. 273.

<sup>773</sup> Vgl. *Segodnja*: „Dorogoj Ded Moroz podari mame papu“ [Liebes Väterchen Frost, schenk der Mama einen Papa] 18.12.2013, Nr. 282.

<sup>774</sup> *Segodnja*: „Oni rabotajut v opere“ [Sie arbeiten in der Oper], 25.01.2014, Nr. 17.

<sup>775</sup> *Segodnja*: „Rakom zaboлеваet odin rebenok iz desjati tysjač“ [„Eines von zehntausend Kindern erkrankt an Krebs“], 20.02.2014, Nr. 39.

Das so während der Euromajdan-Proteste von Achmetov entstandene Bild eines Wohltäters wurde auch im weiteren Verlauf der Berichterstattung von Segodnja fortgezeichnet. Im Unterschied zur Berichterstattung während der Euromajdan-Proteste zeigte sich nach dem Regierungswechsel jedoch, dass die Zeitung nun erstmals auch über Handlungen berichtete, die Achmetovs Zusammenarbeit mit der neunten Regierung hervorhoben. So erwähnte die Zeitung beispielsweise, dass die zentrale Hochschulzugangsprüfung in der Ukraine im Jahr 2014 nur durchgeführt werden konnte, weil die Stiftung Achmetovs bei der Finanzierung der notwendigen Materialien und Druckkosten dem ukrainischen Bildungsministerium mit 3,2 Millionen Hrywnja unter die Arme gegriffen habe.<sup>776</sup> Zudem kam in der Berichterstattung nun auch zum Ausdruck, dass Achmetov Aktivisten des Euromajdans und deren Angehörige unterstützt habe. So habe Achmetov angekündigt, den hinterbliebenen von 90 Todesopfern der Proteste 20 Millionen Hrywnja zu spenden.<sup>777</sup> Im Kontext einer ausführlichen Berichterstattung, die sich der Arbeit der Stiftung Achmetovs bei der Bekämpfung von Tuberkulose widmete,<sup>778</sup> schrieb die Zeitung ferner, dass auch jene Aktivisten, die Ende März 2014 noch in Protestlagern im Zentrum Kyjiws kampierten, sich auf Kosten der Achmetov-Stiftung medizinischen Untersuchungen unterziehen lassen konnten:

„Uns [Rinat Achmetov Stiftung] hat die Leitung der Sanitätsstelle des Majdans darum gebeten. Bei vielen Aktivisten wurden Lungenentzündungen diagnostiziert, denn die Leute wohnen und schlafen seit dem Winter in Zelten. Man muss alle untersuchen und, falls notwendig, in Behandlung schicken.“<sup>779</sup>

Ab dem Frühjahr 2014, das heißt mit dem Beginn und der anschließenden Intensivierung des Konflikts im Donbas, nahm die Berichterstattung von Segodnja über Achmetov schließlich deutlich zu. Stellungnahmen Achmetovs, die er, wie oben dargestellt, nun mehrmals pro Monat veröffentlichte, wurden von Segodnja dabei in der Regel wörtlich wiedergegeben und zudem im Zuge der Berichterstattung ausschließlich positiv kommentiert. So wurden beispielsweise im Mai 2014, als Achmetov die Bevölkerung im Donbas zum Protest gegen die Separatisten der „Donezker Volksrepublik“ aufrief, verschiedene Politiker und Politikwissenschaftler zitiert, die

---

<sup>776</sup> Vgl. Segodnja: „VNO provesti smogut“ [Die zentrale Hochschulzugangsprüfung kann durchgeführt werden], 24.04.2014, Nr. 90; sowie Segodnja: „Vuzy ždet nedobor studentov“ [Die Hochschulen werden nicht ausreichend Studenten haben], 19.06.2014, Nr. 132.

<sup>777</sup> Segodnja: „Deti ne ponjali, čto papa ne vernetsja“ [Die Kinder haben nicht verstanden, dass Papa nicht zurückkommt], 29.03.2014, Nr. 69.

<sup>778</sup> Vgl. Segodnja: „Kievljan besplatno proverjat na tuberkulěz“ [Kyjiwer Bürger werden kostenlos auf Tuberkulose geprüft] 24.03.2014, Nr. 64; sowie Segodnja: „Ne detskij diagnoz“ [Keine Kinderdiagnose] 27.03.2014, Nr. 67.

<sup>779</sup> Segodnja: „Kievljan besplatno proverjat na tuberkulěz“ [Kyjiwer Bürger werden kostenlos auf Tuberkulose geprüft] 24.03.2014, Nr. 64.

die Bedeutung des Aufrufs Achmetovs hervorhoben. Innenminister Arsen Avakov attestierte Achmetov dabei „zeitgemäß“ gehandelt zu haben:

„Die Kraft und die Energie der Menschen wird den Separatistendreck besser davonfegen als jede ATO [die sog. Anti-Terror-Operation der ukrainischen Regierung]. So werden wir die Meinungsstreitigkeiten ausräumen und die Maschinengewehre zum Verstauben niederlegen.“<sup>780</sup>

Positiv kommentierte auch Vadym Karasjov, ein ukrainischer Politologe, Achmetovs Protestaufruf:

„Achmetov hat im Donbass die Macht in seine Hand genommen. Er hat verstanden, dass die Schwäche der Zentralregierung und die Frechheit der örtlichen selbsternannten ‚Republikaner‘ den Weg zu einer langfristigen Destabilisierung in der Region ebenen.“<sup>781</sup>

Oleksij Haran', Professor für Politikwissenschaft an der Mohyla-Akademie in Kyjiw, betonte die positive Bedeutung der Aussagen Achmetovs ebenso:

„Die Erklärung Achmetovs ist ein positives Signal, genauso wie die Tatsache, dass die Menschen ihn unterstützen. Solche Aktionen müssen noch öfter geschehen, damit allen klar wird, dass der Donbass für eine geeinte Ukraine ist. Die Republiken ‚DNR‘ und ‚LNR‘ sind eine Fars. Der Kreml hätte gerne, dass derartige Gebilde in der Ukraine existierten, aber dazu fehlt es ihnen an Unterstützung im Donbass. Die Aktion ist ein erster Schritt, ein Signal dafür, dass es möglich ist, die Situation auf friedlichem Wege zu lösen.“<sup>782</sup>

Auf öffentlichen Anschuldigungen gegenüber Achmetov ging *Segodnja* indes auch im Kontext der Eskalation im Donbas nicht ein. Das heißt, in der Berichterstattung von *Segodnja* wurde nicht explizit thematisiert, ob Achmetov Separatisten im Donbas gewähren ließ oder gar unterstützt habe. Allerdings versuchte die Zeitung durchaus, die bestehenden Anschuldigungen implizit zu entkräften, indem sie insbesondere sehr ausführlich darüber berichtete, was die zu Achmetovs SKM-Holding gehörende Unternehmensgruppe *Metinvest* in der Region getan habe, um Stabilität in den Städten des Donbas zu gewährleisten. In einer umfangreichen Reportage berichtete die Zeitung dabei unter anderem über die Situation in Mariupol und darüber, wie Mitarbeiter der zu Achmetovs Unternehmensholding gehörenden Industriebetriebe seit dem Frühjahr 2014 in der zweitgrößten Stadt der Donezker Oblast' für Sicherheit und Ordnung gesorgt hätten:

„Das friedliche Leben in Mariupol hat seine Vorgeschichte. Um die Stadt vor dem Chaos der Separatisten zu schützen, hatte man sich hier entschieden, nicht auf das Glück zu warten, sondern zu handeln begonnen. Am 11. Mai haben sich der Generaldirektor des Unternehmens ‚Metinvest‘ Jurij Ryženkov, ich [Ėnver Ckitišvili, Generaldirektor von *Azovstal'*] und Jurij Zinčenko, Leiter des Kombinats Il'ič, zusammengesetzt, um die Situation in der Stadt zu analysieren. Dabei trafen wir die Entscheidung, freiwillige nationale Bürgerwehren zu bilden, die der Miliz dabei helfen sollten, Ordnung zu schaffen. (...) Rinat Achmetov hat die Initiative unterstützt und gesagt, dass

---

<sup>780</sup> Segodnja: „Donbass vyšel na protest protiv krovoproilitija v Regione“ [Der Donbas hat gegen das Blutvergießen in der Region demonstriert], 21.05.2014, Nr. 108.

<sup>781</sup> Ebd.

<sup>782</sup> Ebd.

er dazu bereit ist, technische Hilfe zu leisten. Denn die Miliz hatte nicht einmal die elementarsten Dinge, wie zum Beispiel Taschenlampen. Wir schlugen die Initiative dem Arbeitskollektiv von ‚Azovstal‘ vor und an einem Tag registrierten sich freiwillig etwa 400 Personen! Waffen wurden nicht verteilt, aber die Männer wurden mit Funkgeräten und Taschenlampen ausgerüstet. Jede Gruppe wurde von einem Milizionär angeführt. Schon am zweiten Tag hatte eine Patrouille zwei Feuer in der Stadt verhindert und später haben die Leute der Bürgerwehr Diebe dabei ertappt, wie sie ältere Menschen bestehlen wollten. Heute weiß jeder in der Stadt, dass es sehr schwer ist, von 8–10 kräftigen Männern wegzulaufen. Das will man nicht riskieren.“<sup>783</sup>

In einem anderen Bericht erklärte ein Vertreter von *Metinvest* zudem, dass es der ukrainischen Armee im Mai nicht gelungen sei, die Situation in der Stadt zu beruhigen. Vielmehr habe der Einsatz der Armee zur Eskalation des Konflikts mit prorussischen Separatisten beigetragen. Erst als jene zuvor genannten „Družyny“ (Bürgerwehren) des Unternehmens damit begannen, auf den Straßen zu patrouillieren, habe sich die Situation sichtlich entspannt. Der Vertreter des Unternehmens erklärte zudem, dass jene Arbeiter, die sich den Patrouillen anschlossen, von *Metinvest* entlohnt wurden – eine Praxis, die er zugleich auch von anderen Unternehmern einforderte:

„Wir rufen auch andere Unternehmer dazu auf, deren Mitarbeiter sich den nationalen Bürgerwehren anschließen, das Gleiche zu tun. Wenn ein Mitarbeiter eine bürgerliche Position zugunsten des Friedens vertritt, sind wir der Auffassung, dass jeder Unternehmer dies unterstützen muss, auch durch finanzielle Anreize.“<sup>784</sup>

Zugleich erklärte der Vertreter von *Metinvest* aber auch, warum Achmetov die Armee und Freiwilligenbataillone nicht finanzieren würde:

„Ich bin mir sicher, wenn Achmetov die Möglichkeit hätte, dafür zu bezahlen, dass Städte nicht mehr von Artillerie beschossen werden, dann würde er das ohne Zweifel tun. Wenn er dafür bezahlen könnte, dass keine Menschen mehr sterben müssen, dass Friede herrscht, dann würde er das machen. Viele Fragen, warum unser Aktionär nicht die Armee und die Bataillone finanziert. Man muss wissen, dass hier eine ganz enge Grenze besteht. Wenn jemand Menschen mit Waffen finanziert, dann muss er auch die Verantwortung dafür übernehmen, was diese Menschen machen. Die gesamte Verantwortung, einhundertprozentig. Die Überzeugung Achmetovs (...) ist, dass diese Verantwortung nur der Staat auf sich nehmen kann. Und das heißt auch, dass die Finanzierung von bewaffneten Formationen nur der Staat übernehmen kann. Woher kann der Staat das Geld für die Finanzierung nehmen? Nur aus Steuereinnahmen. Unsere Mannschaft ist heute der wahrscheinlich größte Steuerzahler des Landes. Wenn man die Situation betrachtet, dann sind wir wahrscheinlich die einzigen, die ihre Steuern im Voraus bezahlen, damit der Staat seine Funktion erfüllen kann. Das ist auch die grundsätzliche bürgerliche Position unseres Aktionärs. Heute ist es seiner Meinung nach am wichtigsten, dass es Arbeitsplätze gibt, dass die Mitarbeiter sozial abgesichert sind und dass Steuern in die Budgets auf allen Ebenen fließen. Und

---

<sup>783</sup> Segodnja: „Fond Rinata Achmetova gotov pomoč“ [Die Rinat Achmetov Stiftung ist bereit zu helfen], 23.07.2014, Nr. 159.

<sup>784</sup> Segodnja: „Pobeg iz ‚Šachtëra‘“ [Flucht von „Shakhtar“], 21.07.2014, Nr. 157.

die Personen, die die Verantwortung für die Situation im Land haben, sind verpflichtet, diese Gelder korrekt zu verwenden und die richtigen Entscheidungen zu treffen.“<sup>785</sup>

Ab dem Sommer 2014 setzte schließlich eine weitere, sehr starke Intensivierung der Berichterstattung von *Segodnja* über Achmetov beziehungsweise die Achmetov-Stiftung ein. Die Zeitung berichtete von nun an teilweise mehrmals pro Tag über die Arbeit der Achmetov-Stiftung sowie insbesondere über das im August 2014 gegründeten „Humanitären Zentrum“, das vor allem dazu diene, den Bewohnern des Donbas auf beiden Seiten der Front Hilfe zu leisten – zum einen durch Hilfslieferungen in die Region, und zum anderen durch die Evakuierung, psychologische Behandlung und vorübergehende Unterbringung von Binnenflüchtlingen<sup>786</sup>:

„Diese Initiative stammt von Rinat Achmetov, dem Chef des Unternehmens SKM. Der Stab vereint sämtliche Ressourcen der Wohltätigkeitsstiftung Rinat Achmetovs, aller Unternehmen der Gruppe SKM und des FC ‚Shakhtar‘. Die Aufgabe des Stabes ist es, den Bewohnern der Donezker und der Luhansker Regionen, die unter den kriegerischen Auseinandersetzungen leiden müssen, die größtmögliche Hilfe zu leisten.“<sup>787</sup>

Dass sich auch die zur Unternehmensholding SKM gehörende Zeitung *Segodnja* als Bestandteil der Initiative Achmetovs verstehe, wurde dabei bereits einige Wochen zuvor deutlich gemacht. So kündigte die Zeitung bereits Ende Juni 2014 an, dass sie, zusammen mit der Website *segodnya.ua*, dem ebenso zur SKM-Holding gehörenden Fernsehsender *Ukrajina* und der Rinat Achmetov Stiftung im Rahmen des Sonderprojekts „Hilfe vereint“ (Pomošč' ob'edinjaet) zukünftig regelmäßig über die humanitäre Situation im Donbas und das Schicksal von Binnenflüchtlingen berichteten werde:

„Das Hauptanliegen des neuen Projekts ist es, jene Menschen, die Hilfe benötigen oder Hilfe leisten können, miteinander zu vernetzen. Auf der Agenda werden die akutesten Probleme stehen – die Bedürfnisse der Flüchtlinge an ihren neuen Lebensorten, Hilfe für Armeeangehörige und jenen Menschen, die in der ATO zu Schaden gekommen sind, ebenso wie Möglichkeiten, die Zone der Kampfhandlungen zu verlassen.“<sup>788</sup>

Dementsprechend erschienen in den darauffolgenden Wochen und Monaten reihenweise Zeitungsberichte von *Segodnja*, die sich vor allem zwei Schwerpunkten widmeten: Zum einen handelte es sich hierbei um die Situation von Binnenflüchtlingen aus dem Donbas sowie über entsprechende Berichte darüber, wie die Achmetov-Stiftung beziehungsweise das „Humanitäre Zentrum“ Binnenflüchtlinge beim Verlassen der umkämpften Gebiete sowie bei der

---

<sup>785</sup> Segodnja: „Vklad metallurgov v mir - èto stabil'naja rabota“ [Der Beitrag der Metallarbeiter zum Frieden ist die stabile Arbeit], 22.07.2014, Nr. 158.

<sup>786</sup> Vgl. Segodnja: „V Donbass privezli partiju gumanitarnoj pomošči“ [Eine Ladung humanitäre Hilfe wurde in den Donbass gebracht], 29.08.2014, Nr. 189.

<sup>787</sup> Segodnja: „Iz zony ATO - po 500 zvonkov v den“ [Täglich 500 Anrufe aus der ATO-Zone], 07.08.2014, Nr. 172.

<sup>788</sup> Segodnja: „Ukrainevcv ob'edinit pomošč“ [Die Hilfe vereint die Ukrainer], 27.06.2014, Nr. 139.

Unterbringung außerhalb der Gefahrenzone unterstütze. Neben zahlreicher Gastbeiträge der Koordinatorin des „Humanitären Zentrums“, die regelmäßig über humanitäre Probleme im Donbas sowie den Stand der Arbeit berichtete, wurde im Kontext der Berichterstattung mehrfach betont, dass die Stiftung Achmetovs Aufgaben übernehme, zu deren Bewältigung der Staat nicht in der Lage sei.<sup>789</sup> So habe der Staat beispielsweise einen sogenannten „friedlichen Korridor“ errichtet, Transportmittel für Evakuierungen seien jedoch nicht zur Verfügung gestellt worden. Stattdessen wurden Evakuierungen hauptsächlich durch die Achmetov-Stiftung durchgeführt.<sup>790</sup> Zudem, so der Tenor der Berichterstattung, sei die durch die Achmetov-Stiftung durchgeführte Hilfe ausgesprochen unkompliziert verlaufen, wie etwa die Direktorin eines Erholungsheims in der Nähe von Odessa berichtete:

„Im Unterschied zu anderen Erholungsheimen, die neben Binnenflüchtlingen auch gewöhnliche Urlauber zur Kur aufnehmen, leben bei uns ausschließlich Flüchtlinge. Anfang August standen wir allerdings vor der Frage: Wie soll es weiter gehen? Die Lebensmittellieferanten konnten nicht mehr warten, deshalb haben wir uns an die Rinat Achmetov Stiftung gewandt. Buchstäblich am nächsten Tag nach meinem Brief ging ein Anruf der Stiftung ein. Man erbat die Dokumente und löste schnellstmöglich unsere Schulden-Problematik.“<sup>791</sup>

Neben regelmäßiger Instruktionen, die sich an die Bewohner des Donbas richteten und über Hilfsmöglichkeiten durch die Achmetov-Stiftung informierten, berichtete die Zeitung fortan schließlich ebenso ausführlich über Hilfslieferungen, die ebenfalls ab August 2014 im Auftrag der Achmetov-Stiftung aus verschiedenen ukrainischen Städten in die Krisenregion entsandt wurden:

„Heute wird auf der ganzen Welt der Tag der humanitären Hilfe gefeiert. Für die Ukraine ist dieses Datum keine leere Hülse. Genau heute benötigen die Bewohner des Donbass, die einer humanitären Katastrophe in die Augen blicken, derartige Hilfe. Friedliche Donezker, die die Region nicht verlassen haben, berichten darüber, dass das Leben mit jedem Tag schwieriger wird. (...) Die Menschen spüren den Mangel von buchstäblich Allem! (...) Aber Hilfe für den Donbass ist auf dem Weg. Ausgerechnet heute, am 19. August, auf Initiative des Humanitären Stabs der Rinat Achmetov Stiftung, macht sich die erste Kolonne mit humanitärer Hilfe für die Einwohner der Regionen Donezk und Luhansk auf die Reise. (...) Rinat Achmetov hat das Humanitäre Zentrum angewiesen, insgesamt mehr als 10.000 Tonnen Hilfslieferungen in die Donezker und die Luhansker Region zu schicken. Diese Lieferungen werden von 100 LKW transportiert. Das ist die größte Hilfe für den Donbass.“<sup>792</sup>

---

<sup>789</sup> Vgl. Segodnja: „Koridor: kuda zvonit' i kto vyvozit žitelej“ [Korridor: Wo man anrufen kann und wer die Bewohner wegbringt], 16.06.2014, Nr. 129; Segodnja: „Mirnye koridory: avtobusy i ochrana“ [Friedenskorridore: Busse und Sicherheit], 03.07.2014, Nr. 142; Segodnja: „Žizn' pereselenca“ [Das Leben von Binnenflüchtlingen], 04.07.2014, Nr. 143; Segodnja: „Nas gonjat na ulicu“ [„Wir werden auf die Straße gejagt“], 05.07.2014, Nr. 144.

<sup>790</sup> Vgl. Segodnja: „Koridor: kuda zvonit' i kto vyvozit žitelej“ [Korridor: Wo man anrufen kann und wer die Bewohner wegbringt], 16.06.2014, Nr. 129.

<sup>791</sup> Segodnja: „V moj dom popal snarjad“ [„Mein Haus wurde von einer Granate getroffen“] 15.08.2014, Nr. 179.

<sup>792</sup> Segodnja: „Startuet krupnejšij gumanitarnyj rejs“ [Der größte humanitäre Transport beginnt], 19.08.2014, Nr. 182.



Auch im Zusammenhang dieser humanitären Hilfslieferungen wurde die positive Rolle Achmetovs sowie sein persönliches Engagement immer wieder hervorgehoben:

„Rinat Achmetov konnte nicht über das Leid seiner Heimatregion hinwegsehen. Genau deshalb gab er dem Humanitären Zentrum seiner eigenen Wohltätigkeitsstiftung die Anweisung, diese Art von humanitären Fahrten aufzunehmen.“<sup>793</sup>

Als es ab Dezember 2014 immer wieder auch zu Blockaden der LKW-Lieferungen durch verschiedene ukrainische Freiwilligenbataillone kam, schrieb der Journalist Oles' Buzyna<sup>794</sup> in einer Kolumne der Zeitung in einer ansonsten für die Berichterstattung der Zeitung zwar untypischen, aber letztlich ebenso Achmetov gegenüber positiven Form schließlich:

„Sie können von diesem Achmetov halten, was Sie wollen. Aber er ist heute der Einzige, der aus der Ukraine nach Donezk Lebensmittel schickt. Keine Patronen, sondern Essen! Fraß, wenn das für Sie verständlicher ist. Brei, Nudeln, Kindernahrung. Waren Sie einmal hungrig? (...) Wenn dieser Kolomojs'kyj in Spendierlaune wäre und wenigstens zehn LKW schicken würde, dann würde ich sagen: Endlich hat er es verstanden! Dann wäre nämlich zu ihm durchgedrungen, dass man die Menschen dort nur durch Wohltun beruhigen kann. Und er hat doch um seine Oblast' Angst – er will nicht, dass der Krieg hinüber schwappt. Nur etwas zu schicken, das vermag Kolomojs'kyj nicht! Kein Päckchen Nudelbrühe. Achmetov hingegen schickt etwas. Ein Oligarch wie Kolomojs'kyj, aber er schickt wenigstens etwas. Das heißt, er will, dass der Donbass wieder Teil der Ukraine wird. Wenn Pinčuk das gleiche machen würde, würde ich auch ihm Danke sagen. Und auch Porošenko übrigens (...).“<sup>795</sup>

### **7.1.3. Achmetovs Wohltätigkeitsarbeit und Sponsoringaktivitäten nach dem Euromajdan**

Wie bereits in der Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* deutlich wurde, war Achmetovs öffentliches Auftreten im Betrachtungszeitraum stark von der Arbeit der *Rinat Achmetov Stiftung* geprägt. Die Stiftung operierte zwischen 2005 und 2008 zunächst unter der Bezeichnung *Foundation for Development of Ukraine* als sogenannte Unternehmensstiftung von SKM. 2008 wurde die Stiftung umbenannt und fortan unter dem Namen *Rinat Akhmetov Foundation for Development of Ukraine* als Achmetovs „persönliche“ Stiftung deklariert. Bis zum Ausbruch des Krieges im Donbas konzentrierte sich Stiftung in ihrer Wohltätigkeitsarbeit auf den Bereich der Gesundheitsvorsorge im Allgemeinen und die Bekämpfung von Tuberkulose sowie der Behandlung von Krebserkrankungen und deren Vorsorge im Speziellen. Weitere Schwerpunkte der Arbeit lagen auf Hilfeleistungen bei spezifischen Katastrophen- und

---

<sup>793</sup> Segodnja: „Desant miloserdija dlja Vostoka“ [Gnadenlandung für den Osten], 20.08.2014, Nr. 183.

<sup>794</sup> Der für seine regierungskritischen und auch pro-russischen Positionen bekannte Journalist Oles' Buzyna wurde im Januar 2015 Chefredakteur von *Segodnja*, kündigte diesen Job jedoch bereits im März 2015 wieder. Am 16. April 2015 wurde vor seinem Wohnhaus in Kyjiw erschossen. Hinter der Tötung Buzynas wurden politische Motive vermutet. Vgl. hierzu auch: Shekhovtsov, Anton: Who killed Buzina and Kalashnikov?, 23.04.2015: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-04/ukraine-kiev-murder-investigation/komplettansicht>.

<sup>795</sup> Segodnja: „Propustite konvoj dlja golodajuščich Donbassa“ [Lassen Sie den Konvoi für die hungernden Menschen im Donbass durch] 17.12.2014, Nr. 268.

Notsituationen (etwa bei Grubenunglücken) sowie in der Unterstützung von Waisenkindern und bedürftigen Familien. Die meisten Projekte der Stiftung konzentrierten sich dabei auf die östliche Ukraine. Im Gesundheits-, Kultur- und Bildungssektor war die Stiftung aber auch in anderen Landesteilen präsent.<sup>796</sup> Hierbei handelt es sich unter anderem um längerfristig angelegte Projekte, wie beispielsweise die Förderung eines Studiengangs zur „Digitalen Zukunft des Journalismus“ an der Kyjiwer Mohyla-Akademie (2007–2014)<sup>797</sup> sowie ein 2012 unter dem Titel „Dynamisches Museum“ (*Dynamičnyj muzej*) ins Leben gerufenes Projekt zur Förderung der Modernisierung ukrainischer Museen.<sup>798</sup>

Bezüglich der Zielgruppen, der Richtung und des Umfangs der Arbeit der Rinat Achmetov Stiftung lassen sich im Zusammenhang mit den Euromajdan-Protesten keine maßgeblichen Änderungen identifizieren. Ausnahmen stellten Einzelspenden dar, die die Achmetov Stiftung jedoch erst nach dem Sturz Janukovyčs tätigte. Hierzu gehörten Geldspenden an Angehörige von Opfern der Majdan-Proteste,<sup>799</sup> die Finanzierung medizinischer Untersuchungen von Majdan-Aktivisten<sup>800</sup> sowie die Unterstützung des Bildungsministeriums bei der Vorbereitung und Durchführung der zentralen Hochschulzugangsprüfung durch die Finanzierung von Druck- und Materialkosten im Frühjahr 2014.<sup>801</sup> Diese Aktivitäten lassen sich als eine nachträgliche Reaktion Achmetovs auf die Euromajdan-Proteste und den damit einhergehenden Regierungswechsel in Kyjiw betrachten, die darauf abzielten, Verbundenheit zwischen Achmetov und den Euromajdan-Protesten sowie der aus den Protesten hervorgegangenen Regierung zu demonstrieren.

Grundlegendere Veränderungen der Stiftungsarbeit Achmetovs wurden erst mit Beginn des Krieges im Donbas durch die Gründung des sogenannten „Humanitären Zentrums Rinat Achmetovs“ erkennbar. Die im August 2014 gestartete Initiative Achmetovs zielte seiner Selbstbeschreibung zufolge darauf ab, „all jenen friedlichen Menschen der Oblast' Donezk und

---

<sup>796</sup> Siehe hierzu Kapitel 6.1.3. dieser Arbeit.

<sup>797</sup> Vgl. The Mohyla School of Journalism: <https://msj.ukma.edu.ua/en/about-school/> [25.01.2024] sowie Rinat Akhmetov Foundation: „Educational Development program“: <https://akhmetovfoundation.org/en/project/programa-rozvytok-osvity> [25.01.2024].

<sup>798</sup> Vgl. Rinat Akhmetov Foundation: „Dynamic Museum project“: <https://akhmetovfoundation.org/en/project/proekt-dynamičnyy-muzej> [25.01.2024].

<sup>799</sup> Vgl. Segodnja: „Deti ne ponjali, čto papa ne vernetsja“ [Die Kinder haben nicht verstanden, dass Papa nicht mehr zurückkommt], 29.03.2014, Nr. 69.

<sup>800</sup> Vgl. Segodnja: „Kievljan besplatno proverjat na tuberkulěz“ [Kyjiwer Bürger werden kostenlos auf Tuberkulose geprüft] 24.03.2014, Nr. 64.

<sup>801</sup> Ohne die private Finanzierung durch Achmetov hätte das ukrainische Zentralabitur 2014 nicht stattfinden können, nachdem die Vorgängeradministration unter Bildungs- und Wissenschaftsminister Dmytro Tabačnyk – so der Vorwurf – dem zuständigen Testzentrum nicht genügend Geld im Jahresetat überlassen hatte. Vgl. hierzu auch: Klein, Eduard (2017) Bildungskorruption in Russland und der Ukraine. Eine komparative Analyse der Performanz staatlicher Antikorruptionsmaßnahmen im Hochschulsektor am Beispiel universitärer Aufnahmeprüfungen, Stuttgart: ibidem, S. 424.

der Oblast' Luhansk, die unter den Kriegshandlungen leiden, ein Maximum an Unterstützung bereitzustellen“<sup>802</sup>, zugleich jedoch auch den „Grundsätzen der systematischen Philanthropie Achmetovs treu zu bleiben“ und „den schwächsten Menschen Hilfe zu leisten: Waisen, Frauen mit Kindern, behinderten Menschen und Rentnern.“<sup>803</sup> Das „Humanitäre Zentrum“ habe hierfür sämtliche Ressourcen der Stiftung Achmetovs sowie aller Unternehmensbereiche der SKM-Gruppe und des *FC Shakhtar Donetsk* zusammen gebracht<sup>804</sup> und verfolge drei Grundprinzipien: Die „Effizienz“ der Arbeit des „Humanitären Zentrums“ komme darin zum Ausdruck, dass man in klar definierten Bereichen tätig sei und systematisch jene Menschen unterstütze, die den größten Hilfebedarf aufweisen. „Transparenz“, das zweite „Schlüsselprinzip“, werde vor allem dadurch gewährleistet, dass Entscheidungen nach klaren Prinzipien und im Einklang mit internationalen Standards erfolgten und zudem der Mission der Rinat Achmetov Stiftung entsprächen. Das dritte Prinzip der Arbeit des „Humanitären Zentrums“ bestehe schließlich darin, sich als politisch neutraler Akteur zu präsentieren und somit zu gewährleisten, auf beiden Seiten der Front operieren zu können:

„We are independent of politics and politicians. We help civilians throughout the whole anti-terrorist operation (ATO) area regardless of gender, religion or living standards before the military conflict in Donbass or other aspects. The Center operates both in the territory controlled by Ukraine and the areas of non-governmental control.“<sup>805</sup>

Dieses Bemühen um politische Neutralität spiegelte sich auch darin wider, dass sich die Rinat Achmetov Stiftung seit der Gründung des „Humanitären Zentrums“ nicht mehr als „Rinat Achmetov Stiftung für die Entwicklung der Ukraine“ bezeichnete, sondern sich fortan nur noch als „Rinat Achmetov Stiftung“ nannte.

Das „Humanitäre Zentrum“ galt zu dieser Zeit als größte humanitäre Mission der Ukraine.<sup>806</sup> Bis 2017 bestand ein Schwerpunkt der humanitären Arbeit in der Verteilung von Grundnahrungsmitteln und von medizinischen und hygienischen Produkten, die ab August 2014 unter anderem aus den Städten Mariupol und Dnipropetrovs'k mit LKW-Konvois in das Krisengebiet gebracht wurden. Als Logistikzentrum in den nicht von der ukrainischen

---

<sup>802</sup> Rinat Akhmetov Humanitarian Center: „O nas“ [Übersetzung]: [http://web.archive.org/web/20151130033430/https://www.fdu.org.ua/hum\\_center/about](http://web.archive.org/web/20151130033430/https://www.fdu.org.ua/hum_center/about) [25.01.2024].

<sup>803</sup> Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Report of the Rinat Akhmetov Humanitarian Center 2014: <https://www.fdu.org.ua/upload/news/1424686113.pdf> [25.01.2024], S. 10–11.

<sup>804</sup> Vgl. Rinat Akhmetov Humanitarian Center: „O nas“ [Übersetzung]: [http://web.archive.org/web/20151130033430/https://www.fdu.org.ua/hum\\_center/about](http://web.archive.org/web/20151130033430/https://www.fdu.org.ua/hum_center/about) [25.01.2024].

<sup>805</sup> Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Report of the Rinat Akhmetov Humanitarian Center 2014: <https://www.fdu.org.ua/upload/news/1424686113.pdf> [25.01.2024], S. 63.

<sup>806</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „11 millionov naborov vyživaniya: Štab Rinata Ahmetova – krupnejšaja gumanitarnaja missija v Ukraine“ [11 Millionen Überlebenskits: Das Hauptquartier von Rinat Achmetov ist die größte humanitäre Mission in der Ukraine], 20.12.2016: [https://zn.ua/novosti-kompaniy/11-millionov-naborov-vyzhivaniya-shtab-rinata-ahmetova-krupneyshaya-gumanitarnaya-missiya-v-ukraine-233818\\_.html](https://zn.ua/novosti-kompaniy/11-millionov-naborov-vyzhivaniya-shtab-rinata-ahmetova-krupneyshaya-gumanitarnaya-missiya-v-ukraine-233818_.html) [25.01.2024].

Regierung kontrollierten Gebieten diene dabei zunächst die „Donbass-Arena“: Die Spielstätte von Achmetovs Fußballklub *Shakhtar* wurde hierfür umfunktioniert zu einer „Arena of Mercy“<sup>807</sup>. Nach eigenen Angaben betrieb das „Humanitäre Zentrum“ im ersten Kriegsjahr 257 Verteilstationen in 57 Bezirken und Städten in den Regionen Donezk und Luhansk und verteilte 1.356.755 Nahrungsmittelpakete sowie 78.318 Hilfspakete für Säuglinge und Kleinkinder. Insgesamt habe man in dieser Zeit 17.689 Menschen medizinische Unterstützung bereitgestellt, darunter auch psychologische Hilfe bei der Bewältigung von posttraumatischen Belastungsstörungen.<sup>808</sup> Den zweiten Schwerpunkt der Arbeit des „Humanitären Zentrums“ bildete 2014 die Evakuierung sowie die temporäre Unterbringung von Binnenflüchtlingen. Das „Humanitäre Zentrum“ konzentrierte sich hierbei nach eigener Darstellung auf

„(...) civilians from the ATO area (women, elderly, children) and the border towns of Donetsk and Luhansk regions, public social institutions, e.g. children orphanages, shelters and homes as well as residential care institutions of the Department of Labor and Social Protection of Donetsk Oblast for the elderly and single people, individuals requiring urgent evacuation, e.g. children with serious illnesses, people who need regular hemodialysis and insulin intake, SCM Group employees and their families“<sup>809</sup>.

Insgesamt sei es gelungen, im Jahr 2014 39.462 Personen aus dem Kriegsgebiet zu evakuieren, darunter 14.784 Kinder.<sup>810</sup> 6.939 dieser Binnenflüchtlinge habe das „Humanitäre Zentrum“ 2014 zweitweise in insgesamt 29 Sommererholungsheimen untergebracht, von denen sich 19 im Besitz SKM befanden. Binnenflüchtlinge, die die temporär bereitgestellten Unterbringungen später wieder verlassen konnten, hätten zudem durch das „Humanitäre Zentrum“ eine Umsiedlungspauschale von 1.500 Hrywnja (im Jahr 2014: ca. 100 Euro) pro Person erhalten.<sup>811</sup> Dass die Arbeit von Achmetovs „Humanitärem Zentrum“ nicht überall auf Wohlwollen stieß, zeigte sich besonders deutlich im Dezember 2014, als Mitglieder verschiedener ukrainischer Freiwilligenbataillone, darunter das von dem ukrainischen Oligarchen finanzierten Freiwilligenbataillon *Dnipro-1*, damit begannen, LKW-Konvois der Achmetov-Stiftung auf ihrem Weg in die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete zu blockieren. Teilweise erfolgten diese Blockaden durch die Freiwilligenbataillone vorgeblich aufgrund

---

<sup>807</sup> Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Report of the Rinat Akhmetov Humanitarian Center 2017: [https://www.fdu.org.ua/files/docs/517\\_ru\\_pomojem\\_engl.pdf](https://www.fdu.org.ua/files/docs/517_ru_pomojem_engl.pdf) [25.01.2024], S. 26.

<sup>808</sup> Vgl. Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Report of the Rinat Akhmetov Humanitarian Center 2014: <https://www.fdu.org.ua/upload/news/1424686113.pdf> [25.01.2024], S. 14–15.

<sup>809</sup> Ebd., S. 24.

<sup>810</sup> Vgl. ebd.

<sup>811</sup> Vgl. Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Report of the Rinat Akhmetov Humanitarian Center 2014: <https://www.fdu.org.ua/upload/news/1424686113.pdf> [25.01.2024], S. 25.

fehlender Dokumente<sup>812</sup>, teilweise wurde eine Weiterfahrt explizit an die Forderung geknüpft, dass ukrainische Gefangene in den Separatistengebieten zunächst freigelassen werden sollten.<sup>813</sup> Dabei wurde auch die Anschuldigung gegenüber Achmetov erhoben, dass er durch seine Hilfslieferungen die Separatisten in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete unterstütze.<sup>814</sup> In Reaktion auf die Ereignisse verwies zum Beispiel Amnesty International in einer Erklärung auf die verheerenden Auswirkungen, die die Blockade der Hilfslieferungen habe. Vor allem im Winter und aufgrund der zuvor von der ukrainischen Regierung beschlossenen Zahlungseinstellung von Gehältern, Renten und Sozialleistungen in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, sei zum damaligen Zeitpunkt über die Hälfte der dortigen Bevölkerung von Hilfslieferungen abhängig gewesen.<sup>815</sup> Gut zwei Jahre später, Ende Februar 2017, wurde schließlich die Tätigkeit des „Humanitären Zentrums“ Achmetovs in den von Separatisten kontrollierten Gebieten des Donbas durch die dortigen Machthaber verboten und folglich auch das in der Region bestehende Netz an Verteilungszentren für humanitäre Hilfsgüter geschlossen.<sup>816</sup> Parallel wurden sämtliche Unternehmen Achmetovs in den Separatistengebieten „nationalisiert“.<sup>817</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt soll das „Humanitäre Zentrum“ eigenen Angaben zufolge mehr als 10 Millionen Nahrungsmittelpakete in den betroffenen Gebieten verteilt haben.<sup>818</sup> Nach dem Verbot, in den sogenannten „Volksrepubliken“ tätig zu sein, beschränkte sich die Arbeit des „Humanitären Zentrums“ Achmetovs auf die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete und die

---

<sup>812</sup> Vgl. Kyiv Post: „Dnipro-1 battalion blocks Akhmetov foundation’s aid for Donetsk“, 15.12.2014: <https://archive.kyivpost.com/article/content/war-against-ukraine/dnipro-1-battalion-blocks-akhmetov-foundations-aid-for-donetsk-375233.html> [25.01.2024].

<sup>813</sup> Vgl. Kyiv Post: „Volunteer battalions block travel of 40 humanitarian trucks routed to Donbas“, 17.12.2014: <https://archive.kyivpost.com/article/content/war-against-ukraine/volunteer-battalions-block-travel-of-40-humanitarian-trucks-routed-to-donbas-375375.html> [25.01.2024].

<sup>814</sup> Vgl. Kyiv Post: „Akhmetov Foundation supplies militants with vodka, tobacco under the guise of humanitarian aid – Parasiuk on the spot“, 15.12.2014: <https://archive.kyivpost.com/article/content/war-against-ukraine/akhmetov-foundation-supplies-militants-with-vodka-tobacco-under-the-guise-of-humanitarian-aid-parasiuk-on-the-spot-375245.html> [25.01.2024].

<sup>815</sup> Vgl. Amnesty International: „Eastern Ukraine: Humanitarian disaster looms as food aid blocked“, 24.12.2014: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2014/12/eastern-ukraine-humanitarian-disaster-looms-food-aid-blocked/> [25.01.2024].

<sup>816</sup> Vgl. Kyiv Post: „Akhmetov’s humanitarian staff reports blocking of its work in Donetsk“, 28.02.2017: <https://archive.kyivpost.com/ukraine-politics/akhmetovs-humanitarian-staff-reports-blocking-work-donetsk.html> [25.01.2024].

<sup>817</sup> Vgl. Kyiv Post: „Akhmetov’s SCM Group says it fully lost control over assets in breakaway parts of Donbas“, 15.03.2017: <https://archive.kyivpost.com/ukraine-politics/akhmetovs-scm-group-says-fully-lost-control-assets-breakaway-parts-donbas.html> [25.01.2024]. Zuvor forderten die Machthaber in den Separatistengebieten der „DNR“ und „LNR“, dass Achmetovs Unternehmen in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten Steuern zahlen sollten. Achmetovs SKM kam dieser Forderung nicht nach: Vgl. Kyiv Post: „Akhmetov’s SCM sees paying taxes to separatists as unacceptable“, 02.03.2017: <https://archive.kyivpost.com/ukraine-politics/akhmetovs-scm-sees-paying-taxes-separatists-unacceptable.html> [25.01.2024].

<sup>818</sup> Vgl. Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Report of the Rinat Akhmetov Humanitarian Center 2017: [https://www.fdu.org.ua/files/docs/517\\_ru\\_pomojem\\_engl.pdf](https://www.fdu.org.ua/files/docs/517_ru_pomojem_engl.pdf) [25.01.2024], 24ff.

Gebiete in unmittelbarer Nähe zur sogenannten Kontaktlinie.<sup>819</sup> Achmetovs Stiftung konnte sich hier offenbar eine starke Popularität aufbauen: Laut einer von Achmetovs Stiftung in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des Kyiv International Institute of Sociology gaben im Zeitraum Juni–Juli 2020 98,8% der in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbas befragten Personen an, dass sie die Stiftung und deren Arbeit kannten. Andere ukrainische und internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (94,5%), die Victor Pinchuk Foundation (50,5%), Caritas Ukraine (35,5%) oder die Wohltätigkeitsstiftung des zwischen 2014 und 2020 amtierenden ukrainischen Präsidenten Petro Porošenko (27,5%) verfügten der gleichen Umfrage zufolge über weitaus weniger Popularität in der Region.<sup>820</sup>

## **7.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Achmetovs nach dem Euromajdan**

Es bleibt festzuhalten, dass Rinat Achmetov in dem hier betrachteten Untersuchungszeitraum einem besonderen Legitimationsdruck ausgesetzt war. Im Kontext der Euromajdan-Protteste zwischen November 2013 und Februar 2014 bestand sein zentrales, dem Legitimationsdruck zugrundeliegendes Imageproblem zunächst darin, dass er sich öffentlich dem Vorwurf ausgesetzt sah, ein maßgeblicher Unterstützer von Präsident Janukovyč und dessen Regierung zu sein. Vor allem nachdem die Regierung massive Gewalt gegen friedliche Demonstranten hatte einsetzen lassen, wurden Forderungen in Richtung Achmetov laut, auf Präsident Janukovyč einzuwirken. Zu dieser Zeit soll Achmetov auch als ein mögliches Ziel personengebundener internationaler Sanktionen gehandelt worden sein, um vor allem seitens der EU über ihn Druck auf die ukrainische Regierung auszuüben. Später sah sich Achmetov im Zuge der Eskalation des Konflikts um den Donbas dann zudem dem Vorwurf ausgesetzt, mangelnde Loyalität gegenüber dem ukrainischen Staat zu haben. Konkret stand dabei der Verdacht im Raum, dass Achmetov nach dem Sturz Janukovyčs den im Donbas aufgeflamten und von Russland gesteuerten Separatismus entweder aktiv oder passiv unterstützt habe, um die aus dem Euromajdan hervorgegangene politische Führung in Kyjiw unter Druck zu setzen

---

<sup>819</sup> Nach eigenen Angaben hat das „Humanitäre Zentrum“ Achmetovs bis Juli 2018 1.162.496 Menschen im Donbas Hilfe geleistet, 12.092.512 Lebensmittelpakete auf beiden Seiten der Front ausgegeben, 39.462 Personen aus der Region evakuiert, 55.923 Menschen psychologische Behandlungen finanziert und etwa 4000 Kindern einen Aufenthalt in einem Sommerferienlager ermöglicht. Vgl. Rinat Akhmetov Humanitarian Center: Assistance to Civilians in Donbass. August 2014 – August 2018: [https://www.fdu.org.ua/files/files/4-years-ENG\\_web\\_1.pdf](https://www.fdu.org.ua/files/files/4-years-ENG_web_1.pdf) [25.01.2024], S. 66f.

<sup>820</sup> Vgl. Kyiv International Institute of Sociology: Znanie i ocenka blagotvoritel'noj dejatel'nosti Fonda Rinata Achmetova [Kenntnis und Bewertung der wohltätigen Aktivitäten der Rinat Achmetov Stiftung], 16.09.2020: [http://kiis.com.ua/materials/pr/20201609\\_AhmFound/public%20report%20KIIS.pdf](http://kiis.com.ua/materials/pr/20201609_AhmFound/public%20report%20KIIS.pdf) [25.01.2024], o.S.



und seine bis dahin herausragende politische und wirtschaftliche Position aufrechterhalten zu können.

Durch Betrachtung der Selbstdarstellung Achmetovs, der Berichterstattung der zu Achmetovs Unternehmensholding gehörenden Tageszeitung *Segodnja* sowie der von Achmetov im Untersuchungszeitraum getätigten Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten lässt sich identifizieren, wie Achmetov seinen im Kontext der Euromajdan-Proteste sowie des Konflikts beziehungsweise des Beginns des Krieges im Donbas bestehenden Imageproblemen begegnet ist. Mit Blick auf die öffentliche Selbstdarstellung Achmetovs, die im gesamten Betrachtungszeitraum vor allem durch Pressemitteilungen und Videobotschaften erfolgte, zeigt sich zunächst, dass Achmetov sich darum bemühte, eine möglichst neutrale und auch abwartende Position einzunehmen. Dies kam darin zum Ausdruck, dass Achmetov während der Euromajdan-Proteste erstens nur wenige öffentliche Statements gab und zweitens weder die Regierung noch die Opposition öffentlich unterstützte. Stattdessen waren seine öffentlichen Aussagen bezüglich der Euromajdan-Proteste durch weitgehend allgemeingültige Inhalte, wie etwa den Aufruf zum Gewaltverzicht, geprägt.

Dass Achmetov offenbar darum bemüht gewesen ist, möglichst nicht im Zusammenhang mit den Euromajdan-Protesten öffentlich thematisiert zu werden, spiegelte sich auch in der Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* wider. Mit Ausnahme von Zitaten seiner Forderungen nach politischen Lösungen und dem Verzicht von Gewalt fand Achmetov im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kyjiw zwischen November 2013 und Februar 2014 in der Berichterstattung der Zeitung keine Erwähnung. Achmetovs Versuch, sich öffentlich möglichst nicht zu positionieren, wurde letztlich auch darin deutlich, dass er sich erst nachträglich, das heißt nach dem Machtwechsel in Folge der Euromajdan-Proteste, von Janukovyč distanzierte. Sein politischer Opportunismus kam schließlich auch mit Blick auf die Arbeit seiner Wohltätigkeitstiftung zum Ausdruck, die ihre Hilfe an Aktivisten, Opfer und Angehörige des „Majdans“ erst nach dem Machtwechsel in Kyjiw adressierte.

Nicht nur frequenter, sondern auch entschiedener und politisch eindeutiger war Achmetovs öffentliches Auftreten mit Blick auf die Situation im Donbas. Vor allem ab Mai 2014 grenzte sich Achmetov öffentlich immer wieder vehement von den dortigen Separatisten ab. Diesen sprach er insbesondere aufgrund des wirtschaftlichen Schadens, den sie verursachten, jedwede Herrschaftslegitimation ab und hob zugleich immer wieder seinen eigenen Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität des Donbas hervor. Die Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* verhielt sich dabei kohärent und auch ergänzend zur Selbstdarstellung Achmetovs. Dies wurde vor allem dadurch deutlich, dass die Vielzahl an öffentlichen Statements Achmetovs in der

Berichterstattung von *Segodnja* aufgegriffen und positiv kommentiert wurden. Zudem wurden bestehende Anschuldigungen gegenüber Achmetov, dass er nichts gegen den Separatismus unternommen habe, durch eine umfassende Berichterstattung über *Metinvest* und deren entschiedenes Vorgehen gegen separatistische Bestrebungen in Mariupol entkräftet.

Mit Beginn der humanitären Arbeit der Achmetov-Stiftung im Sommer 2014 verschwammen die ohnehin kaum auszumachenden Grenzen zwischen Achmetovs öffentlicher Selbstdarstellung, der Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* und der Arbeit seiner Wohltätigkeitsstiftung schließlich vollends. Während sich Achmetov persönlich ab der Gründung des „Humanitären Zentrums“ nur noch selten öffentlich äußerte, folgte zeitgleich eine regelrechte PR-Offensive, die deutlich machte, dass *Segodnja* fortan als Bestandteil der humanitären Arbeit der Achmetov Stiftung fungierte – sowohl im Hinblick auf die praktische humanitäre Arbeit, wie etwa die Bereitstellung nützlicher Informationen für die von den kriegerischen Auseinandersetzungen betroffenen Menschen im Donbas, als auch bezüglich der mit der Arbeit des „Humanitären Zentrums“ einhergehenden Imagearbeit Achmetovs. Achmetov, der Ende 2015 in einer Umfrage in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbas als beliebtester „Politiker“ bezeichnet wurde,<sup>821</sup> entsprach dabei vor allem seinem lokalpatriotischen Image. Damit schien er auch möglichen Enteignungen in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten die Legitimationsgrundlage entziehen zu wollen. Seiner humanitären Arbeit in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbas, die in der Ukraine nicht unumstritten war, konnte dabei durchaus attestiert werden, dass sie für die notleidende Bevölkerung wichtig war und auch effektiv durchgeführt wurde.<sup>822</sup>

---

<sup>821</sup> Vgl. Center for Insights in Survey Research: Public Opinion Survey. Residents of Ukraine, 19.–30.11.2015: [https://www.iri.org/sites/default/files/wysiwyg/2015\\_11\\_national\\_oversample\\_en\\_combined\\_natl\\_and\\_donbas\\_v3.pdf](https://www.iri.org/sites/default/files/wysiwyg/2015_11_national_oversample_en_combined_natl_and_donbas_v3.pdf) [25.01.2024], S. 12.

<sup>822</sup> Siehe hierzu bspw. Barbelet, Veronique (2017): Humanitarian access and local organisations in Ukraine, London: Humanitarian Policy Group at the Overseas Development Institute, S. 5: <https://odi.org/documents/5634/11746.pdf> [25.01.2024] sowie Fischer, Sabine (2019): Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess, SWP-Studie 3, Februar 2009, S. 32.



## 8. Ihor Kolomojs'kyj (2013/2014)

Ihor Kolomojs'kyj wurde 1963 in Dnipropetrovs'k geboren. Mit einem Vermögen, das in der Vergangenheit auf etwa eine bis knapp drei Milliarden US-Dollar<sup>823</sup> geschätzt wurde, gehörte Kolomojs'kyj neben Pinčuk und Achmetov lange Zeit zu den drei vermögendsten Personen der Ukraine. Kolomojs'kyj verfügt nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Israel und der Schweiz über einen Wohnsitz.<sup>824</sup> Außerdem soll Kolomojs'kyj neben der ukrainischen auch die israelische und die zypriotische Staatsbürgerschaft besitzen.<sup>825</sup> Die von Kolomojs'kyj kontrollierte *Privat*-Gruppe, zu der bis zu ihrer Verstaatlichung 2017 auch die *PrivatBank* als größte Bank der Ukraine<sup>826</sup> gehörte, umfasst dutzende Unternehmen in der Metallindustrie und der Erdöl- und Gaswirtschaft sowie in einer Reihe weiterer Branchen, wie der Luftfahrt, sowie in der chemischen und der Lebensmittelindustrie. Darüber hinaus kontrolliert Kolomojs'kyj die Mediengruppe *I+I*, eines der größten Medienkonglomerate der Ukraine.<sup>827</sup>

Der größte Teil der Vermögenswerte Kolomojs'kyjs befindet sich in seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k, wo Kolomojs'kyj 1985 am Dnipropetrovs'ker Metallurgischen Institut einen Abschluss als Metallurgie-Ingenieur erlangte. Eigenen Angaben zufolge war Kolomojs'kyj, der nach einem „noblen Gauner“ des Schriftstellers Isaak Babel auch den Spitznamen „Benja“ trägt, bereits während seines Studiums unternehmerisch tätig und betrieb zunächst ein Fotovergrößerungsunternehmen. Nach seinem Studium und im Zuge der Wirtschaftsreformen unter Michail Gorbatschow begann Kolomojs'kyj zusammen mit seinen Studienkommilitonen

---

<sup>823</sup> Im hier betrachteten Untersuchungszeitraum schätzte die ukrainische Zeitschrift *Focus* das Vermögen Kolomojs'kyjs für das Jahr 2014 auf 2 Mrd. US-Dollar (<https://focus.ua/rating/archive/2015/328351> [25.01.2024]) und für das Jahr 2015 auf 1,4 Mrd. US-Dollar (<https://focus.ua/rating/archive/2016/350253> [25.01.2024]). 2019 wurde Kolomojs'kyjs Vermögen von der ukrainischen Zeitschrift *Focus* mit 2,6 Mrd. US-Dollar (<https://focus.ua/rating/426309-100-samyx-bogatyx-lyudej-ukrainy-polnyj-spisok> [25.01.2024]) und von der Zeitschrift *Novoe Vremja* mit 1,5 Mrd. US-Dollar (<https://nv.ua/ukr/biz/markets/top-100-naybagatshih-ukrajinciv-rejting-nv-i-dragon-capital-novini-ukrajini-50050784.html> [25.01.2024]) beziffert.

<sup>824</sup> Vgl. Kyiv Post: „Oligarch Ihor Kolomoisky returns to Ukraine after 2 years abroad“, 16.05.2019: <https://www.kyivpost.com/post/10759> [25.01.2024].

<sup>825</sup> Der Besitz mehrerer Staatsbürgerschaften ist ukrainischen Staatsbürgern gesetzlich nicht gestattet. Darauf angesprochen entgegnete Kolomojs'kyj in einem Interview 2014, dass laut ukrainischer Gesetzgebung lediglich eine doppelte Staatsbürgerschaft verboten sei, nicht jedoch eine dreifache. Siehe hierzu: Ukrajins'ka Pravda: „Kolomojskij priznalsja v trojnom graždanstve“ [Kolomojs'kyj gesteht dreifache Staatsangehörigkeit], 03.10.2014: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/10/3/7039693/> [25.01.2024].

<sup>826</sup> Die 1992 gegründete *PrivatBank* wurde als größte und bedeutendste ukrainische Bank 2016 verstaatlicht. Laut der Ukrainischen Nationalbank soll die *PrivatBank*, deren Kollaps eine Gefährdung für das gesamte ukrainische Finanzsystem dargestellt hätte, zuvor etwa 95 Prozent ihrer Kredite an ihr nahestehende Gesellschaften vergeben haben, das heißt an Unternehmen, die unter der Kontrolle von Kolomojs'kyjs *Privat*-Gruppe stehen. Vor der Verstaatlichung hatte die Nationalbank die Eigentümer der *PrivatBank* vergeblich zu einer Rekapitalisierung und zur Rückzahlung dieser sogenannten Insider-Kredite aufgefordert. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Kiews grosse Säuberungsaktion, 19.12.2016: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/verstaatlichung-der-einflussreichen-privat-bank-kiews-grosse-saeuberungsaktion-ld.135710> [25.01.2024].

<sup>827</sup> Zur Mediengruppe *I+I* gehören unter anderem die Fernsehsender *I+I* und *2+2*, die Ukrainische Unabhängige Nachrichtenagentur *UNIAN* sowie die Online-Nachrichteplattformen *TSN.ua* und *Glavred.info*.

Hennadij Boholjubov und Oleksij Martynov dann zunächst damit, Computer und Faxgeräte aus Moskau nach Dnipropetrovs'k zu importieren. Nach dem Zerfall der Sowjetunion importierten Kolomojs'kyj und seine Geschäftspartner zweitweise dann auch Jeans, Trainingsanzüge und Sportschuhe und begannen zeitgleich mit dem Export ukrainischer Metallprodukte nach Russland. Diese anfänglichen Import-Exportgeschäfte sollen derart lukrativ gewesen sein, dass Kolomojs'kyj und seine Geschäftspartner sich bereits Anfang der 1990er-Jahre als Dollar-Millionären bezeichnen konnten.<sup>828</sup>

Ab den frühen 1990er-Jahren konzentrierten sich Kolomojs'kyj und seine Geschäftspartner dann auf den Import von Benzin, das zum damaligen Zeitpunkt eine Mangelware in der Ukraine darstellte. Pavlo Lazarenko, der zu jener Zeit als Vertreter von Präsident Kravčuk in der Oblast' Dnipropetrovs'k fungierte, später unter Präsident Kučma dann zum Ministerpräsidenten der Ukraine ernannt wurde, bevor er 1999 in den USA verhaftet und später dort wegen Erpressung und Geldwäsche zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, soll Medienberichten zufolge die Handelsgeschäfte Kolomojs'kyjs maßgeblich unterstützt haben.<sup>829</sup> Über den Kraftstoffhandel und die Belieferung größerer Bergbau- und Aufbereitungskombinate eröffneten sich für Kolomojs'kyj und seine Partner schließlich erste Zugänge in die metallverarbeitende Industrie. Mit der Gründung der *PrivatBank*, die im Jahr 1992 als eine der ersten private Kommerzbanken in der Ukraine ihre Arbeit aufnahm und namensgebend für Kolomojs'kyjs spätere Unternehmensegruppe *Privat* sein sollte, gelang es Kolomojs'kyj und seinen Partnern, zu denen nun auch Serhij Tihipko<sup>830</sup> zählte, durch den Kauf von Privatisierungsgutscheinen, die ab 1994 vor allem an die Belegschaften ausgegeben wurden, sich erste Unternehmensbeteiligungen zu sichern. Aktien konnte Kolomojs'kyj so unter anderem an der Dnipropetrovs'ker Metallwarenfabrik (*Dnepropetrovskij metiznyj zavod*), dem Eisenlegierungswerks *Nikopol'skij zavod ferosplaviv* (NZF), dem Eisenerzkombinat *Ordžonikidze* (*Ordžonikidzevskij gorno-obogatitel'nyj kombinat*) sowie dem Manganerz-Kombinat *Marganec* (*Marganeckij gorno-obogatitel'nyj kombinat*) erwerben. Ende der 1990er-Jahre kamen weitere bedeutende Unternehmensbeteiligungen hinzu. Hierzu gehörte auch das Öl- und Gasunternehmen *Ukrnafta*, an dem sich die *Privat*-Gruppe zwischen den Jahren 1999

---

<sup>828</sup> Vgl. Forbes Ukraine: „Neizvestnye fakty iz žizni Igorja Kolomojskogo“ [Unbekannte Fakten aus dem Leben von Ihor Kolomojs'kyj], 03.09.2012: <http://web.archive.org/web/20121221111722/http://forbes.ua/magazine/forbes/1336450-neizvestnye-fakty-iz-zhizni-igorya-kolomojskogo> [25.01.2024].

<sup>829</sup> Vgl. ebd.

<sup>830</sup> Als Tyhypko 1997 in die Politik ging und ukrainischer Vizepremierminister wurde, soll er seine Anteile an der *PrivatBank* an die restlichen Aktionäre (Kolomojs'kyj, Boholjubov, Marynov und Miloslavskij) verkauft haben. Vgl. *Ukrains'ka Pravda*: „Hennadyj Korban: U Kolomojskogo prosto sovply dorožky s Tymošenko“ [Hennadyj Korban: Kolomojs'kyjs Wege fielen einfach mit denen Tymošenkos zusammen], 25.10.2007: <https://www.pravda.com.ua/articles/2007/10/25/3308776/> [25.01.2024].

und 2003 auf dem Aktienmarkt einen Geschäftsanteil von etwa 40 Prozent sicherte. Zwar blieb das Aktienkontrollpaket von *Ukrnafta* in der Hand des ukrainischen Staates, allerdings gelang es Kolomojs'kyj und seinen Geschäftspartnern durch die Platzierung von Vertrauten im Management von *Ukrnafta* ab dem Jahr 2003 die operative Kontrolle über das Unternehmen zu erlangen. Unterstützung soll Kolomojs'kyj dabei von Viktor Medvedčuk erhalten haben, der 2002 zum Chef der Präsidentialadministration Kučmas ernannt wurde und sich für die Berufung von Ihor Paliza, einem Strohmann Kolomojs'kyjs, ins Management von *Ukrnafta* eingesetzt haben soll. Zu jenem Zeitpunkt sollen enge Geschäftsbeziehungen zwischen Kolomojs'kyjs *Privat*-Gruppe und der sogenannten *Dynamo Kyiv*-Gruppe um die Brüder Hryhorij und Ihor Surkis sowie Viktor Medvedčuk bestanden haben.<sup>831</sup>

Ab dem Ende der zweiten Amtszeit Kučmas trat schließlich eine Reihe von Konflikten zutage, in die Kolomojs'kyj verwickelt gewesen sein soll. Kolomojs'kyj selbst, dem nicht nur immer wieder sogenannte „Raiderstvo“-Aktivitäten vorgeworfen wurden, sondern der auch mit Mordanschlägen auf Geschäftskonkurrenten in Zusammenhang gebracht wurde,<sup>832</sup> behauptete später, dass er Anfang 2004 die Ukraine verlassen musste und nach Genf in die Schweiz zog, da es für ihn zum damaligen Zeitpunkt zu gefährlich gewesen sei, in der Ukraine zu bleiben.<sup>833</sup> Berichtet wurde diesbezüglich unter anderem über Konflikte um die Kontrolle über mehrere Unternehmen in der ukrainischen Metallindustrie zwischen der *Privat*-Gruppe Kolomojs'kyjs und der ISD sowie dem Oligarchen Rinat Achmetov.<sup>834</sup> Mit Viktor Pinčuk, dem Schwiegersohn

---

<sup>831</sup> Als *Dynamo Kyiv* (benannt nach dem gleichnamigen Fußballverein, der seit 1993 von Hryhorij und Ihor Surkis kontrolliert wird) wird eine nicht formal registrierte Holding bezeichnet, die vor allem während der Präsidentschaft Kučmas in Erscheinung trat. Dem auch als „Kyjiwer Clan“ bekannten Netzwerk werden Viktor Medvedčuk und die Surkis-Brüder zugeordnet. Medvedčuk, der 2002 die Leitung der Präsidentialadministration übernahm, galt zur damaligen Zeit als der „politische Schutzpatron“ der Surkis-Brüder. Medvedčuk und den Surkis-Brüdern gelang es über die Unternehmensgruppe *Slavutyc* unterschiedlichste Unternehmen sowohl im Bereich der Medien als auch in der Energie- und Finanzwirtschaft zu kontrollieren. Vgl. Pleines (2005): S. 75–83.

<sup>832</sup> Kolomojs'kyj und seinem Umfeld wurde unter anderem vorgeworfen, für den Tod des russischen Geschäftsmanns Maksim Kuročkin sowie vier seiner Begleiter verantwortlich zu sein. Vgl. Forbes Ukraine: „Neizvestnye fakty iz žizni Igorja Kolomojskogo“ [Unbekannte Fakten aus dem Leben von Ihor Kolomojs'kyj], 03.09.2012: <http://web.archive.org/web/20121221111722/http://forbes.ua/magazine/forbes/1336450-neizvestnye-fakty-iz-zhizni-igorya-kolomojskogo> [25.01.2024].

<sup>833</sup> Zum damaligen Zeitpunkt lief in der Ukraine ein Strafverfahren gegen Kolomojs'kyj. Sergej Kapenko, der Anwalt des russisch-ukrainischen Oligarchen Konstantin Grigorišin (ukr. Kostjantyn Hryhoryschyn), warf Kolomojs'kyj vor, dass dieser ihm im Zuge eines Streits zwischen Grigorišin und den Surkis-Brüdern Gewalt angedroht hätte. Kurze Zeit nach diesen Anschuldigungen wurden sowohl der Anwalt von Grigorišin als auch dessen Assistent überfallen und schwer verletzt. Grigorišin warf Kolomojs'kyj später vor, dass er die Ermittlungsbehörden bestochen habe und ins Ausland geflüchtet sei. Vgl. Censor.net: „Grigorišin: Prestuplenie i nakazanie“ [Grigorišin: Verbrechen und Strafe], 02.09.2005: <https://censor.net.ua/resonance/1869/grigorishin-prestuplenie-i-nakazanie-quotversiiquot> [25.01.2024]. Kolomojs'kyj wiederum beschuldigte Grigorišin und Pinčuk, das Strafverfahren gegen ihn fabriziert zu haben. Vgl. Forbes Ukraine, 03.09.2012 [Fn. 832].

<sup>834</sup> Gegenstand des Konflikts zwischen Kolomojs'kyj und ISD war die Kontrolle über die Dnipropetrovs'ker Metallwarenfabrik und das Eisenerzkombinat „Ordžonikidze“; im Fokus der Auseinandersetzung mit Achmetov stand die Kontrolle über das Eisenerzkombinat „Central'nyj“ in Kryvyj Rih. Vgl. Forbes Ukraina, 03.09.2012 [Fn. 832].

von Präsident Kučma, entwickelte sich um die gemeinsame Beteiligung am Eisenlegierungswerk NZF schließlich ein weiterer Konflikt, in den Kolomojs'kyj involviert gewesen ist. Während es Pinčuk unter Präsident Kučma in einer umstrittenen Privatisierungsauktion gelang, Kolomojs'kyj auszustechen und sich 2003 das Aktienkontrollpaket an NZF zu sichern, soll Kolomojs'kyj angeblich kompromittierendes Material über Pinčuk gesammelt haben, um Pinčuk unter Druck setzen zu können, sobald sich die politischen Machtverhältnisse in der Ukraine ändern würden.<sup>835</sup> Wie eng Kolomojs'kyjs *Privat*-Gruppe zuvor mit Pinčuk kooperiert haben soll, wurde erst im Zuge eines späteren Rechtsstreits deutlich, den Pinčuk ab 2013 gegen Kolomojs'kyj und dessen Geschäftspartner Boholjubov in London anstregte und diesen auf Schadenersatz in Höhe von etwa zwei Milliarden US-Dollar verklagte. Pinčuk warf Kolomojs'kyj und Boholjubov vor, dass sie im Besitz von Anteilen an einem Eisenerzkombinat in Kryvyj Rih seien, die sie 2004 im Auftrag Pinčuks erworben hätten, ohne Pinčuk diese Anteile je überschrieben und ihn an nachfolgenden Unternehmensgewinnen beteiligt zu haben.<sup>836</sup> Kolomojs'kyj wiederum beschuldigte Pinčuk und Kučma öffentlich, ihn und Boholjubov erpresst zu haben. Nur durch monatliche Zahlungen mehrerer Millionen US-Dollar, die nach Angaben Kolomojs'kyjs eine weitere Präsidentschaftskandidatur Kučmas finanzieren sollten, sei es Kolomojs'kyj und seinen Geschäftspartnern zu jener Zeit überhaupt möglich gewesen, an Privatisierungsauktionen teilzunehmen.<sup>837</sup>

Nach der Orangen Revolution 2004/2005, die Kolomojs'kyj eigenen Angaben zufolge mit etwa fünf Millionen US-Dollar unterstützt haben soll,<sup>838</sup> änderten sich die politischen Machtverhältnisse in der Ukraine zu seinen Gunsten. Insbesondere die ebenfalls aus Dnipropetrovs'k stammende damalige Ministerpräsidentin Julija Tymošenko wurde im

---

<sup>835</sup> Vgl. Forbes Ukraine, 03.09.2012 [Fn. 832].

<sup>836</sup> Kurz vor Eröffnung des Gerichtsverfahrens kam es zu einem Vergleich zwischen Pinčuk und Kolomojs'kyj/Boholjubov, über dessen Inhalt Stillschweigen vereinbart wurde. Im Zuge der Veröffentlichung der sogenannten Panama-Papers wurde jedoch öffentlich, dass ein Bestandteil des Vergleichs gewesen sei, dass Kolomojs'kyj und Boholjubov zwei hochpreisige Immobilien im Zentrum Londons Pinčuk übertragen hätten. Siehe hierzu: Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP): „Ukrainian Billionaires Exchanged Luxury London Real Estate in Secret Settlement“, 15.12.2017: <https://www.occrp.org/en/paradisepapers/ukrainian-billionaires-exchanged-luxury-london-real-estate-in-secret-settlement> [25.01.2024].

<sup>837</sup> Kučma suchte zunächst nach Möglichkeiten, um ein drittes Mal für das Präsidentenamt zu kandidieren. Am Ende beugte er sich aber den verfassungsrechtlichen Vorgaben, die maximal zwei Amtszeiten für einen Präsidenten vorsehen. Kolomojs'kyj behauptete später, dass der sogenannte Fonds, der Kučmas dritte Kandidatur hätte finanzieren sollen, ein Volumen von über 100 Millionen US-Dollar aufgewiesen habe und dass dieses Geld in den Besitz von Pinčuk übergegangen sei. Vgl. Kyiv Post: „Ihor Kolomoisky: Still Throwing His Weight Around“, 28.10.2016: <https://www.kyivpost.com/post/7933> [25.01.2024].

<sup>838</sup> Vgl. Ukrains'ka Pravda: „Igor' Kolomojskij: „Esli prezidentom stanet Timošenko, ja sebja vižu v èmigracii““ [Ihor Kolomojs'kyj: Wenn Tymošenko Präsidentin wird, dann wandere ich aus], 28.03.2008: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2008/03/28/4436519/> [25.01.2024].

Zusammenhang mit der Annullierung der Privatisierung des Eisenlegierungswerkes NZF beschuldigt, die *Privat*-Gruppe Kolomojs'kyjs dabei zu unterstützen zu haben, durch eine von ihr anvisierte erneute Privatisierung die Kontrolle über NZF zu übernehmen. Juščenko entließ Tymošenko's Regierung später unter dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs. Der Präsident verwies in seiner Begründung explizit auf den Konflikt um das Hüttenwerk in Nikopol' und bekräftigte die Vorwürfe, dass Tymošenko die Interessen der *Privat*-Gruppe vertreten habe.<sup>839</sup> Auch im Zusammenhang mit der Übernahme des Fernsehsenders *1+1* durch Kolomojs'kyj soll Tymošenko eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben.<sup>840</sup> Kolomojs'kyj übernahm *1+1*, einen der größten privaten Fernsehsender in der Ukraine, schrittweise ab 2005, begleitet von einem Rechtsstreit zwischen der *Privat*-Gruppe und dem Gründer und vorherigem Anteilseigner von *1+1* Oleksandr Rodnjanskyj.<sup>841</sup>

Trotz seiner Unterstützung von Julija Tymošenko und Viktor Juščenko im Kontext der Orangen Revolution zählte Kolomojs'kyj in der Vergangenheit zu jenen Oligarchen in der Ukraine, deren Einflussnahme sich stets auf mehrere politische Lager erstreckt hat. Kolomojs'kyj ist es dabei gelungen, Vertraute auf Wahllisten unterschiedlicher Parteien zu platzieren und sich mit sämtlichen Regierungen zu arrangieren. Während der Präsidentschaft Janukovyčs und der mit ihr einhergehenden Stärkung der Donezker Regionalelite verhielt sich Kolomojs'kyj allerdings unauffällig und soll die meiste Zeit im Ausland verbracht haben. Auch in Zeiten, in denen sich Kolomojs'kyj nicht in der Ukraine aufgehalten haben soll, hat sich dennoch immer wieder gezeigt, dass er selbst als Minderheitsaktionär in der Lage gewesen ist, Kontrolle über verschiedene Unternehmen auszuüben – vor allem durch die Manipulation von Aktionärsregistern, die Installation ihm vertrauter Manager in den entsprechenden Unternehmen und die Bestechung ukrainischer Gerichte.<sup>842</sup>

Auch während der gegen Viktor Janukovyč und dessen Partei der Regionen gerichteten Majdan-Protteste 2013/2014 verhielt sich Kolomojs'kyj weitestgehend unauffällig und vermied es, öffentliche Erklärungen abzugeben. Die von Kolomojs'kyj kontrollierten Medien, allen voran der Fernsehsender *1+1*, berichteten jedoch ausführlich und weitestgehend mit Sympathie

---

<sup>839</sup> Vgl. Kyiv Post: „President slams Tymoshenko; seeks delay of constitutional reforms“, 14.09.2005: <https://archive.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/president-slams-tymoshenko-seeks-delay-of-constitu-23181.html> [25.01.2024].

<sup>840</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Kolomojskij taki kupil 1+1?“ [Hat Kolomojs'kyj 1+1 gekauft?], 31.05.2006: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2006/05/31/4400223/> [25.01.2024].

<sup>841</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Igor' Kolomojskij: „Eslı prezidentom stanet Timošenko, ja sebja vižu v ěmigracii““ [Ihor Kolomojs'kyj: Wenn Tymošenko Präsidentin wird, dann wandere ich aus], 28.03.2008: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2008/03/28/4436519/> [25.01.2024].

<sup>842</sup> Kolomojs'kyj selbst soll einmal behauptet haben, dass ihm eine Unternehmensbeteiligung von einem Prozent ausreichen würde, um ein gesamtes Unternehmen zu übernehmen. Vgl. Kyiv Post: Ihor Kolomoisky: Still Throwing His Weight Around, 28.10.2016: <https://www.kyivpost.com/post/7933> [25.01.2024].



über die Majdan-Proteste und unterschieden sich ihrer Berichterstattung somit vor allem vom damaligen Staatssender *Peršyj nazional'nyj*.<sup>843</sup> Als es nach dem Sturz Janukovyčs in mehreren ostukrainischen Städten zu Unruhen kam und erste von Russland unterstützte separatistischen Aktivitäten beobachtet werden konnten (allen voran in Luhansk und Donezk, aber auch in Charkiw sowie in Dnipropetrovs'k), wurde Kolomojs'kyj schließlich vom Übergangspräsidenten Oleksandr Turčynov Anfang März 2014 zum Gouverneur der Region Dnipropetrovs'k ernannt. Kolomojs'kyj bekleidete somit erstmalig ein formales politisches Amt. Ähnlich wie die Regionen Donezk und Luhansk galt die durch ihre Schwerindustrie geprägte Oblast' Dnipropetrovs'k damals als eine „pro-russische“ Region, in der bis dato mehrheitlich Janukovyč und die Partei der Regionen gewählt wurden. Auch aufgrund ihrer direkten Nachbarschaft zur Oblast' Donezk galt die Region als besonders gefährdet für von Russland gesteuerte separatistische Bestrebungen.<sup>844</sup>

### 8.1. Kolomojs'kyjs zentrales Imageproblem

Als Gouverneur von Dnipropetrovs'k gelang es Kolomojs'kyj zwar, die Region zu stabilisieren. Zugleich geriet er bereits wenige Monate nach Antritt seines Amtes öffentlich zunehmend unter Druck. So wurden zunächst Vorwürfe laut, dass Unternehmen Kolomojs'kyjs Erdöl vom Staat unter Marktpreis beziehen würden, um den daraus hergestellten Treibstoff dann verteuert an die ukrainische Armee zu verkaufen.<sup>845</sup> Im Frühjahr 2015 eskalierte schließlich ein Konflikt zwischen Kolomojs'kyj und der Staatsführung um Kolomojs'kyjs Beteiligung am staatlichen Ölförderunternehmen *Ukrnafta*. Bis zu diesem Zeitpunkt war es eine gängige Praxis gewesen, dass Kolomojs'kyj mit einer Sperrminorität Aktionärsversammlungen des Unternehmens blockieren konnte. Relevante Entscheidungen wie auch die Ausschüttung von Dividenden an den Staat mussten dementsprechend mit ihm ausgehandelt werden. Wie viel Kapital

---

<sup>843</sup> Vgl. Szostek, Joanna (2014): The Media Battle's of Ukraine's EuroMaidan, in: Digital Icons: Studies in Russian, Eurasian and Central European New Media, No. 11/2014, 1–19, hier S. 11.

<sup>844</sup> Siehe hierzu: nv.ua: „Kak Igor' Kolomojskij ostanovil separatizm v Dnepropetrovske“ [Wie Ihor Kolomojs'kyj den Separatismus in Dnipropetrovs'k gestoppt hat], 26.05.2014: <https://nv.ua/publications/kolomoyskaya-oblast-kak-v-dnepropetrovske-ostanovili-separatizm-11.html> [25.01.2024].

<sup>845</sup> Vgl. LB.ua: „Kolomojs'kyj prodaje armiji palyvo za pidvyščenoju z vesny cinoju“ [Kolomojs'kyj verkauft Treibstoff an die Armee zu einem seit dem Frühjahr erhöhten Preis], 24.06.2014: [https://lb.ua/economics/2014/06/24/270799\\_kolomoyskiy\\_prodaet\\_armii\\_toplivo.html](https://lb.ua/economics/2014/06/24/270799_kolomoyskiy_prodaet_armii_toplivo.html) [25.01.2024]. Der von Dmytro Firtaš und seinem Geschäftspartner Serhij L'ovočkin kontrollierte Fernsehsender *Inter* veröffentlichte kurze Zeit später eine mehrteilige „Dokumentation“, die Kolomojs'kyj vorwarf, dass dieser sich als Patriot präsentiere, tatsächlich aber auf Kosten des ukrainischen Staates und der ukrainischen Bevölkerung skrupellos Profit mache. So berichtet der Fernsehbeitrag unter anderem darüber, wie die Einwohner der von Separatisten befreiten Stadt Slov'jans'k einem „neuen Terror“ durch Kolomojs'kyjs *PrivatBank* ausgesetzt seien. Und auch Teilnehmer der ukrainischen ATO müssten empfindliche Strafen zahlen, weil sie Kredite der *PrivatBank* nicht zurückzahlen könnten. Zudem wird Kolomojs'kyj vorgeworfen, dass er die verheerenden Ausschreitungen am 02. Mai 2014 in Odessa organisiert habe. Vgl. Telekanal Inter (Inter TV channel): „Privet/Privat, chameleon!“ [Hallo/Privat, Chamäleon], 18.08.2014: [https://www.youtube.com/watch?v=A9\\_xwAhnyyI](https://www.youtube.com/watch?v=A9_xwAhnyyI) [25.01.2024].

Kolomojs'kyj auf diesem Weg dem Unternehmen entzogen hat, ist nicht bekannt.<sup>846</sup> Kurz nachdem das Parlament durch eine entsprechende Gesetzesänderung beschlossen hatte, dieser Praxis ein Ende zu setzen, wurde Kolomojs'kyjs Einfluss auch im staatlichen Öltransportunternehmen *Ukrtransnafta* zurückgedrängt, indem die Absetzung des Unternehmenschefs Oleksandr Lazorko erfolgte. Lazorko soll zuvor dafür gesorgt haben, dass Kolomojs'kyjs Unternehmen mit lukrativen Aufträgen versorgt wurden.<sup>847</sup> Kolomojs'kyj wiederum, dem anschließend vorgeworfen wurde, dass er versucht habe, eine Gruppe bewaffneter Personen seinem Einflussverlust im Unternehmen entgegen zu stellen, reichte im März 2015 schließlich ein offizielles Rücktrittsgesuch bei Porošenko ein und wurde daraufhin als Gouverneur von Dnipropetrovs'k entlassen.<sup>848</sup> Wenige Monate später, im Oktober 2015, wurde mit Hennadij Korban zudem ein enger Vertrauter Kolomojs'kyjs verhaftet. Ihm wurde unter anderem Veruntreuung und Unterschlagung vorgeworfen.<sup>849</sup> Korban war zuvor nicht nur Kolomojs'kyjs Stellvertreter in der Oblast'-Administration von Dnipropetrovs'k, sondern er galt lange Zeit auch als Strippenzieher und „Konfliktologe“<sup>850</sup> Kolomojs'kyjs. Korban soll insbesondere eine zentrale Rolle bei der Ausübung der Kontrolle über unterschiedliche Unternehmen durch Kolomojs'kyjs *Privat*-Gruppe gespielt haben.<sup>851</sup> Korbans Verhaftung spiegelte den Einflussverlust Kolomojs'kyjs wider und war zudem ein deutliches Indiz des Konfliktes, in dem sich Kolomojs'kyj mit der politischen Führung um Präsident Porošenko zu jenem Zeitpunkt befand.

Es lässt sich festhalten, dass Kolomojs'kyj nach dem Euromajdan zunächst auf der „Gewinnerseite“ stand, was in seiner Ernennung zum Gouverneur seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k und dem damit einhergehenden Machtgewinn Ausdruck fand. Bereits ein Jahr später sah sich Kolomojs'kyj dann jedoch im Zuge der offenen Eskalation des Konfliktes mit der politischen Führung des Landes einem zentralen Imageproblem ausgesetzt. Dieses Imageproblem bestand vor allem in dem Vorwurf, dass er die finanzielle und

---

<sup>846</sup> Spätere Ermittlungen des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes (*Služba bezpeky Ukrainy* - SBU) und des Büros für wirtschaftliche Sicherheit (*Bjuro èkonomičnoji bezpeky Ukrainy* – BEB) gaben an, Veruntreuungen in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar bei Ukrnafta aufgedeckt zu haben. Vgl. The Kyiv Independent: „Investigators expose \$1 billion embezzlement scheme at Ukrnafta, Ukratnafta“, 01.02.2023: <https://kyivindependent.com/investigators-expose-1-billion-embezzlement-scheme-at-ukrnafta-ukratnafta/> [25.01.2024].

<sup>847</sup> Vgl. BBC Ukraine: „Konflikt vlasti i Kolomojskogo: ugrozy dlja Ukrainy“ [Der Konflikt zwischen Kolomojs'kyj und der Regierung: Bedrohungen für die Ukraine], 21.03.2015: [https://www.bbc.com/ukrainian/ukraine\\_in\\_russian/2015/03/150320\\_ru\\_s\\_kolomoyskii\\_conflict](https://www.bbc.com/ukrainian/ukraine_in_russian/2015/03/150320_ru_s_kolomoyskii_conflict) [25.01.2024].

<sup>848</sup> Vgl. Financial Times: Ukraine: „An oligarch brought to heel“, 25.03.2015: <http://www.ft.com/cms/s/0/b0b04474-d232-11e4-a225-00144feab7de.html#slide0> [25.01.2024].

<sup>849</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „V GPU pokazali, kak na samom dele zaderživali Korbana“ [Bei der Staatsanwaltschaft wurde gezeigt, wie Korban tatsächlich festgenommen wurde], 01.11.2015: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2015/11/1/7087119/> [25.01.2024].

<sup>850</sup> Vgl. Forbes Ukraine, 03.09.2012 [Fn. 832].

<sup>851</sup> Vgl. ebd.

sicherheitspolitische Notlage, in der sich das Land nach der sogenannten Revolution der Würde sowie dem Beginn des Krieges im Osten der Ukraine befand, ausnutzen würde, um finanziellen Profit zu machen. Zugleich wurden sein Rücktritt als Gouverneur und das Zurückdrängen seines Einflusses auf Staatsunternehmen von Präsident Porošenko als Beleg für den Beginn eines sogenannten Deoligarchisierungs-Prozesses angeführt. Laut Porošenko sollte dieser Prozess vor allem darauf abzielen, im Rahmen des Kampfes gegen Korruption die staatliche Kontrolle im Rohstoffsektor zu stärken und den politischen Einfluss der Oligarchen zu reduzieren.<sup>852</sup>

### **8.1.1. Kolomojs'kyjs öffentliche Selbstdarstellung**

Ihor Kolomojs'kyj galt lange Zeit als ein Oligarch, der die Öffentlichkeit scheut. Zutreffend wurde er als „one of Ukraine’s most camera-shy oligarchs, rarely appearing in public and giving almost no interviews“<sup>853</sup> beschrieben. Auch während der Euromajdan-Proteste gab Kolomojs'kyj keine öffentlichen Erklärungen ab. Der Umstand, dass Geschäftspartner und Vertraute des Oligarchen die Euromajdan-Bewegung in Kolomojs'kyjs Heimatstadt Dnipropetrovs'k unterstützten<sup>854</sup>, deutete zwar darauf hin, dass Kolomojs'kyj die Proteste gegen Janukovyč befürwortete. Kolomojs'kyj selbst verzichtete jedoch während der gesamten Proteste darauf, sich politisch in der Öffentlichkeit zu positionieren.

Nach dem Sturz von Präsident Janukovyč im Februar 2014 änderte sich Kolomojs'kyjs öffentlich-mediale Selbstdarstellung jedoch signifikant. Kolomojs'kyj äußerte sich fortan nicht nur mehrfach in der Öffentlichkeit, sondern bezog insbesondere im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ostukraine nun auch sehr deutliche politische Positionen. In dieser Phase, die bis zur Eskalation des Konfliktes mit Präsident Porošenko und Kolomojs'kyjs offiziellem Rücktritt als Gouverneur der Region von Dnipropetrovs'k im März 2015 reichte, lassen sich anhand der nachfolgend dargestellten Quellen zunächst zwei zentrale Elemente der öffentlichen Selbstdarstellung Kolomojs'kyjs identifizieren: Kolomojs'kyj präsentierte sich erstens als vehementer Gegner eines von Russland unterstützten Separatismus. Zweitens solidarisierte er sich nachträglich mit der Protestbewegung des Majdan und gab vor, sich persönlich für die

---

<sup>852</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Porošenko vystupaet za deoligarhizacijy Ukrainy“ [Porošenko tritt für die Deoligarchisierung der Ukraine ein], 28.03.2015: [https://zn.ua/POLITICS/poroshenko-vystupaet-za-deoligarhizacijyu-ukrainy-171205\\_.html](https://zn.ua/POLITICS/poroshenko-vystupaet-za-deoligarhizacijyu-ukrainy-171205_.html) [25.01.2024] sowie LIGA.net: „Porošenko rasskazal o processe bor'by s oligarchiej v Ukraine“ [Porošenko sprach über den Prozess der Bekämpfung der Oligarchie in der Ukraine], 07.06.2015:

[https://news.liga.net/politics/news/poroshenko\\_rasskazal\\_o\\_protseesse\\_borby\\_s\\_oligarkhiej\\_v\\_ukraine](https://news.liga.net/politics/news/poroshenko_rasskazal_o_protseesse_borby_s_oligarkhiej_v_ukraine) [25.01.2024].

<sup>853</sup> Kyiv Post: „Ihor Kolomoisky: Still Throwing His Weight Around“, 28.10.2016: <https://www.kyivpost.com/post/7933> [25.01.2024].

<sup>854</sup> Vgl. Solonenko (2014): S. 210.



Ziele der Protestbewegung einzusetzen. Im Zuge des Konflikts um Kolomojs'kyjs Einfluss auf die Staatsunternehmen *Ukrnafta* und *Ukrtransnafta* sowie seines nachfolgenden Ausscheidens als Gouverneur von Dnipropetrovs'k stilisierte sich Kolomojs'kyj dann schließlich als politisches Opfer. Hierbei nahm er Präsident Porošenko zunächst noch aus der Verantwortung und verwies auf Akteure, die gegen Kolomojs'kyj im Hintergrund und ohne das Wissen des Präsidenten agiert hätten. Später, im Zuge der Verhaftung seines Vertrauten Hennadij Korban, attackierte er dann jedoch auch direkt den Präsidenten und warf diesem vor, zum Zwecke des eigenen Machtausbaus mit illegalen Methoden gegen politische Gegner vorzugehen.

### Übersicht zu Interviews und Pressestatements von Ihor Kolomojs'kyj (Februar 2014 bis Februar 2015)

	Art der Veröffentlichung	Titel/Überschrift der Veröffentlichung	Datum der Veröffentlichung	Medium
1	Interview	„Kolomojs'kyj: „Der Separatismus hat im Osten und Süden der Ukraine keine Chance. Wir lassen eine Spaltung des Landes nicht zu!“ <sup>855</sup>	22.02.2014	<i>Censor.net</i>
2	Pressekonferenz	„Kolomojs'kyj: Putin – ein Schizophrener von kleiner Gestalt“ <sup>856</sup>	03.03.2014	-
3	Pressemitteilung	„Kolomojs'kyj hat Porošenko vorgeschlagen, die Grenze zu Russland mit einer 1920 Kilometer langen Mauer zu stärken“ <sup>857</sup>	13.06.2014	<i>Zerkalo Nedeli</i>
4	Interview	„Ukraine's Secret Weapon: Feisty Oligarch Ihor Kolomoisky“ <sup>858</sup>	27.06.2014	<i>Wall Street Journal</i>
5	Interview	„Ihor Kolomojs'kyj: Interview für den 5. Kanal – 1. Teil“ <sup>859</sup>	12.07.2014	<i>5. Kanal</i>
6	Interview	„Ihor Kolomojs'kyj: Interview für den 5. Kanal – 2. Teil“ <sup>860</sup>	19.07.2014	<i>5. Kanal</i>
7	Pressekonferenz	„Ihor Kolomojs'kyj: Komplette Pressekonferenz“ <sup>861</sup>	27.09.2014	-

<sup>855</sup> Censor.net: „Kolomojskij: „Separatizm na Vostoke i Juge Ukrainy ne projdet. My ne dadim raskolot' stranu!“ [Kolomojs'kyj: „Separatismus im Osten und Süden der Ukraine wird nicht durchkommen. Wir werden nicht zulassen, dass sie das Land spalten“], 22.02.2014: [https://censor.net.ua/news/272122/kolomojyskiyi\\_separatizm\\_na\\_vostoke\\_i\\_yuge\\_ukrainy\\_ne\\_providet\\_my\\_ne\\_dadim\\_raskolot\\_stranu](https://censor.net.ua/news/272122/kolomojyskiyi_separatizm_na_vostoke_i_yuge_ukrainy_ne_providet_my_ne_dadim_raskolot_stranu) [25.01.2024].

<sup>856</sup> „Kolomojskij: Putin - šizofrenik malen'kogo rosta“ [Kolomojs'kyj: Putin – ein Schizophrener von kleiner Gestalt], 03.03.2014, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Db9IBtuRp0s> [25.01.2024].

<sup>857</sup> Zerkalo Nedeli: Kolomojskij predložil Porošenko ukrepiť granicu s Rossiej stenoj v 1920 kilometrov [Kolomojs'kyj hat Porošenko vorgeschlagen, die Grenze zu Russland mit einer 1920 Kilometer langen Mauer zu stärken], 13.06.2014: <https://zn.ua/UKRAINE/kolomojyskiy-predložil-poroshenko-ukrepiť-granicu-s-rossiej-stenoy-v-1920-kilometrov-146987.html> [25.01.2024].

<sup>858</sup> The Wall Street Journal: „Ukraine's Secret Weapon: Feisty Oligarch Ihor Kolomoisky“, 27.06.2014: <https://www.wsj.com/articles/ukraines-secret-weapon-feisty-oligarch-ihor-kolomoisky-1403886665> [25.01.2024].

<sup>859</sup> 5. Kanal: „Ihor Kolomojs'kyj: interv'ju 5 kanalu – 1 častyna“ [Ihor Kolomojs'kyj: Interview für den 5. Kanal – 1. Teil], 12.07.2014: <https://www.youtube.com/watch?v=XHMb9TLYIRQ> [25.01.2024].

<sup>860</sup> 5. Kanal: „Ihor Kolomojs'kyj: interv'ju 5 kanalu – č.2“ [Ihor Kolomojs'kyj: Interview für den 5. Kanal – 2. Teil], 19.07.2014: <https://www.youtube.com/watch?v=FtyJjoSgsQQ> [25.01.2024].

<sup>861</sup> „Igor' Kolomojskij: polnaja versija press-konferencii“ [Ihor Kolomojs'kyj: Komplette Pressekonferenz], 27.09.2005, abrufbar unter: [https://www.youtube.com/watch?v=4uw4D\\_7Ib0&feature=youtu.be](https://www.youtube.com/watch?v=4uw4D_7Ib0&feature=youtu.be) [25.01.2024].

8	Interview	„Interview mit Ihor Kolomojs'kyj, einen Tag vor seiner Entlassung“ <sup>862</sup>	26.03.2015	<i>France 24</i>
9	Interview	„Kolomojs'kyj hat über seinen Abtritt, Separatismus und Deoligarchisierung berichtet“ <sup>863</sup>	27.03.2015	<i>UNAIN/1+1</i>
10	Interview	„Kolomojs'kyj: Gebt mir einen Meter der Grenze und ihr werdet staunen“ <sup>864</sup>	22.07.2015	<i>The Insider</i>
11	Interview	„Ihor Kolomojs'kyj über den Fall Korban: ‚An mich hat man keinerlei Forderungen gestellt“ <sup>865</sup>	01.11.2015	<i>LB.ua</i>
12	Interview	„Ihor Kolomojs'kyj: ‚Ich habe Jazenjuk gesagt, dass er verraten wurde. Aber er antwortete, dass das Land eine weitere Wahl nicht überleben würde“ <sup>866</sup> [Teil 1 von 2]	30.11.2015	<i>LB.ua</i>
13	Interview	„Ihor Kolomojs'kyj: ‚Ich bin nicht bereit, dass man mir Regeln vorgibt, an die ich mich halte – aber Kononenko nicht.“ <sup>867</sup> [Teil 2 von 2]	03.12.2015	<i>LB.ua</i>
14	Interview	„Star Wars in Ukraine: Poroshenko vs Kolomoisky“ <sup>868</sup>	21.12.2015	<i>Politico</i>

- **Gegner des Separatismus**

Seine Gegnerschaft zum Separatismus brachte Kolomojs'kyj erstmals am 22. Februar 2014 zum Ausdruck – just an dem Tag, an dem das ukrainische Parlament Viktor Janukovyč für abgesetzt erklärt hatte. In einer öffentlichen Stellungnahme, die zugleich sein erstes Statement nach dem Sturz Janukovyčs darstellte, äußerte er sich dabei öffentlich zum sogenannten Kongress der

<sup>862</sup> France 24: „Interv'ju s Kolomojskim za den' do ego uvol'nenija“ [Interview mit Ihor Kolomojs'kyj, einen Tag vor seiner Entlassung], 26.03.2015: <https://www.youtube.com/watch?v=WhUE8OmTPSw> [25.01.2024].

<sup>863</sup> Unian.net: „Kolomojskij rasskazal ob otstavke, separatizme i deoligarchizacii“ [Kolomojs'kyj hat über seinen Rücktritt, Separatismus und Deoligarchisierung berichtet], 27.03.2015: [https://www.unian.net/politics/1060508-kolomoyskiy-ob-otstavke-separatizme-i-borbe-s-oligarhami.html?utm\\_source=unian&utm\\_medium=related\\_news&utm\\_campaign=related\\_news\\_in\\_post](https://www.unian.net/politics/1060508-kolomoyskiy-ob-otstavke-separatizme-i-borbe-s-oligarhami.html?utm_source=unian&utm_medium=related_news&utm_campaign=related_news_in_post) [25.01.2024].

<sup>864</sup> Theinsider.ua: „Kolomojskij: ‚Dajte mne metr granicy, ja takoj master-klass ustroju – zakačaeš'sja“ [Kolomojs'kyj: ‚Gebt mir einen Meter der Grenze und ihr werdet staunen], 22.07.2015: <http://www.theinsider.ua/business/kolomoiskii-dajte-mne-metr-gosgranitsy-i-ya-vam-takoi-master-klass-ustroyu-zakachayeshsja/> [25.01.2024].

<sup>865</sup> Zerkalo Nedeli: „Ihor Kolomojs'kyj pro spravu Korbana: ‚Meni žodnych vymoh ne vysuvaly“ [Ihor Kolomojs'kyj über den Fall Korban: ‚An mich hat man keinerlei Forderungen gestellt“], 01.11.2015: [https://lb.ua/news/2015/11/01/319869\\_igor\\_kolomoyskiy\\_dele\\_korbana.html](https://lb.ua/news/2015/11/01/319869_igor_kolomoyskiy_dele_korbana.html) [25.01.2024].

<sup>866</sup> LB.ua: „Ihor Kolomojs'kyj: ‚Ja skazav Jacenjuku, ščo vin pidstavljajet'sja. Ale vin vidpoviv, ščo krajina šče odnych vyboriv ne vytrymajet“ [Ihor Kolomojs'kyj: ‚Ich habe Jazenjuk gesagt, dass er verraten wurde. Aber er antwortete, dass das Land eine weitere Wahl nicht überleben würde“], 30.11.2015: [https://lb.ua/news/2015/11/30/322243\\_igor\\_kolomoyskiy\\_ya\\_skazal.html](https://lb.ua/news/2015/11/30/322243_igor_kolomoyskiy_ya_skazal.html) [25.01.2024].

<sup>867</sup> LB.ua: „Ihor Kolomojs'kyj: ‚Ja ne hotovyj do toho, ščob meni skazaly pravyla i ja počav za nymy žyty, a Kononenko – ni“ [Ihor Kolomojs'kyj: ‚Ich bin nicht bereit, dass man mir Regeln vorgibt, an die ich mich halte – aber Kononenko nicht“], 03.12.2015: [https://lb.ua/news/2015/12/03/322600\\_igor\\_kolomoyskiy\\_ya\\_gotov\\_tomu.html?fb\\_action\\_ids=918641681554207&fb\\_action\\_types=og.recommends&fb\\_source=other\\_multiline&action\\_object\\_map=](https://lb.ua/news/2015/12/03/322600_igor_kolomoyskiy_ya_gotov_tomu.html?fb_action_ids=918641681554207&fb_action_types=og.recommends&fb_source=other_multiline&action_object_map=) [25.01.2024].

<sup>868</sup> Politico: „Star Wars in Ukraine: Poroshenko vs Kolomoisky“, 21.12.2015: <https://www.politico.eu/article/star-wars-in-ukraine-poroshenko-vs-kolomoisky/> [25.01.2024].

Abgeordneten der süd-ostukrainischen Regionen. Diese vom damaligen Gouverneur der Oblast' Charkiw, Mychajlo Dobkin, sowie dem Bürgermeister der Stadt Charkiw, Hennadij Kernes, initiierte Veranstaltung, die auch als eine Art außerordentlicher Parteitag der Partei der Regionen galt, richtete sich vor allem gegen den Machtwechsel in Kyjiw im Zuge des Euromajdans, zweifelte die Rechtmäßigkeit der damaligen Entscheidungen des ukrainischen Parlaments an und stellte eine Art Selbstorganisation der südlichen und östlichen Regionen der Ukraine in Aussicht.<sup>869</sup> Sowohl bei den Anhängern des Euromajdans als auch im ukrainischen Parlament löste der Kongress in Charkiw heftigen Protest aus und wurde als „separatistisch“ bezeichnet.<sup>870</sup> Auch Kolomojs'kyj kritisierte das Vorgehen der Akteure in Charkiw vehement. Dabei griff er zum einen Hennadij Kernes, den damaligen Bürgermeister von Charkiw, persönlich an und warf ihm vor, verantwortungslos zu handeln und einen folgeschweren Konflikt zu schüren:

„Ich möchte mich insbesondere an eine Person wenden – an Herrn Kernes, den Bürgermeister von Charkiw. Gennadij Adol'fovic [Kernes], dass Sie eine ‚ukrainische Front‘ schaffen, halte ich für einen großen Fehler. Wenn Sie das Kommando über eine Front führen und sie zum Kampf bringen möchten, dann benötigen Sie hierzu eine moralische Berechtigung. Und diese erhalten Sie nur, wenn Sie (...) dazu bereit sind, Ihr eigenes Leben oder das Ihrer Angehörigen für diese Front aufs Spiel zu setzen. Und separatistische Erklärungen können Sie nur dann von sich geben, nachdem Sie Ihren Sohn nicht auf die Malediven, sondern zu einem Ausflug nach Dagestan oder zum Bahnhof in Wolgograd geschickt haben – soll er sich dort mal umschaun und seine Eindrücke mit Ihnen teilen. Vielleicht wird das Wasser in den Wein Ihrer hitzigen Pläne gießen. Möge Gott Sie davor schützen, in die Augen der Mütter zu blicken, deren Söhne von der von Ihnen organisierten Front nicht zurückkehren. Die Ukraine hat noch nie einen eroberungssüchtigen Krieg geführt, aber sie wird sich keinen Fußbreit ihres Landes wegnehmen lassen. Herr Kernes, wenn Sie beginnen, mit dem Schicksal von Millionen von Menschen zu spielen, dann werden Sie ihr ohnehin nicht einfaches Schicksal ernsthaft verkomplizieren. Denken Sie darüber nach.“<sup>871</sup>

Kolomojs'kyj bezog somit eine dezidiert pro-ukrainische Position und deutete bereits zu diesem Zeitpunkt unmissverständlich an, dass er sich in Gegnerschaft zu separatistischen Bestrebungen positionierte. Neben der Kritik an Kernes und der damit einhergehenden Diskreditierung von Akteuren mit separatistischen Bestrebungen, stellte Kolomojs'kyj zudem in Aussicht, dass er dazu beitragen werde, jedweden Separatismus zu unterbinden:

„In meiner Dnipropetrovs'ker Heimat wird der Separatismus keine Chance haben. Der Separatismus wird auch sonst in keiner südöstlichen Region des Landes eine Chance haben. Ich

---

<sup>869</sup> Vgl. LB.ua: „Z'jizd u Charkovi: vsju vladu na pivdenomu schodi berut' miscevi rady“ [Kongress in Charkiw: Lokale Räte übernehmen Macht im Südosten], 22.02.2014: [https://lb.ua/news/2014/02/22/256648\\_sezde\\_dobkina\\_prinyali\\_rezolyutsiyu.html](https://lb.ua/news/2014/02/22/256648_sezde_dobkina_prinyali_rezolyutsiyu.html) [25.01.2024].

<sup>870</sup> Siehe hierzu auch: mediaport.ua, 22.02.2014: „S'ezd deputatov vsech urovnej v Char'kove“ [Kongress der Abgeordneten aller Regierungsebenen in Charkiw], 22.02.2024: <https://www.mediaport.ua/sezd-deputatov-vseh-urovney-v-harkove-tekstovaya-translyaciya> [25.01.2024].

<sup>871</sup> Censor.net., 22.02.2014 [Fn. 855].

möchte, dass alle Politiker die Situation nüchtern betrachten und ihre Position zuallererst unter Berücksichtigung der Verfassung der Ukraine und des ukrainischen Strafgesetzbuches formulieren. Wer auch immer sich gegen die Einheit der Ukraine stellt, wird verlieren.“<sup>872</sup>

Seine Absicht, in Dnipropetrovs'k „Ordnung zu schaffen“, „Frieden zu stiften“ und sich vor allem auch gegen separatistische Bestrebungen zu stellen, betonte Kolomojs'kyj auch sehr deutlich wenige Tage später, als er Anfang März 2014 eine Antrittspressekonferenz als Gouverneur von Dnipropetrovs'k gab. Kolomojs'kyj betonte dabei, dass er nicht etwa bloß einer Bitte der Übergangsregierung in Kyjiw gefolgt sei, das Amt des Gouverneurs der Region zu bekleiden, sondern dass er sich selbst für das Amt „angeboten“ habe, um die Region vor der existenziellen Gefahr zu schützen, die von Russland ausginge. Russlands Präsident Vladimir Putin bezeichnete er in diesem Zusammenhang als einen „kleingewachsenen, komplett durchgedrehten Schizophrenen“.<sup>873</sup> Als sogenannte pro-russische Separatisten im Frühjahr 2014 in Teilen der Regionen Luhansk und Donezk „Unabhängigkeits-Referenden“ ausriefen, konterte Kolomojs'kyj mit dem Vorschlag, die Bewohner der Regionen parallel über einen Anschluss an Dnipropetrovs'k abstimmen zu lassen.<sup>874</sup> Auch in der Folgezeit äußerte Kolomojs'kyj mehrere sehr markante politische Positionen: Neben der Auslobung eines „Kopfgeldes“ auf „Separatisten“<sup>875</sup> unterbreitete er Präsident Porošenko im Juni 2014 öffentlich den Vorschlag, die ukrainische Grenze zu Russland mit einem 1920 Kilometer langen elektrischen Metallzaun zu schützen, um „das physische Eindringen von Seiten des Staates zu verhindern, der eine Aggression gegen unser Land führt.“<sup>876</sup>

- **Solidarisierung mit dem Majdan und staatstreuer Patriot**

Kolomojs'kyj präsentierte sich jedoch nicht nur als vehementer Gegner separatistischer Bestrebungen, sondern erklärte sich nach dem Sturz Janukovyčs öffentlich schließlich auch uneingeschränkt solidarisch mit der Protestbewegung des Majdans, dessen Anhänger „ihr bürgerschaftliches Engagement sowie die Absicht unter Beweis gestellt haben, ein Teil Europas zu sein und nicht unter dem Verbrecherregime [Janukovyčs] leben zu wollen“.<sup>877</sup> Während der

---

<sup>872</sup> Censor.net, 22.02.2014 [Fn. 855].

<sup>873</sup> „Kolomojskij: Putin - šizofrenik malen'kogo rosta“ [Kolomojs'kyj: Putin – ein Schizophrener von kleiner Gestalt], 03.03.2014 [Fn. 856].

<sup>874</sup> Vgl. Ukrajins'ka Pravda: „Kolomojskij chočet prisoedinit' k Dnepropetrovskoj oblasti Doneckuju i Luganskiju?“ [Möchte Kolomojs'kyj die Regionen Donezk und Luhansk an die Region Dnipropetrovs'k anschließen?], 01.05.2014: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/05/1/7024127/> [25.01.2024].

<sup>875</sup> Vgl. Korrespondent.net: „Kolomojskij zaplatit \$10 000 za golovu ‚rossijskogo diversanta‘“ [Kolomojs'kyj will 10.000 US-Dollar für den Kopf eines „russischen Saboteurs“ zahlen], 17.04.2014: <https://korrespondent.net/ukraine/politics/3350710-kolomojskij-zaplatyt-10-000-za-holovu-rossijskoho-diversanta> [25.01.2024].

<sup>876</sup> Zerkalo Nedeli, 13.06.2014 [Fn. 857].

<sup>877</sup> „Kolomojskij: Putin - šizofrenik malen'kogo rosta“ [Kolomojs'kyj: Putin – ein Schizophrener von kleiner Gestalt], 03.03.2014 [Fn. 856].

Majdan sich nach Ansicht Kolomojs'kyjs im Kampf gegen die „Unterdrückung“ und die „Diktatur“ Janukovyčs zur Wehr gesetzt habe, stilisierte er sich selbst als Opfer des Regimes unter Janukovyč und lieferte zugleich eine an zwei zentralen Ereignissen der jüngeren ukrainischen Geschichte angelehnte Erklärung dafür, dass er nicht bereits früher öffentlich für die Protestbewegung des Majdan Partei ergriffen hatte:

„Wir alle, auch wir Oligarchen, Staatsbedienstete und Sicherheitskräfte, waren Geiseln Janukovyčs. (...) Es wird eine neue Generation kommen, die so jemanden wie Janukovyč nicht mehr zulassen wird. Es wird eine neue Bürgergesellschaft entstehen, ähnlich wie in Polen, in Tschechien, der Slowakei und auch in der Westukraine. Dort hat man weniger unter dem Einfluss der Sowjetunion gestanden, das spüren wir. Leider ist unsere Generation hier [in Dnipropetrovs'k] von den Erfahrungen unserer Eltern geprägt, deren Widerstandsgene durch den Holodomor, den Bürgerkrieg und die Rote Armee, (...) die gegen die Ukrainische Volksrepublik gekämpft hat, gebrochen wurden. Wir kennen die Geschichte gut. Aber wir bauen ein neues Land auf, in dem Frieden und Ordnung herrschen sollen.“<sup>878</sup>

Der Majdan, so konnte man interpretieren, sei für Kolomojs'kyj somit letztlich eine Befreiung aus einer Art persönlicher „fremdverschuldeter Unmündigkeit“ gewesen. Daher habe all denjenigen, die sich der Obrigkeit widersetzt hätten, großer Dank gebührt:

„Ich will mich bei allen, die den Majdan mitgetragen haben, bei allen gesellschaftlichen Organisationen, die für ihre Zukunft, für eine europäische Zukunft, für die Freiheit und gegen die Unterdrückung und die Diktatur eingetreten sind, bedanken. (...) Noch nie musste so eine große Anzahl an Menschen einer so kleinen Anzahl an Menschen dermaßen dankbar sein. [Unsere Dankbarkeit] gebührt allen (...), die ihr Leben geopfert haben, vor allem der Himmlischen Hundert.“<sup>879</sup>

Seinen Patriotismus unterstrich Kolomojs'kyj schließlich auch mit der Forderung, dass die Regierung sämtliche Privatisierungen, die während der Präsidentschaft Janukovyčs erfolgten, aufgrund von Manipulationen im Privatisierungsprozess rückgängig machen müsse. Dies habe vor allem Privatisierungen von großen Unternehmen betroffen. Namentlich nannte Kolomojs'kyj hierbei die Unternehmen *Ukrtelekom*, *Zachidenerho* und *Dniproenerho*, die nach Auffassung Kolomojs'kyjs in der Amtszeit Janukovyčs allesamt zu Unrecht unter die Kontrolle von Achmetov gerieten.<sup>880</sup> Während Achmetov an seinem neuen Wohnsitz in Kyjiw versuchen sollte, seine Liebe zur Ukraine zu entdecken, müsste der Staat dafür sorgen, dass im Zuge von Reprivatisierungen die Aktien der betroffenen Unternehmen an „Teilnehmer der ATO und Patrioten“<sup>881</sup> verschenkt würden. Kolomojs'kyj betonte dabei mehrfach, dass er selbst keine wirtschaftlichen Interessen an den betroffenen Unternehmen habe. Dass er dennoch im

---

<sup>878</sup> „Kolomojskij: Putin - šizofrenik malen'kogo rosta“ [Kolomojs'kyj: Putin – ein Schizophrener von kleiner Gestalt], 03.03.2014 [Fn. 856].

<sup>879</sup> Ebd.

<sup>880</sup> Vgl. „Igor' Kolomojskij: polnaja versija press-konferencii“ [Ihor Kolomojs'kyj: Komplette Pressekonferenz], 27.09.2005 [Fn. 861].

<sup>881</sup> Ebd.

Januar 2015 vor dem Kyjiwer Handelsgericht eine Klage gegen die Privatisierung des Unternehmens *Zachidenerho* vor dem Kyjiwer Handelsgericht eingereicht hatte, begründete Kolomojs'kyj in seiner Narration schließlich mit primär altruistischen Motiven:

„Was wurde auf dem Majdan versprochen? Dass alles, was unter Janukovyč privatisiert worden ist, dem Volk zurückgegeben wird (...) Ich bin der Auffassung, dass der Staat seine Versprechen nicht eingehalten hat. Das Volk auf dem Majdan wurde betrogen. Nichts wurde zurückgegeben.“<sup>882</sup>

- **Selbst-Viktimisierung**

Im Kontext des Konflikts um Kolomojs'kyj's Beteiligung am staatlichen Ölförderunternehmen *Ukrnafta*, seiner Einflussnahme auf das Staatsunternehmen *Ukrtransnafta* sowie seines Rücktritts als Gouverneurs der Region Dnipropetrovs'k stellte sich Kolomojs'kyj schließlich in erster Linie als Opfer dar. Vorwürfe, dass Kolomojs'kyj durch seine Einflussnahme auf die beiden Staatsunternehmen Profite in seine eigene Tasche gewirtschaftet habe und dem Staat finanziellen Schaden zugefügt habe, stritt er dabei vehement ab und beteuerte, dass auch sein Einfluss auf Staatsunternehmen stets im Interesse des ukrainischen Staates gewesen sei. Dies sei insbesondere bei *Ukrtransnafta* der Fall gewesen. Dort hätten im Jahr 2009 Präsident Juščenko und die damalige Ministerpräsidentin Tymošenko ihn explizit darum gebeten, ein Management für das Unternehmen vorzuschlagen.<sup>883</sup>

„Ich habe nie an ‚Ukrtransnafta‘ verdient. Für uns war das Unternehmen Teil einer Infrastruktur, die es ermöglicht hat, die Energiesicherheit für Kremenčuk zu sichern. Als Russland nämlich seine Öllieferungen nach Kremenčuk einstellte, war der einzige Weg – abgesehen von ukrainischem Öl – die Belieferung über das Meer, von Odessa aus. Dafür mussten wir aber die Rohre in Richtung Odessa–Kremenčuk auf Trab bringen. Wir haben das hinbekommen und konnten beruhigt sein. Der Betrieb in Kremenčuk funktionierte wieder.“<sup>884</sup>

Andere Interessen an *Ukrtransnafta* als die Sicherung der Ölversorgung der von Kolomojs'kyj kontrollierten Erdölraffinerie in Kremenčuk (*Kremenčugskij neftepererabatyvajuščij zavod*) habe Kolomojs'kyj nicht gehabt. Zudem sei es der von Kolomojs'kyj vorgeschlagene und später abgesetzte Unternehmenschef Lazorko gewesen, der für die Ukraine nach dem Kontrollverlust von Teilen des Donbas 600.000 Tonnen Öl gerettet habe:

„2014 habe ich als Gouverneur den Vorschlag gemacht, Lazorko eine staatliche Auszeichnung zu verleihen – dafür, dass er ukrainisches Öl gerettet hatte, das sich in den Rohren der vorübergehend okkupierten Territorien befand.“<sup>885</sup>

Dass sein Rücktritt als Gouverneur und sein Einflussverlust auf die beiden Unternehmen durch einen Konflikt zwischen ihm und Präsident Porošenko begründet gewesen seien, stritt

---

<sup>882</sup> Theinsider.ua, 22.07.2015 [Fn. 864].

<sup>883</sup> Vgl. France 24, 26.03.2015 [Fn. 862]

<sup>884</sup> LB.ua, 03.12.2015 [Fn. 867].

<sup>885</sup> Ebd.

Kolomojs'kyj zunächst jedoch ab und gab an, dass er ohnehin geplant hätte, vom Amt des Gouverneurs zurückzutreten:

„Es gab keinen Konflikt zwischen mir und Herrn Porošenko. Es gab lediglich einen Konflikt zwischen Herrn Kolomojs'kyj und Herrn Kolomojs'kyj. (...) Eigentlich wollte ich bereits nach der Präsidentschaftswahl meinen Rücktritt einreichen, aber die Dinge hatten sich so entwickelt, dass nach der Präsidentschaftswahl eine aktive Phase der ATO begonnen hatte, es kam zu Kriegshandlungen, danach gab es das Minsker Abkommen und einen Waffenstillstand, der Krieg ging aber dennoch weiter. Nach Neujahr hatte sich die Situation dann noch einmal verschärft. Ich kam damals zu dem Schluss, dass es einer Fahnenflucht gleichgekommen wäre, wenn ich zu diesem Zeitpunkt den Posten verlassen hätte. Aber ich habe mir dennoch immer wieder auch die Frage gestellt: Wer bin ich? Ein Beamter oder ein Geschäftsmann? Für mich war klar, dass ich vor allem ein Geschäftsmann und kein Beamter bin, daher habe ich auch meinen Rücktritt eingereicht.“<sup>886</sup>

Zugleich gab Kolomojs'kyj an, dass hinter dem Rücken des Präsidenten Dinge abgelaufen seien, die dieser nicht kontrolliert habe. Da sich Porošenko auf die militärische Verteidigung des Landes zu konzentrieren hatte, habe ihn keine Schuld getroffen. Allerdings sei Porošenko von Akteuren umgeben gewesen, die auf Kosten des Präsidenten ihren Einfluss innerhalb des Staatsapparates ausgenutzt haben.<sup>887</sup> Dementsprechend behauptete Kolomojs'kyj, dass es sich bei den Vorgängen rund um das Unternehmen *Ukrnafta* nicht um Entwicklungen im Sinne des Rechtsstaates gehandelt habe, sondern dass eine Gruppe von Personen um den Parlamentsabgeordneten Ihor Eremeev<sup>888</sup> versucht habe, das Unternehmen gewaltsam zu übernehmen. Auch die beiden damaligen Abgeordneten Mustafa Nayyem<sup>889</sup> und Serhij Leščenko<sup>890</sup>, die seinerzeit im Westen als Korruptionsbekämpfer bekannt waren und hohe Glaubwürdigkeit genossen, sollen an diesem „Raider-Angriff“ auf das Unternehmen beteiligt gewesen sein und in Wirklichkeit unter der Kontrolle von Eremeev gestanden haben.<sup>891</sup>

---

<sup>886</sup> France 24, 26.03.2015 [Fn. 862].

<sup>887</sup> Vgl. ebd.

<sup>888</sup> Ihor Eremeev (geb. 1968) war ein ukrainischer Politiker und Unternehmer. Als Miteigentümer der Holding *Kontinium* besaß er das größte Tankstellennetz der Ukraine (*WOG*). Im ukrainischen Parlament war Eremeev ab 2014 Vorsitzender der Abgeordnetengruppe *Volja narodu* („Volkswille“). Eremeev starb 2015 im Alter von 47 Jahren in Folge eines Reitunfalls (vgl. <https://file.liga.net/persons/igor-eremeev> [25.01.2024]).

<sup>889</sup> Mustafa Nayyem (geb. 1981) ist ein ukrainischer Journalist, der mit seinem öffentlichen Aufruf zum Protest gegen die Nichtunterzeichnung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens im November 2013 als Initiator der Euromajdan-Proteste gilt. Nach der Revolution der Würde wurde Nayyem auf einem Listenplatz der Partei Porošenkos in das ukrainische Parlament gewählt, wo er bis 2019 der reformorientierten, informellen Abgeordnetengruppe der sogenannten Euro-Optimisten angehörte (vgl. <https://file.liga.net/persons/nayem> [25.01.2024]).

<sup>890</sup> Wie auch Mustafa Nayyem arbeitete Serhij Leščenko (geb. 1980) zunächst als Journalist wurde insbesondere durch seine investigative Berichterstattung über hochrangige Korruptionsfälle im ukrainischen Staat bekannt. Auch Leščenko unterstützte die Euromajdan-Proteste, zog 2014 auf einem Listenplatz der Partei des Präsidenten ins Parlament ein und war dort bis zur Parlamentswahl 2019 Mitglied der interfraktionellen Abgeordnetengruppe der „Euro-Optimisten“ (vgl. <https://file.liga.net/persons/leshchenko> [25.01.2024]).

<sup>891</sup> Vgl. France 24, 26.03.2015 [Fn. 862].



Während sich Kolomojs'kyj so zunächst vor allem als Opfer einer Verschwörung von Akteuren bezeichnete, die den Präsidenten ausgenutzt hätten, äußerte er erst später im Zusammenhang mit der Verhaftung seines Vertrauten Hennadij Korban auch deutliche Kritik an der Staatsführung um Präsident Porošenko und warf diesem unter anderem vor, dass er in Wahrheit andere Ziele verfolge als er angebe:

„Als ich noch Gouverneur gewesen bin, habe ich mich oft mit Porošenko unterhalten. Und ich glaube, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem, was er will, und dem, was er vorgibt zu wollen. (...) Er versteckt seine tatsächlichen Absichten. (...) Über bestimmte Dinge äußert er sich in der Öffentlichkeit. Aber er hat eine Dienerschar, die den König spielt: sie gehen rum, lauschen mit den Ohren, zeigen Stempel, haben Vorwürfe dabei. Dort in der Präsidentialadministration gibt es eine ganze Mannschaft, die sich mit der Analyse von allem beschäftigt, was sich im Informationsraum befindet. Sie produzieren ein ‚positives Image‘ des Präsidenten an der Macht. Sie wollen alle Kanäle kontrollieren.“<sup>892</sup>

Die von Porošenko im Zusammenhang mit dem Zurückdrängen des Einflusses von Kolomojs'kyj heraufbeschworene „Deoligarchisierung“ habe in Anbetracht der Politik Porošenkos und dessen wahren Absichten nichts anderes bedeutet, als dass den einen Oligarchen etwas weggenommen würde, um es anderen Oligarchen zu geben.<sup>893</sup> Letztlich, so Kolomojs'kyj, sei es Porošenko, der die verfassungsmäßige Ordnung längst verlassen und seine eigentlichen Kompetenzen maßlos überschritten habe, darum gegangen, seine Macht auszubauen.<sup>894</sup> So habe das Vorgehen gegen Korban, das Kolomojs'kyj als persönliche Attacke gegen sich selbst wertete, ausschließlich politische Gründe gehabt. Diese bestanden darin, dass die von Korban geführte und von Kolomojs'kyj mitfinanzierte Partei UKROP<sup>895</sup> ein überraschend gutes Ergebnis bei den Kommunalwahlen im Herbst 2015 einfahren konnte und daraus den Anspruch ableitete, auch als „große patriotische Opposition“<sup>896</sup> ins Parlament einzuziehen. Porošenkos Partei habe es aber abgelehnt mit UKROP zu kooperieren. Stattdessen habe man damit begonnen, die Partei zu bekriegen, was „schlecht für die patriotischen Kräfte und schlecht für die Ukraine“<sup>897</sup> sei. Am schärfsten formulierte Kolomojs'kyj seine Kritik schließlich Ende Dezember 2015 in einem Interview für die US-amerikanische Zeitung

---

<sup>892</sup> LB.ua, 30.11.2015 [Fn. 866].

<sup>893</sup> Vgl. LB.ua, 03.12.2015 [Fn. 867].

<sup>894</sup> Vgl. ebd.

<sup>895</sup> Hennadij Korban, der damalige Parteivorsitzende von UKROP bestätigte in einem Interview im August 2015, dass Kolomojs'kyj die Partei mitfinanzieren würde. Einfluss auf Entscheidungen der Partei habe Kolomojs'kyj aber nicht. Vgl. UNIAN.net: „Kolomojskij - odin iz donorov UKROPa, no vse rešenija v partii prinimaet politsovet – Korban“ [Kolomojs'kyj ist einer der Geldgeber von UKROP, aber alle Entscheidungen trifft der Parteivorstand – Korban], 26.08.2015: <https://www.unian.net/politics/1115626-kolomoyskiy-odin-iz-donorov-ukropa-no-vse-resheniya-v-partii-prinimaet-politsovet-korban.html> [25.01.2024].

<sup>896</sup> LB.ua, 30.11.2015 [Fn. 866].

<sup>897</sup> Ebd.



*Politico*, in dem er Porošenko als „Usurpator“ bezeichnete, der sich von Janukovyč lediglich darin unterscheidet, dass er gebildet sei:

„Porošenko hat eine gute Ausbildung genossen, er spricht gutes Englisch und hat keine Vorstrafen. (...) Janukovyč ist ein Lumpen-Diktator gewesen, Porošenko ist ein gebildeter Usurpator, ein Sklave und eine Geisel seines absoluten Herrschaftsanspruchs.“<sup>898</sup>

### 8.1.2. Die Berichterstattung des Online-Mediums *Glavred*

Die Berichterstattung der zu Kolomojs'kyjs Mediengruppe *I+I* gehörenden Online-Zeitung *Glavred*<sup>899</sup> im hier betrachteten Untersuchungszeitraum<sup>900</sup> spiegelte in vielerlei Hinsicht die öffentliche Selbstdarstellung Kolomojs'kyjs wider und zeichnete ein durchweg positives Bild des Oligarchen. Kritische oder gar negative Erwähnungen Kolomojs'kyjs lassen sich in der Berichterstattung dementsprechend nicht identifizieren. Ebenso wenig wurden öffentliche Vorwürfe gegen Kolomojs'kyj, die insbesondere im Zusammenhang des Konflikts zwischen ihm und der politischen Führung im Laufe des Jahres 2015 auftraten, in irgendeiner Weise aufgegriffen. Stattdessen erfuhren Kolomojs'kyjs Handlungen und Statements Zustimmung und wurden ausführlich gewürdigt. So erfuhr der Leser zum Beispiel direkt im Anschluss an Kolomojs'kyjs Ernennung zum Gouverneur von Dnipropetrovs'k, dass Kolomojs'kyj nicht nur vorgehabt habe, seine ukrainischen Sprachkenntnisse zu verbessern, sondern auch, dass er zu seinem Arbeitsplatz ohne das sonst für höhere Staatsbedienstete typische „Kortège“ gefahren sei und er ferner auch nicht geplant habe, sein persönliches Sicherheitspersonal zu verstärken.<sup>901</sup> Neben derartiger boulevardesker Randbemerkungen schrieb *Glavred* regelmäßig aber zum Beispiel auch über Kolomojs'kyjs Absichten, die Korruption in der Region Dnipropetrovs'k zu bekämpfen<sup>902</sup>, über arbeitnehmerfreundliche Positionen des Oligarchen<sup>903</sup> sowie Kolomojs'kyjs Verdienste bei der Landesverteidigung und seinen damit einhergehenden Beiträgen zur Schaffung von Stabilität und Ordnung in der Ukraine: So berichtete das Medium

---

<sup>898</sup> *Politico*, 21.12.2015 [Fn. 868].

<sup>899</sup> Die Online-Zeitung *Glavred* (<https://glavred.info/>) ist Teil der Unternehmungsgesellschaft *Ukrajins'ke Nezaležne Informacijne Agentstvo Novyn (UNIAN)* und gehört zur der von Kolomojs'kyj kontrollierten Mediengruppe *I+I*. Ein gleichnamiges und ebenfalls von *Glavred* herausgegebenes wöchentliches Printmagazin wurde im Jahr 2010 eingestellt. Vgl. Detektor Media: „Glavred-media: pryzupynjaj vypusk žurnalu ‚Glavred‘“ [„Glavred-Media“ stellt das Journal „Glavred“ ein], 21.12.2010: <https://detector.media/withoutsection/article/58602/2010-12-21-glavred-media-prizupynjaj-vipusk-zhurnalu-glavred/> [25.01.2024].

<sup>900</sup> Die Analyse der Berichterstattung von *Glavred* umfasst 161 Artikel, die zwischen Januar 2014 und Dezember 2015 erschienen sind und das Stichwort „Kolomojs'kyj“ bzw. „Kolomojskij“ enthalten. Der Zugriff auf diese Artikel erfolgte über die Volltextdatenbank *Integrum*.

<sup>901</sup> Vgl. *Glavred*: „Kolomojskomu toržestvenno vručili ključy ot Dnepropetrovskoj OGA“ [Kolomojs'kyj wurde feierlich der Schlüssel zum Gebäude der Regionalverwaltung von Dnipropetrovs'k übergeben], 04.03.2014.

<sup>902</sup> Vgl. *Glavred*: „Kolomojskij otpravljaet činovnikov v Kitaj izučat' opyt kazni korrupcionerov“ [Kolomojs'kyj schickt Beamte nach China, um dort Erfahrungen im Umgang mit korrupten Beamten zu studieren], 29.05.2014.

<sup>903</sup> Vgl. *Glavred*: „Kolomojskij prizval biznesmenov ustanovit' ne menee 20% nadbavki dlja rabotnikov“ [Kolomojs'kyj hat Unternehmer aufgefordert, nicht weniger als 20% Zuschläge zu zahlen], 19.04.2014.

unter anderem mit voller Überzeugung darüber, dass Kolomojs'kyjs früher und eindringlicher Appell an Hennadij Kernes, den damaligen Bürgermeister der Stadt Charkiw, ausschlaggebend dafür gewesen sei, dass in Charkiw, anders als in Luhansk und Donezk, Ruhe und Ordnung herrschte.<sup>904</sup> Ferner berichtete *Glavred* darüber, dass Kolomojs'kyj auf eigene Kosten Treibstoff für Teile ukrainischen Streitkräfte gekauft habe<sup>905</sup> und dass er in Dnipropetrovs'k eine „neue ukrainische Armee“ entstehen ließ, was unter anderem von Michail Saakašvili, dem früheren Präsidenten Georgiens, positiv kommentiert wurde:

„Der neue Prototyp der ukrainischen Armee entsteht in Dnipropetrovs'k – das ist die Zukunft, der Grundstock der ukrainischen Streitkräfte und Sicherheitsorgane. Der Krieg findet dort statt, wo es ein Machtvakuum gibt, wo die Sicherheitsstrukturen schlecht organisiert sind, wo es niemanden gibt, der die öffentliche Ordnung verteidigt. Dnipropetrovs'k hat diesbezüglich ein Wunder vollbracht.“<sup>906</sup>

Wie alle Handlungen und Äußerungen Kolomojs'kyjs fand schließlich auch seine Ankündigung, einen elektrischen Zaun an der Grenze zu Russland errichten zu wollen, deutlichen Zuspruch in der Berichterstattung von *Glavred*. Ein solcher Grenzzaun sei aufgrund der von Russland ausgehenden Aggression gegen die Ukraine gerechtfertigt und reflektiere vor allem auch den von der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einer angemessenen Reaktion auf das Eindringen von Milizen, Waffen und Schmuggelwaren aus Russland.<sup>907</sup> Bezug genommen wurde dabei vor allem auf Äußerungen von Ukrainerinnen und Ukrainer in sozialen Netzwerken.

Kolomojs'kyj erfuhr in der Berichterstattung von *Glavred* uneingeschränkte Unterstützung und wurde als patriotischer Geschäftsmann dargestellt, der selbstlos im Interesse seines Vaterlandes Verantwortung übernommen habe. Dies drückte sich neben seinen Handlungen in Dnipropetrovs'k laut *Glavred* unter anderem auch darin aus, dass Kolomojs'kyjs sich auch auf der von Russland annektierten Krim für die Interessen der Ukrainer einsetzte und all jene Landsleute, die Vermögen auf der Halbinsel verloren hätten, dabei unterstützen wollte,

---

<sup>904</sup> Vgl. *Glavred*: „Pokušenie na Kernesu ustroili iz Rossii – politolog“ [Politolog: Attentat auf Kernes wurde in Russland organisiert], 28.04.2014; sowie: *Glavred*: „Turčinov rasskazal o navjazčivoj idee Putina i planach rossijskogo vtorženija v Ukrainu“ [Turčinov sprach über Putins Besessenheit und Pläne für eine russische Invasion in der Ukraine], 28.06.2014.

<sup>905</sup> Vgl. *Glavred*: „Kolomojskij kupil gorjučee dlja voennyh častej Južnogo operativnogo komandovanija“ [Kolomojs'kyj hat Treibstoff für Militäreinheiten des operativen Komandos Süd gekauft], 14.03.2014.

<sup>906</sup> *Glavred*: „Scenarij Putina po raskolu Ukrainy razbilsja na Dnepropetrovsčine – Saakašvili“ [Putins Szenario zur Spaltung der Ukraine ist in der Region Dnipropetrovs'k gescheitert – Saakašvili], 14.05.2014.

<sup>907</sup> Vgl. *Glavred*: „Kolomojskij predložil Porošenko postroit' zagraždenie na granice s Rossiej“ [Kolomojs'kyj hat Porošenko den Bau eines Zauns an der Grenze zu Russland vorgeschlagen], 13.06.2014; sowie *Glavred*: „Ot subboty do subboty. Cena ‚miroljubija‘ Putina, naznačenija Porošenko, ugroza gazovoj vojny“ [Von Samstag bis Samstag. Der Preis für Putins „friedfertigkeit“, Porošenko Ernennung, die Gefahr eines Gas-Krieges], 14.06.2014.

international gerichtlich gegen Russland vorzugehen.<sup>908</sup> Andere Oligarchen wurden Kolomojs'kyj indes als negative Gegenbeispiele gegenübergestellt. So schrieb das Medium etwa im April 2014:

„Längst nicht alle Oligarchen haben sich unter den Bedingungen einer externen Kriegsgefahr als Patrioten erwiesen. Wenn man sich bei Dmytro Firtaš (...) keine Illusionen machen brauchte, so hat sich gezeigt, dass die Position Achmetovs weit davon entfernt ist, die nationalen Interessen zu verteidigen. Seine Forderung ‚den Donbas zu respektieren‘ ist zumindest nicht weitsichtig für einen Milliardär, der der reichste Mensch in Osteuropa und der Ukraine ist. (...) Verantwortung hat lediglich Ihor Kolomojs'kyj in Dnipropetrovs'k übernommen.“<sup>909</sup>

Vor allem Rinat Achmetov geriet dabei immer wieder in die Schusslinie von *Glavred*. Insbesondere er sollte sich ein Beispiel an Kolomojs'kyj nehmen und seinen Einfluss im Donbas nutzen, um die Region zu stabilisieren:

„Achmetov ist der größte Oligarch des Landes. Er muss seine Position nutzen, um auch der größte Sicherheitsgarant im Osten zu werden. Sollte er sich ruhig ein Beispiel an Kolomojs'kyj nehmen. Aber im Moment bestehen gegenüber ihm eine ganze Reihe an unbequemen Fragen.“<sup>910</sup>

Achmetovs öffentliche Distanzierungen vom Separatismus sowie dessen Bekenntnisse zur Einheit der Ukraine wurden dabei als eigennützige, jedoch wirkungslose Druckmittel seitens des Oligarchen charakterisiert:

„Es ist offensichtlich, dass Rinat Achmetov ein Interesse daran hat, dass man in der Hauptstadt auf ihn hört. Aber dafür reicht es nicht, Sirenen ertönen zu lassen und andere visuelle Effekte zu produzieren. Dafür braucht es reale Handlungen, die keine zweideutigen Interpretationen zulassen. Rinat Leonidovič [Achmetov] muss sich entweder auf den Pfad von Ihor Kolomojs'kyj begeben und tatsächlich den Separatismus bekämpfen und dafür Truppen aufstellen. Oder er setzt weiterhin auf seinen Einfluss auf die lokalen Sicherheitskräfte (...), die bis zuletzt keinerlei Effektivität gezeigt haben. (...) Wenn man es in der für Achmetov verständlichen Sprache des Fußballs ausdrücken will: Der Ball befindet sich in seiner Hälfte und das entscheidende Spiel besteht darin, ob es gelingt, die Präsidentschaftswahl in den Regionen Donezk und Luhansk abzuhalten. Von der Wähleraktivität der lokalen Bevölkerung und der Fähigkeit der Sicherheitsorgane, Provokationen zu unterbinden, hängt am Ende die Bereitschaft Kiews ab, die ‚Stimme des Donbas‘ zu hören.“<sup>911</sup>

Ein Jahr nach dem Ausbruch des Krieges im Donbas gelangte *Glavred* schließlich zu dem Fazit, dass es auch in Achmetovs Macht gelegen hätte, den Krieg zu verhindern:

„Übrigens, an dem Geschehenen trägt auch der ‚Herr des Donbass‘ Schuld. Die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die russische Propaganda lügt, hätte in seiner Macht gestanden. Die

---

<sup>908</sup> Vgl. *Glavred*: „Kolomojskij sobiraetsja ob'edinit' ukraincev, kotorye poterjali svoi investicii v Krymu“ [Kolomojs'kyj möchte Ukrainer zusammenführen, die ihre Investitionen auf der Krim verloren haben], 13.07.2014.

<sup>909</sup> *Glavred*: „Agressija Rossii i reakcija Zapada: kak Ukraine prosti'sja s illuzijami“ [Russlands Aggression und die Reaktion des Westens: Wie die Ukraine sich von Illusionen verabschieden kann], 16.04.2014.

<sup>910</sup> *Glavred*: „Taras Berezovec: Krym - èto lovuška dlja režima Putina“ [Taras Berezovec: Die Krim ist eine Falle für das Putin-Regime], 23.04.2014.

<sup>911</sup> *Glavred*: „Gudkom i memorandumom: smožet li Donbass poborot' separatizm“ [Gudkom und Memorandum: Wird der Donbas den Separatismus überwinden können?], 21.05.2014.

notwendigen Handlungen dafür hat Achmetov aber nicht unternommen – entweder, weil er mit Kiew verhandeln wollte, oder weil er nicht an den Krieg geglaubt hat.“<sup>912</sup>

Auch im weiteren Verlauf des Betrachtungszeitraums setzte sich der generelle Duktus der Berichterstattung fort. Über die Vorgänge um die Unternehmen *Ukrnafta* und *Ukrtransnafta* sowie die damit einhergegangenen Konflikte zwischen Kolomojs'kyj und der politischen Führung berichtete *Glavred* überwiegend deskriptiv und wertneutral. Kolomojs'kyjs öffentliche Stellungnahmen wurden dabei häufig direkt und ausführlich zitiert.<sup>913</sup> Alternative Sichtweisen, die Kolomojs'kyjs Positionen und Interpretationen der Ereignisse in Zweifel zogen oder diesen gar widersprachen, Geschäftspraktiken hinterfragten oder Vorwürfe der illegalen Bereicherung auf Kosten der Staatskasse zur Sprache brachten, kamen in der Berichterstattung von *Glavred* nicht vor.

Mit seinem Abtritt als Gouverneur von Dnipropetrovs'k setzte sich die insgesamt sehr positive Berichterstattung über Kolomojs'kyjs fort. Wie auch die Selbstdarstellung Kolomojs'kyjs betonte *Glavred* dabei zunächst, dass es keinen Konflikt zwischen Kolomojs'kyjs und Präsident Porošenko gegeben hätte:

„Ohne Zweifel – Ihor Valer'evič Kolomojs'kyj hat in einer für den Staat schweren Zeit einen Posten übernommen und dem Druck standgehalten. Und sofern ich es verstehe, hat der Präsident keine Beanstandungen am Vorsitz der Dnipropetrovs'ker Gebietsverwaltung gehabt.“<sup>914</sup>

Mit lobenden Worten für Kolomojs'kyjs Arbeit als Leiter der Dnipropetrovs'ker Gebietsverwaltung wurde unter anderem auch Anton Geraščenko, zum damaligen Zeitpunkt Parlamentsabgeordneter und Berater von Innenminister Arsen Avakov, zitiert:

„Kolomojs'kyj und seine Mannschaft – Hennadij Korban, Boris Filatov, Svjatoslav Olejnik und viele andere Dnipropetrovs'ker Patrioten, die sie zusammengebracht haben, haben eine echte Heldentat im Frühling und Sommer des vergangenen Jahres vollbracht, als sie die prorussischen Kräfte daran gehindert haben, ihre ‚Party‘ zu veranstalten, nicht nur in Dnipropetrovs'k, sondern auch im Gebiet Zaporizžja. (...) Man sagt, dass es in Dnipropetrovs'k im Unterschied zu Donezk, Luhansk und Charkiw keine Erstürmung der Gebietsverwaltung gegeben hatte, weil eine Reihe von russischen Agenten im Auftrag des GRU (...) sofort nach Kolomojs'kyjs Ernennung zu einem Spaziergang in den Wald gebracht wurden. Dort wurden mit ihnen Aufklärungsarbeit zum Thema

---

<sup>912</sup> Glavred: „Opublikovan rejting 10 samych bogatych ukraincev“ [Rating der zehn reichsten Ukrainer veröffentlicht], 29.04.2015.

<sup>913</sup> Vgl. Glavred: „Kolomojskij rasskazal o skandale v ‚Ukrtransnafte‘ i izvinilsja pered žurnalistami“ [Kolomojs'kyj sprach über den ‚Ukrtransnafta‘ Skandal und entschuldigt sich bei Journalisten], 21.03.2015.; Glavred: „Kolomojskij rasskazal, počemu smena rukovodstva ‚Ukrtransnafty‘ možet navredit' nachezopasnosti Ukrainy“ [Kolomojs'kyj erklärt, warum der Wechsel in der Leitung von Ukrtransnafta der nationalen Sicherheit der Ukraine schaden kann], 22.03.2015; Glavred: „Kolomojskij predložil Porošenko provesti konkurs na dolžnost' glavy ‚Ukrtransnafty‘ – Korban“ [Kolomojs'kyj hat Porošenko vorgeschlagen, ein Auswahlverfahren für den Leitungsposten von ‚Ukrtransnafta‘ durchzuführen – Korban], 23.03.2015.

<sup>914</sup> Glavred: „U Porošenko ne bylo pretenzij k gubernatorstvu Kolomojskogo – deputat“ [Porošenko hatte an der Gouverneursarbeit Kolomojs'kyjs nichts auszusetzen – Abgeordneter], 25.02.2024.

wie man die Ukraine zu lieben hat verrichtet. Und die Gefahr des Separatismus am Dnipro war im Handumdrehen verschwunden.“<sup>915</sup>

Nahezu überschwänglich berichtete *Glavred* Ende März 2015 dann schließlich von einer Art inoffiziellen öffentlichen Abschiedszeremonie für Kolomojs'kyj in Dnipropetrovs'k:

„Genau hier [in Dnipropetrovs'k] wurden die ersten Freiwilligenbataillone gebildet, die dem Aggressor Widerstand geleistet haben. Sie wurden ausgestattet auf Kosten der lokalen Geschäftsmänner, um sich dem Feind in den Weg zu stellen – anders als die zu diesem Zeitpunkt zugrunde gerichtete und demoralisierte Armee. Später wurde Dnipropetrovs'k ein echtes logistisches Zentrum des Krieges im Donbas. Hier hat man die Kämpfer ausgebildet, Verletzte behandelt und an die Front Kolonnen mit Treibstoff und Lebensmitteln geschickt. Die örtlichen Geschäftsmänner haben das zusammengeflickt, was der Staat nicht hinbekommen hat. Sie haben Helme, schusssichere Westen und andere Ausrüstung gekauft.“<sup>916</sup>

Mehrfach erwähnte *Glavred* dabei, wie Kolomojs'kyj sich im Zuge der Veranstaltung, die zugleich eine Demonstration „für die Einheit der Ukraine“ darstellte, für die Unterstützung bedankte, die er während seiner Zeit als Gouverneur von der Bevölkerung erhalten habe, wie er und „seine Mannschaft“ zugleich von den Teilnehmern der Veranstaltung für ihre Verdienste gelobt wurden und wie wichtig seine Gouverneurstätigkeit für die Stabilität der Region gewesen sei:

„Dank Kolomojs'kyj wurde Dnipropetrovs'k zum zentralen Pfeiler der Verteidigung der territorialen Integrität der Ukraine. Aufgrund seiner Haltung ist das ‚Neurussland‘-Projekt des Kremls, das alle südlichen und östlichen Regionen der Ukraine, auch Dnipropetrovs'k, umfassen sollte, de-facto gestorben. Kolomojs'kyj hatte sich angeboten, die Oblast' unter seine Kontrolle zu bringen, just in dem Moment, als es auf den Straßen von Dnipropetrovs'k zu Auseinandersetzungen zwischen proukrainischen Aktivisten und Anhängern des Antimajdams kam. Nach einigen Personalentscheidungen beruhigte sich die Situation umgehend. Kolomojs'kyjs war der erste Großunternehmer, der bereit war, eine Gebietsadministration zu leiten. Es ist bezeichnend, dass andere Kaventsmänner, zum Beispiel Aleksandr Jaroslavskij in Charkov oder Rinat Achmetov in Donezk, keine Verantwortung für ihre Regionen übernehmen wollten.“<sup>917</sup>

Unterstützung erfuhr Kolomojs'kyj von *Glavred* schließlich auch mit Blick auf die Festnahme und Verhaftung von Hennadij Korban und der in diesem Zusammenhang offen zu Tage getretenen Eskalation des Konfliktes zwischen Kolomojs'kyj und Präsident Porošenko. Auch hier zeigte sich sehr deutlich, wie stark sich die öffentliche Selbstdarstellung Kolomojs'kyjs in der Berichterstattung von *Glavred* widerspiegelte. Kolomojs'kyjs öffentliche Stellungnahmen, in denen er seine Sicht auf den Sachverhalt zum Ausdruck brachte und insbesondere betonte,

---

<sup>915</sup> Glavred: „Sovetnik glavy MVD priznal: Kolomojskij i ego komanda soveršili nastojaščij podvig“ [Berater des Innenministers gibt zu: Kolomojs'kyjs und sein Team haben eine wahre Meisterleistung vollbracht], 25.03.2015.

<sup>916</sup> Glavred: „Kolomojskij ušel s posta gubernatora, no Dnepropetrovsčina ostanetsja bastionom na vostoce Ukrainy“ [Kolomojs'kyj ist als Gouverneur zurückgetreten, aber Dnipropetrovs'k bleibt ein Bollwerk im Osten der Ukraine], 25.03.2015.

<sup>917</sup> Glavred: „Za god Kolomojskij sochranil mir na Dnepropetrovsčine i stal ličnym vragom Putina“ [In einem Jahr hat Kolomojs'kyj den Frieden in Dnipropetrovs'k gesichert und wurde ein persönlicher Feind Putins], 25.03.2015.

dass es sich um eine politisch motivierte Verfolgung Korbans handelte, wurden dabei erneut ausführlich und widerspruchlos zitiert. Der Grund, warum gerade Kolomojs'kyj – und nicht etwa Achmetov, Pinčuk oder Firtaš – in Ungnade des Präsidenten gefallen sei, habe laut *Glavred* einzig und allein darin bestanden, dass Kolomojs'kyj im Unterschied zu sämtlichen anderen Oligarchen sich geweigert habe, mit Porošenko zu kooperieren und den Platz einzunehmen, den der Präsident für ihn vorgesehen hätte.<sup>918</sup>

### 8.1.3. Kolomojs'kyjs Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten

Anders als zum Beispiel Rinat Achmetov oder Viktor Pinčuk hat Kolomojs'kyj nie eine eigene Stiftung finanziert, die systematisch Wohltätigkeitsarbeit verrichtete. Allerdings trat Kolomojs'kyj in der Zeit vor dem Euromajdan und der anschließenden gewaltsamen Eskalation des Konfliktes im Donbas in unterschiedlichen Bereichen als Mäzen und Sponsor in Erscheinung, insbesondere in seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k. Dies betrifft zunächst Kolomojs'kyjs Rolle als aktives Mitglied und Förderer der ukrainischen jüdischen Gemeinde in Dnipropetrovs'k, wo Kolomojs'kyj mit dem im Jahr 2012 eröffneten *Menorah Center* eines der größten jüdischen Gemeindezentren der Welt errichten ließ.<sup>919</sup> Das jüdische Kulturzentrum umfasst neben der Hauptsynagoge der Stadt Dnipro, der 1852 errichteten sogenannten Goldenen-Rosen-Synagoge, unter anderem ein Hotel, eine Konzerthalle, ein jüdisches Restaurant sowie ein Museum zur jüdischen Geschichte und dem Holocaust in der Ukraine. Kolomojs'kyj, der zwischen den Jahren 2008 und 2014 als Präsident der Vereinigten Jüdischen Gemeinde in der Ukraine (*Ob'ednana evrejs'ka obščina Ukrajin*) amtierte, soll zusammen mit seinem Geschäftspartner Hennadij Boholjubov den Bau des Zentrums finanziert haben. Über die Höhe der Baukosten des Gebäudes, das nicht nur durch seine Namensgebung, sondern auch durch seine Bauweise an die Menora, einem der wichtigsten religiösen Symbole des Judentums, erinnert, gibt es keine gesicherten Informationen. Medienberichten zufolge soll Kolomojs'kyj jedoch 60 bis 80 Millionen US-Dollar für den Bau des Gemeindezentrums aufgebracht haben.<sup>920</sup>

Ein zweiter Bereich, in dem Kolomojs'kyj als Mäzen bereits lange vor dem hier betrachteten Zeitraum tätig gewesen war, stellte der Sport und insbesondere der Fußball dar. Auch hier konzentrierte sich Kolomojs'kyj auf seine Heimatstadt, die im Zuge der

---

<sup>918</sup> Vgl. Glavred: „Kolomojskij ob'jasnil, počemu popal pod udar Prezidenta“ [Kolomojs'kyj hat erklärt, wie er in die Schusslinie des Präsidenten geriet], 21.12.2015.

<sup>919</sup> Vgl. KyivPost: „New beacon spurs revival of Jewish life in Dnipropetrovsk“, 22.11.2012: <https://archive.kyivpost.com/lifestyle/new-beacon-spurs-revival-of-jewish-life-in-dnipropetrovsk-316573.html> [25.01.2024].

<sup>920</sup> Vgl. ebd.

Dekommunisierungsgesetze 2016 von Dnipropetrovs'k in Dnipro umbenannt wurde. Neben Beteiligungen Kolomojs'kyjs an den Fußballvereinen *FK Arsenal Kyjiw*, *FK Kryvbas Kryvyj Rih*, *FK Volyn Lutsk* und dem Basketballklub *BK Dnipro* stach Kolomojs'kyjs hier vor allem als Mäzen des Fußballklubs *FK Dnipro* hervor. Der *FK Dnipro* galt als klassischer Werksklub, der 1918 zunächst von Studenten eines Technikums gegründet wurde, aus dem Arbeiter für das Eisenhüttenwerk namens *Petrovsk (Metallurhičeskij zavod imeni Petrovskogo)* rekrutiert wurden. 1961 wechselte der Verein, der zwischenzeitlich auch die Namen „Petrovec“, „Stal“ und „Metallurg“ trug, in den Besitz der Produktionsvereinigung Südlicher Maschinenbauwerke (JUŠMAŠ). Mit der Finanzierung von JUŠMAŠ entwickelte sich *Dnipro* neben *Shakhtar Donetsk* und *Dynamo Kyiv* ab den 1970er Jahren zu einem der erfolgreichsten ukrainischen Fußballvereine der Sowjetunion und gewann in den Jahren 1983 und 1988 die Meisterschaft der höchsten sowjetischen Fußballliga. In den 1990er-Jahren fiel der Traditionsverein, der ab 1987 als erster Fußballklub der Sowjetunion bereits eigenverantwortlich wirtschaftete und somit als erster professioneller Fußballklub der Sowjetunion galt,<sup>921</sup> in den Besitz der Privat-Gruppe Kolomojs'kyjs. Kolomojs'kyj selbst wurde 1998 Präsident des Klubs. Dank seiner Investitionen, über deren Höhe keine Informationen vorliegen, gehörte der Klub neben den Rivalen aus Donezk und Kyjiw auch in der Folgezeit zu den drei erfolgreichsten Fußballklubs der Ukraine. Seinen größten Erfolg in der Vereinsgeschichte feierte der Klub, der ab 2008 seine Heimspiele in der neu errichteten, von Kolomojs'kyjs Privat-Gruppe in Höhe von etwa 40 bis 65 Millionen Euro finanzierten *Dnipro-Arena*<sup>922</sup> ausgetragen hat, schließlich mit dem Einzug in das Finale der *Europa League* der europäischen Fußballvereinigung *UEFA* im Jahr 2015. Bereits ein Jahr später geriet *Dnipro* jedoch in finanzielle Schwierigkeiten und stoppte die Zahlung von Trainer- und Spielergehältern. Da der Klub trotz mehrfacher Anordnungen durch den internationalen Fußballverband *FIFA* seine Gehaltsschulden nicht beglich, erfolgte 2017 der Zwangsabstieg in die dritthöchste ukrainische Fußballliga und somit zugleich das Ausscheiden aus dem Profisport. 2019 wurde schließlich bekannt, dass der Klub sich vom Amateurspielbetrieb zurückgezogen und sich somit faktisch aufgelöst hatte.<sup>923</sup>

Spätestens mit dem Beginn der Krise des *FK Dnipro* ab 2016 wurde gemutmaß, dass Kolomojs'kyj im Zuge der Eskalation beziehungsweise der russischen Aggression im Donbass das Interesse an der Finanzierung eines Fußballvereins verloren habe. Tatsächlich lässt sich

---

<sup>921</sup> Vgl. Veth (2016): S. 163.

<sup>922</sup> Über die genauen Baukosten der *Dnipro-Arena*, die von dem deutschen Baukonzern *Hochtief* errichtet wurde, gibt es keine Informationen.

<sup>923</sup> Vgl. Sport.nv.ua: „FK Dnepr Kolomojskogo prekratil suščestvovanie — SMI“ [FK Dnipro von Kolomojs'kyj hat den Betrieb eingestellt], 15.06.2019: <https://nv.ua/sport/football/dnepr-prekratil-svoe-sushchestvovanie-50029994.html> [25.01.2024].

eine Prioritätenverschiebung der Sponsoringaktivitäten Kolomojs'kyjs feststellen, die mit dem Beginn des gewaltsamen Konflikts im Donbas einsetzte. Zwar blieb Kolomojs'kyj als Mäzen auch weiterhin im Bereich des Fußballs aktiv, allerdings in einem überschaubaren und öffentlich wenig sichtbarem Maße. Den 2017 und somit zeitgleich mit dem Beginn des Niedergangs des Traditionsvereins *FK Dnipro* neu gegründeten Fußballklub *Dnipro-1*, der seit seiner Gründung seine Heimspiele anstelle des *FK Dnipro* in der *Dnipro-Arena* austrägt, soll Kolomojs'kyj jährlich mit etwa einer Millionen US-Dollar finanzieren haben.<sup>924</sup> Auch in anderen Sportarten rückte Kolomojs'kyj mit der Eskalation des Konfliktes im Osten der Ukraine von umfassenden Investitions- und Sponsoringplänen ab.<sup>925</sup> Weitaus umfangreicher und somit zugleich auch ein Belge für eine tatsächliche Prioritätenverschiebung Kolomojs'kyjs war fortan seine Finanzierung von freiwilligen Milizen und Polizeieinheiten in Dnipropetrovs'k. Freiwilligenbataillone wurde in der Ukraine vor allem zu Beginn des Krieges im Donbas eine sehr wichtige Rolle zugeschrieben. Während das ukrainische Militär aufgrund jahrelanger Unterfinanzierung, Korruption, Patronage und auch durch Infiltrierung aus Russland bereits mit Beginn der plötzlichen Eskalation des Konfliktes im Donbas ab dem Frühjahr 2014 überfordert gewesen war, zeichneten sich die neu gegründeten Freiwilligenbataillone durch ein hohes Maß an Motivation und Mobilisierungsbereitschaft aus.<sup>926</sup> Häufig rekrutierten sich die Mitglieder der Bataillone, die erstmalig zwischen April und Mai 2014 in Erscheinung traten, aus dem Umfeld der Protestbewegung des Majdans und der im Zuge der Proteste geformten Selbstverteidigungseinheiten. Territoriale Verteidigungsbataillone wurden dabei nominell dem Verteidigungsministerium unterstellt, Polizeibataillone, ebenso wie Reservebataillone und Bataillone der Nationalgarde dem Innenministerium. Auch die Bewaffnung erfolgte dementsprechend entweder durch das Verteidigungs- oder das Innenministerium. Finanziert und ausgerüstet wurden diese Bataillone, von denen es insgesamt etwa dreißig gab, allerdings

---

<sup>924</sup> Vgl. Sport.nv.ua: „1 mln dollarov v god. Kolomojskij finansiruet novička ukrainskoj Prem'er-ligi“ [1 Mio. Dollar pro Jahr. Kolomojs'kyj finanziert einen Neuling in der obersten ukrainischen Fußballliga], 15.06.2019: <https://nv.ua/sport/football/1-mln-dollarov-v-god-kolomojskiy-finansiruet-novichka-ukrainskoj-premer-ligi-zhurnalist-50027230.html> [25.01.2024].

<sup>925</sup> Dies betrifft auch den Basketball, der von Kolomojs'kyjs Sohn Gregory professionell betrieben wurde. Ursprünglich plante Kolomojs'kyj, als Hauptsponsor und maßgeblicher Investor für die Ausrichtung der Basketballeuropameisterschaft 2015 in der Ukraine zu fungieren. Das von Kolomojs'kyj eigens gegründete Unternehmen *United Basketball Investments* sollte hierzu durch staatliche Kredite in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro Multifunktionshallen in Kyjiw, Dnipropetrovs'k, Odessa und L'viv errichten. Durch den Krieg in der Ukraine wurde der Austragungsrecht der Basketballeuropameisterschaft jedoch wieder entzogen. Vgl. hierzu auch: Kyiv Post: „Kolomoisky to build arena for EuroBasket 2015 at Kyivhuma plant“, 16.07.2013: <https://archive.kyivpost.com/article/content/business/kolomoisky-to-build-arena-for-eurobasket-2015-at-kyivhuma-plant-327051.html> [25.01.2024].

<sup>926</sup> Vgl. Puglisi, Rosaria (2015): Heroes or Villains? Volunteer Battalions in Post-Maidan Ukraine, IAI Working Papers 15, März 2015, S. 5: <http://www.iai.it/sites/default/files/iaiw1508.pdf> [25.01.2024].



zunächst ausschließlich durch Spenden aus der Zivilgesellschaft und von Unternehmern.<sup>927</sup> Kolomojs'kyj, der als Gründer und Hauptfinanzier der Polizeibataillone *Dnipro-1* und *Dnipro-2* galt, wurde hierbei eine besonders starke Rolle zugeschrieben. Genaue Angaben darüber, in welcher Höhe Kolomojs'kyj den Aufbau dieser und eventuell weiterer Bataillone finanziert hat, gibt es nicht. Schätzungen in Medienberichten gehen allerdings davon aus, dass er zumindest in den ersten Kriegsmonaten bis zu 10 Millionen US-Dollar monatlich für die Finanzierung von bewaffneten Truppen aufgebracht haben soll.<sup>928</sup> Die Region Dnipropetrovs'k, auf die sich Kolomojs'kyjs finanzielle Unterstützung von Freiwilligenbataillonen konzentriert hat, soll vor allem auch durch Kolomojs'kyj in der Lage gewesen sein, in den ersten Monaten des bewaffneten Konflikts über 2.000 Mann in Kampfbereitschaft verfügt zu haben. Zur gleichen Zeit sollen in der gesamten Ukraine indes lediglich 6.000 von offiziell insgesamt 80.000 Soldaten kampfbereit gewesen sein.<sup>929</sup> Nach einer anfänglichen Kurzausbildung, für die Kolomojs'kyj Militärberater aus Georgien und Rumänien engagiert haben soll, sollen die beiden Bataillone schließlich erstmals ab Mai 2014 außerhalb der Region Dnipropetrovs'k tätig gewesen sein und aktiv an der sogenannten Anti-Terror-Operation (ATO) teilgenommen haben.<sup>930</sup>

Die Relevanz der ukrainischen Freiwilligenbataillone ist mit Blick auf die Frühphase der Kampfhandlungen im Donbas sowie ihre Rolle bei der Stabilisierung der an den Donbas angrenzenden ukrainischen Regionen unbestritten. Unklar ist jedoch, inwieweit die von Oligarchen finanzierten Bataillone allgemein und speziell die von Kolomojs'kyj bezahlten proukrainischen Milizen darüber hinaus auch als „Privatarmeen“ im Interesse ihres jeweiligen Sponsors agiert haben. Medien, vor allem Propaganda aus Russland, berichteten häufig von einer „Privatarmee Kolomojs'kyjs“<sup>931</sup>. Diese habe primär das Ziel verfolgt, die Privatinteressen des Oligarchen zu bedienen, und habe somit der Tradition von Schlägertrupps gefolgt, die vor allem in den 90er- und den frühen 2000er-Jahren von Oligarchen angeheuert wurden, um sogenannte Raider-Attacken auf Geschäftskonkurrenten zu verüben.

---

<sup>927</sup> Vgl. Puglisi (2015): S. 5f. sowie Schneckener, Ulrich (2014): Das Dilemma der Milizen. Ukrainische Freiwilligenbataillone und das Gewaltmonopol, in: OSTEUROPA, 64. Jg., Nr. 9–10, 135–164, hier S. 142.

<sup>928</sup> Vgl. The Wall Street Journal: „Ukraine’s Secret Weapon: Feisty Oligarch Ihor Kolomoisky“, 27.06.2014: <https://www.wsj.com/articles/ukraines-secret-weapon-feisty-oligarch-ihor-kolomoisky-1403886665> [25.01.2024].

<sup>929</sup> Vgl. ebd.

<sup>930</sup> Vgl. ebd.

<sup>931</sup> Vgl. exemplarisch: tvzvezda.ru: „Armii oligarchov: kak častnye batal’ony Kolomojskogo i Firtša izmenili chod vojny v Donbasse“ [Armeen der Oligarchen: Wie die Privatbataillone von Kolomoisky und Firtash den Verlauf des Krieges im Donbass veränderten], 06.09.2017: <https://tvzvezda.ru/news/201709061523-xhrj.htm> [25.01.2024].

Inwieweit die von Kolomojs'kyj finanzierten Freiwilligenbataillone tatsächlich als Kolomojs'kyjs private Söldner agierten, lässt sich nicht belegen. Es gibt allerdings Hinweise, dass vor allem das Freiwilligenbataillon *Dnipro-1* im Interesse Kolomojs'kyjs aktiv gewesen und zugleich gegen Kontrahenten Kolomojs'kyjs vorgegangen ist: Neben dem Vorwurf, dass Kolomojs'kyj Mitglieder von *Dnipro-1* engagiert habe, um in Reaktion auf Kolomojs'kyjs Einflussverlust den Unternehmenssitz von *Ukrnafta* zu blockieren<sup>932</sup>, betraf dies unter anderem die Blockade von LKW-Konvois im Winter 2014/2015, die im Auftrag des „Humanitären Zentrums“ der Rinat Achmetov-Stiftung Hilfslieferungen in die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete des Donbas durchführen sollten. Die Blockaden, an denen neben *Dnipro-1* auch andere Bataillone beteiligt waren, erfolgten „offiziell“ zunächst aufgrund fehlender Dokumente sowie unter dem Vorwurf, dass die LKW anstelle von humanitären Hilfsgütern in Wahrheit Zigaretten und Spirituosen transportierten und letztlich das Ziel gehabt hätten, die sogenannten Separatisten zu unterstützen.<sup>933</sup> Später wurde eine Weiterfahrt der LKW von Vertretern der Bataillone unter anderem auch an die Forderung geknüpft, dass Hilfslieferungen in die „Separatistengebiete“ nur gegen die Freilassung ukrainischer Gefangener zu erfolgen hätten.<sup>934</sup> Während sich in der Blockade der Hilfslieferungen eventuell unterschiedliche Motive der Bataillone widerspiegelten, wurde vor allem die Beteiligung des von Kolomojs'kyj finanzierten Bataillons *Dnipro-1* als Bestandteil einer „PR-Schlacht“ zwischen Achmetov und Kolomojs'kyj gewertet.<sup>935</sup> Ziel sei es aus Kolomojs'kyjs Perspektive gewesen, Achmetovs Hilfslieferungen in den Donbas zu diskreditieren.

Bekannt ist darüber hinaus ebenso, dass mehrere Freiwilligenbataillone Einfluss auf die Parlamentswahl im Herbst 2014 genommen haben, insbesondere in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbas. Das Bataillon *Dnipro-1* soll dabei in den Städten Kostjantynivka und Krasnoarmijs'k (Pokrov'sk) versucht haben, die lokalen Wahlkommissionen „unter Schutz“ zu nehmen. Außerdem soll das Bataillon mehrere Großbetriebe „besucht“ und dabei unter anderem den Betrieb des Kohlebergwerks *Pokrovs'ke* blockiert haben. Im Ergebnis dieser Blockade habe der Direktor und Mitinhaber des

---

<sup>932</sup> Vgl. *Ukrains'ka Pravda*: „Vchod v ‚Ukrnaftu‘ zablockirovali voozuznennye ljudi. Predstavilis' bojcami ‚Dnepr-1‘“ [Der Zugang zu *Ukrnafta* wurde von bewaffneten Männern blockiert. Sie stellten sich als „Dnipro-1“-Kämpfer vor], 22.03.2015: <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2015/03/22/7062318/> [25.01.2024].

<sup>933</sup> Vgl. *Kyiv Post*: „Dnipro-1 battalion blocks Akhmetov foundation's aid for Donetsk“, 15.12.2014: <https://archive.kyivpost.com/article/content/war-against-ukraine/dnipro-1-battalion-blocks-akhmetov-foundations-aid-for-donetsk-375233.html> [25.01.2024].

<sup>934</sup> Vgl. *Kyiv Post*: „Volunteer battalions block travel of 40 humanitarian trucks routed to Donbas“, 17.12.2014: <https://archive.kyivpost.com/article/content/war-against-ukraine/volunteer-battalions-block-travel-of-40-humanitarian-trucks-routed-to-donbas-375375.html> [25.01.2024].

<sup>935</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „Gumanitarnaja blokada“ [Humanitäre Blockade], 19.12.2014: <https://zn.ua/internal/gumanitarnaya-blokada-.html> [25.01.2024].

Unternehmens, Leonid Bajzarov, vorübergehend auf seine Kandidatur verzichtet. An seiner Stelle gewann das entsprechende Direktmandat letztlich der Unternehmer Evgenij Geller.<sup>936</sup> Geller wurde zuvor drei Mal über einen Listenplatz der Partei der Regionen in die Verchovna Rada gewählt und galt lange Zeit als Vertrauter Achmetovs. Nach seinem Wahlerfolg mit Unterstützung des Bataillons *Dnipro-1* schloss er sich im Parlament der Abgeordnetengruppe *Vidrodžennja* (Wiedergeburt) an, die dem Einfluss Kolomojs'kyjs zuzurechnen gewesen ist.<sup>937</sup>

## **8.2. Charakteristika und Adressaten der Legitimationsstrategie Kolomojs'kyjs nach dem Euromajdan**

Anders als Viktor Pinčuk und Rinat Achmetov, die sich unmittelbar nach der Orangen Revolution beziehungsweise nach der Orangen Revolution und der sogenannten Revolution der Würde Konflikten mit der jeweils neuen politischen Führung der Ukraine ausgesetzt sahen und dabei unter starken öffentlichen Legitimationsdruck gerieten, stand Ihor Kolomojs'kyj nach den Euromajdan-Protesten von 2013/2014 zunächst auf der Seite jener Akteure, die infolge des Sturzes von Präsident Janukovyč einen deutlichen Machtgewinn verzeichnen konnten. Dieser Machtgewinn spiegelte sich bei Kolomojs'kyj vor allem darin wider, dass er von Übergangspräsident Turčynov zum Gouverneur der Region Dnipropetrovs'k ernannt wurde. Die Ernennung Kolomojs'kyjs zum Gouverneur von Dnipropetrovs'k beruhte jedoch nicht darauf, dass er sich zuvor beispielsweise als besonderer Unterstützer der Majdan-Proteste und der im Zuge der Proteste artikulierten politischen Ziele wie Korruptionsbekämpfung oder Integration in die Europäische Union profiliert hätte. Zwar zeigt die Analyse der öffentlichen Selbstdarstellung sehr deutlich, dass Kolomojs'kyj versuchte, sich ex post mit der Protestbewegung des Euromajdan zu solidarisieren und sich als Unterstützer der Proteste zu präsentieren, um seinen Machtgewinn zu legitimieren. Entscheidender erscheint jedoch, dass es Kolomojs'kyj gleichzeitig gelang, sich unmittelbar nach dem Sturz Janukovyčs sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber der Elite – die die personalpolitische Weichenstellung mitgetragen hatte – als vehementer Gegner separatistischer Bestrebungen zu präsentieren und – anders als vor allem Achmetov – klare Positionen im Sinne der territorialen Integrität und politischen Souveränität der Ukraine zu beziehen. Das somit vermittelte Image eines entschiedenen Patrioten wurde kohärent durch die Berichterstattung der von

---

<sup>936</sup> Vgl. Zerkalo Nedeli: „V Donbasse provesti vybory aktivno ‚pomogali‘ dobrovol'českie batal'ony“ [Freiwilligenbataillone „halfen“ aktiv bei der Durchführung von Wahlen im Donbass], 02.11.2014: [https://zn.ua/VYBORY2014/v-donbasse-dobrovolcheskie-batalony-aktivno-pomogali-provesti-vybory-157753\\_.html](https://zn.ua/VYBORY2014/v-donbasse-dobrovolcheskie-batalony-aktivno-pomogali-provesti-vybory-157753_.html) [25.01.2024].

<sup>937</sup> Vgl. nv.ua: „Foršmak s Ukropom. Politologi ocenili buduščee partii Kolomojskogo“ [Vorschnack mit UKROP: Politologen bewerten die Zukunft der Partei Kolomojs'kyjs], 20.06.2015: <https://nv.ua/publications/forshmak-s-ukropom-politologi-ocenili-budushchee-partii-kolomoyskogo-54684.html> [25.01.2024].

Kolomojs'kyj kontrollierten Medien, hier exemplarisch herausgearbeitet am Beispiel des Online-Mediums *Glavred*, gefördert. Dies geschah mitunter auch dadurch, dass *Glavred* in seiner Berichterstattung sehr deutlich versuchte, Kolomojs'kyj positiv von anderen ukrainischen Oligarchen abzugrenzen und deren Handlungen zu diskreditieren.

Die Erwartungen in der ukrainischen Öffentlichkeit und Elite an Kolomojs'kyj zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum Gouverneur bestanden vor allem darin, dass er seine Einflussmöglichkeiten nutzen würde, um in seiner Heimatregion für Ordnung zu sorgen und auch im eigenen Interesse dafür zu sorgen, den von Russland gesteuerten Separatismus zu unterbinden, der sich nach der bereits erfolgten russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim zu diesem Zeitpunkt vor allem in den an Dnipropetrovs'k angrenzenden Regionen Donezk und Luhansk manifestierte.<sup>938</sup> Die in diesem Zusammenhang erfolgte Finanzierung von Freiwilligenbataillonen lässt sich dabei ab dem Frühjahr 2014 als zentrale Komponente der Sponsoringaktivitäten Kolomojs'kyjs identifizieren. Für Kolomojs'kyj erfüllte die Unterstützung von Freiwilligenbataillonen dabei eindeutig zwei zentrale Funktionen: Zum einen bediente die Unterstützung von Freiwilligenverbänden Kolomojs'kyjs Image als entschlossener Patriot. Verstanden als Selbstverteidigungsakt gegen die aus Russland finanziell und militärisch maßgeblich unterstützten „Separatisten“ dürfte der von Kolomojs'kyj finanzierte Aufbau proukrainischer Milizen von einer Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung als notwendig und auch legitim angesehen worden sein. Zum anderen, und das erscheint aus der Perspektive Kolomojs'kyjs hier noch relevanter, diente der Aufbau der Bataillone zugleich aber auch dem Schutz „seiner“ Region und somit auch der Verteidigung wichtiger Vermögenswerte. Die Handlungen Kolomojs'kyjs waren also als stark von Eigeninteresse geleitet zu verstehen. Dieses Eigeninteresse wiederum wies Deckungsgleichheit zu gesamtukrainischen Interessen auf. Auffällig ist bei der Analyse der öffentlichen Selbstdarstellung Kolomojs'kyjs jedoch auch, dass er sein Sponsoring konkreter Freiwilligenbataillone nicht aktiv bewarb. Auch die Berichterstattung von *Glavred* war diesbezüglich weitgehend abstrakt und hob zwar Kolomojs'kyjs Bedeutung für die Verteidigung der Ukraine insgesamt hervor, ging jedoch nicht auf Details ein. Diese relative Distanz zu konkreten Freiwilligenbataillonen kann dahingehend interpretiert werden, dass Kolomojs'kyjs einerseits nicht für konkrete Handlungen der Bataillone verantwortlich gemacht

---

<sup>938</sup> Siehe hierzu auch: Burakovsky, Igor/Yukhymenko, Stanislav (2023): Ukrainian Oligarchs: The War as a Challenge, in: Madlovics, Bálint/Magyar, Bálint (eds.): Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion. The Russia-Ukraine War, Volume One, Budapest: Central European University Press, 169–192, hier S. 172.

werden wollte und andererseits auch versuchte, sich dem Verdacht zu entziehen, die von ihm finanzierten Freiwilligenbataillone für eigene Zwecke zu missbrauchen.

Das von Kolomojs'kyj zunächst erfolgreich aufgebaute Image als Patriot und Vaterlandsverteidiger schützte ihn schlussendlich aber dennoch nicht davor, dass er sich bereits wenige Monate nach seiner Ernennung zum Gouverneur von Dnipropetrovs'k einem deutlichen Imageproblem ausgesetzt sah und in Folge der gegenüber ihm bestehenden Anschuldigungen herbe Einflussverluste erleiden musste. Ukrainische Medien schrieben diesbezüglich später davon, dass „der Patriot Kolomojs'kyj“ gegen „den Geschäftsmann Kolomojs'kyj“<sup>939</sup> verloren habe. Im Kern wurde Kolomojs'kyj vorgeworfen, dass er sowohl die finanzielle als auch die sicherheitspolitische Notlage der Ukraine ausgenutzt habe, um persönlichen Profit zu machen. Während die Ernennung des Oligarchen Kolomojs'kyjs in eines der höchsten Staatsämter unter dem Eindruck der existenziellen Bedrohung der territorialen Integrität und Souveränität mit dem Rekurs auf seine Rolle als Stabilitätsgarant zunächst toleriert und auch öffentlich eingefordert wurde, stand Kolomojs'kyj nun öffentlich unter dem konkreten Verdacht, von ihm finanzierte Milizen für eigene Zwecke zu missbrauchen (vor allem im Kontext des Konfliktes um die Kontrolle des Unternehmens *Ukrnafta*) und zugleich seinen Einfluss auf die Regierung ausgenutzt zu haben, um das Militär mit überteuertem Treibstoff zu beliefern. Die Beschneidung seines Einflusses auf Staatsunternehmen wurde von Präsident Porošenko zudem als Beginn eines Prozesses der „Deoligarchisierung“ dargestellt. Abgesehen davon, dass sich sowohl in Kolomojs'kyjs Selbstdarstellung als auch in der Berichterstattung von *Glavred* Versuche erkennen lassen, auch seinen Einfluss auf Staatsunternehmen als patriotischen Akt darzustellen (vor allem unter dem Aspekt, dass Kolomojs'kyj durch seinen Einfluss auf *Ukrtransnafta* zur Energiesicherheit des Landes beigetragen habe) und sich zudem als Opfer einer feindlichen Verschwörung zu stilisieren, ohne zunächst dabei jedoch den Präsidenten in Verantwortung zu nehmen, lässt sich keine kohärente Strategie identifizieren. Erst später, im Zusammenhang mit der Verhaftung eines seiner engsten Vertrauten, ging Kolomojs'kyj schließlich in die Offensive und versuchte, sich als Oppositioneller zu profilieren, die Regierung und Präsident Porošenko öffentlich zu kritisieren und das Vorgehen gegen ihn und seine Vertrauten als politisch motiviert zu diskreditieren.

---

<sup>939</sup> Liga.net: „Oligarch raspravil pleči“ [Der Oligarch hat die Schultern hochgezogen], 04.10.2019: [https://project.liga.net/projects/era\\_kolomoyskyi/](https://project.liga.net/projects/era_kolomoyskyi/) [25.01.2024].

## 9. Resümee

In der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, welche Legitimationsstrategien ukrainische Oligarchen in jenen Phasen verfolgen, in denen ein kompetitiv-autoritäres politisches Regime Demokratisierungsschübe erfährt und Oligarchen einem erhöhten Legitimationsdruck ausgesetzt sind. Zu diesem Zweck wurden die Legitimationsstrategien von Oligarchen in vier Fällen unter den Aspekten ihrer Selbstdarstellung, der Berichterstattung der von den jeweiligen Oligarchen kontrollierten Medien sowie ihrer Wohltätigkeits- und Sponsoringaktivitäten analysiert. In diesem Kapitel soll nun ein Resümee der vorangegangenen Analyse gezogen und mit den Ergebnissen der bestehenden Forschung abgeglichen werden. Dazu werden zunächst die zuvor identifizierten Strategien der Oligarchen zunächst in vergleichender Perspektive zusammengefasst und Strategieunterschiede herausgearbeitet. In einem zweiten Schritt werden dann Erklärungsfaktoren für die Strategien der Oligarchen diskutiert. Im letzten Teil dieses Kapitels wird schließlich der Frage nachgegangen, welche Erkenntnisse sich aus den Legitimationsstrategien der Oligarchen für das politische Regime der Ukraine ableiten lassen, welchen empirischen Beitrag diese Fallstudie leistet und wo ihre Limitationen liegen.

### 9.1. Die Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen im Vergleich

Alle vier zuvor betrachteten Fälle umfassen Untersuchungszeiträume, in denen in der Ukraine abrupte Machtwechsel infolge von Massenprotesten stattfanden und in denen die in dieser Arbeit untersuchten Oligarchen einem erhöhten Legitimationsdruck ausgesetzt waren. Dieser erhöhte Legitimationsdruck ergab sich vor allem daraus, dass sich die sogenannte Orangene Revolution 2004/2005 ebenso wie die sogenannte Revolution der Würde 2013/2014 explizit gegen Oligarchen in der Ukraine richteten. In beiden Fällen wurde ein autokratischeres Regime durch ein demokratischeres abgelöst. Für jeden der hier untersuchten Oligarchen ließen sich dabei spezifische Imageprobleme identifizieren. Diese Imageprobleme waren auch darauf zurückzuführen, dass die jeweiligen Oligarchen als Unterstützer des Vorgängerregimes galten und nach dem Machtwechsel in Konflikt mit der jeweiligen neuen politischen Führung gerieten. Im Falle von Pinčuk und Achmetov traten diese Konflikte mit der neuen politischen Führung unmittelbar nach dem jeweiligen Machtwechsel offen zutage. Vor allem nach der Orangen Revolution ging der Einflussverlust von Pinčuk und Achmetov dabei mit konkreten Enteignungsforderungen einher, die die Rechtmäßigkeit des zuvor erlangten Eigentums der beiden Oligarchen in Frage stellten und öffentlich Zuspruch fanden. Nach dem Machtwechsel 2014 war Achmetovs Situation unterdessen vor allem dadurch gekennzeichnet, dass er erstens nach wie vor als Unterstützer Janukovyčs und somit als Teil eines kleptokratischen Regimes

galt, das von der Opposition und großen Teilen der ukrainischen Öffentlichkeit für die Gewalteskalation während der Euromajdan-Protteste verantwortlich gemacht wurde und zudem internationalen Sanktionsdrohungen ausgesetzt war. Mit dem Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbas, der Heimatregion Achmetovs, stand er zweitens unter dem Verdacht, die dortigen sogenannten Separatisten unterstützt zu haben, um die aus den Euromajdan-Protessen hervorgegangene politische Führung in Kyjiw unter Druck zu setzen und seinen Macht- und Einflussverlust kompensieren zu können. Ihor Kolomojs'kyj wurde nach der Revolution der Würde indes zum Gouverneur seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k ernannt und verzeichnete zunächst einen deutlichen Machtgewinn. Unter spezifischen Legitimationsdruck geriet Kolomojs'kyj kurze Zeit später dennoch, als ein Konflikt zwischen ihm und der Staatsführung um seine Beteiligungen an Staatsunternehmen eskalierte. Fortan war Kolomojs'kyj dem Vorwurf ausgesetzt, dass er Profite auf Kosten des vor allem durch den Krieg im Donbas gebeutelten Staates machen würde. Das Zurückdrängen Kolomojs'kyjs wurde von Präsident Porošenko zudem als Inbegriff eines Prozesses der „Deoligarchisierung“<sup>940</sup> dargestellt, der darauf abziele, den politischen Einfluss und die wirtschaftliche Bedeutung der Oligarchen nachhaltig zu reduzieren.

Bei einer Gegenüberstellung der Legitimationsstrategien der in dieser Arbeit untersuchten Oligarchen ist zunächst mit Blick auf die Selbstdarstellung der Akteure festzuhalten, dass sich in drei der vier betrachteten Fälle öffentliche Reaktionen der Oligarchen auf die an sie gerichteten Anschuldigungen beobachten ließen. Dies trifft auf den Fall Pinčuk nach der Orangen Revolution 2004/2005 zu, ebenso wie auf die Fälle Achmetov und Kolomojs'kyj nach der Revolution der Würde 2013/2014. Dass Oligarchen in der Ukraine öffentlich auf Kritik reagieren, ist keine Selbstverständlichkeit. Die Tatsache, dass sich Oligarchen in der Ukraine insbesondere vor der Orangen Revolution nur sehr selten öffentlich geäußert haben, unterstreicht daher vielmehr die Bedeutung des zuvor identifizierten Legitimationsdrucks, dem sich die betrachteten Oligarchen ausgesetzt sahen. Eine Ausnahme stellt der Fall von Achmetov nach der Orangen Revolution 2004/2005 dar, wo sich keine öffentlich sichtbare Reaktion erkennen ließ.

Pinčuks Selbstdarstellung war von Anfang an stringent darauf ausgerichtet, von sich in der Öffentlichkeit das Bild eines erfolgreichen Geschäftsmannes zu zeichnen, der seinen Erfolg ehrlicher Arbeit zu verdanken habe. Pinčuk, der sich mit seinen Statements in erster Linie an die breite ukrainische Öffentlichkeit wandte, versuchte dabei, sich als ein Pionier des ukrainischen Unternehmertums und verantwortungsbewusster „Nationalkapitalist“

---

<sup>940</sup> Vgl. Halling/Stewart (2016).

darzustellen, der für die zentralen Ideen der Orangen Revolution wie freie und faire Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und die Integration der Ukraine in die Europäische Union eintrete. Zugleich ließen sich bei Pinčuk sehr deutliche Versuche erkennen, nicht nur beim heimischen ukrainischen Publikum um Anerkennung zu werben, sondern sich auch in internationale Elitennetzwerke zu integrieren. Dies zeigte sich insbesondere im Rahmen des von ihm initiierten Forums *Yalta European Strategy* und seiner Tätigkeiten im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos. Sein öffentliches Auftreten als Kunst- und Kulturmäzen bediente zudem das Image einer modernen, visionären und zugleich heimatverbundenen Persönlichkeit. Auf dem Narrativ des patriotischen Geschäftsmanns aufbauend, wurde bei Pinčuk dabei ein relativ offensives Werben um die Akzeptanz seiner Eigentumsrechte erkennbar. Legalistische Aspekte, die für eine Gesetzeskonformität der von ihm gewonnenen Privatisierungen gesprochen hätten, spielten in seiner Argumentation dabei eine deutlich nachgeordnete Rolle. Vielmehr plädierte Pinčuk immer wieder dafür, dass es ein strategisches Interesse der Ukraine geben müsse, Unternehmen wie das von ihm kontrollierte Stahlwerk *Kryvorižstal'* unter ukrainischer Kontrolle zu behalten. Charakteristisch für die Strategie Pinčuks war auch, dass er öffentlich einräumte, in der Vergangenheit Fehler begangen zu haben. Dabei stilisierte er sich jedoch als Opfer eines politischen Systems, das ihn allein aus unternehmerischer Sicht zur politischen Einflussnahme gezwungen habe. Auch wenn sich Pinčuk im Untersuchungszeitraum öffentlich von der politischen Elite des Landes distanzierte, konnten seine Beteuerungen, in Zukunft noch stärker seiner Verantwortung als „Nationalkapitalist“ gerecht zu werden, sowie die von ihm formulierten Kompromisslösungen in Form von Kompensationszahlungen zugleich als Angebot an die politische Führung interpretiert werden.

Eine wichtige Rolle in Pinčuks Legitimationsstrategie spielte die von ihm kontrollierte Tageszeitung *Fakty i komentarii*. Die Berichterstattung der Zeitung im hier untersuchten Zeitraum war Pinčuk gegenüber ausgesprochen positiv, insbesondere im Hinblick auf die Darstellung von Pinčuk als verantwortungsvoller Unternehmer. Darüber hinaus griff die Zeitung Argumentationslinien Pinčuks auf und verstärkte sie. Dies betraf insbesondere die Kritik Pinčuks an der Reprivatisierungspolitik der ukrainischen Regierung nach der Orangen Revolution 2004/2005. Deutlich offensiver als Pinčuk ging die Zeitung auch bei ihrer Kritik an Politikern vor. Während Pinčuks öffentliche Äußerungen opportunistisch waren und insbesondere Ministerpräsidentin Tymošenko erst dann offen kritisierten, als diese nicht mehr im Amt war, kritisierte die Berichterstattung von *Fakty i komentarii* Tymošenko bereits deutlich früher. Insgesamt lässt sich Pinčuks Legitimationsstrategie dementsprechend als



adaptiv gegenüber der an ihn gerichteten Kritik im Kontext der Orangen Revolution charakterisieren.

Pinčuks Agieren stand somit in einem deutlichen Gegensatz zum Handeln Rinat Achmetovs nach der Orangen Revolution. Anders als im Fall von Pinčuk ließen sich in der Selbstdarstellung Achmetovs nach dem Machtwechsel 2004/2005 kaum Versuche erkennen, seine Eigentumsrechte, die er im Zuge umstrittener Privatisierungsverfahren vor der Orangen Revolution erlangt hatte, zu legitimieren. Achmetovs öffentlichen Äußerungen waren zu dieser Zeit weitestgehend unpolitisch und haben deutlich gemacht, dass er darum bemüht war, weder seine politische Einflussnahme noch bestehende politische Konflikte, denen er nach der Orangen Revolution ausgesetzt war, zu thematisieren. Der Großteil seiner öffentlichen Äußerungen bezog sich auf seine Tätigkeit als Präsident des *FC Shakhtar Donetsk* und seine „Fußball-Leidenschaft“. Auch die Berichterstattung der von Achmetov kontrollierten Tageszeitung *Segodnja* folgte dieser Linie sehr deutlich. Anders als in der Selbstdarstellung Achmetovs wurde die Reprivatisierungspolitik nach der Orangen Revolution von *Segodnja* zwar thematisiert und auch überwiegend kritisch kommentiert. Die Berichterstattung von *Segodnja* war diesbezüglich jedoch abstrakt und losgelöst von den gegenüber Achmetov erhobenen Anschuldigungen. Dementsprechend ließen sich auch in der Berichterstattung von *Segodnja* keine nennenswerten Versuche identifizieren, um die Eigentumsrechte Achmetovs zu legitimieren beziehungsweise seinem zentralen Imageproblem zu begegnen. Deutliche Legitimationsversuche ließen sich in Achmetovs Fall jedoch mit Blick auf seine Heimatregion Donezk feststellen, wo Achmetov sowohl durch Wohltätigkeitsaktivitäten als auch als Mäzen des Fußballklubs *Shakhtar* unverkennbar um Sympathien und Anerkennung in der Bevölkerung warb. Allerdings hat sich hier gezeigt, dass sein Auftreten als Mäzen und Philanthrop im Donbas keine unmittelbare Reaktion auf die Orange Revolution und Achmetovs zentrales Imageproblem in diesem Zusammenhang darstellte. Vielmehr handelte es sich hierbei um Handlungen, die mit seinem Aufstieg in der Region ab Mitte der 1990er-Jahre einhergehen und dementsprechend vor allem im Kontext regionaler klientelistischer Herrschaftsausübung und Herrschaftssicherung interpretiert werden können. Dass sich ab dem Jahr 2006 der Auf- und Ausbau von Achmetovs Wohltätigkeitsstiftung beobachten ließ, die fortan nicht nur im Donbas, sondern landesweit aktiv wurde, zeugt allerdings davon, dass Imageaspekte für Achmetov nach der Orangen Revolution insgesamt an Bedeutung gewannen.

Im Zusammenhang mit den Euromajdan-Protesten und der Revolution der Würde im Jahr 2013/2014 ließ sich dann zunächst erneut ein abwartendes öffentliches Agieren Achmetovs beobachten. Wie bereits nach der Orangen Revolution war Achmetovs Selbstdarstellung davon

geprägt, möglichst neutrale und zurückhaltende Positionen einzunehmen. Dies kam darin zum Ausdruck, dass Achmetov während der Euromajdan-Proteste weder die Regierung noch die Opposition öffentlich unterstützte. Seine wenigen öffentlichen Statements, die er während der Massenproteste gab, hatten einen weitestgehend allgemeingültigen Inhalt. Dem Vorwurf, dass Achmetov Janukovyč und somit auch das gewaltsame Vorgehen gegen die Protestbewegung unterstützt hätte, begegnete er mit Aufrufen zum prinzipiellen Gewaltverzicht. Erst nach dem Machtwechsel in Kyjiw in Folge der Euromajdan-Proteste distanzierte sich Achmetov öffentlich von Janukovyč. Auch in diesem Fall folgte die Berichterstattung von *Segodnja* stringent der abwartenden Linie, die in Achmetovs Selbstdarstellung erkennbar wurde. Erwähnt wurde Achmetov von *Segodnja* während der Proteste kaum. Ausnahmen stellten die erwähnten allgemeinen Aufrufe von Achmetov zum Gewaltverzicht dar.

Achmetovs Strategie der öffentlichen Zurückhaltung änderte sich erst mit Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbas und der in diesem Zusammenhang an ihn adressierten Vorwürfe, dass er den dortigen sogenannten Separatismus unterstützt habe. Auf die genannten Vorwürfe reagierte Achmetov ab Mai 2014 immer wieder öffentlich. Er grenzte sich hierbei vehement von den dortigen „Separatisten“ ab und sprach diesen insbesondere aufgrund des durch sie verursachten wirtschaftlichen Schadens jedwede Herrschaftslegitimation ab. Zugleich machte er öffentlich immer wieder deutlich, wie groß sein persönlicher Beitrag für die wirtschaftliche Prosperität des Donbas gewesen sei. Auch hier folgte die Berichterstattung von *Segodnja* der Selbstdarstellung Achmetovs uneingeschränkt. Achmetovs Statements wurden von *Segodnja* ausführlich rezipiert und sein Vorgehen gegen den Separatismus bekräftigt. Dass der Donbas für Achmetov eine besondere Relevanz habe, spiegelte sich schließlich auch sehr deutlich in der Arbeit seiner Wohltätigkeitsstiftung wider, die mit dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts ihre Ressourcen komplett auf die Region konzentrierte, Hilfspakete an die notleidende Bevölkerung im Donbas verteilte, Menschen evakuierte und temporäre Unterkünfte für Binnenflüchtlinge bereitstellte. Mit Beginn der humanitären Arbeit der Achmetov-Stiftung im Sommer 2014 verschwammen schließlich auch die ohnehin kaum erkennbaren Grenzen zwischen Achmetovs öffentlicher Selbstdarstellung, der Berichterstattung der Zeitung *Segodnja* und der Arbeit von Achmetovs Wohltätigkeitsstiftung vollends. *Segodnja* versuchte nun erst gar nicht mehr, den Eindruck einer unabhängig berichtenden Tageszeitung zu erwecken, sondern verstand sich selbst als Teil der humanitären Initiativen Achmetovs.

Ähnlich wie Achmetov vermied es auch Ihor Kolomojs'kyj, sich während der Euromajdan-Proteste in der Öffentlichkeit zu äußern oder gar politisch zu positionieren. Auch in seinem Fall

ließ sich eine Solidarisierung mit der Protestbewegung erst nach dem Machtwechsel in Kyjiw feststellen. Im Gegensatz zu Achmetov gelang es Kolomojs'kyj jedoch, glaubhaft das Bild eines entschiedenen Patrioten zu vermitteln, der für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine eingetreten sei. Seine Selbstdarstellung, die sich im Kontext der Annexion der Krim und des Krieges im Donbas in erster Linie aus markanten öffentlichen Äußerungen gegen die sogenannten Separatisten und die politische Führung in Russland speiste, verlieh seiner Ernennung zum Gouverneur von Dnipropetrovs'k Legitimität. Durch die Übernahme des Gouverneurspostens und Kolomojs'kyjs rigoroses Vorgehen gegen separatistische Bestrebungen in Dnipropetrovs'k wurde sein in kürzester Zeit aufgebautes Image als Patriot zugleich aber auch bestärkt. Die zu Kolomojs'kyjs *I+I*-Mediengruppe gehörende Online-Zeitung *Glavred* förderte Kolomojs'kyjs Image insbesondere dadurch, dass sie ihn immer wieder positiv von anderen Oligarchen abgrenzte. Der Bekleidung des Gouverneurspostens wurde hierbei eine zentrale Bedeutung zugeschrieben, da Kolomojs'kyj laut *Glavred* Verantwortung übernommen und sich somit vor allem von Achmetov positiv unterschieden habe. In der Berichterstattung von *Glavred* wurde in diesem Zusammenhang mehrfach darauf hingewiesen, dass Achmetov ein entsprechendes Angebot, wie Kolomojs'kyj Gouverneur der Region Donezk zu werden, abgelehnt habe. Spekulationen darüber, dass Achmetov den „Separatismus“ im Donbas unterstützt habe, wurden von *Glavred* dabei befördert. Die zu beobachtende mediale Diskreditierung anderer Oligarchen zugunsten des eigenen Images stellte in den hier betrachteten Fällen in dieser Deutlichkeit eine Ausnahme dar, die sich nur bei Kolomojs'kyj und des von ihm kontrollierten Medium *Glavred* beobachten ließ.

Ebenso zentral für die Legitimationsstrategie Kolomojs'kyjs waren die von ihm finanzierten Freiwilligenbataillone, denen vor allem in der Anfangsphase des Krieges im Donbas eine wichtige Rolle im Kampf um die territoriale Integrität der Ukraine beigemessen wurde. Der Aufbau und die Finanzierung dieser Bataillone, die vorherige Sponsoringaktivitäten Kolomojs'kyjs in den Bereichen Sport und Kultur ab dem Frühjahr 2014 eindeutig in den Hintergrund stellten, gingen allerdings sehr deutlich über bloße Imageaspekte hinaus: Insbesondere in seiner Heimatregion Dnipropetrovs'k dienten die von Kolomojs'kyj aufgebauten Bataillone in direkter Nachbarschaft zum umkämpften Donbas auch seiner direkten Vermögensverteidigung. Ferner nutzte Kolomojs'kyj die von ihm finanzierten Freiwilligenbataillone auch, um Konkurrenten zu schwächen und Einfluss auf die Parlamentswahl 2014 zu nehmen. An eben jenen Freiwilligenbataillonen zeigte sich schließlich ebenso, dass das von Kolomojs'kyj nach der Revolution der Würde aufgebaute Image keinesfalls nachhaltig gewesen ist: Als die Vermögensverteidigung Kolomojs'kyjs nicht mehr

mit gesamtukrainischen Interessen einherging und der Oligarch sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, dass er im Zuge des Konflikts um seine Beteiligung am Staatsunternehmen *Ukrnafta* die von ihm finanzierten Bataillone auf Kosten des Staates missbraucht habe, geriet er in große Bedrängnis. Eine kohärente Legitimationsstrategie Kolomojs'kyjs, die über Versuche hinausging, auch seinen Einfluss auf staatliche Unternehmen als patriotischen Akt darzustellen, ließ sich hier zunächst nicht mehr identifizieren. Als Kolomojs'kyj seinen Gouverneursposten in Folge des Konfliktes mit dem Präsidenten und der Regierung räumen musste und er somit an Einfluss verloren hatte, begab er sich, anders Pinčuk und Achmetov, offen in Opposition zur politischen Führung des Landes. Sowohl die Selbstdarstellung Kolomojs'kyjs als auch die Berichterstattung von *Glavred* folgten fortan einer Linie, die darauf ausgerichtet war, Kolomojs'kyj als Opfer korrupter Machenschaften der politischen Elite dazustellen. Anders als Achmetov, Pinčuk oder auch Firtaš hätte sich Kolomojs'kyj nicht der Seilschaft Porošenkos untergeordnet. Auch hier wurde sehr deutlich der Versuch unternommen, Kolomojs'kyj positiv von anderen Oligarchen abzugrenzen.

Es lässt sich festhalten, dass mit Ausnahme des Falles Achmetov nach der Orangen Revolution 2004/2005 in allen untersuchten Fällen deutliche Versuche erkennbar waren, ein positives Bild in der Öffentlichkeit zu erzeugen. Zudem war die Berichterstattung der Medien, die sich im Besitz der jeweiligen Oligarchen befanden, kohärent zu den Handlungen der Akteure. Handlungen der Oligarchen im Rahmen der Selbstdarstellung oder im Rahmen von Sponsoring- und Wohltätigkeitsaktivitäten, die auf eine Verbesserung des öffentlichen Images des jeweiligen Akteurs abzielten, wurden durch die mediale Berichterstattung aufgegriffen, gezielt gefördert und verstärkt. Wie sehr sich die Berichterstattung der hier betrachteten Medien an den Interessen ihrer jeweiligen Eigentümer orientierte, zeigte sich im Fall von Achmetov nach der Orangen Revolution aber auch daran, dass *Segodnja* die von Achmetov verfolgte Strategie des Abwartens unterstützte und in dieser Zeit weitgehend auf eine Berichterstattung über Achmetov verzichtete.

Unterschiede zwischen den Oligarchen zeigten sich indes in Bezug auf die Intensität, die Zielgruppenorientierung und die Kohärenz der jeweiligen Strategien. Eine tatsächliche Strategie, als geplante Handlungen verstanden, die auf ein bestimmtes Ziel hinarbeiten und dabei von vornherein auch Faktoren antizipieren, die Einfluss auf das eigene Handeln nehmen, ließen sich dabei in erster Linie im Fall von Viktor Pinčuk feststellen. Im Gegensatz dazu zeigte Achmetov im Zuge der Orangen Revolution zunächst keine Anzeichen für Versuche, auf das ihm gegenüber bestehende Imageproblem zu reagieren. Im Verlauf der Revolution der Würde und des Beginns des bewaffneten Konflikts im Donbas trat Achmetov jedoch deutlich aktiver

in die Öffentlichkeit. Der Fokus seiner öffentlichkeitswirksamen Handlungen richtete sich zwar auch danach weiterhin auf seine Heimatregion in der Region Donezk. Allerdings ließen sich bei Achmetov vor allem durch die Aktivitäten seiner Wohltätigkeitsstiftung auch deutliche Bemühungen erkennen, sein Image landesweit zu fördern. Ihor Kolomojs'kyj hingegen unterscheidet sich von den anderen hier betrachteten Oligarchen vor allem dadurch, dass er versuchte, der öffentlichen Kritik an seiner Person durch die Übernahme eines politischen Amtes zu begegnen und sich so auch von seinen Konkurrenten abzugrenzen.

## **9.2. Erklärungsfaktoren für unterschiedliche Legitimationsstrategien**

Ukrainische Oligarchen werden in Regel als Akteure betrachtet, die sehr ähnliche Strategien verfolgen, um politischen Einfluss zu nehmen und ihr Eigentum zu sichern. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, lassen sich bei der Betrachtung jener Strategien, die Oligarchen in der Ukraine verfolgen, um ihre öffentliche Wahrnehmung zu gestalten, ihre Eigentumsrechte gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren und zu schützen, allerdings zum Teil deutliche Unterschiede feststellen. Empirisch betrachtet sind Strategieunterschiede sowohl nach der sogenannten Orangen Revolution 2005 als auch nach den Euromajdan-Protesten beziehungsweise der sogenannten Revolution der Würde 2014 deutlich geworden: Viktor Pinčuk verfolgte nach der Orangen Revolution eine klar erkennbare Strategie, die in seiner Selbstdarstellung, der Berichterstattung der Tageszeitung *Fakty i komentarii* sowie der Arbeit der *Victor Pinchuk Foundation* zum Ausdruck kam. Insgesamt handelte Pinčuk dabei kohärent. Er konstruierte das Image eines verantwortungsbewussten Unternehmers, der im Sinne des ukrainischen Staates agierte („Nationalkapitalist“) und die Ziele und Absichten der Massenproteste im Zuge der Orangen Revolution teilte und unterstützte (Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung, Integration in die Europäische Union). Bei Rinat Achmetov hingegen, dessen Imageproblem mit dem von Pinčuk zur damaligen Zeit vergleichbar gewesen ist, ließen sich derartige Legitimationsversuche seiner Eigentumsrechte nicht erkennen. Nach der Orangen Revolution mied Achmetov die Öffentlichkeit fast vollständig. Auch die von ihm kontrollierte Tageszeitung *Segodnja* unternahm in ihrer Berichterstattung keine sichtbaren Versuche, um die gegenüber Achmetov erhobenen Anschuldigungen zu entkräften. Adressaten einer Legitimationsstrategie ließen sich bei Achmetov zu dieser Zeit lediglich in seiner Heimatregion Donezk identifizieren, wo er als Wohltäter fungierte und auch als Eigentümer und Präsident des bereits damals renommierten Fußballklubs *FC Shakhtar Donetsk* starke öffentliche Präsenz zeigte.

Obwohl Achmetov und Pinčuk im Zusammenhang mit der Orangen Revolution mit einem sehr ähnlichen Imageproblem konfrontiert waren, sind zwischen den beiden Oligarchen also unterschiedliche Reaktionen erkennbar geworden. Diese Unterschiede lassen sich durch verschiedene Faktoren erklären. Zunächst zeigte sich, dass es aus Perspektive Achmetovs nach der Orangen Revolution offenbar kaum Optionen gab, als die Öffentlichkeit weitestgehend zu meiden. Wie bereits im analytischen Rahmen dieser Arbeit festgehalten wurde, gehen Markus/Charnysh zwar davon aus, dass „invisibility“ keine realisierbare Option „for the wealthiest members of a high-stakes unconsolidated democracy“ sei. Vielmehr sei „deniability“ nach Ansicht der Autoren „the next best thing“<sup>941</sup>. Mit Blick auf Achmetov lässt sich allerdings konstatieren, dass er aufgrund des Mangels an Alternativen durchaus den Versuch unternommen hat, sich „unsichtbar“ zu machen – vor allem auch deshalb, weil „deniability“ aufgrund seiner offensichtlichen Unterstützung Janukovyčs aus Achmetovs Perspektive offenbar noch weniger Aussicht auf Erfolg hatte. Dies schließt an eine weitere Erklärung für Achmetovs Handeln nach der Orangen Revolution an: Es wurde deutlich, dass Achmetov unvorbereitet auf den Machtwechsel im Zuge der Präsidentschaftswahl von 2004 gewesen ist und dementsprechend auch keine, der politischen Situation entsprechenden Maßnahmen zur Verteidigung seiner Eigentumsrechte ergriffen hatte. Wie in der Fallstudie zu Achmetov 2004/2005 ausgeführt wurde, war Achmetov ein enger Vertrauter des Präsidentschaftskandidaten Janukovyč. Janukovyč wiederum galt als der potentielle Nachfolger des amtierenden Präsidenten Kučma und somit im damals kompetitiv-autoritären politischen Regime als aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat. Zwei Jahre vor der Präsidentschaftswahl war Janukovyč zum Ministerpräsidenten ernannt worden, was mit einem generellen Aufstieg der Donezker Machtelite einherging und Achmetov, dem „Kopf“ des sogenannten Donezker Clans, starken politischen Einfluss ins machtpolitische Zentrum nach Kyjiw gesichert hatte. Achmetovs bedeutendste Privatisierungserfolge korrelieren mit der Zeit, in der Janukovyč das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete. Es ist dementsprechend naheliegend, dass Achmetov den Präsidentschaftswahlkampf Janukovyčs unterstützte – sowohl finanziell als auch durch die Berichterstattung der von Achmetov kontrollierten Massenmedien. Dass Janukovyč die Präsidentschaftswahl 2004 trotz massiver Manipulationsversuche nicht für sich entscheiden konnte und Achmetovs „Mann“ somit nicht Präsident wurde, muss dementsprechend für den Oligarchen überraschend gewesen sein. Pinčuk hingegen wusste bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2004, dass das Ausscheiden seines Schwiegervaters Kučma einen politischen Einflussverlust für ihn bedeuten

---

<sup>941</sup> Markus/Charnysh (2017): S. 1653.

würde. Zwar waren auch für Pinčuk die Massenproteste, die zur Orangen Revolution und einem abrupten Machtwechsel führten, nicht vorhersehbar. Allerdings zeichnete sich bereits zum Ende der zweiten Amtsperiode Kučmas eine Schwächung des Dnipropetrovs'ker Netzwerkes auf Kosten einer Stärkung der Donezker Elite um den damaligen Ministerpräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Janukovyč ab. Pinčuk musste also dementsprechend davon ausgehen, nach einem Machtwechsel und der damit einhergehenden Erschlaffung seines bis dato funktionierenden Patronage-Netztes unter einem neuen Präsidenten und der entsprechenden Stärkung konkurrierender Akteure in eine unvorteilhafte Position zu geraten. Ein erstes Indiz für dieses Bewusstsein lieferte Pinčuk, als er damit begann, sich ab Mitte 2004, nachdem sich das unweigerliche Ausscheiden Kučmas zementiert hatte, öffentlich aus der Politik zurückzuziehen<sup>942</sup> und sich somit anpassungsfähiger an veränderte politische Machtverhältnisse zu machen. Dies schließt in Pinčuks Fall mit ein, dass er sich – anders als Achmetov – offenbar auf einen Machtwechsel vorbereitet hatte und dementsprechend im Zuge der Orangen Revolution dann auch in der Lage war, sich mit größerer Glaubwürdigkeit von der politischen Elite abgrenzen zu können, sich als Opfer darzustellen und das Image eines verantwortungsbewussten Unternehmers zu fördern. Pinčuks erkennbare Legitimationsstrategie zur Verteidigung seiner Eigentumsrechte folgte dementsprechend der von Markus/Charnysh angeführten „logic of felixbily“<sup>943</sup>, die in Pinčuks Fall, das heißt unter Berücksichtigung der bei ihm gegebenen fallspezifischen Ausgangsbedingungen, „political adaptability and deniability“<sup>944</sup> realisierbar machten. Hinzu kommt, dass die in Pinčuks Legitimationsstrategie zum Ausdruck gekommene Imagearbeit kompatibel mit den Ideen der Orangen Revolution gewesen ist. Vor allem die Integration in die Weltwirtschaft im Allgemeinen und die in die Europäische Union im Speziellen versprach zum einen neue Absatzmärkte. Zugleich bot die Europäische Union Pinčuk, dessen Geschäftstätigkeit durch die Annullierung von Privatisierungsauktionen nach der Orangen Revolution erhebliche Einschnitte erlitt, offenbar ein besonderes Gelegenheitsfenster, um seine Eigentumsrechte nachhaltig zu schützen.<sup>945</sup>

Auch im Fall von Achmetov sind schließlich Überschneidungen mit kollektiven ukrainischen Interessen erkennbar geworden, die als Erklärungsfaktor dafür dienen können, dass Achmetov – anders als nach der Orangen Revolution – im Zuge des Machtwechsels 2013/2014 und insbesondere mit Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbas sehr eindeutig in die

---

<sup>942</sup> Siehe S. 108 dieser Arbeit.

<sup>943</sup> Markus/Charnysh (2017): S. 1651.

<sup>944</sup> Ebd. S. 1633.

<sup>945</sup> Vgl. Puglisi (2008): S. 80.

Öffentlichkeit gegangen ist und dort versucht hat, seine Wahrnehmung zu beeinflussen. Mit Blick auf die innenpolitische Lage in Kyjiw während der Proteste 2013/2014 zeigte er sich öffentlich zwar abwartend und hielt sich dementsprechend zunächst Spielräume offen. Eine deutliche politische Positionierung und konkrete Versuche, Legitimation zu gewinnen, zeigten sich dann allerdings im Kontext der Ereignisse im Donbas ab 2014. Hier begann sich Achmetov vehement gegen den Vorwurf, sogenannte Separatisten in der Region zu unterstützen, zu wehren. Seine Öffentlichkeitsarbeit hatte dabei nicht nur rhetorisch-medialen Charakter, sondern kam auch sehr explizit in der Arbeit seiner Wohltätigkeitsstiftung zum Ausdruck, die in der Region quasi-staatliche Aufgaben übernahm und dadurch Achmetov für die ukrainische Regierung unentbehrlich machte. Letztlich wurde ersichtlich, dass die Bedrohungen, welchen der ukrainische Staat ab dem Jahr 2014 ausgesetzt war, auch für Achmetov eine existenzielle Gefahr darstellten. Gesamtukrainische Interessen bezüglich des Donbas in Form von staatlicher Souveränität und territorialer Integrität waren dementsprechend deckungsgleich mit Achmetovs Interessen in der Region, von der ein bedeutender Teil seines Vermögens abhing. Bei Achmetov wurde zugleich aber auch deutlich, dass er trotz seiner deutlichen Distanzierung vom sogenannten Separatismus und der generellen Forderung nach Frieden im Donbas nur sehr verhalten pro-ukrainische Positionen vertrat. Auch waren von Achmetov explizit kritische Äußerungen gegenüber Russland nicht zu vernehmen. Dies kann als Indiz dafür betrachtet werden, dass Achmetov den Versuch unternahm, auch mit Blick auf mögliche zukünftige Machtverhältnisse im Donbas weitestgehend anpassungsfähig zu bleiben.

Anders als Achmetov versuchte sich Kolomojs'kyj nach dem Sturz Janukovyčs und insbesondere im Zuge des wenig später begonnenen Krieges im Osten der Ukraine sehr deutlich als „Patriot“ darzustellen. Das Öffentlichkeitsbild, das Kolomojs'kyj dabei durch seine Selbstdarstellung, die von ihm kontrollierte mediale Berichterstattung sowie seine Sponsoringaktivitäten von sich förderte, war sehr stark davon geprägt, sich von anderen Oligarchen, insbesondere von Achmetov, hervorzuheben und somit von der öffentlichen Austragung eines inter-oligarchischen Konkurrenzkampfes zu profitieren. Mit der Ernennung zum Gouverneur der Region Dnipropetrovs'k erzielte Kolomojs'kyj tatsächlich zunächst einen deutlichen Machtgewinn. Auch hier waren Kolomojs'kyjs persönliche Interessen zeitweise mit gesamtukrainischen Interessen kompatibel. Als Gouverneur konnte er sich als entschiedener Gegner des pro-russischen Separatismus in seiner Heimatregion, der ostukrainischen Oblast' Dnipropetrovs'k, profilieren. Unter erheblichen öffentlichen Druck geriet er allerdings, als er unter dem Verdacht stand, die Notsituation des ukrainischen Staates ausgenutzt zu haben, um persönlichen Profit zu machen. Kolomojs'kyj verlor daraufhin seinen Gouverneursposten und



sein zuvor aufgebautes Image als entschiedener Patriot erlitt schweren Schaden. Der Fall Kolomojs'kyjs unterscheidet sich dementsprechend in mehrfacher Hinsicht von den anderen hier behandelten Fällen: Kolomojs'kyj war der einzige Oligarch in der vorliegenden Fallauswahl, dem es nach einem abrupten Machtwechsel und in einer gegen die Oligarchen im Allgemeinen gerichteten politischen Stimmung gelang, Einfluss und Macht zu gewinnen. Dies war vor allem deshalb möglich, weil die Übernahme eines politischen Amtes in Kolomojs'kyjs Fall aufgrund der Bedrohung, der sich der ukrainische Staat seit 2014 ausgesetzt sah, honoriert und sogar öffentlich eingefordert wurde – vor allem, weil Kolomojs'kyj sich nicht nur rhetorisch, sondern auch durch die Finanzierung von Freiwilligenbataillonen glaubhaft als Stabilitätsgarant für die Region Dnipropetrovs'k präsentieren konnte. Kolomojs'kyjs Schritt in ein hochrangiges politisches Amt folgte dabei der von Markus/Charnysh beschriebenen Logik der „commitment compensation“<sup>946</sup>. Im Gegensatz zu der auf indirekten Einflusstategien aufbauenden Flexibilitätslogik kommt diese Logik in direkten Strategien der politischen Einflussnahme zum Ausdruck und geht damit einher, dass Oligarchen politische Ämter übernehmen, um ihr Eigentum zu schützen und ihr Vermögen zu vermehren. Die Tatsache, dass Kolomojs'kyj nach dem Bruch mit der politischen Führung offen in Opposition zur Regierung und zu Präsident Porošenko ging, stellte somit auch hinsichtlich seines Handelns unter besonderem öffentlichen Legitimationsdruck einen deutlichen Unterschied zu den anderen hier betrachteten Oligarchen dar. Im Gegensatz zu Achmetov und Pinčuk war Kolomojs'kyj einem Legitimationsdefizit ausgesetzt, das sich nicht primär mit Blick auf seine Rolle innerhalb einer entmachteten politischen Führung speiste, sondern im Kontext seiner Rolle innerhalb einer amtierenden Regierung entstand. Der bei Kolomojs'kyj erkennbare Versuch, sich als Opfer einer politischen Intrige darzustellen und zugleich mit der Partei UKROP eine eigene politische Kraft in offener Konkurrenz zu den Regierungsparteien zu etablieren, ist dementsprechend als Konsequenz der erwähnten Logik direkter politischer Einflussnahme zu verstehen. Der Fall Kolomojs'kyjs macht dabei deutlich, dass die Übernahme von politischen Ämtern für Oligarchen nicht nur einen Gewinn an Macht mit sich bringen, sondern auch ein besonderes Wagnis darstellen können. Letztlich zeigte sich bei Kolomojs'kyj, dass den kurzfristigen Vorteilen eines hochrangigen politischen Amtes im Falle eines politischen Konfliktes mittel- bis langfristig erhebliche Risiken gegenüberstehen können, die zu Lasten politischer Flexibilität entsprechende direkte Strategien erfordern – hier der Versuch, eine eigene Partei in offener Konkurrenz zur Regierung zu etablieren.

---

<sup>946</sup> Markus/Charnysh (2017): S. 1635.

### 9.3. Bedeutung für das politische Regime

In dieser Arbeit wurde untersucht, wie Oligarchen in der Ukraine nach abrupten, durch Massenproteste und Wahlen hervorgerufenen Regimewechseln auf Legitimationsdruck reagieren und den ihnen gegenüber in der Öffentlichkeit bestehenden Imageproblemen begegnen. Mit der sogenannten Orangen Revolution und der Revolution der Würde kam es in der Ukraine sowohl 2005 als auch 2014 zu Regimewechseln dieser Art. In beiden Fällen wurde dabei in Folge von Protesten und Wahlen ein stärker autokratisches politisches Regime durch ein demokratischeres abgelöst. Die politischen Ideen der jeweiligen Protestbewegungen hatten sowohl innen- als auch außenpolitische Zielsetzungen, die mit Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einhergingen. Sowohl bei der Orangen Revolution als auch bei der Revolution der Würde richteten sich diese politischen Ideen der Protestbewegungen auch stark gegen die Oligarchen und die politische Rolle, die Oligarchen im politischen System der Ukraine spielen.

Wissenschaftlich wurde die politische Rolle der Oligarchen umfassend untersucht. Insbesondere im Kontext eines kompetitiv-autoritären politischen Regimes lässt sich konstatieren, dass Oligarchen in der Ukraine als Großunternehmer mit beträchtlichen finanziellen Ressourcen politisch aktiv sind und, der *State Capture*-These von Hellman et al. folgend, versuchen, Reformen nur soweit zuzulassen, wie sie der eigenen Profitmaximierung dienlich sind.<sup>947</sup> Ihre finanziellen Ressourcen sind dabei nicht nur das Ergebnis, sondern auch die Grundlage ihrer politischen Einflussnahme. Insbesondere Korruption und damit verbunden die politische Praxis des Klientelismus, bei der politische Macht und Ressourcen über persönliche Verbindungen und informelle Netzwerke verteilt werden und politische Akteure beziehungsweise Amtsträger in der Legislative, Judikative und Exekutive politische Unterstützung gegen wirtschaftliche Vorteile austauschen, spielen dabei eine bedeutende Rolle und stellen ein erhebliches Hindernis für die Demokratisierung dar. Wenn das politische Regime jedoch plötzliche Demokratisierungsschübe erfährt, ein signifikanter Teil der Öffentlichkeit die Eigentumsrechte der Oligarchen als illegitim betrachtet und eine entsprechende Entmachtung der Oligarchen einfordert, lässt sich aus diesen Regimeveränderungen in zweifacher Hinsicht eine besondere Gefahr für die Oligarchen ableiten: Zum einen ergibt sich für die „postrevolutionäre“ politische Führung der Handlungsauftrag, Macht und Einfluss der Oligarchen zu beschneiden. Zum anderen kann eine neue, demokratisch legitimierte politische Führung die Eigentumsrechte bestimmter Oligarchen

---

<sup>947</sup> Vgl. Hellman et al. (2003): S. 9–11.

aber auch gezielt streitig machen und die öffentliche Meinung hierfür bewusst instrumentalisieren – beispielsweise, um rechtsstaatliche Reformen umzusetzen oder, um selbst zu profitieren beziehungsweise Akteure aus dem eigenen Umfeld profitieren zu lassen. Imageprobleme und ein entsprechendes Streben nach Rechtfertigung und Legitimität stellen für Akteure wie Oligarchen an sich keine Besonderheit dar – dies trifft umso mehr zu, wenn eine Gesellschaft mehrheitlich die Anhäufung von Reichtum durch Eliten als illegitim betrachtet. Anders jedoch als zum Beispiel im autoritären politischen System Russlands lassen sich im Falle der Ukraine unter Berücksichtigung der Besonderheiten des kompetitiven politischen Regimes und der entsprechenden Regimedynamiken also durchaus akute Herausforderungen aufgrund von Legitimationsdefiziten und Imageproblemen für die Oligarchen ableiten.<sup>948</sup>

Im wissenschaftlichen Diskurs vertritt vor allem Frye die These, dass Oligarchen über Möglichkeiten verfügen, auf Legitimationsdefizite zu reagieren, um die Sicherheit ihrer Eigentumsrechte zu erhöhen<sup>949</sup> und das von Winters beschriebene „wealth defense“ zu betreiben.<sup>950</sup> Mit Blick auf die in dieser Arbeit untersuchten Oligarchen ist hierbei zunächst festzuhalten, dass die beobachtbaren öffentlichen Reaktionen der Oligarchen – in Form ihrer Selbstdarstellung, der von ihnen kontrollierten medialen Berichterstattung sowie Wohltätigkeits- beziehungsweise Sponsoringaktivitäten – Ausdruck dafür sind, dass sowohl mit der Orangen Revolution als auch mit der Revolution der Würde bedeutende Veränderungen im politischen Regime der Ukraine stattgefunden haben, die offenbar öffentlichkeitswirksame Reaktionen der Oligarchen erforderlich gemacht haben. Dies trifft auch auf einen Oligarchen wie Rinat Achmetov zu, der nach der Orangen Revolution zunächst den Versuch unternahm, sich „unsichtbar“ zu machen, im späteren Verlauf jedoch deutliche Bemühungen erkennen ließ, sein eigenes Image zu verbessern.

Bei allen hier betrachteten Oligarchen ist dabei vor allem deutlich geworden, wie ukrainische Oligarchen ihre Kontrolle über Massenmedien nutzen, um ihre öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen. Dass der ukrainische Medienmarkt und Medienbesitzverhältnisse in der Ukraine primär durch politische und nicht durch wirtschaftliche Interessen bestimmt sind, wurde unter anderem von Ryabinska herausgearbeitet.<sup>951</sup> Ryabinska bezeichnet Massenmedien in der Ukraine als „captured institution“<sup>952</sup>. Der von Ryabinska formulierten These folgend nutzen Oligarchen in der Ukraine ihren Besitz von Massenmedien als politisches Einflussvehikel,

---

<sup>948</sup> Zu Russland vgl. Schimpfössel, Elisabeth (2018): *Rich Russians. From Oligarchs to Bourgeoisie*, New York: Oxford University Press, S. 66.

<sup>949</sup> Vgl. Frye (2006).

<sup>950</sup> Vgl. Winters (2011): S. 20f.

<sup>951</sup> Vgl. Ryabinska (2011).

<sup>952</sup> Ryabinska (2014): S. 56.

indem sie politische Akteure gegen entsprechende Vorzugsbehandlungen unterstützen und somit zum *uneven playingfield* im politischen System beitragen.<sup>953</sup> Durch die in dieser Arbeit vorgenommene umfassende und systematische Inhaltsanalyse der Berichterstattung von Medien, die im Besitz von Oligarchen sind, ist darüber hinaus deutlich geworden, dass Oligarchen in der Ukraine ihren Einfluss auf Massenmedien auch gezielt dafür nutzen, um ihr eigenes öffentliches Bild zu kontrollieren. Medien, die sich im Besitz der Oligarchen befinden, können dementsprechend als ein zentrales Instrument der Eigentumsverteidigung der Oligarchen betrachtet werden. Diese Beobachtung stützt die These, dass die von Oligarchen kontrollierten Medien in der Ukraine primär als politisches Werkzeug dienen. Einerseits werden sie vor allem im Zuge von Wahlen genutzt, um Unterstützung für eine oder mehrere politische Kräfte zu generieren, andererseits aber auch, um Angriffen auf die Oligarchen selbst entgegenzuwirken.

Es ist außerdem deutlich geworden, dass die Legitimationsstrategien der Oligarchen zum Teil erhebliche Unterschiede aufweisen. Zwar leisteten alle hier betrachteten Oligarchen in der Vergangenheit öffentlichkeitswirksame Wohltätigkeits- oder Sponsoringarbeit. Als Wohltäter oder Mäzene versuchen Oligarchen nach Frye mit diesen „good works“ die öffentliche Akzeptanz ihrer Eigentumsrechte zu stärken. Unterschiede in ihren Legitimationsstrategien zeigten sich jedoch mit Blick auf die Zielgruppen und die Intensität dieser Tätigkeiten, ebenso wie hinsichtlich ihrer öffentlichen Selbstdarstellung und der damit verbundenen politischen Positionierung. Die genauere Betrachtung hat gezeigt, dass insbesondere die Selbstdarstellung der Oligarchen und die eng damit verbundenen Wohltätigkeits- beziehungsweise Sponsoringaktivitäten eine Art Spiegelbild unterschiedlicher Positionen in den Machtgefügen vor und nach den jeweiligen Regimewechseln darstellten. Diese Aktivitäten haben sich dabei zugleich stark an den Geschäftsinteressen der Oligarchen orientiert. Dies wird am deutlichsten bei Achmetov, der nach der Orangen Revolution und der Niederlage des von ihm unterstützten Janukovyč zunächst keine Antwort auf sein Imageproblem hatte, dann aber offenbar einen Lernprozess durchlief und sich in der Folgezeit zu einem der bedeutendsten Wohltäter des Landes entwickelte. Im Zuge des Krieges im Donbas ab 2014, wo seine Stiftung eine bedeutsame Rolle bei der Bewältigung humanitärer Probleme spielte, profilierte er sich vor allem als Pazifist und stellte sich eindeutig gegen die sogenannten Separatisten. Die Kompatibilität mit gesamtukrainischen Interessen ging bei Achmetov dabei jedoch nicht so weit, dass er die russische Politik, die den Aufstand der „Separatisten“ in der Region

---

<sup>953</sup> Vgl. ebd. S. 52.

maßgeblich orchestriert hatte,<sup>954</sup> verurteilte. Achmetov kann dementsprechend als Beispiel dafür gesehen werden, dass Oligarchen nicht nur mit Blick auf ihre unmittelbare politische Einflussnahme, sondern auch mit ihren Legitimationsstrategien versuchen, möglichst viel Flexibilität im Hinblick auf politische Veränderungen und wechselnde Machtverhältnisse zu wahren. In der Phase nach der Annexion der Krim und nach dem Beginn des Krieges im Donbas bedeutete dies für Oligarchen wie Achmetov, mit starken wirtschaftlichen Interessen in Russland und in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine, eine Art Balanceakt und den Versuch, eine von Ambiguität geprägte Position hinsichtlich der russischen Aggression aufrechtzuerhalten.<sup>955</sup>

Die vorliegende Untersuchung der Imagearbeit und der Legitimationsstrategien von Oligarchen in der Ukraine hat jedoch kaum Hinweise darauf geliefert, dass die identifizierten Legitimations- und Öffentlichkeitsstrategien der Oligarchen als Ausdruck grundsätzlich geänderter Interessen und Handlungsstrategien gewertet werden können. Grundlegend veränderte Interessen der Oligarchen könnten zum Beispiel dann vorliegen, wenn Oligarchen den Aufbau eines demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Regimes unterstützen und somit letztlich auch eine Transformation anstreben würden, die der Konzeptualisierung von Winters entsprechend in einem Übergang von „wealth defense“ zu „income defense“ Ausdruck finden würde. Wichtig ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass Oligarchen in der Ukraine Regimewechsel in der Vergangenheit nicht aktiv vorangetrieben haben. Vielmehr haben sie lediglich auf Veränderungen des politischen Regimes reagiert und (rechtzeitig) politische Lager gewechselt.<sup>956</sup> Auch die Legitimationsstrategien der Oligarchen lassen sich in erster Linie als eine Reaktion auf Regimeveränderungen betrachten – und nicht als Aktionen, die auf eine nachhaltige Veränderung des Regimes abzielten.

Letztendlich handelt es sich bei den Legitimationsstrategien, die die hier untersuchten ukrainischen Oligarchen verfolgten, primär um eine weitere Anpassungsmaßnahme, die sich an innen- und außenpolitischen Erfordernissen orientierte. Diese Strategien können als eine zusätzliche Erklärung dafür dienen, wie es den Oligarchen in der Vergangenheit gelungen ist, Regimewechsel, die sich explizit gegen sie richteten, relativ unbeschadet zu überstehen. Dies

---

<sup>954</sup> Zur Genese des Krieges Russlands gegen die Ukraine seit 2014 siehe auch: Mitrokhin (2014) sowie Sasse, Gwendolyn (2022): *Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen*, München: C.H. Beck.

<sup>955</sup> Vgl. Burakovsky/Yukhymenko (2023): S. 170. Erst mit der vollumfänglichen russischen Invasion ab Februar 2022 begann auch Achmetov, Russland deutlich als Aggressor zu bezeichnen. Neben der von ihm bereits zuvor getätigten humanitären Hilfe für die Zivilbevölkerung leistete Achmetov nun auch militärische Hilfe für die ukrainischen Streitkräfte. Burakovsky/Yukhymenko charakterisieren dieses Verhalten von Oligarchen wie Achmetov als „patriotism by necessity“. Vgl. Burakovsky/Yukhymenko (2023): S. 181f.

<sup>956</sup> Vgl. Pleines, Heiko (2019): *The Political Role of Business Magnates in Competitive Authoritarian Regimes: A Comparative Analysis*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook*, Vol. 60, No. 2, 299–334, hier S. 325.

schließt nicht aus, dass es im Zusammenhang mit Regimewechseln und den damit einhergehenden Veränderungen von innen- und außenpolitischen Ideen und Zielen zu besonderen Interessensüberschneidungen und Interdependenzen<sup>957</sup> zwischen Staat, Gesellschaft und Oligarchen kommen kann, die es einzelnen Oligarchen erleichtert haben, bestimmte Legitimationsstrategien umzusetzen (Pinčuk 2005, Achmetov 2014) und zumindest vorübergehend sogar an Macht und Einfluss zu gewinnen (Kolomojs'kyj 2014).

Mit Volodymyr Zelens'kyjs Gewinn der Präsidentschaftswahl 2019 und der vollumfänglichen russischen Invasion ab 2022 hat sich jedoch gezeigt, dass es weitere endogene und vor allem exogene Faktoren gibt, die Oligarchen unter großen Druck setzen können. Der deutliche Wahlsieg Zelens'kyjs – als Newcomer in der ukrainischen Politik und ohne belastbare Beziehungen zu einem der bis dato vorherrschenden ukrainischen Clans beziehungsweise Seilschaften – sowie der Gewinn einer absoluten Mehrheit seiner neugegründeten Partei *Sluha narodu* bei der anschließenden vorgezogenen Parlamentswahl brachten zuvor bestehende formelle und informelle Gesetzmäßigkeiten der ukrainischen Politik aus den Fugen. Dies lässt sich auch mit Blick auf die politische Rolle der Oligarchen als Beginn einer neuen Phase bezeichnen, in der die Oligarchen deutlich an Macht und Einfluss verloren haben.<sup>958</sup>

Die Deoligarchisierungs-Politik Zelens'kyjs in Verbindung mit internationalem Druck erklärt jedoch nur zum Teil, warum Oligarchen in den vergangenen Jahren Macht und Einfluss eingebüßt haben. Für alle ukrainischen Oligarchen gilt, dass vor allem die russische Invasion ab Februar 2022 zu signifikanten Vermögens- und Machtverlusten geführt hat.<sup>959</sup> Während sich die Oligarchen an vorherige, endogene „Schocks“ wie die Orange Revolution oder die Revolution der Würde unter anderem durch die in dieser Arbeit beschriebenen Legitimationsstrategien anpassen und Macht und Einfluss aufrechterhalten konnten, ist ihnen dies mit Blick auf die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges ab 2022 nicht gelungen. Seit der russischen Invasion befinden sich die Oligarchen in einem „survival mode“<sup>960</sup>, nachdem große Produktionskapazitäten – beispielsweise von Achmetov im Donbas – infolge des Krieges zerstört und von Russland besetzt worden sind. Neben den direkten Auswirkungen des Krieges durch Zerstörung von Produktionsstätten, Infrastruktur und Absatzmärkten, sind im Zuge der Verhängung des Kriegsrechts in der Ukraine Unternehmen der Oligarchen zudem in den Besitz des ukrainischen Staates übergegangen, beispielsweise die Öl- und

---

<sup>957</sup> Vgl. Burakovsky/Yukhymenko (2023): S. 172.

<sup>958</sup> Vgl. hierzu auch: Dubrovskiy (2023): S. 234–242.

<sup>959</sup> Zu den Vermögensentwicklungen der Oligarchen vgl. Burakovsky/Yukhymenko (2023): S. 175.

<sup>960</sup> Burakovsky/Yukhymenko (2023): S. 182.

Gasunternehmen *Ukrnafta* und *Ukratnafta* Kolomojs'kyjs.<sup>961</sup> Hinzu kommt, dass seit Beginn des groß angelegten russischen Angriffs innenpolitische Auseinandersetzungen in der Ukraine in den Hintergrund geraten sind und die politische Macht bislang in den Händen eines sehr beliebten Präsidenten und einer ebenso beliebten Militärführung gelegen hat. Wahlen sind im Kriegszustand ausgesetzt und die politischen Handlungsräume und Einflussmöglichkeiten der Oligarchen sind stark eingeschränkt. Dies findet auch darin Ausdruck, dass die größten ukrainischen Fernsehsender sich seit Februar 2022 an einem „Telemarathon“ beteiligt und gemeinsam abwechselnd über den Krieg berichtet haben (*Edyni novyny* – Vereinte Nachrichten). Die fehlenden Einflussmöglichkeiten von Medien, insbesondere von Fernsehkanälen, sind ein weiterer Grund dafür, warum ein Oligarch wie Achmetov sein Medienimperium, das ihm lange Zeit großen politischen Einfluss gesichert hatte, aufgegeben hat.

---

<sup>961</sup> Vgl. Burakovsky/Yukhymenko (2023): S. 178f.

## Literaturverzeichnis

- Ahejeva, K. M./Paschaver, O. J./Verchovodova, L.T (2006): Pryvatyzacija ta reprivatyzacija v Ukrajinii pislja „pomarančevoji“ revoljuciji [Privatisierung und Reprivatisierung nach der „Orangen“ Revolution], Kyiv: Milenium.
- Åslund, Anders (2005a): Comparative Oligarchy: Russia, Ukraine and the United States, Warsaw: CASE – Center for Social and Economic Research, Studies & Analyses, No. 296: [https://www.case-research.eu/files/?id\\_plik=4153](https://www.case-research.eu/files/?id_plik=4153) [15.01.2024].
- Åslund, Anders (2005b): The Economic Policy of Ukraine after the Orange Revolution, in: Eurasian Geography and Economics, Vol. 46, No. 5, 327–353.
- Åslund, Anders (2006): The Ancien Régime: Kuchma and the Oligarchs, in: Åslund, Anders/McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine’s Democratic Breakthrough, Washington D.C.: Carnegie, 9–28.
- Åslund, Anders (2010): Am Abgrund. Die ukrainische Wirtschaft in der Finanzkrise, in: OSTEUROPA, 60. Jg., Nr. 2–4, 195–209.
- Åslund, Anders (2013): How Capitalism Was Built. The Transformation of Central and Eastern Europe, Russia, and Cetral Asia, Cambridge: Cambridge University Press.
- Backes, Uwe (2013): Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimationsstrategien, in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos.
- BBC World Service (2009): Wide Dissatisfaction with Capitalism – Twenty Years after Fall of Berlin Wall: [https://worldpublicopinion.net/wp-content/uploads/2017/12/BBC\\_BerlinWall\\_Nov09\\_rpt.pdf](https://worldpublicopinion.net/wp-content/uploads/2017/12/BBC_BerlinWall_Nov09_rpt.pdf) [15.01.2024].
- Beichelt, Timm (2014): Legitimier Autoritarismus? Politische Stabilität im postsowjetischen Raum, in: OSTEUROPA, 64. Jg., Nr. 8, 49–61.
- Berle, Adolf A. (1967): Macht ohne Eigentum, Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Bojcun, Marko (2005): Ukraine: Beyond postcommunism, in: Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, Vol. 13, No. 1, 9–20.
- Bos, Ellen (2006): Leonid Kutschma: „Spieler“ mit demokratischen Institutionen, in: Bos, Ellen/Helmerich, Antje (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Demokratie, Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa, Münster: LIT-Verlag, 79–116.
- Bos, Ellen (2010a): Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas [3. aktual. u. erw. Aufl.], Wiesbaden: VS Verlag, 527–581.
- Bos, Ellen (2010b): Stabile Instabilität, dynamische Blockade, in: OSTEUROPA, 60. Jg., Nr. 2–4, 77–88.
- Brownlee, Jason (2007): Authoritarianism in an Age of Democratization, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brüsemeister, Thomas (2000): Qualitative Forschung. Ein Überblick, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bukkvoll, Tor (2004): Private Interests, Public Policy. Ukraine and the Common Economic Space Agreement, in: Problems of Post-Communism, Vol. 51, No. 5, 11–22.
- Burakovsky, Igor/Yukhymenko, Stanislav (2023): Ukrainian Oligarchs: The War as a Challenge, in: Madlovics, Bálint/Magyar, Bálint (eds.): Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion. The Russia-Ukraine War, Volume One, Budapest: Central European University Press, 169–192.
- Cardoso, Fernando H. (1986): Entrepreneurs and the Transition Process: The Brazilian Case, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurance (eds.): Transitions from



- Authoritarian Rule. Comparative Perspectives, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 137–153.
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy*, Vol. 13, Issue 1, 5–21.
- Chehabi, Houchang E./Linz, Juan J. (1998): *Sultanistic Regimes*, Baltimore, London: The Hopkins University Press.
- D'Anieri, Paul (2005): The last hurrah: The 2004 Ukrainian presidential elections and the limits of machine politics, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 38, No. 2, 231–249.
- D'Andieri, Paul (2007): *Understanding Ukrainian Politics. Power, Politics, and Institutional Design*, New York: M.E. Sharpe.
- Dabrowski, Marek (1994): The Ukrainian way to hyperinflation, in: *Communist Economies and Economic Transition*, Vol. 6, No. 2, 115–137.
- Danzer, Alexander M./Weisshaar, Natalia (2010): Armut in Rezession und Aufschwung, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 78, 14.09.2010, 2–7: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen78.pdf> [15.01.2024].
- Darden, Keith A. (2001): Blackmail as a tool of state domination: Ukraine under Kuchma, in: *East European Constitutional Review*, Vol. 10, Issue 2–3, 67–71.
- Davis, Keith (1960): Can Business Afford to Ignore Social Responsibilities?, in: *California Management Review*, Vol. 2, Issue 3, 70–76.
- Denisova, Irina/Eller, Markus/Frye, Timothy, Zhuravskaya, Ekaterina (2012): Everyone hates privatization, but why? Survey evidence from 28 post-communist countries, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 40, Issue 1, 44–61.
- Denzin, Norman (1970): *The Research Act*, Chicago: Aldine.
- Diamond, Larry Jay (2002): Thinking About Hybrid Regimes, in: *Journal of Democracy*, Vol. 13, Issue 2, 21–35.
- Dubrovskiy, Vladimir (2023): The Main Driving Forces of De-Patronalization in Ukraine: The Role of Ukrainian Business, in: Madlovics, Bálint/Magyar, Bálint (eds.): *Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion. The Russia-Ukraine War, Volume One*. Budapest: Central European University Press, 221–262.
- Engelking, Olga (2013): *Die Revision der Privatisierung in der Ukraine und der Russischen Föderation*, Berlin: Pro Universitate Verlag im Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Finckenauer, James O./Schrock, Jennifer L. (Hrsg.) (2004): *The prediction and control of organized crime: the experience of post-Soviet Ukraine*, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers.
- Fischer, Sabine (2019): *Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess*, SWP-Studie 3, Februar 2009, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Flick, Uwe (1995): *Handbuch der qualitativen Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Flick, Uwe (2011): *Triangulation. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Franzen, Wolfgang/Haarland, Hans Peter/Nissen, Hans-Joachim (Hrsg.) (2005): *Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990–2003*, Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Frye, Timothy (2006): Original Sin, Good Works, and Property Rights in Russia, in: *World Politics*, Vol. 58, Issue 4, 479–504.
- Fukuoka, Yuki (2013): Oligarchy and Democracy in Post-Suharto Indonesia, in: *Political Studies Review*, Vol. 11, Issue 1, 52–64.

- Fuxman, Leonora (1997): Ethical Dilemmas of Doing Business in Post-Soviet Ukraine, in: *Journal of Business Ethics*, Vol. 16, No. 12/13, 1273–1282.
- Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam (2007): Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 40, No. 11, 1279–1301.
- Gans-Morse, Jordan (2012): Threats to Property Rights in Russia: From Private Coercion to State Aggression, in: *Post-Soviet Affairs*, Vol. 28, No. 3, 263–295.
- Garriga, Elisabeth/Melé, Domènec (2004): Corporate Social Responsibility Theories: Mapping the Territory, in: *Journal of Business Ethics*, Vol. 53, No. 1/2, 51–71.
- Gerring, John (2004): What Is a Case Study and What Is It Good for?, in: *American Political Science Review*, Vol. 98, No. 2, 341–354.
- Gerschewski et al. (2013): Warum überleben Diktaturen?, in: Köllner, Patrick/Kailitz, Steffen (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich*, [PVS-Sonderheft Nr. 47], Baden-Baden: Nomos, 106–131.
- Gerschewski, Johannes (2013): The three pillars of stability: legitimation, repression, and co-optation in autocratic regimes, in: *Democratization*, Vol. 20, Issue 1, 13–38.
- Gisselquist, Rachel M. (2014): Paired Comparison and Theory Development: Considerations for Case Selection, in: *PS: Political Science & Politics*, Vol. 47, Issue 2, pp. 477–484.
- Goldman, Marshall I. (2004): Putin and the Oligarchs, in: *Foreign Affairs*, Vol. 83, No. 6, 33–44.
- Gorodnichenko, Yuriy/Grygorenko, Yegor (2008): Are Oligarchs Productive? Theory and Evidence, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 36, No. 1, 17–42.
- Grødeland, Åse Berit (2009): Cultural Constants, Corruption and the Orange Revolution, in: Besters-Dilger (Hrsg.): *Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution*, Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, 79–101.
- Hale, Henry (2015): *Patronal Politics. Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Halling, Steffen/Stewart, Susan (2012): Ukrainisches Eigentor vor der EM. Demaskierung des Regimes statt Imagegewinn, *SWP-Aktuell* 29, Mai 2012, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Halling, Steffen/Tkachenko, Serhiy (2017): Electoral Reform in Ukraine – Challenges and Prospects, *European Platform for Democratic Elections*, June 2017: <https://t1p.de/05w83> [15.01.2024].
- Halling, Steffen/Stewart, Susan (2016): Die „Deoligarchisierung“ in der Ukraine. Vielversprechende Visionen, trübe Realitäten, *SWP-Aktuell* 69, November 2016, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Halling, Steffen: „Alle Macht dem Präsidenten: Was nun in der Ukraine?“, *SWP „Kurz gesagt“*, 29.07.2019: <https://www.swp-berlin.org/publikation/alle-macht-dem-praesidenten-was-nun-in-der-ukraine> [15.01.2024].
- Halling, Steffen (2013): Zwischen Kalkül, Klientelismus und „Leidenschaft“: Ukrainische Oligarchen als Wohltäter und Mäzene, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 115, 23.04.2013, 9–13.: <https://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen115.pdf> [15.01.2024].
- Halling, Steffen (2015): Pazifismus, Patriotismus und Reformismus: Öffentlichkeitsstrategien der Oligarchen nach dem Maidan, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 154, 24.06.2015, 14–19: <https://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen154.pdf> [15.01.2024].
- Halushka, Andrii (2003): The Economy at the Beginning of the New Millennium, in: Besters-Dilger, Juliane (Hrsg.): *Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 123–162.
- Haran', Oleksij (1999): Innenpolitische Faktoren der ukrainischen Außenpolitik, in: *Berichte des BIOst*, Nr. 39.

- Harter, Stefanie/Grävingsholt, Jörn/Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.) (2003): *Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Rußland der Transformationsjahre 1992-2001*, Bremen: Edition Temmen.
- Hellman, Joel S. (1998): *Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions*, in: *World Politics*, Vol. 50, Issue 2, 203–234.
- Hellman, Joel S. (2002): *Russia's transition to market: a permanent redistribution?*, in: Kuchins, Andrew (ed.): *Russia After the Fall*, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace, 93–109.
- Hellman, Joel S./Jones, Geraint/Kaufmann, Daniel (2003): *Seize the State, Seize the Day: State Capture, Corruption, and Influence in Transition* [World Bank Policy Research Paper 2444], Washington: The World Bank.
- Helmerich, Martina (2003): *Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure*, Berlin: Duncker & Humblot.
- International Center for Policy Studies/ICPS (2007): *Livyj korol' - golyj*: [https://icps.com.ua/pub/files/46/52/BusinessAndReforms\\_U.pdf](https://icps.com.ua/pub/files/46/52/BusinessAndReforms_U.pdf) [15.01.2024].
- Junisbai, Barbara (2012): *Improbable but Potentially Pivotal Oppositions: Privatization, Capitalists, and Political Contestation in the Post-Soviet Autocracies*, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 10, Issue 4, 891–916.
- Junk, Julian (2011): *Method Parallelization and Method Triangulation: Method Combinations in the Analysis of Humanitarian Interventions*, in: *German Policy Studies*, Vol. 7, No. 3, 83–116.
- Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.) (2012): *Autokratien im Vergleich*, [Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47], Nomos: Baden-Baden.
- Karatnycky, Adrian (2005): *Ukraine's Orange Revolution*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No. 2, 35–52.
- Kelle, Udo; Erzberger, Christian (2000): *Integration qualitativer und quantitativer Methoden*, in: Flick, Uwe/Kardorff, Erich/Steinke, Ines (Hrsg.): *Handbuch qualitativer Sozialforschung*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 299–308.
- Klein, Eduard (2017) *Bildungskorruption in Russland und der Ukraine. Eine komparative Analyse der Performanz staatlicher Antikorruptionsmaßnahmen im Hochschulsektor am Beispiel universitärer Aufnahmeprüfungen*, Stuttgart: ibidem.
- Klein, Eduard (2020): *Wie sich das Reformfenster in der Ukraine langsam schließt*, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 232, 26.03.2020, 15: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/232/UkraineAnalysen232.pdf> [15.01.2024].
- Korpi, Walter (1985): *Developments in the Theory of Power and Exchange*, in: *Sociological Theory*, Vol. 3, Issue 2, 31–45.
- Koshiw, Jaroslav (2003): *Beheaded. The killing of a journalist*, Reading: Artemia.
- Kowall, Tina (2002): *Eine Oligarchie unter Kuchma? Der Einfluss der Wirtschaftseliten auf die Politik*, in: Kowall, Tina/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): *Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen. (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 42)*, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa, 5-20.
- Kowall, Tina (2006): *Leonid Kutschma und die Oligarchen: Vom Gewinnen und Verlieren der Macht*, in: Bos, Ellen/Helmerich, Antje (Hrsg.): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa*, Münster: LIT-Verlag, 117–133.
- Kravchuk, Robert S. (2005): *Kuchma as Economic Reformer*, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 52, No. 5, 48–58.

- Kusznir, Julia (2004): Russlands „Oligarchen“: Eine neue Basis in der Region, in: *Russlandanalysen*, Nr. 41, 15.10.2004, 2–9: <https://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen041.pdf> [15.01.2024].
- Kuzio, Taras (2004a): Oligarchs Privatize Ukraine Before Elections, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 1, No. 33: <https://jamestown.org/program/oligarchs-privatize-ukraine-before-elections/> [15.01.2024].
- Kuzio, Taras (2004b): Russians Run Censorship of Ukrainian Media, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 1, No. 35: <https://jamestown.org/program/russians-run-censorship-of-ukrainian-media/> [15.01.2024].
- Kuzio, Taras (2007): Oligarchs, Tapes and Oranges: ‘Kuchmagate’ to the Orange Revolution, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol. 23, No. 1, 30–56.
- Kuzio, Taras (2008): Oligarchs Wield Power in Ukrainian Politics, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 5, No. 125: <https://jamestown.org/program/oligarchs-wield-power-in-ukrainian-politics/> [15.01.2024].
- Langbein, Julia (2008): FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 44, 23.09.2008, 7–11: <https://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen44.pdf> [15.01.2024].
- Langbein, Julia (2010): A la carte. Ukrainische Positionen zum Freihandel mit der EU, in: *OSTEUROPA*, 60. Jg., Nr. 2–4, 359–371.
- Leach, Darcy K. (2005): The Iron Law of *What* Again? Conceptualizing Oligarchy Across Organizational Forms, in: *Sociological Theory*, Vol. 23, Issue 3, 312–337.
- Ledeneva, Alena (1998): *Russia's Economy of Favours: Blat, Networking and Informal Exchange*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2002): Elections without Democracy. The Rise of Competitive Authoritarianism, in: *Journal of Democracy*, Issue 13, Vol. 2, 51–65.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Lipset, Seymour M. (1962): *Soziologie der Demokratie*, Neuwied: Luchterhand.
- Lukyanova, Maria (2006): Massenmedien in der Ukraine, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 17, 12.12.2006, 2–4: <https://www.laenderanalysen.de/ukraine-analysen/17/UkraineAnalysen17.pdf> [15.01.2024].
- Magaloni, Beatriz (2008): Credible Power-Sharing and the Longevity of Authoritarian Rule, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 41, Issue 4-5, 715–741.
- Malygina, Katerina (2013): Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 112, 12.02.2013, 2–6: <https://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen112.pdf> [25.01.2024].
- Markus, Stanislav (2012): Secure Property as a Bottom-Up Process: Firms, Stakeholders, and Predators in Weak States, in: *World Politics*, Vol. 64, Issue 2, 242–277.
- Markus, Stanislav (2015): *Property, Predation, and Protection. Piranha Capitalism in Russia and Ukraine*, New York: Cambridge University Press.
- Markus, Stanislav/Charnysh, Volha (2017): The Flexible Few: Oligarchs and Wealth Defense in Developing Democracies, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 50, Issue 12, 1632–1665.
- Matuszak, Slawomir (2012): The Oligarchic Democracy. The Influence of Business Groups on Ukrainian Politics, *OSW-Studies* No. 42, September 2012, Warsaw: OSW-Center for Eastern Studies: [https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace\\_42\\_en\\_0.pdf](https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_42_en_0.pdf) [15.01.2024].
- Mau, Vladimir/Starodubrovskaya, Irina (2001): *The Challenge of Revolution: Russia at the End of the 20 Century*, Oxford: Oxford University Press.

- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung*, Weinheim: Beltz.
- Michels, Robert (1911): *Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig: Klinkhardt.
- Minakov, Mikhail (2023): War, De-oligarchization, and the Possibility of Anti-Patronal Transformation in Ukraine, in: Madlovics, Bálint/Magyar, Bálint (eds.): *Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion. The Russia-Ukraine War, Volume One*, Budapest: Central European University Press, 141–165.
- Minakow, Michajlo (2020): Die Rolle der Oligarchen bleibt unverändert, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 232, 26.03.2020, 16: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/232/UkraineAnalysen232.pdf> [15.01.2024].
- Mitrokhin, Nikolay (2014): Transnationale Provokationen. Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine, in: *OSTEUROPA*, 64. Jg., Nr. 5–6, 157–174.
- Mosca, Gaetano (1939): *The Ruling Class*, New York and London: McGraw-Hill Book Company.
- Musiezdzov, Aleksej (2014): Vosprijatie Majdana: sozial'no-ekonomičeskie osnovanija identičnosti v postsovremennom obščestve, in: *Ab Imperio*, 3/2014, 161–168.
- Nohlen, Dieter (2002): *Kleines Lexikon der Politik*, München: C.H. Beck.
- Olszański, Tadeusz (2010): The Party of Regions monopolises power in Ukraine, *OSW Commentary* 40, September 2010: <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2010-09-29/party-regions-monopolises-power-ukraine> [15.01.2024].
- Ott, Alexander (1997): Wer hat die reale Macht in der Ukraine?, in: *Berichte des BIOst*, Nr. 31.
- Ott, Alexander (1999): *Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Ott, Alexander (2000a): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments, in: *Berichte des BIOst*, Nr. 10.
- Ott, Alexander (2000b): Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft?, in: *Berichte des BIOst*, Nr. 17.
- Ott, Alexander (2003): Die ukrainische Politik gegenüber Rußland, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): *Rußland und der postsowjetische Raum*, Baden-Baden: Nomos, 223–239.
- Panina, Natalya (2005): *Ukrainian Society 1994–2005: Sociological Monitoring*, Kyiv: Sophia.
- Pareto, Vilfredo (1968): *The Rise and Fall of Elites. An Application of Theoretical Sociology*, New Brunswick, New Jersey: Transaction Publishers.
- Piano, Aili/Puddington, Arch/Rosenberg Mark Y. (eds.) (2006): *Freedom in the World 2006. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties*, New York: Freedom House, S. 747: [https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/Freedom\\_in\\_the\\_World\\_2006\\_complete\\_book.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/Freedom_in_the_World_2006_complete_book.pdf) [15.01.2024].
- Pirani, Simon (2010): Am Tropf. Die Ukraine, Russland und das Erdgas, in: *OSTEUROPA*, 60. Jg., Nr. 2–4, 237–256.
- Pleines, Heiko (2005): *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004*, Münster: LIT-Verlag.
- Pleines, Heiko (2006): Privatisierungsauktionen zwischen Manipulation, Skandalen und Renationalisierung, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 08, 23.05.2006, 2–6: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/8/UkraineAnalysen8.pdf> [15.01.2024].



- Pleines, Heiko (2008a): Manipulating Politics: Domestic Investors in Ukrainian Privatisation Auctions 2000-2004, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 60, Issue 7, 1177–1197.
- Pleines, Heiko (2008b): Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 40, 27.05.2008, 2–5: <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/40/die-macht-der-oligarchen-grossunternehmer-in-der-ukrainischen-politik/> [15.01.2023].
- Pleines, Heiko (2010): Demokratisierung ohne Demokraten. Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: *OSTEUROPA*, 60. Jg., Nr. 2–4, 124–134.
- Pleines, Heiko (2011): Die politische Rolle der Oligarchen, in: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): *Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko*, Frankfurt am Main: Peter Lang, 129–134.
- Pleines, Heiko (2012): From Competitive Authoritarianism to Defective Democracy: Political Regimes in Ukraine before and after the Orange Revolution, in: Stewart, Susan et al. (eds.): *Presidents, Oligarchs and Bureaucrats*, Farnham: Ashgate, 125–138.
- Pleines, Heiko (2016): Oligarchs and Politics in Ukraine, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, Vol. 24, Issue 1, 105–127.
- Pleines, Heiko: Dataset on Ukrainian oligarchs 2000-2016 (as of 17 August 2016), abrufbar unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/table-oligarchs-overview.xls> [15.01.2024].
- Pleines, Heiko (2019): The Political Role of Business Magnates in Competitive Authoritarian Regimes: A Comparative Analysis, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook*, Vol. 60, No. 2, 299–334.
- Prizel, Ilya (2002): Ukraine’s Hollow Decade, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 16, No. 2, 363–385.
- Prytula, Olena (2006): The Ukrainian Media Rebellion, in: Åslund, Anders/McFaul, Michael (Hrsg.): *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine’s Democratic Breakthrough*, Washington D.C.: Carnegie, 103–124.
- Puglisi, Rosaria (2003a): The Rise of the Ukrainian Oligarchs, in: *Democratization*, Vol. 10, Issue 3, 99–123.
- Puglisi, Rosaria (2003b): Clashing Agendas? Economic Interests, Elite Coalitions and Prospects for Co-Operation between Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 55, No. 6, S. 827–845.
- Puglisi, Rosaria (2008): A window to the world? Oligarchs and foreign policy in Ukraine, in: Fischer, Sabine (Hrsg.): *Ukraine: Quo Vadis?*, Chaillot Paper No. 108, Paris: European Union Institute for Security Studies, 55–85.
- Puglisi, Rosaria (2015): Heroes or Villains? Volunteer Battalions in Post-Maidan Ukraine, IAI Working Papers 15, März 2015: <http://www.iai.it/sites/default/files/iaiw1508.pdf> [25.01.2024].
- Radnitz, Scott (2010a): The Color of Money: Privatization, Economic Dispersion, and the Post Soviet “Revolutions”, in: *Comparative Politics*, Vol. 42, Issue 2, 127–146.
- Radnitz, Scott (2010b): *Weapons of the Wealthy. Predatory Regimes and Elite-Led Protests in Central Asia*, New York: Cornell University Press.
- Renz, Bettina/Sullivan, Jonathan (2013): Electronic Resources and the Study of Political Elites in Russia, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 65, Issue 10, pp. 1898–1911.
- Rohlfing, Ingo (2012): *Case Studies and Casual Inference. An Integrative Framework*, Basingstoke u.a.: Palgrave Macmillan.
- Rowlingson, Karen/Connor, Stuart (2011): The ‘Deserving’ Rich? Inequality, Morality and Social Policy, in: *Journal of Social Policy*, Vol. 40, Issue 3, 437–452.
- Rutland, Peter (2009): Putin and the Oligarchs, in: Wegren, Stephen K., Hersprin, Dale R. (eds.): *After Putin’s Russia: Past Imperfect, Future Uncertain*, Lanham: Rowman & Littlefield, 159–182.

- Ryabinska, Natalya (2011): The Media Market and Media Ownership in Post-Communist Ukraine. Impact on Media Independence and Pluralism, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 58, No. 6, 3–20.
- Ryabinska, Natalya (2014): Media Capture in Post-Communist Ukraine. Actors, Methods, and Conditions, in: *Problems of Post Communism*, Vol. 61, No. 2, 46–60.
- Samsons, Loren J. (1998): Mass, Elite, and Hoplite-Farmer in Greek History, in: *Arion: A Journal of Humanities and the Classics*, Vol. 5, Issue 3, 99–123.
- Sasse, Gwendolyn (2022): *Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen*, München: C.H. Beck.
- Schatz, Edward (2009): The Soft Authoritarian Tool Kit: Agenda Setting Power in Kazakhstan and Kyrgyzstan, in: *Comparative Politics*, Vol. 41, No. 2, 203–222.
- Schimpfössel, Elisabeth (2018): *Rich Russians. From Oligarchs to Bourgeoisie*, New York: Oxford University Press.
- Schmidt, Manfred (1995): *Wörterbuch zur Politik*, Stuttgart: Kröner.
- Schneckener, Ulrich (2014): Das Dilemma der Milizen. Ukrainische Freiwilligenbataillone und das Gewaltmonopol, in: *OSTEUROPA*, 64. Jg., Nr. 9–10, 135–164.
- Schneider, Eberhard (2004): Putin und die Oligarchen, SWP-Studie 36, September 2004, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schröder, Hans-Henning (1998): Jelzin und die „Oligarchen“. Über die Rolle von russischen Kapitalgruppen in der russischen Politik (1993–Juli 1998), *Berichte des BIOst*, Nr. 40.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2020): *Das Politiklexikon*, Bonn: Dietz [7., aktual. u. erw. Aufl., Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung], einsehbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/> [15.01.2024].
- Schulz, Marlen (2012): Quick and easy?! Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft, in: Schulz, Marlen/Mack, Birgit/Renn, Ortwin: *Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung*, Wiesbaden: Springer VS, 9–23.
- Sekhon, Jasjeet S. (2004): Quality Meets Quantity: Case Studies, Conditional Probability, and Counterfactuals, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 2, Issue 2, pp. 281–293.
- Shelley, Louise I. (1998): Organized Crime and Corruption in Ukraine: Impediments to the Development of a Free Market Economy, in: *Demokratizatsiya*, Vol. 6, No. 4, 648–663.
- Simon, Gerhard (2007): Die Erosion des Postkommunismus. Politische Kultur in der Ukraine im Wandel, in: *OSTEUROPA*, 57. Jg., Nr. 10, S. 29–42.
- Simon, Gerhard (2011): Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie, in: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): *Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Die Ära Juschtschenko*, Frankfurt am Main: Peter Lang, 13–33.
- Slater, Dan (2010), *Ordering Power: Contentious Politics and Authoritarian Leviathans in Southeast Asia*, New York: Cambridge University Press.
- Sociological group „Rating“: The Political Mood: April 2004: [http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg\\_files/rg\\_political\\_ua\\_052014\\_press.pdf](http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_political_ua_052014_press.pdf) [15.01.2024].
- Söderbaum, Hanna (2018a): From Oligarch to Benefactor? Legitimation Strategies among Wealthy Elite in Post-Soviet Ukraine, *Uppsala Studies in Economic History* 113, abrufbar unter: <http://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:1228356/FULLTEXT01.pdf> [15.01.2024].
- Söderbaum, Hanna (2018b): Elite Giving in Ukraine: State Relations and Legitimacy, in: *Ukraina Moderna*, No. 25, 163–193.

- Söderbaum, Hanna (2019a): *The Business-superman: Oligarchs Justifying Giving in Post-Soviet Ukraine*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook*, Vol. 60, No. 2, 377–408.
- Söderbaum, Hanna (2019b): *Shouldn't, Wouldn't, Couldn't? Analyzing the Involvement of Oligarchs' Philanthropy Foundations in the Ukrainian Protests of 2013-14*, in: *East/West: Journal of Ukrainian Studies*, Vol. 6, No. 2, 113–140.
- Solonenko, Iryna (2014): *Interessengeflecht und Machtstrategien. Die Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine*, in: *OSTEUROPA*, 64. Jg., Nr. 5–6, 197–215.
- Somfalvy, Esther/Pleines, Heiko (2021): *The Agency of Journalists in Competitive Authoritarian Regimes: The Case of Ukraine During Yanukovich's Presidency*, in: *Media and Communication*, Vol. 9, Issue 4, 82–92.
- Sonin, Konstantin (2003): *Why the rich may favor poor property rights protection?*, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 31, Issue 4, 715–731.
- Stewart, Susan (2010): *Überraschungen in der Ukraine. Die Demokratie auf dem Rückzug, Russland auf dem Vormarsch*, SWP-Aktuell 73, Oktober 2010, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Stewart, Susan (2013). *Public Procurement Reform in Ukraine: The Implications of Neopatrimonialism for External Actors*, in: *Demokratizatsiya* Vol. 21, Issue 2, 197–214.
- Stewart, Susan (2011): *Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik*, SWP-Studie 23, September 2011, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Stiglitz, Joseph/Hoff, Karla (2005): *The Creation of Rule and Law and the Legitimacy of Property Rights: The Political and Economic Consequences of a Corrupt Privatization*, NBER Working Paper No. 11772, Cambridge/Mass.: The National Bureau of Economic Research.
- Sverdel, Marina (2008): *Medienoligarchen. Chancen und Grenzen für die Pressefreiheit in der Ukraine – eine Fallstudie*, Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Szostek, Joanna (2014): *The Media Battles of Ukraine's EuroMaidan*, in: *Digital Icons: Studies in Russian, Eurasian and Central European New Media*, No. 11 (2014), 1–19.
- The Economist: „Steel crazy. Ukraine gives foreigners the finger“, 27.05.2004: <https://www.economist.com/business/2004/05/27/steel-crazy> [15.01.2024].
- Treisman, Daniel (2010): *“Loans for Shares” Revisted*, in: *Post-Soviet Affairs*, Vol. 26., No. 3, 207–227.
- Bezpal'ko, O.V./Halustjan, Ju.M./Hulevs'ka-Černyš, A.V. et al. (2008): *Blahodijni instytucii Ukraïny: sučasnyj stan ta perspektyvy rozvytku [Wohltätige Institutionen in der Ukraine: aktueller Stand und Entwicklungsperspektiven]*, Kyiv: Knyha pljus.
- Varfolomeyev, Oleg (2006): *Yushchenko Picks Donetsk Man For Security Chief*, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 3, No. 192: <https://jamestown.org/program/yushchenko-picks-donetsk-man-for-security-chief/> [15.01.2024].
- Veth, Manuel (2016): *Selling the People's Game. Football's transition from Communism to Capitalism in the Soviet Union and its Successor States*: [https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/files/61101227/2016\\_Veth\\_Manuel\\_1142220\\_thesis.pdf](https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/files/61101227/2016_Veth_Manuel_1142220_thesis.pdf) [15.01.2024].
- Victor Pinchuk Foundation (o.J.): *Ten Years of Transforming Ukraine. 2006-2015*, Kyiv: Victor Pinchuk Foundation: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/032/VPF\\_2015.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/032/VPF_2015.pdf) [15.01.2024]
- Victor Pinchuk Foundation (o.J.): *Annual Report 2006-2007*, Kyiv: Victor Pinchuk Foundation: [https://pinchukfund.org/upload/iblock/032/VPF\\_2006-07\\_eng.pdf](https://pinchukfund.org/upload/iblock/032/VPF_2006-07_eng.pdf) [15.01.2024].
- Vojtitskaja, Lesja/Shkaprova, Elena: *Izmenit' sistemu*, in: *Forbes Ukraina*, No. 5/2013: <https://web.archive.org/web/20150427151547/http://forbes.ua/magazine/forbes/1351872-izmenit-sistemu> [15.01.2024].



- Volkov, Vadim (1999): Violent Entrepreneurship in Post-Communist Russia, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 51, No. 5, 741–754.
- Volkov, Vadim (2005): Jenseits der Gerichte. Warum Gesetze nicht so funktionieren, wie sie sollen, in: *OSTEUROPA*, 55. Jg., Nr. 10, S. 74–83.
- Wachsmuth, Ralf/Fiebrig, Sebastian (2004): Das Duell Janukowitsch gegen Juschtschenko. Aktuelle Umfragewerte und Wahlprogramme, in: *Länderberichte*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 18.08.2004: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/das-duell-janukowitsch-gegen-juschtschenko1> [15.01.2024].
- Waksberg, Arkadi (1992): Die sowjetische Mafia. Organisiertes Verbrechen in der Sowjetunion, München/Zürich: Piper.
- Way, Lucan A. (2004): The Sources and Dynamics of Competitive Authoritarianism in Ukraine, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol. 20, Issue 1, 143–161.
- Weber, Max (1921): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr Siebeck [5. Auflage von 1972].
- Wellgraf, Stefan (2006): Die Millionengaben. Oligarchen und Fußball in der Ukraine, in: *OSTEUROPA*, 56. Jg., Nr. 5, 39–58.
- Wilson, Andrew (2005): *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven, London: Yale University Press.
- Winters, Jeffrey A. (2011): *Oligarchy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wise, Charles R./Brown, Trevor L. (1998): The separation of powers in Ukraine, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 32, No. 1, 23–44.
- Wittkowsky, Andreas (1998): *Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991-1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten*, Hamburg: LIT-Verlag.
- Wolowski, Pawel (2008): Ukrainian Politics after the Orange Revolution - How far from democratic consolidation?, in: Fischer, Sabine (Hrsg.): *Ukraine: Quo Vadis?*, Chaillot Paper No. 108, Paris: European Union Institute for Security Studies, 25–53.
- Yekelchuk, Serhy (2007): *Ukraine: Birth of a Modern Nation*, New York: Cambridge University Press.
- Yin, Robert K. (2014): *Case Study Research. Design and Methods*, Los Angeles u.a.: SAGE.
- Zakharovich, Yuri (2009): Mikhail Gutseriyev and the Expediency of Russian Justice, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 6, Issue 206: <https://jamestown.org/program/mikhail-gutseriyev-and-the-expediency-of-russian-justice/> [15.01.2024].
- Zimmer, Kerstin (2002): „Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“. Zur Rolle und Relevanz des „Donec'ker Clans“, in: Kowall, Tina/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): *Der politische Einfluss der Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen* [Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 42], 22–48.
- Zimmer, Kerstin (2005a): Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebietes Donec'k, in: *OSTEUROPA*, 55. Jg., Nr. 1, 34–49.
- Zimmer, Kerstin (2005b): Klientelismus im neopatrimonialen Staat. Regionale Machtsicherung in der Ukraine, in: *OSTEUROPA*, 55. Jg., Nr. 10, 59–73.
- Zimmer, Kerstin (2006a): *Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion*, Berlin/Münster: LIT-Verlag.
- Zimmer, Kerstin (2006b): Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt, *Ukraine-Analysen*, Nr. 3, 14.03.2006, 11–14: <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/3/eine-region-und-ihre-partei-die-partei-der-regionen-als-donezker-elitenprojekt/> [15.01.2024].
- Zon, Hans van (2005): Political Culture and Neo-Patrimonialism Under Leonid Kuchma, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 52, No. 5, 12–22.

## Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
DS	Demokratische Union (Demokratičnij sojuz)
EU	Europäische Union
GPU	Generalsstaatsanwaltschaft der Ukraine (Heneral'na prokuratura Ukrajinj/Ofis Heneral'noho prokurora)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IG	Investment Gruppe (Investicionnaja Gruppa/Investycijna Hrupa)
IMS	Investitions- und Metallurgieunion (Investicionno-metallurgičeskij sojuz/Investycijno-metalurhijnyj sojuz)
ISD	Industrieunion Donbas (Industrial'nyj sojuz Donbasu)
KGB	Komitee für Staatssicherheit (Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti)
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine (Komunistyčna partija Ukrajinj)
NZF	Ferrolegerungswerk Nikopol (Nikopol'skyj zavod ferosplaviv)
PR	Partei der Regionen (Partija rehioniv)
PZU	Grüne Partei der Ukraine (Partija zelenych Ukrajinj)
SCM	System Capital Management
SDPU(o)	Vereinte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (Social-demokratyčna partija Ukrajinj (ob'jednana))
SKM	System Capital Management (Sistem Képital Menedžment)
SN	Diener des Volkes (Sluha Narodu), Partei
TU	Ukrainische Arbeiterpartei (Trudova Ukrajina)
UAH	Hryvnja (Landeswährung der Ukraine)
UKROP	Ukrainische Vereinigung der Patrioten (Ukrajins'ke ob'jednannja patriotiv)
WTO	World Trade Organization
YES	Yalta European Strategy

## Anhang

**Tabelle 5: Vermögen und Rating-Platzierungen aller Akteure mit durchgehendem Oligarchen-Status in den Jahren 2005-2015<sup>962</sup>**

Oligarch	Vermögen in Mrd. US-\$ (Platzierung)											Ø-Vermögen (Ø-Platzierung)
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
<b>Achmetov, Rinat</b>	2,1 (3)	11,8 (1)	12 (1)	14,6 (1)	3,7 (1)	7,5 (1)	15,9 (1)	16 (1)	15,4 (1)	11,2 (1)	6,9 (1)	10,6 (1,18)
<b>Bojko, Volodymyr</b>	k.A.	k.A.	1,3 (10)	3,1 (6)	0,7 (6)	1,6 (5)	0,7 (31)	0,3 (24)	0,5 (19)	0,2 (32)	k.A.	1,05 (16,62)
<b>Chmel'nyc'kyj, Vasyl'</b>	k.A.	0,7 (12)	0,6 (26)	0,9 (25)	0,2 (29)	0,4 (22)	1,1 (18)	0,2 (40)	0,3 (29)	0,3 (23)	0,1 (34)	0,48 (25,8)
<b>Firtaš, Dmitro</b>	k.A.	1,4 (8)	1,4 (9)	1,7 (11)	0,6 (12)	0,5 (17)	1,4 (13)	0,6 (16)	0,6 (14)	0,4 (19)	0,2 (17)	0,88 (13,6)
<b>Kolomojs'kyj, Ihor</b>	2,8 (1)	2,8 (3)	3,3 (3)	4,7 (3)	2,2 (3)	2,9 (2)	5,3 (2)	3 (3)	2,4 (3)	1,8 (3)	1,4 (3)	2,96 (2,64)
<b>Pinčuk, Viktor</b>	1,4 (4)	3,7 (2)	4,4 (2)	10,5 (2)	3,5 (2)	2,8 (3)	2,9 (4)	4,2 (2)	3,8 (2)	3 (2)	1,5 (2)	3,79 (2,45)
<b>Porošenko, Petro</b>	0,3 (7)	0,5 (15)	0,7 (18)	1,4 (13)	0,6 (13)	0,7 (13)	1,1 (17)	1 (8)	1,6 (7)	1,3 (6)	0,7 (8)	0,9 (11,36)
<b>Tihipko, Serhij</b>	k.A.	0,4 (16)	0,7 (17)	0,9 (28)	0,6 (14)	0,5 (18)	0,7 (30)	0,9 (10)	1,2 (9)	1 (9)	0,3 (10)	0,72 (16,1)
<b>Ževago, Kostjantyn</b>	k.A.	1,9 (5)	1,7 (8)	3,8 (5)	0,9 (5)	1,3 (7)	2,6 (6)	1,8 (6)	1,5 (8)	1,1 (8)	0,7 (9)	1,73 (6,7)

<sup>962</sup>Vgl. Pleines, Heiko: Dataset on Ukrainian oligarchs 2000-2016 (as of 17 August 2016), abrufbar unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/table-oligarchs-overview.xls> [15.01.2024]. Die Werte zu den geschätzten Vermögen für die Jahre 2012–2015 entstammen der ukrainischen Ausgabe der Zeitschrift *Forbes* (2012: <https://web.archive.org/web/20120919003119/http://forbes.ua/ratings/1>; 2013: <https://web.archive.org/web/20131105222110/http://forbes.ua/ratings/1>; 2014: <https://web.archive.org/web/20141216083443/http://forbes.ua/ratings/1>; 2015: <https://web.archive.org/web/20160118134019/http://forbes.ua:80/ratings/1>), für die Jahre 2007–2011 dem Magazin *Fokus* (siehe <https://focus.ua/ratings>), für das Jahr 2006 der Zeitschrift *Korrespondent* (<https://www.unian.ua/society/9212-reyting-tridtsyati-naybagatshih-ukrajintsiiv.html>) und für 2005 dem polnischen Magazin *Wprost* (siehe <http://web.archive.org/web/20081216113409/http://najbogatsieuropejczyzy.wprost.pl/?b=-1&e=34> [alle 25.01.2024]).

**Tabelle 6: Übersicht der Oligarchen und ihrer Vermögen (2005-2015)**

	(1) Oligarchen-Status unter: <sup>963</sup>			(2) Mittelwert der geschätzten Vermögen 2005-2015 (in Klammern: durchschnittliche Platzierung aus allen hier zur Vermögensbestimmung zugrundeliegenden Ratings) <sup>964</sup>
	<i>Juščenko</i>	<i>Janukovyč</i>	<i>Porošenko</i> ( <i>Turčynov</i> )	
<b>Achmetov, Rinat</b>	ja			<b>10,6 (1,18)</b>
Bojko, Volodymyr	ja			1,05 (16,62)
Chmel'nyc'kyj, Vasyl'	ja			0,48 (25,8)
Firtaš, Dmitro	ja			0,88 (13,6)
<b>Kolomojs'kyj, Ihor</b>	ja			<b>2,96 (2,64)</b>
<b>Pinčuk, Viktor</b>	ja			<b>3,79 (2,45)</b>
Porošenko, Petro	ja			0,9 (11,36)
Tihipko, Serhij	ja			0,72 (16,1)
Ževago, Kostjantyn	ja			1,73 (6,7)

**Tabelle 7: Auflagenstärkste ukrainische Tageszeitungen (2010)<sup>965</sup>**

<b>Zeitung</b>	<b>Auflage (2010)</b>	<b>Besitzer (2014)</b>
Fakty i kommentarii	1,39 Mio.	Pinčuk
Argumenty i fakty	1,22 Mio.	Kurčenko
Segodnja	1,01 Mio.	Achmetov
Komsomolskja Pravda v Ukraine	0,82 Mio.	Kolomojs'kyj

<sup>963</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Dataset on Ukrainian oligarchs 2000-2016 (as of 17 August 2016), abrufbar unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/table-oligarchs-overview.xls> [15.01.2024].

<sup>964</sup> Zu den geschätzten Vermögen der Oligarchen siehe Fn. 962.

<sup>965</sup> Eigene Darstellung nach Ryabinska (2011) sowie Ryabinska (2014).

**Tabelle 8: Wohltätigkeits- und Stiftungsaktivitäten der reichsten ukrainischen Oligarchen (2012)<sup>966</sup>**

	Achmetov	Pinčuk	Kolomojs'kyj	Novyns'kyj	Porošenko	Ževago	Tihipko	Firtaš
Geschätztes Vermögen in Mrd. US-\$ (2013, <i>Forbes</i> )	15,4	3,8	2,4	1,9	1,6	1,5	1,2	0,7
	Gesundheit, Kultur, Familien, gezielte Hilfen bei Katastrophen, Sport	Bildung, Kultur, Gesundheit, Internationales	Kultur und Religion (jüdische Gemeinschaft in Dnipropetrovsk)	Gesundheit, Kultur, Sport, Familien	Ökologie, Bildung, Kultur, Familien	Sport, Kultur, Gesundheit	Familien	Bildung, Kultur
Hauptprojekte	„Stop TB in Ukraine“; „Cancer Can Be Cured“; „No to Orphanity!“	PinchukArt-Centre; „Cradles of Hope“; Zavtra.ua; Yalta European Strategy (YES)	Bau des Menorah-Zentrums in Dnipropetrovsk	„The Hope Remains“; „Sports Country“; „Happy Childhood“	Wiederaufbau einer Diagnostikklinik in Vinnytsya	„From the Streets to the Olympic Podium“	Bau von Unterkünften für bedürftige Familien in der Region Kyjiw	„Cambridge Ukrainian Studies“; Cambridge-Ukraine Stipendien, Wiederaufbau v. Universitäten in Lviv und Chernivzi
Wichtigste erreichte Ziele (Darstellung der Oligarchen/Stiftungen)	Reduktion von Tuberkulose in der Region Donezk um 26,5% - Tuberkulose-Sterblichkeit um 42%; 4700 Weisenkinder konnten eine Familie finden	Zw. 2006 und 2012 wurde das PinchukArt-Centre von ca. 3 Mio. Menschen besucht; 17090 Frühgeburten wurden gerettet, 1700 „Zavtra.ua“-Stipendien vergeben	Menorah-Zentrum (Kosten ca. 80 Mio. US-\$)	k.A.	Förderung von ca. 100 Schulen; Bau der größten Wasserfontäne in Europa in Vinnytsya	2012 nahmen ca. 1000 Kinder an Sport- und Gesundheitsprogrammen teil	k.A. (Stiftung wurde 2012 gegründet)	Cambridge Ukrainian Studies; „Ukrainian Days“ in Cambridge; Wiederaufbau v. Universitäten in Lviv und Chernivzi, „Days of Ukraine“ in GB
Stiftungsbudget 2012 (Mio. US-\$)	22,5	16,9	k.A.	1,4	8,75	14	0,5	k.A.

<sup>966</sup> Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von Vojtitskaja, Lesja/Škarpova, Elena: „Izmenit' sistemu“ [Das System verändern], in: *Forbes Ukraina*, No. 5/2013, 17.03.2013: <https://web.archive.org/web/20150427151547/http://forbes.ua/magazine/forbes/1351872-izmenit-sistemu> [27.01.2024].

